C 21734 D

Italien: Krieg gegen die revolutionäre Linke S. 32



Arbeiterkampf

Jg.7 Nr. 101 21.März 1977
Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes
DM 1,–

Grohnde am 19.3.

Ein Schritt voran im Kampf gegen das Atomprogramm



Gegen den äußerst brutalen Einsatz von insgesamt etwa 5.000 Bullen aus Niedersachsen sowie BGS haben am 19.3. etwa 20.000 · AKW-Gegner gegen den Bauplatz in Grohnde gestürmt. Höhepunkt der Aktion war das Aufreißen einer etwa 10 m breiten Lücke in die Bauplatz-Befestigung durch die restlose Beseitigung beider Metallgitterzäune mit allem Drum und Dran an der B 83 sowie der eilends vom BGS aufgebauten Ersatzsperren aus Holzgestellen und Natodraht und schließlich das militante Zurückschlagen eines Bullen-Angriffes durch die Lücke.

An anderen Stellen konnte zumindest der vorderste der beiden Zäune eingerissen werden, an einer weiteren Stelle ein etwa ein Meter breites Loch durch beide Zäune geschnitten werden; massiv von außerhalb des Geländes anrückende Bullen-Hundertschaften konnten zeitweise militant gestoppt und z.T. sogar zurückgedrängt werden. Die Sicherheitsexperten des Bauherrn, „Preußenelektra", hielten ihre Atom-Festung für „uneinnehmbar" und vertrauten völlig auf die stabilen Metallgitterzäune, für die allein 1,8 Mio DM hingeblättert wurden („Welt", 21.3., S. 3). Die Aktion in Grohnde hat hingegen belegt, daß die Festung „geknackt" werden kann und man weiß durch die Erfahrung auch genau, wie das möglich ist (während der Aktion wurden verschiedene Methoden ausprobiert, wovon e i n e zum gewünschten Erfolg führte).

Abgebrochen wurde die Aktion mit einem im Großen und Ganzen geordneten Rückzug, nachdem die AKW-Gegner von zwei Seiten durch große Bullenaufgebote und Reiterstaffeln von außerhalb des Baugeländes angegriffen wurden. – Der Anmarsch der Demonstranten wurde bereits auf den Autobahnen und später in Hameln von der Polizei stark verzögert. Etwa anderthalb Kilometer vor dem Bauplatz wurde die Demonstration durch eine massive Polizeisperre (zwei quergestellte große LKWs, riesige Sperrgitter und etwa 5-600 Bullen in voller Kampfmontur) vorübergehend gestoppt. Mehrmalige Aufforderungen der Demo-Leitung, die Straße zu räumen, wurden von den Bullen ignoriert. Daraufhin wurde die Sperre von den Demonstranten gestürmt, Gitter und LKWs auseinandergerissen und die Hundertschaften der Bereitschaftspolizei „beiseitegedrängt".

Aufgerufen zu der Demonstration hatten ursprünglich 42 Bürgerinitiativen aus Niedersachsen, denen sich im Laufe der insgesamt etwa zweiwöchigen Mobilisierungszeit die Mehrheit der norddeutschen BIs anschloß, ebenso einige BIs aus südlicheren Regionen (hauptsächlich NRW). Von den politischen Organisationen hatte – im Sinne einer Vollmobilisierung – nur der KB aufgerufen (mit Ausnahme seiner Ortsgruppen in Bayern und Baden-Württemberg). Die „KPD" hatte sich recht „halbherzig" ins Zeug gelegt und in der Ausgabe ihrer „Roten Fahne" unmittelbar vor der Aktion kein Wort mehr zu Grohnde geschrieben. Auf der Demo selbst war die „KPD" nur wenig vertreten, hauptsächlich (ausschließlich?) aus Norddeutschland, was sie durch das Mitführen vieler aufdringlicher „Partei"fahnen offenbar wieder wettzumachen versuchte. – Der KBW hatte angekündigt, nur in Hannover und dem südlichen Niedersachsen für die Aktion zu „mobilisieren"; er war auf der Demo selbst mit maximal 2-300 Anhängern vertreten. Vielerorts hat er offen gegen die Aktion gehetzt und demobilisiert.

Die „KPD/ML", diese bisher leider noch weitgehend verkannte, nichtsdestotrotz eindeutige Avantgarde der Anti-AKW-Bewegung, hat sich vor der Demo dazu mit keiner Zeile geäußert, um dann während der Demo ein Flugblatt zur Verteilung zu bringen, in dem den Demonstranten einerseits geraten wurde, *„am militanten Kampf fest(zu)halten"*, die konkrete Aktion aber abgelehnt wurde.

Der WSL („Weltbund zum Schutz des Lebens" mit unklaren Beziehungen zum organisierten Rechtsradikalismus in der BRD), der in drei oder vier BI's in der Umgebung von Grohnde dominiert, hatte ursprünglich die Aktion mitgetragen, um schließlich – nach Rücksprache mit Albrecht und seinem Innenminister – die von ihm polizeilich angemeldete Demonstration abzusagen und stattdessen (und in bewußter „Alternative") nur eine Kundgebung in Kirchohsen-Emmertal abzuhalten.

Eine traurige Rolle spielte auch die DKP, die zwar einmal in der „UZ" ganz kurz zu Grohnde „aufgerufen" hatte, aber danach absolut n i c h t s mehr tat – ganz im Gegensatz zu ihrem Gewirbel vor dem 19.2. für Itzehoe.

Die bürgerlichen Massenmedien bezeichnen die Demo am 19.3. als „schwerste Auseinandersetzung" mit den AKW-Gegnern, die an „Heftigkeit" alle bisherigen Demos, einschließlich der drei Brokdorf-Aktionen, „übertroffen" hatte (z.B. „ZDF", 19.3.).

Tatsächlich hat es diesmal auf der Bullenseite mehr Verletzungen gegeben, als während der Brokdorf-Aktionen insgesamt – lt. Polizeiberichten – 237; auf Seiten der Demonstranten wurden etwa 800 Verletzte gezählt, die meisten davon leicht. Etwa 50 ernsthafte Verletzungen mußten ärztlich behandelt werden, fünf schwerverletzte AKW-Gegner liegen im Krankenhaus (Knochenbrüche, innere Verletzungen).

Nach bisheriger Ermittlung sind insgesamt 36 AKW-Gegner verhaftet worden, ein für die Bewegung relativ günstiges Ergebnis, angesichts der Härte der Auseinandersetzungen und der enormen Massierung der Polizeikräfte. Viele Versuche der Bullen, mit Greifkommandos Festnahmen durchzusetzen, konnten militant zurückgeschlagen werden.

In praktischer Hinsicht bestand der Erfolg der Aktion im Überrennen der massiven Polizeisperre hinter Kirchohsen (ein in dieser Dimension sicherlich bisher einmaliger Fall in der Geschichte der BRD) und in der

Fortsetzung auf Seite 3

Vorsicht Wanzen! "1984" in Sicht?

Als die kriminellen Abhörpraktiken der westdeutschen Geheimdienste gegen den Kernphysiker und AKW-Spezialisten Klaus Traube enthüllt wurden, versicherte Bundesinnenminister Maihofer, dies sei ein „Einzelfall" gewesen. Solche illegalen Abhöraktionen hätte es ansonsten nicht gegeben.

Eine Woche später wurde ein weiterer „Einzelfall" bekannt: 22 Tage lang waren alle Gespräche zwischen den Stammheimer RAF-Gefangenen und ihren Verteidigern abgehört und auf Tonband mitgeschnitten worden. Dies geschah nach der Aktion gegen die Stockholmer Botschaft im April 1975 und nach der Verhaftung des Rechtsanwalts Siegfried Haag Ende November 1976.

Veranlaßt hatten diese Lauschaktionen Innenminister Schieß und Justizminister Bender aus Baden-Württemberg. Begründung: Es habe die Gefahr einer gewaltsamen Gefangenenbefreiung bestanden. Altnazi Filbinger hat sich, wie sollte es anders sein, voll hinter diese kriminellen Praktiken gestellt. Diese Abhöraktion war natürlich kein Alleingang der Baden-Württembergischen Landesregierung: Staatssekretär Schüler im Bundeskanzleramt bestätigte, daß der Bundesnachrichtendienst beteiligt war. Er habe allerdings, so Schüler, nur „technische Hilfe in Unkenntnis der tatsächlichen Gegebenheiten" (?) geleistet. Diese Erklärung ist schon deshalb absurd, weil das Anbringen von Wanzen in den Zellen eine ganz e i n d e u t i g e Zielrichtung hat. Darüber hinaus ist von Seiten der Bundesregierung bestätigt worden, daß unmittelbar nach der Stockholm-Aktion vom April 1975 ein Treffen der Justizminister von Bund und Ländern stattgefunden hat, auf dem Abhörmaßnahmen in den Strafanstalten besprochen wurden. Die Rechtsanwälte der politischen Gefangenen haben daraufhin wohlbegründet die Befürch-

Fortsetzung auf Seite 2

Rechtsruck

Kommunalwahlen in Hessen

Ein für die SPD katastrophales Ergebnis brachten die „Hessenwahlen" vom 20.3., während die CDU Riesengewinne erzielte. und in dieser traditionellen SPD-„Hochburg" nahezu „bayrische" Erfolge für sich verbuchen konnte.

Von den sechs kreisfreien Städten Frankfurt, Offenbach, Darmstadt, Wiesbaden, Kassel und Lahn, die zuvor a l l e sozialdemokratische Mehrheiten hatten, konnte die CDU fünf gewinnen. In den Städten (das amtliche Endergebnis lag bei Redaktionsschluß noch nicht vor) ergab sich folgende Stimmenverteilung (in Klammern das Ergebnis der Kommunalwahlen von 1972):

CDU 49,1% (36,7%); SPD 41% (52%); FDP 6,2% (7,6%); DKP 1,3% (1,2%); KBW 0,3% (/); NPD 0,4% (0,7%); Wählergemeinschaften 1,8% (1,8%).

Im „linken" Frankfurt rutschte die SPD auf 39,3% (50,3%) ab, die CDU errang die absolute Mehrheit: 51,3% (39,6%). Einzig in Kassel erreichte die SPD noch 56% (62,9%). Dieses Ergebnis beweist erneut, wie die sozialdemokratischen Krisenmanager der CDU scharenweise Wähler in die Arme treiben.

(Angaben erhielten wir telefonisch von der „dpa")

Knappe Mehrheit für "stamokap"

Überraschend wurde auf dem Bundeskongreß der Jungsozialisten (18. bis 20.3.) der Vertreter der „stamokap"-Linie Klaus-Uwe Benneter mit einem hauchdünnen Vorsprung von vier Stimmen zum neuen Bundesvorsitzenden gewählt. Der Wahlerfolg wurde dadurch möglich, daß der Vertreter der „Antirevisionisten" Jüttner im zweiten Wahlgang zugunsten Benneters auf seine Kandidatur verzichtete. Ottmar Schreiner, der im Sinne der SPD-Führung die Kontinuität der Juso-Politik sichern sollte, unterlag.

Dieses Ergebnis signalisiert einen wachsenden Unmut unter den Jusos über die Mauscheleien, Erpressungen und die immer stärkere Unterordnung unter die offizielle Parteilinie, wie sie vom ehemaligen Bundesvorstand betrieben wurden. Hatten die Jusos bei den Bundestagswahlen der SPD bedingungslos die Stange gehalten, zeigt sich jetzt, daß sie sich ihre Rolle als innerparteiliche Opposition nicht vollständig nehmen lassen wollen. Man kann davon ausgehen, daß die neue Mehrheit von „stamokap" (offen für eine punktuelle Zusammenarbeit mit der DKP, kein Infragestellen der „Arbeit in und mit der SPD") und „Antirevisionisten" (Sympathien für die undogmatische Linke, härterer Oppositionskurs gegen die SPD-Führung) für eine Belebung der innerparteilichen Konflikte in der SPD sorgen wird. So drohte Egon Bahr (Bundesgeschäftsführer der SPD), man werde eine „Umorientierung" der Jusos nicht hinnehmen. Andererseits spekulieren die SPD-Führer darauf, mit Hilfe des neuen Vorstands verlorenes Terrain unter den Jugendlichen wettzumachen. Der selbst unter „stamokap"-Leuten als Opportunist geltende Benneter bekannte nach seiner Wahl: *"Ich werde alles unternehmen, damit die geschlagenen Wunden (?) rasch wieder verheilen"* („Hamburger Morgenpost", 21.3.)

Benneter, ein Wunderdoktor, der die „Krankheit" der innerparteilichen Opposition mit neuen Mitteln heilen soll . . . ?



Dschumblat ermordet

Kein Raum mehr für bürgerliche Demoraten

Am 16.3. wurde in Libanon Kamal Dschumblat ermordet. Er geriet mit seinem Auto in eine Falle, alle Insassen des Wagens, Dschumblat, sein Fahrer und ein Begleiter, wurden mit Maschinengewehren niedergemacht. Daß eine Großfahndung nach den Tätern angelaufen sei, ist ein schlechter Witz. Die libanesische Regierung braucht sicherlich nicht lange zu suchen, wenn es ihr mit der Ermittlung der Mörder ernst wäre.

Dschumblat war Zeit seines Lebens Antifaschist und deshalb von vornherein ein Gegner des Systems, das jetzt in Libanon errichtet werden soll. Schon 1958 stand er an der Spitze der Kämpfe für eine fortschrittlichere Regierung und gegen die Intervention der US-Armee in Libanon. Er war mehrfach Minister und hatte 1970 als Innenminister großen Anteil an der innenpolitischen Liberalisierung in Libanon. Er war Generalsekretär der „Fortschrittlichen Sozialistischen Partei" und Führer der „Front der fortschrittlichen Kräfte" im libanesischen Bürgerkrieg. Ein bürgerlicher Politiker also, aber es ist ein untauglicher Versuch, ihn zu verleumden, wenn er von der bürgerlichen Presse als „revolutionärer Marxist" bezeichnet wurde. Seiner eigenen Einschätzung nach war er eher ein Sozialdemokrat, aber sein Eintreten für die bewaffnete Revolution zeigt, von welchem Schlage.

Im Sommer 1976 war er der schärfste Gegner der syrischen Intervention. Er sprach sich für den Volkskrieg gegen die Interventen aus und begann mit dem Aufbau einer Volksbefreiungsarmee. Es war vor allem die Niederlage seiner politischen Linie, die dann eintrat. Im Stich gelassen von der PLO-Führung, ohne Sitz an den Konferenztischen von Riad und Kairo, war seine Niederlage vollständig. Schon im Herbst 1976 starb das Symbol Dschumblat, das Symbol für die demokratischen Bestrebungen des libanesischen Volkes.

Die bürgerliche Presse vergißt nicht, heute wieder die Lügen und Verdrehungen aufzutischen, daß er Millionär, religiöser Fürst, Großgrundbesitzer und Agent Moskaus gewesen sei. Wir danken bestens für diese Hinweise. Wir wissen genau, daß es die Millionäre und Milliardäre sind, die hinter dieser bürgerlichen Presse ebenso wie hinter den faschistischen libanesischen Massenmördern stehen. Sie sollen es nicht wagen, sich mit ihrem Opfer zu vergleichen, das trotz vieler Mordanschläge in den vergangenen Jahren seine Politik weiter vorantrieb. Er ging darin nicht weit genug, das ist es vor allem, was er jetzt mit seinem Leben bezahlt hat.

Seine angebliche Rolle als Statthalter Moskaus im libanesischen Bürgerkrieg wollen sie u.a. dadurch beweisen, daß er 1972 den Leninpreis erhalten hat. Sie vergaßen hinzuzufügen, wofür er ihn erhalten hat: Für seine arabische Lyrik!

Der Mord an Dschumblat liefert ein neues Beispiel dafür, daß bei der reaktionären Bewegung im Nahen Osten kaum mehr Raum ist zwischen dem Faschismus und dem Kampf für den Sozialismus; kaum mehr Raum für bürgerliche Demokraten. Die Faschisten haben ihn ermordet, um seiner politischen Linie den Rest zu geben. Sie werden dieses Ziel auf andere Weise erreichen, als sie gehofft haben. Es wird genug revolutionäre Demokraten in Libanon geben, die aus diesem Mord endgültig die Lehre ziehen, weiter vorangehen und für den Sozialismus der Massen kämpfen werden.

Nahostkommission

Staatsschutzaktion und „Bürgerwehr" gegen Palästinenser

In dem (nahe Nürnberg gelegenen) Flüchtlingslager Traßelberg terrorisieren seit Tagen Staatsschutzorgane namentlich dort lebende palästinensische Flüchtlinge. Durchsuchungen, erkennungsdienstliche Behandlungen etc. fanden statt.

Die örtliche Presse ist voll mit auf der „Terroristen"jagd abgefahren und hat den „Volkszorn" so sehr zum Kochen gebracht, daß am kommenden Donnerstag Bewohner des Ortes, die sich gegen die Ausländer sogar in einer „Bürgerinitiative" zusammengeschlossen haben, für deren Ausweisung demonstrieren wollen (diese niederträchtige Aktion soll um 15.00 Uhr stattfinden).
(laut dem Telefonbericht eines bayrischen Genossen)

Parallelen

Am 17. September 1948 wurde in Jerusalem der UN-Vermittler Graf Bernadotte ermordet. Daß dies die Tat von zionistischen Terroristen gewesen war, die einen für sie unbequemen Beobachter beseitigen wollten, war immer bekannt. Interessant ist, daß vor wenigen Tagen die Mörder sich offen zu erkennen gegeben haben. In der israelischen Zeitung „Yedioth Aharonoth" schilderte ein Angehöriger der Stern-Bande die Umstände und Hintergründe des Mordes:
„...war der Mord von vier Männern ausgeführt worden, die sich in britische Uniformen gekleidet hatten. Sie waren von einem ausländischen Journalisten über die Route von Bernadottes Konvoi informiert worden und sperrten die Straße ab. Nachdem sie die Autos angehalten hatten, gingen sie zu dem Fahrzeug des Grafen und erschossen ihn mit einer Maschinenpistole..... Wir haben Bernadotte hingerichtet, weil er .... Israel seit seiner Gründung als Staat feindselig gegenüberstand und die Unterstützung der Vereinten Nationen für die Araber begründete. ... Er war das Hindernis für unsere Unabhän-
Vereinten Nationen für die Araber begründete. ... Er war das Hindernis für unsere Unabhän-
gigkeit." Es versteht sich von selbst, daß die Beseitigung dieses „Hindernisses" – Bernadotte war schließlich offizieller Botschafter der UN – nur mit Einvernehmen der zionistischen Führung vor sich ging. Der Mörder verbrachte seinen Lebensabend im selben Kibbuz wie Ben Gurion.

Die Tatsache daß sich Israel jetzt frech zu diesem Mord bekennt, muß auch als Drohung an alle Menschen verstanden werden, die „ein Hindernis" für die zionistischen Pläne bilden (nach; „Frankfurter Rundschau" 4.3.77 und: Bishuti: Zionist Terror, Palestine Research Center, Beirut 1969).

In Grohnde haben die AKW-Gegner gezeigt, wei man u.a. einen Bauzaun umlegt











Es gibt sie doch !

Es gibt sie doch !

Einem AK-Leser, der im letzte. Bundestagswahlkampf in Münster einen Stand gegen die Berufsverbote mit einem gegen die SPD gerichteten Poster gemacht hatte, flatterte alsbald eine Anzeige wegen Beleidigung ins Haus. Die SPD hatte in Hamburg eine Beschlagnahme des Plakates erwirkt, daß den Text *„Berufsverbote – Wir arbeiten weiter am Modell Deutschland – SPD"* und eine Namensliste von Berufsverbote-Fällen in sozialdemokratisch regierten Bundesländern auf schwarz-rot-goldenem Untergrund enthielt. Aufgrund der zahlreichen Strafanzeigen in dieser Sache schrieben wir damals: *„Es bleibt abzuwarten, ob die SPD tatsächlich den waghalsigen Versuch unternimmt, Schmidts Behauptung, es gäbe k e i n e Berufsverbote in der BRD, vor Gericht bestätigen zu lassen."* In diesem Fall wagte sie es. Und hier der Beschluß des Amtsgerichts Münster: „Soweit in dem Strafbefehl behauptet wird, mit diesem Plakat werde die ehrverletzende Behauptung aufgestellt, die SPD propagiere Berufsverbote als politische Forderung, so vermag das Gericht diesem Vorwurf aus tatsächlichen Gründen nicht zu folgen. Dem Plakat ist lediglich aufgrund der erkennbaren Aufmachung als SPD-Wahlplakat die Behauptung zu entnehmen, die SPD und die Praxis der sogenannten Berufsverbote stehen im Zusammenhang, diese Partei trage also für die Berufsverbote mit die Verantwortung. Diese Behauptung entspricht aber den Tatsachen."

Nach einem Leserbrief

Fortsetzung von Seite 1

tung geäußert, daß die Stammheimer Lauschpraktiken nur die Spitze des Eisbergs sind und auch in den Strafanstalten von Nordrhein-Westfalen, Hamburg und Westberlin Gespräche zwischen Gefangenen und Verteidigern belauscht wurden und werden.

Die Anwälte der RAF-Gefangenen erklärten am 18.3. auf einer Pressekonferenz in Stuttgart, daß die jetzt bekannt gewordenen illegalen Abhörpraktiken der letzte offenkundige Beweis dafür sind, daß im Stammheimer Schauprozeß schon lange jede Rechtsstaatlichkeit aufgehört hat. Jahrelang sind die Anwälte bereits dem Terror der Staatsschutzbehörden ausgesetzt: Sie werden ständig von Bullen offen und demonstrativ überwacht, ihre Telefongespräche werden abgehört und mitgeschnitten (als aktuelles Beispiel siehe Artikel zum Prozeß gegen Rechtsanwalt Groenewold in diesem AK), die Verteidigerpost an die Gefangenen wird geöffnet, bei Mandantenbesuchen werden sie von oben bis unten „hautnah" durchsucht usw.usf. Der Vertrauensverteidiger von Jan Raspe berichtete auf der Pressekonferenz als jüngstes Beispiel, daß er von der Besuchszelle aus beobachten konnte, wie sein Auto von Geheimdienstlern von allen Seiten inspiziert und fotografiert wurde. Als er sich bei den Knastbullen darüber beschwerte, hatten diese „nichts gesehen".

Als Konsequenz aus der Abhöraktion erklärten die Anwälte, daß sie im Stammheimer Schauprozeß nicht mehr als Verteidiger auftreten werden, allerdings nach wie vor die Gefangenen verteigen. Sie haben auch Klage auf Herausgabe der Tonbänder gestellt. Die Anwälte erklärten weiter, daß sich die These von der Ermordung Ulrike Meinhofs durch die neuerlichen Enthüllungen erhärtet habe. Nunmehr sei bewiesen, daß die Geheimdienste jederzeit ungehindert Zutritt zu den Zellen der RAF-Gefangenen hatten...

Die RAF-Gefangenen ließen durch ihre Anwälte erklären, daß sie ab Anfang dieser Woche in einen unbefristeten Hungerstreik treten werden, um folgende Forderungen durchzusetzen:

1. Anerkennung der Gefangenen aus der RAF und anderen politischen Gefangenen als Kriegsgefangene nach der Genfer Konvention.
2. Aufhebung der Isolationshaft, auch der Gruppenisolation für die Gefangenen, so wie es in dem offiziellen Ärztegutachten gefordert wurde.
3. Öffentliche Erklärung von Schieß und Bender, daß alle Aktionen, die gegen die Bevölkerung gerichtet sind (wie Geiselnahme von Kindern, Bombendrohung von Stuttgart etc.), die diese der RAF angelastet haben, Aktionen des Staatsschutzes und CIA waren.
4. Öffentliche Untersuchung des Mordes an Ulrike Meinhof, Holger Meins und Siegfried Hausner.

Die Spitze des Eisbergs

Die jüngst enthüllten kriminellen Abhörpraktiken sind natürlich nur die Spitze des Eisberges. Illegale Lauschaktionen, Öffnen von Briefen, Abhören von Telefonen etc. sind die gängigen Praktiken der westdeutschen Geheimdienste, die auch massenhaft angewendet werden. Wenn von den verantwortlichen Politikern jetzt behauptet wird, diese Aktionen seien „Einzelfälle" und beträfen nur Terroristen, dann wird das schon durch die Schnüffeleien, die angesichts der Überprüfung Hunderttausender im Öffentlichen Dienst bekannt geworden sind, widerlegt.

Daß aus der Fülle der tagtäglichen Lauschaktionen der Stammheimer Fall rausgesucht wurde, zeigt die Taktik des Staatsapparates, vom Fall Traube und anderen Fällen abzulenken: Bei der Abhörung der Stammheimer Gefangenen kann die Bourgeoisie an die Baader-Meinhof-Hetze („Deutschlands Staatsfeinde Nr.1" etc.) anknüpfen. Durch diese Hetze und die Verbindung zu den „Terroristenaktionen" von Stockholm ist der Boden besonders günstig, um „Verständnis" bei der Bevölkerung für diese Praktiken zu erreichen.

Daß die Abhörung von Verteidigergesprächen mit den Gefangenen gesetzlich abgesichert werden soll, ist bereits vor einem Jahr von der CDU/CSU als Bestandteil der „Anti-Terror-Gesetze" gefordert worden. Diese, damals abgelehnten Methoden, werden nicht nur praktiziert, sondern sollen ganz offenbar auch noch legalisiert werden.



Fortsetzung von Seite 1

massiven Beschädigung und teilweisen Beseitigung der starken Befestigungs-Anlagen des Bauplatzes. Der politische Erfolg bestand vor allem in der wachsenden Entschlossenheit der AKW-Gegner, ohne die die praktischen Erfolge ganz und gar undenkbar wären. Immer dann, wenn die Demonstranten-Gruppen entschlossen die Polizei angegriffen hatten, sind diese – wenn auch an Zahl und Ausrüstung weit überlegen – erschrocken zurückgewichen, in Einzelfällen in Panik geflohen. Dies wird für die Zukunft eine wichtige Lehre sein.

Fast witzig mutet demgegenüber der plumpe Versuch der Herrschenden an, die Demonstranten von Grohnde zu teilen in „einige hundert Kommunisten", die „gewalttätige Verbrecher" seien, und dem „großen Rest", der eigentlich eher „friedlich" sei, aber aus Neugier und Leichtfertigkeit drumherum stand und so den „Gewalttätern" half. Tatsache ist, daß das Besetzungsvorhaben praktisch von allen Demonstranten geteilt wurde, und daß es auch nur eine winzige Minderheit (vielfach an den Nachthemden weit sichtbar als „Gewaltfreie" gekennzeichnet) war, die gegen ‚Gewalt gegen Menschen' war. Wenn noch zahlreiche Demonstranten relativ untätig und in einiger Entfernung vom Zaum herumstanden, so einfach aus Angst, wegen des Tränengases etc., aber nicht wegen Ablehnung „krimineller Gewalttaten".

Die „Atom - Festungen" werden fallen !

Seit der ersten Brokdorf-Aktion hat die Anti-AKW-Bewegung erheblich an Breite und Durchschlagskraft gewonnen. Dies kommt in der Aufrechterhaltung des Baustopps in Wyhl und Brokdorf zum Ausdruck, kommt auch in den immer zahlreicheren Stimmen aus dem bürgerlichen Lager zum Ausdruck, die sich für eine längere „Denkpause" (keine neuen Baugenehmigungen etc.) aussprechen, kommt zum Ausdruck in den Manövern der DKP-Führung und sozialdemokratischer Politiker. Das kommt zum Ausdruck in den Massenaktionen von Brokdorf, Wyhl, Gorleben und Grohnde. Das kommt auch zum Ausdruck in einer immer besseren und immer massenhafteren Vorbereitung und Bereitschaft der AKW-Gegner auf Konfrontationen mit der Polizei. Daran wird nach Grohnde zweifellos weitergearbeitet werden, sowohl politisch wie auch militärisch.

Wesentlich dabei ist, daß i m m e r m e h r Menschen nicht nur die Notwendigkeit, sondern auch die konkrete Möglichkeit erfahren, sich gegen die Überfälle und Angriffe der Polizei zur Wehr zu setzen, wie es in Grohnde mehrfach mit „durchschlagendem" Erfolg geschah.

Eine neue, sehr positive Erfahrung war die außerordentlich freundliche und im besten Sinn „neugierige" Aufnahme der Aktionen durch die örtliche Bevölkerung: So reihten sich bereits in Kirchohsen vor der ersten Polizeisperre Bewohner spontan in die Kette ein, als es galt, am langen Seil einen schweren LKW der Polizei aus dem Weg zu ziehen. Jugendliche aus dem Ort kamen in größerer Zahl mit zum Bauplatz und beteiligten sich, ohne jede Ausrüstung aktiv an den Kämpfen, warfen Steine usw. Nach dem Rückzug dann freundliche Aufnahme in Grohnde : „Na, wie war's denn?" etc. Aus manchen Häusern wurden die Demonstranten mit Getränken, Wasser, Kaffee etc. versorgt. Alle Unkenrufe, insbesondere von KBW und „KPD/ML" eifrig herumgequakt, gerade hier sei die Bevölkerung ganz besonders rückständig und sei gegen den Versuch einer Bauplatzbesetzung, erwiesen sich als dummes Zeug.

Es wird nun gelten, sich hier im Weserbergland, ebenso wie in der Wilster Marsch und Brokdorf (und anderswo) mit Veranstaltungen in Dörfern und Kleinstädten direkt an die Bevölkerung zu wenden, gegebenenfalls auch an die bestehenden rechtsgerichteten örtlichen BI's bzw. BI-Fürsten v o r b e i. Die Anti-AKW-Bewegung braucht jetzt eine „Atempause", die genutzt werden muß, um zum einen selbst wieder Kräfte zu sammeln, und um auf der anderen Seite durch politische Agitation und Propaganda unseren Kampf zu „vermassen", ihn weithin in die Dörfer, Kleinstädte und Städte zu tragen. Aktionen müssen organisiert werden, an denen sich viele Menschen beteiligen können, die heute die Notwendigkeit militanter Konfrontationen „am Bauzaun" noch nicht sehen oder die sich davor fürchten, aber die unbedingt ihren Beitrag zum Kampf leisten wollen. Es würde die Bewegung einengen und letztlich zu ihrem Austrocknen führen, wenn wir n u r noch militante Aktionen durchführen würden bzw. anderen Aktionen und Aktionsformen geringschätzig betrachten würden. Das Entscheidende bleibt, daß wir beide Seiten („militant" und „friedlich") nicht zum Gegensatz werden lassen dürfen, an dem die Herrschenden uns spalten können, sondern daß beide Seiten sich ergänzen müssen.

Und das genau ist der Bourgeoisie bis heute, bei all ihren Anstrengungen, nicht gelungen, die Bewegung zu spalten, die „Entmischung" zwischen den „Radikalen" (in Grohnde sprach der Polizeilautsprecher überhaupt nur von „den Verbrechern am Zaun"!!) und den „Gemäßigten" durchzusetzen. Die überdrehte „Chaoten"-Hetze vor der dritten Brokdorf-Aktion vom 19.2. hat sich als Bumerang für ihre Drahtzieher erwiesen: Die Hetze wurde unglaubwürdig und bewirkte letztlich das Gegenteil des Beabsichtigten. Vor der Grohnde-Aktion vom 19.3. wurde eine entgegengesetzte Taktik erprobt: Das totale Totschweigen der Aktion in sämtlichen Medien. Diese Taktik hat in der Totalität, mit der sie tatsächlich von der gesamten Presse, überall in Rundfunk und Fernsehen bis zum 18.3. voll durchgehalten wurde, ein Schlaglicht auf die weitgehende Gleichschaltung der Medien geworfen, die in solchen Situationen bereits zu Befehlsempfängern des Verfassungschutzes und der Polizei geworden sind. Erfolgreich war diese Taktik aber auch nicht. Die Hoffnung dabei war, man könnte die Zahl der Demonstranten recht klein halten, wenn man die Aktion in den Massenmedien verschweigt. Das konnte nicht gelingen, weil die Bewegung bereits ihre eigenen Mobilisierungs- und Informationsstrukturen entwickelt hat, woran der Kommunistische Bund einen nicht unbedeutenden Anteil hat.

Das Image von Ministerpräsident Albrecht als wohlwollender „Landesvater", der über Kernenergie gern mit sich reden läßt und der am liebsten selbst dagegen wäre, ist unter den gnadenlosen Hieben seiner Polizei-Knüppel und den Tritten seiner Polizeigäule in Scherben gegangen. Er steht jetzt da, als der, der er wirklich ist – ein Mann, der die Folter „unter Umständen für sittlich geboten" hält und dem zum Stoltenberg bisher nur die passende Gelegenheit fehlte. Es paßt zu ihm, daß er jetzt gleich in Bonn nach einem Verbot des KBW schreit, der angeblich maßgeblich an den Vorbereitungen der Aktion in Grohnde beteiligt gewesen sei. Albrechts Zorn trifft wahrlich den Falschen, denn ausgerechnet der KBW hat weder bei den Vorbereitungen noch bei der Durchführung der Aktion irgendeine Rolle gespielt. Aber die Verbotsdrohung als solche zeigt, wo der Mann mit dem Image des ewig grinsenden Landesvaters längs will.

Die Anzeichen sprechen dafür, daß nach dem 19.3. die militanten AKW-Gegner gezielter kriminalisiert werden sollen, daß mit Strafverfahren die Einschüchterung bewirkt werden soll, die bisher ausgeblieben ist. Auch dieser Angriff wird aber versagen, wenn ihm massenhaft entgegengetreten wird. Dies beweist anschaulich die Erfahrung der „APO", als die Klassenjustiz letzten Endes zu einer totalen Amnestie gezwungen war. Schon in der damaligen Bewegung ist der Versuch der Bourgeoisie in die Hosen gegangen, die „kriminellen Gewalttäter" von der Bewegung zu isolieren, obwohl die Bourgeoisie damals noch über relativ starke Stützpunkte in der Bewegung selbst verfügte („linke" Sozialdemokraten, die heute längst ihr bürgerliches Unter- und Auskommen gefunden haben). Es sollte auf Seiten der Bourgeoisie nicht den geringsten Zweifel geben, daß die Anti-AKW-Bewegung gegen alle Kriminalisierungsversuche, gegen das Herausgreifen und Aburteilen einzelner als „kriminelle Gewalttäter", solidarisch zusammenstehen wird.

Eine weitere wesentliche Aufgabe in der nächsten Zeit wird der engere organisatorische Aufbau der Anti-AKW-Bewegung sein. So soll in Norddeutschland eine Landeskonferenz der BUU stattfinden, wobei die zweifellos schwierige Aufgabe anstehen wird, die größtmöglichste Einheit wiederherzustellen und die ganz hartnäckigen Spalter ins Abseits zu stellen. Zum geeigneten Zeitpunkt sollte auch eine neue Bundeskonferenz der in der Bewegung engagierten Bürgerinitiativen stattfinden, um über weitere Aktionen, Kampagnen, Schwerpunkte etc. zu beraten. Die Bewegung in ihrer heutigen Form ist noch sehr wenig repräsentativ und übersichtlich strukturiert. Paradebeispiel ist der Hochstapler Wüstenhagen, der sich in den bürgerlichen Medien als Gebieter über sage und schreibe 950 BI's mit 300.000 Mitgliedern feiern läßt, aber der in der Bewegung real kaum etwas darstellt. Auch sonst ist bei so manchem BI-„Fürsten" sehr unklar, wen und was er eigentlich vertritt. Zusätzliche Verwirrung schaffen die von der DKP insbesondere seit der Vorbereitung der dritten Brokdorf-Aktion mancherorts aus dem Boden gestampften Geister-„Initiativen", die keinerlei oder kaum praktische Arbeit leisten, aber überall Mitspracherecht beanspruchen. In ähnlicher Weise baut auch der KBW teilweise neue Schein-BI's auf. Hier müssen in nächster Zeit unbedingt überall und bundesweit demokratische Strukturen geschaffen werden, damit wirklich repräsentative Diskussions- und Entscheidungsprozesse ermöglicht werden und die Hochstapler und Geisterbeschwörer auf ihre tatsächliche Bedeutung reduziert werden können. So gestärkt wird von Seiten der AKW-Gegner noch einiges auf die Kapitalisten und ihre AKW's und Bauplätze zukommen. Der Tag fängt grad erst an.







Als sich die Demonstranten zu einem einheitlichen Rückzug formieren wollten, kam es zu den brutalsten Bullenüberfällen. Etliche AKW-Gegner wurden verhaftet, hunderte verletzt. Sanitäter der BIs leisteten erste Hilfe

Als sich die Demonstranten zu einem einheitlichen Rückzug formieren wollten, kam es zu den brutalsten Bullenüberfällen. Etliche AKW-Gegner wurden verhaftet, hunderte verletzt. Sanitäter der BIs leisteten erste Hilfe

Demonstration für die Freilassung der AKW-Gegner

Hannover. Mindestens 36 AKW-Gegner wurden am 19.3. am Bauplatz von Grohnde festgenommen (laut Nachrichtenmeldungen vom 20.3. – andere Angaben lagen uns bei Redaktionsschluß nicht vor). Gegen vier Demonstranten (zwei aus Hamburg, je einer aus Hannover und Hameln) wurde ein vorläufiger Haftbefehl erlassen.

Ihnen wurde versuchter Totschlag, gefährliche Körperverletzung, schwerer Landfriedensbruch und Widerstand gegen die Staatsgewalt vorgeworfen. Der Haftrichter hob zwei Haftbefehle auf. Gegen die anderen beiden AKW-Gegner wurden die Haftbefehle, die nach wie vor auf versuchten Totschlag lauten, aufrechterhalten. Sie wurden mit der Auflage, sich einmal wöchentlich zu melden, freigelassen.

In Hannover hatte sich am Sonntag vormittag in Windeseile herumgesprochen, daß die vier Inhaftierten um die Mittagszeit dem Haftrichter vorgeführt werden sollten. Mitglieder der Hannoveraner Bürgerinitiativen mobilisierten in kürzester Zeit an die 400 Menschen, die in einer Protestdemonstration zum Bullenrevier in der Hardenbergstraße zogen und dort eine Kundgebung abhielten. Die Demonstranten setzten sich auf die Straße, sangen Anti-AKW-Lieder und riefen Sprechparolen wie „Freiheit für alle AKW-Gegner", „Kein AKW in Grohnde und auch nicht anderswo" und „Keine Kriminalisierung der AKW-Gegner".

Das Polizeigebäude, dessen Fensterscheiben, umliegende Häuser und die Straßen wurden sehr intensiv mit Anti-AKW-Parolen geschmückt.

Eine Delegation der Demonstranten, die die Forderung nach Freilassung der Gefangenen überbringen wollte, wurde überhaupt nicht eingelassen. Stattdessen rückten mehrere Mannschaftswagen (mit Kieler Nummerschildern) an. Angesichts des Aufgebotes von 100 bürgerkriegsmäßig ausgerüsteten Bullen und der Einschätzung der eigenen Situation (noch nicht einmal defensive Ausrüstung) beschlossen die Demonstranten einen geordneten Rückzug. In diesen Rückzug brachen die Bullen mit einem unheimlich brutalen Knüppeleinsatz ein. Männer und Frauen wurden zusammengeschlagen und getreten. Am Boden liegende wurden weiter mit Stiefeln traktiert. Ihnen wurde der Kopf festgehalten, um ihnen aus kürzester Entfernung Chemical-Mace in die Augen zu spritzen! Acht Demonstranten wurden bei dem Überfall vorläufig festgenommen.

KBW nee!

Der rapide Verfall des KBW hat auch im Zusammenhang der Grohnde-Aktion vom 19. März neue Blüten hervorgebracht. Als am 5. März in Kirchohsen rund 50 niedersächsische BI's die Kundgebung in Grohnde am Bauplatz beschlossen, war der KBW noch sehr eifrig dafür und wollte sich auch nicht davon abhalten lassen, die Kundgebung gleich selbst anzumelden. Der Eifer schien aber schnell zu verfliegen: So nahm in der „KVZ" (Ausgabe Nord!) vom 10. März die Meldung über den Demonstrations-Beschluß nur ungefähr die Fläche einer Streichholzschachtel ein. In der „KVZ" vom 17. März erschien dann ein etwas längerer, ziemlich besoffener Artikel, der verschiedene krause Attacken gegen den KB „Nord" enthielt, sowie die verschämte Erklärung, daß der KBW diesmal nur in den „Bezirksverbänden Hannover und Südliches Niedersachsen" für Grohnde aufrufen, ansonsten aber zuhause bleiben würde (wahrscheinlich, um den Demonstranten in Grohnde „den Rücken freizuhalten"?).

Über die Frage einer Platzbesetzung äußerte sich die „KVZ" sehr orakelhaft, düster und weise. Zwar sollte eindeutig mit aus dem hohlen Bauch produzierten pessimistischen Stellungnahmen über die Stimmung der örtlichen Bevölkerung gegen den Versuch einer Bauplatzbesetzung gearbeitet werden; zugleich wollte sich der KBW aber noch eine Hintertür offenhalten, um nachträglich wieder den KB „Nord" wegen Verrats etc. anzuklagen.

Die konkreten Positionen des KBW waren dementsprechend von Ort zu Ort starken taktischen Schwankungen unterworfen. In Göttingen beispielsweise trat der KBW lauthals für eine „militante Besetzung" ein. In der BI Delmenhorst zum Beispiel hingegen sprach sich der KBW g e g e n die Grohnde-Aktion aus. Gorleben am 12.3. sei wegen

Schwankungen unterworfen. In Göttingen beispielsweise trat der KBW lauthals für eine „militante Besetzung" ein. In der BI Delmenhorst

der geringen Teilnehmerzahl von nur 15.000 eine Niederlage für die Anti-AKW-Bewegung gewesen. Diese Niederlage müßte jetzt erst einmal aufgearbeitet werden, um den Zusammenschluß der Massen auf neuer Grundlage herzustellen.

Den Vogel schoß vor dem 19.3. die Ortsgruppe Münster des KBW ab, die sich in einer Vollversammlung der Münsteraner AKW-Gegner gegen die Aktion in Grohnde aussprach mit der Begründung, die Bevölkerung sei dagegen. Dies werde daran deutlich, daß die vom WSL kontrollierten örtlichen BI's gegen eine Bauplatzbesetzung seien, und die BI's würden die Bevölkerung vertreten. Der KBW wurde dann gefragt, wie er sich diese angebliche Stimmung der Bevölkerung erkläre. Daraufhin gab er eine höchst humoristische Erklärung ab, die sich in der Fassung der Bezirksbeilage Münster (17.3.) folgendermaßen liest: *„Wir haben gesagt, daß wir uns das gut erklären können. Solange nicht geklärt ist, wieso es zu der Niederlage am 19.2. vor Brokdorf kam, solange das in den Bürgerinitiativen und im AKU Münster vertuscht und umgelogen wird, solange wird die Massenbewegung nicht vorankommen. Die Bauern um Grohnde werden schlicht kein Interesse haben, vom KB (Nord), von der Gruppe Rote Fahne und anderen Roßtäuschern vorgeführt zu werden. Es wird daran liegen, daß es ihnen Ernst ist mit der Verhinderung des Kernkraftwerks. Wem es ernst ist, der läßt sich nicht mit Schwindlern und Bankrotteuren ein, die bereits vor Brokdorf bewiesen haben, daß sie mit der Massenbewegung und ihren Zielen nichts anderes im Sinn haben, als sie zu fesseln, und die man später als Beigeordnete oder Direktoren wiederfindet".*

Am Bauplatz selbst war der KBW mit vielleicht zwei-dreihundert Leuten präsent, die an allen entscheidenden Auseinandersetzungen am Zaun und mit der Polizei keinen Anteil hatten.

Eine besondere Überraschung erwartete die Hamburger Demonstrationsteilnehmer: Als die ersten von ihnen in Hamburg gegen 23 Uhr eintrafen, konnten sie bereits ein großformatiges Flugblatt des KBW in Empfang nehmen, in dem sie über den Verlauf ihrer Aktion „informiert" wurden. Die zuhause gebliebenen KBW-Ortsfürsten hatten offenbar nichts Besseres zu tun gehabt, als am Radio zu sitzen und die Nachrichten

formatiges Flugblatt des KBW in Empfang nehmen, in dem sie über den Verlauf ihrer Aktion „informiert" wurden. Die zuhause gebliebe-

auf Tonband mitzuschneiden. Daraus sowie aus einer dpa-Meldung bestand im wesentlichen das KBW-Flugblatt, ergänzt durch einen kurzen Bericht direkt vom Ort des Geschehens, offenbar telefonisch durchgegeben. Kernpunkt dieser Meldung war: *„Vom Westen her drängt Grenzschutz mit mehreren Einheiten, die Reihen der Demonstranten sind aber fest geschlossen. Da fährt ein Lautsprecherwagen in den Zug und Hopfenmüller (KB Nord) ruft dazu auf, sich abzusetzen. Der Zug löst sich auf".* Aus dieser zwar schon recht phantasievollen, aber anscheinend noch zu trockenen „Information" haben die Daheimgebliebenen von der KBW-Bezirksleitung sich dann in ihrer Zusammenfassung folgendes zusammengesponnen: *„Der KB Nord hat dann zum Rückzug aufgerufen und ist mit seinem Lautsprecherwagen in die Massen gefahren, hat also einen Keil getrieben und die Menschen versprengt. Das muß (!) die Polizei ausgenutzt haben, weil (!) die Massen auseinandergedrückt wurden. Der eine Zug ging nach Grohnde, der Rest versprengte sich".*

Dem KBW ist es schon nach der zweiten Brokdorf-Aktion (13.11.76) gelungen, sich Märchen über das angebliche Verhalten eines KB-Genossen zusammenzuspinnen, der sich zu diesem Zeitpunkt in Frankfurt (!!) befand. Mit dieser Sache verhält es sich ebenso. Genosse H. ist derjenige, den der KBW nach dem 19.2. öffentlich aufhängen wollte. Am 19.3. war er nicht auf dem „Lautsprecherwagen des KB" – es gab überhaupt keinen, denn außer der Demo-Leitung hatte nur noch der KBW einen eigenen Wagen aufgefahren und stiftete mit widersprüchlichen Latrinen-Parolen Verwirrung. Genosse H. war auch auf keinem anderen Lautsprecherwagen, er war überhaupt nicht in der Demonstrations-Leitung (wie die „KVZ" am 17. März auf Seite 9 richtig zu berichten wußte), und die ganze sonstige Geschichte über den Lautsprecherwagen, der „einen Keil getrieben und die Menschen versprengt" habe, ist ebenso zusammenphantasiert – von Leuten, die den 19.3. nur am Rundfunkgerät, Fernsehapparat und Telefonhörer „miterlebt" haben, um dann in der Manier von Sport-Reportern ihren Kommentar zum Spielausgang zu geben. Nur daß man von einem Reporter normalerweise zumindest erwartet, daß er sich in Sichtweite des Geschehens aufhält! ...

um dann in der Manier von Sport-Reportern ihren Kommentar zum Spielausgang zu geben. Nur daß man von einem Reporter normalerweise zu-

Man muß das festhalten für den Fall, daß der KBW jetzt, wie von Niedersachsens Ministerpräsident Albrecht gefordert wird, Scherereien kriegen sollte, weil er anscheinend tatsächlich die Demonstration vom 19.3. „polizeilich angemeldet" hatte. Man muß den KBW unbedingt gegen den Vorwurf in Schutz nehmen, er habe am 19.3. beim Bauplatz irgendetwas organisiert. Für das, was dort geschah, ist der KBW ebensowenig verantwortlich zu machen wie die Zeugen Jehovas!





MEK-Überfall in Kirchohsen

Nach dem Ende der Aktionen am 19.3. in Grohnde starteten MEK-Bullen, wie schon in Brokdorf, einen Überfall auf Demonstranten. Ein VW-Bus, in dem nach Polizeifunk Filmmaterial vermutet wurde, wurde in Kirchohsen direkt vor der Sanitätsstelle des Johanniter Unfallordens gestoppt. Drei MEK-Fahrzeuge kreisten den VW-Bus ein, die Bullen sprangen mit MP im Anschlag raus und bedrohten mit ihren Waffen sowohl die etwa 30 umstehenden Passanten als auch die Insassen des VW-Busses. Die zwei Insassen wurden mit vorgehaltener MP aus dem Wagen geschleift, nach Waffen durchsucht. Als sie nicht sofort in die MEK-Fahrzeuge einsteigen wollten, wurden sie mit Polizeigriff und Handkantenschlag ins Genick in di Fahrzeuge hineingestoßen. Zwei MEKler schnappten sich den VW-Bus und fuhren mit ihm zu einer Polizei- und BGS-Sammelstelle in Kirchohsen. Die Wagen mit den Überfallenen hinterher. Das Ganze dauerte etwa 5 Minuten und vollzog sich auf offener Straße, wobei den MEKlern die Anwesenheit von Kindern offensichtlich scheißegal war. Es geht dem Staatsapparat offensichtlich darum, die Öffentlichkeit an Überfälle und Provokationen seitens der Bullen systematisch zu gewöhnen. Das MEK spielt dabei die Rolle, Stoßtruppunternehmen zu organisieren und durch besonders brutales Verhalten „neue Maßstäbe" für Bulleneinsätze zu schaffen.





Nachrichten vom Widerstand

Wolfsburg
Ca. 120 Leute besuchten am 9.3. eine vom KB organisierte Anti -AKW-Veranstaltung. Im Mittelpunkt der Diskussion standen Referate über Radio-Aktivität, Umweltschäden von AKWs und die besondere Gefährdung der Frauen durch Atomkraftwerke.

• • •

Braunschweig
Unter dem Aufruf „Frauen gegen Atomkraftwerke" veranstaltete der KB in Braunschweig eine Veranstaltung am 10.3., zu der ca. 70 Leute kamen.

Den größten Teil der Anwesenden stellten Frauen, darunter auch einige Frauen der Fraueninitiative Braunschweig. In den Referaten wurde die besondere Betroffenheit der Frauen durch AKW's und der Kampf der Frauen in Wyhl herausgestellt.

• • •

Anti-AKW-Veranstaltung in Darmstadt
Auf dieser Veranstaltung des Kommunistischen Bundes waren ca. 85 Leute, darunter 25 vom KBW. Der KBW war von vornherein auf Provokationen aus. In dem Veranstaltungsraum versuchten sie, vier Wandzeitungen aufzuhängen und ihren Büchertisch aufzubauen. Nachdem dies durch entschlossenes Handeln verhindert werden konnte, versuchte der KBW, die Veranstaltung durch Zwischenrufe zu chaotisieren.

Durch solidarische Unterstützung türkischer Genossen konnten auch diese Provokationen abgestellt werden. Zum Schluß der Veranstaltung kam es noch einmal zu handfesten Auseinandersetzungen, als KBWler und „ML"er versuchten, die Filmvorführung über die Brokdorf-Aktion am 19.3. zu verhindern.

Dabei stellte der KBW noch einmal deutlich seine bisherige Haltung gegenüber der Anti-AKW-Bewegung heraus: Bürgerinitiativen seien nur kleinbürgerliche Haufen, deshalb müsse sich der KBW auch nicht an Mehrheitsentscheidungen halten. Der Strick für solche Elemente wie den KB sei notwendig und gerechtfertigt.

• • •

Anti-AKW-Veranstaltung im Extertal/NRW
Unter Beteiligung von KB-Genossen fand am 14.3. im Jugendzentrum Extertal in der Nähe von Hameln eine Veranstaltung gegen Atomkraftwerke statt, die von 50 Jugendlichen (bei einer zweiten am Abend waren es noch einmal 20) aus Extertal und Umgebung besucht wurde. Es wurde der Film „Und bist du nicht willig ... " gezeigt, Brokdorf-Erlebnisse ausgewertet (der 19.2. wurde allgemein als Erfolg für die AKW-Gegner bezeichnet) und über die nächste Aktion in Grohnde diskutiert. Ebenfalls wurde die Gründung einer BI diskutiert.

Aus Extertal und Umgebung waren 40 AKW-Gegner am 19.3. in Grohnde. Weiter so!

• • •

Erste Anti-AKW-Veranstaltung in Langen
Am Donnerstag, den 10. März, fand im Langener Jugendcafe die erste Informations- und Diskussionsveranstaltung der Langener KB-Sympathisantengruppe zum Thema Kernkraftwerke statt. Nach einer lebhaften Diskussion unter den ca. 60 Anwesenden, einigte man sich auf ein Treffen, um Vorbereitungen für eine Bürgerinitiative zu treffen.

Für eine Bürgerinitiative, die sich mit der Darmstädter AKUT-Gruppe koordinieren will, gibt es auch reichlich zu tun: Langen liegt ca. 30 km vom AKW Biblis – dem größten der Welt – entfernt. Informationsarbeit unter der Langener Bevölkerung tut also doppelt und dreifach not!

• • •

Anti-AKW-Veranstaltung in Flensburg
Am 9.3. folgten über 200 Menschen einem Aufruf der „Flensburger Bürgerinitiative gegen Atomkraftwerke" zu einer Veranstaltung.

Auf der Veranstaltung wurde die Demonstration am 19. Februar in der Wilstermarsch als ein großer Erfolg gewertet, der entgegen den Hetz- und Spaltungsmanövern des Staates zustande gekommen ist. Als wesentliches Ziel für die kommende Zeit wurde angegeben, ständig den Staat anzugreifen, wo er versucht, AKWs zu bauen. Dabei wurde auf der Flensburger Veranstaltung die Forderung nach einer neuen Landeskonferenz der BUU erhoben, um die Einheit in der norddeutschen Anti-AKW-Bewegung wiederherzustellen. Von der Bürgerinitiative wurde dazu aufgerufen, am 19.3. in Grohnde zu demonstrieren.

In einer Rede der Flensburger Frauengruppe wurde aufgezeigt, wie die Frauen sich an den Kämpfen gegen Atomkraftwerke in vorderster Front beteiligen.

Großen Anklang fand auf der Veranstaltung das Theaterstück „Atombelästigung" , das von der Theatergruppe des „Arbeitskreis Umweltschutz Sylt" aufgeführt wurde.

• • •

Kampf den Atomkraftwerken!
Auf originelle Weise haben Göttinger AKW-Gegner für die Demonstration am 19.3. in Grohnde mobilisiert. Ein Flugblatt mit dem leicht veränderten Kopf des lokalen „Göttinger Tageblatt" („GT") rief unter der Schlagzeile „Tageblatt-Redaktion bricht Schweigen zu Grohnde" zur Demonstration am 19.3. auf. Die Reaktion kam prompt: das „GT" veröffentlichte in seiner Ausgabe tags darauf eine Erklärung, in der es u.a. hieß: *„Dieses Vorgehen* (gemeint ist die Herausgabe des „gefälschten" Tageblatts – die Red.) *stellt einen Eingriff in die Pressefreiheit und die Arbeit der Zeitung dar, wie er in der über achtzigjährigen Geschichte des Verlages noch nicht vorgekommen ist – nicht einmal in den pressefreiheitslosen Jahren des 'Dritten Reiches' "*.

Das ist die Pressefreiheit, wie sie sich das reaktionäre „GT" wünscht: In der Hetze gegen die Brokdorf-Demo am 19.2. mit an vorderster Front stehen, auf der anderen Seite die geplante Grohnde-Demonstration systematisch totschweigen.

Aus gutem Grund kann das „GT" feststellen, daß ein Eingriff in seine Pressefreiheit nicht einmal in den „pressefreiheitslosen Jahren des Dritten Reiches" vorgekommen ist, da es damals stramm auf faschistischem Kurs war und die entsprechenden Jahrgänge nicht umsonst aus dem „GT"-Archiv „verschwunden" sind.

Nach Berichten von Genossen aus Wolfsburg, Braunschweig, Darmstadt, Hameln, Langen, Flensburg und Göttingen.

Das Wyhler Urteil – kein Grund zum Feiern, sondern ein Grund zum Kämpfen !

Am 14. März hat das Freiburger Verwaltungsgericht das mit Spannung erwartete Urteil im Wyhler-Prozeß bekanntgegeben. Es besteht im wesentlichen aus zwei Teilen:

1. Das Gericht wies sämtliche Einwände der Kläger aus der Bevölkerung zurück, die sich auf mögliche Schäden durch Radioaktivitätsabgaben etc. für Menschen, Vieh, Landwirtschaft etc. beziehen. Solche Schädigungen sah das Gericht als nicht gegeben bzw. als *„zulässig"* an.
2. In Betracht zog das Gericht ausschließlich die Möglichkeit eines Berstens der Druckbehälter bei gleichzeitigem Durchschlagen der Sicherheitshülle wodurch große Mengen von Radioaktivität frei würden. In diesem Fall, so meinte das Gericht, sei der Schaden ungeheuer groß; vor allem sei eine Evakuierung der Bevölkerung wegen der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit praktisch ausgeschlossen.

Sicherungen gegen einen solchen Unfall gibt es derzeit nur für kleine Kernkraftwerke, nicht aber für AKW's der in Wyhl geplanten Größe.

Auf dieser Grundlage ordnete das Gericht ein Fortbestehen des Baustopps in Wyhl an, bis entsprechende Sicherungen entwickelt sind oder ein kleineres AKW gebaut wird.

Die Vertreter der örtlichen Bürgerinitiativen haben das Urteil vom 14.3. begrüßt, von der örtlichen Bevölkerung wird es offenbar weitgehend als ein großer Sieg verstanden. Das Urteil enthält in der Tat im zweiten Punkt einen positiven Aspekt, und insofern hat eine BI-Vertreterin recht, die erklärte, damit sei eine „Bresche geschlagen" worden auch für andere AKW's. **Denn nach dem in Wyhl geplanten System und Größe arbeiten in der BRD bereits eine ganze Reihe von AKW's oder sind im Bau befindlich. Hier wird es jetzt nötig und der Rechtslage nach auch ohne weiteres möglich sein, auf dem Weg der Einstweiligen Verfügung die „einstweilige" Stillegung dieser AKW's bzw. einen Baustopp zu erreichen. Diese juristischen Möglichkeiten sollten insbesondere von den BI's vor Ort, aber gegebenenfalls auch darüber hinaus voll ausgeschöpft werden.**

N e g a t i v an dem Urteil ist hingen, daß sämtliche sonstigen Einwände bezüglich möglicher Schädigungen durch den Betrieb eines AKW vom Freiburger Verwaltungsgericht abgelehnt wurden. **Insofern bedeutet das Urteil vom 14. März gerade für die örtliche Bevölkerung eine schwerwiegende juristische Niederlage.** Den AKW-Betreibern wird es relativ leicht fallen, den unter 2. genannten Punkt (Bersten des Druckbehälters bei gleichzeitigem Durchschlagen der Sicherheitshülle) aus der Welt zu schaffen (z.B. durch den Bau eines kleineren Reaktors oder durch irgendwelche Neuentwicklungen der Sicherheitstechnik, die dann als „ausreichend" definiert werden), und sie wird dann auch die Aufhebung des Baustopps vor Gericht erreichen können, ohne das die erheblichen „normalen" Schädigungen beim AKW-Betrieb damit beseitigt wären.

Es ist insofern bedauerlich und ein schwerwiegender politischer Fehler, daß nach den ersten Informationen die BI's gegen das Urteil vom 14. März keine Berufung einlegen wollen.

Zweifellos ist der großen Masse der Bevölkerung, die sich jetzt ehrlichen Herzens über das Urteil freut, die volle Bedeutung des Urteils noch nicht bewußt, gesehen wird vordergründig nur der Fakt des verlängerten Baustopps. Es gibt aber bürgerliche Politiker an der Spitze der BI's, die sich durchaus über die volle Bedeutung des Urteils und seiner negativen Konsequenzen im Klaren sind und die bewußt ein falsches Spiel treiben: Sie wollen das Urteil dazu benutzen, um die Orientierung auf Justiz und Staat als allein richtig und verbindlich durchzupeitschen und zugleich eine scharfe Abgrenzung von allen Kräften zu erreichen, die sich anderer Kampfmittel bedienen, speziell Bauplatzbesetzung. Hierbei werden natürlich alle bürgerlichen Parteien, einschließlich der DKP, voll mitziehen.

Erste Schritte, die auf einen „Unvereinbarkeitsbeschluß gegen K-Gruppen" herauslaufen, wurden bereits unternommen. Auf der letzten Koordinierungssitzung der badisch-elsässischen Initiativen am 17.3. im Kaiserstuhl wurde mit 27:2:3 Stimmen ein Antrag angenommen, der die anwesenden „KPD"ler aufforderte, sofort den Raum zu verlassen, andernfalls die Sitzung nicht stattfinden würde. Begründet wurde dies mit Angriffen gegen die (rechten) BI-Führer in „KPD"-Flugblättern. Nachdem die „KPD"ler den Raum verlassen hatten, erklärte die Diskussionsleitung, diese Abstimmung gelte auch für alle weiteren Sitzungen. Außerdem wurden kritische Einschätzungen des Urteils durchweg abgeblockt.

Zur Vorbereitung kursiert ein höchstwahrscheinlich nach bewährtem Rezept in den Giftküchen der DKP produziertes „Papier der Landesregierung" o.ä., aus dem hervorgeht, daß in den „K-Gruppen" überall Agenten des Verfassungsschutzes säßen.

Auch in Wyhl und in Baden insgesamt zeichnet sich eine Verschärfung der Auseinandersetzung um den weiteren Weg der Anti-AKW-Bewegung ab. Die Kräfte die, – teilweise direkt gegen Honorar – in der Anti-AKWBewegung das Geschäft der AKWBefürworter betreiben (die „w i r k l i c h e n AKW-Gegner"), sind voll auf dem Vormarsch; das Urteil vom 14.3. soll ihnen Rückenwind geben. Die Gefahr ist, daß diese Leute in Wyhl und Umgebung offenbar tatsächlich noch einen starken Einfluß haben und das daß Argument der „betroffenen Bevölkerung" auch große Teile der ehrlichen AKW-Gegner verwirrt.

DKP kontra „realen Sozialismus"?

Das Wyhl-Urteil animierte die DKP-Zeitung „UZ" zu folgendem Kommentar: *„Die entscheidende Aussage im Wyhler Urteil gegen den Bau des Kernkraftwerks am Kaiserstuhl war die, daß im Bereich der Reaktorsicherheit nicht die nach dem Stand der Wissenschaft und der Technik erforderlichen Vorsorge getroffen sei. Auf gut deutsch: Im Interesse der Profite haben die Energiekonzerne nicht die heute mögliche Sicherheit eingeplant. Diese ungeheuerliche Tatsache beweist eindeutig, daß die von den Bürgerinitiativen geforderte und von der DKP unterstützte Forderung nach dem Schutz der Bevölkerung keine technische, sondern eine Frage der Gesellschaftsordnung ist. In unserem Land, wo nicht der Mensch, sondern die Höhe der Konzerngewinne im Mittelpunkt steht, bleibt die Sicherheit auf der Strecke. Das Wyhl-Urteil beweist es"* („UZ" v. 16.3.)

Das leuchtet doch wohl ein? Und im „realen Sozialismus", sprich in den AKW's der DDR und der Sowjetunion, gibt es zweifellos längst und überall schon jenen sogenannten „Berstschutz", dessen Fehlen dem Wyhl-Urteil zugrunde liegt?

Denkste! „Eine Frage der Gesellschaftsordnung" ? Ganz gewiß! Und die „UZ" sollte besser darauf achten, was ihre Kommentatoren schreiben. Sonst bekommt sie am Ende noch Ärger mit ihren Geldgebern.

Starke Proteste von AKW-Gegnern gegen Polizeiüberfälle

Lübeck: Am Samstag, dem 12.3., wurde in Lübeck in der Fußgängerzone von Mitgliedern der „Bürgerinitiative gegen Atomkraftwerke" eine Straßenaktion gemacht, bei der ein „Bauzaun" aufgebaut wurde. Die von Stacheldraht abgeriegelte Fläche wurde von innen von gespielten NWK-Werkschutzleuten und Polizisten „geschützt", mehrmals von AKW-Gegnern „angegriffen" und schließlich symbolisch besetzt.

Mehrere Bullen, die kurz darauf mit einem Auto angefahren kamen, beschlagnahmten zwei Megaphone. Als sie von den Umstehenden am Wegfahren gehindert werden sollten, sprühten sie aus dem Auto heraus aus nächster Entfernung mit der „Chemischen Keule", wobei vier Menschen und sogar ein Kind getroffen wurden. Mit Vollgas rasten sie durch die Menge, wobei glücklicherweise nichts passierte.

Wenig später formierten sich ca. 100 Menschen zu einem spontanen Demonstrationszug vor die nahegelegene Mengwache, um die Megaphone wiederzuholen. Eine Delegation wurde sofort vom Eingang weggeprügelt. Die Demonstranten beschlossen, die begonnene Aktion in der Fußgängerzone fortzusetzen.

Dort tauchten kurz danach etwa 30 Bullen auf, die aber keinen Vorwand zum Eingreifen fanden. Jedoch denunzierte ein JU'ler einen angeblich an der Aktion beteiligten Schüler, der gestellt, in den Magen geschlagen und zur Wache geschleppt wurde. Auf das Verlangen nach einem Rechtsanwalt hin wurde er verprügelt und sogar in der Zelle noch mit Schlägen in den Magen „ruhig gehalten".

Inzwischen hatten sich vor der Mengwache weit über 100 Menschen versammelt, die die Freilassung des Verhafteten verlangten. In diese Menge stürzten mehrfach Greiftrupps der Bullen vor, die unglaublich brutal vorgingen.

Etwa 10 Menschen wurden von den prügelnden Bullen zum Teil erheblich verletzt und mußten sich im Krankenhaus ambulant behandeln lassen. Einer Frau wurde z. B. so stark von einem Bullen auf den Hinterkopf geknüppelt, daß sie stark blutend zusammenbrach. Als sie empörte Passanten an die Wache brachten, um von dort einen Krankenwagen zu rufen und die Dienstnummer des Schlägers verlangten, wurde erneut geschlagen. Bei mehreren Personen wurden die Personalien festgestellt. Besonders abgesehen hatten es die Bullen auf Menschen, die die Vorfälle fotografierten: Zwei Fotografen wurden in die Wache geschleppt, ihnen wurden die Filme abgenommen und ihre Personalien festgestellt.

Eine weitere Fotografin wurde n a c h diesen Aktionen von einer Polizeistreife vor ihrer Haustür gestellt und gezwungen, den Film zu belichten.

– Auf einen 50 m vor der Mengwache stehenden Schüler stürzte ein Bulle zu und schlug ihm solange ins Gesicht, bis er auf der Straße zusammenbrach. Ein weiterer Jugendlicher, der den Vorfall beobachtete, rief: „Warum schlagt ihr mich nicht, ich bin doch auch wehrlos?" Sofort stürzten mehrere Beamte auf ihn und schlugen auf ihn ein. Ein Schüler wurde festgenommen, als er äußerte, die Megaphone seien willkürlich beschlagnahmt worden.

– Ein angeforderter Rechtsanwalt wurde unter Einsatz körperlicher Gewalt aus der Wache geworfen, als er sich als Anwalt vorgestellt und Dienstnummern eingesetzter Polizisten verlangt hatte.

– Gleichzeitig wurde ein junger Mann aus der Begleitung des Rechtsanwaltes in die Wache gezerrt, um seine Personalien festzustellen. Er habe einen Bullen als „Schwein" beleidigt und werde angezeigt. Hierbei wurde das Hemd des Festgenommenen zerrissen

Eine dritte Fotografin wurde n a c h diesen Vorfällen vor ihrem Haus von Bullen aus einem zivilen Auto heraus gestellt und gezwungen, aus der Handtasche die Kamera zu nehmen und den Film zu belichten!

Breiter Protest gegen die Polizeiprovokationen

Sofort nach diesen Überfällen beschlossen Mitglieder der „Bürgerinitative gegen Atomkraftwerke", für eine Demonstration gegen die zunehmende Kriminalisierung aktiver AKW-Gegner am 16.3. zu mobilisieren. Die Bürgerinitativen aus dem Ostküstenraum Schleswig-Holstein und die BUU Hamburg wurden informiert und um Solidarität – auch in Form von Delegationen zur Demonstration – gebeten. Eine Presseerklärung wurde an verschiedene Zeitungen geschickt.

Das Studentenparlament und der AStA der Lübecker Fachhochschule (vom SHB dominiert) verabschiedeten aufgrund einer Initiative von KB-Sympathisanten eine Solidaritätserklärung, worin die „Bestrafung aller Polizisten" verlangt und die Bürgerschaft aufgefordert wurde, „eine eindeutige Stellungnahme gegen den Polizeiterror abzugeben". Dennoch verweigerten die SHB'ler praktische Solidarität, indem der Aufruf zur geplanten Demonstration abgelehnt wurde, weil er von der „Bürgerinitiative gegen Atomkraftwerke" (Chaoten?) käme.

Die Demonstration, zu der mehrere Solidaritätsadressen vorlagen, wurde ein voller Erfolg. Über 650 Menschen demonstrierten unter Parolen wie „Deutsche Polizisten sind die Terroristen", „Kein KKW in Grohnde und auch nicht anderswo!" oder „Eins, zwei, drei, vier – viele Brokdorf schaffen wir" durch die Lübecker Innenstadt. Eine besondere Provokation hatten sich wieder die Bullen ausgedacht: Entgegen der angemeldeten Demonstrationsroute bestanden sie gegenüber dem Demonstrationsleiter darauf, daß die Route auch an der Mengwache vorbeigehen sollte.

Als der Demonstrationszug bei der Mengwache angelangt war, flogen zunächst eine ganze Reihe von Eiern in Richtung Wache und die Bullen griffen sofort wieder mit einem Greifkommando einen AKW-Gegner heraus und nahmen ihn fest. Trotz der beabsichtigten Bullenprovokationen wurde der geschlossene Demonstrationszug bis zur Abschlußkundgebung gewahrt, der Festgenommene wurde nach kurzer Zeit wieder freigelassen.

Sprecher der Bürgerinitiative hoben in Kundgebungsreden hervor, daß heute schon friedlich durchgeführte Aktionen von AKW-Gegnern mit der Gewalt des Staates konfrontiert sind.

KB/Gruppe Lübeck

Bürgerkriegsmanöver gegen Hausbesetzer

Göttingen: Eine große Öffentlichkeitswirksamkeit, aber leider wenig Erfolg konnte in der Innenstadt Göttingens mit einer Hausbesetzung erreicht werden. Schon seit Jahren werden die Innenstadtbewohner systematisch aus dem Zentrum Göttingens vertrieben und in teure Neubaughettos an den Stadtrand gedrängt. (Über 6.000 Menschen verloren in den letzten Jahren auf diese Weise ihre billigen und zentral gelegenen Wohnungen). Der Göttinger Stadtrat handelt bei diesen Maßnahmen im Interesse einiger Konzernbesitzer, die nach und nach die gesamte Innenstadt aufkaufen und in ein steriles Konsum- und Verwaltungszentrum verwandeln. In dem jetzt betroffenen Stadtteil, dem Reitstallviertel, machte sich seit Jahren der Oetkerkonzern bzw. seine diversen Tochterfirmen breit.

Der Stadtrat hat sich zur Aufgabe gemacht, den willigen Handlanger für Oetkers Profitinteressen zu spielen. Vor einiger Zeit hatte Oetker zwei der von ihm in diesem Viertel aufgekauften und seit längerem leerstehenden Häuser abreißen lassen. Die Bewohner eines angrenzenden Hauses wurden von einem Tag auf den anderen wegen angeblicher „Einsturzgefahr" rausgeschmissen.

Die Mieterinitiative des Viertels holte jedoch ein Gutachten ein, in dem die angebliche Einsturzgefahr eindeutig bestritten wurde. Daraufhin besetzten sie das Haus. Auf diese Besetzung folgte schließlich ein gewaltiger Polizeieinsatz, wie er in Göttingen noch nicht dagewesen ist. Die ca. 20 Besetzer wurden im Morgengrauen von sieben (!) Hundertschaften der Polizei, die aus der gesamten Umgebung zusammengezogen war, aus dem Haus vertrieben bzw. festgenommen. Ihnen droht jetzt die Strafverfolgung. Die Polizei riegelte das gesamte Viertel ab, schikanierte Bewohner mit Ausweiskontrollen, Personalienbefragungen usw.

Trotz der frühen Stunde hatten sich schon etwa 100 Demonstranten versammelt, die ihren Protest über die Festnahme der Besetzer und das immense Polizeiaufgebot kundtaten. Für den ganzen darauffolgenden Tag blieb das Viertel abgesperrt. Oberstadtdirektor Busch nutzte in demagogischer Weise die Situation für Oetkers Zwecke aus. Das Haus, das der Stadt gehört und für dessen Abriß bisher keine Genehmigung und auch kein legitimer Grund vorlag, war dem König aller Puddingarten schon lange ein Dorn im Auge. Wie ein Keil lag es zwischen seinen Grundstücken und hinderte ihn an einer „großzügigen" Bebauung mit Betonsilos. Durch die Besetzung, so ließ die Stadt verkünden, sei die öffentliche Ordnung gefährdet und könne nur durch den Abriß des Hauses wederhergestellt werden. Der folgte sogleich. Unter Aufsicht der Bullen wurde binnen eines Tages das gesamte Haus abgerissen.

Eine weitere Provokation leistete sich die Stadt mit den Bewohnern des Hinterhauses: Sie fuhr ihnen einen Möbelwagen vor die Tür, sperrte ohne Vorankündigung Strom und Wasser und versuchte, sie noch am selben Tag rauszuschmeißen, damit auch das Hinterhaus in einem Abwasch mit zerstört werden könne. Die Bewohner erlangten allerdings eine einstweilige Verfügung.

Am Nachmittag desselben Tages fanden sich über 1.500 Demonstranten zu einem Zug durch die Innenstadt und anschließender Kundgebung vor der Bullenkette zusammen.

Um den Kampf gegen das g e s a m t e menschenfeindliche Stadtplanungskonzept — von dem das Reitstallviertel nur einen Teil darstellt — in Zukunft erfolgreicher führen zu können, kommt es unserer Meinung nach jetzt vor allem darauf an, die Aktionseinheit a l l e r Göttinger Bewohnerinitiativen herzustellen. Daß Aktionen von Mieterinitiativen in Göttingen erfolgreich sein können, zeigte die im Januar '77 erfolgte Hausbesetzung gegen Zweckentfremdung von Wohnraum im Kreuzbergring Nr. 32.

Erfolgreiche Besetzung des Hauses Kreuzbergring 32

Es handels sich hierbei um ein sogenanntes Abbruchhaus, das zweckentfremdet genutzt werden sollte. Geplant war, es an Institute der Universität zu vermieten. Offenbar fürchtete man, daß andere Mieter im Falle eines Abrisse nicht freiwillig das Haus räumen würden, wie dies in Göttingen an mehreren Orten bereits geschehen ist. Durch die Besetzung erreichten die Mitglieder der Mieterinitiative Kreuzbergring und andere engagierte Wohnungskämpfer, daß einer Zweckentfremdung des Wohnraums, auf die bekanntermaßen bald die Zerstörung folgt, Einhalt geboten wurde. Vor kurzem unterzeichneten die zukünftigen Bewohner des Hauses die Mietverträge. Im April ist das Haus bezugsfertig und bietet dann 20 Leuten Wohnraum. Allerdings haben diese Bewohner — wie die von neun weiteren Häusern am Kreuzbergring, die ebenfalls langfristig abgerissen werden sollen — keine ordentlichen, sondern nur befristete Verträge, in denen nicht alle Mieterrechte voll garantiert sind. Ordentliche Mietverträge durchzusetzen, wird das nächste Ziel der Mieterinitiative Kreuzbergring, neben der Unterstützung der anderen Initiativen, sein müssen.

Kampf der Wohnraumzerstörung!
Keine Strafverfolgung der Hausbesetzer!

Stadtteilzelle
KB/Gruppe Göttingen



Um 5 Uhr morgens holen die Bullen die Besetzer raus



Oetker freut sich. Bullen und Stadtverwaltung schaffen den Platz für den nächsten Betonklotz.

Keine Mieterhöhungen in München, Hamburg oder anderswo!

Nachdem am 1.1.77 in Hamburg und München die letzten Mietpreisbindungen bei Altbauten aufgehoben wurden, rollt jetzt die Mieterhöhungswelle in diesen Städten an. Insgesamt sind etwa eine halbe Millionen Mieter davon betroffen.

Das Ausmaß der bisherigen Erhöhungen betrug in Hamburg nach offiziellen Angaben zwischen 15 bis 20% im Schnitt („Hamburger Abendblatt" — „HA", 15.1.77).

In München sieht der dortige Mieterverein durch den Münchener Mietspiegel Erhöhungen bis zu 100% als möglich an („Süddeutsche Zeitung" — „SZ", 5.2.77).

Nachdem die Bundesregierung die gesetzlichen Schranken für die Begrenzung der Miethöhe bei Altbauwohnungen fallengelassen hat, ist der Mietspiegel das Instrument, mit dem der Staat den Hausbesitzern den reibungslosen Ablauf der Mieterhöhungen garantieren will.

In München war die Stadtverwaltung den Hauskapitalisten derart gut zu Diensten, daß der Entrüstungssturm der Öffentlichkeit den Stadtrat dazu bewog, den Mietspiegel nochmal zu „überprüfen" („SZ", 3.2.77).

Besonders war in München kritisiert worden, daß sogar die Wuchermieten, die den ausländischen Mietern abgepreßt werden, in die Ermittlung der Durchschnittsmiete eingegangen sind.

Der Mietspiegel weist z.B. für Wohnungen zwischen 60 bis 90 qm Größe in mittlerer Wohnlage mit Bad, WC und ohne Zentralheizung 10 DM pro qm aus („UZ", 4.2.77). Das sind 600 bis 900 Mark, die nur für die Miete aufgebracht werden müssen!

In Hamburg war im Januar die ganz große Flut von Mieterhöhungen noch ausgeblieben, weil der Mietspiegel erst Mitte Januar vorlag. Eine Unsicherheit der Hausbesitzer, wie sie damit möglichst hohe Mieterhöhungen begründen können, hat sich zunächst in Unmut geäußert: Oscar Schneider (CSU) nannte im Namen der Hausbesitzer den Hamburger Mietspiegel *„schlichtweg rechtswidrig"* („HA", 24.1.77), weil dieser angeblich zu stark billige Mieten (die Daten der Wohngeldstatistik) berücksichtige.

Dabei sieht der Mietspiegel gerade für die ehemals preisgebundenen Altbauwohnungen drastische Erhöhungen vor, weil er für diese ausdrücklich *„Mieten ... oberhalb des Mittelwertes"* (= Durchschnittswert) zuläßt.

Bei allem Gedröhn ist der Hamburger Grundeigentümer-Verband eigentlich ganz zufrieden. Er hat *„dem Mietenspiegel ... zugestimmt, weil durch Kompromisse in letzter Minute erreicht werden konnte, daß im allgemeinen eine Erhöhung der Grundmiete z u m i n d e s t um 15% eintritt"* („Hamburger Grundeigentum", 1/77).

Außerdem soll der Mietspiegel ja jährlich „fortgeschrieben", d.h. das Mietniveau jährlich angehoben werden. In Zukunft können danach die Hausbesitzer alle 16 Monate (incl. der viermonatigen Bedenkzeit) eine Mieterhöhung versuchen.

Das zeigt auch, wie wichtig es wird, dieser von staatlicher Seite vorprogrammierten jährlichen Preistreiberei einen Widerstand, eineAbwehrfront der Mieter entgegenzusetzen. Jede Mieterhöhung muß bekämpft werden, weil jede hingenommene Mieterhöhung als Begründung für die nächste Mieterhöhung dient (u.a. dadurch, daß diese höhere Miete das Mietniveau im Mietspiegel hebt).

Der Mietspiegel erlaubt auch nicht, ihn von Mieterseite her anzuwenden, d.h. Mietsenkung vorzunehmen, wenn die bereits gezahlte Miete höher ist als im Mietspiegel vorgesehen, was bei vielen Wuchermieten nicht selten ist.

Seit Februar und März flattern den Hamburger Mietern immer mehr Mieterhöhungsschreiben ins Haus. Die bestehenden Mieterinitiativen werden von ratsuchenden Mietern überlaufen, neue Hausgemeinschaften und Initiativen bilden sich.

Der sozialdemokratische Mieterverein ist, wie bisher immer, den Mietern in den Rücken gefallen. Er beteiligte sich voll an der Aufstellung des Mietspiegels und lobte dann sogar: *„Der Mietenspiegel ... wird sich gut bewähren und zur Beruhigung des Mietgefüges beitragen"* („HA", 15.1.77).

Mieterhöhungen — nicht mit uns!

Wohnungskommission

DKP in Schwierigkeiten

Die DKP hat offensichtlich mehr Probleme mit ihrer Haltung gegenüber der Initiative für ein Russell-Tribunal „BRD", als zunächst zu erwarten war. Konnte bisher nur davon ausgegangen werden, daß der Gedanke des Tribunals bei einigen ihrer „traditionellen" Bündnispartner Anklang finden würde, so gibt es mittlerweile zunehmend Belege für widersprüchliche Auffassungen innerhalb der DKP selbst. Der DKP-Parteivorstand hat deshalb ein internes Papier herausgegeben, das dem Zweck dienen soll, die Funktionäre über den Stand der Russell-Initiative zu unterrichten und sie mit entsprechenden Gegenargumenten auszustatten. Demnach soll als „Leitlinie" ausgegeben werden, PSU, SB, GIM und (vor allem) KB würden das Russell-Tribunal *„lediglich aus Aushängeschild für ihre Bemühungen benutzen, die bestehende Bewegung gegen Berufsverbote zu schwächen"*. Oder an anderer Stelle präziser: KB und SB orientierten *„auf eine Zersplitterung bzw. Schwächung der seit 1973 wachsenden Bürgerinitiative ‚Weg mit den Berufsverboten'"* (mit der sich die Mitglieder der DKP stark identifizieren).

Schließlich wird dieser Vorwurf darauf zugespitzt: *„Beiden (KB und SB) gemeinsam ist der Versuch, die kommunistische Position* (die DKP — Anm. AK) *aus dem demokratischen Bündnis herauszudrängen"*. Dies entspreche dem Vorgehen der SPD-Führung (über den ehemaligen Juso-Bundesvorstand), die Berufsverbote-Bewegung anhand der „Biermann-Frage" zu spalten.

Der DKP-Parteivorstand ist sichtlich bemüht, die ganze Russell-Initiative als eigentlichen Angriff auf die DKP darzustellen, um mit dem bewährten Appell an die „Loyalität zur Partei" die Reihen wieder zu schließen. Diese Art von Selbstüberschätzung und Sektierertum könnte ebensogut von der „KPD/ML" stammen.

Wie schwer es die DKP-Führung haben wird, mit dieser Argumentation durchzukommen, zeigt sich schon an dem Papier (das wir demnächst vollständig veröffentlichen werden) selbst. Ein paar Zeilen später heißt es nämlich zur Arbeit der Hamburger Vorbereitungsgruppe für das Tribunal: *„Das Thema ‚Repression in Ost und West' (eingebracht vom SB) ist zunächst aus taktischen Gründen gestrichen worden, da — so der KB — dadurch die DKP, die VAN und die Initiative ‚Weg mit den Berufsverboten' abgeschreckt werden würden"*. W o z u denn „taktische Rücksicht" gegenüber der DKP, wenn es darum ginge, sie aus der Initiative herauszuhalten? Wäre nicht das Thema „Repression in Ost und West" geradezu ideal, um die DKP „herauszudrängen", da sich die Mehrheit der westdeutschen Linken ohnehin auf diesem Trip befindet?! Tatsächlich hat der KB gleich in den ersten Stellungnahmen zur Idee des Russell-Tribunals seine Bereitschaft zu einer Einbeziehung der DKP erklärt, und auch die PSU machte von Anfang an klar, daß die Arbeit von allen demokratischen Kräften „ohne politische Ausschlüsse" getragen werden sollte.

Was die Initiative „Weg mit den Berufsverboten" angeht, so ist diese so oft (sowohl vom nationalen Initiativausschuß für das Tribunal als auch von der Hamburger Vorbereitungsgruppe) zur Mitarbeit angesprochen worden, daß es schon gar nicht mehr überschaubar ist. Protokolle von den Sitzungen der Hamburger Gruppe wurden sogar regelmäßig an die Initiative und an die DKP geschickt (worauf sich der DKP-Parteivorstand teilweise auch bezieht). Wer hier wieder mal das Geschäft der Spaltung betreibt, ist also sonnenklar.

Ein für allemal: Unvereinbarkeitsbeschlüsse wie die These 41 der DKP oder ausgeklügelte Manipulationen, um eine andere Gruppe aus einer Aktion „rauszuhalten", hat der KB nicht nötig. Wir vertrauen auf die Überzeugungskraft unserer Argumente. Täte die DKP das auch, würde sie unserer Aufforderung, sich an der Russell-Initiative zu beteiligen und in der Frage der politischen Unterdrükkung zu einem gemeinsamen Vorgehen gegen rechts zu kommen, endlich nachkommen.

So nicht !

Auf einer der letzten Sitzungen des Frankfurter „Arbeitskreis gegen die Repression" erschienen überraschend gut 30 Genossinnen und Genossen aus dem Umkreis des Stuttgarter Rechtsanwalts Croissant, die in putschartiger Manier auf eine Änderung des bereits veröffentlichten Aufrufs und der Tagesordnung der Arbeitskonferenz drängten. An dem Aufruf (siehe AK 100) kritisierten sie, daß die Lage und die Angriffe auf die politischen Gefangenen der RAF zu kurz kämen. Nach ihrer Meinung sei gerade dies d e r entscheidende Punkt. Zur Arbeitskonferenz schlugen sie vor, gleich zu Beginn eine Diskussion über die verschiedenen Einschätzungen zur Situation in der BRD zu führen. Und zwar mit folgender Begründung: So einem „Hansel", der sich gegen die (im Grunde „nebensächlichen"?!) Berufsverbote engagiert, seien ja überhaupt nicht die Perspektive seines Kampfes und die Ursachen der Berufsverbote (nämlich die Kampagne gegen die RAF) klar usw.usf.

Aus dem gleichen Argumentationszusammenhang kam dann der Vorschlag, Croissant als Sekretär des Russell-Tribunals vorzuschlagen. Bisher war in der Diskussion gewesen, der Russell-Foundation K.H.Roth vorzuschlagen (mit einem Beauftragten, der die Aufgaben für ihn erledigt, die er selbst z. Z. nicht leisten kann). Gegen Roth wurde nun in ultrasektiererischer Weise vorgebracht, er genieße nicht das Vertrauen der Mehrheit der Stammheimer Gefangenen. Als diese Argumentation zu entlarvend wurde, schwenkten die Croissant-Anhänger auf eine seichte Diskussion über „Kriterien" um, die ein guter Sekretär erfüllen müsse (natürlich mit dem Ziel, daß es halt nur e i n e n gibt, der diesen Anforderungen gerecht wird ...). Solche arrogant-unsolidarischen Verhaltensweisen dienen nur dazu, die Solidaritätsbewegung mit den politischen Gefangenen zu isolieren. Leider sind die Genossen offenbar nicht in der Lage, aus dem Scheitern der ehemals zahlreichen „Folterkomitees" aufgrund der gleichen oder ähnlicher Positionen Konsequenzen zu ziehen.

„Verantwortungslos" ?

„Verantwortungslos" ?

Unter der Überschrift *„Es rettet uns kein höhres Wesen"* schreibt ein Genosse im Info des Bochumer Komitee „Innere Sicherheit" (Nr. 2/77): *„Wer heute die Möglichkeit eines Russell-Tribunals diskutiert, also Politik im internationalen Maßstab machen will, handelt im höchsten Maße (!) politisch verantwortungslos, wenn er sich dieses internationalen politischen und moralischen Instruments gegen das ‚Modell Deutschland' bedienen will, ohne nicht zuvor alle internationalen Zusammenhänge politisch abgecheckt zu haben"*. Gemeint sind folgende — zunächst konfus erscheinende — Argumente:

1. Ein Russell-Tribunal wäre *„für die Verhältnisse in der BRD zu hoch gegriffen"*. Die westdeutsche Linke solle sich lieber *„auf die eigene Kraft stützen"*, anstatt *„in erster Linie auf die Unterstützung von außen zu schielen"*. Hier wird schon demagogisch der Kampf im eigenen Land ausgespielt gegen die internationale Solidarität.
2. Ein solches Verhalten würde *„der Opposition in der BRD ein Armutszeugnis ausstellen, besonders in den Augen der Völker Westeuropas"*. Hier wird's schon reichlich übel. In tendenziell chauvinistischer Manier sorgt sich der Verfasser um das Image der westdeutschen Linken. Nach dem Motto: „Das schaffen wir schon alleine — auf Unterstützung von außen sind wir nicht angewiesen" wird im übrigen total unterschlagen, daß die ausländische Linke ein fundamentales e i g e n e s Interesse daran hat, das „Modell Deutschland", das für sie s e l b s t zu einer immer größeren Gefahr wird, zu bekämpfen.
3. Was es mit dem Untersuchen „aller internationalen Zusammenhänge" auf sich hat, wird erst am Ende des Artikels deutlich: Russell-Tribunale würden als eine Art internationale Institution in die Belange der „angeklagten" Länder eingreifen. Daher würden sie von einer „beschränkten Souveränität" ausgehen. Dies könne „im schlimmsten Fall zur Legitimation einer Intervention (!) herhalten". Und nun der eigentliche Clou des ganzen Quatschs: Dies sei „in Deutschland" besonders einfach aufgrund der Vorbehalte der Siegermächte nach dem zweiten Weltkrieg. *„Die Sowjetunion wird sich freuen, der auf das Ausland vertrauenden deutschen ‚Linken'* (Anführungszeichen im Original — Anm. AK) *auf die Sprünge zu helfen"* !!

D.h., die Gefahr geht nicht vom BRD-Imperialismus aus, sondern von der Sowjetunion. Die internationale Kritik am „Modell Deutschland" liefert dieser den Anlaß für eine kriegerische Aggression. Also: Hört damit auf, Deutschland im Ausland mies zu machen! Das ist nicht nur astreine Vaterländlerei, das könnte direkt aus Boenischs Feder stammen!

Antiimperialistische Komitees

Die Informationsstelle Lateinamerika e.V. fordert alle Lateinamerika-Gruppen auf („ila-info", Nr.3), das Tribunal zu unterstützen, und Material vor allem zu folgenden zwei Punkten zu sammeln:

„1. Sind Lateinamerikaner in der BRD Opfer von Repression?
2. Wie beteiligt sich die BRD direkt (in Gestalt ihrer Botschaften, Konzerne, Stiftungen, Entwicklungsdienste etc.) an der Repression in Lateinamerika?"

Nach dem „ila-info" unterstützen auch FDCL (Westberlin), COSAL (Argentinien-Komitee Hamburg) und das Informationszentrum 3. Welt das Tribunal.

Unterstützung für das Russel-Tribunal 'BRD'

Falken, Bezirk Hannover:

In einem kurzen Schreiben erklären die Hannoveraner Falken ihr Interesse an der Durchführung eines Russell-Tribunals gegen die Repression in der BRD und rufen dazu auf, baldmöglichst ein nationales Unterstützungskomitee zu gründen.

AMAK, Tübingen

Der „Antimilitaristische Arbeitskreis" (AMAK) Tübingen, der AMAK Stuttgart und die „Antimilitaristische Gruppe" Bochum fordern zur Unterstützung der Russell-Initiative auf. Materialien, Dokumente und Zeugenaussagen zur Repression in der Bundeswehr sollen zu den folgenden Punkten gesammelt werden:

„ - *Folterausbildung in der Bundeswehr;*
- *Vorbereitung des Bundeswehr auf den Notstandseinsatz im eigenen Land;*
- *Unterdrückung der Arbeit von Soldatenkomitees durch Bestrafung und Verfolgung von Mitgliedern der Komitees und ähnliche Maßnahmen;*
- *Verfolgung von Kriegsdienstverweigerern;*
- *Verfolgung und Unterdrückung deutscher Staatsangehöriger und ausländischer Staatsangehöriger, die Soldaten der ausländischen Besatzungsmächte unterstützen, durch deutsche Organe;*
- *Schutz von Faschisten und faschistischen Gruppen durch Organe der Bundeswehr."*

Materialien sollen an die folgende Adresse geschickt werden:
Antimilitaristischer Arbeitskreis
Postfach 12 22
7420 Münsingen

Büro für Betriebsfragen, Bochum

Der Aufruf der Russell-Stiftung wurde bereits im Februar im „Rundbrief Nr. 9" veröffentlicht. Die Redaktion weist insbesondere auf die Gelegenheit hin, in das Russell-Tribunal die Frage der Repression in den Gewerkschaften hineinzutragen.

Die GOG Bochum hat beschlossen, eine Delegation zur Arbeitskonferenz am 26./27.3. zu entsenden.

Homosexuelle Aktion Hamburg (HAH):

Die Teilnehmer am März-Plenum der HAH haben sich einstimmig für eine Beteiligung am Russell-Tribunal ausgesprochen.

Dazu wurde auch eine Resolution verabschiedet, wo auf die Repression gegen Homosexuelle in der BRD (Berufsverbote, Informationsverbot, Anti-Schwulenhetze) anhand von Beispielen hingewiesen wird.

Die HAH fordert *„alle anderen westdeutschen Schwulen-Organisationen dazu auf, das Russell-Komitee aktiv zu unterstützen. Außerdem fordern wir alle Menschen und Gruppen auf, uns ihnen bekannte Fälle zu nennen, wo konkret Repression gegen Schwule stattgefunden hat, damit wir das dokumentieren können."*

Als Adresse wird angegeben:
HAH
2 Hamburg 50
Buttstraße 50

VSSTÖ Salzburg

(Verband Sozialistischer Studenten Österreich/Sektion Salzburg).

In der März-Ausgabe seiner Zeitung „Sozialistische Nachrichten" ruft der VSSTÖ/Salzburg dazu auf, auch in Österreich ein Nationales Unterstützungskomitee zu bilden. Die „SN" verweisen auf die starke Verpflechtung der österreichischen mit der BRD-Wirtschaft, und daß *„innerdeutsche Entwicklungen sehr wohl starke Auswirkungen auf die österreichische Innenpolitik haben werden."*

Kritisiert wird die Verschleppung der Arbeit im westdeutschen Initiativausschuß durch *„einige zur Zeit unnötige Auseinandersetzungen"*.

Die Genossen widersprechen der Auffassung des SB, *„daß eine gemeinsame Basis zur Unterstützung des Tribunals und zur Mobilisierung nicht auf der Ebene von Organisationen hergestellt werden kann."*

Dazu heißt es in „SN": *„Wir vermuten, daß das SB einfach befürchtet, daß durch eine kräftige Arbeit der linken Organisationen andere ‚verschreckt' werden könnten, und das ist in unseren Augen opportunistische ‚Angst vor den Massen'. Denn – um ein anderes Beispiel zu nennen – gerade die Erfolge der Anti-Kernkraftwerksbewegung beweisen, daß die Linken ihr Ghetto sprengen können, wenn sie an den Problemen richtig ansetzen."*

Als Aufgaben für ein Österreichisches Unterstützungskomitee des Russell-Tribunals werden vorgeschlagen:

„ 1. Sammlung und Publizierung von Fakten der westdeutschen Repressionsentwicklung
2. Aufarbeitung der spezifisch österreichischen Repressionen
3. Aufzeigen der Verbindungen der reaktionären Kräfte Österreichs und Deutschlands, insbesondere rechtsextremer Gruppen
4. Analyse der Funktion des österreichischen Bundesheeres (Objektschutzeinheiten)."

Jungdemokraten

Als Ergebnis des letzten Bundesdelegiertenkongresses will der Bundesvorstand der Jungdemokraten Vorgespräche mit dem Initiativausschuß über eine Unterstützung des Russell-Tribunals führen. Die Hamburger Judos nehmen bereits an der Hamburger Vorbereitungsgruppe teil.

Spartacusbund

Unterstützt die Initiative zum Russell-Tribunal, wenn nicht an den bisher veröffentlichten Inhalten (Aufrufe) noch gravierende Korrekturen vorgenommen werden.

Westberlin: Unterstützungskomitee gegründet

Auf Einladung des Aktionskomitees gegen Berufsverbote an der FU und an der TU wurde am 9.3. ein Westberliner Unterstützungskomitee für das Russell-Tribunal gegründet. Folgende Gruppen beteiligen sich bisher daran:

Verteidiger-Komitee, KB, SSB, Arbeitskreis Gerichtsreferendare, Aktionskomitee gegen Berufsverbote (AK) FU, SB, Radikal, Rote Hilfe Westberlin, AK gegen innergewerkschaftliche Repression, sowie die Westberliner Frauen-Aktionseinheit.

Der SHB, Spartacusbund, Schutzkomitee für Freiheit und Sozialismus, Verband der Schriftsteller in der IG DruPa, das Komitee zur Verteidigung demokratischer Grundrechte, die ESG, der Koordinationsausschuß der FU (ehemaliger Streikrat), LAUS, Langer Marsch, DFG/VK und mehrere Einzelpersönlichkeiten kamen vorerst als Beobachter.

Nicht ganz klar ist, ob die GIM, die national das Russell-Projekt unterstützt, aus politischen Gründen bei dieser Sitzung abwesend war, zumal die GIM in der Diskussion im AK gegen innergewerkschaftliche Repression behauptete, die Unvereinbarkeitsbeschlüsse seien kein Bestandteil des Aufrufs bzw. dürften es nicht sein. Dies verstößt gegen die Beschlüsse des (nationalen) Initiativausschusses.

Als Grundlage zur Bildung des Westberliner Komitees wurde der Aufruf der Russell-Stiftung selber genommen.

Unverständlich bleibt indes das Vorgehen des Aktionskomitees (FU). Während der Aufruf des nationalen Initiativausschusses (siehe AK 100) um den Preis mühsamer Auseinandersetzungen zustande gekommen ist, war das AK/FU auf der Westberliner Sitzung offenbar bemüht, seine Bedeutung herunterzuspielen.

Eventuell vorhandene Kritik an diesem Aufruf sollte lieber offen als solche vorgebracht werden.

Presse-Erklärung des Kinderhaus Heinrichstraße(Hamburg)

Aufruf an Kinder- und Jugendinitiativen...

Anfang Februar gab die Russell-Peace-Foundation bekannt, daß sie auf zahlreiche Bitten hin noch in diesem Jahr ein Tribunal über die Repression in der BRD durchführen will. (...)

Gerade wegen seines internationalen Ansehens bietet ein solches Tribunal die gute Möglichkeit, die verschiedensten Formen politischer Unterdrückung bekanntzumachen und dadurch gleichzeitig zu einer Zusammenarbeit zwischen den von der Repression betroffenen Menschen und Gruppen zu kommen.

Das Kinderhaus in der Heinrichstraße Hamburg hat auf dem Gesamtelternabend vom 13.2.77 einstimmig beschlossen, die Arbeit des Russell-Tribunals zu unterstützen. Das Kinderhaus selbst hat schon eine Reihe von Erfahrungen mit der Repression in der BRD machen müssen:

- Die Verweigerung einer finanziellen staatlichen Unterstützung stellt einen massiven Angriff auf Elterninitiativen bzw. den Status der freien Träger sozialer Einrichtungen dar.
- Damit wird gleichzeitig das Recht der Eltern, für ihre Kinder die ihnen am besten erscheinende Unterbringung frei zu wählen, eingeschränkt, ein Recht, das immerhin noch im Jugendwohlfahrtsgesetz §3 verankert ist!

Im Falle unseres Kinderhauses trifft diese Einschränkung zum übergroßen Teil Eltern, die nicht die finanziellen Möglichkeiten haben, ihre Kinder ohne Unterstützung unterzubringen.

- Unsere angestrebten Erziehungsziele sind Selbständigkeit, Rücksichtnahme, eigene Meinungsbildung und Kritikfähigkeit. Von daher stellen wir eine Alternative zur üblichen Erziehungspraxis dar. Als solche wurden wir durch die zuständige Behörde mit dem Vorwurf der „Indoktrination" belegt, im „Hamburger Abendblatt" und der „Welt" sogar als menschenfeindliche ‚Kaderschmiede' diffamiert. Als ‚Beleg' wurde u.a. die angebliche Zugehörigkeit eines Mitglieds unserer Initiative zu einer kommunistischen Gruppe genannt. Gleichzeitig wurde damit versucht, die mit unserem Modell sympathisierenden Menschen ins politische Abseits zu stellen. Dabei haben wir am eigenen Leib erfahren, wie das Recht auf freie Meinungsäußerung in der BRD gegen oppositionelle und demokratische Kräfte mißbraucht wird.
- Als andererseits unsere Kinder von ihrem Recht auf freie Meinungsäußerung Gebrauch machten und anläßlich der Nichtanerkennung des Pflegesatzes in den „geheiligten" Räumen des Amtes für Jugend ihren Protest vortrugen, wurde dieses als „unverantwortliche Manipulation und Indoktrination von Kindern" diffamiert.

Dies ist die Situation, die die Menschen vorfinden, die eine alternative Erziehung betreiben und sich gegen Angriffe auf ihre Rechte und die Rechte der Kinder und Jugendlichen wehren.

Demgegenüber steht die alltäglich zunehmende Repression gegen die Mehrheit der Kinder und Jugendlichen in der BRD:

1. Die soziale Lage der Kinder und Jugendlichen verschlechtert sich zusehends.
   Ein Drittel aller Kinder unter drei Jahren (ca. 800 000) sind tagsüber unversorgt. Sozialisationsschäden und Deprivationsschäden sind die Folge.
   - Über 1.000.000 Kinder haben kein eigenes Bett.
   - In bedrohlich zunehmendem Maße sind unsere Kinder täglich sich selbst überlassen, auf verödete Spielplätze oder selbst die Straße als Spielmöglichkeit angewiesen. Entsprechend steigt die Zahl der Kinderunfälle an. Immer mehr Kinder und Jugendliche sehen nur noch den Ausweg im steigenden Alkohol- und Drogenkonsum.
2. Gewaltakte gegen Kinder mit Billigung und aktiver Förderung des Staates steigen steigen an:
   - In den Einrichtungen öffentlicher Erziehung wird die Prügelstrafe z.T. mit Billigung der Gerichte zunehmend wieder praktiziert.
   - In diese Reihe gehören auch Menschenversuche, die seit Anfang 1976 in einem Dortmunder Institut mit Unterstützung des NRW-Wissenschaftsministeriums und anderer Behörden an wehrlosen Säuglingen vorgenommen werden, um die Wirkung von Babynahrung zu testen.
3. Der größte Teil der Kinder in der BRD ist einer Situation an den Schulen unterworfen, wo die Repression in den letzten Jahren ebenfalls stark zugenommen hat:
   - Im Gegensatz zu den frühen 70er Jahren werden Disziplinierungsmittel wie Zensuren, Strafarbeiten usw. in Verstärktem Maße angewandt.
   - Eine Kritik, geschweige denn Veränderung des dreigliedrigen Schulsystems wird durch reaktionäre Kräfte zunehmend verhindert.
   - Der Leistungsdruck hat einen „Schulstreß" erzeugt – hervorgerufen durch staatlich verordneten Numerus Clausus – der immer mehr Kinder krank macht oder gar in den Tod treibt.

Angesichts dieser zunehmenden Repression gegen Kinder und Jugendliche fordern wir alle Kinderhäuser, Kinderläden, Jugendinitiativen sowie andere Gruppen, Initiativen und Einzelpersonen, die auf diesem Gebiet aktiv sind, auf, sich an der Durchführung und Vorbereitung des Russell-Tribunals zu beteiligen. Dies kann auf vielfältige Weise geschehen. Eine der wichtigsten ist sicherlich, dem Tribunal Material zur Verfügung zu stellen über die Erfahrungen, die wir mit Repression gesammelt haben.

Am 26./27. März wird in Frankfurt eine Arbeitstagung aller am Russell-Tribunal interessierten Gruppen, Initiativen und Einzelpersonen stattfinden.

Wir halten dies für eine gute Möglichkeit, Kontakt untereinander aufzunehmen, Fragen der weiteren Zusammenarbeit zu behandeln und eigenen Erfahrungsaustausch zu betreiben. Wir sind auch der Meinung, daß wir diese Kontakte über das Russell-Tribunal hinaus weiter ausbauen sollten, um auch längerfristig ein gemeinsames Vorgehen gegen Repression zu erreichen.

Wir fordern Euch daher auf, diese Arbeitskonferenz zu besuchen und auch andere Euch bekannte Gruppen, Initiativen und Einzelpersonen einzuladen.

VEREINT SIEGEN, NICHT GETRENNT UNTERLIEGEN!

Ein Drittel aller Kinder unter drei Jah-
der Kinder und Jugendlichen in der BRD:
1. Die soziale Lage der Kinder und Jugendlichen verschlechtert sich zusehends.
VEREINT SIEGEN, NICHT GETRENNT UNTERLIEGEN!

Kinder, Eltern und Erzieher des Kinderhauses in der Heinrichstr. 14a, 2 Hamburg 50



Kinder protestieren bei der Jugendbehörde



zu beziehen bei Kinderhaus Heinrichstr. 14a, 2000 HH 50

Kampagne gegen ein „deutsch-amerikanisches Europa"

Kampagne gegen ein „deutsch-amerikanisches Europa"

Nach einem Aufruf verschiedener bekannter Persönlichkeiten Frankreichs im Dezember 1976 zur Konstituierung eines Komitees gegen die Wahl des Europa-Parlaments (wir berichteten darüber) fanden bislang zwei Treffen verschiedener revolutionärer Organisationen aus Westeuropa in Paris statt. Ziel dieser regelmäßigen Treffen ist zum einen ein politischer Erfahrungsaustausch, zum anderen die Durchführung einer gemeinsamen Kampagne gegen die Vorherrschaft des westdeutschen und des amerikanischen Imperialismus in Westeuropa. Anlaß dazu bildet die Wahl des Europa-Parlaments im nächsten Jahr, das ein zusätzliches Interventions- und Kontrollinstrument für den BRD-Imperialismus bilden würde.

Am letzten Treffen nahmen teil: MES (Portugal), MC (Spanien), OC Bandera Roja (Spanien), MLS (Italien), PLS (Belgien), OCT (Frankreich) und KB. Am vorausgegangenen Treffen hatten darüber hinaus teilgenommen: Förbundet Kommunist (Schweden), Lotta Continua und Avanguardia Operaia (Italien) sowie International Socialists und Big Flame (England) und IRSP (Irland) – die zwar weiter mitarbeiten wollen, diesmal aber verhindert waren.

Anhand eines Entwurfs der OCT wurde über die besondere Gefährlichkeit des BRD-Imperialismus für Westeuropa diskutiert. Dieser Punkt war deshalb wichtig, da bislang gerade dieser Frage kaum oder zuwenig Aufmerksamkeit von den Revolutionären im Ausland geschenkt worden ist, was sich auch in der journalistischen Arbeit der jeweiligen Organisationen widerspiegelt.

Seitens des KB wurde der Vorschlag eingebracht, die Kampagne besonders gegen den BRD-Imperialismus (Enthüllungen über seine Großmachtpolitik, Denunzieren des „Modell Deutschland") zu richten. Dies traf auf die Zustimmung aller Anwesenden, bis auf den Genossen der italienischen MLS, der penetrant vor einer „Unterschätzung der sozialimperialistischen Gefahr" warnte. Die belgischen Genossen der Organisation „Pour le Socialisme" berichteten in dem Zusammenhang über die ersten belgischen Auswirkungen des Exports des „Modell Deutschland": So sind jetzt dort ähnliche Gesetze wie hier die Berufsverbote durchgezogen worden, wonach belgische Lehrer, die im Verdacht stehen, verfassungsfeindliche Positionen zu vertreten, rausgeschmissen werden sollen.

Um den Zusammenhang zwischen der Entwicklung der Repression in Belgien und der politischen Hegemonie des westdeutschen Imperialismus zu beleuchten, schlugen sie vor, Veranstaltungen in Brüssel und Lieges mit KB-Genossen durchzuführen.

Auf besonderes Interesse traf der Vorschlag des KB, als Thema des nächsten Pariser Treffens die Frage des Atomprogramms der Bundesregierung zu nehmen. Gerade an diesem Komplex zeigt sich am deutlichsten die besondere Gefahr, die vom BRD-Imperialismus für die Völker der Welt ausgeht. Hier bieten sich nicht nur Möglichkeiten der Erweiterung unserer jeweiligen Pressearbeit, sondern auch Möglichkeiten einer konkreteren Zusammenarbeit. Es sei hier nur auf die AKW's auf beiden Seiten des Rheins hingewiesen!

Als ein weiterer Diskussionspunkt wurde die Repression in Westeuropa und dabei speziell die Rolle des „Modell Deutschland" vereinbart.

Frankreich-Kommission
KB-Gruppe Frankfurt

Informationsbulletin erschienen

Um das Ausland kontinuierlich über die Repression in der BRD zu informieren und in der BRD selber die Kampagne zur Vorbereitung des Russell-Tribunals zu unterstützen, war schon im letzten Jahr von SB-, KB-, ID- und GIM-Genossen darangegangen worden, ein „Informations-Bulletin" zu erstellen. Auf der Basis dieser Arbeit und mit entsprechenden Aktualisierungen wurde von einer vorläufigen Redaktionsgruppe jetzt eine Nullnummer herausgegeben, die gleichzeitig zur Vorbereitung der Arbeitskonferenz verwandt werden kann.

In der Nullnummer wird versucht, das gesamte Spektrum der Repression in der BRD darzustellen (Artikel zu Berufsverboten, Gewerkschaftsausschlüssen, Justiz- und Haftbedingungen, Ausschlußverfahren innerhalb der SPD usw.).

Das „Informations-Bulletin" kann bei folgender Adresse bestellt werden:

Materialien gegen die Repression in der BRD
c/o Informationsdienst
Hamburger Allee 45
6000 Frankfurt 90

Nur ein Versehen?

Die „was tun" (10.3.) der GIM veröffentlichte den Aufruf, den der westdeutsche Initiativausschuß auf seiner Sitzung vom 26.2. beschlossen hatte – allerdings „leicht gekürzt". Peinlich, daß ausgerechnet der Passus zu den Unvereinbarkeits-Beschlüssen im „was tun"-Text fehlt, da sich die GIM immer wieder dafür eingesetzt hatte, diesen Punkt auszuklammern ...

aus Betrieb und Gewerkschaft

15.000 im Kampf gegen Massenentlassungen

Mit Demonstrationen protestierten am 8. und 9. März über 15.000 Arbeiter und Angestellte in Köln, Düsseldorf und Völklingen/Saar gegen geplante Massenentlassungen. Die Kollegen kämpften um die Erhaltung von 5.000 Arbeitsplätzen, die durch Stillegung und Rationalisierung bei Felten & Guilleaume in Köln-Mühlheim, in zwei Mannesmann-Betrieben in Düsseldorf-Reisholz und im Stahlwerk Röchling-Burbach in Völklingen vernichtet werden sollen.

Völklingen/Saar

Zur größten Protestdemonstration mit 10.000 Teilnehmern kam es am Mittwoch, den 9.3. in Völklingen, es war gleichzeitig die machtvollste Demonstration, die die Hüttenstadt seit Jahrzehnten erlebt hat. Mit dieser eindrucksvollen Aktion reagierten die Stahlarbeiter auf die Absicht, im größten saarländischen Hüttenwerk Röchling-Burbach GmbH 1.300 Beschäftigte zu entlassen.

Diese Entscheidung teilte der Vorstandsvorsitzende Krakow nach 24 Monaten Kurzarbeit jetzt mit!

Durch Stillegung unausgelasteter Anlagen, den Abbau der 4. Schicht sowie allgemeine Sparmaßnahmen sollen die Entlassungen zustande kommen, wobei sich die Zahl durchaus noch erhöhen kann.

Damit kommt es in der saarländischen Stahlindustrie bereits zur zweiten großen Entlassungswelle, nachdem die Neunkircher Eisenwerke schon Anfang Februar den Rausschmiß von 1.200 Beschäftigten be-
ke schon Anfang Februar den Rausschmiß von 1.200 Beschäftigten be-
kannt gaben. Hiergegen protestierten am 1. März 3.000 Arbeiter auf einer von der IG Metall organisierten Kundgebung. Die jetzt bekannt gewordenen Entlassungen sind allerdings erst der Anfang. Durch die Kanalisierung der Saar und die Umstellung auf modere Blasstahlwerke (u.a. plant Röchling-Burbach mit einem Investitionsaufwand von 450 Millionen DM ein Blasstahlwerk bis 1980 in Betrieb zu nehmen) werden noch tausende von Arbeitsplätzen vernichtet werden. Welche verheerenden Folgen diese Entwicklung für die Arbeiterschaft des Saarlands haben wird, zeigen die heutigen Arbeitslosen- und Kurzarbeiterzahlen. So werden z.Zt. in Völklingen 2,545 Arbeitslose registriert, das sind 10 Prozent aller Arbeitslosen an der Saar. Und die 13.732 Kurzarbeiter machen 50 Prozent aller hiervon Betroffenen im Saarland aus.

Mannesmann
„Unser Zorn ist groß: Nach der Lehre arbeitslos"

Mit einem dreistündigen Protestmarsch demonstrierten am 8.3. etwa 1.200 Arbeiter während der Arbeitszeit gegen Stillegungen in den beiden Mannesmanwerken „Kammerich" und „Mannesmannröhren". Die Pläne der Konzernherren haben die Vernichtung von 1.800 Arbeitsplätzen zur Folge.

Die Arbeiter zogen mit Transparenten und Plakaten durch die Düsseldorfer Arbeiterviertel Reisholz, Holthausen und Wersten. Besonders kämpferisch beteiligten sich die Lehrlinge: „Unser Zorn ist groß: nach der Lehre arbeitslos" und „die Krönung unseres Wirtschaftssystems: mit 16 Jahren arbeitslos". Bereits am 5.3. gingen Arbeiter, Vertrauensleute und Betriebsräte mit einem Informationsstand in unmittelbarer Nähe des Werksausganges und der Parole: „Heute wir — morgen ihr — wir kämpfen!" an die Öffentlichkeit.

Die angekündigte Teilstillegung ist ein weiterer Schritt einer systematischen Vernichtung von Arbeitsplätzen, die seit der Übernahme der Stahl- und Röhrenwerke Reisholz GmbH durch Mannesmann betrieben wird. Durch Auslagerung moderner Produktionsanlagen nach Brackwede und Mühlheim wurde die Produktion von 20.000 Tonnen Stahl Ende der 60er Jahre auf heute 5.000 Tonnen reduziert.

Demagogisch und absolut unglaubwürdig ist die Aussage der Konzernherren, daß durch Umsetzung, „normale Fluktuation" und vorzeitige Pensionierung Entlassungen vermieden werden. Dazu erklärte VK-Leiter Wolf Achten: „*Durch die Schließung zweier Walzstraßen verliert Lierenfeld beispielsweise selbst*
Schließung zweier Walzstraßen verliert Lierenfeld beispielsweise selbst
50 Arbeitsplätze! Auch im Werk Hilden würden nach Auskunft des Betriebsrates 'krampfhaft' Beschäftigungsmöglichkeiten gesucht" („Rheinische Post", 2.3.).

Aufgrund der drastischen Auswirkungen, die die Stillegungen für die Düsseldorfer Arbeitersiedlungen haben würde und der Arbeiterproteste, äußerten sich auch die kommunalen Politiker von SPD und CDU „kritisch". SPD-Ratsherr für Benrath und Reisholz und DGB-Sekretär Görgens gab zu überlegen, „*ob von den beiden Firmenleitungen gegen das Betr.VG. verstoßen worden sei, weil der BR nicht rechtzeitig informiert worden sei*" („Rheinische Post", 2.3.). Und wortradikal bezeichnete er Ankündigung und Durchführung der Aktion als „*rüde kapitalistische Methode*" (ebenda).

Inzwischen hat sich auch der Düsseldorfer Arbeits- und Sozialminister Farthmann eingeschaltet. „*Er will den Mannesmann-Konzern bitten, seine Entscheidung nochmals zu überprüfen*" („Rheinische Post", 10.3.) Die betrügerischen Absichten der bürgerlichen Politiker entlarvt allein die Tatsache, daß die Ratsherren an ihrer Entscheidung festhalten, das 500-Millionen Mark Mannesmann-Projekt in Raht mit staatlichen Investitionen von 60 Mill. Mark zu fördern!

Felten & Guilleaume
Vom Kabel zum Strick

Gegen die geplanten 976 Entlassungen im Köln-Mühlheimer Kabelwerk Felten und Guilleaume demonstrierten am 8.3. etwa 2.000 Arbeiter und Angestellte. An der Protestaktion nahmen auch kleinere Delegationen aus verschiedenen Kölner Betrieben sowie 29 Pfarrer teil. Außerdem läuft eine Unterschriftensammlung, die am 5.3. an fünf Informationsständen eingeleitet wurde.

Die 976 Entlassungen in Köln-Mühlheim sowie 200 Entlassungen in Nürnberg sind die Folgen einer seit Anfang der siebziger Jahre betriebenen Konzernumstrukturierung. Seit dieser Zeit bemüht sich der Konzern, die bis dahin breit gestreute Produktionspalette in den einzelnen F & G-Werken auseinanderzureißen und die verschiedenen Produktionsarten auf jeweils ein Werk zu konzentrieren. Daß dieser Spezialisierung immer mehr Arbeitsplätze zum Opfer fielen, ergab sich zwangsläufig. So wurde die Belegschaft der insgesamt 10 F & G-Werke vom Februar '75 bis April '76 um 1.600 (etwa 17 Prozent) reduziert. Aber die Entlassungen rollten nach Meinung der Konzernherren noch viel zu langsam. Mit dem Ziel, eine schärfere Gangart einzulegen, wurde zum Jahreswechsel der Vorstand ausgetauscht, was von den
gen, wurde zum Jahreswechsel der Vorstand ausgetauscht, was von den
DGB-Führern mit großer Genugtuung zur Kenntnis genommen wurde: „*Beim Kölner Kabelproduzenten Felten & Guilleaume wurde zum Jahresende endlich der zehnköpfige Vorstand auf ein Normalmaß reduziert und ein offensichtlich tatkräftiger (!) neuer Mann auf den Chefsessel gehoben*" („WdA", 11.3.).

Diese „Tatkraft" haben die Arbeiter und Angestellten schon mit der ersten Amtshandlung zu spüren bekommen. Daß es sich bei den Entlassungen um „Sünden der Vergangenheit" und um „Nachholbedarf" handelt, vertritt neben Vorstand und DGB-Führern auch der Betriebsratvorsitzende Feckler: „*Man hätte zu vernünftigen Bedingungen Personalplanung betreiben können, wenn man z.B. die normale Fluktuation ausgenutzt, keine Neueinstellungen vorgenommen und 59-jährige und ältere vorzeitig in den Ruhestand geschickt hätte*" („WdA", 11.3.).

Da derart „humane" Lösungen jetzt ausgeschlossen sind, gibt es nach Feckler nur noch eine Alternative, nämlich durch einen Sozialplan die „*Schmerzen zu mindern*". Die Durchsetzung eines Sozialplans war auch der Grund, daß er und neben ihm Kölns Oberbürgermeister van Nes Ziegler am 8.3. die ersten hundert Meter mitdemonstrierten.



SPD- und Gewerkschaftsführer — falsche Verbündete

SPD- und Gewerkschaftsführer — falsche Verbündete

Bei aller Freude über die gelaufenen Protestaktionen, die die zunehmende Bereitschaft von Teilen der Arbeiter ausdrücken, sich gegen Rationalisierung und Massenarbeitslosigkeit zur Wehr zu setzen, darf allerdings der entscheidende Mangel nicht übersehen werden. Dieser liegt darin, daß sich die Aktionen noch vollständig im von Gewerkschaftsführern und Sozialdemokraten bestimmten Rahmen bewegten.

Für die Gewerkschaftsführer aber sind Protestaktionen kein Mittel, um Entlassungen zu verhindern, was vor allem bei Felten & Guilleaume sehr deutlich wird. Daran ändern auch noch so radikale Sprüche gegen das „Mißmanagement", gegen „Sünden der Vergangenheit" sowie ab und zu die völlig abstrakte und unverbindliche „Infragestellung der sozialen Marktwirtschaft" nichts. Für sie geht es bei Aktionen darum, durch „vernünftige " Sozialpläne, das Fordern von „Ersatzproduktion" und Umsetzung innerhalb der Konzerne, die Folgen von Stillegungen und Rationalisierungen zu mildern, bzw. das den Kollegen weiszumachen. Beliebte Forderungen auf derartigen Veranstaltungen sind derzeit die „Einführung paritätisch besetzter Wirtschafts- und Sozialräte" und ein „Vollbeschäftigungsgesetz", (nach „Metall", 5/77).

„Vollbeschäftigungsgesetz", (nach „Metall", 5/77).

Kaum besser ist es um die Aktivitäten der DKP bestellt. Die DKP ist zwar krampfhaft bemüht, vor allem im Saarland ihre Forderung nach „*Überführung der Werke in Gemeineigentum bei Mitbestimmung und demokratischer Kontrolle der Belegschaft und Gewerkschaft*" an den Mann zu bringen und von sich selber zu behaupten, die einzige Partei zu sein, „*die konsequent die Klasseninteressen der Arbeiter vertritt*" („UZ", 11.3.). Aber in Wirklichkeit ist genau das Gegenteil der Fall. Durch ihre grenzenlose Loyalität zur Gewerkschaftsführung (jede Wortradikale Äußerung wird zum ehrlichen Protest und als Übereinstimmung mit den Zielen der DKP hingedreht) trägt die DKP zur Desorientierung des Kampfes bei.

Tatsächliche Erfolge im Kampf gegen Rationalisierung und Entlassung werden die Arbeiter nur erreichen, wenn sie sich von diesen falschen Führern lösen und die Parole der Völklinger Stahlarbeiter durchsetzen:

„Auf die eigene Kraft vertrauen — den Bossen auf die Finger hauen!"

Metall-Kommission
KB/Gruppe Hamburg



Im Kampf um ihre Arbeitsplätze: Informationsstand der IG-Metall-Vertrauensleute von Felten & Guilleaume in der Innenstadt von Köln-Mühlheim.



Die Frauen der Mannesarbeiter beteiligten sich aktiv an der Vorbereitung und der Durchführung des Protestmarsches

METALL

Atomschiff „Otto Hahn" in Hamburg


Atomschiff „Otto Hahn"

Seit Ende letzter Woche liegt das Atomschiff „Otto Hahn" mitten im Hamburger Hafen zu Reparaturarbeiten bei den Howaldtswerke-Deutsche Werft (HDW), Werk Roß.

Ein Atomreaktor mitten in Hamburg: Im Umkreis von wenigen Kilometern arbeiten jeden Tag mehrere zig tausend Werft- und Hafenarbeiter. Für die Werftkapitalisten sind die Reparaturen an der „Otto Hahn" ein lohnendes Geschäft. Nicht nur die häufigen Reparaturen und die Brennstoffwechsel sind profitbringende Geschäfte. Sondern für die Werften ist es notwendig, die Technologie für Atomschiffe beherrschen zu lernen. Neben Plänen und Versuchsprogrammen für den Bau von 80.000 PS-Containerschiffen versuchen die Werftkapitalisten auch beim Bau von AKWs mitzumischen.

HDW-Arbeiter haben bereits in den AKWs Biblis, Stade und Brunsbüttel gearbeitet. Und Bartels (Vorsitzender des Verbandes der Deutschen Schiffbauindustrie) erklärte am 23. Nov. '76, daß für die Umstrukturierungsmaßnahmen der Werften neue Technologien wichtig seien, er denke dabei u.a. an Atomkraftwerke (nach „VWD", 23.11.76).

Die nebenstehende Tabelle zeigt, wie die Werft HDW personell mit der Atomindustrie verflochten ist. Die HDW hat praktisch bei allen Atomkraftwerksbetreibern in Norddeutschland ihren Einfluß gesichert.

Atomschiff raus aus Hamburg!

Am Mittwoch, den 16.3. zum Feierabend der HDW-Kollegen verteilten einige HDW-Kollegen und Mitglieder der „Hamburger Gewerkschaftsinitiative gegen Atomkraftwerke" an den St. Pauli-Landungsbrücken und am Landeingang der HDW Flugblätter, um auf die Gefahren, die von der „Otto Hahn" ausgehen, hinzuweisen. Die „Otto Hahn" lief am Donnerstag im Hamburger Hafen ein.

Metall-Kommission
KB-Gruppe Hamburg

Nach gewonnener Einstweiliger Verfügung:

Werksverbote und erneute (doppelte) Kündigung!

Hamburg: Am 5.3.77 verurteilte das Arbeitsgericht Hamburg die Kapitalisten von Messerschmidt-Bölkow-Blohm (MBB) (im Wege einer einstweiligen Verfügung), die Kollegen G.J. und R.L., bis zur Entscheidung im Kündigungsschutzprozeß vorläufig weiterzubeschäftigen! Damit wurde noch einmal bestätigt, was G.J. und R.L. in ihren „Persönlichen Erklärungen"(die sie vorm Werk verteilten) gesagt hatten, und was vielen Kollegen klar war: Der Kündigungsgrund „Arbeitsmangel" war nur ein Vorwand, um unbequeme und aktive Kollegen aus dem Betrieb zu werfen.(siehe Artikel im letzten AK).

Reaktion der Geschäftsleitung: Werksverbot

Als die Kollegen nun versuchten, am Montag, den 7.3., ihre Arbeit wieder aufzunehmen, wurden sie vom verstärkt angetretenen Werkschutz abgefangen und ihnen wurde der Zutritt zum Werk unter Androhung körperlicher Gewalt verweigert! Begründung : Das Urteil läge der Geschäftsleitung (GL) noch nicht schriftlich vor.

Am Mittwoch, den 9.3.(der GL war mittlerweile das Urteil zugestellt worden), wurden sie mit „ Begleitschutz" vom Werkschutz bis ins Personalbüro vorgelassen. Dort wurde ihnen vom Personalchef mitgeteilt das :
- man sie nicht beschäftigen könne, da keine Arbeit da sei;
- man sie deshalb „bittet", nach Hause zu gehen.

Die Kollegen bestanden allerdings auf ihrem Recht nach vorläufiger Weiterbeschäftigung. Daraufhin sprach der Personalchef ihnen ein Werksverbot aus!

Auf diesen Rechtsbruch hin haben die Anwälte der Kollegen die sofortige Vollstreckung eines Zwangsgeldes von 3000 DM für jeden Tag der Zuwiderhandlung beantragt. Darüberhinaus prüfen sie, ob sie gegen die Verantwortlichen von MBB eine Strafanzeige wegen Nötigung stellen.

Erneute Kündigung wegen Störung des Betriebsfriedens

Doch damit nicht genug. Aufgrund des augenscheinlich auch vor dem Arbeitsgericht nicht mehr haltbaren Kündigungsgrundes „Arbeitsmangel" hat die GL den Kollegen erneut und vorsorglich gleich zweimal (einmal fristlos und einmal fristgemäß) mit sofortiger „Freistellung von der Arbeit " gekündigt! Begründung: *„G.J. und R.L. haben in einem Flugblatt* (gemeint ist eine Persönliche Erklärung, Anm. d. Red.), *das am 7.3.77 verteilt wurde, u.a. die GL diffamiert und damit den Betriebsfrieden gestört"*

Wir lassen uns so schnell nicht kleinkriegen

... Schrieben G.J. und R.L in einer ihrer „Persönlichen Erklärungen". Und so handeln sie auch!
- So haben sie sich mit anderen entlassenen Kollegen zusammen gesetzt, um sie davon zu überzeugen, daß man sich die Kündigungen nicht gefallen lassen darf. Daraufhin haben sechs weitere Kollegen eine Kündigungsschutzklage eingereicht. Drei von ihnen außerdem noch eine einstweilige Verfügung
- So haben sie ein außergerichtliches Vergleichsangebot der GL, in dem ihnen eine beträchtliche Summe angeboten wurde, abgelehnt, weil sie sich ihre Rechte nicht abkaufen lassen!
- So werden sie auch weiterhin mit Flugzetteln die Belegschaft über ihre Kündigungen und die Machenschaften der GL auf dem Laufenden halten. Und auch das Verhalten der IGM;Betriebsräte, die bis jetzt nichts unternommen haben, um die Gemaßregelten zu unterstützen, wird weiterhin öffentlich angeprangert.
- So haben sie und ihre Anwälte eine Presserklärung zu den Entlassungen an Presse (Mopo, Stern, Fr, etc.) Funk (NDR II), und Fernsehen (Freitagsmagazin) verschickt, um eine noch breitere Öffentlichkeit zu schaffen.

Es bleibt noch zu sagen, daß die Kollegen trotz dieser Erfolge (Arbeitsgerichtsurteil, kleine Meldungen und Beiträge in Funk und Fernsehen über „ihren Fall") keine Illusionen darüber haben, daß sie bald wieder ins Werk kommen und dort arbeiten können.

Wir können allerdings am Beispiel dieser Kollegen lernen, daß und wie Widerstand gegen kapitalistische Willkür und Rationalisierung geleistet werden kann und muß.

Wer sich nicht wehrt, der lebt verkehrt.

MBB - Betriebszelle
KB /Gruppe Hamburg

Kugelschleuse im Sicherheitsbehälter der „Otto Hahn"

Personelle Verflechtungen Atomindustrie – HDW

Preussische Elektrizitäts AG
Stellvertretender Aufsichtsratvorsitzender ist Hans Birnbaum (Aufsichtsratvorsitzender bei HDW)
Vorstandsmitglied ist Erhard Keltsch (AR-Mitglied bei HDW)

Nordwestdeutsche Kraftwerke AG
Vorstandsmitglied ist Erhard Keltsch (AR-Mitglied bei HDW)

Hamburger Elektrizitätswerke
Aufsichtsratsmitglied ist Hans Nebel (AR-Mitglied bei HDW)

Kraftwerke Kiel
Aufsichtsratsvorsitzender ist Erhard Keltsch (s.o.)

Kernkraftwerk Stade
Aufsichtsratsvorsitzender ist Erhard Keltsch (s.o.)

Kernkraftwerk Brunsbüttel
Stellvertretender AR-Vorsitzender ist Erhard Keltsch (s.o.)

Kraftwerke Ruhr
1. stellvertretendes Aufsichtsratsmitglied ist Erhard Keltsch (s.o.)

Gesellschaft für Kernenergieverwertung in Schiffbau und Schiffahrt (GKSS) (Reeder und Betreiber der „Otto Hahn")
Gerrit Körte (Vorstandsmitglied bei HDW)

Metallkollegen – Säufer?

In Hamburg starteten die Metallkapitalisten einen Propagandafeldzug gegen die Metaller, der sofort in der Presse begierig aufgenommen wurde. Der Kapitalistensprecher Siemers berief sich auf eine ominöse Studie, die sich auf angeblich 47.000 Befragungen in 84 Betrieben stützen soll, nach der 28% aller Arbeiter (einschl. Angestellte) keinen Alkohol trinken und 72% nicht ganz nüchtern seien, 36% würden täglich drei und mehr Flaschen Bier trinken; 12%, d.h. 10.000 Metallarbeiter seien ständig angetrunken (deren Blutalkoholspiegel würde über längere Zeit nicht unter 0,2% sinken, was eine Leistungsminderung von 25% bewirke). Siemers behauptete weiter frech, daß dadurch ein jährlicher Schaden von 15 Mio. Arbeitsstunden und 100 Mio. DM entstehe (nach „SZ", 2.3.77).

In der Propagandazeitschrift der Metallkapitalisten („ZM", v. 3.77/ Nr.2) wird über *„volkswirtschaftliche Verluste von 17 Milliarden durch selbstverschuldete Schäden* (??!) *(Alkohol, Rauchen, Übergewicht, Bewegungsarmut) ... 100.000 Raucherrenten infolge von Frühinvalidität jährlich"* phantasiert. Bei jedem vierten Arbeitsunfall sei Alkohol im Spiel und jeder fünfte tödliche Arbeitsunfall sei auf Alkoholgenuß zurückzuführen.

Mit derartigen Darstellungen werden die Kollegen erst einmal diskriminiert, indem man ihnen ein wahres „Säufertum" unterschiebt. Beweise gibt es für diese Untersuchungen bis heute nicht. Zugegeben hat Siemers allerdings folgendes: „ *‚Wir haben etwas getan, was gerichtlich verboten ist' ... Einige Werksärzte haben nämlich unter medizinischem Vorwand Blutproben entnommen und unter Bruch ihrer ärztlichen Schweigepflicht dem Arbeitgeber die Ergebnisse mitgeteilt"* („Metall-Nachrichten", 8.März 1977).

Mit Hilfe dieser üblen Methoden soll den Kollegen selbst die Schuld für betriebliche Mißstände in die Schuhe geschoben werden: Die steigende Betriebsunfallrate wird nicht mit Arbeitshetze und mangelnder Arbeitssicherheit durch die Kapitalisten erklärt, sondern mit Säufertum; Entlassungen und Rationalisierungen sollen die Folgen von Leistungsminderung durch Alkoholgenuß und n i c h t mehr logischer Ausdruck kapitalistischer Krisenpolitik sein. Auf diesem ideologischen Boden bauen sie die Rechtfertigung für die sogenannten Alkohol-Regelungen (=Verbote) auf, mittels derer weitere Kündigungen aus „persönlichen Gründen" (d.h. ohne Sozialpläne) durchgezogen werden können. In vielen Betrieben wird es schon praktiziert. Z.B. führte der Personalchef der HDW Heinz Scholz (ehemaliger IGM-Bezirksleiter) zum 1.1.77 eine Alkoholregelung ein (gegen ihn selbst wurden staatsanwaltliche Ermittlungen eingeleitet, weil er im Alkohol-Rausch einen Unfall gebaut hatte und Fahrerflucht beging).

Mit Hilfe der Alkohol-Regelungen sollen die Kollegen diszipliniert und eingeschüchtert werden (Verschicken von Verwarnungen, Taschenkontrollen etc.).

Natürlich gibt es ein Alkoholproblem. Aber: Führen nicht gerade die ständige Arbeitshetze, die Angst um den Arbeitsplatz, zu niedriger Lohn, steigende Lebenshaltungskosten usw., kurz, das Leben eines Arbeiters unter kapitalistischen Verhältnissen dazu, zur Flasche zu greifen? Gegen diese Verhältnisse gilt es, den Kampf aufzunehmen.

Dies erwähnt die IGM-Führung allerdings nicht. Vielmehr heißt es in einer Presseerklärung der Hamburger IGM-Ortsverwaltung, die auf die Kampagne der Kapitalisten hin erschien: *„Die Hamburger IG Metall und die Betriebsräte in der Hamburger Metallindustrie sind vital daran interessiert, daß die Sicherheit am Arbeitsplatz nicht durch Alkoholmißbrauch gefährdet wird."* Und IGM-Vorstandsmitglied Janzen entblödete sich nicht, zu erklären, daß das *„Alkoholproblem therapeutische Maßnahmen erfordere, die auch in den Aufgabenbereich der Betriebsärzte fallen"* („Metall-Pressedienst", 2.3.77).

Na denn PROST!

Metall-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

'Geht's den Werften dreckig ... ?

Seit langem betonen Werftvorstände auf Betriebsversammlungen, daß Aufträge hereingenommen wurden, die nicht einmal die Produktionskosten decken , und daß die Werften auch künftig diese Verluste in Kauf nehmen wollen, um die Sicherheit der Arbeitsplätze zu gewährleisten (entlassen wurde trotzdem).

Die ersten Werften haben die Bilanzen veröffentlicht:

Bremer Vulkan :
Bilanzgewinn: 20Millionen DM, Ausschüttung von 30 % Dividende (7,50 DM Dividende und 7,50 DM Sonderzahlung je Aktie). Die Dividende geht zu mehr als 75 % an den Großaktionär Thyssen-Bornemisza-Gruppe.

Thyssen Nordseewerke
Ausgewiesener (sprich : offen zugegebener) Gewinn sind 6,43Millionen DM, die an die Muttergesellschaft abgeführt werden und weitere 1,5 Millionen DM, die den Rücklagen zugeführt werden.

Howaldtswerke - Deutsche Werft
Wie in AK 100 berichtet, schätzungsweise 120 Millionen DM Gewinn und nach Vorstandsangaben haben alle Bereiche Überschüsse erzielt.

Wir warten gespannt auf die Bilanzen und Dividendenankündigungen weiterer Werften.

Möge den Werftvorständen auf künftigen Betriebsversammlungen auf oben erwähnte Jammereien und Beteuerungen schallendes Gelächter entgegen dröhnen.

Metall-Kommission

IMPRESSUM

Herausgeber – Druck – Verlag
J. Reents, Verlag ARBEITERKAMPF
2 Hamburg 50, Lerchenstraße 75
V.i.S.d.P.: Kai Ehlers, Verlagsadresse
Auflage: 25.000
Erscheinungsweise: 14-tägig
Verkaufspreis: DM 1,–
Verlagskonten: Dresdner Bank:
451 8378, J. Reents und
Postscheckkonto Hamburg:
240 595, J. Reents

Einem Teil dieser Auflage liegt ein Prospekt des Verlages Arbeiterkampf sowie eine Beilage des Kommunistischen Bundes bei.

CHEMIE

IG-Chemie über Kernkraft: „Außer einem Schnupfen nichts festgestellt"

In den Organisationsbereich fallen drei „Brennelementfabriken" in denen aus angereichertem Uran, bzw. Plutonium Brennelemente hergestellt werden. Leider sind diese Fabriken bisher noch nicht in das Blickfeld der Anti-AKW-Bewegung geraten. Die IG Chemie selber hat jetzt die Diskussion über diese Fabriken eröffnet, indem sie einen Jubelbericht über die Sicherheit in diesen Betrieben in der Gewerkschaftspost („gp", März 77) veröffentlichte.

Die drei Betriebe liegen alle in Hanau (Hessen), insgesamt sind dort 1400 Menschen beschäftigt. Die „gp" berichtet über die „Reaktor-Brennelement Union GmbH" (RBU) und über die „Alkem GmbH", beide gehören der „Kraftwerksunion", bekannte Herstellerin von AKW's. Obwohl die IG-Chemie vor allem die Sicherheitseinrichtungen lobt, ergeben sich aus dem Bericht selbst erhebliche Zweifel an der tatsächlichen Sicherheit dieser Fabriken, insbesondere für die dort Beschäftigten. So berichtet der „gp"-Korrespondent Udo Henken von der RBU, daß überall Warntafeln „Achtung, Strahlung" hängen würden. Am Sicherheitsbereich bekomme man inen „orangefarbenen Arbeitskittel" angezogen und über die Schuhe muß man ein Paar „Puschen" ziehen. Das sind die ganzen Sicherheitsmaßnahmen wenn man den „kritischen Nuklearbereich" betreten will. Die Arbeiter haben auch keine andere Kleidung, lediglich wenn sie radioaktives Material anfassen (!), müssen sie Gummihandschuhe tragen. Und die Arbeiter dort müssen laufend das radioaktive Zeugs anfassen: das Urandioxyd wird in Tabletten gepresst, diese Tabletten müssen, bevor sie in die Brennelemente eingebaut werden, geschliffen werden.

Andere Arbeiter müssen von Hand die Brennelement mit dem radioaktiven Material füllen. Zum Beweis, daß das ungefährlich ist, läßt die „gp" einen Arbeiter zu Wort kommen: *„Ich werde jedes halbe Jahr von unserem Strahlenarzt untersucht. Außer einem Schnupfen wurde nichts festgestellt."* Dümmer gehts wirklich nicht mehr.

In der Alkem GmbH sollen die Sicherheitsvorschriften noch besser (?) sein, da hier vor allem mit Plutonium gearbeitet wird. Zusätzlich zu den „sauberen Kitteln" und den Überschuhen gibt's hier für die Sicherheit der Arbeiter eine Gasmaske, die allerdings nicht ständig getragen wird, sondern für den Gefahrenfall bereitgehalten wird. Außerdem erhält jeder einen sog. „Dosimeter", mit dem sich die Strahlendosis feststellen läßt, zeigt dieses Gerät mehr als 50 mrem Strahlenbelastung an, muß das dem „betrieblichen Strahlenschutz" (?) gemeldet werden. Diese Dosis ist bereits zehnmal (!) höher als die zulässige Strahlenbelastung für einen Bürger der USA in einem ganzen Jahr!

Das Plutonium, das in diesem Betrieb verarbeitet wird, ist das derzeit stärkste Gift und Krebserzeuger, das bekannt ist. Da gerade bei Plutonium die Gefahr besteht, bei zu grosser Ansammlung eine Kettenreaktion auszulösen (aus Plutonium werden die Atombomben hergestellt), gibt es auch einen „Alarmplan" für einen solchen „kritischen Unfall". *„Er warnt vor Panik und gibt genau die Sammelstellen bei einem ‚kritischen Unfall' an".* Diese lächerlichen „Sicherheitsmaßnahmen" in derart gefährdeten Betrieben sind ein einziger Skandal. Es wird Zeit, daß sich die Anti-AKW-Bewegung diese Betriebe unter die Lupe nimmt und in entsprechende Aktionen miteinbezieht.

Chemiekomitee
KB/ Gruppe Hamburg



Mit Hilfe der Nazis Millionen gescheffelt

Anläßlich des 70. Geburtstags gratulierten „Pegulan aktuell" (Nr. 8), der Informationsdienst der Pegulan-Werke, Frankenthal ihrem Gründer Dr. jur. Fritz Ries zum Geburtstag. Der gebürtige Saarbrücker studierte in Heidelberg, Berlin und Köln Jura. Mit 26 Jahren übernahm Dr. Ries die Auffang GmbH Gummiwarenfabrik Flügel u. Polter in Leipzig, die später in eine KG umgewandelt wurde, deren alleiniger persönlich haftender Gesellschafter er war, heißt es so schön im Firmeneigenen Info-Dienst. Und nun macht die Geschichtsschreibung aus verständlichen Gründen bis ins Jahr 1946 einen großen Sprung! Hier galt es für den erfolgreichen Unternehmer wieder von vorn anzufangen. Dr. Ries schätzte zu dieser Zeit die Zukunft der Kunststoffe, die damals noch allgemein als Grundstoffe galten, richtig ein. Die Pegulan-Produkte fanden auf dem expandierenden Märkten im In- und Ausland guten Absatz, heißt es dann weiter. Im Laufe der Zeit gründete der gleiche Dr. Ries eine Reihe von Tochterunternehmen unter anderem die Badische Plastic-Werke GmbH, die Saar-MoselPlastic-Werke, die Lambrechter Teppichboden GmbH und die Pfälzischen Textil-Industrie in Otterberg; ferner die Teppichbodenwerke Pegulan GmbH + Co KG in Hardberg bei Graz/Österreich in Bergisch-Gladbach und erstellte ein Tochterwerk in Kirchberg in Hunsrück. Schließlich wurde noch im Jahre 1971 eines der größten Teppichbodenwerke der BRD in Ramstein/ Pfalz in Betrieb genommen. Soweit das Werk dieses skupellosen Profitjägers!

Was tat Ries jedoch in der Zeit vor 1945? Ries trat 1933 gleich der NSDAP bei. 1936 wurde er von den Nazis als „Vertrauensmann für besondere Angelegenheiten" der Gestapo vorgesehen. In dieser Zeit „übernahm" er durch rücksichtlose und skrupellose „Arisierungen" zahlreiche Betriebe. In dieser Zeit konnte er mit Hilfe der Nazis seinen 120-Mann-Betrieb zu einem Konzern mit über 10.000 Beschäftigten ausbauen. In den Betriebsteilen Trzebinia (Westgalizien) Polen waren 2653 jüdische Zwangsarbeiter insbesondere Frauen untergebracht. Unter mör-

jüdische Zwangsarbeiter insbesondere Frauen untergebracht. Unter mör-derischen Arbeitsbedingungen preßte der Nazi Ries gigantische Profite aus ihnen. Viele die diesen Arbeitsbedingungen nicht mehr gewachsen waren, wurden ins benachbarte KZ-Ausschwitz „abgemeldet". Was dort mit ihnen geschah bedarf keiner weiteren Erläuterung!

Die ständige Ausdehnung des Unternehmens besonders in den annektierten polnischen Gebieten geschah in engster Zusammenarbeit mit der SS. Vor Kriegsende gelang es Ries mit Bestechungsgeldern eine Vielzahl von Eisenbahnwaggons, die damals streng bewirtschaftet waren, weil sie für lebenswichtige Versorgungs- und Verwundetentransporte benötigt wurden, zu besorgen. Mit einer zusätzlich beschafften Lastwagenkolonne wurde der gesamte Maschinenpark weit in den Westen bis nach Hoja an der Weser transportiert, daneben wurden Lager, vor allem für Mandelstoffe, auch in anderen, meist ländlichen Gegenden, vorzugsweise in Bayern, angelegt. Mit diesen Maschinen und riesigen Summen von Bargeld ausgepreßt aus deportierten jüdischen Zwangsarbeitern baute Ries seinen neuen Konzern in der BRD auf. Ries hat durch die Zusammenarbeit mit der NSDAP, SS und Gestapo das 3. Reich und den 2. Weltkrieg nicht nur heil überstanden, sondern ist dadurch auch um ein zigfaches reicher geworden. Die Skrupellosigkeit kannte auch nach dem Krieg keine Grenzen. So verschaffte er sich die Anerkennung als Vertriebener, womit er sich einen Millionenbetrag für den angeblich erlittenen Vertreibungsschaden auszahlen ließ. Ries pflegte bis in die heutige Zeit besonders enge Freundschaft zu Strauß und Kohl, den er 18 Jahre lang fast „väterlich und selbst-

schaft zu Strauß und Kohl, den er 18 Jahre lang fast „väterlich und selbst-los förderte". Auch Schleyer und Biedenkopf zählen zu dem erlauchten engeren Freundeskreis. In Anerkennung seiner „Verdienste" wurde er 1967 mit dem Großen Bundesverdinstkreuz und 1972 mit dem Stern dazu ausgezeichnet.

Quellenangabe: Bernt Engelmann, „Großes Bundesverdienstkreuz", Schwarzbuch

KB/ Gruppe Eutin



Alt-Nazi und Strauß-Freund Fritz Ries



Den Spatz in der Hand...?

Stade. Nachdem eine Kollegengruppe mit der zweiten Ausgabe der „Lupe" (Betriebszeitung für die Kollegen der Chemiebetriebe VAW und AOS in Stade) herauskam, ging der Betriebsrat von AOS „in die Vollen":

- Die Zeitung werde von „linkradikalen Elementen" gemacht, die „nur polemisieren" und ihr „eigenes politisches Süppchen kochen wollen."

Um hierfür den „Beweis" anzutreten mußte der Betriebsrat zu Lügen greifen:

So wird von ihm die „Dienstaltersvergütung" als Erfolg verkauft, obwohl diese „soziale Leistung" der Kapitalisten an Betriebszugehörigkeit, Krankheit etc. gebunden ist. Die Kollegen hatten das in ihrer Zeitung kritisiert. Die Antwort des Betriebsrates:

"Uns ist immer noch der Spatz in der Hand lieber, als die Taube auf dem Dach."(!)

In einem anderen Fall wird eine Angabe der „Lupe" auf ziemlich verrückte Weise „dementiert":

- Schreibt die „Lupe" von 18 Arbeitsunfällen in einer Woche, so bestreitet der Betriebsrat diese Zahl nicht, sondern meint lediglich, daß nur zwei Unfälle „meldepflichtig" gewesen seien!

Wer weiß, daß „meldepflichtig" nur Unfälle sind, bei denen man „den Kopf schon unter den Armen trägt", der weiß, aus wessen Mund dieses „Dementi" kommt!

Der Hammer des Betriebsrates gegen die „Lupe"-Kollegen ist die Denunziation eines angeblichen „Lupe"-Redakteurs. Er wird im „BR-Info" namentlich genannt und auf diese Weise der Geschäftsleitung zur Kündigung empfohlen!

Das größte Schwein im ganzen Land, das ist und bleibt der Denunziant.

KB-Gruppe Stade

Tarifrunde 77

Bekanntlich hat der Hauptvorstand auch in diesem Jahr wieder eine Empfehlung für die Tarifforderung ausgegeben: 9%. Diese „Empfehlung" erfolgte, bevor überhaupt in den Betrieben, Vertrauensleutekörpern und Tarifkommissionen die Tarifrunde diskutiert wurde. Die Tarifempfehlung von 9% ist aber nicht das Ziel, das die Gewerkschaftsführung anstrebt, denn Erwin Grützner, für Tarifarbeit zuständiges Hauptvorstandsmitglied, sagte es deutlich: *„Wir fordern zwar mehr als die Metall mit ihren 8,5%, was aber nicht heißen soll, daß wir mit mehr als 6,9% abzuschließen gedenken."*

In der Vertrauensleutevollversammlung der Verwaltungsstelle Wolfenbüttel (Niedersachsen) wurde das Verhalten des Hauptvorstands abgelehnt, und es wurde verurteilt, daß die Gewerkschaftsführung die Diskussion in den Betrieben vorgreift. (nach „Kommunistische Arbeiterzeitung" vom 6.3.77)

Chemie-Komitee
KB/ Gruppe Hamburg

Gefährliche Spraydosen

In den Spraydosen wird üblicherweise Fluorkohlenwasserstoff als Treibmittel eingesetzt. Bekannte Markennamen für diese Stoffe sind u.a. Freon und Frigen. Diese Fluorkohlenwasserstoffe reagieren sehr leicht mit Ozon. Ozon ist Bestandteil der Atmosphäre der Erde und dort vor allem in Höhen von 15- 50 km anzutreffen. Die Ozonschicht der Erde schützt vor einem zu hohen ultravioletten Strahlenanteil des Sonnenlichts. Die Ultraviolettstrahlung würde jedes Leben hier unmöglich machen. Bereits seit 1974 besteht der Verdacht, daß Frigen etc. die Ozonschicht angreift und vernichtet. Selbst ein geringfügiger Abbau der Ozonschicht wird schwere biologische Konsequenzen haben, da dadurch das gesamte Gleichgewicht des Erdhaushalts verschoben wird. Neben klimatischen Veränderungen ist mit einer Zunahme von Hautkrebs zu rechnen.

Ein Verbot von Frigen als Treibmittel in Spraydosen und als Kühlmittel in Kühlschränken wird von zahlreichen Wissenschaftlern schon lange gefordert. Die chemische Industrie beruft sich aber darauf, daß noch nicht erforscht sei, ob sich nicht die Ozonschicht von selber regenerieren werde. Die Selbstregeneration erscheint umso unwahrscheinlicher, bei der Menge der jährlich hergestellten Spraydosen: 6 Milliarden! Hier wird von der Industrie mit der gleichen Profitgier herangegangen, wie bei den AKW's, ein paar Krebstote mehr oder weniger zählen nicht.

Chemiekomitee
KB/ Gruppe Hamburg



ÖTV

Warnstreik bei der Lufthansa!





Zu mehreren Warnstreiks kam es in den letzten 10 Tagen bei der „Deutschen Lufthansa", DLH, anläßlich der Tarifrunde. Entgegen den Forderungen der ÖTV-Führung von 10%, 8%,6% (für die hohen Lohngruppen nach unten abgestuft) und Urlaubsgeld von 300 DM für alle, legte die Lufthansa bei der ersten Verhandlung ein Angebot von 6,4% und kein Urlaubsgeld vor.

Daraufhin versammelten sich in Hamburg am 9.3. ca. 600 Kollegen während der Arbeitszeit vor dem Betriebsratgebäude, um gegen das provokatorische Angebot der DLH zu protestieren. Tags darauf erklärte die ÖTV-Führung die Verhandlungen in der 2. Runde für gescheitert. Das neue Angebot „verbesserte" sich um 0,4%, 150 DM Urlaubsgeld für Ledige und 250 DM für Verheiratete (ab 1978). Besonders empört sind die Kollegen darüber, daß Ledige oder Geschiedene mit Kindern auch nur 150 DM erhalten würden. Die diesjährige Tarifrunde muß vor dem Hintergrund außerordentlich hoher Gewinne der Lufthansa gesehen werden.

Am 10.3., dem Tag des Scheiterns der Verhandlung, kam es zu einer Protestaktion in Nürnberg. Einen Tag später legten in Frankfurt die Kollegen der Lufthansa Service GmbH die Arbeit für eine dreiviertel Stunde nieder. Ebenso in Düsseldorf. Am 12.3. verließen in Hamburg 14 Mechaniker das Flughafenvorfeld und ließen die Startvorbereitungen an den Flugzeugen für eine dreiviertel Stunde ruhen. Wie bei dieser vorbildlichen Aktion sind die Warnstreiks zum Teil selbstständig von den Kollegen organisiert worden und brachten eine wachsende Kampfbereitschaft zum Ausdruck.

Die Geschäftsleitung veröffentlichte ständig neue Rundschreiben, in denen die spontanen Aktionen für *„rechtswidrig"* erklärt und arbeitsrechtliche Maßnahmen für die Beteiligten angedroht wurden. Mit dem Scheitern der Verhandlungen erlosch gleichzeitig die Friedenspflicht. Der Weg zur Orientierung auf eine Urabstimmung für Streik wäre somit frei gewesen. für den 17.3. organisierte die ÖTV-Führung dann eine weitere Protestkundgebung vor dem Hamburger Lufthansa-Gelände während der Arbeitszeit. Diesmal mit einem Flugblatt, am 9.3. mobilisierte sie nicht öffentlich mit dem Hinweis auf die Friedenspflicht. Trotz erheblicher neuer Drohungen und Einschüchterungsversuche der Geschäftsleitung vor dem Warnstreik zogen 2.000 Kolleginnen und Kollegen um 14.15 Uhr vor das Werfttor. Bei der einstündigen Kundgebung sprachen drei Tarifkommissionsmitglieder und der ÖTV-Sekretär Franke.

Besonders die Kolleginnen in der Fluggastabfertigung traten in dem Warnstreik kämpferisch hervor. Massive Androhungen der Vorgesetzten hinderten sie nicht daran, die Ticketschalter zu verlassen, was zu Verzögerungen bei der Flugzeugabfertigung führte.

ÖTV-Führung orientiert auf Schlichtung

Obwohl nach dem Scheitern der Verhandlungen keine automatische Zwangsschlichtung (wie sonst im öffentlichen Dienst üblich) in Kraft tritt – Schlichtungsvereinbarungen werden bei jeder Tarifrunde zwischen ÖTV und DLH neu verhandelt – stimmte die ÖTV-Führung wieder dem Schlichtungsweg zu. Nach dem Unterzeichnen der Vereinbarung tritt die Friedenspflicht dann wieder in Kraft. Diesen Schritt begründet die ÖTV-Führung damit, eine *„friedliche Lösung des Tarifkonflikts"* zu finden. Und das, obwohl sich die Bedingungen für die Diskussion auf Urabstimmung zum Vollstreik unter den Kollegen in den letzten Tagen erheblich verbesserten. Während der drei Aktionen in Hamburg wuchs die Zahl der warnstreikenden Kollegen von 600 auf 2.000!

Die Orientierung der ÖTV-Führung auf einen „begrenzten Konflikt" und auf die Schlichtung würgt die Kampfbereitschaft der Kollegen ab. Da die ÖTV-Führung nicht auf die wachsende Solidarität der Kollegen baut, sollen die gemachten Aktionen mehr dem „Dampfablassen" dienen und um das eigene Image aufzufrischen. Aus bisherigen Erfahrungen (Vollstreik 1971) wissen viele Kollegen bei der Lufthansa, daß die Absichten der ÖTV-Führung in Richtung eines (Lohnraub-)Abschlusses gehen, der in die *„Tariflandschaft"* (Metallabschluß 6,9%) paßt.

Andererseits zeigt die erreichte Mobilisierung den Kollegen, was im Tarifkampf „drin" wäre, wenn sich die gewerkschaftliche Tarifpolitik ausschließlich an den Interessen der Kollegen und nicht an staatlich festgelegten Lohnleitlinien orientieren würde. Die aktiven Kollegen bei Lufthansa müssen in den nächsten Tagen dafür sorgen, daß die Basis für die Forderung nach einer Urabstimmung wächst und die Fronten zwischen der ÖTV-Führung, die auf eine „friedliche Lösung des Tarifkonflikts" drängt, und den Interessen der Kollegen klarer werden.

Betriebszelle Lufthansa
KB/Gruppe Hamburg

Satzungsänderung, Redeverbot, Ausschlüsse –ÖTV-Führer in Aktion

Am Klinikum Steglitz, Westberlin, fand am 9.9.1976 eine Mitgliederversammlung der ÖTV statt, auf der über die neue Rahmengeschäftsordnung (RGO) diskutiert werden sollte. Sie beinhaltet u.a. daß gewerkschaftliche Sitzungen nicht mehr betriebsöffentlich sind und Gewerkschafter, die keine Funktionsträger sind, kein Rederecht mehr haben sollen. Zur Diskussion stand eine Beschlußvorlage des Vertrauensleute (VL-)-Vorstandes, die u.a. entgegen der neuen RGO eine halbe Stunde Rederecht für Gewerkschaftskollegen auf den VL-Sitzungen vorsah, weiterhin eine Beschlußvorlage von 94 Kollegen, die für allgemeines Rederecht, Betriebsöffentlichkeit und Beschlußfassung der MV eintrat. Daraufhin stellte ÖTV-Sekretär Jahn den Antrag auf Nichtöffentlichkeit. Die Kollegen entschieden sich mehrheitlich (58:32) für weitere Öffentlichkeit. Jahn erklärte unter Hinweis auf die neue RGO die Versammlung für aufgelöst. Die Mehrheit der Kollegen setzte die Versammlung trotzdem fort. Sie verabschiedeten außerdem eine Solidaritätsresolution zugunsten des ausgeschlossenen Westberliner Landesverbandes der GEW. 14 Vertrauensleute unterzeichneten das Protokoll. Daraufhin wurde diesen Kollegen ein Ausschlußverfahren angedroht. Die Vertrauensleute forderten ein Gespräch, was allerdings unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattfand. Nochmals wurde ihnen vorgeworfen, nach der Auflösung der MV am 9.9.1976 durch den ÖTV-Sekretär Jahn die Versammlung fortgesetzt zu haben, eine GEW-Resolution verabschiedet und diese als Mitglied der ÖTV unterschrieben zu haben. Die Vertrauensleute gaben zu diesen Vorwürfen keine inhaltliche Stellungnahme ab. Die Bezirksleitung setzte daraufhin einen Untersuchungsausschuß ein, der dafür sorgen sollte, noch mehr Material für die Ausschlußverfahren zu sammeln, um dann ein zweites Gespräch mit den Kollegen hinter verschlossenen Türen zu führen. Aufgrund der Beschlüsse in den Bereichsversammlungen lehnten alle Kollegen dies geschlossen ab, sie forderten eine öffentliche Diskussion darüber und verwiesen auf die MV , die deshalb stattfinden sollte.

Die Kollegen verfaßten zusammen mit zwei vom Ausschluß bedrohten Vertrauensfrauen aus dem Urban-Krankenhaus einen Offenen Brief, der zur MV und zur Diskussion über die angedrohten Ausschlüsse aufrief. Dieser wurde zusammen mit weiteren Informationen über die angedrohten Ausschlußverfahren an alle Betriebsgruppen der Westberliner Krankenhäuser geschickt, es wurden Solidaritätsresolutionen verabschiedet und Unterschriften gesammelt. Über 100 Kollegen unterzeichneten den Offenen Brief. Inzwischen erhielten 33 weitere Kollegen am Klinikum, die durch ihre Unterschrift die Solidarität mit ihren betroffenen Kollegen bekundeten Ausschlußdrohungen!

Am 14.2.77 leitete der Bezirksvorstand der ÖTV die Gewerkschaftsausschlußverfahren gegen die beiden Vertrauensleutefrauen am Urban-Krankenhaus und gegen 14 Kollegen am Klinikum formell ein.

Mit den Unvereinbarkeitsbeschlüssen, neuen Rahmenrichtlinien und Satzungsänderungen, die das Redeverbot für „einfache" Mitglieder auf VL-Sitzungen beinhalten, sowie die Öffentlichkeit ausschließen ist es den ÖTV-Führern nicht mehr getan. Neuerdings werden sogar Ausweiskontrollen auf Mitgliederversammlungen vorgenommen (Urban-Krankenhaus, Rudolf-Virchov-Krankenhaus)!

Ein weiterer Schritt ist die offene Aufforderung, fortschrittliche Kollegen zu denunzieren.

Da heißt es in einem Brief der Bezirksleitung: „Um künftig unnötige (?!) Diskussionen zum Thema „Satzungswidriges Verhalten" auszuschließen, bittet die Bezirksleitung alle Funktionsträger .. bei entsprechenden Vorkommnissen die Mitglieder auf Ihr Fehlverhalten hinzuweisen und diesen ausdrücklichen Hinweis protokollarisch festzuhalten."

Diese Einschüchterungs- und Ausschlußpolitik der Gewerkschaftsführung soll jeden Kollegen, der eine aktive Gewerkschaftsarbeit leisten will, treffen.

Gruppe Gesundheitswesen
KB/Gruppe Westberlin

Auszüge aus dem Offenen Brief, den die vom Ausschluß bedrohten Vertrauensleute an die ÖTV-Bezirksleitung schickten:

Betrifft: Ausschlußdrohungen

Sie werfen uns gewerkschaftsschädigendes Verhalten vor, weil wir an einer Mitgliederversammlung teilgenommen haben, auf der ein ausgeschlossener Kollege anwesend war...

In Zeiten, wo von Seiten des Staates durch die Einführung der politischen Überprüfung ein Klima der Gesinnungsschnüffelei, Unterdrückung und Angst verbreitet wird, wird auch in der Gewerkschaft durch die Unvereinbarkeitsbeschlüsse Rahmenrichtlinien und neuerdings Denunziationsaufforderungen ein solches Klima geschaffen.

Mit Ihrer Anweisung, daß Ausgeschlossene an ÖTV-Versammlungen nicht mehr teilnehmen dürfen, versuchen Sie, die Beschäftigten noch weiter aufzuspalten: in Mitglieder, Nichtmitglieder und Ausgeschlossene. Sie wollen damit den Mitgliedern die Möglichkeit nehmen, weiter mit denjenigen zusammenzuarbeiten, die gegen den Willen der Kollegen aus der ÖTV ausgeschlossen wurden.

War schon die Übernahme der Unvereinbarkeitsbeschlüsse ein Abbau des demokratischen Rechts auf Koalitionsfreiheit (das allen Kollegen zusichert, sich trotz verschiedener politischer Meinung in einer Gewerkschaft organisieren zu können), so ist die Androhung von Ausschlußverfahren gegen diejenigen, die nicht bereit sind, die Unvereinbarkeitsbeschlüsse aktiv durchzusetzen, ein weiterer Abbau der demokratischen Rechte innerhalb der Gewerkschaft.

Wir werden auch in Zukunft das Recht auf Koalitions- und Meinungsfreiheit innerhalb der Gewerkschaft vertreten und unsere Kollegen auffordern, Mitglied der Gewerkschaft zu werden, um für ihre Rechte zu kämpfen.

gez. alle Betroffenen

Es brennt in St. Georg!

Drei mal konnte man in den Springer-Zeitungen unter dicker Aufmachung über den unheimlichen „Brandstifter" im Krankenhaus St. Georg lesen.

Fakt ist auf jeden Fall, daß dieser „Brandstifter" zu keinem besseren Zeitpunkt in Erscheinung treten konnte als jetzt. Denn vor einiger Zeit hatte es im Keller des Krankenhauses schon mal gebrannt. Was da alles ans Tageslicht kam! Zum Beispiel, daß vor den Notausgängen sich Betten stapelten. Außerdem sollte es normalerweise so sein, daß bei Stromausfall Notaggregate angehen. Nun war bei diesem Notfall festzustellen, daß die gar nicht funktionierten. Pötzlich fielen die Beatmungsgeräte auf der Intensivstation aus! Auf dieser Station waren an diesem Tag drei Schwestern im Dienst! Man kann sich an drei Fingern abzählen, was da hätte passieren können. Durch den Aufzug drang Rauch in die oberen Stockwerke des Hauses. Dort hatte es den Anschein als stünde das ganze Haus in Flammen. Eine Paniksituation wäre durchaus drin gewesen. Bevor sich aber große Empörung über diese Zustände breit machen konnte, taucht der große unbekannte „Brandstifter" auf. Jetzt sieht natürlich alles ganz anders aus, nun müssen erst mal alle zusammenhalten, um den „Täter" zu überführen. So bot sich denn auch gleich die Kripo an, sich gut getarnt unter Personal und Besucher zu mischen. Ein „Bild"-Reporter tat das gleiche, ging als Arzt „verkleidet" über die Stationen, wurde aber bald erkannt und von einem „Beamten" in Parka festgenommen. Jetzt werden auch schon Mutmaßungen über den Täter gestartet.„*Ein Patient der Psychatrie? Ein unheilbarer Mann, der ‚Rache' übt?"* („Mopo", 8.3.) Es wird wohl nicht mehr lange dauern, bis sich einer der Lumpenjournalisten aus dem Hause Springer dazu vergibt, zu behaupten, daß es ein Linker gewesen sein könnte.

Eine Genossin aus dem AK St. Georg
KB/Gruppe Hamburg

„Spar"vorschläge auf den Müll!

Hamburg. Mit der Arbeitskraft der Kollegen von der Müllabfuhr machte die Stadt Hamburg 1975 einen Gewinn von 17 Millionen DM. Doch die Kollegen, die diesen Profit erschufteten, hatten nichts davon, – die Gewinne und eingesparten Ausgaben wurden und werden solchen Multimillionären wie Reynolds u.a. in den Rachen geschmissen – sie büßten ihren „Beitrag zum Aufschwung" auch noch mit einer enorm hohen Krankenquote, die zeitweise bis zu 30 % beträgt.

Das alles reicht den sozialliberalen Dienstherren im Senat jedoch immer noch nicht. Durch Einführung von größeren, fahrbaren Müllgefäßen soll den Kollegen nicht etwa die Arbeit erleichtert werden, sondern Personal soll eingespart werden. Mit der Einführung von fahrbaren 120- und 220-Liter Müllgefäßen, sowie der 1.100-Liter Großraumbehälter soll die Leistung pro Müll-Arbeiter von 10 Kubikmeter am Tag auf bis zu 40 Kubikmeter gesteigert werden!

Was die Personaleinsparungen an Rationalisierungsgewinn bringen, haben FDP-Bausenator Bialas und seine Stadtreinigungsleiter schon errechnet. Bialas kam vor zwei Jahren noch auf 1,2 Millionen zusätzlichen Gewinn, heute rechnet der stellvertretende Stadtreinigungschef Schnitzbauer bereits mit 4,5 Millionen zusätzlichen Gewinn!

Einsparungen sind in erster Linie eingesparte Personalkosten. D.h. 4,5 Millionen Mark entsprechen bei einem Gehalt von 1.800 DM (brutto) fast 200 Arbeitskräften.

Der Anfall von Müll steigt aber weiter (1973: +3,3 %, 1975: + 4,5 %). Das Sparrezept des Senats bedeutet logischerweise für die Kollegen kleinere Kolonnen, schnelleres Arbeiten und verstärkter Druck. Z.B. trotz Krankheit zur Arbeit zu kommen, Urlaub auch im Februar oder November zu nehmen – oder wie soll bei einer geplanten Reserve von 11 % für Krankheiten und 9 % für Urlaub der Betrieb sonst aufrecht erhalten werden?

Man sieht, die ÖTV-Führer können in Hamburg zumindest in diesem Bereich wirklich gelassen ablehnende Stellungnahmen zur Privatisierung des Öffentlichen Dienstes abgeben. Was ihre SPD-„Genossen" in Senat und Stadtverwaltung in punkto Rationalisierung vorweisen können, braucht den Vergleich zur „freien Wirtschaft" nicht zu scheuen.

ÖTV-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

DRUCK

MV-Drupa, Flensburg: Gegen den 13. Monatsbeitrag!

Am 13.2. fand die Jahreshauptversammlung der Drupa/Flensburg statt.

Daß hierfür von den 467 Mitgliedern kanpp 2/5 Kollegen „mobilisiert" werden konnten, spricht für sich (ausschließlich „alte Barden" und der Rest der wenigen „aktiven" Kollegen in den Berufsgruppen).

Kritik z.B. an der Jugend„arbeit" wurde abgeblockt, während sich der OV-Vorstand an seiner Wiederwahl ergötzte. Einziger Diskussionspunkt waren die Anträge der Antragskommission (Akk) für den diesjährigen Gewerkschaftstag. Zur Unterstützung der gewerkschaftsfeindlichen Anträge der Akk war der in Flensburg schon bekannte rechte Gewerkschaftsführer Günther Metzinger erschienen, der sich zunächst einmal über die schlechte finanzpolitische Situation der Drupa nach dem Streik ausließ und sich insbesondere für den Antrag der Akk nach einem 13. Monatsbeitrag einsetzte. Stimmen vom OVV wurden dabei laut, härter gegen (!) die Kollegen vorzugehen, die bisher den „Sonderbeitrag" verweigern, der in Flensburg gerade erst von der Hälfte der Kollegen geleistet wurde! Kritische Stimmen von Kollegen des „Flensburger Tageblatts", die den „Sonderbeitrag bisher geschlossen verweigert haben, an der Streikführung und Finanzpolitik der Gewerkschaftsführung wurden abgewiegelt. Dennoch konnte gegen Metzinger der Flensburger Gegenantrag: „Der 13. Monatsbeitrag darf nicht eingeführt werden!" mit großer Mehrheit verabschiedet werden. Abgewiesen wurde ebenfalls die geplante Einschränkung der Streikunterstützung durch die Einführung eines Karenztages (= 1. Streiktag wird nicht bezahlt). Den Anträgen nach Streichung bzw. Einschränkung der Treue- und Invalidengelder sowie der Arbeitslosenunterstützung wurde hingegen nur noch in recht flauen Anträgen widersprochen.

Die letzten kritischen Kollegen auf Linie bringen oder ausschließen (wenn sie nicht schon von selbst austreten), das ist das innergewerkschaftliche Vorgehen der Gewerkschaftsführer. Wiederwahl und ein „einiger" Statistenverband sollen ihre „Lorbeeren" zum Ausruhen sein! Aber wir lassen uns nicht „einsparen"! Kein Sonderbeitrag! Kein 13. Monatsbeitrag!

Druckzelle
KB/Gruppe Flensburg

Geld oder Betriebsrat

Auf einer Betriebsversammlung im Dezember letzten Jahres versprach der Kapitalist der Papierhülsenfabrik Paul und Co. den 500 Beschäftigten seiner Firma jedes Jahr sage und schreibe 500.000 DM (!), wenn sie verzichten würden, wieder einen Betriebsrat zu wählen.

So sei es seiner Meinung nach völlig ausreichend, daß ein Vertrauensmann gewählt würde.

Er sei dann bereit, den „*eingesparten Betrag* (für die BR-Arbeit) *über ein Betriebsfest und Barzahlung*" („Extradienst" 20/77) den Mitarbeitern zugute kommen zu lassen. So hatte es der Kapitalist Ende letzten Jahres geschafft, daß der BR-Vorsitzende unter Druck zurücktrat und sich der Rest-Betriebsrat selbst auflöste. Vor einigen Tagen erfolgte der nächste Schlag, um seine Absichten zu verdeutlichen. Dem früheren BR-Vorsitzenden wurde mitgeteilt, daß er „*bei vollem Lohn beurlaubt*" und nicht „*mehr am Arbeitsplatz zu erscheinen*" brauche (nach „Unsere Zeit", 12.3.77).

Die Staatsanwaltschaft hat auf Antrag der IG Druck und Papier Strafanzeige erstattet („UZ", 13.3.), was aber das politische Problem nicht löst, da keiner der Kollegen bereit ist, sich zur Zeit für eine Betriebsratswahl aufstellen zu lassen.

Betriebszelle Broschek
KB/Gruppe Hamburg

GEW

Peinlich für Frister

Westberlin: Eine gehörige Portion Schadenfreude können wir uns nicht verkneifen darüber, daß auf der satzungsgebenden Mitgliederversammlung des von GEW-Boß Frister gegründeten Spalterverband „GEW im DGB" alle wesentlichen Satzungsvorschläge abgelehnt wurden. Mit 629 von insgesamt 2.466 Mitgliedern war diese zweite Mitgliederversammlung (MV) ähnlich dürftig besucht wie schon die Gründungsversammlung (373 stimmberechtigte Mitglieder). Offensichtlich ist es mit der Aktivität von Fristers Kampfgefährten nicht weit her.

Die von Frister und Stange, dem kommissarischen ersten Vorsitzenden, gemeinsam ausgearbeitete Satzung gab einen Vorgeschmack auf das, was in der GEW noch alles passieren soll. Vorgeschlagen und abgelehnt wurde:

- die Einführung eines Quorums für die Gültigkeit von Beschlüssen in den Mitgliederversammlungen. Beschlüsse sollten nur dann gefaßt werden können, wenn mindestens die Hälfte aller Mitglieder anwesend sind. Dieser Antrag wurde vom Vorstand selbst zurückgenommen, da sonst auf dieser MV keinerlei Beschlüsse hätten gefaßt werden können... – die vorgesehene Mitgliedschaft von „Kollegen", die nicht in Westberlin arbeiten (offensichtlich sollte die „GEW im DGB" ein Sammelbecken rechter Gewerkschafter aus dem gesamten Bundesgebiet werden!)
- Studenten nicht mehr in den Bezirken zu organisieren, sondern gesonderte Gruppen einzurichten (Stange: „Diese Gesichter kann ich nicht mehr sehen"!!)
- die Vertreterversammlung sollte auf höchstens 200 Delegierte begrenzt werden. Nach dem jetzigen Beschluß kommt auf 30 Mitglieder ein/e Delegierte/r
- die VV sollte nur noch alle drei (!) Jahre tagen. Beschlossen wurde eine halbjährliche Einberufung.
- Delegierte für die Bundesvertreterversammlung sollten sich nur aus dem Kreis des Landeshauptausschusses zusammensetzen. Beschlossen wurde dagegen die Wahl auf der VV.

Konnte anfangs der kommissarische Vorstand noch ca. ein Drittel der Anwesenden für sich gewinnen, so schmolz dieser Anteil während der Sitzung immer mehr zusammen.

Mit dieser MV haben die in den Verband eingetretenen Kollegen um Kujawa, die SEW usw. Frister und seinen Gehilfen einen Streich gespielt – einen Strich haben sie ihm jedoch kaum durch die Rechnung gemacht.

Denn wie weit der Widerstand gegen Frister reichen wird, hat einmal die Spaltung gezeigt und wurde noch einmal daran deutlich, daß nicht ein SEWler Protest erhob, als sieben ehemalige Angehörige des SLB (ein ehemaliger, der SEW nahestehender, inzwischen aufgelöster Lehrerverband) nicht aufgenommen wurden.

Ein ernstzunehmender Widerstand ist von solchen Leuten sicherlich nicht zu erwarten, wenn Frister demnächst seine Satzung mit Hilfe der Bundessatzung durchzusetzen versucht.

Schon jetzt werden auf Bundesebene Vorbereitungen getroffen, Verschärfungen im Sinne der „Frister/Stange-Satzung" für die gesamte GEW durchzusetzen.

Dann werden die SEWler erneut ihre „Entschlossenheit" zeigen können!

Lehrerkomitee
KB/Gruppe Hamburg

Ausschlußantrag gegen GEW-Studenten

Anfang März erfuhren fünf Mitglieder der GEW-Studentengruppe an der PH Flensburg per Einschreiben vom Bundesvorstand in Frankfurt, daß gegen sie der Ausschluß aus der Gewerkschaft beantragt worden sei. Von den Betroffenen sind zwei amtierende, einer ein ehemaliges Vorstandsmitglied.

Als Begründung für den Ausschlußantrag wird bei drei der Kollegen die Kandidatur zu den Studentenparlamentswahlen auf der Liste des SSB (KB), bei den beiden anderen auf der des KBW angeführt. Da diese Organisationen unter die Unvereinbarkeitsbeschlüsse des DGB fallen, seien die Kollegen auszuschließen.

Auf einer Mitgliederversammlung der GEW-Studentengruppe am 10.3. herrschte über diesen bisher schwersten Angriff gegen die Gewerkschaftsarbeit der Gruppe einhellige Empörung. Einstimmig wurde beschlossen, diese Ausschlüsse auch nach ihrer Vollziehung nicht anzuerkennen. Die Betroffenen sollen ihre Rechte und Pflichten, z.B. im Vorstand, wie bisher wahrnehmen. Eine Protestresolution wurde sofort von 37 Kollegen unterschrieben.

Die fünf Betroffenen haben gleichlautende Erklärungen an die Bundesgeschäftsstelle geschickt. Darin erklären sie, daß die Bundessatzung und damit die Unvereinbarkeitsbeschlüsse in Schleswig-Holstein nicht rechtmäßig übernommen worden seien und fordern den Bundesvorstand auf, das Ausschlußverfahren einzustellen (siehe dazu Artikel in AK 100 zu einem Rechtsgutachten von GEW-Kollegen in Schleswig-Holstein).

Andernfalls haben die Kollegen eine Klage gegen den Ausschluß angekündigt. Auch die (wenigen) dem KBW nahestehenden Kollegen schlossen sich diesem Vorgehen nach einigem Hin und Her an, nachdem alle übrigen Studentengruppenmitglieder verlangten, daß alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden müßten, um in der Gewerkschaft drinzubleiben.

Anschrift für Informationsmaterial:
GEW-Studentengruppe
Mürwikerstraße 77
239 Flensburg

DGB und GEW dehnen Unvereinbarkeitsbeschlüsse aus

Die Führungen von DGB und GEW sind offensichtlich bestrebt, die Unvereinbarkeitsbeschlüsse gegenüber linken Kräften innerhalb der Gewerkschaften auszudehnen. Waren bisher von der Ausschlußpoltik Kollegen/innen betroffen, denen Mitgliedschaft oder Unterstützung einer sogenannten „K-Gruppe" vorgeworfen wurde, verstärken sich jetzt die Aktivitäten von Vetter und Frister, die DKP ebenfalls unter die UVBs zu fassen. Dazu wird gleichzeitig die Grundlage für die UVBs geändert.

Gegenüber den „K-Gruppen" wurden die UVBs mit angeblich „gewerkschaftsschädigendem" Verhalten „begründet".

In einem Interview mit der „Bremer Lehrerzeitung" der GEW wies Frister jetzt besonders nachdrücklich darauf hin, daß der DGB „*keine Einheitsgewerkschaft für jedwede politische Richtung* (sei), *sondern nur für politische Richtungen auf der Bandbreite der Verfassung.*"

Dies wird noch einmal in einem gemeinsamen Brief von Frister und Vetter an die Delegierten der niedersächsischen GEW bekräftigt.

Auf die Frage, weshalb von den bisher ausgesprochenen Ausschlüssen nur die sogenannten „K-Gruppen" betroffen seien, antwortet Frister: „*Die DKP ist sicherlich ein Problem für alle DGB-Gewerkschaften. Beim KBW, der KPD, der KPD (ML) und beim KB kann man aus der Satzung, aus Statuten, aus Programmveröffentlichungen zweifelsfrei beweisen, daß es sich um Parteien oder Organisationen handelt, die Feinde der freiheitlich-demokratischen Grundordnung sind...*

Bei der DKP ist es so, daß wörtlich genommen Statut, Programm und Äußerungen so sind, daß es sich um eine Partei handelt, die für das Grundgesetz argumentiert" (zitiert nach „Welt der Arbeit", 28.1.77).

Das ganze Problem scheint sich also darauf zu reduzieren, daß der DKP ihre „Verfassungsfeindlichkeit" nicht nachzuweisen sei. Daß dies für die bisherige Praxis nicht die entscheidende Rolle gespielt hat, lassen Frister und Vetter in ihrem Brief erkennen, wenn sie der DKP „*absolute Loyalität zu und in den Gewerkschaften*" bestätigen. Das Fehlen dieser Loyalität gegenüber der Gewerkschaftsführung war denn auch ausschlaggebend für den Angriff auf die sog. „K-Gruppen". Insbesondere konnte der DKP niemals die Absicht einer Fraktionsarbeit in den Gewerkschaften nachgewiesen werden. Im Gegenteil tat die DKP alles, um sich von diesem „Verdacht" reinzuwaschen: so löste sie in Westberlin 1974 den „Sozialistischen Lehrerbund" (SEW-Lehrerorganisation) und 1976 die DKP-Lehrergruppe (dazu bestand nicht einmal irgendein konkreter Anlaß) in Hamburg auf.

Da den Gewerkschaftsführern diese Art der Loyalität jedoch keineswegs reicht, sondern sie bestrebt sind, die Gewerkschaften zu reinen SPD-Richtungsvereinen zu machen, soll jetzt die DKP von einer anderen Seite her angegriffen werden. Zwar, so Frister, sei der DKP ihre „Verfassungsfeindlichkeit" nicht nachzuweisen (durch Statut usw.), aber es gäbe keinen Zweifel daran, daß die „*DKP ein Gegner einer freiheitlichen Gewerkschaft ist und Gegner einer freiheitlichen Gesellschaftsordnung, wie sie die Gewerkschaften des DGB wollen*" (ebenda). Zwischen dieser Aussage und dem Ausschluß steht nur noch die Opportunität.

Es liegt auf der Hand, daß angesichts einer solchen „Klarstellung" der Gewerkschaftsführer sofort das „Problem" auftaucht, wie sich DGB/GEW zu den Berufsverbote-Urteilen verhalten, in denen DKP'lern höchstrichterlich mangelnde „Verfassungstreue" „nachgewiesen" wird. Die Frage stellen, heißt sie beantworten! Der DGB wird doch nicht gegen die Organe unseres „Rechtsstaates" Stellung beziehen...!

Dadurch, daß die Unvereinbarkeitsbeschlüsse exakt auf den Radikalenerlaß zugeschnitten werden, wird eine Ausweitung zunächst auf diejenigen DKP'ler angestrebt, die vom Berufsverbot betroffen sind. Unter diesem Aspekt erscheint auch Fristers Forderung an die DKP in einem neuen Licht, bei Berufsverbotefällen bis in die höchste Instanz (Bundesverfassungsgericht) zu gehen, oder ihnen ansonsten die Rechtshilfe der GEW zu streichen. Damit hätte sich natürlich in seinem Sinne „arbeiten" lassen....

Mit diesem Vorgehen der DGB-Führung wird gerade die Partei getroffen, die immer den auf der Hand liegenden Zusammenhang zwischen Berufsverboten und Gewerkschaftsausschlüssen geleugnet hat. Jetzt besteht dieser Zusammenhang nicht nur durch die Praxis, sondern die Gewerkschaftsführer gehen dazu über, die Ausschlußpraxis exakt nach dem Muster des „Radikalenerlasses" auszudehnen: die Haltung zur augenblicklichen Gesellschaftsordnung wird zur entscheidenden Frage.

Dies wird nun sicherlich nicht dazu führen, daß die DKP-Führung ihre Haltung gegenüber der Gewerkschaftsführung aufgibt. Zweifellos wird sie versuchen, gegenüber Frister, Vetter und Co. ihre besondere „Verfassungstreue" nachzuweisen. Zu hoffen ist jedoch, daß einem Teil der Mitglieder und den Sympathisanten der DKP angesichts derartig eindeutiger „Klarstellungen" endlich die Augen über das direkte Zusammenwirken von Staatsapparat und Gewerkschaftsführung aufgehen.

„Ausrutscher"?

Gegen den Widerstand des Vorstands brachten Kollegen auf der Landesvertreterversammlung der GEW Schleswig-Holstein vom 4.3. erfolgreich die Forderung „Weg mit den Berufsverboten!" in einem Antrag unter. Landesvorsitzender Jens besaß auf einer anschließenden Pressekonferenz die Frechheit, diese Forderung als „Ausrutscher" abzuqualifizieren, da die GEW das „Reizwort Berufsverbote" ansonsten nicht verwende: „*Wer sich offensiv in Wort und Tat gegen die Verfassung betätigt, der gehört nicht in den Öffentlichen Dienst*" („Kieler Nachrichten', 5.3.).

Fristers nächster Schlag: Namensentzug

Westberlin: Am 2.3. erhielt der Vorstand der GEW-Westberlin von Frister einen Brief, in dem er juristische Schritte der GEW-Bund gegen die GEW-Westberlin ankündigte, um dieser die Führung ihres Namens zu untersagen. Der Landesvorstand hat daraufhin mit 25:2:3 Stimmen beschlossen, daß „*geeignete juristische Schritte zur Wahrung des Rechtsstandpunktes der GEW-(West)Berlin ergriffen werden, um die Mitgliedschaft der GEW-(West)Berlin in GEW (Bund) und DGB feststellen zu lassen.*"

Fristers Bemühungen laufen offensichtlich darauf hinaus, die GEW Westberlin von einer möglichen Solidarität aus anderen Gewerkschaften zu isolieren. Erfolgreich kann dagegen sicherlich nur angegangen werden, wenn in verstärktem Maße die Diskussion in die anderen Einzelgewerkschaften hineingetragen wird, um so Fristers Pläne politisch zu durchkreuzen.

Einen ersten Beschluß zur Entfaltung konkreter gewerkschaftlicher Tätigkeiten faßte der kommissarische Vorstand für die Vorbereitung des 1. Mai. Die Westberliner DGB-Führung hat bereits beschlossen, in diesem Jahr nur eine Saalveranstaltung durchzuführen. Der GEW-Vorstand dagegen entschied, die „*Durchführung einer 1. Mai-Feier ... nach wie vor nicht hinter verschlossenen Türen begehen* (zu) *wollen.*"

Lehrerkomitee
KB/Gruppe Hamburg

GEW-Niedersachsen: Die Linke wird stärker

Auf der Landesvertreterversammlung (LVV) der GEW Niedersachsen vom 7. bis 11.3.77 stand die vom Vorstand vorgelegte Satzungsanpassung an die Bundessatzung zur Diskussion. Sofort zu Beginn der LVV legten zwei Kollegen ein Rechtsgutachten vor, in dem festgestellt wurde, daß die auf der LVV im April 1975 in Braunschweig erfolgte pauschale „Übernahme" der Bundessatzung auf satzungswidrigem Wege erfolgt war. Im einzelnen handelt es sich dabei darum, daß

– der Antrag damals als Dringlichkeitsantrag (!) vom Landesvorstand eingebracht worden war. Laut Satzung müssen Satzungsänderungen jedoch mindestens drei Monate vor der LVV vorliegen;

– die pauschale Anerkennung des Vorrangs der Bundessatzung einer Auflösung gleichkommt. Für diesen Schritt ist eine LVV vorgeschrieben, zu der ausdrücklich zum Zweck der Auflösung aufgerufen werden muß, wobei dafür eine drei Viertel Mehrheit notwendig ist.

Die Kollegen stellten daher auf dieser LVV einen Antrag auf Nichtbefassung des Tagesordnungspunktes „Satzungsanpassung". Angenommen wurde dann ein Antrag des AjLE, den Punkt „Satzungsanpassung" an das Ende der gesamten Tagesordnung zu setzen, was dann dazu führte, daß darüber nicht mehr diskutiert wurde.

Daß sich der Vorstand auf dieses Verfahren einließ, läßt sich wohl vor allem darauf zurückführen, daß die Mehrheiten für seine Anträge auf dieser LVV knapper ausfielen als bei den vorangegangenen LVVs. So erhielt der bisherige Vorsitzende Galas bei der Wiederwahl keine zwei Drittel Mehrheit mehr, was darauf hindeutet, daß sich diese Mehrheiten auch für die Satzungsänderungen nicht gefunden hätten. Daß für den Vorstand dieses Thema jedoch keineswegs vertagt ist, zeigte sich an der Reaktion von Galas, der rundheraus erklärte, daß die Bundessatzung durch die schon erfolgte Übernahme der Generalklausel gültig sei und somit eine Anpassung gar nicht zwingend sei.

Eine Kampfabstimmung gab es dann um einen Antrag gegen die Unvereinbarkeitsbeschlüsse. Darin heißt es: *„Die Unvereinbarkeitsbeschlüsse hingegen richten sich gegen Gewerkschafter mit sozialistischer Orientierung, wodurch – parallel zum ‚Radikalenerlaß' – sozialistische Politik in der BRD zusätzlich diskriminiert wird. In vielen Fällen haben Gewerkschaftsausschlüsse Berufsverbote der betroffenen Kollegen zur unmittelbaren Folge gehabt ... Die Vertreterversammlung der GEW Niedersachsen lehnt daher die Unvereinbarkeitsbeschlüsse ab. Sie beauftragt den Landesvorstand, in den entsprechenden Gremien der GEW Bund und des DGB zu beantragen, daß die Unvereinbarkeitsbeschlüsse aufgegeben werden."* Dieser Antrag wurde mit der knappen Mehrheit von 149: 122:35 (!) abgelehnt. Noch in seinem Rechenschaftsbericht hatte Galas wie selbstverständlich zugegeben, daß zwölf Göttinger Studenten wegen Kandidatur auf linken Listen und alle Kandidaten des KBW für die Bundestagswahlen ausgeschlossen worden waren. Und noch vor der LVV wurde an die Mitglieder ein zwanzigseitiges Papier von Frister und Vetter verteilt, in dem die Unvereinbarkeitsbeschlüsse „begründet" wurden. Für diese beiden Gewerkschaftsbonzen war schon vorher klar, *„daß jegliche Unterstützung für Extremisten gewerkschaftsschädigendes Verhalten darstellt"*, worunter auch diejenigen fallen, die sich für die Aufhebung des „Extremistenbeschlusses" in den Gewerkschaften einsetzen. Diese knappe Abstimmungsniederlage hat jedoch bewiesen, daß die Linke in der GEW Niedersachsen stärker geworden ist.

KB/Gruppe Hannover



ausländische Arbeiter in der BRD

„Eroberung ganz Europas ..."

Zur Ideologie der MHP

Verschiedentlich haben wir im AK über den Terror der türkischen Faschisten von der MHP in der BRD und der Türkei berichtet (zur BRD siehe AK 70, 92, 93, 94). Bei der MHP, die trotz der lächerlich geringen Anzahl von drei Sitzen im türkischen Parlament einen der Vize-Ministerpräsidenten stellt, handelt es sich auch nach eigenem Verständnis um eine **Nachfolgeorganisation der NSDAP.** In einem Bericht des Türkischen Zentralbüros der MHP in Düsseldorf vom 15. Januar 1976 heißt es: *„Die MHP hat mit der damaligen NSDAP vieles gemeinsam. Sie kämpft gegen Kommunismus, Zionismus* (= im Sinne von rassistischem Anti-Semitismus, Anm.) *und für die Befreiung der von den Türken bewohnten Gebiete im Kaukasus, Mittelasien und Europa."* Das ist blutrünstige Kriegshetze gegen die Sowjetunion und überhaupt die ganze Welt, denn für *„die territoriale Eroberung aller von den Türken bewohnten Gebiete auf der Welt"* (so Faschistenführer Alparslan Türkes) ist bereits das Vorhandensein von ein paar türkischen Studenten ausreichend. Nach der Nazi-Phantasie sind *„Hunderttausende türkischer moslemischer Arbeiter und Studenten in Europa organisiert"*, *„auf daß die Rufe des Muezzins eines Tages in Berlin die Horizonte zerreißen und bis in den siebten Himmel aufsteigen"*!! Die MHP spricht von einem „zweiten Befreiungskampf", der *„gegen eine handvoll Kommunisten, Freimaurer, Zionisten, Volksfeinde und Ungläubige"* geführt werden müsse, in Rundschreiben wenden sie sich an ihre Landsleute:

„Liebe Arbeiterbrüder! Wir wissen alle, daß ihr heute nicht in den Kohlengruben von Deutschland unter dem Befehl der dreckigen Juden arbeiten würdet (...), die zusammen mit den griechischen und armenischen Wucherern (...) die Handarbeit und den Schweiß unseres Volkes ausnutzen, wenn sie Gelder nach Israel schmuggeln oder an die schweizerischen Banken überweisen."



Türken-Moschee „Fatih", Frankfurt; Aufruf zum heiligen Krieg gegen Kommunisten und Gewerkschaften



Faschistenorgan „Tercüman", tägliche Auflage 65.000

Ebenso wie die Nazis im Hitler-Faschismus hat die MHP zur Durchsetzung ihrer politischen Ziele militärische Unterorganisationen ähnlich der SA und SS gegründet, wie die „Grauen Wölfe" und die „Yildirim Komandolari", die „Blitzkommandos", auf deren Konto in der Türkei Ermordungen bei Terrorüberfällen gehen. In der BRD gehen auf das Konto der „Grauen Wölfe" mindestes 150 Überfälle auf fortschrittliche Türken seit Anfang 1975 (nach WDR am 4.7.76, die heutige Zahl liegt also mit Sicherheit höher), dabei wurden bereits 35 Menschen ermordet (nach „Monitor-Dienst" vom 23.2.77)!! Die MHP kann in der BRD jedoch weiterhin ungehindert ihre Mordhetze verteilen: *„Unsere Kleidung haben wir angelegt, damit sie mit Moskowiterblut geschmückt werde ... Wir sind bereit, wir haben unser letztes Wort gesprochen. Worauf wartest du noch, mein Führer? Gib deinen Befehl."* Die türkischen Faschisten in der BRD sind keine isolierten Außenseiter. Nach Angaben des Bundesinnenministeriums hat die MHP in der BRD rund 3.000 Mitglieder, die in sechs autonomen Regionen organisiert sind, andere Quellen sprechen von 5.000 Mitgliedern (bei insgesamt 530.000 Türken in der BRD!) und ca. 25.000 Sympathisanten (Muhammed S. Abdullah am 4.7.76 im WDR). Die MHP selber nennt in der „Hürriyet" noch größere Zahlen: *„1973 hatten wir 37.000 und 1975 bereits*

Die MHP selber nennt in der „Hürriyet" noch größere Zahlen: „1973 hatten wir 37.000 und 1975 bereits

48.000 Mitglieder. Wenn wir die 50.000-Grenze erreicht haben, werden wir das dem Vorsitzenden des DGB unverzüglich mitteilen." Selbst wenn man das als kraftmeierische Angabe betrachtet, so wäre schon die Zahl von 3 bis 5.000 Mitgliedern bei insgesamt 530.000 Türken in der BRD eine enorme Zahl, die auf der Linken wohl kaum eine Entsprechung hat.

Der Boden, auf dem die chauvinistische Verhetzung größerer Teile der türkischen Bevölkerung in der BRD recht erfolgreich betrieben werden kann, ist ihre elende Ghettosituation, sind brutale Ausbeutung durch Kapitalisten und Mietgeier, gesellschaftliche Diskriminierung und weit verbreitete Fremdenhetze. Die Faschisten greifen die Unzufriedenheit mit den kapitalistischen Verhältnissen auf, um sie in die reaktionäre Sackgasse zu lenken.

Die rassistische Herrenmenschen-Ideologie bekommt durch die gesellschaftliche Ächtung große Anziehungskraft. Es ist bekannt, daß die MHP ihre Schlägerbanden häufig aus arbeitslosen Jugendlichen rekrutiert, denen die Bundesregierung die Aufnahme selbst untergeordneter Hilfsarbeiten verbietet. Die besondere Unterdrückung der nationalen Kultur der Türken, deren Sprache im Gegensatz zu gesellschaftlich angesehenen Fremdsprachen wie Englisch und Französisch als minderwertig und deren Lebensformen als bäuerisch und barbarisch hingestellt werden sollen, ist eine weitere Grundlage, auf der die Hetze Früchte tragen kann: *„Die türkischen Kinder, die ohne eine nationale und religiöse Kultur aufwachsen, müssen aus den Händen kommunistischer Lehrer und Priestererzieher gerettet werden. Denn der Feind nähert sich in hinterhältiger Verkleidung. Sobald du die freundliche Maske herunterreißt, taucht dahinter ein häßliches Kommunistengesicht, ein christlicher Missionar oder ein jüdischer Agent auf."*

Eine zentrale Rolle bei der Verhetzung kommt dem Islam zu. (*„Unsere Nationalität ist türkisch – aber im Herzen sind wir Moslems"* – aus der Entschließung des „Kleinen-Europa-Kongresses" der MHP, der zur Jahreswende 75/76 mit Funktionären aus Holland, der Schweiz, Frankreich und Österreich in Köln stattfand.) Es ist keine Seltenheit, daß Türken auf den Verlust ihrer nationalen Identität mit verstärkter Hinwendung zum Islam reagieren und die rigiden menschenfeindlichen Regeln dieser Religion (wie z.B. den Fastenmonat bei gleichzeitiger schwerer körperlicher Arbeit) verstärkt praktizieren. In den Moscheen wird der militante Antikommunismus gepredigt: ***„Wir müssen gegen alle Feinde des Islam den heiligen Krieg erklären und gegen sie kämpfen. Wer einen Kommunisten tötet, kommt in das Paradies"*** (Predigt in der Faith-Moschee in Frankfurt).

Neben der Linken sind besonders die Gewerkschaften das Hauptangriffsziel: *„Wir sind Gegner des Kommunismus und als Atatürk-Verehrer schützen wir die türkischen Arbeitnehmer vor den zum Kommunismus tendierenden Gewerkschaften."* Im Ergebnis solcher Tiraden sind z.B. vor einigen Monaten in Sindelfingen ca. 300 türkische Arbeiter aus der IG Metall ausgetreten. Und was Terrorüberfälle auf türkische Gewerkschafter nicht erreichten, wurde durch diesen Angriff auf die empfindlichste Stelle der Gewerkschaftsführer blitzartig möglich: Sie kündigten eine verstärkte Entlarvung der MHP an. (Sämtliche Zitate aus den von MHP und „Koranvereinen" verteilten Broschüren nach „Türkische Extremisten mit religiösem Anstrich", Dokumentation des Evangelischen Pressedienstes vom Sept. 1976).

Emigrantenzelle

Emigrantenzelle

München: CSU will Ausländer nicht wählen lassen

Im Rechtsausschuß des bayerischen Landtages ging es um das Wahlrecht für ausländische Kollegen bei Kommunalwahlen. Die SPD hatte einen Antrag vorbereitet, der den Ausländern, die sich seit fünf Jahren in der BRD aufhalten, das Wahlrecht auf Gemeindeebene geben sollte.

Die CSU begründete ihre Ablehnung des Antrages u.a. mit dem Hinweis, *„in einigen Stadtvierteln Münchens wohnten bis zu 47 Prozent Ausländer"*. Da haben wohl einige Herren der CSU Muffengang, daß sie bei den Wahlen in die Wüste geschickt werden.

„Dagegen plädierte der Sozialdemokrat Rolf Langenberger für eine Prüfung der Frage des Wahlrechts für Ausländer auch im Zusammenhang mit der Europäischen Gemeinschaft. Wenn man sich nicht bald etwas einfallen lasse, um die Ausländer besser einzubinden (in sozialdemokratischen Schmus, oder was? Anm. d. Verf.) *werde man eines Tages in einer ähnlichen Situation sein, wie die USA mit ihrem Rassenproblem".*

Also auch bei der SPD Muffensausen. *„Die SPD stellte ihren Antrag nach längerer Aussprache bis zur nächsten Innenministerkonferenz* (!?) *im Herbst dieses Jahres zurück".* (Alle Zitate aus „Nürnberger Nachrichten", 10.3.77)

KB/Gruppe Nürnberg

KB/Gruppe Nürnberg

„Graue Wölfe" bedrohen fortschrittliche Türken

Dortmund. Am 23.1. fand in Dortmund ein zweites Treffen verschiedener türkischer Organisationen statt mit dem eigentlichen Ziel, ein Elternkomitee zu gründen.

Die Bildung von einem internationalen Elternkomitee ist von Spaniern angeregt worden aufgrund der miserablen Situation der Ausländerkinder, besonders auch im schulischen Bereich.

An dem Treffen der Türken nahmen teil:

– Verein türkischer Arbeitnehmer Dortmund. Das ist eine religiöse Organisation mit dem Ziel, Glaubensschulen einzurichten. Durch hohe Mitgliedsbeiträge wird eine Moschee mit u.a. Koranschule für Kinder finanziert. Diese Organisation stellte auch ihre Räume zur Verfügung.

– Türkisches Volkszentrum. Es steht der sozialdemokratischen Partei in der Türkei nahe. Diese Ein-Mann-Organisation wird von der Stadt finanziell erheblich unterstützt.

– Arbeitsgemeinschaft türkischer Lehrer in NRW. Zwölf türkische Lehrer aus Dortmund (von 20) sind hier Mitglied.

– Verein der Studenten aus der Türkei und Verein der Arbeiter und werktätigen Jugend. Diese Vereine greifen besonders Probleme der Studenten und Auszubildenden auf. Weiterhin sehen sie als Antifaschisten eine wichtige Aufgabe in der Auseinandersetzung mit den Ereignissen in der Türkei.

Die Gastgeber hatten die Sitzung gut vorbereitet: Durch die Sitzordnung wurden die fortschrittlichen Kräfte quasi eingekreist.

Die erste Konfrontation entbrannte an der Forderung, daß der Pressevertreter der faschistischen türkischen Zeitung „Tercüman" nicht fotografieren darf, was auch durchgesetzt werden konnte. Mit der Zeit füllte sich der Saal mit „Grauen Wölfen" (die nicht eingeladen waren!), die vorher noch ihre Abzeichen abnahmen. Sie provozierten sofort, indem sie versuchten, nachkommende Leute zu durchsuchen.

Da eine demokratische Diskussionsatmosphäre nicht mehr gegeben war, wollten die fortschrittlichen Organisationen den Raum verlassen. Sofort versperrten „Graue Wölfe" die Tür und riefen „keiner bewegt sich, keiner kommt hier raus. Die Polizei ist angerufen worden". Eine lebensgefährliche Situation.

Nachdem die fortschrittlichen Türken unter Schwierigkeiten rauskonnten, kamen auch kurz danach die Bullen aus drei Richtungen mit mehreren Mannschaftswagen. Sie durchsuchten mit Waffendrohung die Leute und nahmen drei Türken fest und mit auf die Wache.

Die „Grauen Wölfe" kamen natürlich ungeschoren davon und der „Tercüman"-Typ machte eifrig Fotos während der Durchsuchungsaktion. In der Tercüman-Ausgabe vom 25.1. konnte man dort lesen: „Pistolen und Messer haben gesprochen. Erziehungsversammlung wurde von Linken gesprengt". Das Zusammenspiel von türkischen Faschisten und deutschen Bullen hat also mal wieder geklappt.

Die fortschrittlichen türkischen Organisationen aber werden weiter an den Problemen der ausländischen Kinder arbeiten. (Alle Angaben aus „Klüngelkerl", Dortmunder Volksblatt Nr. 4 vom Februar 1977.)

Eine Metallgenossin

Schluß mit der Hetze gegen die CISNU

Das propagandistische Trommelfeuer gegen die antifaschistische iranische Studentenorganisation CISNU von Seiten des iranischen Geheimdienstes SAVAK als auch von Seiten der Bundesregierung und des westdeutschen Verfassungsschutzes hat in den letzten Wochen und Monaten bedeutend zugenommen. Letzter Gipfel der Kampagne gegen die CISNU und bekannte iranische Oppositionelle in der BRD sind die wüsten Beschimpfungen gegen Mehdi Teherani im Zusammenhang mit dem „Fall Traube". Teherani, der seit mehr als einem Jahrzehnt in der BRD lebt und hier politisches Asyl hat, wurde von Verfassungsschutzpräsident Meier als *„eine gefährlich einzustufende Person"* bezeichnet.

Dem vorausgegangen war die massive Behinderung und Kriminalisierung des CISNU-Kongresses Anfang Januar 77 in Frankfurt (siehe hierzu AK 98).

Recht aufschlußreich ist in diesem Zusammenhang das Schreiben der Grenzschutzdirektion an die Verwaltungsgerichte in Saarlouis und Schleswig, die die Einreiseverbote gegen CISNU-Mitglieder, die zum Kongreß wollten, aufgehoben hatten. In dem Schreiben wird die Aufhebung dieser Urteile verlangt und es heißt darin u.a.: *„Die Zulassung der Einreise von Iranern, die ihren Aufenthalt in der Bundesrepublik in erster Linie oder ausschließlich zu Aktionen gegen das Schah-Regime nutzen wollen, würde (...) für die in den letzten Jahren wieder normalisierten deutsch-iranischen Beziehungen einen schweren Rückschlag bedeuten. Dabei ist auch zu berücksichtigen, daß der Iran in dem letzten Jahr zum größten Importeur deutscher Waren in Übersee nach den USA geworden ist..."* (zitiert nach „Resistance", Zeitung der CISNU, 7.2.77 - Hervorhebung im Original).

Weiter erwähnt die Grenzschutzdirektion, daß die CISNU laut Verfassungsschutzbericht als *„Ausländerorganisation mit terroristischen Tendenzen"* aufgeführt ist.

SAVAK flippt aus!

SAVAK flippt aus!

Seit wenigen Wochen existiert eine Broschüre der SAVAK, die nach Informationen von CISNU-Mitgliedern in mehreren westeuropäischen Ländern und in den USA über die dortigen Botschaften gezielt an Politiker, Journalisten und andere „Personen des öffentlichen Lebens" verschickt wurde. Unter dem Titel: *„Ein Bündnis von Terror und Reaktion* (!), *Die aufschlußreiche Geschichte fast 15jähriger antiiranischer Aktivitäten im Ausland"* (Herausgeber: Focus Publications, Teheran – na ja, man hat schon bessere Tarnungen gesehen) wird auf gut 70 Seiten gegen den antifaschistischen Kampf des iranischen Volkes und speziell der Intellektuellen im Ausland vom Leder gezogen. Neben den bekannten Ladenhütern der SAVAK weist dieses Pamphlet einige Besonderheiten auf.

Auf ca. 50 Seiten täuscht die SAVAK mit scheinbar wissenschaftlicher „Genauigkeit" und anhand „objektiv" erscheinender „Fakten" vor, die Geschichte der KP, der bewaffnet kämpfenden Opposition, der CISNU usw., ihrer Differenzen und ihrer Gemeinsamkeiten, ihrer Spaltungen usw. darzustellen. Mal abgesehen davon, daß die SAVAK sowieso keinen Grund sieht, gegen den Schah zu kämpfen und der Opposition jegliche Existenzberechtigung abspricht, erscheint die Geschichte der iranischen Linken als eine Geschichte von Intrigen macht- und geldsüchtiger perverser Typen, wobei der SAVAK-Schmierer nicht darauf verzichtet, den Lebensstil bekannter iranischer Genossen als „bourgeois" zu bezeichnen. Nachdem die Genossen so als ‚perverse Wirrköpfe' aufgebaut sind, folgt die Denunziation als „Terroristen". Beispiel Mehdi Teherani: er ist Mitglied in *„einem sehr teuren Nudistenclub"* (S. 71), seine erste Frau trennte sich von ihm wegen *„seiner widernatürlichen Beziehungen"* (S. 51), Teherani hat Kontakt zur *„Baader-Meinhof-Bande"* (S. 48) *„und steht in direkter Verbindung zum internationalen Terrorismus"* (S. 49), er hatte *„eine Ausbildung in einem Palästinenserlager im Irak"*, er habe 100.000 DM die für iranische Erdbebenopfer gesammelt worden waren, unterschlagen usw. usf.

Weiter meint die SAVAK: *„Ein westlicher Priester gab Teherani eine große Summe Geldes für eine bestimmte Operation"* (S. 49). (Mehdi erhielt einmal ein Stipendium in Höhe von 500,– DM von der ESG für seine Promotion – aber woher weiß die SAVAK das??).

Lächerlich, aber kennzeichnend für die Absicht des SAVAK-Pamphlets ist der gezielte Vorwurf der Doppelagententätigkeit: die CISNU-Mitglieder würden vielfach als Oppositonelle gehätschelt (?) und befänden sich daher zum Teil in Positionen, die sie im Sinne einer Spionage für die „Kommunistischen Staaten" ausnutzten. Und noch eine Ohrfeige für die westdeutschen Bullen: ein Verfahren und eine geplante Abschiebung sei deshalb nicht erfolgt, weil der (namentlich genannte) iranische Genosse *„offensichtlich (...) Unterstützung von Kreisen erhielt, die in der Lage waren, Einfluß auf die als besonders korrekt bekannte Polizei* (oho!) *auszuüben – er (kam) noch einmal davon und erhielt sogar eine Arbeitserlaubnis in der BRD"* (S. 72). Nun ja, sage mir wer dich lobt, und ich sage dir, wer du bist!

Verbotsvorbereitungen!

Die SAVAK-Hetze ist nicht weit davon entfernt, spinnert und weltfremd zu sein, im Gegenteil. Die Maßnahmen und die Propaganda des westdeutschen Staatsapparats gegen die CISNU und einzelne ihrer Mitglieder zeigen ja gerade, daß die Formel, „CISNU = Terroristen", diejenige ist, mit der die Ausschaltung der CISNU vorbereitet wird. Genau zu dieser Hetze liefert das SAVAK-Pamphlet das „Material".



Mit dem Ziel, die iranischen Oppositionellen als „Perverse, Kriminelle und Terroristen" darzustellen, erhofft sich der Schah wohl auch, die Menschen, die zunehmend aus rein humanitären Gründen gegen das iranische Mörder-Regime protestieren, zu desorientieren (wer solidarisiert sich schon mit solchen Typen). Eine solche Spaltung darf nicht gelingen, denn das würde die Zerschlagung der hier organisierten Opposition wesentlich erleichtern!

Man darf gespannt sein. Die Bundesregierung hat den Chor der Hetze gegen die CISNU schon angestimmt und das SAVAK-Papier liegt auf den Redaktionstischen. Wer ist der nächste Schmierfink, der daraus „recherchiert"?

Ein Genosse des KB Gruppe Frankfurt

Nürnberg: Bullen überfallen Lager für Asylsuchende

Am frühen Morgen des 3. März überfielen starke Kommandos von Kripo und Nürnberger Bereitschaftspolizei das Ausländerdurchgangslager für Asylsuchende in Traßlberg (Laukreis Amberg). 16 Asylsuchende wurden zur Polizeiinspektion Amberg geschleppt und dort verhört. Bereits am Abend zuvor wurden vier Ausländer festgenommen, von denen zwei in Untersuchungshaft gekommen sind.

Der Grund für den Überfall: es hätten Anhaltspunkte dafür vorgelegen *„daß sich unter den Insassen des Lagers eine terroristische Vereinigung gebildet habe"* („Süddeutsche Zeitung", 4.3.77).

Die Ermittlungsergebnisse der Staatsanwaltschaft wurden von dieser zur „Verschlußsache" erklärt, was die bürgerliche Presse allerdings nicht daran hinderte, das ganze Arsenal an „Terroristen"-Hetze auszuspielen: *„Im Ausländerlager Traßlberg zwei arabischsprechende* (!!?) *Männer verhaftet – Terrorakte waren geplant"* (Nürnberger Nachrichten", NN, 5.3.77). *„Vermutlich handelt es sich bei den beiden Inhaftierten nicht um die einzigen Angehörigen eines neuen Terroristenkommandos"* („NN",5.3.77). Sprengstoffanschläge auf drei Botschaften? Einer der ... Verhafteten nahm an Kämpfen im Libanon teil (!!?). *„Ebenso bleibt die Frage offen, ob sie* (die Verhafteten) *die Vorhut eines Trupps sind, der sich als Asylsuchende in die Bundesrepublik einschleuste"* („NN", 5.3.)

Nachtigall, ick hör dir trapsen! Die Staatsanwaltschaft kann zwar nichts beweisen und nimmt die Ermittlungen unter Verschluß, aber eins muß doch jedem anständigen Bundesbürger klar werden: der Staat braucht ein verschärftes Asylrecht, damit keine „Terroristen" mehr „eingeschleust" werden können.

Genau dies aber wird vorbereitet, und die ganze Aktion in der Oberpfalz dürfte den einzigen Sinn und Zweck haben, eine öffentliche Stimmung für die Verschärfung des Asylrechts zu schaffen. Um der Sache den nötigen Ernst zu geben, vergißt die Presse nicht zu erwähnen, daß Generalbundesanwalt Buback höchstpersönlich die bayerische Staatsanwaltschaft zu dem Überfall beauftragte.

Vorsicht! Spitzel!

„Darüber, auf welche Weise die örtliche Polizei im Landkreis Amberg den Tip erhielt, der die ganze Aktion ins Rollen brachte, will Generalstaatsanwalt Stümpfler keine Angaben machen. Er mag jedoch auch nicht dementieren, daß der entscheidende Hinweis vom Vertrauensmann einer Staatsschutzorganisation aus dem Ausländerlager kam" („NN", 5.3.).

Man sollte den V-Mann mal fragen, wer ihm die Skizze der Libyschen Botschaft gemalt hat, die dann bei einem der Verhafteten gefunden wurde und angeblich einem Sprengstoffanschlag auf die Botschaft dienen sollte.

KB/Gruppe Nürnberg

Ausländeramt provoziert

Dortmund. Die Spitze an Ausländerfeindlichkeit und Diskriminierung leistete sich das Ausländeramt in Dortmund. Neben der Eingangstür der Behörde war ein Plakat angebracht mit der Aufschrift: „Vorher mal wieder waschen"!!!

Gegen diese ungeheure Schweinerei protestierte die „Aktionsgruppe ausländischer Bürger" und übergab dem Oberstadtdirektor eine Protestresolution. Während dieser friedlichen Aktion wurde das Stadthaus von mehreren Bullenwagen umstellt...

Die Stadt meint zu dem Vorfall lapidar, das Plakat ist durch Gedankenlosigkeit (?!) ausgehängt worden. Daß das nicht so ist, sondern diese Diskriminierung einzureihen ist in die politische und menschliche Unterdrückung der Ausländer in der BRD überhaupt weist die „Aktion..." in einem Flugblatt nach.

Sie fordern weiter auf, daß alle fortschrittlichen Menschen Solidarität üben und möglichst viele Protestschreiben an den Oberstadtdirektor richten.

Eine Metallgenossin



Nachrichten aus Schule und Hochschule



Teilerfolg gegen Strafanzeigen

Marburg. Am 7./8. März fanden Prozesse gegen drei Kommilitonen im Zusammenhang mit den Ereignissen des vergangenen Wintersemesters (75/76) statt. Zwei Studenten waren angeklagt wegen Hausfriedensbruch (Besetzung des Verwaltungsgebäudes), Widerstand gegen die Staatsgewalt; einer zusätzlich wegen schwerer Körperverletzung (ein Bulle hatte sich beim Einsatz den Daumen verstaucht).

Gegen eine Kommilitonin lief das Revisionsverfahren wegen Raubes. Einem reaktionären Journalisten waren seine Aufzeichnungen auf einer studentischen Versammlung abhanden gekommen. Obwohl feststand, daß diese Kommilitonin nicht für das Verschwinden verantwortlich war (dies gab sogar das Gericht zu), wurde sie in der ersten Verhandlung zu neun Monaten Gefängnis (zwei Jahre auf Bewährung) verurteilt. Dabei verurteilte das Gericht die Angeklagte als Täterin, weil diese *„nicht nur den Hinauswurf, sondern auch die gewaltsame Wegnahme der Papiere mit der Hilfe der ihr Hörigen (!) und gegen zweifelnde Stimmen durchgesetzt hat"*. Also ein klassisches Rädelsführerurteil.

Die Staatsgewalt hatte ein besonderes Interesse an diesen Prozessen, wie sich in den Verhandlungen zeigte.

Vor Gericht erklärte der Unipräsident Zingel, daß er erst auf Aufforderung der Polizei die Anzeigen wegen Hausfriedensbruch gestellt habe.

Aufgrund einer starken Mobilisierung zu diesen Prozessen konnte erreicht werden, daß die Anklagen wegen Hausfriedensbruch und Widerstand gegen die Staatsgewalt fallengelassen wurden, die Anklage wegen schwerer Körperverletzung wurde in eine wegen „fahrlässiger" und die wegen Raubes in eine wegen Nötigung umgewandelt. So kamen in den ersten beiden Fällen „nur" 225 DM bzw. 300 DM Geldstrafe zustande, das Urteil gegen die Kommilitonin wurde aufgehoben, das neue lautet auf 900 DM Geldstrafe.

AStA wiegelt ab

auf 900 DM Geldstrafe.

AStA wiegelt ab

Schon seit dem vergangenen Wintersemester läuft die Auseinandersetzung an der Marburger Uni um diese Repressionen.

Insgesamt wurden ca. 20 Kommilitonen/innen wegen der verschiedensten „Delikte" vom Unipräsidenten und reaktionären Professoren angezeigt. Der MSB/SHB-AStA hatte in diesem Wintersemester versucht, einen Streik gegen diese Strafanzeigen aufzubauen. Dieser ging insgesamt in die Hose (mangels Beteiligung), da die „Aktionen" niemals aus dem alten Trott Uni-VV/Versammlungen/Demo/ Bündnispartner kontaktieren usw. usf. herauskamen.

Als dann zum Ende des Semesters vorgeschlagen wurde (vom KSV), eine Uni-VV einzuberufen, um konkrete Aktionen und die Mobilisierung zu den anstehenden Prozessen zu beschließen, versuchte der AStA, dies mit dem Hinweis auf seine schon gelaufenen „Aktivitäten" abzuwiegeln. Nur gegen seinen massiven Widerstand konnte diese VV überhaupt durchgesetzt werden.

Die Linke (die in Marburg insbesondere durch die Basisgruppen repräsentiert wird) hatte zu diesem Zeitpunkt begonnen, eine breite Informations- und Öffentlichkeitsarbeit zu organisieren. Mit Songgruppen wurde durch die Mensa gezogen, die Innenstadt besucht usw. Allerdings fanden sich die Basisgruppen zu diesem Zeitpunkt nicht bereit, massivere Aktionen (wie z.B. Sprengung der Vorlesungen der Profs, die die Strafanzeigen gestellt hatten) durchzuführen. Das mag mit ein Grund dafür sein, daß der AStA es wiederum schaffte, auf der gegen ihn durchgesetzten VV eine Mehrheit für seine Vorschläge zu finden, die wiederum nur weitere Öffentlicheitsarbeit und „Herantreten an die Bündnispartner" beinhalteten.

Dieser Demobilisierung durch den AStA stellten sich die Basisgruppen nicht entschlossen entgegen, sondern praktizierten ihre Art der Öffentlichkeitsarbeit (Songgruppen usw.).

Aufgrund dieser Erfahrungen bildete sich ein „Solidaritätsausschuß", in dem unorganisierte Kommilitonen, KB-Sympathisanten und KSV'ler mitarbeiten. Er setzte sich zur Aufgabe, für eine breite Mobilisierung an den Prozeßtagen zu sorgen.

AStA beschimpft Linke

be, für eine breite Mobilisierung an den Prozeßtagen zu sorgen.

AStA beschimpft Linke

Am ersten Prozeßtag versammelten sich rund 250 Studenten vor dem Gerichtsgebäude. Da nur 60 in den Saal paßten, wurde sich reihum abgewechselt. Draußen wurde eine Kundgebung organisiert, in deren Verlauf immer wieder selbstgetextete Lieder gesungen wurden, um den Angeklagten zu zeigen, daß die Studenten hinter ihnen stehen und dem Gericht zu demonstrieren, daß sie es nicht nur mit den Angeklagten zu tun haben.

Für die Mittagszeit war eine Demonstration beschlossen worden, deren Abschlußkundgebung vor dem Gerichtsgebäude angehalten werden sollte.

Diese Kundgebung wurde von der Polizei verboten; die Demo sollte nur bis auf 200 Meter an das Gebäude herankommen dürfen. Der AStA zog sofort den Schwanz ein, während sich die Basisgruppen und der „Solidaritätsausschuß" darauf verständigten, die Kundgebung möglichst vor das Gebäude zu legen, dies aber erst während der Demo zu entscheiden. Allerdings taten dann die Basisgruppen nichts dafür, diesen Willen auch in die Tat umzusetzen. So lehnten sie einen Vorschlag, dem AStA die Spitze des Zuges aus der Hand zu nehmen, ab.

Als dann die Demo an die „Bannmeile" geriet, bog der AStA in eine Seitenstraße ein. Etwa die Hälfte des Zuges (insgesamt beteiligten sich ca. 500 Studenten an der Demo) folgte ihm, die andere Hälfte stand noch unschlüssig auf der Straße. Da an ein Durchkommen zu diesem Zeitpunkt nicht mehr zu denken war, wurde beschlossen, sich zu einem Sit-in auf die Straße zu setzen. Kaum geschehen, kamen auch schon die Bullen und knüppelten wie wild los. Zwei Studenten wurden verhaftet, die anderen auseinandergetrieben, während der AStA in einiger Entfernung seelenruhig seine Kundgebung abhielt. Die übriggebliebenen Studenten sammelten sich dann noch einmal an einem anderen Platz, um zu diskutieren, wie weiter vorzugehen sei. In diese Versammlung platzte dann die Nachricht, daß die beiden Festgenommenen wieder auf freiem Fuß waren.

Am nächsten Morgen verteilte der AStA ein Flugblatt, das zum größten Teil aus übler Hetze gegen die Studenten bestand, die sich nicht bei der ersten Drohung das Demonstrationsrecht hatten nehmen lassen. Das ganze wurde als Werk der „Maoisten" hingestellt, die *„von vornherein für ein Einschwenken auf diese Provokation"* gewesen seien, natürlich nur um dem AStA eins auszuwischen und die Studenten bei den Bündnispartnern „unmöglich zu machen". Dieser Versuch sei jedoch *„durch das kosequente"* Verhalten des AStA und *„durch seine sofortige Distanzierung von aktionistischen Abenteuern"* verhindert worden.

Glaubt der AStA etwa, s o „das Gericht unter Druck setzen" zu können?

Nach einem Bericht der Marbuger KB-Sympathisanten

Prozeß gegen zwei Studenten



Eine der Solidaritätsaktionen westberliner Studenten mit den Angeklagten

Westberlin. Am 8. und 15.3. fanden die ersten beiden Prozeßtage gegen Christoph und Peter statt. Die beiden FU-Studenten sind angeklagt, weil sie sich gemeinsam mit ca zehn weiteren am 2.12. gegen eine faschistische Provokation von CARP-Studenten während des Streiks zur Wehr setzen wollten (vgl. AK 95).

Angeklagt sind die beiden wegen Landfriedensbruch und Widerstands gegen die Staatsgewalt.

In dem Prozeß geht es für die beiden Angeklagten vor allem darum, den faschistischen Charakter der CARP nachzuweisen und die Zusammenarbeit von Bullen, Staatsschutz und CARP aufzudecken.

Unterstützt werden Christoph und Peter dabei vom Solidaritätskomitee, das seit ihrer Verhaftung im Dezember arbeitet, selbst Untersuchungen über den Verlauf der Aktion und die CARP-Sekte angestellt hat und jetzt ein „Prozeß-Info" zur Herstellung einer breiten Öffentlichkeit herausbringt. Diese Öffentlichkeit wird – wie gewöhnlich bei politischen Prozessen – von seiten des Gerichts natürlich stark eingeschränkt. Schon am ersten Gerichtsstag standen für ca. 150 Prozeßbeobachter nur 30 Plätze zur Verfügung.

Am ersten Prozeßtag wies Christoph selbst den faschistischen Charakter der MUN-Sekte und ihrer Studententruppe CARP, ihre Verbindungen zum koreanischen Geheimdienst KCIA, die Ausbildung der CARP-Faschisten in amerikanischen Trainingscamps nach. Sein Rechtsanwalt Ströbele stellte den Beweisantrag auf Ladung zweier südkoreanischer Wissenschaftler, die diese Tatsachen näher erhärten könnten, wegen der bekannten Verschleppungspraktiken des südkoreanischen KCIA auch aus der BRD aber nur unter Ausschluß der Öffentlichkeit aussagen würden. Das Gericht stellte die Entscheidung über diesen Beweisantrag erstmal zurück, um zunächst Staatsschutzleute und CARP-Faschisten selbst zu hören.

Der CARP-„Zeuge" selbst war dann ein beredtes Beispiel für die Praktiken dieser Gruppe. *„Zum Geschehen und zu den Punkten der Anklage konnte er keine verwertbaren Angaben mehr machen, er gab vor, sich nicht mehr zu erinnern, und mußte sogar Aussagen aus seiner polizeilichen Vernehmung zurücknehmen. Ihm war nur gesagt worden, daß Polizei da wäre. Während der Auseinandersetzung habe er nicht gewußt, wer Polizei und wer Student sei. Richardson machte einige entlarvende Aussagen zur CARP: Innerhalb der letzten zwei Jahre sei er dauernd in verschiedenen europäischen Ländern umhergeschickt worden, seit einem halben Jahr in Berlin verteilt er immer Flugblätter, deren Inhalt er aufgrund seiner mangelhaften Sprachkenntnisse nicht versteht und über die er sich kein Urteil macht: ‚Ich gehe dort hin, wohin mich die Organisation schickt'"* („Prozeß-Info").

Richter spricht von „Polizeifalle"

Richter spricht von „Polizeifalle"

Nach ihm hatte der Staatsschützer Thiele seinen Auftritt. Er verwickelte sich in widersprüchliche Aussagen, wollte z.B. Christoph gleich zweimal festgenommen haben, sprach von einem „Getümmel", in das Chr. beim ersten Mal entwischt sei, was sich auf den polizeioffiziellen Fotos als Getümmel von fünf Leuten herausstellte etc.

„Er habe ... Angst gehabt, sich als Polizist auszuweisen. Sein Auftrag sei gewesen, die CARP-Verteiler zu schützen, und solche Personen, die die CARP von früheren Zwischenfällen wiedererkennen, festzunehmen. Deshalb wurden keine uniformierten Bullen am Thielplatz postiert, um die Studenten in eine Falle zu locken" („Prozeß-Info").

Am zweiten Prozeßtag wurde aus weiteren Vernehmungen von beteiligten Bullen deutlich, *„daß sie jedenfalls nicht präventiv die Störung der Flugblatttverteilung verhindern sollten. Studentische Stellungnahmen hatten deshalb von einem Hinterhalt gesprochen. Verbal traf der Vorsitzende Schmidt gestern in die gleiche Kerbe: auch er sprach von einer ‚Falle der Polizei'"* („Tagespiegel", 16.3.).

Aber obwohl nach den Vernehmungen der Hauptbelastungszeugen bereits deutlich wurde, wie unhaltbar die Anklagepunkte sind, besteht der Haftbefehl gegen die beiden Studenten weiterhin, sie befinden sich nur gegen Kaution auf freiem Fuß. Nach wie vor besteht daher die Gefahr, daß hier ein Terrorurteil gegen antifaschistische Betätigung von der Klassenjustiz angestrebt wird.

Wir werden über den Ausgang des Prozesses im AK weiter berichten.

Bündniskommission KB/Gruppe Hamburg

Relegationen häufen sich

Eine Antwort der herrschenden Klasse auf die verschärften Studentenkämpfe der letzten Semester ist die sprunghafte Zunahme von Relegationen von den Universitäten. Weniger scheint es hierbei um die bloße Entfernung von „Rädelsführern" der Studentenbewegung aus den Hochschulen zu gehen, als vielmehr um den Versuch einer Abschreckung für die Zukunft.

Westberlin: *„Der aus zwei Richtern und einem Gewerkschafter (?) bestehende Ordnungsausschuß der Freien Universität hat eine Studentin wegen Störung von Lehrveranstaltungen und Behinderung eines Hochschullehrers beim Betreten des Hörsaales für zwei Semester von der FU ausgeschlossen"* („Tagesspiegel", 15.3.).

Tübingen: Hier soll jetzt zum ersten Mal das neue Ordnungsrecht voll angewandt werden. Der Fachschaftsreferent im AStA soll für ein Semester von der Uni ausgeschlossen werden, weil er laut Univerwaltung einen *„groben Verstoß gegen die Ordnung der Universität"* begangen haben soll. Dies sei ein Verstoß gegen § 68 des Hochschulgesetzes (*„Verpflichtung zur Wahrung der Ordnung durch alle Mitglieder der Universität"*).

Anlaß war die Reaktion der Studenten auf die faschistische Provokation von HTS und der Hoffmann-„Wehrsportgruppe" am 4.12 (vgl. AK 95) gewesen. Der Fachschaftsreferent des AStA wird beschuldigt, ausgehend von einem Beschluß einer studentischen Vollversammlung am 9.12. in die Vorlesung eines Mitgliedes des reaktionären „Bund Freiheit der Wissenschaften" zusammen mit anderen Kommilitonen gegangen zu sein, um den dort gerade über das Thema „Freiheit" referierenden Prof. Schwan aufzufordern, Stellung zur HTS-Provokation und dem anschließenden Überfall der Bullen auf die protestierenden Antifaschisten zu beziehen.

Also gewissermaßen eine Art „Herstellung von Praxisbezug". Schwan wußte dies nicht zu schätzen, verließ den Raum, und der AStA-Referent wird jetzt willkürlich herausgegriffen (Informationen nach „tat", 11.3.).

Heidelberg: Hier wurden im Wintersemester 22 (!) Relegationen ausgesprochen, darunter einige bis zu vier Semester. Davor waren bereits acht weitere Kommilitonen relegiert worden.

Ein großer Teil der Relegationen beruht auf dem Boykott der Germanistikstudenten gegen die versuchte Einführung von Klausuren im Sommersemester 76. Daraufhin kam es zu Polizeieinsätzen am Germanischen Seminar. Mehrere Kommilitonen wurden verhaftet, z.T. aus Lehrveranstaltungen heraus.

Heidelberg scheint zum Vorreiter der Ordnungsrechtspraxis in Baden-Württemberg geworden zu sein.

Der AStA der Uni Heidelberg hat eine Dokumentation dazu erstellt, die zu beziehen ist über A. Werner, Postfach 106005, 69 Heidelberg.



Immer noch: Hick-Hack um „4. Partei"

Das Debakel von Kreuth hat den ganzen rechten Sumpf, der sich im Umfeld einer „4. Partei" unter der Führung von StrauSS bereithielt, kräftig durcheinandergewirbelt, wobei verschiedene Zerfallsprodukte zum Vorschein kamen; gleichzeitig verstärken sich die Bemühungen, aus den Reihen der SPD „Sozial"-chauvinisten auf scharf antikommunistischer Grundlage als „Sozialdemokratische Union" (SDU) herauszubrechen.

CSU-Freundeskreis — Das war wohl nix!

Gleich nach Kreuth hatten die CSU-Freundeskreise Morgenluft gewittert: In Westberlin, Bremen, Hamburg und Frankfurt hatten sie sich zu Wort gemeldet und sich als „bundesweite CSU" angeboten. Bei den Beratungen der CSU-Mandatsträger in Bund und Land tauchten Ende November gar vor der Münchner CSU-Zentrale ein paar Leute mit Infotischen auf, die sich als „Kreisverband Tübingen" (Baden-Württemberg) der CSU ausgaben. Initiatoren und wohl auch einzige Mitglieder dieser Aktion waren zwei ehemalige CDU-Mitglieder, die schon früher erfolglos der CSU beitreten wollten.

Aus der CDU ausgeschlossen wurde der Vorsitzende des Bremer CSU-Freundeskreises, Hans Banasiak, wegen „parteischädigendem Verhalten". Der Bremer „CSU-Freundeskreis" hatte bisher als einziger politische Bedeutung erhalten, als er kurzfristig zu den Bremer Bürgerschaftswahlen im September 1975 mit einer eigenen Liste antreten wollte; erst kurz vor der Wahl wurde damals ein „Stillhalteabkommen" vereinbart.

In allen anderen Fällen soll zwischen CDU und CSU vereinbart worden sein, alle in der Kreuther Hektik angekündigten Parteiausschlußverfahren einzustellen.

AVP — Zerfall und Ratlosigkeit

Die Verwirrung, die in der AVP („Aktion Vierte Partei") unmittelbar nach Kreuth geherrscht hatte, löst sich jetzt offensichtlich in einem schnellen Zerfallsprozeß auf: Anfang Dezember boykottierten die niedersächsischen Bezirks- und Kreisverbände der AVP den Landesparteitag. Sie wandten sich damit gegen eine „liberal-soziale Gruppe um den Landesvorsitzenden Dr. Horst Göttig", die beabsichtige, „die AVP links (?!) von der CDU" und in Gegnerschaft zu StrauSS zu organisieren („FR", 8.12.76). Offensichtlich ging es zu diesem Zeitpunkt noch darum, erst einmal abzuwarten, um auf den eventuell abfahrenden Zug einer „bundesweiten CSU" noch aufzuspringen.

Aufgelöst hat sich in Westberlin der „Bund Freies Deutschland" (ein Spaltprodukt der noch existierenden Löwenthal-Sammlungsbewegung gleichen Namens). Begründung: „*Nur durch eine bundesweit organisierte Partei der demokratischen Mitte* (sei) *eine Veränderung der jetzt bestehenden politischen Situation möglich*" (BFD-Vorsitzender Wilhelm Matuschek, „Welt", 27.1.77).

In die Lücke will nun der Landesverband Westberlin der AVP mit einer „großangelegten Werbeaktion" hineinstoßen („Welt", 31.1.77). Angeblich seien schon länger Gespräche mit dem Spalter-Verein „Christlicher Gewerkschaftsbund" über eine Alternative zum DGB geführt worden, die jetzt fortgeführt werden sollen.

Aus all dem wird wohl nix mehr: Anfang Februar trat der gesamte Bundesvorstand der AVP zurück: Dietrich Bahner „aus Gesundheitsgründen"; sein Kollege Meyer — bisher der eifrigste Propagandist für ein Zusammengehen mit StrauSS — ließ vorsichtshalber Kartei und Kassenbuch mitgehen („Stern", 8/77). Neuer Vorsitzender der „AVP" ist nun Günter Leyk, der schon vor Jahren Mitgründer der NPD in Bayern gewesen ist.

Auch als Schrott-Sammler hat Leyk Erfahrung: Nach seiner NPD-Tätigkeit hatte er als Vorsitzender einer „Republikanischen Partei" schon einmal versucht, 96 rechte Gruppierungen unter einen Hut zu bringen!

Wenn Faschisten sich streiten ...



AVP: Zerfall bereits nach anderthalb Jahren

Sehr erfreulich ist auch die Spaltung der „Zeitbühne" des Faschisten Schlamm in „Epoche" und „Zeitbühne". Hintergrund der Spaltung ist, daß Schlamm nach der Bundestagswahl offen die Spaltung der Unionsparteien gefordert hatte: „*Den paar Hunderttausenden immer noch suchenden Nichtwählern Norddeutschlands müßte endlich die Gelegenheit gegeben werden, sich mit einer offen auftretenden konservativen Kraft zu identifizieren — und also für eine auch in Norddeutschland kandidierende CSU zu stimmen*" („Zeitbühne", 11/76).

Letzter Anlaß für die Spaltung war dann, daß Schlamm nach Kreuth sich seinen Ärger von der Seele schrieb und dabei selbst für seine Kollegen von der „Zeitbühne" zu weit ging: So bezeichnete er den US-Präsidenten Carter als „Verbrecher" und alle bürgerlichen Parteien als „korrupt". Das wollten die Kollegen dann doch nicht mitmachen.

Und weil nun „Epoche" und „Zeitbühne" so schön am Streiten sind, wird auch fix aus der Unterhose geplaudert: Schlamm habe — so die „Epoche" in einer offiziellen Erklärung — eine an ihn „*emotional stark gebundene Person*" zur „*Zentralfigur der Zeitbühne machen wollen (Eine Idee, die nur vergleichbar ist mit der Vorstellung, im zweiten Weltkrieg wäre Eva Braun zur Oberbefehlshaberin der Wehrmacht ernannt worden)*" (Originalton „Epoche"!).

CDU in Bayern?

In offener Konkurrenz zur CSU hat sich in Bayern eine „Christliche Demokratische Wählerunion" (CDWU) gegründet. Initiatoren sind der Erlangener Stadtrat Claus Uhl sowie der Kirchenrechtsprofessor Obermayer, die nach Kreuth aus der CSU ausgetreten waren („Spiegel", 28.2.77 und „FAZ", 5.3.77).

Schwerpunkt der bisherigen Aktivitäten der CDWU sind Erlangen, Augsburg, Schweinfurt, Nürnberg und Kempten — alles protestantische Gegenden. Mit der CDWU hofft Uhl, schon bei den nächsten Kommunalwahlen Mandate zu bekommen („ED", 1.2.77).

Die CDWU versteht sich als „*Auffangbecken für diejenigen ..., die von christlich-sozialer Politik eine andere Vorstellung haben als Franz-Josef Strauss*" („Spiegel", 28.2.77). —

„Sozial"chauvinisten wollen ins Geschäft

Von allen Gruppeirungen, die bisher im Umfeld der „4. Partei" tätig waren, entfaltet allein die „Sozialdemokratische Union" (SDU) zur Zeit eine rege politische Tätigkeit. Die SDU ist hervorgegangen aus Teilen der rechten „Fritz-Erler-Gesellschaft" innerhalb der SPD sowie aus weiteren Rechts-Abspaltungen. Tragende Figur der SDU ist der Braunschweiger Oberstadtdirektor Weber, der schon im Wahlkampf mit einem Brief an den Referenten von StrauSS hervorgetreten war. Weber, damals noch SPD-Mitglied, hatte geschrieben, die CDU/CSU solle den Wahlslogan „Freiheit oder Sozialismus" noch stärker herausstellen („FR", 15.10.76).

Anfang Dezember '76 ließ Weber verlauten, daß sich verschiedene ehemalige SPD-Mitglieder zu einer „neuen, nicht-sozialistischen" sozialdemokratischen Partei zusammenschließen wollen. Anfang März nun fand eine erste Arbeitstagung der 25 Mitglieder des Gründungskommitees und der Vorsitzenden der angeblich 69 Ortsverbände statt, die den ersten Parteitag am 16./17.6.77 vorbereiteten („FAZ", 7.3.77).

Von Anfang an war die SDU publizistisch vom „Deutschland-Magazin" massivst unterstützt worden. Offensichtlich soll die SDU ein Hebel sein, mit dem die Reaktion und insbesondere StrauSS einen „Spaltungsprozeß" der SPD in Gang setzen will.

In ihren politischen Verlautbarungen liegt die SDU genau auf dem Anti-Volksfrontkurs der CDU-Parole „Freiheit oder/statt Sozialismus." Es gehe, so Weber, der SDU darum, nach dem Vorbild Hollands, Italiens, Luxemburgs und Protugals eine Spaltung in (antikommunistische) Sozialdemokraten und „volksfrontnahe" Sozialisten zu erreichen („Welt", 24.2.77).

Sorgfältig ist die SDU dabei darauf bedacht, sich nicht von vornherein als CSU-Anhängsel darzustellen. So traf sich Weber im Februar mit Kohl („Welt", 24.2.77) und kündigte auch Gespräche mit Genscher an. Angekündigtes Fernziel der SDU ist eine eigenständige Kandidatur zu den Wahlen zum europäischen Parlament 1978, vorausgesetzt, die SDU hat eine Chance, die 5 %-Klausel zu überspringen.

Antifa-Kommission KB/Gruppe Hamburg

„Stahlhelm"-Aufmarsch in Aachen

Am 5. und 6. März tagte in Aachen der „Stahlhelm — Kampfbund für Europa". Der Faschisten-Haufen versammelte sich am Samstagabend im „Haus des Deutschen Ostens" unter Leitung des „Stahlhelm"-Bundesführers Paul Koch mit belgischen, französischen und exilkroatischen Faschisten-Abordnungen. 70 Antifaschisten (darunter GIM, Basisgruppen, KB, DKP, Jusos) protestierten mit Transparenten, Parolen und Spalierbildung gegen diese Provokation. Während der „Tagung" im Saal hetzte der belgische Faschist Leenaerts („Stahlhelm"-Landesführer aus Brüssel) gegen „die schleichende Bolschewisierung des Abendlandes" („Aachener Nachrichten", 7.3.77), der man Einhalt gebieten müßte. Bundesoberfaschist Koch, ebenfalls vor „dem großen Moloch Kommunismus" (ebenda) warnend, forderte die Freigabe der „letzten deutschen Kriegsgefangenen in Spandau, Gaeta und Breda".

Am folgenden Morgen starteten die Faschisten eine erneute Provokation: Sie legten am Ehrenmal für die gefallenen Soldaten der beiden Weltkriege einen Kranz nieder, um ihrer „Helden" zu gedenken und zogen dann mit ihren Fahnen und zackiger Marschmusik durch die Innenstadt. Erneut waren wieder viele Antifaschisten zur Stelle, diesmal über 200 Menschen, die mit Sprechchören, antifaschistischen Liedern und Pfeiffkonzerten protestierten. Die Polizei hatte den Platz um das Denkmal abgeriegelt und ließ keinen Nicht-Faschisten in die Nähe. Selbstverständlich waren die Parolen, mit denen über Nacht das Ehrenmal verschönert worden war, mit Packpapier abgedeckt worden, wenn auch nur notdürftig.

Nach dieser provokativen „Heldenehrung" zog der braune Haufen dann in Richtung Innenstadt. Die Polizei bildete eine Schutzkette zwischen den parallel-laufenden Antifaschisten und „Stahlhelm"-Nazis, drängte gleich zu Anfang den hinteren Teil der protestierenden Demonstranten ab und versuchte laufend, auch die an der Seite gehenden Antifaschisten durch Schulterstöße etc. am Vorwärtskommen zu hindern.

Als einige Straßenzüge weiter die Bullen noch Verstärkung bekamen (insgesamt standen sich 200 Polizisten, ca. 150 Faschisten und 200 Antifaschisten gegenüber), fingen sie auch prompt an, wild um sich zu knüppeln. Dabei wurden vier Demonstranten z.T. erheblich verletzt und mußten ins Krankenhaus eingeliefert werden. Ein Demonstrationsteilnehmer wurde während des Getümmels zudem vorläufig festgenommen, worauf die Antifaschisten zur Polizeiwache zogen und mit Sprechchören dessen sofortige Freilassung forderten, die dann nach einer halben Stunde erfolgte.

Negativ fielen DKP und KBW auf: Während der KBW sich erst gar nicht bei der Sonnabend-Aktion vor dem „Haus des Deutschen Ostens" beteiligte, boykotierten die DKP bzw. der MSB die Aktionseinheits-Gespräche dadurch, daß sie unter Androhung eines Vetos darauf bestanden, einen Passus unter dem Motto „Die Chancen des Weltfriedens haben sich (nach Helsinki) verbessert" aufzunehmen, wodurch es vielen Antifaschisten unmöglich wurde, dieses Flugblatt zu unterstützen. Während der Demonstration am Sonntag rief dann die DKP pausenlos „Grundgesetz"-Parolen.



Nazis marschieren auf

Der KBW zeichnete sich während dieser zwei Tage mal wieder durch sein sektiererisches Verhalten aus. Nach altbekannter Manier, ohne jegliche vorherige Absprache, setzte er sich an die Spitze des Demonstrationszuges und preschte alleine vor, wo durch es den Bullen noch leichter gemacht wurde, einzelne Teile der Demonstration abzutrennen.

Nach der Aktion trafen sich am Abend noch einmal viele Antifaschisten, um die beiden Aktionen auszuwerten und das weitere Vorgehen zu diskutieren. Neben der Unterstützung für den festgenommenen Antifaschisten, dem ein Gerichtsverfahren droht, wurde das Erstellen einer Informationsbroschüre beschlossen, die die Nazi-Provokationen und das Zusammenspiel von Polizei und Faschisten zum Inhalt haben soll.

KB-Sympathisanten Aachen

StrauSS-Freund soll Professor werden

Gegen den Willen der Universität Würzburg wurde der CSU-Rechtsaußen Lothar Bossle zum Professor für Soziologie berufen. Die Berufung erfolgte auf direktes Betreiben des CSU-Kultusministers Maier („ED", 11.3.77).

Bislang hatte Bossle weniger durch seine Lehrtätigkeit an der pädagogischen Hochschule Lörrach von sich reden gemacht als durch sein offenes Eintreten für die chilenischen Faschisten; so schrieb er ein Buch „Allende und der europäische Sozialismus", in dem der faschistische Putsch gerechtfertigt wird.

Im Gegensatz zu seinen Mitbewerbern um den Würzburger Lehrstuhl ist Bossle nicht einmal habilitiert und darf sich bis heute nicht Professor nennen.

Statt fachlicher Vorzüge genießt Bossle allerdings die volle Rückendeckung von StrauSS, der ihn schon früher als seinen „*Traumkandidaten*" bezeichnet hatte, der „*jeder bayrischen Universität zur Zierde gereichen würde*" („Spiegel", 7.3.77).

Studentenschaft und Lehrkörper sind da allerdings anderer Meinung. Die GEW wird alles tun, um die Berufung Bossles zu verhindern („ED", 11.3.77). Die demokratischen Studenten jedenfalls scheinen in dieser Frage auf soviel Unterstützung rechnen zu können, daß selbst der ausschließlich RCDS-bestimmte Sprecherrat der Universität um den „Frieden an der Universität" fürchtet und Bossle aufforderte, doch bitte nicht nach Würzburg zu kommen.

Antifa-Kommission KB/Gruppe Hamburg

„Unterstützungsausschuß ARBEITERKAMPF gegen Rosenbaum" gegründet

Presseerklärung 10.3.77

Dem presserechtlich Verantwortlichen der zweiwöchentlichen Zeitung des Kommunistischen Bundes (KB), ARBEITERKAMPF, Kai Ehlers, wurde am 3.3.77 durch Beschluß des LG Hamburg (Az. 740.69/77) untersagt, weiterhin Plakate zu verbreiten, die den NS-Mörder Rosenbaum und seine Adresse in den Zusammenhang mit seinen Verbrechen und seiner Verurteilung bringen. Unter Androhung einer Ordnungshaft von bis zu 2 Jahren und eines Ordnungsgeldes von bis zu 500.000 DM im Einzelfall (!!) wird Kai Ehlers v e r b o t e n

„Plakate wie aus der Anlage zu diesem Beschluß ersichtlich oder Plakate, auf denen die Anschrift des Antragstellers (Rosenbaum, KB) im Zusammenhang mit seinen Straftaten und/oder der darauf ergangenen Verurteilung genannt ist, zu veröffentlichen oder sonstwie zu verbreiten.

Ihm wird a u f e r l e g t

„Plakate wie aus der Anlage zu diesem Beschluß ersichtlich, die in Hamburg insbesondere an Häuserwänden und Telefonverteilerkästen angebracht sind, umgehend zu entfernen."

Rosenbaum ist 1961 wegen Mordes in 148 Fällen zu lebenslänglich Haft verurteilt worden. Nach insgesamt knapp 15 Jahren Haft befindet er sich nunmehr in Freiheit. In einem undurchsichtigen Verfahren wurde ihm faktisch eine Begnadigung gewährt. In diesem Zusammenhang war Justizsenator Klug heftigen Angriffen ausgesetzt, die zu seinem schließlichen Rücktritt mit beigetragen haben. Nach der umstrittenen und ungerechtfertigten Freilassung wird Rosenbaum nunmehr auch noch von den Gerichten vor einer öffentlichen Diskussion seiner Taten geschützt. Diese massive Einschränkung freier Berichterstattung und freier Diskussion ist der vorläufige Höhepunkt der Angriffe auf die antifaschistische Presse.

Bereits in „Bild" vom 22.12.76 wurden Rosenbaums Haus und Ferienhaus gezeigt und beide Adressen angegeben. Die „Bild" berichtete ungewohnt ausführlich über Rosenbaums Taten, seinen Prozeß und die Umstände seiner Freilassung. Die Berichterstattung, welche Ziele sie auch verfolgt haben mag, kehrte ständig die bestialischen Taten Rosenbaums aus der Nazi-Zeit hervor. Der Widerspruch, der in der Duldung dieser Berichterstattung einerseits und den Angriffen auf den ARBEITERKAMPF andererseits liegt, ist offensichtlich. Wir müssen daraus schließen, daß mit dem Beschluß des LG Hamburg g e z i e l t die engagierte Berichterstattung unmöglich gemacht werden soll.

Diesen Schluß legt auch die Tatsache nahe, daß bereits am 11.10.76 eine Einstweilige Verfügung (Az. 470.429/76) ergangen ist, mit der dem ARBEITERKAMPF untersagt wurde, zu behaupten, Rosenbaum werde in der Haft bevorzugt behandelt (Diese EV erging wenige Wochen vor seiner Entlassung.). Das Hauptverfahren in dieser Sache wird, beginnend mit dem 25.3.77, 10.oo Uhr, Zimmer 633, Ziviljustizgebäude, vor dem LG Hamburg eröffnet.

Auch in diesem Fall war die inkriminierte Behauptung auch von der „Bild" einige Zeit später veröffentlicht worden, was allerdings nicht zur beantragter Aufhebung der Einstweiligen Verfügung führte.

Die systematischen Angriffe der Justiz richten sich gegen die antifaschistische Presse, bedeuten somit eine empfindliche Drohung gegen alle Kräfte, für die die Diskussion um die Behandlung faschistischer Gewaltverbrecher nicht mit der Verurteilung oder der Einstellung der Ermittlungsverfahren beendet ist.

Schützenhilfe in dieser Kampagne fürs Schweigen erhielt Rosenbaum vom Leiter der Rechtspolitischen Abteilung im NDR, Dr. Hill. In einem „Meinungsbeitrag" in der Umschau am Abend vom 25.2.77 griff Hill den Presserechtlich Verantwortlichen des KB an. Er vertrat die Ansicht, Rosenbaum habe „gesühnt" und müsse nunmehr vor weiteren Angriffen geschützt werden. Zum Schutz dieses (und ähnlicher) Nazi-Verbrecher gehört offensichtlich auch die Kriminalisierung der Kritiker der Freilassungspraxis des Hamburger Senats: Dr. Hill stellte in seinem Beitrag umfängliche Überlegungen an über mögliche Strafverfolgung der „übelwollenden" Verfasser des Plakates.

Angesichts eines Klimas, in dem die Rührgeschichten über den Faschisten Hess erneut aufgewärmt werden und zu „Überlegungen" an offizieller Stelle führen, sich seiner anzunehmen; angesichts der faktischen Begnadigung weiterer NS-Mörder, in Hamburg z. B. Goldlapp, u. a., kann die Drohung mit empfindlichen Ordnungsstrafen und die offensichtlich uneinlösbare Forderung, die Plakate zu entfernen, nur als massiver Angriff angesehen werden. Was heute den ARBEITERKAMPF trifft, kann morgen die „Tat", „Konkret" oder auch den „Stern" treffen. Es darf nicht geduldet werden, daß auf diese Weise die „Vergangenheitsbewältigung" mit staatlichen Mitteln zu einem für alle Antifaschisten bedrohlichen Abschluß gebracht wird.

Wir veröffentlichen hier die Presseerklärung des „Unterstützungsausschuß ARBEITERKAMPF gegen Rosenbaum". Der „Unterstützungsausschuß..." ist um eine breite demokratische Aktionseinheit für seine Arbeit bemüht. Es ist zu hoffen, daß auch andere antifaschistische und demokratische Organisationen und Persönlichkeiten die Arbeit des Ausschusses unterstützen werden.

Redaktion und Antifa-Kommission (KB/Gruppe Hamburg)

Antifa-Kurzmeldungen

SS-Mann Peiper doch tot ?

Nach dem Brand am 13./14. Juli '76 in Peiper's Villa in Traves (Frankreich) war im Haus eine Leiche gefunden worden, bei der zweifelhaft war, ob es sich um Peiper handelte.

Nach langen Untersuchungen hat nun die Staatsanwaltschaft von Vesoul den Bericht der Experten über die Autopsie veröffentlicht. Darin heißt es:

„Nichts spricht dagegen, daß der Körper der von Joachim Peiper ist. Allerdings läßt der Zustand der Verkohlung des Körpers es nicht zu, eine Aussage mir größerer Bestimmtheit zu treffen.".

Nach Untersuchungen der Kieferreste indessen haben die Experten eine Quasi-Sicherheit bezüglich der Identität Peipers bescheinigt. Allerdings fügen die Mediziner hinzu:

„Bei der Untersuchung des Skelettes und der restlichen inneren Organe wurde weder eine Kugel noch sonstige Verletzungen festgestellt, die zum Tode hätten führen können."

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

•

Täglicher Terror

Alles an einem Tag:
Gleich drei Fälle, die die Auswirkung der zunehmenden Brutalisierung und Verhetzung der Polizei illustrieren, meldete die „Frankfurter Rundschau" am 14.3.77:

1. Wirtshausschlägerei: Um ein Haar vier Todesschüsse.
Als zwei Polizeibeamte zur Schlichtung einer Schlägerei in München das Lokal betraten, richtete sich der Volkszorn auf die Bullen, worauf der eine die Pistole zog und einen Gast und die Verlobte des Wirts anschoß. Zwei Schüsse gingen zum Glück ins Leere.

2. Schwerer Verkehrsunfall nach Polizeijagd.
Ein Porschefahrer, der vor einer Verkehrskontrolle mit überhöhter Geschwindigkeit davonfahren wollte, wurde von einem Streifenwagen solange gejagt, bis er von der Straße abkam; glücklicherweise wurde der Fahrer nicht schwer verletzt.

3. Zwei Tote nach Polizeijagd
Fast an derselben Stelle, an der der Porschefahrer vor der Polizei zu entkommen versuchte, starben nur wenig später zwei junge Männer, die auf einem nicht zugelassenen Motorrad ebenfalls der Polizei davonfahren wollten und dabei mit einem PKW zusammenstießen.

Kein NPD-Parteitag in Hannover und nicht anderswo!

Zum 26./27. März hat die neofaschistische NPD ihren 11. Bundesparteitag in Hannover angekündigt.

Der KAB„D" rief zur Aktionseinheit auf, an der sich bislang beteiligen: Basisgruppe SB an der PHH, Juso Seelze, Naturfreundejugend (Ortsgruppe Hannover), Schülervertretung der gewerbl. Berufschule IV und V, Freireligiöse Jugend Hannover, UTE und KB-Gruppe Hannover. Auch der Anti-Repressions-Arbeitskreis hat seine Unterstützung zugesagt. Außerdem nehmen einige Unorganisierte an der AE teil. „KPD" und „KPD/ML" erlitten mit ihrer Vorbedingung, gleichzeitig gegen den „Faschismus in der DDR" zu kämpfen, eine einstimmige Abstimmungsniederlage. Daraufhin schieden sie aus der AE aus.

Unser Vorschlag, mit einem „Offenen Brief" vom SPD-Stadtrat das Verbot des NPD-Parteitags zu fordern und damit gleichzeitig breitere Kreise von Demokraten und Antifaschisten zu einem gemeinsamen Vorgehen gegen die NPD anzusprechen, wurde von allen Beteiligten unterstützt. Der KAB„D" hatte anfangs den „Offenen Brief" abgelehnt, da darin die SPD angegriffen werde, wodurch „die Kollegen" abgeschreckt würden! Die anderen an der AE beteiligten Gruppen waren nicht bereit, die Duldung und Unterstützung der Faschisten durch SPD, Justiz und Polizei zu verschweigen. Daraufhin schloß sich dann auch der KAB„D" an. Gegen die Stimme des KAB„D", der für den 19.3. (Grohnde!) zu einem Aktionstag aufrufen wollte, beschlossen die anderen Organisationen, erst in der Woche nach Grohnde Infostände durchzuführen und für eine Protestkundgebung (ev. Demonstration) zu mobilisieren.

KB-Gruppe Hannover

•

Prozeß gegen Nazi-Mörder in Hamburg

Nach jahrelangen Ermittlungsverfahren gibt es vor dem Hamburger Schwurgericht seit dem 8.März wieder einen NS-Prozeß. Angeklagt ist der jetzt 64-jährige Gerhard Maywald der sich wegen Massenerschießungen von Juden zu verantworten hat. Dabei soll Maywald selbst Menschen ermordet haben. Über 100 Zeugen sollen in diesem Prozeß aussagen.

Fortsetzung auf Seite 18

Wer und was ist „Intertect"?

Für 8.000 Mark hat das Außenministerium Aufträge zur Bespitzelung von 100 Personen an Privatbullen vergeben; die Aachener **„Detectiv Gruppe Intertect Aktiengesellschaft"** hat für Aufträge aus Bundes-, Länderbehörden, Kanzler- und Auswärtigem Amt jeweils zwischen 100 und 150 DM nach eigenen Angaben erhalten. Das war nun selbst SPD-Abgeordneten aus Nordrheinwestfalen zuviel. Sie forderten das *„Verbot dieser Schnüffelpraxis"* („Westfälische Rundschau", 15.12.76).

Praktisch wird ein solches Verbot kaum wirksam sein, geht doch der VS und auch die Polizei oft nahtlos in diese „privaten" Firmen über (vgl. dazu die Broschüre des IKAH: „Strate-Dokumentation", erhältlich über AK-Verlag). Zumindest in der Hamburger „Detektivschule Dieter Borchert" wurden nach einer Meldung der „Hamburger Morgenpost" vom 18.11.75, Detektive von Ex-Kripo-Leuten geschult.

Tatsächlich haben solche Schnüffelagenturen Hochkonjunktur. Es häufen sich ihre Anzeigen in der Presse, ihre Wühl- und Propagandaarbeit verstärkt sich zunehmend. Die Firma „Intertect" scheint hier alles bisher bekannte in den Schatten zu stellen. Ihr „Chef-Detektiv" Beckers – *„Deutschlands Privatdedektiv Nr. 1"* –, verschickt einen Wust von Flugblättern und Broschüren, in denen er sein Unternehmen unter dem Slogan *„Ein Tag kommt, ein Tag geht, aber Intertect bleibt"* anpreist. „Intertect" erklärt: *„Wir informieren Sie über alles, sofern wir dies nach dem Gesetz dürfen." „Wir sind weltweit tätig...". „Schützen Sie sich vor Betrug und Machenschaften". „Intertect informiert Sie über persönliche Daten von jeder Person oder Firma..., über Nachbarn, Freunde...".*

In aufwendigen Broschüren werden die Praktiken geschildert. Geschickterweise handelt es sich bei den publizierten „Fällen" nur um Sachen, die derart plump-dumm sind, daß man meinen könnte, daß dies alles recht harmlos sei. Z.B.: *„Das Beerdigungsunternehmen Bertram S. fragt 'Intertect', ob eine Bestattung stattfinden könne, da der Vorschuß der Bestattungskosten für den Sarg und die Überführung per Scheck bezahlt wurden. 'Intertect' nahm den Fall an, stellte...fest, daß der Aussteller des Schecks vermögenslos war."*

Auffallend ist, daß auf ihren Flugblättern mit Schauspielern faschistoider Filme wie Charles Bronson („Ein Mann sieht rot") für den *„Arbeitsplatz von morgen"* ... *„zur Bewältigung der Expansion"* geworben wird. Diese Expansion der „Intertect" ist sicherlich kein Einzelfall innerhalb der westdeutschen Detektiv-Mafia, doch scheint „Intertect" durch seine Dienstleistungen (*„Die Leistungen des 'Intertect' Detektiv-Service kommen nicht von ungefähr. Dahinter steht mehr: Die konsequente Strategie eines Großunternehmens, das ... die hohe Schule des Denkens beherrscht."*) eine führende Stellung einzunehmen. Inzwischen gehen sie schon so weit, daß sie Auskünfte über Personen im Stil eines Versandhauses verschicken. Es wird auch richtig leicht gemacht.

Ein namhafter großer deutscher Industriekonzern beauftragte INTERTECT zum Preis der großen INTERTECT Personenauskunft festzustellen, ob ein Bewerber für eine Führungsposition geeignet war. INTERTECT recherchierte im Rahmen der großen Personenauskunft und stellte fest, daß der Bewerber zu einer radikalen Gruppe gehörte. Für den Preis von nur 89,90 DM wurde das Unternehmen vor großem Schaden bewahrt. Wie nachher die Firma bestätigte, macht sich der Preis für die große INTERTECT Personenauskunft 100 fach bezahlt, denn hätte der Industriekonzern von INTERTECT nicht die Auskunft erfragt, wäre ihm großer Schaden zugefügt worden, da der Bewerber, der als Radikaler galt, mit Sicherheit fehl am Platze gewesen wäre. Für den Preis einer einzigen Personenauskunft wurde dem Unternehmen dieser Fehlgriff erspart. Hätte das Unternehmen den Bewerber eingestellt und später festgestellt, daß es sich um einen Radikalen in der Firmenleitung gehandelt hätte, wäre dem Industriekonzern erheblicher Schaden zugefügt worden.

Intertect-Kundenwerbung (aus einer Werbebroschüre)



Intertect-Personalwerbung mit „Killer" Bronson

„Ich bestelle die große 'Intertect'-Personenauskunft zum Preise von 89,90 DM + MWst. und bitte um Auskunft über die privaten und wirtschaftlichen Verhältnisse von...".

Das Ganze hat noch nicht einmal mehr den Schein von *„Vertraulichkeit"*, handelt es sich bei dem Bestellformular doch um eine schlichte Postkarte, welche dann sogar vom Briefträger gelesen werden kann, auch wenn der Besteller die *„Auskunft ... streng vertraulich"* behandeln muß.

Diese Praktiken haben unlängst dazu geführt, daß nach Angaben des nordrheinwestfälischen Wirtschaftsministers Riemers („FR", 4.3.77) *„der Privatdetektiv Frank B. (Bekkers – Anm. Red.) zu 14 Monaten Haft ohne Bewährung wegen Betrugs, Beleidigung, Nötigung, übler Nachrede, Körperverletzung, Hausfriedensbruch und illegalen Besitzes von Minispionen verurteilt worden"* ist. Die „FR" schreibt weiter, daß Bekkers *„inzwischen die Rechtsfähigkeit seiner Firma entzogen worden ist"*. Nun gut, das wird die anderen Herren der „Intertect" an der Weiterführung ihres Geschäfts kaum hindern. Auch ist es recht zweifelhaft, ob Beckers die Strafe auch wirklich absitzen muß. Wegen Verleumdung und anderer Delikte hatte die Staatsanwaltschaft Aachen Beckers bereits im März 1976 angeklagt, doch das Verfahren ruhte derzeit, da Beckers auf seine Zurechnungsfähigkeit unterwerden sollte (Quelle: „Spiegel", 22.3.76).

Hier wird also wieder einmal mit Hilfe des *„Jagdscheins"* auch die kriminelle Praxis der Detektive heruntergespielt. Unter solch günstigen Voraussetzungen gedeihen dann auch die Firmen gut. Die größten beschäftigen bereits 1.000 Mann (Wako-Nord, berüchtigt für seinen Brokdorf-Einsatz) oder die „Münchner Wach- und Schließgesellschaft" mit 1.800 Mann. *„Rund 1.000 Detekteien (wenn auch häufig 1-Mann-Betriebe) sind bei den Ordnungsämtern in der BRD gemeldet, auf das zehnfache schätzen Branchenkenner die Zahl der amtlich nicht registrierten Privatfahnder, die das Bundesgebiet durchstreifen – Rentner und Studenten etwa, aber auch Zuhälter und pensionierte Polizisten"* („Spiegel", 22.3.76).

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Eichmann läßt grüßen

Zigeuner-Verfolgung in der BRD



Abschiebung der Zigeuner am 4.3.

In diesen Tagen gingen Meldungen durch die bürgerliche Presse über die Abschiebung einer Gruppe von 79 Zigeunern, 33 Erwachsene und 46 Kinder, nach Holland. Die Abschiebung hatte ursprünglich schon früher stattfinden sollen, alle erwachsenen Mitglieder der Romanov-Sippe waren bereits in Abschiebehaft genommen und ihre Wohnwagen stillgelegt. Man hatte ihnen ihre Papiere abgenommen und einem auf ihrem Lagerplatz in Köln geborenen Kind die Geburtsurkunde verweigert. Nur durch das Eingreifen eines engagierten Rechtsanwaltes und einer Sozialreferentin der Caritas konnte die Abschiebung bis zu einer „Klärung" mit den holländischen Behörden hinausgeschoben werden. Die holländischen Behörden hatten die Zigeuner-Sippe illegal in die BRD abgeschoben, was wiederum den bundesdeutschen Behörden die „Berechtigung" zur erneuten Abschiebung gab.

Daß es sich bei diesem Vorfall nicht, wie man nach den Berichten der bürgerlichen Zeitungen („Welt" v. 3.3.77 und „FR" v. 3.3.) meinen müßte, um einen außergewöhnlichen Übergriff der Ausländerbehörden handelt, sondern um eine routinemäßige, rassistische Verfolgung dieser Bevölkerungsgruppe, wollen wir im folgenden zeigen.

Die Zigeuner sind ein Nomadenvolk mit bisher unbekannter Herkunft. In der BRD gibt es heute ca. 40.000 Zigeuner, nachdem die Faschisten in den KZs 250.000 bis 500.000 Zigeuner ermordet haben. Die Zigeuner unterliegen seit Jahrhunderten (ähnlich wie die Juden) einer rassistischen, sie auf bestimmte Lebensformen einschränkenden Gesetzgebung. Bezeichnend für das Klima, das in Deutschland etwa im 18. Jahrhundert gegenüber den Zigeunern herrschte, ist ein 1728 in Aachen erlassenes Edikt (Block, M.: Moeurs et coutumes des Tzinganes, 1936): *„...Im Fall der Überrumpelung sind die Zigeuner, ob sie Widerstand geleistet haben oder nicht, unverzüglich hinzurichten..."*. Sie waren überall vogelfrei, d.h. außerhalb der Gesetze stehend. Dieser Zustand hat sich im Prinzip bis heute nicht geändert! So haben sich die Behörden (in dieser Frage ganz „europäisch"!) ein System ausgedacht, das nur perversen Gehirnen wie dem eines Adolf Eichmann entsprungen sein kann: Die Zigeuner werden durch ständiges „Abschieben" auf einem Rundkurs durch Europa in Trab gehalten, beginnend in Holland, dann durch Belgien, Frankreich, Italien, Jugoslawien, Österreich, in **die BRD, und von hier aus wieder nach Holland.** Behördenintern heißt dieser Leidensweg, den die Zigeuner zusätzlich zu ihrer Rechtlosigkeit mit Erfrierungen, hoher Kindersterblichkeit u.a.m. bezahlen müssen, „Route de Soleil", d.h. S o n n e n s t r a ß e!!!

Dieses menschenverachtende Karussel ermöglicht es den beteiligten Regierungen, die Existenz der Zigeuner ganz oder teilweise zu leugnen. So kommen Zigeuner auch in der bundesrepublikanischen Wirklichkeit kaum vor, es sei denn in Schnulzen oder Operetten als exotisch-erotisches Beiwerk. Ansonsten werden die alten tiefverwurzelten Vorurteile gegen alles Nomadische und „Fremdländische" gepflegt.

Die Zigeunergruppe in Köln war, wie das üblich ist, wie eine Verbrecherbande umstellt und festgenommen worden. Schließlich galten sie als Staatenlose, nachdem ihnen die Ausländerpolizei ihre Papiere schon abgenommen hatte.

Gegen das vage Versprechen, sie dürften im November 1978 (!) legal wieder einreisen, mußten sie sich verpflichten, jetzt wieder zurück über die holländische Grenze zu gehen. Rechtsanwalt Paul Jochum wird die Stadt Köln wegen der verweigerten Geburtsurkunde verklagen; aber die Zigeuner werden, das steht schon jetzt fest, auch in Holland keine Pässe bekommen. Die Ausländerpolizei und die Presse nennen das einen „Vergleich" zwischen der Stadt und den Zigeunern...!

Ein Genosse der Bezirksgruppe St. Pauli, KB/Gruppe Hamburg

NPD-Stadtrat hetzt gegen Zigeuner

Nürnberg. In einer Debatte über ein Zigeunerlager am Straubinger Stadtrand mußte der NPD-Stadtrat Dirmann seinem faschistischen Herzen einfach Luft machen und formulierte alte Nazi-Vorurteile wie „Zigeuner bleiben Zigeuner und nicht nur vom Namen her". Mit fadenscheinigen Behauptungen über eine angeblich hohe Straffälligkeitsquote unter Zigeunern versuchte Dirmann, sich im Prozeß auch noch zu rechtfertigen. Der Richter ging jedoch diesem Versuch eines „Wahrheitsbeweises" nicht auf den Leim, sondern verurteilte Dirmann wegen Volksverhetzung zu einer Geldstrafe von 5.000 DM (lt. „Nürnberger Nachrichten", 10.3.77).

KB/Gruppe Nürnberg

Fortsetzung von Seite 17

Verstärkung des BGS auf 30.000 Mann gefordert!

Auf einer Tagung des Bundesgrenzschutzverbandes (BGV) in Kassel forderte der BGV-Landesvorsitzende Helmut Pfeffer eine Verstärkung des BGS auf 30.000 Mann. Zur Begründung führt der BGV an:

1- Ein Drittel der 23 BGS-Einsatzabteilungen ist künftig mit Ausbildungsaufgaben ausgelastet.

2- Die länderunterstützenden Aufgaben, wie Schutz von Flughäfen, Bundesorganen und -einrichtungen, sind überwiegend polizeilicher Natur. Der Einsatz der BGS-Verbände zu diesen Aufgaben verschleißt auf die Dauer die Schlagkraft des BGS als Polizeitruppe und Einsatzreserve. Bund und Länder brauchen jedoch die schlagkräftige, einsatzbereite Bundespolizeitruppe, um auch bei angespannter Sicherheitslage über gut ausgebildete und ausgerüstete Polizeiverbände in ausreichender Stärke verfügen zu können.

3- Die länderunterstützenden Aufgaben wie Flughafensicherungen, Personen- und Objektschutz sollen zur Entlastung der BGS-Verbände dem BGS-Einzeldienst übertragen werden. Zur Verdichtung der Grenzkontrollen und zur Wahrnehmung der länderunterstützenden einzeldienstlichen Aufgaben muß der Grenzschutzeinzeldienst darum erheblich verstärkt werden (nach „BGS"; Jan. 1977).

•

BGS erhält modernste Funkschreibgeräte

Auf Anordnung des Bundesinnenministers wird der BGS ab sofort mit 200 neuen, ortsfesten und mobilen Funkanlagen ausgestattet. Es handelt sich bei den Geräten um Kompaktanlagen, in denen ein Fehlerkorrektursystem, ein elektronisches Schlüsselgerät und ein Zweitempfänger enthalten sind. Die Anlage hat bei sehr großer Reichweite eine so geringe Stromaufnahme, das sie auch bei voller Fahrt oder separat aus dem Fahrzeug ausgebaut mit voller Leistung betrieben werden kann. Bundesinnenminister Maihofer bezeichnete schnelle und zuverlässige Funkverbindungen als **unabdingbare Voraussetzung für jeden polizeilichen Einsatz** (aus „BGS", Jan. 77).

Antifa-Kommission KB/Gruppe Hamburg

Westberlin: Bürgerkriegsübungen von US-Truppen

Am 10. März probten US-Infanteristen in Westberlin drei Stunden lang den Bürgerkrieg. In aller Öffentlichkeit, mitten auf einem belebten U-Bahnhof, wurde „Terroristenjagd" gespielt.

Schon im September vergangenen Jahres fanden zwei solcher provokatorischen „Übungen" statt (vgl. AK 90, S.21).

Diesmal wurde eigens ein ganzes Bataillon aus Stuttgart „zur Unterstützung" eingeflogen! **Als Zweck des Manövers nannte ein US-Offizier die „Unterstützung der Polizei"** (lt. „Berliner Morgenpost"). Erregten die Schießereien auf dem U-Bahnhof im September noch ein ziemliches Aufsehen, versucht die Springer-Presse jetzt den Eindruck zu erwecken, die Bevölkerung habe sich an solche „Übungen" gewöhnt: *„Zufällig vorbeikommende Passanten zeigten sich zwar erstaunt, aber keineswegs beunruhigt"* („BM", 11.3.).
So hätten sie es gern!

Antifa-Kommission KB/Gruppe Westberlin



Fast wie in Wilster: In Westberlin probten US-Truppen in der U-Bahn den Bürgerkrieg. Hier werden „gefangene Terroristen" verschnürt.

Faschisten wollen sich treffen ...

Nachdem die antifaschistische Zeitung „die tat" bereits am 4. Februar über 18 für 1977 geplante Treffen der Faschisten um die SS-HIAG berichtet hatte (siehe AK 98), veröffentlichte sie in der Ausgabe vom 11. März weitere geplante HIAG-Treffen in der BRD und Österreich:

- 6. SS-Geb.-Division „Nord", 1. Abt. des Geb.-Artillerie-Regiements (Roth/Rhön, 23./24. April).
- SS-Division „Das Reich", „Tychsen-Kameradschaft" der 3. Kradsch. Kompanie, der 3. AA und der II. Abt. Panzerregiment Wilhelmsfeld bei Heidelberg, 23./24. April).
- Jagdverbände „Otto Skorzeny" (Schwb. Gmünd, 16./17. April).
- SS-Divison „Das Reich", Regiment „Deutschland", 3. Komp. (Wiesensteig/Kr. Göppingen, 19./22.Mai).
- SS-Nachrichtenabteilung 19 (Fürgen/Tirol, 19./21. Mai).
- 2. SS-„Leibstandarte Adolf Hitler", 20./12. Panzer-Regiment (Mengeringhausen bei Arolsen, 21./22. Mai).
- SS-Gebirgsdivision „Nord", 2. „Hunsrücktreffen" (Erste Septemberhälfte).
- SS-Regiment „Westland" (Biedenkopf, 8./9. Oktober).
- HIAG Weilburg/Oberlahn („Oktoberfest", 15. Oktober).

Damit sind bisher (!) insgesamt 27 geplante Treffen alter SSler bekannt.

Insbesondere wird darauf zu achten sein, wo die SS-Faschisten ihre „Traditionspflege" mit Bundeswehroffizieren oder auf Bundeswehrgelände betreiben werden. Denn in „Der Freiwillige", Juni '76, begannen die HIAG offen zu sprechen: ***„Wir haben immer Zurückhaltung geübt und die Teilnahme von Bundeswehr-Angehörigen an unseren Treffen und Veranstaltungen unterschlagen, eben weil wir wissen, daß dies ein ‚Politikum' ist. Aber auf Dauer geht dies so nicht"!***

So organisierten sie 1976 mindestens 9 Treffen mit Bundeswehrangehörigen (meist Offizieren), 3 Treffen in Bundeswehrgebäuden (nach „Die Verbrechen der Waffen-SS", Röderbergverlag, 1977).

***

Die monatlich erscheinende faschistische Zeitschrift „Nation Europa" (Mitinhaber mit 38,39% ist der ehemalige Hauptsturmführer der Waffen-SS Waldemar Schütz, ehemaliges Mitglied der „Deutschen Reichs-Partei", Inhaber des Plesse-Verlages und K. W. Schütz-Verlages) machte in der März-Ausgabe weitere Faschistentreffen bekannt:

- Vom 25. bis 27. März werden die „Lüneburger Kulturtage" abgehalten – offenbar vom „Kulturwerk Europäischen Geistes" organisiert.
- Vom 15. bis 17. April trifft sich eine uns bisher unbekannte „Göttinger Runde".
- Vom 20. bis 22. April findet in Stuttgart der Kongreß der „Gesellschaft für freie Publizistik" statt (Die GfP ist ein Zusammenschluß rechtsradikaler Verlagsinhaber, u. a. ist auch der berüchtigte Faschist Thies Christophersen Mitglied der GfP). Thema: „Die Deutschen in der Welt, das Auslandsdeutschentum im Kampf für die Selbsterhaltung".
- Thies Christophersen kündigte in seiner „Bauernschaft" 4/76 die „Frühjahrstagung" seiner „Bauern- und Bürgerinitiative e. V." für die letzte Aprilwoche „im Raume Hamburg" an.

Antifa-Kommission KB / Gruppe Flensburg

„Das da"-Besitzer Klaus Rainer Röhl:

„Von Gefühlen überwältigt"?

Unter der Überschrift **„Rache ist süß oder ist Hitler resozialisierbar?"** zieht Klaus Rainer Röhl in „Das Da" Nr. 3/77 über Peggy Parnass her, die sich in einem Artikel über die Begnadigung des Nazi-Mörders Rosenbaum durch den Hamburger Senat empört hatte. Dieser Artikel war im „Berliner Extradienst" und „konkret" erschienen und wurde nachträglich auch im AK (Nr. 100) abgedruckt. Zu gleicher Zeit hatte die Springer-Presse ganz entgegen ihrer sonstigen Nazi-Freundlichkeit eine massive Kampagne gegen diese eine Begnadigung durchgezogen – um den allzu „liberalen" Justiz-Senator Klug (FDP) abzuservieren.

Dieser Sachverhalt ist dem Schreiber K.R.Röhl sehr wohl bekannt. Immerhin deutet er auch Verständnis an, daß die Resozialisierung von Nazis natürlich ein Problem sei. Trotzdem kann er offenbar nicht umhin, Peggy Parnass vorzuwerfen: *„Die gleiche Autorin hat 1974 in Das Da einen Bericht über Lebenslängliche geschrieben, in dem sie die furchtbaren Auswirkungen der langen Haft auf die Persönlichkeit beschrieb und nur einen Ausweg sah: eine frühe Begnadigung.*

Jetzt findet sie sich in einer Front mit den Springerzeitungen, gegen die Begnadigung nach 15 Jahren. Jetzt sagt sie Rache, Vergeltung, Auge um Auge.

Warum löst sich die linke Autorin so leicht von dem Gedanken an Humanisierung und Resozialisierung und fordert Rache?".

K.R.Röhl weiß darauf natürlich auch eine Antwort zu geben: *„Sie steht mit dem Rachegedanken ja nicht alleine da"*. Der Rachegedanke, sogar *„im Tierreich unbekannt"*, der *„auch den primitiven Stammeskulturen der Urgesellschaft noch fehlte, kommt aus sehr alten, vorhistorischen Zeiten"*. Er widerspreche *„aufgeklärtem Denken"*. *„Dennoch ist Spruchweisheit, Agitationssprache und die Literatur der Linken voller Rachegedanken"*. – Mein Gott, ist dieser Mann gebildet! Er weiß zu berichten, daß die *„militanten Terrortruppen"* eine *„eigene Gerichtsbarkeit mit eigenen Gesetzen und Strafen eingeführt"* haben. *„Sie haben auch die Todesstrafe wieder eingeführt"*. *„Gemeinsam bei allen Terrorgruppen ist, daß sie den Totschlag der Feinde als Mord, ihren eigenen Totschlag als Kriegshandlung verstehen. (...) Da diese Gruppen keine demokratischen Strukturen haben, bestimmen kleine Eliten über Tod und Leben, nach ihrer Weltanschauung"*. Als Beweis (?!) hierfür zitiert der Ästhet Röhl das Gedicht Mao Tse-tungs, nachdem der Tod eines Ausbeuters „weniger Gewicht als Schwanenflaum" hat. Bei Gott, es ist kaum möglich, den Gedankengängen eines derart gezuckerten Kleinbürgers zu folgen!

Peggy Parnass kriegt von Röhl freilich mildernde Umstände, daß sie sich in dieser Gesellschaft befindet: *„Achten wir die unter uns lebende Jüdin Peggy Parnass, die von ihrem Gefühl überwältigt wird"*. ***„Hüten wir uns aber vor den Linken, die Rache- und Hinrichtungsphantasien pflegen und die, wie die Nazis (!), von ihren Gegnern in Tiervergleichen sprechen"***.

Nein, das ist doch einfach zu plump diesmal, Herr Röhl! Schließlich weiß jeder Leser des Artikels von Peggy Parnass, daß sie den Nazi-Mörder „Rosensau" getauft hat. Und jeder, der den Artikel gelesen hat, weiß auch, daß sie wußte, warum. Und jeder, der sich die 148 eigenhändig vorgenommenen Morde dieses Nazis vor Augen führt, weiß, daß sie Recht hat!

Antifa-Kommission KB/Gruppe Hamburg



Strafverfahren gegen Rechtsanwalt Groenewold

Am 31.März beginnt vor dem Oberlandesgericht Hamburg das Strafverfahren gegen den Hamburger Anwalt Kurt Groenewold. In einer gigantischen Konstruktion hat die Bundesanwaltschaft einen Vorwurf „Unterstützung einer kriminellen Vereinigung in einem besonders schweren Fall" konstruiert.

Keiner der Vorwürfe gegen Groenewold hat eine konkrete Handlung zum Gegenstand, die nach dem Strafgesetzbuch verboten ist. Die Bundesanwaltschaft hat sich vielmehr mit diesem Verfahren zum Ziel gesetzt, die Verteidigungstätigkeit und Öffentlichkeitsarbeit von politischen Verteidigern zu kriminalisieren.

Der Prozeß gegen Groenewold ist so gesehen ein „Musterprozeß", in dem die Staatsschutzbehörde i h r Verständnis von „Verteidigung" ein für allemal durchsetzen wollen.

1972 – Boenisch gibt den Startschuß

Nach der Verhaftung des „harten Kerns" der RAF am 1.Juni 1972 in Frankfurt wurden sofort die Anwälte einer massiven Diffamierung und Hetze insbesondere durch die Springerpresse unterzogen.

Boenisch forderte in der Bild-Zeitung, daß nun endlich auch der „Sympatisantensumpf" trockengelegt werden müsse, der es der RAF überhaupt ermöglichte, ihre Politik zu machen.

In diesem Zusammenhang wurden insbesondere die linken Anwälte auf's Korn genommen. Sie wurden als potentielle Bombenschlepper denunziert.

Seitdem wurde eine systematische Kriminalisierung der Anwälte betrieben. Den Höhepunkt erreichte die Pressehetze im Herbst 1974, als es den Verteidigern und den Gefangenen durch ihren Hungerstreik gelungen war, eine relativ breite Öffentlichkeit auf die mörderischen Haftbedingungen aufmerksam zu machen, die die Gefangenen aus der RAF kaputtmachen sollten.

Durch diese offensive Politik der Verteidiger und der Gefangenen war für die Staatsschutzbehörden klar, daß ihr Ziel, die RAFler als gewöhnliche, besonders gefährliche Gewaltverbrecher abzuurteilen, nur ohne und gegen ihre Verteidiger durchgesetzt werden konnte.

Dementsprechend wurden Ende 1974 die notwendigen gesetzlichen Handhaben geschaffen, um diese Pläne mit dem Anschein der „Legalität" durchsetzen zu können: es wurden die Möglichkeiten des Verteidigerausschlusses sowie des sofortigen Berufsverbots für Anwälte geschaffen.

Mai 1975 – Ausschluß der Vertrauensverteidiger aus dem Stuttgarter Verfahren

Nach jahrelangen „Ermittlungen" der Staatsschützer, die nichts anderes als Indizien zulasten der Angeklagten erbracht hatten, begann am 21.Mai 1975 in Stuttgart-Stammheim der Prozeß gegen Baader und andere.

Groenewold war seit dem 14.Juni 1972 Verteidiger von Andreas Baader gewesen. Die gesamte Prozeßvorbereitung war von ihm und den Anwälten Croissant und Ströbele zusammen mit den Angeklagten geleistet worden.

Kurz vor Prozeßbeginn beantragte die Bundesanwaltschaft diese Verteidiger wegen des Verdachts der Unterstützung der „kriminellen Vereinigung des Angeklagten Baader" von der Verteidigung auszuschließen. Zur Begründung stützte sich die Bundesanwaltschaft auf öffentliche Erklärungen der Verteidiger, auf ihre bisherigen Anträge, auf rechtswidrig beschlagnahmte Verteidigerpost sowie Aufzeichnungen der Gefangenen.

Die Bundesanwaltschaft erklärte in den Ausschlußanträgen, die Anwälte hätten sich endgültig mit ihren Strafanzeigen wegen des Todes von Holger Meins als „Komplizen der Gefangenen" erwiesen. Entsprechend dem Antrag wurden die Anwälte am 16.April, 2.Mai und 16.Mai 1975, also nur einige wenige Wochen bzw. sogar nur Tage vor Prozeßbeginn ausgeschlossen.

In der Begründing des Ausschlußbeschlusses gegen RA Groenewold heißt es: *„Er hat Diskussionsbeiträge, Anfragen, Pläne und Befehle, die mit Fragen der Verteidigung wenig oder nichts zu tun hatten* (wer entscheidet das eigentlich?, Anm. AK), *unter Mißbrauch seiner privilegierten Verteidigerstellung weitergeleitet. ... Überdies hat er nicht nur demonstrativ an einem sog. „Sympathiehungerstreik" vor dem Bundesgerichtshof in Karlsruhe teilgenommen, sondern hat Anfang und Ende eines weiteren „Hungerstreiks", mit dem die Justiz erpreßt werden sollte, den Untersuchungshäftlingen bekanntgegeben. ... Zugleich hat er für die Synchronisierung dieses Hungerstreiks mit einer entsprechenden Pressekonferenz in Paris am 29.Juli 1973 gesorgt."* Dies ist also die angebliche „Unterstützung einer kriminellen Vereinigung"!!

Wie die RAF allerdings in der Zeit, für die Groenewold angeblich Unterstützung vorgeworfen wird (ab Februar 1973), bei Isolationshaft im Knast noch eine „kriminelle Vereinigung" gewesen sein soll – das wissen allein Buback und Herold.

Juni 1975 – Berufsverbot gegen Groenewold

Mit derselben Begründung wurde gegen Groenewold (und die anderen beiden Verteidiger Ströbele und Croissant) ein vorläufiges Berufsverbot beantragt, und am 12.6.1975 ausgesprochen. In den beiden anderen Fällen kam die Staatsanwaltschaft mit ihren Anträgen nicht durch.

Durch das Strafverfahren vor dem Staatsschutzsenat (!) des Oberlandesgerichts Hamburg soll jetzt ein Musterprozeß, in dem Groenewold stellvertretend für viele politische Verteidiger auf der Anklagebank sitzt, durchgezogen werden.

Anklagevorwurf gegen Groenewold: Kampf gegen Isolationshaft

Rechtsanwalt Groenewold wird entgegen den in der Pressehetze immer wieder erhobenen Vorwürfen n i c h t angelastet, z.B. Verbindungen zwischen den in Haft befindlichen und den freien Genossen der „Stadtguerilla" hergestellt zu haben; ihm wird auch nicht vorgeworfen, an den angeblichen Taten der RAF vor ihrer Verhaftung im Juni 1972 beteiligt gewesen zu sein; irgendwelche Anschläge oder Banküberfälle von „Nachfolgeorganisationen" werden ihm ebenfalls nicht angehängt. Der wahnwitzige Anklagevorwurf „Unterstützung einer kriminellen Vereinigung" wird einzig und allein aus der Verteidigung der im Knast isolierten
wahnwitzige Anklagevorwurf „Unterstützung einer kriminellen Vereinigung" wird einzig und allein aus der
Verteidigung der im Knast isolierten Gefangenen konstruiert. In der Anklageschrift liest sich das folgendermaßen:

„Die Baader-Meinhof-Gruppe zerfiel mit der Inhaftierung ihrer Führungskader und zahlreicher ihrer Mitglieder im Sommer 1972 keineswegs, sondern wurde aus dem Gefängnissen heraus fortgeführt(?). Dies entsprach dem Willen insbesondere von Andreas Baader, dem sich die anderen Häftlinge unterordneten. Der kriminelle (!) Zweck der Vereinigung – gewaltsame Änderung der politischen und gesellschaftlichen Ordnung in der Bundesrepublik Deutschland im Wege der Guerilla-Kriegsführung wurde aufrechterhalten. Über ein Informationssystem sorgte man durch Agitation für diesen Zweck, durch litärisch - technische Schulung, durch Befehle und durch Disziplinierung dafür, daß das Selbstverständnis der Häftlinge als „Stadtguerilla", ihre Kampfbereitschaft, ihre Ausrichtung auf die Ziele der Gruppe und ihr Zusammengehörigkeitsgefühl ungebrochen blieben. Der organisatorische Zusammenhalt der inhaftierten Gruppenmitglieder wurde durch kollektive Hungerstreiks, die zugleich der Propagierung der politischen Anliegen dienten, und durch das jahrelang funktionierende Informationssystem sichergestellt. Der Angeschuldigte (Groenewold, AK) *ermöglichte die Fortführung der kriminellen Vereinigung in der Haft maßgeblich dadurch, daß er durch Verteidigerrundbriefe den Ablauf der Hungerstreikkampagnen gewährleistete, und das Informationssystem aufbaute, finanzierte und betrieb."*

Hinter diesem gigantischen Schreckgespenst des „Infosystems" verbirgt sich nichts anderes als die erlaubte Verteidigung der als Gruppe angeklagten Gefangenen! Wer als „kriminelle Vereinigung" angeklagt ist, muß doch „eigentlich" auch die Möglichkeit haben, sich als Gruppe zu verteidigen!!

Dies war vor Verabschiedung der Verteidigerausschlussgesetze am 1.1.1975 sogar gesetzlich zugelassen: Prinzing selber hatte Groenewold wie andere Verteidiger auch zum Rechtsanwalt für jeweils mehrere Angeklagte bestellt.

Es gehörte somit gerade zu den Pflichten der Anwälte, eine gemeinsame Verteidigung vorzubereiten und durchzuführen.

Daß die Tätigkeit der Anwälte nicht gegen bestehende Strafgesetze verstieß, sahen auch die Staatsschutzpolitiker. Bundesjustizminister Vogel äußerte dies am 26.11.1974: „ ... *daß die bestehenden Vorschriften ... sich für diese besonderen Fälle und für diese neue Taktik...als nicht ausreichend erwiesen ..."*

Die Justiz machte sich diese Einschätzung der Politiker zueigen. So heißt es in einem Beschluß des Oberlandesgerichts Stuttgart vom 28.7.1975 in der Haftsache gegen Rechtsanwalt Croissant: *„Die dem Be-*

Fortsetzung auf Seite 20

Politische Prozesse

Roth/Otto in Köln

Am 11. bis 17. Verhandlungstag (Mitte Februar bis 9. März) wurden im wesentlichen die an der Verhaftung (und Erschießung) beteiligten Bullen vernommen. Besonders zu bemerken ist, daß der Polizist Hoffmann aussagte: *„Ich habe keine Waffe in der Hand von Dr. Roth gesehen".* Hoffmann korrigierte hiermit seine früheren Aussagen, in denen er sich nicht mit der gleichen Klarheit geäußert hatte! Er erklärte weiterhin, daß er auf den fliehenden Philip Werner Sauber geschossen habe, da er seinen Kollegen Bruder gefährdet sah.

Noch zwei Kostproben aus einem Merkblatt für die Bullen-Zeugen in dem Roth/Otto-Prozeß:

„7. Lassen Sie sich nicht provozieren. Die Verteidiger werden dies versuchen, um Sie auch dadurch unglaubwürdig zu machen. ...

16.... Seien Sie sicher. Sie sind nicht Angeklagter! Auch wenn die Verteidiger versuchen werden, dies so zu verdrehen. Sie haben sich nichts vorzuwerfen. Sie haben sich nichts vorzuwerfen. Sie haben rechtmäßig gehandelt. Sie sorgen mit Ihrer Dienstleistung für Sicherheit in unserem Staat, der es wert ist, daß Sie ihm dienen" (vollständiger Text in „ID" 167).

Jarowoy/Reimers in Frankfurt

(Ein ausführlicher Bericht über den bisherigen Verlauf steht in AK 99.) Verhandelt wird immer noch an einem Tag pro Woche. Es geht im wesentlichen im Moment darum, die tatsächliche Verhandlungsunfähigkeit nachzuweisen, wogegen sich das Gericht mit allen Mitteln sträubt. Es fürchtet sicher, daß auch dieser (inzwischen dritte) Prozeßanlauf „gefährdet" werden könnte und versteift sich auf das zweifelhafte Gutachten, das die Genossen für vier Wochenstunden (mit Pausen!) verhandlungsfähig seien.

Bettina Vake und Beate Kolloseike

Der Prozeß gegen die beiden Frauen findet statt vor dem Amtsgericht Schwäbisch-Gmünd, ab 16.3.77. Im Mai 1976 hatte es nach einem brutalen Polizeieinsatz im Frauenknast Gotteszell in Schwäbisch-Gemünd Protestaktionen gegeben. Beate und Bettina gehörten zu den Frauen, die sich am entschiedensten gewehrt haben. Im Juni wurden beide nach Stammheim auf die Intensivstation verlegt, nachdem sie einen Hungerstreik begonnen hatten. Durch eine schäbige und hinterhältige Zwangsernährung versuchte man dort, ihren Streik zu brechen (vgl. AK 82 ff). Im August wurden sie freigelassen, jetzt sind sie wegen der Aktionen im Mai 76 angeklagt.

Ray Recke in Göttingen

Das Verfahren gegen Ray Recke (siehe auch Artikel in diesem AK) wegen Nötigung und Widerstand wurde am 24.2. eingestellt; trotzdem soll er 200 DM Strafe zahlen!

Am 10.3. erhielt er Haftverschonung. Am 20.2. gab Mikis Theodorakis zusammen mit Dave Corner in Göttingen ein Konzert, das Ray gewidmet war. Dort wurde eine Erklärung zu seinem „Fall" vorgelesen.

IKAH Hamburg

Borvin Wulf war „weitgehend verhandlungsunfähig"!

Hamburg. Zu welchem Zynismus deutsche Gerichte fähig sind, zeigt folgendes Nachspiel zum Wulf-Prozeß (s. a. AK 100): Einen Tag n a c h der Urteilsverkündung traf bei den Verteidigern von Wulf das Gutachten des Internisten Prof. Doerken vom UKE (Universitätsklinik Eppendorf) ein. Wesentlicher Inhalt: Prof. Doerken sieht einen Zusammenhang zwischen den Haftbedingungen, denen Wulf 2 Jahre ausgesetzt war und den Krankheitsbefunden. *„Die Verhandlungsdauer sollte pro Sitzung 1 Stunde keineswegs (!) überschreiten"*, lautet die Schlußfolgerung von Doerken.

Mehrfach gestellte Anträge der Anwälte während des Prozesses auf Haftverschonung und Einholung von Sachverständigengutachten waren vom Gericht ständig abgewürgt worden mit dem Hinweis, B. Wulf sei offensichtlich verhandlungsfähig. Der Vorsitzende Schenck schaffte es, das Ergebnis der fachinternistischen Untersuchung so lange hinauszuzögern – der Prozeß dauerte immerhin 9 Monate –, daß es schließlich vom Urteil „eingeholt" wurde.

In einer Pressemitteilung, die die Anwälte von Wulf aufgrund dieses Vorfalles herausgaben, heißt es, daß die Verhandlungsdauer von einer Stunde praktisch n i e eingehalten wurde.

Die Verteidiger kommen zu der Schlußfolgerung: *„Wir sind der Auffassung, daß ... auch diese verantwortungslose Prozeßführung gegen die Gesundheit von Borvin Wulf den Charakter des ganzen Verfahrens und die Verurteilung zu 5 1/2 Jahren enthüllt."*

IKAH Hamburg

Fortsetzung von Seite 19

schuldigten vorgeworfenen Handlungen erfüllten nur dann nicht den Tatbestand des § 129 StGB (Unterstützung einer kriminellen Vereinigung, AK), *wenn sie für sich allein, losgelöst von den mit ihnen verfolgten Zielen betrachtet werden könnten. Ein Hungerstreik zur Erreichung milderer Haftbedingungen, das Eintreten für einen strafbarer Handlungen verdächtigten Mandanten in öffentlichen Veranstaltungen oder über Publikationsorgane und das Vermitteln von Kontakten zwischen Gefangenen sind für sich allein keine strafbaren Handlungen. Sie sind aber einbezogen in den Gesamtplan der Vereinigung, durch strafbare Gewalthandlungen die freiheitliche demokratische Grundordnung in der Bundesrepublik zu zerstören."* Die Justiz und die Minister wissen also, daß Groenewold keine strafbaren Handlungen begangen hat. Wenn trotzdem Anklage erhoben wird, so kann das nur dem politischen Ziel der Kriminalisierung der Verteidigung dienen.

Die konstruierte Anklage

Weil das Verhalten von Groenewold „für sich gesehen" nicht strafbar war, mußten die Anklagebehörden neue „Verbrechen" erfinden, die zum Gegenstand der Anklage gemacht werden konnten.

Das Konstruierte der Anklage liegt in dem Prozeß gegen Groenewold darin, daß eine Gruppe, deren ehemalige Mitglieder alle in strenger Einzelhaft sitzen, gar keine Vereinigung mehr sein kann; und: Das Festhalten am „Konzept Stadtguerilla" als solches ist auch nicht strafbar. Dementsprechend haben die Verteidiger von Groenewold beantragt, das Verfahren gar nicht erst zu eröffnen.

Zur Begründung heißt es: *„Da die Anklage nicht die Unterstützung von vor oder außerhalb der Haft bestehenden Organisationen wie RAF, SPK und „verwandte Vereinigungen" behauptet, muß sie versuchen, in Bezug auf das Verhalten der Mandanten nach ihrer Verhaftung einen neuen Tatbestand des § 129 zu konstruieren. Sie spricht davon, daß die „kriminelle Vereinigung ... aus der Haft heraus fortgesetzt" worden sein soll ... Eine solche „Fortsetzung der kriminellen Vereinigung" war offensichtlich unmöglich. Schließlich waren die Gefangenen seit ihrer Verhaftung den strengsten Sicherungsmaßnahmen unterworfen, der Kontakt zwischen ihnen und der Außenwelt sowie von ihnen untereinander war zunächst vollständig abgeschnitten, die meisten wurden monatelang, einige jahrelang in totaler Isolation gehalten. Es ist unverständlich, wie in dieser Situation der vollständigen Überwachung und des vollständigen Ausgeliefertseins an die Strafverfolgungsbehörden die kriminellen Vereinigungen, an denen die Gefangenen vor ihrer Verhaftung teilgenommen haben sollen, fortgesetzt worden sein sollen."*

„Es gibt keine politischen Prozesse"

Um seine optimale Verteidigung zu gewährleisten hat Groenewold beantragt, den amerikanischen Verteidiger Telford Taylor als Anwalt seiner Wahl zuzulassen. Taylor ist Fachmann im internationalen Strafrecht, insbesondere in politschen Prozessen. Er hat insbesondere in den USA mehrere Prozesse geführt, in denen den Angeklagten die Beteiligung an „kriminellen Vereinigungen" (conspiracy) vorgeworfen wurde.

Außerdem, und das ist besonders wichtig, war Telford Taylor für die USA im Nürnberger Kriegsverbrecherprozeß gegen Göring, Heß, Frick und andere als stellvertretender Ankläger tätig.

Die übrigen 12 Prozesse gegen die Hauptkriegsverbrecher in Nürnberg hat er als US-Chefankläger geführt. Im Rahmen dieser Tätigkeit hat er eine genaue Kenntnis des deutschen Strafrechts und seiner Geschichte erlangt. Dies ergibt sich insbesondere aus seiner Teilnahme am Nürnberger Juristenprozeß, in dem den Angeklagten vorgeworfen worden war, die Zerstörung des Strafrechts bzw. seine Anwendung zum Zwecke der politischen Verfolgung des Widerstandes gegen den Faschismus und mißliebige Minderheiten getragen zu haben.

Es ist klar, daß ein solcher Anwalt, der die politischen Dimensionen des Prozesses aus internationaler Sicht mit Sicherheit durchschaut, dem Gericht und der Bundesanwaltschaft nicht in das Kriminalisierungskonzept paßt.

Deshalb sagten Bubacks Leute: *„Der von ihm geschilderten besonderen rechtlichen und historischen Kenntnisse des Rechtsanwaltes Taylor bedarf er* (Groenewold, AK) *zu seiner Verteidigung nicht. Der Angeschuldigte steht nicht in der Tradition der Verteidiger in politischen Strafverfahren der Weimarer Zeit, der NS-Zeit und der Nachkriegszeit. Er war, soweit er Mitglieder und Unterstützer der „Roten Armee Fraktion" vertreten hat, nicht Verteidiger in politischen Strafsachen. Vielmehr hat er insoweit Mitglieder und Unterstützer einer kriminellen Bande verteidigt, die für Morde, Sprengstoffanschläge und Raubüberfälle bis zu Diebstählen und Betrügereien verantwortlich gemacht wird."* Uff!

Der Antrag auf Zulassung von Taylor wurde dann vom Sondergericht „auftragsgemäß" abgelehnt.

Lauschangriff

In der Zeit von April 1975 bis Mai 1976 wurden sämtliche Telefone des Büros Groenewold, der Grundstücksverwaltung Groenewold sowie der Privatanschluß von Kurt Groenewold abgehört. Anders als im Fall Traube allerdings mit Billigung des zuständigen Gerichts. Angeblicher Sinn dieser Überwachung sollte sein, festzustellen, ob Groenewold die ihm vorgeworfene Tätigkeit, die Verbindungen zwischen Gefangenen aufrechtzuerhalten, weiter ausübt.

Daß dies ein offensichtlicher Vorwand war, um die ganze Struktur des Büros, den Kreis der Mandanten und sonstige Dinge zu erschnüffeln, wird aus folgendem klar: Da Groenewold vorgeworfen wird, durch die Versendung von „Infos" die freiheitlich demokratische Unordnung zu unterwühlen, hätte man logischerweise seine Post, nicht aber sein Telefon überwachen müssen.

Außerdem hatte Groenewold ab 12.Juni 1975 Berufsverbot, konnte also schon allein von daher nicht mehr Verbindungen zu den ehemals von ihm verteidigten Gefangenen halten.

Insgesamt wurden in 6 Leitz-Ordnern ca. 20.000 (!) Telefongespräche aufgeschrieben; ausnahmslos alle Telefonate wurden abgehört („Groenewold spricht mit seinem Sohn, ob er heute abend ins Kino gehen könne"), obwohl es in dem Abhörbeschluß heißt, daß alle Gespräche, die den „normalen Kanzleibetrieb betreffen und offenkundig nicht im Zusammenhang mit strafbaren Handlungen" stehen, nicht aufgezeichnet werden dürfen.

Bubacks Helfer begründeten diese gegen den Gerichtsbeschluß verstoßende Verfahrensweise wie folgt: *„Bei den dem Senat* (gleich Gericht, AK) *mit Anklageerhebung als Beweismittel übersandten, im Rahmen der richterlich angeordneten Überwachung des Fernmeldeverkehrs bespielten Tonbändern handelt es sich um vollständige, von sich bei einem Gespräch jeweils automatisch einschaltenden Geräten aufgenommene Mitschnitte. Hieran habe ich Löschungen nicht vornehmen lassen, um mich nicht dem Vorwurf der Manipulation auszusetzen (!!!)".*

Gegen diese Schnüffelei ist inzwischen von mehreren Anwälten, deren Gespräche sich auch auf den Tonbändern wiederfinden, Strafanzeige erstattet worden.

Außerdem läuft eine Verfassungsbeschwerde in Karlsruhe.

Spiel ohne Grenzen

Die Bundesanwaltschaft hat am 23.6.1976 das bis dahin nur gegen Groenewold selbst laufende Ermittlungsverfahren auf alle in dem Büro arbeitenden Anwälte, Referendare, Anwaltsgehilfinnen und sogar eine Putzhilfe ausgedehnt.

Die Wohnungen aller dieser Mitarbeiter wurden von mit Maschinenpistolen bewaffneten Bullen durchsucht.

Grund für die Einbeziehung der anderen Kolleginnen und Kollegen des Büros war allein ihre Tätigkeit im Büro. Bei einer Anwaltsgehilfin kann das also nur heißen, daß sie „eine kriminelle Vereinigung unterstützt" haben soll, indem sie die üblichen Büroarbeiten wie Post bearbeiten, Diktate schreiben, Kasse führen etc. erledigt hat.

Sowas zum Anlaß für ein Strafverfahren zu nehmen, kann nur die Idee eine völlig idiotischen Bundesanwaltes sein.

Die Bundesanwaltschaft hat die von ihr selber beschuldigten Mitarbeiter auch als Zeugen gegen Groenewold (!) geladen. Gegen eine dieser Anwaltsgehilfinnen, die nach Auffassung der Bundesanwaltschaft seit 1967 als Bürovorsteherin tätig ist, wurde sogar ein „Ordnungsgeld" von 600 DM festgesetzt, weil sie sich unter Berufung auf ihre berufliche Schweigepflicht und auf die Gefahr der eigenen strafrechtlichen Verfolgung hin geweigert hatte, überhaupt eine Aussage zu machen.

Begründung u. a.: Eine „kriminelle" Verteidigung unterliegt nicht dem Berufsgeheimnis !!!!

Während der Vernehmung wurde die Kollegin von dem Bundesanwalt Morre bedroht. Er erklärte ihre, falls gegen sie Haft angeordnet werde, könne sie ihr Kind nicht mit in die Haftanstalt nehmen, weil Hamburg keine Zellen habe, in denen auch Kinder untergebracht werden könnten. Falls es ihr erlaubt werde, ihr Kind mitzunehmen, werde sie weit weg von Hamburg gebracht werden. Sie solle sich überlegen, ob sie diese Anstrengung auf sich nehme!

Der Groenewold-Prozess steht in der Tradition der politischen Prozesse

Ähnliche Praktiken, wie sie in dem Verfahren gegen Groenewold angewendet werden, hat es in der BRD schon einmal gegeben, und zwar in der „Blütezeit" des kalten Krieges in den 50er und 60er Jahren.

Ähnlich wie heute gegen Groenewold wurde zum Anlaß für die Strafverfolgung von Demokraten und Kommunisten genommen, daß sie den politischen Gegnern der BRD zugerechnet wurden.

Dinge, die nach „normalen" Kategorien völlig legal waren bzw. sind, werden wegen der politischen Absicht, die dem „Täter" unterschoben wird, bestraft („Einbeziehung in das revolutionäre Gesamtkonzept").

Die antikommunistischen Staatsschutzgesetze der BRD von 1951 kommentierte der spätere Präsident des politischen Senats des Bundesgerichtshofes, Jagusch, später wie folgt: „ ... *die staats- oder verfassungsfeindliche Täterabsicht ist die Grundlage aller Tatbestände der Staatsgefährdung und muß in jedem Fall feststehen. Ohne sie sind die in äußerer Beziehung tatbestandsmäßigen Handlungen keine Straftaten"* (zit. nach Spannenschwarz, Das System der strafrechtlichen Gesinnungsverfolgung in Westdeutschland, S. 55).

Das, was nach der Ideologie des Kalten Krieges der offene Antikommunismus war, ist heute der „Antiterrorismus", in dessen Namen alles gerechtfertigt wird.

In diesem Sinne läßt sich auch an dem Verfahren gegen Groenewold sehr gut nachweisen, daß es nicht um die Bestrafung „strafbarer Handlungen", sondern um die Kriminalisierung der linken politischen Opposition unter einem der Form nach neuen Vorwand geht.

Initiativkomitee Arbeiterhilfe Hamburg

Prozeßtermine

Der Prozeß gegen Groenewold findet statt an folgenden Tagen:
30., 31. März,
5., 6., 13., 14., 19., 20., 21., 27. und 28. April 1977
Ort: Strafjustizgebäude, 2 Hamburg 36, Sievekingplatz, Zimmer 237
Zeit: jeweils 9.3o Uhr
ACHTUNG: Personalausweis mitbringen, da bei den Zuhörern „aus Sicherheitsgründen" die Personalausweise kontrolliert werden.
Ohne Ausweis kommt niemand rein.

Material zum Prozeß gegen Groenewold und zur Verfolgung linker Anwälte

„Juristische Unterlagen zum Prozeß gegen RA Groenwold", DM 5,–

„Die Verteidigung auf der Anklagebank", Dokumentation über Ehrengerichts- und Strafverfahren gegen Anwälte

„Informationen zur Anklage des Generalbundesanwaltes gegen Rechtsanwalt Groenewold", DM 2,–

„Die Einschränkung der politischen Verteidigung im Strafprozeß", DM 5,–

Alle Schriften sind zu beziehen über den Verlag „ARBEITERKAMPF".

Buchtip

Der Verlag „Freies Volk" aus München hat ein 1965 in der DDR erschienenes Buch über die Kommunistenverfolgung in der BRD in den 50er und 60er Jahren nachgedruckt.

Es ist geschrieben von Pfannenschwarz und Schneider und trägt den Titel „Das System der strafrechtlichen Gesinnungsverfolgung in Westdeutschland" (Preis: 6,80 DM).

Das Buch enthält sehr viele Beispiele und Fakten über die Verfolgung der Kommunisten in der BRD im Rahmen der KPD-Zerschlagung.

An dem Buch wird deutlich, daß die gegenwärtige Faschisierung in der BRD keineswegs erst seit 1972 stattfindet, wie es dem Geschichtsbild diverser Hohlköpfe in der Linken entspricht.

Das was damals viele Genossen oder auch lediglich dem Staatsschutz verdächtige Leute über sich ergehen lassen mußten, ist teilweise noch weit über die heutige Praxis hinausgegangen: wegen Verteilung von Flugblättern, Teilnahme an Gewerkschaftsversammlungen oder auch nur einer Reise in die Sowjetunion wurden damals monatelange oder gar Freiheitsstrafen von weit über einem Jahr verhängt.

Jedem, der sich ein Bild über die Tradition „unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung" machen will, kann die Lektüre wärmstens empfohlen werden.

In Hamburg ist das Buch im Arbeiterbuch, Grindelhof 45, erhältlich.

IKAH Hamburg

Zeitungsverkauf: Neue Schikanen der Bullen zu erwarten!

In der neuesten Nummer von „Die Polizei" (Heft 3/77) wird die Frage behandelt, ob die Polizei gegen den Verkauf bzw. die Verteilung politischer Zeitungen oder Flugblätter mit der Begründung vorgehen kann, dies sei nach den Straßengesetzen erlaubnispflichtig.

Bisher war dies eine relativ beliebte Begründung der Bullen, den Zeitungsverkauf auf Straßen, in Fußgängerzonen etc. zu behindern.

In den letzten Monaten ist jedoch eine ganze Reihe von Gerichtsentscheidungen veröffentlicht worden, die der Polizei das Recht absprechen, den Zeitungsverkauf m i t d i e s e r B e g r ü n d u n g zu behindern: das Grundrecht auf Pressefreiheit bzw. freie Meinungsäußerung gehe den Straßengesetzen vor (siehe im einzelnen dazu den Ratgeber des Initiativkomitee Arbeiterhilfe zum „Presserecht", zu beziehen über den ARBEITERKAMPF-Verlag).

Diese relativ liberale Rechtsprechung wird inzwischen auch von der Polizei zur Kenntnis genommen, und diese ist jetzt auf der Suche nach neuen Polizeischikanen. Der Polizeistratege gibt seinen Lesern sofort die „Tips", wie man in Zukunft argumentieren muß, um Übergriffe rechtfertigen zu können: *„Keinen besonderen Rechtsschutz genießt die Presse aber gegenüber jenen ordnungsbehördlichen Eingriffen, die nicht gezielt in die Pressefreiheit eingreifen".*

Das bedeutet mit anderen Worten, daß sich die Bullen im Einsatz nur auf andere, z.B. strafrechtliche Begründungen (Beleidigung, „Aufruf zur Gewalt" usw.) berufen müssen, um ihrem Tun die „rechtstaatliche Legitimation" zu verschaffen.

In der Praxis ist diese „Trendwende" trotz der Veränderungen in der Rechtsprechung schon eingetreten: In den Tagen vor der Brokdorf-Demo wurden eine ganze Reihe von Flugblattverteilern verhaftet, weil sie „Aufrufe zu einer verbotenen Demonstration" verteilt hätten. Ebenso gab es in den letzten Wochen mehrere Verhaftungen wegen „beleidigender" Plakate.

In diesem Sinne sollten sich die Verkäufer bzw. Verteiler darauf einstellen, daß es zunächst durchaus möglich sein kann, gegen eine Bullenschikane, die mit den Straßengesetzen begründet wird, auch mit Hinweis auf die Veröffentlichungen in der „Polizei" vorzugehen; andererseits muß dann aber damit gerechnet werden, daß andere „Begründungen" von den Polizisten hergesucht werden müssen, um nicht im (rechtlichen) Hemd dazustehen.

Diese Mühe sollte den „Freunden und Helfern" nicht erspart werden.

IKAH Hamburg

Nachrichten aus dem Knast

Nachrichten aus dem Knast

Darmstadt. In der JVA haben vom 8. bis 10.3. 80 bis 90% der Gefangenen durch Essensverweigerung gegen die seit Jahresanfang angeordneten Vollzugsmaßnahmen protestiert. Diese Maßnahmen sind die konkrete Ausführung der vom Justizminister erlassenen „Sicherheitsbestimmungen": *„So wurden beispielsweise Besuche verkürzt oder Besucher unverrichteter Dinge weggeschickt (Begründung: Beamte dürfen keine Überstunden mehr machen), und die Freizeit der Gefangenen beschnitten. ... Rücksichtslos griff die Anstaltsleitung schließlich gar in den privaten Bereich des einzelnen Gefangenen ein (aus den Zellen wurden sämtliche persönlichen Einrichtungsgegenstände wie Bilder, Regale usw. ausgeräumt)".*

Das Ministerium reagierte ungewohnt schnell: Es ließ – um einen Verhandlungspartner zu haben – schnell eine Gefangenenvertretung wählen. Daraufhin wurden eine Reihe der getroffenen Maßnahmen wieder zurückgenommen: Es soll wieder eine Gefangenenvertretung geben, Regale und Bilderleisten werden angeschafft, geduscht werden darf in Zukunft mehr als zwei Mal die Woche, die Beamten „dürfen" wieder Überstunden machen etc. Vieles bleibt erst noch ein Versprechen und es bedarf der Wachsamkeit der Häftlinge, was davon auch realisiert werden wird (z.B. Reduzierung der Überbelegung). Wenn das Ministerium schnell reagiert hat, so sicher vor allem, um die starke spontane Bewegung erst mal zu dämpfen. (Informationen und Zitate aus einer Presseerklärung des Arbeitskreis Kritischer Strafvollzug Darmstadt).

* * *

JVA Werl („Totenmühle")

(Langwiedenweg 46, Postfach 301 476 Werl) In Werl sind ca. 900 Gefangene, davon 100 bis 150 Lebenslängliche und ca. 100 Sicherungsverwahrte. Nach Werl wird man zur Strafe geschickt. Es gibt dort außer den Knastbullen drei Psychologen, zwei Pfarrer, zwei Ärzte und einen Oberlehrer. In Werl lassen mehr als zehn Firmen zwangsarbeiten, meist im Akkord bei ständig steigenden Akkordsätzen (z.B. Firma Kaschner: 1976 280 Ölpumpen, 1977 500 Ölpumpen). Der Psychologe: Wer die Arbeit verweigert, ist „nicht gruppenfähig" und dürfte es mit Bewährung etc. schwer haben.

Der (evangelische) Pfarrer zu Weihnachten '76: *„Wir beten auch für die bedrohte weiße Minderheit in Rhodesien".*

Die Knastbullen Zwanzig und Pommeranz sind Mitglieder der NPD, Pommeranz gar Ortsgruppenvorsitzender in Werl, er arbeitet in der Justizvollzugsgeschäftszelle.

Station B I

In die Isolierstation kommen „Verhaltensgestörte". Wer verhaltensgestört ist, bestimmen Werkinspektoren, Anstaltsleiter und Anstaltspsychologen:

1. Der Arbeitsverweigerer kommt in Arbeitserzwingungshaft,
2. in Iso-Haft kommen Gefangene mit „rotem Vogel" an der Zellentür, dem Zeichen für „stark fluchtverdächtig",
3. in Iso-Haft kommen „nicht Gruppenfähige".

Alle drei Gefangenentypen gelten als „Querulanten", die oft und berechtigt Beschwerde führen.

4. Ständige Insassen der „Horrorabteilung" sind „Psychopathen", die vom Landeskrankenhaus Eickelborn oder ähnlichen Anstalten abgeschoben werden (da kostet ein Bett pro Tag bis zu 25 DM mehr), sie sind in Werl „auf dem toten Gleis".

In der Isolierstation sind momentan ca. zwölf Gefangene untergebracht. Für sie stehen zur Verfügung: drei „Beruhigungszellen", fünf „Arrestzellen", zwei „Isolationszellen" (um „die Leute in den Griff zu kriegen" – so Bulle Kerstin) und eine sogenannte „Sicherheitszelle" für sog. „Ausbruchgefährdete". Die Beamten waren angeblich alle einige Zeit im LKH Eickelborn zur „Ausbildung" auf der geschlossenen Abteilung, wo die „kriminellen Wahnsinnigen" untergebracht sind.

Von den politischen Gefangenen sind in Werl P.P. Zahl (vgl. AK 98 und 99) und Lothar Gend (vgl. AK 99).

Die Informationen dieses Artikels entnahmen wir der Dokumentation „Die JVA Werl" der Knastgruppe Ossendorf, c/o „der Andere Buchladen", Zülpichetstr. 197, 5 Köln 41

IKAH Hamburg

Im Namen des Volkes

Am 24. Mai 1974
verurteilte mich
das Volk
— drei Richter
und sechs Geschworene —

zu vier Jahren
Freiheitsentzug

Am 12. März 1976
verurteilte mich
in gleicher Sache
das Volk
— drei Richter
und zwei Geschworene —

zu fünfzehn Jahren
Freiheitsentzug

Ich meine
das sollen die Völker
unter sich ausmachen

und mich
da
rauslassen

Gedicht von Peter Paul Zahl

Die politischen Gefangenen in der BRD (Teil 5)

Wolfgang Quante

(JVA Oslebshausen, Sonnemannstraße 2, 28 Bremen 21)

1975 wurde Wolfgang zu 4 1/2 Jahren verurteilt, weil er eine Mischung von Zucker und Unkrautvernichtungsmittel gezündet haben soll, was als „Baader-Meinhof-Bombenwerkstatt" bezeichnet wurde. Es gelang eine Revision zu erreichen (Befangenheit des Richters). 1976 wurde der Prozeß nochmals aufgerollt. Eine Turnhalle wurde als Gerichtssaal gebaut (1.2Millionen DM) und für weitere 500.000 DM „prozeßfähig" gemacht.

Die Wackligkeit der Anklage war ähnlich wie beim Wulf/Geburtig-Prozeß (siehe Ak 96):„Er soll einer „kriminellen Vereinigung" angehört haben von ca. 2 Mitgliedern. Da auch nicht feststeht, wer die Mischung gezündet hat, blieb als möglicher Vorwurf höchstens unerlaubzer Waffenbesitz (Kleinkaliber). Doch Richter Crome hielt alle Vorwürfe für erwiesen und urteilte: mindestens 1 1/2, höchstens 3 1/2 Jahre Jugendstrafe (einschließlich 2 Jahre U-Haft). Das Urteil stützte sich ähnlich wie bei P.P.Zahl (vgl. Ak 98) darauf, daß Wolfgang während der U-Haft seine Gesinnung nicht geändert habe.

In eine Jugenstrafanstalt wurde Wolfgang bisher nicht verlegt, weil man dort „fürchtet", er könne gewaltsam befreit werden, bzw. die anderen Jugendlichen verderben. Da er sich aber nur in einer solchen Anstalt überhaupt „bewähren" könnte, kommt eine Entlassung vor den 3 1/2 Jahren wohl gar nicht in Frage.

Verteidiger: Dr. J. Bahr-Jendges, Kreftingstr. 8, 28 Bremen

Ray RECKES

(Landeskrankenhaus - Verwahrhaus - Rosdorfer Weg, 34 Göttingen).

Ray wurde nach der „Aktion Winterreise" am 10.12.74 verhaftet. Er war angeklagt und wurde am 4.12.75 verurteilt, weil er nach der Ermordung von Holger Meins aus Protest einige Brandanschläge gelegt hat: bei der Ausländerabteilung der Einwohnermeldebehörde, bei der Polizeizentralwerkstatt, dem Institut für Gerichtsmedizin, dem Stadtsteueramt und eine fiktive Bombendrohung gegen ein Göttinger Kaufhaus. Dafür wurde er zu 2 Jahren und 3 Monaten verurteilt. Der psychiatrische Gutachter empfahl die Unterbringung in einer sogenannten „sozialtherapeutischen Anstalt". Da es die aber erst ab 1978 gibt, steckte man ihn ins Landeskrankenhaus Göttingen, eine Maßnahme, die ihm - so der Leiter des Landeskrankenhauses und Gutachter im Prozeß - „eher schaden als nützen"würde! Doch die Verfolgung hatte damit kein Ende: noch während er sich in der geschlossenen Abteilung M2 befand, wurde er beschuldigt, telephonische Drohungen vorzunehmen, Drohbriefe zu schreiben, ja sogar wegen Brandstiftung wurde gegen ihn ermittelt. Ein Psychologe wurde verdächtigt, Ray eine Pistole zugesteckt zu haben, sein Verteidiger wurde verdächtigt, eine Säge reingeschmuggelt zu haben, Ray wurde verdächtigt, Herausgeber einer KBW-Broschüre zu sein, etc.

Anfang 76 stellte die Politische Polizei den Antrag, Ray im Verwahrhaus unterzubringen, weil er im terroristischen Bereich anzusiedeln sei!! Am 24.2.76 wurde dies von der Staatsanwaltschaft veranlaßt. Zur Durchführung der Verlegung kamen 2 Bullen und 3 Pfleger. Ray leistete Widerstand, was als „Nötigung" ausgelegt wird. Für Anfang dieses Jahres war dann ein Prozeß wegen Bedrohung (siehe oben) und eben dieser Nötigung angsetzt.

Zum persönlichen Hintergrund sei noch angemerkt, daß Ray eine typische Heimkarriere hinter sich hat: „Er wurde in Heimen zur Akte gemacht". Nach einem angeblichen Selbstmordversuch war er längere Zeit in einer Nervenklinik, von 1972 bis 74 260 Tage In Haft, wo er einen Hungerstreik durchführte. Eine Dokumentation über seinen „Fall" spricht von insgesamt 743 Tagen Isolationshaft.

Die Dokumentation ist zu beziehen über Archipel Buback c/o Buchladen Rote Str. 10, 34 Göttingen.

Verteidiger: M. Tibbe, Burgstr. 46 34 Göttingen.

Ergänzungen zu einigen Gefangenen

Waltraut Siepert
In Ak 97 brachten wir einen Bericht der Roten Hilfe West-Berlin über den Prozeß gegen Waltraut Siepert und Christina Doemeland. Dazu Anschrift und Verteidiger.

W. Siepert, UHA Moabit, Alt Moabit 12 a, 1 Berlin 21
Verteidiger : Schneider und Günter.

Gerhard Albartus und Enno Borstelmann.
Wir haben in Ak 99 eine unrichtige Anschrift angegeben. Sie muß heißen: c/o Ermittlungsrichter beim OLG Düsseldorf, z.Hd. Herrn Joeres, Cäcilienallee 3, 4 Düsseldorf 30

Wernfried Reimers
(AK 99) wird verteidigt von Victor Pfaff, Wilhelminenstr. 49, 61 Darmstadt und **Robert Jarowoy**(Ak 99) von Hartmut Jacoby, Heußweg 35, 2 Hamburg 19

IKAH Hamburg

Internationale Solidarität mit verfolgten westdeutschen Genossen

Am 26. 2. 77 fand in **Colmar, Frankreich**, eine Solidaritätsdemonstration mit dem westdeutschen Genossen Detlev Schultz statt. Detlev sitzt dort im Gefängnis wegen eines unpolitischen Deliktes. Von den westdeutschen Bullen wird seine Ausweisung aus Frankreich verlangt: Er sei Anfang Mai 76 an der Tötung eines Polizisten in der Nähe von Darmstadt beteiligt gewesen, also Mordvorwurf.

Die Verfolgung von Detlev Schulz, so decken die französichen Genossen in einer Informationsbroschüre auf, steckt voller Verrücktheiten: „Bild" und „Welt" identifizierten Detlev als den (unidentifizierbaren) Toten aus dem Anschlag auf die deutsche Botschaft in Stockholm. Detlev, der an der Kampagne gegen die Isolationsfolter teilgenommen hatte, wurde dann steckbrieflich als „Terrorist" gesucht.

Zu einem Zeitpunkt, als er schon in eFrankreich im Knast saß, fahndete „ XY"- Zimmermann öffentlich nach ihm und eine westdeutsche Zeitung setzte 20.000 DM für seine Ergreifung aus.

Die westdeutschen Behörden, gewohnt, an das Stammheimer Landrecht, versuchten, unter Umgehung der französichen Gesetze eine sofortige Ausweisung von Detlev zu erreichen, was in Frankreich heute noch nicht zu machen ist.

Die Demonstration in Colmar stand unter den Forderungen: Gegen die Ausweisung von Detlev Schultz; für die Anerkennung politischer Flüchtlinge; gegen die europäische Anti - Terror - Konvention. Trotz der Schikanen an der deutsch - französischen Grenze und vieler Provokationen durch Bullen und Faschisten in Frankreich kamen ca. 1500 Menschen zu der Demo.

IKAH Hamburg
nach Berichten eines Genossen

„Unternehmen Entebbe" - Wer sind die Terroristen?

Die Freunde vom **Solidaritätskomitee Gerhard Albartus und Enno Borstelmann** sandten uns eine Erklärung zu, in der sie sich mit dem politischen Hintergrund der, nach den Vorwürfen der Staatsanwaltschaft, von den Genossen Enno und Gerhard durchgeführten Aktion gegen ein Kino, in dem der Entebbe-Film gezeigt wurde, auseinandersetzen:

„Der Hollywoodfilm „Unternehmen Entebbe", gedreht mit einem Staraufgebot an Schauspielern wie Eddie Constantin und Konsorten verherrlicht den Angriff israelischer Militärs auf eine von deutschen und palästinensischen Genossen entführtes Flugzeug. Die Israelis werden gefeiert als Befreier – die Genossen dargestellt als das Böse schlechthin, Abschaum, außerdem wahnsinnig und durchgedreht, die Ermordung von ca. 20 ugandischen Soldaten als gelungener Handstreich hochgejubelt. Idi Amin erscheint nur als stammelnde Schlabberbacke, schwarz, ungebildet, primitiv. Rassismus und Zionismus – das ist der durchgängige Tenor dieses Militär- und Heldenschmarrens. Ähnlich wie schon im Dritten Reich versucht wurde, die Deutschen mit Propagandafilmen auf Judenmord und Kommunistenhetze einzustimmen, soll der Entebbe-Film – wie andere Kriegsfilme dieser Machart auch – dazu dienen, die Palästinenser als Unmenschen darzustellen und damit verhindern, daß die Hintergründe des Kampfes der Palästinenser klargemacht werden können . . ."

Die Genossen berichten auch, daß in Rom und Athen Kinos, in denen der Film gezeigt werden sollte, brannten, und in Japan der Entebbe-Film bereits ausgesetzt wurde. Filme von dem Kaliber des Entebbe-Films sollten auch bei uns in Zukunft verstärkt solche Protestaktionen hervorrufen.

Den beiden Genossen kann man schreiben: c/o OLG Düsseldorf, z. Hd. Ermittlungsrichter Joeres, Cäcilienallee, 4 Düsseldorf 30. Das Solidaritätskomitee hat die Adresse: c/o Rote Hilfe Westberlin, Postfach 210512, 1 Berlin 21.

Die aktuellen Forderungen lauten: **Freigabe der Akten an die Anwälte, Aufhebung der Isolationsfolter, d.h. keine Sonderbehandlung einzelner Gefangener.**

IKAH Hamburg

Fortschrittliche Anwaltsgehilfinnen schließen sich zusammen

Hamburg. Das es in den linken Anwaltsbüros nicht nur eitel Sonnenschein gibt, hat sich unter Anwaltsgehilfinnen und solchen, die es werden wollen, schon lange herumgesprochen. Es herrschte sogar allgemein der Eindruck vor, daß die Anwälte vielfach Vorstellungen von ihren Angestellten haben, die durchaus keinen Vergleich mit bürgerlichen Anwaltsbüros scheuen müssen. Die Trennung von Kopf- und Handarbeit besteht auch in diesen Büros weitgehend.

Dieses und eine Reihe von anderen Kritikpunkten war für die Anwaltsgehilfinnen Anlaß, sich zusammenzusetzen und Verbesserungsvorschläge zu entwickeln.

Um an der inhaltlichen Arbeit beteiligt zu werden , lautete eine Forderung auf Teilnahme an Mandantenbesprechungen, eine andere, Gerichtstermine zu besuchen, um sich ein anschauliches Bild von den Zuständen machen zu können.

Außerdem sollte den Kolleginnen die Möglichkeit gegeben werden, sich in die Gebiete , die sie besonders interessieren, gründlicher einarbeiten zu können.

Die Kolleginnen arrangierten ein Treffen, an dem 15 Anwaltsgehilfinnen und Anwälte teilnahmen. Man kann nicht gerade sagen, daß die linkenAnwälte mit großer Begeisterung auf die Anliegen der Kolleginnen eingingen. Anwälte, die man sonst lang und breit reden hört, waren erstaunlich zurückhaltend. Ein Anwalt gar tat so, als wüßte er gar nicht, worum es geht, um dann den Kolleginnen vorzuwerfen, womöglich ginge es ihnen bei der Teilnahme an Gerichtsverhandlungen nur um Voyeurismus (?)

Insgesamt muß man aber sagen, daß die Anwälte durchaus ihre Bereitschaft zeigten, auf die Forderungen einzugehen, man muß jetzt die Praxis abwarten.

Die Kolleginnen überlegen auch ob sie nicht im Rahmen einer Gewerkschaftsarbeit eine Reihe von Rechtsanwaltsgehilfinnen ansprechen können. Denn offensichtlich gibt es in diesem Bereich nicht eine einzige aktive Gewerkschaftsgruppe.

Der KBW war - wie immer - Spitze

Der KBW kreutzte mit Vorstellungen auf, die wohl von allen Anwesenden als kleine Sensation empfunden wurden, so konsequent waren sie. Der KBW trat in der Gestalt des RA Reinecke auf, der eine „Erklärung" für sein Büro abgab, bzw. erstmal verschiedene Dinge „klarstellte": Sein Büro sei nämlich ein Organisationsbüro, ein solches des KBW. Es sei zwar sehr bedauerlich, wenn die Angestellten dort nicht im KBW seien - was die anwesenden Kolleginnen allerdings nicht finden konnten - aber weil dem so sei folgt daraus: Die Anwälte sind Arbeitgeber, die Angestellten die Arbeitnehmer, logisch oder? Da aber bekanntlich auch nach der Meinung des KBW die „Massen" für ihre Rechte kämpfen sollen, gab Reinecke den Kolleginnen noch den ganz heißen Tip, daß sie ruhig für ihre Recht eintreten sollen (worauf er sich verlassen kann). An der inhaltlichen Arbeit gäbe es jedenfalls nichts mitzubestimmen, die Linie des KBW besteht nun mal. Diese konsequenten Vorstellungen des KBW führten u. a. dazu, daß die Anwalts - Riege, als eine Kollegin wegen ihres kranken Kindes zu Hause bleiben mußte, erstmal das Gesetz wältze, um festzustellen, daß ihr 5 bezahlte Tage zustehen. Weil sich das kranke Kind jedoch nicht an dieses Gesetz hielt, mußten der Kollegin die anderen Krankheitstage vom Lohn abgezogen werden. Auch logisch, oder?

Eine Anwaltsgehilfin

Klassenjustiz - Nachrichten

Oldenburg. Eine Verurteilung wegen „Widerstands gegenVollstreckungsbeamte" zu einer Geldstrafe von 375 DM (ersatzweise 15 Tage Haft) ist die späte und skandalöse Folge eines Vorfalls vom 27.6.75. Der am 7.3.77 verurteilte Referendar und damalige stellvertretende Studentenparlamentspräsident Wilfried Krallmann war damals einer der ersten Zeugen, als von mehreren Malern und unter Aufgebot von 400 Polizisten der Schriftzug „Carl von Ossietzky-Universität" von einem Uni-Gebäude entfernt werden sollte.

Krallmann wollte sich bei den Malern nach der Rechtmäßigkeit der (von SPD - Minister Grolle angeordneten) Aktion erkundigen, wurde aber von zivilen Polizeibeamten angegriffen, verletzt, und festgenommen.

Die Bezeichnung der Oldenburger Uni nach dem im Hitler-KZ umgekommenen Antifaschisten war von Lehrenden und Studenten beschlossen und in die Grundordnung der Uni aufgenommen worden. Das Ministerium verweigerte aber die Zustimmung (übrigens bis heute). Die Polizeiaktion am 27.6.75 hatte sogar internationales Aufsehen erregt.

Krallmanns Verurteilung ist nicht nur politisch, sondern auch juristisch haarsträubend: die Aussagen der Polizisten waren widersprüchlich, die Entlastungszeugen wurden im Urteil nicht berücksichtigt. Schon vorher war ein von Krallmann angestrengtes Strafverfahren gegen Polizeibeamte (u.a. wegen Körperverletzung) weitgehend begründungslos eingestellt worden. Der Richter hatte nach der Beweisaufnahme das Verfahren gegen Krallmann erst einstellen wollen, kam jedoch überraschend zu einer Verurteilung, als der Staatsanwalt (in Absprache mit übergeordneten Stellen) mindestens 1.000 DM Geldstafe forderte.

Anfang März fand eine erneute Verhandlung gegen eine Genossin des Carl von Ossietzky-Buchladens und gegen ein KBW-Mitglied in Oldenburg statt. Im letzten Jahr waren beide zu jeweils einem halben Jahr Freiheitsstrafe „auf Bewährung" plus Geldstrafe verurteilt worden, weil sie zwei Plakate angeklebt hatten, die die Faksimile-Unterschriften zweier Bundestagsabgeordneter aus Oldenburg beinhaltete. Die Plakate richteten sich gegen den § 218.

Das Gericht hob die Urteile jetzt auf, reduzierte die Vorwürfe auf „Beleidigung" und kam zu einem neuen Urteil: höhere Geldstrafen, aber keine Freiheitsstrafe mehr. Vom Staatsanwalt und von der Verteidigung wurden Rechtsmittel eingelegt.

KB/Gruppe Oldenburg

Nochmal zum „Gefangenenkampf"

In AK 100 brachten wir eine kurze Notiz, daß wir gewarnt worden sind vor dem bisherigen Kontaktmann der Gruppe „ Gefangenenkampf ", Heinz Karbe, Hafenstr. 45, 421 Dorsten. Wir sind der Sache inzwischen nachgegangen und müssen selbstkritisch zugeben, daß bereits Mitte letzten Jahres Material veröffentlicht worden ist, das uns hätte zu denken geben müssen, was wir aber leider nicht kannten.

Die AZ (Andere Zeitung) in Frankfurt veröffentlichte in ihren Nummern 6 und 7 einen Artikel über Norbert Brunner, Heinz Karbe und Herbert Sender. Brunner und Sender arbeiteten im Frankfurter Gefangenenrat mit und lieferten der Staatsanwaltschaft das Material für die Anklage gegen den Gefangenenrat. Brunner arbeitete einige Zeit als aktiver „Genosse" bei der AZ mit, wo er auch Heinz Karbe als„Vorzeigearbeiter" einführte.

Aufgrund dieser Tatsachen hat sich jetzt auch die Gruppe „Gefangenenkampf" dazu entschlossen, Heinz Karbe aus der direkten Mitarbeit auszuschließen. In ihrer Erklärung vom 12.3.77 bedauert die Gruppe „Gefangenenkampf", daß ihr bei den Recherchen über Heinz Karbe, mit dem die Gruppe einfach in einen Topf geworfen wurde, so viele Steine in den Weg gelegt wurden und sie deshalb auch sehr spät an Material rangekommen ist.

Wir selbst sind erst vor wenigen Wochen von Peter Paul Zahl auf den Provokateur Karbe aufmerksam gemacht worden. U.E. ist es auch eine Aufgabe der Gruppen, die konkrete Fakten und Erfahrungen mit solchen Spitzeln haben, dies breit zu veröffentlichen und andere Gruppen davon in Kenntnis zu setzen. Für einen schlechten Stil halten wir es, wenn die Gruppe „Gefangenenkampf" einfach mit Karbe gleichgesetzt wird, ohne daß man sie gezwungen hat, in einer öffentlichen Auseinandersetzung über vorliegende Fakten Stellung zu beziehen.

IKAH Hamburg



Berufsverbote

BVG verschärft Berufsverbotepraxis

Die „Welt" frohlockte, daß das Bundesverwaltungsgericht nun einen Beschluß gefällt habe, *„der wieder Klarheit über die ‚bloße' Mitgliedschaft von DKP-Angehörigen herstellt"* (8.3.77). Gemeint ist ein Urteil, womit das Westberliner Bundesverwaltungsgericht ein Urteil des Verwaltungsgerichts bestätigt, nach dem die Ablehnung der Bewerbung der Lehrerin Agnete B. „rechtens" war, da diese durch ihren Eintritt in die DKP *„die mit der freiheitlich demokratischen Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes nicht zu vereinbarenden Zielsetzungen der DKP in die Pflicht genommen"* habe.

Für die „Welt" hat dieses Urteil einige Dinge wieder gerade gerückt, die in „Vergessenheit" geraten waren. So macht dieses Urteil deutlich, daß die vom Bundesverfassungsgericht geforderte Distanzierung von allen „verfassungsfeindlichen" Gruppierungen eindeutig Vorrang hat vor der Aussage, daß allein die Mitgliedschaft in einer als „verfassungsfeindlich" geltenden Partei noch kein Grund zur Ablehnung ist. In zwei Urteilen hatte das Verwaltungsgericht Münster Berufsverbote gegen Lehrer zurückgewiesen, als diese beteuerten, daß sie aus der DKP austreten würden, wenn sie zu der Überzeugung kämen, daß diese „verfassungsfeindliche" Ziele verfolge. Nach dem jetzigen Bundesverwaltungsgerichtsurteil reicht eine solche Distanzierung nicht aus, weil die DKP als „verfassungsfeindlich" geführt wird, wobei ein Beitritt schon eine Identifikation mit ihren Zielen (wie sie der Staat sieht) bedeutet, unabhängig von der Auffassung eines einzelnen Mitglieds. Das Gericht ging dann in seiner Urteilsbegründung jedoch weiter als das Verwaltungsgericht Mannheim. Für das BVG war nicht die Mitgliedschaft entscheidend, sondern die Bejahung der Ziele der DKP.

Die „Welt" reibt sich denn auch die Hände, da es jetzt nur noch darauf ankomme, *„ob jemand die Ziele der DKP bejaht. Dazu braucht er kein Mitglied zu sein"*, womit gleichzeitig Berufsverbot für Parteilose gerechtfertigt werden können. Dieses Gerichtsurteil ist im Urteil des Bundesverfassungsgerichts schon angelegt, das eine Distanzierung von allen „verfassungsfeindlichen" Parteien fordert. In die Praxis umgesetzt bedeutet dies die Öffnung jeglicher Willkürschranken, denn wer will die Behörden daran hindern, bei „Anhörungsverfahren" die Bewerber mit Einzelzielen der DKP zu konfrontieren, um eine Distanzierung zu erpressen? Damit macht gerade dieses Urteil klar, daß es sich bei der Berufsverbotepraxis nicht um die „Abwehr der Radikalen aus dem Staatsdienst" handelt, sondern um die systematische Verfolgung jeder fortschrittlichen Gesinnung.

Berufsverbotekommission

massenmedien

massenmedien

CDU auf Radikalenjagd im Rundfunk

Nach dem „Fall Homann" vgl. AK 99) hat sich die CDU nun auf einen weiteren fortschrittlichen Rundfunkjournalisten eingeschossen. Diesmal geht es gegen Hannes Heer, zeitweiliger Mitarbeiter beim WDR, der u.a. durch seine Berichterstattung über das Treffen der Alternativpresse und seine Kritik an der Wirtschaftspolitik des Nobelpreisträgers Milton Friedman den Unwillen der CDU auf sich gezogen hatte (Milton Friedman's „Chikago-boxes" waren verantwortlich für die Ausplünderungspolitik der chilenischen Faschisten).

Eingeleitet wurde die Kampagne gegen Heer durch Veröffentlichungen im „Schweinischen Merkur" sowie dem CDU-nahen Informationsdienst „telecontrol" (wie sinnig!), in denen Heers Vergangenheit denunziert wurde. So war Heer SDS-Mitglied, Studentenfunktionär und ist deshalb vom Berufsverbot (er wollte Lehrer werden) betroffen.

Jetzt brachte der CDU-Medienexperte im Bundestag, Dr. Hans Hugo Klein diesen „Fall' in Form einer Anfrage vor den Bundestag:

Auf „Radikalenjagd" begab sich der CDU-Medienexperte im Bundestag, Dr. Hans Hugo Klein, mit einer Anfrage im Bundestag: Er fragte an, ob es „ *der Bundesregierung ..bekannt (sei), daß der ehemalige Extremistenführer Hannes Heer, dessen Bewerbung um eine Anstellung als Lehrer aufgrund des Extremistenbeschlusses abgelehnt wurde, als freier Mitarbeiter des WDR Aufträge für Propagandasendungen erhält...*

Wie beurteilt die Bundesregierung grundsätzlich die Tatsache, daß ehemalige Extremistenführer, die eindeutig unter die Bestimmungen des Radikalenbeschlusses fallen, bei den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten die Möglichkeit der freien Mitarbeit erhalten und ... die Gelegenheit bekommen, sich in feste Anstellungsverhältnisse bei den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten auf dem Gerichtswege einzuklagen und mit ,welchen konkreten Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung dafür zu sorgen, daß solche Vorkommnisse in Zukunft nicht mehr möglich sein werden?" („Extra Dienst", 11.3.77).

Mit dieser Anfrage will die CDU die Ausweitung der Berufsverbotepraxis nun generell auf alle Anstalten des öffentlichen Rechts (insbesondere Rundfunk und Fernsehen) ausdehnen und die „freie Presse" noch schärfer ausrichten.

Antifa-Kommission
KB/ Gruppe Hamburg

Berufsverbot gegen Niederländerin

Westberlin: Der niederländischen Staatsbürgerin Annette Sch. wurde vom Senat die Einstellung als Erzieherin verweigert. Als Begründung mußte anfangs ihre Mitgliedschaft in der SEW herhalten.

Annette Sch. hatte in den Niederlanden Sozialpädagogik und Kunsterziehung studiert und zwei Jahre als Lehrerin gearbeitet. Danach absolvierte sie ein Zweitstudium in Westberlin.

In ihrer Klage auf Einstellung berief sie sich auf die Westberliner Verfassung, nach dem jedem ohne Unterschied der Zugang zu öffentlichen Ämtern offensteht. Weiterhin führte sie an, daß aufgrund des Sonderstatus Westberlins die Berufsverbotepraxis und das Bundesverfassungsgerichtsurteil nicht auf Westberlin übertragen werden dürfe.

Das Gericht stellte sich allerdings auf den Standpunkt, daß *„trotz sämtlicher besatzungsrechtlicher Vorbehalte der Alliierten, wonach Berlin kein Bestandteil der BRD ist und nicht von ihr regiert werden darf ...., das Grundgesetz in und für Westberlin gilt ....",* woraus sie auch gleich weiter schlossen, daß Gerichtsurteile von Institutionen der BRD (Bundesverfassungsgericht) ebenfalls für Westberlin zutreffen.

In der Urteilsbegründung gingen sie dann allerdings überraschenderweise nicht mehr von dem Bundesverfassungsgerichtsurteil über die Berufsverbotepraxis aus, sondern verweigerten Annette Sch. wegen ihrer niederländischen Staatsbürgerschaft die Einstellung. Sie beriefen sich dabei auf den Art. 33 des Grundgesetzes, der jedem Deutschen einen Einstellungsanspruch gewährt. So umschiffte das Gericht die Klippe, die sich da aufgebaut hatte, denn der Westberliner Senat habe *„ungeachtet der Frage, ob die von der Beklagten* (Westberliner Senat, Anm.AK) *geäußerten Bedenken an der Verfassungstreue der Klägerin gerechtfertigt waren,"* gegen keinerlei geschützte Rechtspositionen verstoßen. (Zitate nach „Deutsche Volkszeitung", 10.3.77)

Berufsverbotekommission
KB/Gruppe Hamburg

Meldungen

München: Nach einem Bericht des Innenministeriums gibt es in Bayern sechs rechtsextreme Jugendorganisationen mit insgesamt 380 Mitgliedern und 27 linksextreme Jugendorganisationen mit zusammen 2400 Mitgliedern. SPD-Landtagsabgeordneter Wirth warf dem Innenministerium vor *„in besorgniserregender Weise rechtsextremistische Bestrebungen in Jugendorganisationen zu verharmlosen".* Er zitierte dabei den Pressesprecher des Innenministeriums, der in einer Jugendsendung des Rundfunks erklärt hatte, *„daß es sich bei Rechtsradikalen lediglich um irregeleitete Romantiker handle und daß die Verfassungsschutzbehörden in Bayern ihre wesentlichen Kenntnisse über rechtsradikale Jugendorganisationen aus der Tagespresse bezögen"* („NN", 19.2.).

Augsburg: Nachdem das gegen die Lehramtsanwärterin Christina L. ausgesprochene Berufsverbot (wegen Kandidatur auf einer linken Liste zum Studentenparlament) vom Verwaltungsgericht Augsburg zurückgewiesen worden war, darf diese Lehrerin aufgrund einer Entscheidung der Bezirksregierung nur unter Aufsicht unterrichten.

Eine gleiche Anordnung hat die Bezirksregierung auch gegen den Lehramtsanwaärter Reinhard K. erlassen. Als Begründung führt die Behörde an, daß dies *„zum Schutz der Schüler vor einer nicht verfassungstreuen Lehrkraft"* erforderlich sei!!!

Reinhard K. übt seinen Beruf aufgrund dieser Bestimmung z.Zt. nicht aus.

Freiburg: Gegen den Sprecher der Freiburger Bürgerinitiative gegen Berufsverbote, Norbert M., wurde ein Strafbefehl über 600 DM, ersatzweise 20 Tage Haft, erlassen. Anlaß dieses Verfahrens war eine Publikation der

Freiburg: Gegen den Sprecher der Freiburger Bürgerinitiative gegen Berufsverbote, Norbert M., wurde ein Strafbefehl über 600 DM, ersatzweise 20 Tage Haft, erlassen. Anlaß dieses Verfahrens war eine Publikation der Bürgerinitiative über das Berufsverbot gegen die Lehrerin Eva G., in der die „Anhörungsverfahren" kritisiert, und der verantwortliche Oberschulamtsleiter namentlich genannt wurde. Dieser stellte daraufhin einen Antrag wegen Beamtenbeleidigung, womit er vor Gericht jetzt durchkam. Der Staatsapparat läßt seine Gesinnungsschnüffler eben nicht im Stich.

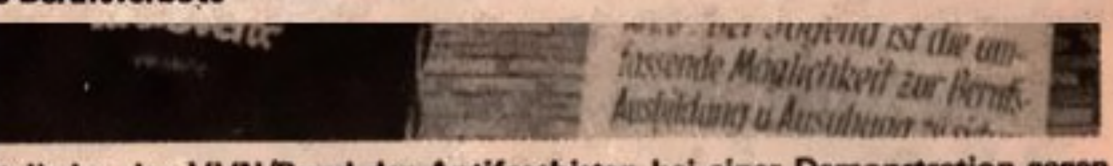
Erlangen: Manfred K., wissenschaftliche Hilfskraft am mathematischen Institut in München wird in Kürze einem Überprüfungsverfahren unterzogen. Daraufhin haben an der Universität Nürnberg-Erlangen bei einer Vollversammlung 130 Teilnehmer gegen den Radikalenerlaß protestiert. Das bayerische Innen- und Kultusministerium erklärte dazu, bei der Überprüfung wissenschaftlicher Hilfskräfte sei *„die Beteiligung des Verfassungsschutzes nicht rechtswidrig. Besondere Ermittlungen des Verfassungsschutzes aus Anlaß der geplanten Einstellung eines Bewerbers gebe es nicht. Die Einstellungsbehörden fragten beim VS lediglich mittels eines Formblattes an, ob über den Bewerber Erkenntnisse vorliegen, die seine Verfassungstreue in Zweifel ziehen könnte"* („Nürnberger Nachrichten").

München: Im ARD-Fernsehmagazin wurden neulich zwei Beiträge zum Thema „Gesinnungsschnüffelei" gesendet. Gegen diese Beiträge hat die Bayerische Staatsregierung protestiert und forderte eine den *„Tatsachen entsprechende Berichterstattung". „Die Beiträge stellten den Versuch dar, Tatsachen zu verfälschen und die Staatsregierung politisch zu diffamieren. Sie ließen nicht nur die erforderliche journalistische Sorgfaltspflicht, sondern auch ein Mindestmaß an Objektivität und Ausgewogenheit vermissen."*

Außerdem: *„Für sich spreche, daß sich die Redaktion einer öffentlich-rechtlichen Anstalt Reizbegriffe aus dem Extremistenvokabular wie „Gesinnungsschnüffelei" und „Berufsverbot" zu eigen mache, obwohl das Bundesverfassungsgericht diese Ausdrücke verurteilt habe."*



Mitglieder der VVN/Bund der Antifaschisten bei einer Demonstration gegen die Berufsverbote



Mitglieder der VVN/Bund der Antifaschisten bei einer Demonstration gegen die Berufsverbote

Münster: Das Oberverwaltungsgericht Münster hat jetzt das Berufsverbot gegen den Gymnasiallehrer Rutger B. bestätigt. Rutger B. war der erste Fall, der nach Verabschiedung des Ministerpräsidentenerlasses entschieden wurde. Ausgesprochen wurde sein Berufsverbot wegen Zugehörigkeit zur DKP.

Einige Schriftsteller und Politiker schlossen sich einer Erklärung der „Bayerischen Initiative Rundfunkfreiheit" an, in der davor gewarnt wird, den öffentlich-rechtlichen Rundfunk unter dem Vorwand der „Unausgewogenheit" von der CSU dirigieren zu lassen.
(„NZ", 16.2. und „SZ", 19.2.).

Zensur in öffentlichen Bücherhallen

„Das soll er mir büßen!
Das Schwein!
Ich bring ihn um!
Ich schlag ihn tot."
„A B C,
ich hau dich, das tut weh,
ich kneif dich, bis du Tränen kriegst,
und tret dich, bis du unten liegst,
dann mach ich kille-kille,
und dann bist du ganz stille..."
„Krieg: Wehrdienst, Waffen, Profit,
Konferenz, Fahne, Heer,
Bomben, Schrei, Trümmer,
Flüchtlinge, Sieg, Industrie.
(rot darüber gemalt: „Profit")".

Dies sind Beispiele aus dem „Streitbuch für Kinder" von Irmela Brender und Günther Stiller. Die Autoren beabsichtigen mit diesem Buch, Modelle aufzuzeigen, mit denen sich Konflikte lösen lassen. Es werden Situationen durchgespielt, die Kinder täglich erleben. Durch die Aneinanderreihung von Schimpfkanonaden und Konfliktsituationen wollen sie die Kinder zum „streiten" auffordern: *„Solange man streitet, redet man noch miteinander"* (ebenda). Es wird den Kindern ein Spiegel vorgehalten, in dem sie ihre Erlebnisse und Erfahrungen wiedererkennen können.

Das „Streitbuch für Kinder" ist bestimmt kein revolutionäres Buch; es ist noch nicht einmal besonders kritisch. Doch allein schon die darin enthaltenen fortschrittlichen Ansätze reichen den Reaktionären aus, um es für Jugendliche praktisch nicht mehr zugänglich zu machen.

In Stuttgart können nur noch die Eltern für ihre Kinder das Buch bestellen. Die Stadtbücherei hat das Buch aus seinen Regalen entfernt, weil angeblich „empörte Eltern" es verlangt hatten. Da dies aber nicht der einzige Fall von Zensur in öffentlichen Bücherhallen war, ist wohl klar, daß es sich um gezielte Angriffe auf die Pressefreiheit handelt, die natürlich nur gegen die fortschrittliche und linke Literatur gerichtet sind.

„In der Würmtal-Gemeinde Krailling setzte der CSU-Bürgermeister Helmuth Schreyer das Nachrichtenmagazin „Der Spiegel" selbstherrlich auf den Index und untersagte die Auslage in der Gemeindebücherei..." („Vorwärts", 10.3.77)! Angeblich wurde diese Maßnahme aufgrund *„zahlreicher Beschwerden aus der Bevölkerung über die einseitige Information dieses Magazins"* getroffen (ebenda).

In Burgdorf bei Hannover wurde ein Büchereileiter vom Stadtdirektor davor gewarnt, weiterhin *„pornografische Schriften"* und *„provozierende Kleinschreibung"* (ebenda) in der Bücherei zu dulden. Es war das Aufklärungsbuch „vom lieben und vom kinder kriegen" damit gemeint. Der Herr Stadtdirektor hat da wohl einen entsprechenden Wink von „empörten Eltern" erhalten.

Begünstigt wird die Zensur in öffentlichen Bücherhallen durch die dort, wie überall im öffentlichen Dienst, durchgeführten Sparmaßnahmen: Neuerscheinungen werden nicht mehr angeschafft, zerlesene, also beliebte Bücher werden ausrangiert und nicht erneuert. Und damit auch die „richtigen" Bücher gestrichen werden, gibt man den Bibliothekaren entsprechende Instruktionen: *„Auf der Jahrestagung der wissenschaftlichen Bibliothekare in Münster ist bereits allen Ernstes empfohlen worden, keine Bücher mehr auszuleihen, die ‚Risiken' bedeuten"* (ebenda).

Wenn diese Angriffe auf die Informations- und Pressefreiheit aber von einem sozialdemokratischen Schreiberling im SPD-Organ „Vorwärts" angeprangert werden, so wohlweislich mit Beispielen aus CDU-regierten Ländern. Dabei hat die SPD wahrhaft genug Dreck vor der eigenen Tür zu kehren...

Keine Zensur in öffentlichen Bücherhallen!

ÖTV-Kommission
KB/ Gruppe Hamburg



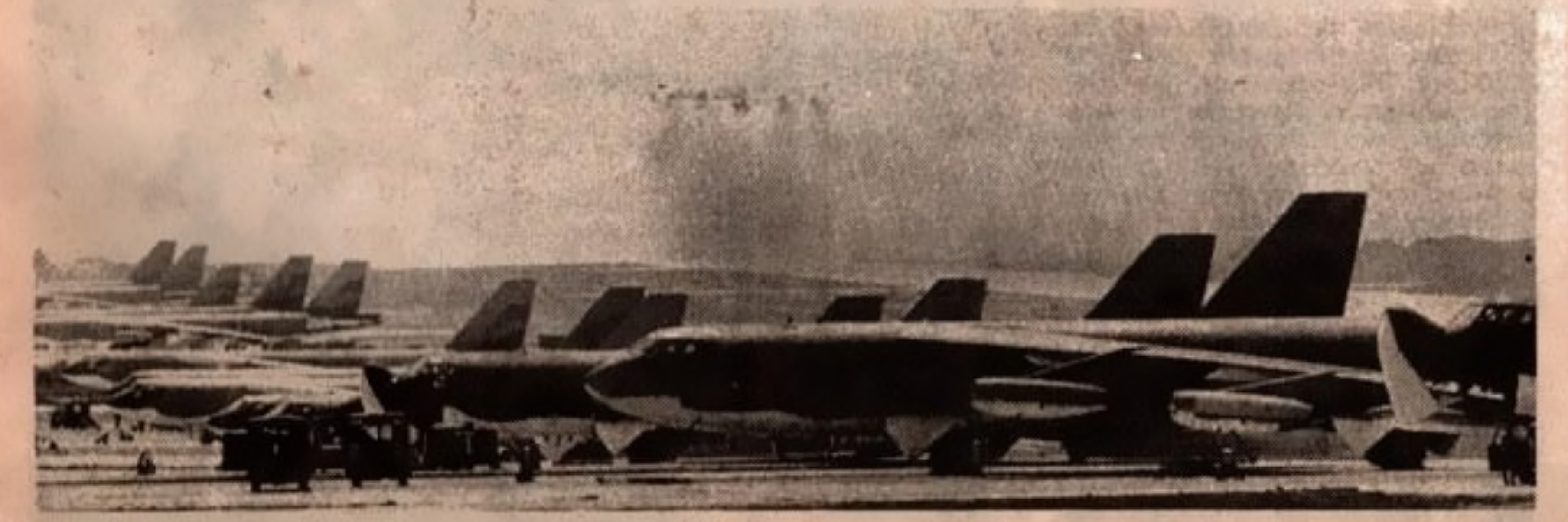
MILITARISMUS / ANTIMILITARISMUS



Die „Abrüstungs"verträge zwischen den USA und der Sowjetunion

– Bilanz nach 5 Jahren –

Am 26. Mai 1972 wurde zwischen den USA und den Sowjetrevisionisten die „Begrenzung" ihrer Rüstung im Bereich der strategischen Nuklearwaffen vereinbart. Im November 1974 kam es zu einem weiteren „Abkommen von Wladiwostok". Der erste „Abrüstungs"vertrag (SALT-I) läuft im Oktober 1977 aus, und der neue Präsident des US-Imperialismus, Carter, kündigte neue Verhandlungen mit den Sowjetrevisionisten an, um einen neuen „Abrüstungs"vertrag zu verabschieden. Im folgenden soll die tatsächlich systematisch betriebene Aufrüstung aufgezeigt werden, die nochmals den ganzen Schwindel dieser Verträge deutlich werden läßt. Insbesondere wird anhand der Fakten klar, daß es sich bei dem ständig vorgetragenen Gejammer der NATO-Militaristen über eine „militärische Überlegenheit des Warschauer Pakts" und den angeblich „schwindenden technologischen Vorsprung des Westens" um eine reine Zweckpropaganda handelt.



Rüstung in den USA

SALT-I

Das Abkommen von 1972 sah zum einen die Begrenzung der Raketen - Abwehrsysteme auf 200 insgesamt vor. Dieser Vertrag wurde – als einziger – eingehalten, indem sowohl die USA als auch die Sowjetunion diese Systeme zum Teil sogar wieder demontierten. Dies ist vor dem Hintergrund zu sehen, daß beide Staaten gar kein Interesse mehr hatten, diese Abwehrsysteme auszubauen. Vielmehr legten beide Seiten ihren Schwerpunkt auf die weitere quantitative und qualitative Entwicklung von Offensivwaffen. Zum zweiten sah das erste SALT-Abkommen die Begrenzung der strategischen Nuklearwaffen mit einer Reichweite von über 2.400 km vor. Demnach wurden der Sowjetunion

– 1618 ICBM (schwere Interkontinentalraketen, die in festen Betonsilos stationiert sind) und
– 950 SLBM (Interkontinentalraketen, die von U-Booten aus gestartet werden) zugestanden.

Mit diesen Trägerwaffen konnte die SU maximal 2.358 Ziele erreichen. Die USA durfte vertraglich über 1.054 ICBM's und 656 SLBM's mit insgesamt 1.710 Zielen verfügen. Der quantitative Vorsprung der SU wurde von den USA zugestanden, weil sie über eine bessere Technik, größere Treffsicherheit verfügten und auf dem Gebiet der strategischen Bomberflotte (B-52) hoch überlegen waren. Die B-52 Bomber haben eine große Reichweite und können ohne weiteres Atombomben großen Kalibers mit sich führen.

Sowohl die SU als auch die USA durchbrachen sehr schnell diese Verträge. Die Sowjetrevisionisten wechselten seit dem Vertrag von 1972 alle „veralteten" Interkontinentalraketen (ICBM) aus und führten vier neue Systeme ein mit größerer Schubkraft, Reichweite und Treffsicherheit. Es sind dies die Raketen vom Typ SS-16, 17, 18 und 19. Zum zweiten bedienten sie sich eines Tricks, indem sie eine Mittelstreckenrakete (SS-X-20) entwickelten (und davon eine weit über den SALT-Vereinbarungen liegende Zahl bauten), die sich durch hinzufügen einer weiteren Stufe leicht in die Interkontinentalrakete SS-16 umwandeln läßt.

Des weiteren umgingen die Sowjetrevisionisten die Absichtserklärung zum SALT-Vertrag über die Raketensilos; beide Länder vereinbarten, die Größe der Silos nicht zu verändern. Damit wurde bezweckt, daß keine der beiden Länder größere Raketen in den Silos verankern sollte.

Doch was machten die „friedliebenden" Kräfte des „realen Sozialismus"? Sie entwickelten für den Abschuß der schweren Interkontinentalraketen das sogenannte „Kaltstartverfahren", ein Verfahren, bei dem die Raketen erst gezündet werden, wenn sie die Silos bereits verlassen haben. Das hat zwei „Vorteile":

1. Die Silos können immer wieder benutzt und mit neuen Rakten aufgefüllt werden, was bisher nicht möglich war, da die Silos durch die Zündung der Raketen stark beschädigt wurden. Damit fällt die Formel Anzahl der Raketen = Anzahl der Silos = Anzahl der atomaren Sprengköpfe natürlich weg.
2. Schutzmäntel in den Silos usw. fallen beim Kaltstartverfahren weg, wodurch das Volumen für die Raketen in den Silos größer wird und folglich auch größere Raketen gebaut werden können.

Außerdem arbeiten beide Staaten an der Entwicklung von beweglichen landgestützten ICBM's, die z. B. von einer Eisenbahn aus abgeschossen werden können. Die hohe Beweglichkeit, diese Waffen von jedem beliebigen Ort aus zu starten, erschwert den Abschuß durch den Gegner.

Der US-Imperialismus hat den SALT-Vertrag ebenfalls zur Farce gemacht.

1. Die USA sondern den „veralteten" Typ „Titan-2" aus und ersetzen diesen durch die „Minuteman-3"-Raketen, die schwerer und treffsicherer sind.
2. Die USA holten sich einen riesigen Vorsprung durch die Entwicklung von Mehrfachsprengköpfen (MIRV) heraus. Bei den MIRV-Systemen handelt es sich um mehrere Atomsprengköpfe, die auf einer Trägerrakete montiert und auf verschiedene Ziele geschossen werden können.

Damit verändert sich nicht die von SALT vorgeschriebene Zahl der Trägerraketen, wohl aber die Anzahl der Atomsprengköpfe. Die SU hat zwar ähnliche Systeme entwickelt, aber diese sind noch nicht einsatzfähig. Außerdem hat die SU – im Gegensatz zu den USA – überhaupt keine MIRV's, die von U-Booten aus abgeschossen werden können.

3. Die USA entwickelten die sogenannten „Bummelflugkörper" vom Typ „Cruise Missile". Diese Flugkörper werden vom US-Imperialismus als „Revolution" in der Waffenentwicklung gefeiert, da sie sowohl im konventionellen als auch im taktisch-nuklearen und strategisch-nuklearen Bereich eingesetzt werden können. Die „Cruise Missile" hat eine außergewöhnlich hohe Zielgenauigkeit, ist klein und kann Radarschirme unterfliegen. Der einzige Nachteil ist, daß die „CM" sehr langsam ist. Die USA haben sowohl landgestützte „CM" als auch seegestützte „CM" gebaut; zur Zeit werden sie mit der Bestückung von Mehrfachsprengköpfen erprobt. Die SU kann auf diesem Gebiet nichts Gleichwertiges bieten.

Aufgrund dieser Entwicklung schlossen die beiden „Supermächte" Ende 1974 das „Abkommen von Wladiwostok" ab, um dem Rechnung zu tragen. Das Abkommen enthielt das Prinzip der Parität auf dem Gebiet der strategischen Angriffswaffen; jede Seite durfte maximal 2.400 dieser Waffen besitzen, davon nicht mehr als 1.320 mit Mehrfachsprengköpfen. Mit einbezogen waren auch die amerikanischen B-52-Bomber, die auch zu den strategischen Waffen gerechnet wurden.

Sieht man sich den gegenwärtigen Stand der Entwicklung von strategischen Nuklearwaffen und vor allem die Anzahl der Sprengköpfe an, ergibt sich eine deutliche Überlegenheit der USA.

1. Die USA verringern die Anzahl der Interkontinentalraketen von 1.054 auf genau 1.000. Davon sind 450 Minuteman-II-Raketen einfach bestückt, aber 550 Minuteman-III-Raketen sind alle mit Dreifachsprengköpfen (MIRV) ausgerüstet. Das heißt, daß die USA damit 2.100 Ziele erreichen können.
2. Auf dem Gebiet der seegestützten Interkontinentalraketen (SLBM) besitzen die USA 710 Trägerraketen, vor allem der „Polaris"- und der „Poseidon"-Klasse. Die „Poseidon"-Raketen sind bereits mit Mehrfachsprengköpfen ausgerüstet. Ferner rüsten die USA ihre SLBM's auf die neuen „Trident"-Raketen um; je 24 Trident-Raketen auf zehn Atom-U-Booten mit acht Sprengköpfen pro Rakete werden nach und nach eingerichtet. Die Anzahl der Sprengköpfe beträgt durch das MIRV-System das Vielfache: **Allein auf den Poseidon-Raketen sind 4.960 Sprengköpfe und auf den Trident-Raketen 1.920 Sprengköpfe angebracht, was eine Gesamtzahl von 6.880 Atomsprenköpfen ausmacht!**
3. **Die 450 strategischen Bomber vom Typ B-52 der USA können insgesamt 3.800 Atomsprengköpfe von entsprechenden Luft-Boden-Raketen abschießen. Wenn die Umrüstung auf die „Cruise Missile" erfolgt ist, werden die Bomber 8.000 Sprengköpfe mit sich führen können!**

Mehr als 12.000 Atomsprengköpfe der USA einsatzbereit!

Rechnet man die Anzahl der Atomsprengköpfe, die auf den strategischen Trägerraketen angebracht sind, zusammen, so kommt man auf insgesamt 12.784 Sprengköpfe, allein auf Seiten der USA, das heißt, 12.784 Ziele können von den mörderischen Waffen erreicht werden!

Dennoch halten die USA das Schwindelabkommen formal ein:

– Sie bleiben sogar noch unter der Zahl von 1.320 MIRV-Systemen, die in Wladiwostok vereinbart wurde:
550 „Minuteman-III" mit insgesamt 1650 Sprengköpfen,
470 „Poseidon"-Raketen mit insgesamt 4.960 Sprengköpfen und
240 „Trident"-Raketen mit insgesamt 1.920 Sprengköpfen
ergeben eine Gesamtzahl von 1.260 MIRV-Systemen mit insgesamt 8.530 Sprengköpfen!

Bei 1.260 MIRV-Raketen plus den „einfach" bestückten Minuteman-II-Raketen (450 Stück) und den 450 B-52 Bombern kommen die USA auf 2.160 strategische Angriffswaffen und liegen damit ebenfalls klar unter dem großzügig veranschlagten zweiten SALT-Abkommen, das die Höchstgrenze bei 2.400 Angriffswaffen festsetzte.

Sie haben sogar noch Raum für 240 weitere strategische Angriffswaffen, den sie auch für die Umrüstung auf „Cruise Missile" nutzen wollen.

Die Sowjetrevisionisten kommen bei den Verträgen und auch bei einem direkten Rüstungsvergleich (relativ) schlecht weg; sie besitzen zwar mehr strategische Angriffswaffen als die USA, nämlich 2.358 Stück und liegen damit nur um 42 Raketen unterhalb des SALT-Vertrages.

Allerdings verfügen sie nicht über Mehrfachsprengköpfe, wodurch die Anzahl der Atomsprengköpfe ungefähr fünfmal niedriger liegt als bei den USA.

Damit ist klar, daß die sogenannten „Abrüstungsverträge" vom US-Imperialismus genutzt worden sind, seine qualitative und quantitative Überlegenheit aufrechtzuerhalten (Angaben nach: „Europäische Wehrkunde", 2/77).

So stellt denn auch die „Europäische Wehrkunde" das Militaristenblatt des BRD-Imperialismus, fest: *„Das Tableau von Wladiwostok ist also vorteilhaft für die USA"*. Es sei *„der amerikanische Vorsprung in der Zielangriffskapazität immer noch auf Jahre hinaus relativ groß"*.



Sowjet-Raketen, Sowjet-Kreuzer.

Rüstung in der SU

Bezeichnend ist, daß in solchen „Experten"-Organen der Militaristen ein ganz anderer Ton angeschlagen wird als in den bürgerlichen Massenmedien, wo mit schwärzesten Meldungen über einen angeblichen „Rüstungsvorsprung der SU" Zustimmung zu einer noch gigantischeren Aufrüstung erreicht werden soll.

Der ganze Rüstungswahnsinn wird deutlich, wenn man sich vor Augen hält, daß ein einziger B-52 Bomber eine Kriegslast befördern kann, die fast doppelt so stark ist wie die Gesamtzahl der Bomben, die im Zweiten Weltkrieg abgeworfen wurden. Das Kernwaffenlager allein der beiden „Supermächte" beträgt das 1,3 Millionenfache einer Hiroshima-Bombe!

Die Vorschläge Carters

Da das erste SALT-Abkommen bald ausläuft, kam es in den USA zu Diskussionen um die weitere SALT-Aufrüstungspolitik. So z.B. wurden Gerüchte in die Welt gesetzt, Carter wolle die strategischen Kernwaffen bis auf einen „Stamm" von 200 Stück reduzieren. Tatsächlich aber setzt Carter die weitere Aufrüstung des US-Imperialismus fort. Es geht bei den Verhandlungen mit den Sowjetrevisionisten vor allem um die Frage der Einbeziehung der sowjetischen „Backfire"-Bomber einerseits und um die „Cruise Missile" der USA andererseits. Dabei wollen die USA im Falle der „Cruise Missile" keinerlei Zugeständnisse machen, sondern die forcierte Aufrüstung dieses Waffensvstems fortsetzen. Auf der anderen Seite bestehen die USA auf der Einstufung der „Backfire" als strategische Bomber, obwohl dieser Bomber *„nie als strategische Gefahr"* angesehen wurde, weil er *„aus Brennstoffgründen die USA nur unterhalb der Schallgeschwindigkeit und in großer Höhe fliegend, also leicht abfangbar, erreichen kann"* („Süddeutsche Zeitung", 4.2.77).

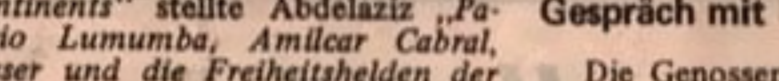
Die Sowjetunion drängt vor allem auf die Einbeziehung der „Cruise Missile" in die Verhandlungen, weil diese Waffen tatsächlich eine „Bereicherung" des Spektrums strategischer Nuklearwaffen darstellen. Nun hat Carter der Sowjetunion vier Vorschläge unterbreitet. Sie sehen zum einen die „Voranmeldung" von Tests mit Interkontinental-Raketen, Testverbot für Nuklearwaffen für mehrere Jahre, das Verbot der Entwicklung von beweglichen landgestützten Interkontinentalraketen und die Ausklammerung der „Backfire" und der „Cruise Missile" vor. Vor allem die letzten beiden Punkte sind Vorschläge, die ins Konzept des US-Imperialismus passen. Für die SU wiederum ist die Forderung, daß sie die beweglichen ICBM fallenlassen sollte und auch die Entwicklung der SS-16/SS-X-20 einstellen sollte, nicht zu akzeptieren.

Die ständige Aufrüstung und Entwicklung bzw. Weiterentwicklung neuer strategischer Waffensysteme, die beide „Supermächte" betreiben, machen künftige „Abrüstungs"-Abkommen immer unglaubwürdiger. Vor allem haben sowohl die USA mit den „Cruise Missile" und die SU mit der SS-16/SS-X-20 Waffensysteme geschaffen, bei denen sich eine Unterscheidung ‚strategische oder taktische Kernwaffen' gar nicht mehr fällen läßt. Eine wirkliche Abrüstung stand bei den SALT-Verhandlungen in Wirklichkeit nie zur Debatte, sondern nur das gemeinsame Interesse der USA und der Sowjetunion, sich bei ihrem Rüstungswahnsinn gegenseitig „Friedfertigkeit" und „Vernunft" zu bescheinigen, um die Völker der Welt zu betrügen. Angesichts der immer offensichtlicheren Farce, die dort gespielt wird, wird ihnen das allerdings zunehmend schwer fallen.

Antimilitarismus-Kommission

EIN JAHR „DEMOKRATISCHE ARABISCHE REPUBLIK SAHARA"

– Ein Augenzeugenbericht –



Die Ausrufung der „Demokratischen Arabischen Republik Sahara" am 27.2. 76 im Kriegszustand stellte einen Höhepunkt des Unabhängigkeitskampfes des saharauischen Volkes gegen die ein Jahrhundert alte koloniale Unterdrükkung dar. 1956, in einem der größten Aufstände der Saharauis gegen die spanische Kolonialherrschaft, gelang es zunächst, die Spanier auf die Küstenstädte (El Aaiun, Villa Cisneros ...) zurückzudrängen. Doch 1958 versuchten die beiden Kolonialmächte Spanien und Frankreich (das in Algerien einen blutigen Krieg führte) mit der Operation „Flaschenhals" ihrer Luftwaffen gemeinsam einer „Endösung" herbeizuführen. Die Viehherden der saharauischen Nomaden wurden zusammengeschossen, ihre Brunnen zerbombt und vergiftet. Viele Saharauis verhungerten, andere flohen nach Algerien, Marokko oder Mauretanien oder zogen an die Küste und wurden so für die Kolonialverwaltung kontrollierbar.

1962 erkämpfte die FLN die nationale Unabhängigkeit Algeriens.

1965 begann sich der Widerstand in der West-Sahara neu zu organisieren. Die Frente Polisario ist aus der MLS (Befreiungsbewegung der Sahara) hervorgegangen. Während diese jedoch an einen friedlichen Weg der Unabhängigkeit geglaubt hatte, begann die F. Polisario am 20. Mai 1973 mit dem bewaffneten Kampf gegen den spanischen Kolonialismus. Spanien versuchte dem wachsenden Widerstand durch eine zum Schein gewährte „innere Automie" für die Sahara, Bildung einer Djemaa (Saharauische Notablenvertretung) und Gründung einer Marionettenpartei (PUNS) mit neokolonialen Tricks zu begegnen, durch die weiterhin profitreiche Ausbeutung der großen saharauischen Phosphatvorkommen möglich gewesen wäre. Am 14. November 1975 wurde in Madrid die Aufteilung der Westsahara an Morokko und Mauretanien vereinbart – womit gegen das Gutachten des Internationalen Gerichtshof in Den Haag (16.Okt. 75), das das Selbstbestimmungsrecht der Saharauis anerkennt, verstoßen wurde.

Der US- und europäische Imperialismus sind an der strategisch wichtigen Küstenzone der West-Sahara sehr interessiert; Gran Canaria, das der Küste vorgelagert ist, wurde bereits zur nuklear bewaffneten US-Superbase ausgebaut.

Dagegen formierten sich die fortschrittlichen Kräfte des Mahgreb. Am 28. 12. 75 schlossen Algerien und Lybien einen gegenseitigen Beistandspakt und sicherten der saharauischen Revolution ihre Unterstützung zu.

Wie wir bereits im letzten AK kurz berichteten, feierte die „De- beuteten Kriegsmaterials vor: Militärlastwagen und Jeeps mit aufmon-

Wie wir bereits im letzten AK kurz berichteten, feierte die „Demokratische Arabische Republik Sahara" am 27. Februar ihr einjähriges Bestehen. Zu diesem Fest waren nicht nur etwa 50 Delegationen fortschrittlicher Länder, politischer Parteien und linker Organisationen gekommen, u.a. auch eine Vertreterin unserer Organisation (genaue Liste siehe Kasten), sondern über 10.000 Saharauis – Frauen, Männer und Kinder – hatten sich aus ihren Lagern zu dem Ort der Feier aufgemacht. Sie zogen in zwei eindrucksvollen Demonstrationszügen – Frauen und Kinder in einem Zug, die Männer in dem anderen – zum Fest. Der Zug der Frauen und Kinder war wesentlich lebendiger als der der Männer. Die Frauen sangen und riefen Parolen und stießen immer wieder einen für europäische Ohren eigenartigen lauten hohen Ton aus, der sich wie der Schlachtruf der Indianer anhörte.

Die F. Polisario führte den ausländischen Gästen in einer „Militärparade" einen Teil ihres von den Marokkanern und Mauretaniern erbeuteten Kriegsmaterials vor: Militärlastwagen und Jeeps mit aufmontierten MG's. (Nach Angaben eines Mitglieds des Revolutionsrats sind 60 % aller Waffen der F. Polisario bei Guerilla-Aktionen erbeutet.)

Dann wurde der offizielle Teil durch eine Ansprache des neuen Generalsekretärs der F. Polisario, Mohamed Abdelaziz, eröffnet. Abdelaziz ging in dieser Rede u.a. auf die „*Schweigemauer*" ein, mit der versucht wird, die Existenz des saharauischen Volkes zu leugnen. „*In diesem Zusammenhang hofften bestimmte Kapitulanten auf das schnelle Verschwinden dieses Teils der Menschheit, indem sie ihn in die Ecke des Vergessens stellen wollten wie andere alte Zivilisationen, z.B. die Azteken, Rothäute, usw. Aber unser Volk hat in einem logischen und natürlichen Prozeß seine nationale Identität verkündet. Es gründet sich darauf, daß das Recht auf seiner Seite ist, auf seine heroische Haltung und Fähigkeit, seine legetimen Rechte zu erkämpfen, egal wie hoch der Preis ist.*"

Als die „*großen Führer unseres Kontinents*" stellte Abdelaziz „*Patricio Lumumba, Amilcar Cabral, Nasser und die Freiheitshelden der algerischen Revolution*" heraus.

Zum Charakter des jungen Staates sagte Abdelaziz: „*Wir und mit uns alle Verteidiger der wirklichen, also der politischen, ökonomischen, militärischen und kulturellen Unabhängigkeit, sowie alle Verfechter dieser Ziele besonders in der Dritten Welt und auf der Welt insgesamt, können also sagen, daß die D.A.R.S. das logische Ergebnis eines bewaffneten Befreiungskampfes ist, der höchsten Form des Kampfes gegen den Kolonialismus überhaupt, daß sie ausgerufen wurde im Kriegszustand gegen den Expansionismus, daß sie geleitet wird von der wissenschaftlichen Theorie und das Programm der national-demokratischen Revolution zu ihrem eigenen gemacht hat, das alle Schichten des Volkes vereint, sowie alle fortschrittlichen und Freiheitskräfte auf der Welt.*"

Eine Bezugnahme auf die „wissenschaftliche Theorie" (des Sozialismus) und das Programm der nationalen demokratischen Revolution findet sich in dieser Deutlichkeit durchaus nicht in allen Äußerungen führender Polisario-Vertreter. Die F. Polisario versteht sich entsprechend ihrem Charakter als Front, als nationale, antiimperialistische revolutionäre Kraft.

In derselben Rede von Abdelaziz heißt es dementsprechend: „*Die Feinde sagen der islamischen Welt, wir seien Kommunisten, der sozialistischen Welt sagen sie, wir seien Imperialisten, den Arabern, wir seien Afrikaner, den Afrikanern, wir seien arabische Rassisten und ähnliche sinnlose Beschuldigungen. Aber sie haben sich nicht getraut, uns als einfache Nationalisten zu bezeichnen; die anderen Völkern dasselbe wünschen wie sich selbst.*" –

Im weiteren wurden Grußbotschaften eines Teils der Delegationen verlesen (Algerien, Benin, VR Korea, Guinea-Bissao. Lybien. PSU (Frank- schaften eines Teils der Delegationen verlesen (Algerien, Benin, VR Korea, Guinea-Bissao, Lybien, PSU (Frankreich), FDLP, Vietnam, PCE (Spanien, sprach stellvertretend für insgesamt 14 anwesende spanische Organisationen), PCF (Frankreich), PS (Belgien), ein Vertreter der „Freunde des saharauischen Volkes" in Spanien und Europa, SWAPO (Namibia, sprach gleichzeitig im Namen des südafrikanischen ANC und der ZAPU) sowie der Generalsekretär der Organisation für Menschenrechte, Payot.) Wegen der gedrängten Zeit war es unmöglich, alle Delegationen zu Wort kommen zu lassen. In einem anschließenden Kulturprogramm wurden Revolutionslieder, Theaterszenen und ein Film über den saharauischen Befreiungskampf vorgeführt. Die meisten ausländischen Gäste traten anschließend die Heimreise an. Nur ein kleiner Teil von ca. 40 besonders Interessierten (darunter auch die Genossin des KB) nahmen das Angebot der Genossen der F. Polisario an, das Leben des saharauischen Volkes kennenzulernen und ein paar Tage in der Wüste zu bleiben.



Gespräch mit Kriegsgefangenen

Die Genossen der F. POLISARIO führten uns ca. 30 marokkanische und mauretanische Kriegsgefangene vor. (Insgesamt hat die F. POLISARIO derzeit etwa 400 Kriegsgefangene.) Die Gesichter der meist jungen Gefangenen hellten sich auf, als die anwesenden POLISARIO-Genossen allen der Reihe nach die Hand gaben und sie freundlich begrüßten. Zigaretten wurden verteilt. Ohne eingeschüchtert zu sein, erzählten sowohl mauretanische wie marokkanische Gefangene übereinstimmend, daß sie gut behandelt werden, daß sie gut zu essen bekommen, sogar besser als vorher in ihren jeweiligen Armeen. Viele waren während ihres ersten Einsatzes gegen das saharauische Volk gefangen genommen worden und sagten, sie hätten vorher keine Ahnung gehabt, was sie taten. Ein mauretanischer Gefangener sagte, er hoffe, daß das saharauische Volk bald sein Recht bekommt, damit der Frieden wieder hergestellt wird. Ein marokkanischer Gefangener sagte, daß das marokkanische Volk von Presse und Rundfunk nur aufgehetzt wird und es keine Partei gibt, die die Wahrheit sagt. Er berichtete außerdem, daß die F. POLISARIO den Gefangenen die Möglichkeit gibt, über den Sender „Freies Sahara", der auch in Marokko gehört wird, ihre Angehörigen zu grüßen.



Erbeutete Jeeps und Armeelastwagen mit aufmontierten Maschinengewehren

Die Gefangenen brauchen nicht zu arbeiten. Sie haben Kontakt mit dem saharauischen Volk, können mit POLISARIO-Genossen diskutieren. Einige äußerten sogar den Wunsch, an der Guerrilla teilzunehmen. Aber soweit wir verstanden haben, lehnt die F. POLISARIO das ab. Die F. POLISARIO vermeidet alles, was auch nur entfernt der Genfer Konvention über die Behandlung von Kriegsgefangenen widersprechen könnte.

Wir verabschiedeten uns mit Handschlag von den Gefangenen, und jeder hatte begriffen, daß die F. POLISARIO hier etwas ganz Ausgezeichnetes im Sinne der vielzitierten „Völkerverständigung" – und das im Kriegszustand – tut, d.h. ganz klar trennt zwischen den verantwortlichen Hintermännern und den meist armen, unwissenden Soldaten, die in einen Krieg gehetzt werden, dessen Sinn sie nie begriffen haben. Es ist daher kein Zufall, wie das marokkanische Regime auf so etwas reagiert: Als die F. POLISARIO vor einiger Zeit einige marokkanische Gefangene freiließ, wurden sie allesamt, kaum in Marokko angekommen, ermordet. Solch eine Angst hat Hassan II, daß die Wahrheit über seinen verbrecherischen Krieg herauskommt. Der gefallene Generalsekretär der F. POLISARIO, El Ouali, sagte zu diesem Aspekt der Kriegsführung, d.h. der Trennung zwischen Volk und Regierung der Angreifer: „*Unsere Streitkräfte haben den Präsidentenpalast des Mokhtar Ould Daddah* (mauretanischer Marionettenhäuptling – AK), *Botschaften und anderes bombardiert, wir haben die Wohnviertel der Bevölkerung geschont, was beweist – falls das noch notwendig ist – daß die Prinzipien unserer revolutionären Aktion humane Prinzipien sind und daß wir im Gegensatz zu den Eindringlingen, nur Militärstützpunkte zum Ziel haben, während unsere Feinde keinen Unterschied zwischen Kämpfern und Zivilisten machen, und die einzigen Attacken, die sie bisher durchführten, sich gegen Flüchtlingslager richteten*" (zit. nach „Materialien..." der Informationsstelle Freie Sahara).

Die Gesundheitssituation

In jedem Lager gibt es das Notwendigste an Medikamenten und Gesundheitsvorsorge. Außerdem gibt es ein zentrales Kinderkrankenhaus und ein Klinomobil zur Behandlung Erwachsener, z.B. von Frauen bei schwierigen Entbindungen usw.

Es war eindeutig, daß die Behandlung von kranken Saharauis noch auf die allergrößten Schwierigkeiten stößt. So gibt es z. B. noch keinen Chirurgen. Also Blinddarmoperationen u. ä. müssen – mit langen Anfahrtswegen verbunden – von algerischen Ärzten durchgeführt werden. Auch praktische Ärzte sind offenbar bisher nur für einige Monate zu gewinnen gewesen, unter den schwierigen Bedingungen der Wüste zu arbeiten. So liegt die Behandlung von Kranken im wesentlichen in den Händen einiger aus Solidarität mit dem saharauischen Volk arbeitenden spanischen Krankenschwestern (so im Kinderkrankenhaus) und der Genossen der F. Polisario, die sich auf diesem Gebiet Kenntnisse angeeignet haben. Die ausländischen Besucher hatten Gelegenheit, das zentrale Kinderkrankenhaus zu besichtigen. Für einen Mitteleuropäer sind die Bedingungen der Behandlung dort äußerst primitiv. Das „Krankenhaus" ist ein kleiner flacher Lehmbau in dem auf Feldbetten im Halbdunkel die kranken Kinder sitzen oder liegen. Hygienische bzw. sterile Behandlungsbedingungen sind so gut wie nicht zu gewährleisten. Auch die Versorgung mit Medikamenten aus dem Ausland trifft immer wieder auf Engpässe und Schwierigkeiten. Die meisten der 30 – 40 kranken Kinder hatten Darmkrankheiten oder Fieber. Die Sterblichkeit ist stark gesunken, nachdem sie im Sommer letzten Jahres während einer Masern-Epidemie eine Rate von etwa zehn Kindern in der Woche erreicht hatte, liegt die Sterblichkeitsrate jetzt bei einer Handvoll Kinder im Monat – wobei allerdings die in den Lagern sterbenden Kinder nicht mitgerechnet sind. Die F. Polisario ist gerade



SAHARA LIBRE

Adresse :
SAHARA LIBRE
Boite postale N° 10
El Mouradia — ALGER

Dimanche 6 Février 1977 — N° 31 — Prix : 25 pesetas

«Notre terre est à nous, pas de bases militaires sur elle, Nos richesses sont à nous, elles ne souffrent pas le partage»

auf diesem Gebiet auf die internationale Unterstützung besonders angewiesen. Der selbstlose Einsatz von ausgebildeten Ärzten dürfte hier eine außerordentliche Hilfe bedeuten.

Die saharauische Frau

Von besonderem Interesse – nicht nur für die Delegierte des KB – war herauszufinden, wie es tatsächlich mit der Beteiligung der saharauischen Frau an der Revolution aussah. Wir haben viele Gespräche mit den Frauen geführt und zum Teil unter den ausländischen Delegierten gemeinsam ausgewertet.

Der allgemeine Eindruck in den Lagern war der einer allgemeinen und an Begeisterung grenzenden Mobilisierung und Politisierung (wir nahmen in zwei Lagern an den insgesamt drei Tage dauernden Feierlichkeiten zum Bestehen der jungen Republik teil). Und es waren immer wieder die Frauen, die bei den Reden der Delegationen aus den anderen Lagern am begeistertsten klatschten, ihre eigenartigen hohen Rufe ausstießen oder Parolen dazwischenriefen. Die Männer waren im Vergleich viel ruhiger...

Der Eindruck einer besonders kämpferischen Haltung der saharauischen Frauen wurde auch durch die Gewohnheit der getrennten Sitzordnung von Männern und Frauen verstärkt. Die Frauen saßen stets als geschlossener Block zusammen. Obwohl uns Westeuropäer diese Gewohnheit eigenartig war, konnte selbst der skeptischste Beobachter keinerlei Diskriminierung der Frauen daraus ableiten. Im Gegenteil, die Frauen hatten untereinander ein ausgesprochen herzliches und freundschaftliches Verhältnis. Auch die ausländischen Frauen wurden in diese Gemeinschaft mit großer Wärme einbezogen und wie langjährige Freundinnen behandelt. Wiederum ist diese Trennung von Männern und Frauen nicht so streng, daß es komisch auffallen würde, wenn sich eine Frau zu den Männern setzt. Was allerdings auffiel, war die scheinbare Nicht-Existenz von freundschaftlichen oder Liebesbeziehungen zwischen saharauischen Männern und Frauen. Dies in der Öffentlichkeit zu zeigen, scheint verpönt zu sein. So haben wir gesehen, wie sich Männer untereinander und Frauen untereinander an der Hand hielten, aber zwischen einem Mann und einer Frau haben wir dies nicht ein einziges M ' gesehen. Dies wurde uns gegenüber als ein Ausdruck des „gegenseitigen Respekts" von F. POLISARIO-Genossen interpretiert. Abgesehen davon haben wir den Eindruck gehabt, daß das persönliche und politische Verhältnis zwischen männlichen und weiblichen Saharauis denkbar offen, frei und gleichberechtigt ist. Dabei legen die Frauen ein ungetrübtes, ruhiges und festes Selbstbewußtsein an den Tag. Irgendwelche Formen der Eitelkeit, der Konkurrenz unter Frauen, wie man sie manchmal schon aus kleinen Beobachtungen herauslesen kann, waren absolut nicht sichtbar.

Eine spanisch-sprechende Saharaui-Genossin erklärte, die Rolle der Frau in ihrer Gesellschaft sei eine andere als die der Frau in Algerien oder anderen arabischen Ländern. Die Frau nimmt an allen Lebensbereichen teil, in den Lagern spielt sie sogar eine Hauptrolle. Sie arbeitet in den politischen und wirtschaftlichen Komitees im Lager. Die Genossin sagte mit Überzeugung, daß aber auch die Männer genauso Hausarbeit machen, daß es da keine besonderen Pflichten der Frauen gibt. Und es würden zunehmend Frauen auch an der Guerrilla teilnehmen – abgesehen von der militärischen Grundausbildung, die alle (auch die Kinder) erhalten. Ohne einen Anflug eines Zweifels sagte die Genossin, es gebe keinen Widerspruch zwischen Mann und Frau in dieser Phase, sondern nur einen gemeinsamen Widerspruch zum Kolonialismus. Die „Union saharauischer Frauen" hat auch kein besonderes Programm, sondern dasselbe wie die F. POLISARIO. Auf Nachfragen sagte die Genossin, daß auch Frauen in der Leitung der F. POLISARIO sind und zwei oder drei von ihnen an der Zeitung „Sahara libre" mitarbeiten.

Die Frau hat das Recht, eine Scheidung zu fordern. Doch die Genossin sagte, daß die Scheidungsrate verschwindend niedrig sei, da man davon ausgeht, daß die Widersprüche zwischen Mann und Frau solidarisch zu klären sind.

Eine materialistische Erklärung für diese, in einem arabischen islamischen Land ungewöhnliche Emanzipation der Frau gab ein Leitungsgenosse der F. POLISARIO. Er bestätigte den Eindruck, daß die Rolle der Frau schon vor der Revolution bedeutender als in anderen arabischen Gesellschaften gewesen ist. Und zwar haben sich in der saharauischen Gesellschaft bis vor wenigen Jahren Elemente des Matriarchats erhalten. Die Nomadenstämme der Saharauis sind stark von den Tuareg-Traditionen geprägt. Bis vor wenigen Jahren konnte die Saharaui-Frau sich noch mehrere Männer gleichzeitig nehmen und Scheidungen wurden ausschließlich von ihr ausgesprochen. Erst im Zuge der Revolution wurde die Einehe eingeführt.

Die saharauischen Frauen fühlen sich heute als gleichberechtigter Teil der Revolution ihres Volkes und weisen den Gedanken einer besonderen Unterdrückung der Frau in der saharauischen Gesellschaft von sich. Als z.B. die italienischen Genossen von „Avanguardia Operaia" und „PdUP-il manifesto" die Frage aufwarfen: Da die politische Macht aus den Gewehrläufen komme und es doch nunmal die saharauischen Männer in der Mehrzahl seien, die diese Gewehre tragen, sei es deshalb nicht auch so, daß die Männer, die die politische Macht ausüben, die Frauen zwar jetzt noch brauchen können, aber später, wenn der Krieg zu Ende ist, sie wieder unterdrücken würden? Die saharauische Genossin, die eigentlich spanisch sprechen konnte, mußte sich diese Frage auf arabisch übersetzen lassen, weil sie offenbar ihren Ohren nicht traute. Dann lachte sie herzlich und sagte: *„Wir führen einen Befreiungskampf, wir kämpfen für die Freiheit dieses Volkes und nicht dafür, wieder einen Teil dieses Volkes zu unterdrücken".* Ansonsten verwies sie darauf, daß auch viele Frauen an der Guerrilla teilnehmen.

Soweit die saharauische Genossin. Beim abendlichen „Kulturprogramm" in den Lagern war es fast ausschließlich der „Frauenblock", der Revolutionslieder sang, wobei mehrmals ältere Frauen neue Strophen erfanden, die dann gesungen wurden. Auf zu Trommeln hergerichteten leeren Benzinkanistern trommelten zwei Frauen den Rhythmus, während in der Regel ein Mann Gitarre dazu spielte. Und es waren auch die Frauen und die kleinen Mädchen, die, einzeln oder zu zweit, vor allen Anwesenden tanzten. Hin und wieder tanzte auch ein Mann.

Die Schlußfolgerung, bei den Saharauis einmal umgekehrt die Emanzipation des Mannes zu fordern, wäre allerdings sicher ausgesprochen falsch. Denn immerhin hat der spanische Kolonialismus in nicht unbedeutendem Maße in seinem Einflußbereich die Unterdrückung der saharauischen Frau zum Ziel gehabt (und teilweise durchgesetzt) und es z.B. auch nur Männern ermöglicht, im Ausland zu studieren. So haben die saharauischen Frauen ganz offensichtlich einen Nachholbedarf, was „europäischen Bildungsstand" betrifft. Auch die Kenntnis von Fremdsprachen (spanisch/französisch) ist unter den Männern wesentlich verbreiteter als unter den saharauischen Frauen, wodurch bestimmte politische Aufgaben „automatisch" eher den männlichen Genossen zufallen. Und überhaupt – wo die ganze Welt und besonders die arabische – die Frauen besonders scharf unterdrückt, da haben auch die Frauen der Sahara noch Aufgaben und Schwierigkeiten vor sich, die sich vielleicht heute noch gar nicht so deutlich abzeichnen.



Der Informationsminister der D.A.R.S. während einer Pressekonferenz am 28.2.77

Die Lager

Die Lager

„Kann man sich eine leerere Wüste vorstellen als dieses Gestein von Tinduf, wo selbst die Dornengewächse sich nicht festklammern können? Gibt es einen Boden, der im Sommer erstickender, im Winter eisiger ist, einen Ort, so weit entfernt von aller Tätigkeit und so menschenleer? Ebensogut kann man auf dem Mond leben, überleben besser gesagt, denn trotz der feststellbaren Verbesserungen brächten die Normalsituation in den Lagern und das Leben, das man dort führt, einen Einsiedler zum Fasten" („Le Monde", 7.8.76 – nach „Materialien zum Befreiungskampf in der Westsahara", Informationsstelle Freie Sahara).

Selbst wenn wir bei diesem Schreckenseindruck eines europäischen Journalisten über die Lebensbedingungen der Saharauis den ersten Schock des Zivilisationsentzugs abziehen, so steht doch ganz klar fest, daß das saharauische Volk seinen Befreiungskampf unter sicher einmalig extremen äußeren Bedingungen führt. Nicht nur die klimatischen Bedingungen sind für einen Mitteleuropäer selbst für kurze Zeit kaum auszuhalten, dazu kommt häufig der sturmartige Wüstenwind (siroco), der Massen feinsten Sandes durch die kaum schützenden Zeltwände treibt und in Kleidung, Augen, Mund und Nase dringt. Und Wasser ist eine äußerst kostbare Mangelware. Es muß großenteils noch mit großen Tanklastern in die Lager geschafft werden. Nur an wenigen Stellen liegt das Wasser nur einige Meter unter der Sandoberfläche. Vielfach müßten über 100 Meter tiefe Brunnen gegraben werden, um an die versunkenen Wasseradern heranzukommen. Die bessere Wasserversorgung der Lager ist eins der wichtigsten Zeile beim Aufbau der Infrastruktur. Ein Mitglied des Revolutionsrates der F. POLISARIO sagte während einer Pressekonferenz, daß demnächst mit der Einrichtung von Kollektivduschen in den Lagern begonnen würde.

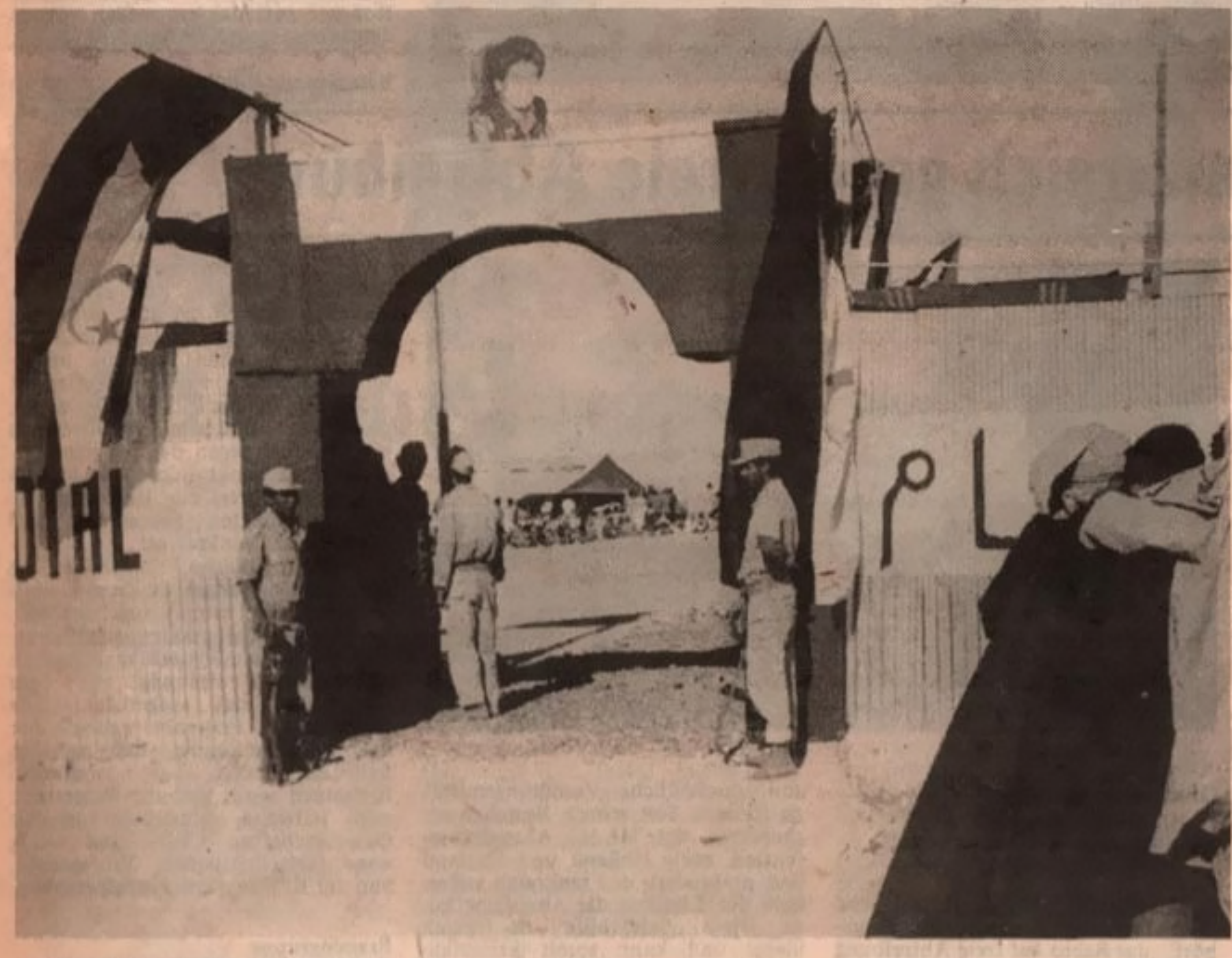
Über die Lebensmittelversorgung macht ein Vertreter des Internationalen Roten Kreuz, Lampell, folgende Angaben: *„Individuelle Tagesration. Getreide: 200 g, trockenes Gemüse und Datteln: 100 g, Pulvermilch: 40 g, Tee und Öl: 10 g... Jeder Flüchtling hat 1.700 Kalorien am Tag"* („Le Monde", 7.8.76, nach „Materialien ..." Informationsstelle Freie Sahara). Die Lebensmittelversorgung hat sich nach Angaben der F. POLISARIO geringfügig verbessert, ist aber nach wie vor fast ausschließlich von der internationalen Hilfe abhängig. In den Lagern wird die Zucht der fast ausgerotteten Herden (Ziegen und Schafe) forciert. Ebenfalls sind allererste Experimente mit landwirtschaftlicher Produktion im Anlaufen, doch diese stoßen auf leicht zu begreifende extreme Schwierigkeiten. Während unseres Aufenthaltes in den Lagern haben wir manchmal fast etwas beschämt unsere Sonderverpflegung (zwei Mal am Tag warmes Essen mit Fleich und Gemüse) verzehrt. Doch die herzliche Gastfreundschaft der Saharauis abzulehnen, war unmöglich.

Nachts, wenn wir manchmal noch unter drei Decken in den windigen Zelten froren, mußten wir daran denken, daß ein Mitglied des Revolutionsrates auf einer Pressekonferenz es als einen Fortschritt dargestellt hatte, daß jetzt jeder Saharaui wenigstens eine Decke hat...

„Sie haben uns unseren Besitz geraubt und unsere Reichtümer geplündert. Zum Beispiel hatten wir einen bedeutsamen Viehbestand, von dem 75% während des Krieges von 1956 bis 1959 (Aufstand der Saharauis gegen den spanischen Kolonialismus – AK) vernichtet wurden. Von allem beraubt, fanden wir die Städte, unsere einzige Zuflucht, in den Händen der Fremden. Diese Ausländer versteiften sich darauf, daß wir ein Volk von Bettlern seien, das nach der Großzügigkeit der Fremden rufe. Betteln gehört jedoch nicht zu unseren Traditionen. Wir sind ein großmütiges und stolzes Volk, das von weither gekommen ist. Es hat viele Opfer bringen müssen und dies über lange Zeit und zwar nicht für partikulare Interessen, sondern um hoher Grundsätze willen, die der ganzen Menschheit dienen" (aus einer Ansprache von El Quali, gefallener Generalsekretär der F. POLISARIO, nach „Materialien..." der Informationsstelle Freie Sahara).

Das kämpfende Volk von Saguia el Hamra und Rio de Oro verdient unseren Respekt und unsere revolutionäre Solidarität. Die Frente POLISARIO hat das Jahr 1977 zum *„Jahr der Niederlage der Expansionisten"* erklärt. Wir hoffen und wünschen, daß die F. POLISARIO mit dieser Einschätzung Recht behält.

Eine Genossin des KB



1. Jahresfeier der „Demokratischen Arabischen Republik"



Frauen



Hannover : Prozess wegen §218

Am 3.3. fand im Amtsgericht Hannover ein Strafprozeß wegen „illegaler Abtreibung" statt. Angeklagt waren zwei Frauen: die eine, weil sie abgetrieben hatte, die andere wegen Beihilfe.

Schon zu Beginn des Prozesses wurde deutlich, daß es hier darum ging ein Exempel zu statuieren und daß es noch nicht einmal darauf ankam, auch nur den kleinsten Anschein von „Rechtsstaatlichkeit" zu wahren:

+ Obwohl bzw. gerade weil bekannt war, daß ein relativ breites Interesse an diesem Prozeß bestand und daß mit einer ganzen Reihe von Zuhörern zu rechnen war, war ein Gerichtssaal ausgewählt worden, in dem ganze 25 Zuhörer Platz hatten.
+ Jeder, der zu diesem Prozeß wollte wurde von Zivilpolizisten (VS) registriert und z.T. sogar angemacht.
+ Angesichts der Tatsache, daß noch nicht einmal die Hälfte aller Zuhörer die Chance hatte, in den Gerichtssaal zu kommen, stellte der Verteidiger der einen Angeklagten den Antrag auf Verlegung des Prozesses in einen größeren Raum. Dieser Antrag wurde abgelehnt.
+ Als dann die ca. 30 Mitglieder des KBW-Komitees gegen den § 218 es trotz Polizeiabsperrung schafften, in den Gerichtssaal vorzudringen und dort ihre Parolen riefen, stürmte ohne jegliche Vorwarnung ein Rollkommando der Polizei herein und begann wie wild auf die Prozeßgegner einzuknüppeln!

Nach diesem Zwischenfall eröffnete dann - als wäre nichts passiert - die Richterin die Verhandlung. Dann wurden die Angeklagten vernommen.

Im September '75 wurde Frau St. zum fünften Mal schwanger, in einer Zeit, in der sie sich gerade von ihrem Mann scheiden lassen wollte. Die ganze Hoffnungslosigkeit und Ausweglosigkeit ihrer Lage kommt darin zum Ausdruck, daß die Frau in ihrer Not versuchte, das Kind mit einer Stricknadel abzutreiben, was aber nicht gelang. Sie wandte sich daraufhin völlig verzweifelt an einen Freund, der ihr versprach, über eine alte Bekannte, an eine Holland-Adresse zu kommen. Diese Bekannte, die wegen „Beihilfe" angeklagte Frau S., erklärte sich auch dazu bereit. Auf dem Weg nach Holland machte Frau St. mit ihrem Freund bei Frau S. Station, um letzte Informationen über die Hollandadresse zu bekommen. Im Gespräch zwischen den beiden Frauen, die sich vorher nicht kannten, stellte sich heraus, daß Frau St. bereits in der 14.Woche schwanger war, es ihr zudem schlecht ging, so daß man sich entschloß, nicht nach Holland zu fahren. Frau St. erhielt von Frau S. Chinintabletten und Alkohol, die, so das ärztliche Gutachten, bei *„psychischer Bereitschaft der Frau dazu angetan sind, den Abort einzuleiten"*. Außerdem stützte sich Frau S. auf den Bauch der Schwangeren, um den Abort zu beschleunigen.

Nicht genug damit, daß die Frauen durch die Vernehmung während des Prozesses dazu gezwungen waren, diesen schrecklichen Tag nochmal in allen Einzelheiten darzustellen (wer wann womit das Blut aufgewischt hat, wer den Fötus in die Toilette warf usw. usf.), was beide sichtlich belastete, sondern nach und nach wurde klar, daß hier die zwei angeklagten Frauen bewußt gegeneinander ausgespielt werden sollten. Es war ab einem bestimmten Punkt vollkommen offensichtlich, daß Frau St. straffrei ausgehen sollte, wenn sie nur Frau S. genug belastete.

Und so kam es denn auch: Obwohl sich die einzelnen Zeugen z.T. gegenseitig widersprachen, die Aussagen einer Zeugin in sich völlig widersprüchlich waren, reichte das aus, Frau S. zu 750 DM Geldstrafe zu verurteilen, während der Prozeß gegen Frau St. eingestellt wurde.

Dieser Prozeß hat wieder einmal bewiesen: Für die betroffenen Frauen hat sich nach der angeblichen „Reform" des Abtreibungsparagraphen nichts an ihrer Situation geändert!

So äußerte denn auch die Richterin bezeichnenderweise: **„...es stellt sich lediglich die Frage, ob wir nach der reformierten oder der alten Fassung des § 218 Recht sprechen - aber das ändert ja nichts an der Schuldfrage und dem Strafmaß".**

Leider waren die Hannoverschen Frauengruppen, die wir auf den Prozeß hin angesprochen hatten, nicht zu einer spontanen Protestaktion bereit.

Wir hoffen und werden uns dafür einsetzen, daß dieser Prozeß für die Hannoversche Frauenbewegung ein Anstoß wird, sich wieder verstärkt und auch öffentlich mit dem Abtreibungsparagraphen auseinanderzusetzen.

KB-Frauengruppe Hannover

Richtigstellung

„Liebe Genossinnen!
Bei Eurer Berichterstattung über die Aktionen gegen den § 218 am 25. Februar ist Euch ein für uns in Bremen nicht unwesentlicher Fehler unterlaufen.

Ihr schreibt, daß 100 Menschen an unserer Kundgebung teilnahmen. Das ist uns zu tief gestapelt, denn immerhin waren es 200 Menschen, die sich unser Straßentheaterstück und die Kundgebung ansahen. An der spontanen Demonstration danach beteiligten sich dann noch 100 Menschen.
Mit solidarischen Grüßen
HfSS-Frauengruppe
Krankenhausfrauengruppe
Unorganisierte Frauen
AG-Frauen/KB-Gruppe Bremen".

„Spar"maßnahmen - medizinisch gesehen

Auf seiner letzten Tagung legte der Deutsche Kassenärztverband einen Vier-Punkte-Katalog vor, in dem er vor allem für eine finanzielle Entlastung der Krankenkassen von **sachfremden Ausgaben** wie *„Mutterschaftsvorsorge und Gesetzgebung um den Paragraphen 218"* plädierte („SZ", 21.2.77).



Frauenkongreß in München

Am 5./6. 3. 77 fand in München ein nationaler Kongreß der autonomen Frauenbewegung statt. Etwa 1.000 Frauen beteiligten sich. Es wurden zu allen in der Frauenbewegung anstehenden Fragen Standpunkte einzelner Frauenzentren und -gruppen in Referaten vorgetragen. Anschließend teilten sich die Frauen in Arbeitsgruppen, die zu den verschiedenen Themen eingerichtet waren (Repression gegen Frauen, Frauenzentren, Lesben, Frauenhäuser, § 218, feministische Inhalte im Beruf, Lohn für Hausarbeit und Frauengewerkschaft, Arbeitslosigkeit von Frauen, Frauenprojekte, Selbsthilfezentren, feministische Therapie, Ökologie, Frauenbewegung und Linke, „Schwarze Botin") auf.

Mit den einzelnen Strömungen und Standpunkten, die auf diesem Kongreß auftauchten, wollen wir uns demnächst im AK befassen.

KB/ Gruppe Hamburg

Musterprozeß in Frankreich gegen freie Abtreibung

In Aix-en-Provence fand am 10.3. ein Prozeß gegen sechs Frauen der MLAC („Bewegung für die Freigabe von Abtreibung und Verhütung") statt. Das Gericht verhängte gegen sie Gefängnisstrafen von einem bis zwei Monaten mit Bewährung.

Die Frauen waren angeklagt wegen „versuchter Abtreibung" und „Mittäterschaft" sowie „illegaler Anwendung der Heilkunst" (nach „Le monde", 12.3.77). Merkwürdigerweise wurden nur drei der Frauen wegen „Täterschaft" und drei wegen „Beihilfe" juristisch belangt, obwohl alle immer wieder betonten, gemeinsam den Eingriff vorgenommen zu haben.

Die „Tat":

Im Oktober wandte sich ein 17-jähriges Mädchen an die MLAC-Sektion in Aix-en-Provence. Sie war in der neunten Woche schwanger. Ihre Eltern hatten ihr Verhütungsmittel strengstens verboten. Um aber eine legale Abtreibung durchführen zu lassen, hätte sie für das Krankenhaus die Einwilligung der Eltern gebraucht. Deswegen verhalfen ihr die 6 Frauen zu einer Abtreibung nach der Absaugmethode in einem Zentrum der MLAC. Kurz vor Beendigung des Eingriffs verlor das Mädchen offenbar die Nerven und verlangte die Einweisung in ein Krankenhaus. Der Vater bekam Wind von der Sache und erstattete Anzeige gegen die Frauen vom MLAC (nach „FR", 11.3.).

Die Situation in Frankreich

In Frankreich gibt es seit 1975 ein neues Abtreibungsgesetz wonach in den ersten 10 Wochen einer Schwangerschaft ein Abbruch straffrei ist, sofern er in einer Klinik vorgenommen wird. Weil die Zahl der Kliniken, die sich letzten Endes dafür zur Verfügung stellen, klein ist, finden abtreibungswillige Frauen selten Platz, um es auf legalem Weg machen zu lassen. Außerdem liegen die Preise zwischen 400 - 1 500 Mark. Und wie bei uns gibt es Frauen, deren Ärzte nicht rechtzeitig Auskunft geben, daß sie schwanger sind, gibt es Ausländerinnen ohne Aufenthaltserlaubnis und Arbeitsgenehmigung, gibt es Arbeitslose und Leichtlohnempfängerinnen, sowie Minderjährige, die besonders von dem Gesetz benachteiligt sind.



Die französische Frauenbewegung und die Abtreibung

Das MLAC und die französische Frauenbewegung haben nie aufgehört, das Recht auf freie Abtreibung auf Krankenschein und kostenlose und unschädliche Verhütungsmittel zu fordern. Seit seinem Bestehen organisierte das MLAC Abtreibungsfahrten nach Holland und England und praktiziert in Frankreich außerhalb der Kliniken die Absaugmethode. Diese „Selbsthilfe" ist freilich illegal und kann somit kriminalisiert werden.

Zwar ist die Bewegung um die Abtreibung in letzter Zeit etwas zur Ruhe gekommen, ist aber durch die letzten Ereignisse, durch die Sabotage der Kliniken und die unverschämten Preise, wieder aufgeflammt.

So gelang es, den Prozeß - den ersten dieser Art - zumindestens teilweise in ein Tribunal gegen das Abtreibungsgesetz umzufunktionieren. Ca. 2.000 Menschen waren zur Unterstützung der Angeklagten gekommen, aus allen Teilen Frankreichs!

Die französische Frauenbewegung hat Veranstaltungen zu dem Prozeß gemacht, alle Parteien angesprochen, Selbstbezichtigungskampagnen organisiert und am Prozeßtag selbst zu einer Großkundgebung vor dem Gerichtsgebäude aufgerufen. Die französiche Frauenbewegung hat öffentlich verkündet, daß sie ihre Selbsthilfe-Praxis auch weiterhin fortsetzen wird; und ihr Widerstand wird teilweise unterstützt von den Gewerkschaften CFDT und CGT, von fortschrittlichen Professoren, von der KPF und von Einzelpersonen.

Frauengruppe
KB/Gruppe Hamburg

Der 8. März – ein Erfolg der Frauengruppen!

Der diesjährige 8. März ist in den Städten, wo Frauenfeste gefeiert wurden, als Erfolg zu verzeichnen.

Viele Frauen waren erstmals gekommen, um den internationalen Frauenkampftag zu feiern, um Informationen über die Arbeit in den Frauengruppen zu erhalten und um Kontakt mit Frauen zu bekommen, die ebenfalls nach einem Weg für die Befreiung der Frau suchen. Allerdings muß hier festgestellt werden, daß die Feste nicht ganz den Anforderungen entsprachen, daß sie zum großen Teil zu wenig politisch informierten, daß sie zu wenig in eine politische Auseinandersetzung mit den interessierten Frauen mündeten, sondern vielfach ausschließlich Festcharakter hatten.

In W e s t b e r l i n fand am 11. März im Audimax eine Veranstaltung unter dem Motto „Frauenunterdrückung – am Beispiel Sexualität" statt, zu der über 800 Menschen kamen. Getragen wurde die Veranstaltung von der „Frauen-Aktionseinheit", in der folgende Gruppen mitarbeiten: Rote Kralle (Frauengruppe Kreuzberg), „Radikal"-Frauen, Verlag Frauenpolitik, AG Frauen des KB, SSB-Frauen, Humanistische Union, MIR (Chile). Die Anti-Apartheid-Bewegung unterstützte die Veranstaltung mit einem Stand und einem Informationsflugblatt zur Situation der Frauen im Befreiungskampf Namibias.

Es wurden verschiedene Beiträge gehalten zur besonderen Unterdrückung der Frauen im Beruf, Werbung, Medien, Prostitution, Sexual„erziehung" u. a.

Den absoluten Höhepunkt der Veranstaltung bildete das Referat der chilenischen MIR-Genossin Luz de las Nieves Ayres Moreno, die im Dezember '76 zusammen mit Gladys Diaz freigelassen wurde. Sie schilderte in beeindruckender und erschütternder Weise ihren Leidensweg durch die KZ's der Faschisten, in denen sie unmenschlichsten Foltermethoden – 90 % davon waren sexuelle Foltern – ausgesetzt war.

Im zweiten Teil der Veranstaltung kamen Beiträge zur Auseinandersetzung mit zwei verschiedenen Strömungen der autonomen Frauenbewe-

Im zweiten Teil der Veranstaltung kamen Beiträge zur Auseinandersetzung mit zwei verschiedenen Strömungen der autonomen Frauenbewe-

gung: Alice Schwarzer und die „Schwarze Botin" (Westberlin). In einer Parodie traten danach Genossinnen und Genossen als AAO mit ihrem Ober-Guru Otto Mühl auf und legten eine „Selbstdarstellung" aufs Parkett.

Die Musik-Gruppe „Roter Pfeffer" und die Frauengruppe sangen und spielten verschiedene Frauenlieder.

Eine Sammlung zugunsten des MIR brachte über 1.250 DM.

In H a m b u r g hatte die Aktionseinheit Hamburger Frauengruppen zu einem Frauenfest aufgerufen, das von ungefähr 3.000 Menschen besucht wurde. Die „Frauenhausinitiative" hatte auf diesem Fest einen Büchertisch, wo sie für ein Hamburger Frauenhaus sammelte. Auch das Kinderhaus Heinrichstraße hatte einen Stand, u. a. mit zum Teil von den Kindern selbst hergestellten Töpferwaren u. a., die dort verkauft wurden.

Aufrufe zur Teilnahme am Fraueblock in Grohnde und zur Teilnahme an den Vorbereitungsarbeiten eines Russell-Tribunals gegen die Repression unterbrachen die vielen Musikbeiträge, die zum Thema Unterdrückung und Befreiungskampf der Frau vorgetragen wurden.

Die Frauengruppe am Amt für Jugend/Amt für Schule hatte am 8. März Frauen und interessierte Kollegen eingeladen, um über die Bedeutung und Entstehung des Internationalen Fauentages zu reden.

Es waren ca. 40 interessierte Kolleginnen sowie einige Männer erschienen. Diskutiert wurde über die besondere Unterdrückung der Frau in der Erziehung, im Beruf und Privatleben.

In Schleswig-Holstein fanden in Flensburg und Lübeck Frauenfeste statt.

In L ü b e c k hatte das Frauenzentrum zum Frauenfest eingeladen, zu dem 200 Menschen erschienen. Beiträge zum Kampf der Frauen in Chile, Vietnam, Italien, Holland und England und ein Film über den Kampf der Frauen für gleichen Lohn gestalteten die Festveranstaltung.

In F l e n s b u r g hatte die Flensburger Frauengruppe und die Frauenkommission des KB zum Frauenfest aufgerufen. 220 Menschen folgten diesem Aufruf. Es wurden Reden gehalten zum Kampf der Frauen in der BRD und in anderen Ländern. Erfahrungsberichte über eine Abtreibung und ein Beitrag zur Ausbildungssituation der Mädchen in der BRD wurden gehalten.

In Nordrhein-Westfalen feierten in K ö l n gut 200 Menschen den Internationalen Frauentag, und in B o c h u m waren auf dem Frauenfest 320 – 350 Menschen. Infostände und Wandzeitungen informierten

ternationalen Frauentag, und in B o c h u m waren auf dem Frauenfest 320 – 350 Menschen. Infostände und Wandzeitungen informierten

über die genitale Verstümmelung von Frauen, über politische Repression gegen Frauen, zum § 218. Aufgerufen wurde zur Teilnahme an der Demonstration in Grohnde. Der Verlag „Frauenpolitik" aus Münster stellte sein Projekt für das Frauenjahrbuch 1977 vor, eine Theatergruppe spielte einige Szenen aus dem Stück „Cyankali". Getragen wurde das Frauenfest von einer Aktionseinheit: Frauengruppe Bochum-Querenburg, Arbeitsgruppe Frauen Bochum, KB-Frauengruppe, Arbeitsgruppe Frauen Köln, Frauen aus der FAD und Frauen aus der Frauengruppe Hattingen.

In B r e m e n gab es ein Frauenfest, das veranstaltet wurde von der HfSS-Frauengruppe, der Krankenhaus-Frauengruppe, vom MIR und vom KB. 400 Menschen folgten dem Aufruf dieser Frauengruppen.

In F r a n k f u r t riefen Unifrauen, die Frauengruppe Hanau, Frauen aus dem Stadtschülerrat, das Irlandkomitee, der MIR, die Omanhilfe, die CISNU und der KB zu einem Frauenfest auf, zu dem 300 Menschen erschienen. Einige Frauen aus dem Frankfurter Frauenzentrum forderten, daß den Männern die Teilnahme an diesem Frauenfest versagt bliebe und verließen nach einer Auseinandersetzung das Fest, als sie sich mit ihrer Forderung nicht durchsetzen konnten.

In K a r l s r u h e hatte die Werkstattfrauengruppe zu einer Veranstaltung aufgerufen, zu der 30 Leute kamen.

P f o r z h e i m: Ungefähr 35 Frauen waren auf der Veranstaltung der Frauengruppe Pforzheim.

In Nürnberg kamen **3 0 0** Menschen auf das Frauenfest, das von der FHS-Frauengruppe, der Stiftungs-Fachhochschul-Frauengruppe, der Komm-Frauengruppe, der Arbeitsgruppe „Gewalt gegen Frauen" und der KB-Frauengruppe veranstaltet wurde.

In **H i l d e s h e i m** gab es ein Frauenfest, an dem sich 350 Menschen beteiligten.

Insgesamt läßt sich feststellen, daß die diesjährigen Frauenfeste ein Erfolg hinsichtlich ihrer Besucherzahlen waren, aber – eine Ausnahme bildete hierbei West-Berlin – inhaltlich-politisch hinter den Anforderungen zurückblieben. Die Besucher/innen waren in der Regel Menschen, die über diese Frage angesprochen worden waren, an der Frauenfrage interessiert und möglicherweise politisierbar sind. Frauen aus der autonomen Frauenbewegung haben in aller Regel durch Abwesenheit geglänzt oder ihre Teilnahme darauf beschränkt, Diskussionen über die Frage zu führen, ob Männer zu Frauenfesten zugelassen sind oder nicht.

Wir müssen feststellen, daß zwar

Diskussionen über die Frage zu führen, ob Männer zu Frauenfesten zugelassen sind oder nicht.

Wir müssen feststellen, daß zwar

der Schwung der autonomen Frauenbewegung erstmal dahin ist, daß aber insgesamt überhaupt kein Grund für uns besteht, in eine resignative Stimmung miteinzufallen, denn das Interesse an der Frauenfrage ist nach wie vor sehr groß.

In diesem Sinne sollten wir alle Kräfte daransetzen, den 1. Mai in diesem Jahr zu einem weiteren Erfolg für die Kämpfe der Frauen in der BRD zu machen!

Leserbrief

Liebe AK-Redakteure, Drucker, Layouter usw.,

H e r z l i c h e n G l ü c k w u n s c h nicht nur zu Nummer 100, denn daß es die und mindestens weitere 100 gibt, liegt ja auch an Nummer 1 – 99.

Wenn ich Euch auch schon dann und wann mal eine Information schickte ohne redaktionelle Reaktion, bin ich aber weiter nicht sauer, weil ja auch so das Notwendige gesagt wurde/wird – in letzter Zeit eben in einem Schreibstil, der mir hier in der Etappe (in der ich mich vorübergehend wegen meiner kurzfristig ungeklärten Ausbildungssituation befinde) so als Einzelner ganz schön aufs Fahrrad hilft!

Na, und auch eine kritische Frage ziert den Jubel-Brief: Warum denn statt der aufgehenden Sonne in der „Headline" von Nr. 100 nur ein Mann alleine – da fehlt doch die Frau!

Also – denn man weiter so! Damit das Vertrauen in den AK und sein Drumherum weiter wachsen kann: Erstmal Prost! Und dann

Rotfront

8.3.77

Eine AK-Leserin

Frauenhaus Bremen

Frauenhaus Bremen

Seit Januar gibt es in Bremen ein selbstorganisiertes Frauenhaus. Dort sollen mißhandelte Frauen Zuflucht finden, von dort sollen sie ihr Leben in die eigenen Hände nehmen. Das Haus gehört der Gruppe „Frauen helfen Frauen" selbst, sie sind also von institutionellen Kontrollen und Eingriffen wie Hausordnungen und Belegungsvorschriften frei. In der Vorbereitung für das Haus (seit etwa einem halben Jahr) hat die Frauengruppe intensiv über das Problem der Selbstverwaltung und die Erfahrungen insbesondere der Westberliner Frauenhausgruppe mit der staatlichen Förderung diskutiert. Ihre Konsequenz daraus war, das Haus so weit wie möglich selbst zu organisieren.

Das Problem ist dabei aber der Geldmangel, da das Haus allein über Spenden finanziert wird. (Die mißhandelten Frauen selbst leben fast alle von Sozialhilfe.) Die Gruppe hat deshalb einen Förderverein gegründet der das Haus durch regelmäßige Spenden unterstützt. Außerdem wollen die Frauen jetzt auch an den Senat herantreten und Geld fordern. Das langfristige Ziel ist, daß der Senat einen festen Tagessatz bezahlt, nicht aber feste Angestellte. *„Aus diesem Topf können dann alle, die im Haus arbeiten, bezahlt werden, wir müssen uns nicht auf ein paar Fachkräfte beschränken lassen und bleiben weiterhin eine gleichberechtigte Gruppe"* (aus einem Flugblatt der Gruppe). Heute sind 7 Frauen mit insgesamt 12 Kindern im Haus. Es gibt 5 Zimmer zum Wohnen und 5 Gemeinschaftsräume. Die meisten Frauen sind nur 3-4 Tage da, für sie ist es meistens die erste Möglichkeit überhaupt, von zu Hause zu flüchten. Sie hoffen, daß der Mann sich durch den Druck geändert hat und gehen deshalb wieder nach Hause zurück. Ein kleiner Teil der Frauen bleibt solange, bis sie für sich und die Kinder eine eigene Wohnung gefunden haben Das ist z.T. sehr schwierig, weil gerade für solche Frauen, die von Sozialhilfe leben und oft mehrere Kinder haben, kaum Wohnungen zur Verfügung gestellt werden.

Besonders übel dran sind die ausländischen Frauen, die aus Nicht-EG-Ländern kommen: Sie werden sofort abgeschoben, wenn sie Sozialhilfe beantragen. Eine Frau im Frauenhaus ist z. B. gezwungen, 60 Stunden in der Woche und mehr zu arbeiten, um sich und ihre Kinder durchzubringen. Das Hauptproblem ist dann die Kinderbetreuung. Die Frauenhausgruppe hat bisher nicht genug Geld, um eine feste Bezugsperson für die Kinder zu finanzieren. Z.Z. helfen sich die Frauen untereinander, aber das klappt natürlich auch nicht von heute auf morgen.

Obwohl die Wohnverhältnisse ziemlich beengt sind - es wird nämlich keine Frau abgewiesen - klappt das Zusammenleben ziemlich gut. Ein Beispiel: Die Frauen organisieren den Haushalt jede für sich und die Kinder, sie laden sich aber gegenseitig zum Essen ein.

Die ca. 30 Frauen der Frauenhausgruppe wechseln sich beim Dienst im Frauenhaus ab. Ihre Aufgabe verstehen sie als Unterstützung der mißhandelten Frauen, nicht als Caritas. Sie wollen gemeinsam mit den Frauen Alternativen gegen die Gewalt und die Abhängigkeit der Frauen entwickeln.

AG Frauen
KB/Gruppe Bremen



Solidaritätsadresse spanischer Frauen

Folgendes Solidaritätstelegramm schickten uns Genossinnen der katalanischen Frauenorganisation „Associacio catalana de la dona" zu unserem Frauenfest am 11.2. nach Hamburg. Es wurde am Abend der Veranstaltung verlesen und begeistert begrüßt.

associacio catalana dona saluda solidariamente movimiento
feminista hamburgo conmemorando dia internacional mujer
lucha de todas las mujeres conseguira sociedad justa para
todos y con ella liberacion mujer

... grüßt solidarisch Frauenbewegung Hamburg zum internationalen Frauentag. Kampf aller Frauen wird gerechte Gesellschaft für alle und damit auch Befreiung der Frau erreichen.

AAO-Frauen beim Frauenfest?

Auf dem Hamburger Frauenfest am 11. März wurde eine Gruppe AAO-Frauen von anderen Festbesuchern mit sanfter Gewalt vor die Tür gesetzt. Die Veranstaltungsleitung hatte eine entsprechende Aufforderung dazu gemacht.

Bei einigen Besuchern des Festes stieß dieses Vorgehen auf Kritik. Es sind Fälle bekannt, wo Frauen aus Protest nach Hause gingen.

Die Argumentation war in der Regel, daß man sich mit den AAO-Leuten auseinandersetzen müsse, daß man sie doch ruhig reden lassen solle und daß Gewalt gegen sie eben nicht das richtige Mittel sei. Im übrigen seien sie doch ein Haufen Spinner, das könne jeder sehen.

Wir möchten im Nachhinein noch etwas dazu sagen:

1. Wir meinen nicht, daß man sich mit der AAO und ihren „Theorien" nicht auseinandersetzen soll. Im Gegenteil: Gerade weil diese Gruppe in vielen Köpfen als im weitesten Sinne fortschrittlich und links gilt und weil sie eine Anziehungskraft für einen Teil fortschrittlicher Jugendlicher hat, ist es notwendig, die Auseinandersetzung mit ihr zu führen. Ganz besonders, weil sich hinter dem Anschein einer radikalen Kritik an bürgerlicher Moral, an dieser Gesellschaft, keine fortschrittliche Alternative verbirgt, sondern antikommunistische und reaktionäre Tendenzen vorherrschen.
2. Allerdings sind es mitnichten friedliche Spinner, die außerhalb Hamburgs auf ihrem Landgut für sich selbst „bessere" Lebensformen ausprobieren, und niemanden stören. In immer stärkerem Maße gehen sie mit einem „Sendungsbewußtsein" in die Offensive. An der Universität, auf Märkten und Plätzen und auf öffentlichen Veranstaltungen betreiben sie ihre Propaganda. Dabei werben sie nicht für „gesündere Ernährung", sondern verkaufen ihre p o l i t i s c h e Weltanschauung.
3. So waren die AAO-Frauen, die am 11. März auf das Frauenfest kamen, keine gelegentlichen Besucherinnen, die aus Interesse an Frauenfragen kamen – oder etwa weil sie meinten, etwas beitragen zu können im Kampf gegen die Unterdrückung der Frau. Es war eine geplante, gut organisierte Provokation. Mit Parolen wie: auf dem Fest würde doch erst der Unterdrückung der Frau das Wort geredet, und: die Abtreibung sei ein „lebensfeindlicher Akt" traten sie auf. Der „Urschrei" war dann ihre einzige Antwort auf Widerreden. Den Störmanövern der Gruppe hätte vielleicht mit etwas mehr Gelassenheit begegnet werden können, klar ist in jedem Fall aber, daß unsere Haltung zu solcher Art „Frauenpolitik" und „Weltverbesserertum" im allgemeinen eindeutig sein muß.

Wir werden aus gegebenem Anlaß deshalb die Auseinandersetzung mit den Inhalten der AAO-Politik in den folgenden AKs fortsetzen.

Arbeitsgruppe Frauen
KB/ Gruppe Hamburg

Schluß mit den Haftschikanen gegen Judy Andersen!

Etwa 50 Menschen unterzeichneten am 8.März auf dem Frauenfest in Hamburg eine Resolution an das schleswig-holsteinische Justizministerium, in der die sofortige Verlegung von Judy Anderson nach Dänemark gefordert wird. Protestiert wird in der Resolution gegen die unmenschlichen Haftbedingungen, denen sie in der Lübecker Strafanstalt ausgesetzt ist und durch die ihre Identität als lesbische Frau zerstört werden soll.

Die Unterschriftenaktion wird fortgesetzt. Listen liegen im „Arbeiterbuch" aus.

Eine Genossin der AG Sexualität

Kinder

Kinder - Kurzmeldungen

Die Schüler der Elsa-Brandström-Berufsschule müssen zahlen, wenn sie zu spät kommen oder einen Tag schwänzen.

Höhe des Strafgeldes: DM 2,50 für 5 Minuten verspäten, DM 10,– für einen Tag unentschuldigtes Fehlen. Damit muß ein Berufsschüler ca. 3 % seines Nettoeinkommens für einen Fehltag berappen. Bedenkt man, daß die Anerkennung einer Entschuldigung im Ermessen eines Lehrers liegt, es sei denn, der Schüler legt ein - kostenpflichtiges - Attest vor, so wird deutlich, welche Verschärfung der Disziplinierung damit durchgedrückt wird. Fehlt nur noch, daß analog zu Flensburg eine zentrale Sünderkartei für Schüler geschaffen wird, die benutzt wird z.B. für polizeiliche Führungszeugnisse oder bei Zulassung zu weiterbildenden Schulen etc. Die Strafgelder wandern in den Westberliner Stadtsäckel. Auch ein Weg, um das Defizit im Etat zu decken.

Wohlweislich wird nicht gesagt, in welchen Schularten vorrangig zerstört wird. Sicher nicht in den Eliteschulen, die die Führungskader von morgen ausbilden, sondern in den Schulen, die in Ghettos liegen, wo die Schüler wissen, was sie am Ende der Schulzeit erwartet: Hohe Arbeitslosigkeit, Korruption, Konkurrenz am Arbeitsplatz, Ausbeutung.

Derartige Meldungen vermeiden die Wahrheit, daß die Schüler auch mit der Zerstörung eine Form des Widerstandes suchen. Zudem sollen solche Horrormeldungen unter dem Slogan: „Wir wollen keine amerikanischen Zustände an unseren Schulen" eine weitere Rechtfertigung liefern für die ständig sich verschärfende Disziplinierung in den Schulen der BRD.

USA – auch eine Form des Widerstandes

USA – auch eine Form des Widerstandes

„Bild" (vom 2.3.77) und „Frankfurter Rundschau" beklagen eine traurige Entwicklung: *„Gewalt und Vandalismus (Zerstörungswut) haben derart zugenommen, daß für viele Schüler und Lehrer die Sicherheit für die eigene Person wichtiger ist als die Erziehung".* Jährlich werden in den USA 70.000 Übergriffe gegen Lehrer und mehrere hunderttausend Angriffe auf Schüler registriert. Geschätzter Schaden: 1,44 Mrd. DM.

Ein Nachruf für die prügelnden Lehrer

Ein Arzt aus Westberlin trauerte rückblickend vor kurzem im „Deutschen Ärzteblatt" seinen prügelnden Lehrern nach.

..Wenn ich mich an meine Lehrer

Ein Arzt aus Westberlin trauerte rückblickend vor kurzem im „Deutschen Ärzteblatt" seinen prügelnden Lehrern nach.

„Wenn ich mich an meine Lehrer erinnere, so verbinde ich mit den Lehrern, die – natürlich nur im äußersten Notfall – auch zum Mittel der körperlichen Züchtigung griffen, Begriffe wie ehrlich, aufrichtig, mutig, gradlinig, vertrauenserwekkend. Mit den anderen wenigen Lehrern, die damals auf körperliche Züchtigung verzichteten und sich mit anderen Mitteln gegenüber den Schülern durchsetzten, verbinde ich die Begriffe wie feige, hinterhältig, unehrlich, heimtückisch, bösartig".

Die Wohnsituation „kinderreicher Familien" in der BRD – ein Skandal

„In der Bundesrepublik leben trotz des hohen Lebensstandards (?!) *noch eine Million Familien in Wohnungen, die diese Bezeichnung einfach nicht verdienen".* Dies bekannte 1971 der damalige Wohnungsbauminister Lauritzen vor dem Deutschen Mietertag. Als Hauptbetroffene nannte er neben alten Menschen und jungen Ehepaaren die „kinderreichen Familien". Als „kinderreich" gelten Familien mit drei und mehr Kindern. Davon gibt es ca. zwei Mio., das sind 11 % der Familien in der BRD.

Die Kinder aus kinderreichen Familien machen 40 % der in der BRD lebenden Kinder aus.

Schon die Wohnbedingungen, unter denen diese Familien und insbesondere die Kinder in der BRD zu leiden haben, zeigen deutlich das Ausmaß der Kinderfeindlichkeit des Kapitalismus.

Doch nicht nur das knappe Angebot an großen Wohnungen verursacht Schwierigkeiten. Wenn eine passable Wohnung gefunden ist, muß diese angesichts der Miethöhe oft doch wieder zurückgewiesen werden. Für eine Familie mit einem Einkommen von ca. 1550 DM, dem Durchschnittseinkommen einer kinderreichen Familie, lassen sich keine großen „Wohnungssprünge" finanzieren („Wohnen Kinderreicher", S. 167).

Die kinderreiche Familie muß von vornherein akzeptieren, einen weit höheren Anteil des Familieneinkommens in die Wohnung zu stecken als andere Familien: Im „Sozialen Wohnungsbau" zahlen über die Hälfte der Kinderreichen mehr als 15% ihres Einkommens, ein Drittel gar mehr als 20 % („Wohnen Kinderreicher", S. 178).

- 15 % der Kinder leben mit vier und mehr Personen in einer Einzimmerwohnung;
- fast 40% der Schulkinder leben in lichtlosen Hinterhäusern, ohne Bad und Toilette;
- nur 10% der Schüler haben ein eigenes Zimmer (Zahlen nach: Roth, Armut in Deutschland, S. 139).

Wo tatsächlich Kinderzimmer vorhanden sind, sind es in acht von zehn Fällen die kleinsten Zimmer („Wie Kinder wohnen", 1973).

Die Folgen für die Kinder

Es liegt auf der Hand, daß durch die unzureichende Versorgung mit Wohnraum Kreativität, Entfaltungs- und Tatendrang der Kinder von früh auf eingeschränkt werden. Die Folgen der beengten Wohnverhältnisse für mehr als die Hälfte aller Kinder sind *„frühzeitige Dressur und Unterordnung, zum Stillhalten und zu unnatürlicher körperlicher Inaktivität mit mangelnder Beanspruchung des Bewegungsapparats; sie disponiert zu Übergewicht und in der weiteren Folge zu vermehrten Herz- und Kreislauferkrankungen"* (Pädagoge P. Oeter in der Regierungsenquete „Mütter und Kinder in der BRD").



Wer kinderreich ist, muß mit dem Notquartier rechnen

Wohnungssuche ...

Die besonderen Schwierigkeiten fangen für kinderreiche Familien schon bei der Wohnungssuche an. Auf dem „freien Wohnungsmarkt" gibt es zuwenig große Wohnungen. Die noch stehenden großen Altbauten werden zugunsten profitabler Klein-Appartements abgerissen. Die verbleibenden Wohnungen sind viel zu teuer.

Was den „sozialen Wohnungsbau" betrifft, der nach den Sprüchen seiner kapitalistischen Erfinder vor al-

Klein-Appartements abgerissen. Die verbleibenden Wohnungen sind viel zu teuer.

Was den „sozialen Wohnungsbau" betrifft, der nach den Sprüchen sei-ner kapitalistischen Erfinder vor allem „sozial schwachen Schichten" Wohnraum beschaffen soll, sieht die Lage ebenso beschissen aus. Nur ca. 2 % sind größer als 100 qm („Wohnen Kinderreicher", 1975, S. 249). Entsprechend stapeln sich auf den Wohnungsämtern die Anträge kinderreicher Familien auf Zuweisung einer Wohnung. Allein in München standen 1971 3.000 Familien auf der Warteliste, mit ca. 12.000 bis 14.000 Kindern (Bleuel, Kinder in Deutschland, S. 44).

Hinzu kommt, daß ein großer Teil der Vermieter Schwierigkeiten macht, wenn Wohnungen an „Kinderreiche" vermietet werden sollen, da Kinder sofort mit Lärmbelästigung etc. verbunden werden.

... und was man findet

Entsprechend findet der größte Teil der kinderreichen Familien auch nicht ausreichenden und angemessenen, sondern nur unzureichenden Wohnraum:

Entsprechend findet der größte Teil der kinderreichen Familien auch nicht ausreichenden und angemessenen, sondern nur unzureichenden Wohnraum:

- 33 % der kinderreichen Familien müssen in Wohnungen mit höchstens drei Zimmern wohnen;
- **20% der Kinderzimmer sind mit drei Kindern überbelegt.**
- 11 % der Kinderzimmer „beherbergen" sogar vier Kinder.

Eine vom Bundesfamilienministerium in Auftrag gegebene, deswegen mit Vorsicht zu genießende, Analyse zeigt, daß der größte Teil der kinderreichen Familien die sowieso vom Ministerium viel zu niedrig angesetzte „Mindestnorm" an Wohnraum nicht erreicht: *„Unter Einbeziehung der Kinder aus wohnungsmäßig unterversorgten kinderarmen Familien leben ca. 45 % aller Kinder unter 18 Jahren in der BRD in Wohnungen, die der Mindestnorm nicht entsprechen"* („Familie und Wohnen", Gutachten des wissenschaftlichen Beirats für Familienfragen, 1975).

D.h.: Fast die Hälfte der Kinder leben in Wohnungen, die vom zuständigen Bundesministerium selbst für unzureichend gehalten werden!

Hauptbetroffene: Arbeiterfamilien

Die unzureichende Versorgung mit Wohnraum trifft nicht alle „kinderreichen Familien" gleich:

- „Nur" 33 % der Selbständigenhaushalte sind unterversorgt;
- 48 bis 55 % der Angestellten- und Beamtenfamilien leben in unzureichendem Wohnraum; aber
- Arbeiterhaushalte mit drei bis vier Kindern sind bis zu 82 % unterversorgt, d.h. vier von fünf kinderreichen Arbeiterfamilien haben zuwenig Raum zum Wohnen.

Was das konkret für Arbeiterhaushalte bedeuten kann, macht ein Blick auf das Westberliner Arbeiterviertel Kreuzberg deutlich:

- 24 % aller Schulkinder leben mit drei weiteren Familienangehörigen in Einzimmerwohnungen;

Schulkinder können unter solchen Verhältnissen kaum das „Trauerspiel Schule" bewältigen, z.B. in Ruhe Hausaufgaben zu machen.

Der beengte Wohnraum zwingt

Schulkinder können unter solchen Verhältnissen kaum das „Trauerspiel Schule" bewältigen, z.B. in Ruhe Hausaufgaben zu machen.

Der beengte Wohnraum zwingt dazu, die ganze Wohnung – und nicht nur das Kinderzimmer – zum Spielort zu machen, was notwendigerweise zu Auseinandersetzungen mit Eltern und Geschwistern führt. Nicht umsonst werden „beengte Wohnverhältnisse" sehr häufig als Ursache für Kindesmißhandlungen und -tötungen angegeben.

Der Kapitalismus weist Verantwortung für „geborenes Leben" von sich

Während der bürgerliche Staat in besonderem Maße seine Verantwortung für „ungeborenes Leben" herausstreicht (§218), weist er jede Verantwortung für geborenes Leben auch in der Frage des Wohn-(=Lebens) Raumes weit von sich. So die Ex-Familienministerin K. Focke (SPD): *„Die Qualität des Wohnens ist auch entscheidend abhängig von der Wohnungsauswahl* (!!) *und Wohnungsgestaltung durch die Familie* (!), *die durch staatliche Maßnahmen nur in geringem Umfang beeinflußbar sind"* (Situation der Kinder in Deutschland, BT-Drucksache 7/3340,S. 11). Es gehört schon eine gewaltige Portion sozialdemokratischer Zynismus dazu, den „kinderreichen Familien" einreden zu wollen, daß „geschmackvolle" (und bezahlbare!) Innenausstattung auch eine Drei-Zimmer-Wohnung für eine fünfköpfige Familie zum Wohnparadies machen kann.

Es wäre für diese Dame vielleicht ziemlich lehrreich, wenn sich mal eine fünfköpfige Familie in ihrer Villa einquartiert. Bei so manchem Bürokraten der Wohnungsämter hat das entschlossene Auftreten einer versammelten kinderreichen Familie schon zu ungeahntem Eifer geführt.

Kinderkommission
KB/Gruppe Hamburg

Kapitalistische Manier im „linken" Mäntelchen

Der Beltz-Verlag und das Abaton-Kino (Hamburg) sind durch das Veröffentlichen linker Literatur und Zeigen von fortschrittlichen Filmen bekannt. Ein Blick hinter die Kulissen erschüttert dieses Image allerdings:

Herr Beltz-Rübelmann, geschäftsführender Gesellschafter des Beltz-Verlages in Weinheim, schickte einer bei ihm angestellten Verlagsvertreterin mit einem Glückwunsch zur Geburt ihrer Zwillinge gleich folgende Zeilen:

„....Nach unserer Auffassung ist auch ab nächstem Frühjahr mit Beeinträchtigung Ihrer Reisetätigkeit zu rechnen. Wir haben uns daher entschlossen von § 14 unseres Vertrages Gebrauch zu machen und diesen über den 31.12.76 hinaus nicht zu verlängern. Ich bitte Sie sehr um Verständnis dafür; wir können über diesen Zeitraum hinaus kein weiteres Risiko eingehen. Das Risiko liegt darin, daß Sie entgegen Ihren ursprünlichen Erwartungen nicht in der Lage sein werden, unseren Verlag so voll umfänglich zu vertreten, wie dies für uns unbedingt erforderlich ist." (Zitiert nach „Courage" 1/77).

Die Abaton-Geschäftsleitung kündigte zum 31.12.76 den vier Kassiererinnen. Diese hatten zuvor eine Anhebung ihres Stundenlohns von 6,60 DM auf 7,50 DM gefordert, um u.a. den Abstand zum Lohn der Männer , die 8,60 DM pro Std. bekommen, zu verringern. Als ihre Forderungen abgelehnt wurden, verfaßten die Frauen einen Brief, in dem sie nochmals ihre Bereitschaft betonten, sich als Vorführerinnen ausbilden zu lassen und als Leiter vom Dienst (LvD) tätig zu sein - beides angeblich Gründe, aus denen die Männer besser bezahlt werden. In ihrem Antwortschreiben machte die Geschäftsleitung deutlich, daß sie Frauen von vornherein gar nicht die Möglichkeit gibt, diese Tätigkeiten auszuüben:

- *„Für keine der betreffenden Kassiererinnen kommt die Tätigkeit eines Vorführers in Frage, da keine dazu geeignet sei"* (Sie würden nie begreifen wie die Maschinen funktionieren).
- *„Keine der betreffenden Kassiererinnen kommt für die Tätigkeit eines LvDs in Frage".*
- Fakt ist allerdings, daß die vielen neu eingestellten LvDs (männlich) größtenteils von den Kassiererinnen eingearbeitet wurden!

Schon drei Tage bevor die Frauen eine Antwort auf ihre Forderungen erhielten, wurden im „Hamburger Abendblatt" „intelligente, kontaktfreudige Frauen" für die Kinokasse gesucht! (Zitate aus dem Flugblatt der Hamburger Frauen-AE, 15.2.77)

Solche Methoden sind uns hinlänglich bekannt aus kapitalistischen Betrieben, wo aus der Unterdrükkung der Frau ein Geschäft gemacht wird. Und da muß man sich wirklich fragen, wie e r n s t h a f t „fortschrittlich" diese Leute sind, oder ob sie nicht eher die linke- und Frauenbewegung zur Befriedigung ihrer Profitgelüste nutzen.

AG Frauen
KB/Gruppe Hamburg

Jugendliche und Kinder in der BRD – eine kaputte Generation?

Bürgerliche Kampagnen zum Kinderelend

In den letzten Monaten läßt sich in der bürgerlichen Presse und Kommentaren bürgerlicher Politiker etc. ein verstärktes Aufgreifen einiger Probleme der Kinder und Jugendlichen in der BRD feststellen. Seit Sommer 1976 wurden u.a. regelrechte Kampagnen geführt zum „sexuellen Mißbrauch von Kindern", „Gewalt gegen Kinder", „Alkoholismus", „Kinderkriminalität", „Gewalt unter Kindern" und „Schulstreß".

Daß die Bourgeoisie damit natürlich keineswegs etwas gegen die beschissene Lage vor allem der Arbeiterkinder und -jugend unternehmen will, zeigt sich deutlich darin, wer mit diesen Kampagnen angegriffen wird: Nicht die vom Kapitalismus für Kinder und Jugendliche geschaffenen Bedingungen, sondern die Familien und angeblich zu liberale Erziehungsmethoden werden für das Elend von Kindern und Jugendlichen verantwortlich gemacht.



Ein Westberliner Polizist verhaftet einen 13jährigen Jungen, der zusammen mit fünf Kameraden in einem Discount-Laden eingebrochen hat

Bullen „helfen" da aus, wo das System und seine Erziehung versagen

Bullen „helfen" da aus, wo das System und seine Erziehung versagen

Den ideologischen Boden und die reaktionäre familienpolitische und pädagogische Zielrichtung dieser Kampagne macht ein Vortrag deutlich, den ein Herr Affemann zum zwanzigjährigen Bestehen des Landeswohlfahrtsausschuß von Rheinland-Pfalz hielt. Die breite Publizität, die dieser Vortrag in der bürgerlichen Presse fand (u.a. ausführlicher Bericht in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung", Nachdruck in der „Welt"), läßt den Schluß zu, daß Affemann der Bourgeoisie aus dem Herzen gesprochen hat. Wir wollen deshalb auf seine Thesen näher eingehen.

BRD-Jugend: leistungsunwillig, depressiv, kaputt?

Affemann setzt an drei sehr realen Problemen an: der Jugendarbeitslosigkeit, dem Kinder- und Jugendalkoholismus und dem Schulstreß. Die Ursachen für diese Probleme schiebt er zielstrebig auf die betroffenen Kinder und Jugendlichen.

– Zur Jugendarbeitslosigkeit: „*Der Grund ihrer Arbeitslosigkeit ist vielfach nicht nur Mangel an Arbeit und Ausbildungsplätzen, sondern auch seelische Gestörtheit. Es fehlt ihnen oft an Initiative, Belastungsfähigkeit, Durchhaltekraft,Mobilität. Viele sind depressiv geschädigt.*"

– Zum Alkoholismus: „*Suchtverhalten erwächst aus einer depressiven Verbildung der Persönlichkeit. Diese erfolgt bereits in den ersten Lebensjahren und hat ihre Ursachen in einer gestörten Eltern-Kind-Beziehung.*"

– Zum Schulstreß: „*Die wichtigsten Ursachen des Stresses und anderer durch die Schule ausgelösten Krankheitserscheinungen aber bringen die Schüler in die Schule mit. Sie liegen bei ihnen selbst. Bei vielen ist die Belastbarkeit erheblich herabgesetzt.. Sehr viele Jugendliche leiden unter einer Instabilität der Persönlichkeit.. Infolge seelischer Störungen ist die Lernfähigkeit herabgesetzt.*"

Kurz Die Lage der Kinder und Jugendlichen ist so beschissen, weil viele seelisch kaputt sind.

Die „kaputte" Jugend zerstört den „Sozialstaat"

Diese „kaputten Tendenzen" in der Jugend erscheinen Affemann von drei Seiten her bedrohlich für den „Sozialstaat":

– Die Zahl der „leistungsfähigen" Menschen wird abnehmen, die der „Kranken" steigen. Letztendlich werden die „Gesunden" nicht mehr das Geld für die Behandlung und Versorgung der „Kaputten" aufbringen können.

– In der „kaputten" Jugend sind wenig Tendenzen zu sehen, diese Entwicklung von sich aus zu bekämpfen. „*Es mangelt diesen Jugendlichen an Härte gegen sich selbst, an der Fähigkeit zur sogenannten Knochenarbeit und an der Bereitschaft auch unbequeme Wege zu gehen*".

– Die „Kaputtheit" macht die Jugendlichen empfänglich für „radikale Ideologien": „*Je kränker, leistungsschwächer wir werden, je weiter sich die untergründigen Vakuen ausbreiten, umso mehr wird unsere Demokratie durch radikale Ideologien gefährdet.*"

Schuldig: Die Familien und die „lasche" Erziehung

Die Schuldigen für die „seelische Schädigung" der Jugend hat Affemann schnell gefunden: „Die wichtigste Ursache, die zur Ausbildung der erwähnten Schwierigkeiten führt, liegt in der Familie."

Dort finde eine „*Entleerung der emotionalen Beziehung statt*". Aber nicht allein das: In den Familien finde ein „*Prozeß des Abbaues von Autoritäten, Traditionen, Normen, Werten, Rollen*" statt. Dies führt zur Aufhebung eines „Ordnungsgefüges", das vielen Menschen „Halt" gab.

Affemann setzt daran an, daß die Familie tatsächlich die Funktion als „emotionaler Mittelpunkt" für die Menschen verloren hat, daß diese Erscheinung gerade unter Bedingungen sich verschärfender Krisenerscheinungen (Arbeitslosigkeit, Arbeitshetze usw.) stärker zu Tage tritt. Diese Erscheinung wird aber den Familienmitgliedern, also den betroffenen Individuen angelastet, und nicht darauf zurückgeführt, daß der Kapitalismus selbst „dem Familienverhältnis seinen rührend-sentimentalen Schleier abgerissen und es auf ein reines Geldverhältnis zurückgeführt" hat (Marx/Engels, Manifest der Kommunistischen Partei).

Affemanns zweite Kritik an der Familie, der „Verlust von Autorität", zielt auf eine Funktion, die die Familie heute wieder verstärkt einnehmen soll: repressiv und autoritär zu erziehen!

Und so entwickelt Affemann aus seiner Klage über den Autoritätsverlust in der Familie eine Kritik der Erziehungsmethoden: „*Unsere Erziehung nahm immer mehr den Charakter des Laufenlassens an. Viele Kinder fanden in ihren Eltern nicht die lebendigen Autoritäten, die ihnen Festigkeit, Führung, Orientierung hätten geben können.*

Reaktionäres Gegenkonzept

Als Gegenkonzept propagiert Affemann dann konsequent eine „Wiederbesinnung" auf die Familie und verstärkte repressive Erziehung. „*Nach Jahrzehnten eines extravertierten und expandierenden Lebens müssen wir die Möglichkeit der Familie, innerseelisches und zwischenmenschliches Leben zu entwickeln, neu entdecken*". Der Mann soll die Familie wichtiger nehmen als den Beruf, und die „Flucht" der Frau aus der Familie in den Beruf muß gebremst werden.

Eine solche Familie könne dann auch wieder so erziehen, daß keine „seelisch gestörten" Kinder herauskommen: „*Unser Verständnis von Erziehung ist neu (?) zu bestimmen. Erziehung ist Führen und Wachsenlassen. Erziehung verlangt nach personaler Autorität*".

Was Affemann unter dieser Autorität versteht, wird deutlich, wenn er schreibt: „*Wir sollten die uns anvertrauten jungen Leute einladen, die Lösungen, die sich nach kritischer Prüfung in unserem Leben bewährt haben, in ihrem Leben auszuprobieren.*" Im Klartext: Die Erwachsenen sollen den Kindern und Jugendlichen einreden: „Wir sind doch auch mit Arbeitslosigkeit, Leistungsdruck in der Schule, Krieg etc. fertiggeworden!" Das ist die Erziehung, die die Bourgeoisie sich, verbunden mit den „bewährten Methoden" (Druck, Druck und noch einmal Druck), wünscht!

Eine solche Erziehung möchte Affemann nicht bloß auf Schule und Familie angewandt sehen: „*Diese Erziehung kann nicht nur durch die Familie und die Schule geleistet werden. Sie muß auch am Arbeitsplatz geschehen*".

Die Jugend braucht wieder eine starke Hand, die sie führt. Und diese Hand bietet allemal der Kapitalist. (Alle Affemann-Zitate nach „Welt", 12.2.77).

Den bürgerlichen Kampagnen entgegentreten ...

Die von Affemann hier zusammengefaßte Ideologie und die „Änderungsvorschläge" schlagen sich in allen Kampagnen der Bourgeoisie zur Lage der Kinder und Jugendlichen nieder. Affemann nennt beispielhaft nur „Alkoholismus" und „Schulstreß"; es liegt aber auf der Hand, daß „Kriminalität", „Gewalt unter Kindern" etc. genauso „erklärt" werden können und „erklärt" werden (s. den Artikel zur Gewalt unter Kindern in AK 99, Alkoholismus in AK 98).

Teilweise sind die beklagten Erscheinungen wie „steigender Jugendalkoholismus", „steigende Kriminalität bei Kindern und Jugendlichen" u.ä. auch wesentlich ein Ausdruck der enorm verschärften Polizei-Kontrollen gerade auch gegenüber Kindern und Jugendlichen. Indem der Staat mehr und öfter seine Bullen gegen Kinder und Jugendliche losschickt, wächst naturgemäß auch die Zahl der „angetrunken aufgegriffenen Jugendlichen", der „beim Ladendiebstahl ertappten Kinder" usw. usf. Teilweise produziert der Polizei-Staat also seine Statistiken auf diese Weise selbst, die dann wiederum zum Vorwand genommen werden, noch mehr Polizei-Kontrollen gegen Kinder und Jugendliche auszuüben, also noch mehr kindliche und jugendliche Täter „aufzuspüren", noch mehr Kinder und Jugendliche zu kriminalisieren, usw. usf...!

Insgesamt wird damit von den tatsächlich entscheidenden Klassenwidersprüchen abgelenkt. Die Menschen sollen sich nicht für politische Unterdrückung, Unterdrückung und Ausbeutung im Betrieb, miserable soziale und medizinische Betreuung, Bedrohung durch Kernkraftwerke usw. interessieren und dagegen kämpfen, sondern sich selbst für „schlecht" oder „kaputt" halten und erst einmal versuchen, sich selbst und ihre Kinder „in Ordnung" zu bringen.

Gemeinsam für die Interessen der Kinder, Jugendlichen und Erwachsenen

Die Erkenntnis, daß mit diesen ganzen Kampagnen ein Ablenkungsmanöver betrieben wird, verleitet uns nicht dazu, uns mit den in diesen Kampagnen aufgenommenen Themen nicht mehr zu beschäftigen.

Im Gegenteil: Probleme wie „Alkoholismus", Schulstreß, „Gewalt unter Kindern" etc. und Folgeerscheinungen wie Isolation, Depressionen sind real vorhanden, wenn auch das Ausmaß in den gegenwärtigen bürgerlichen Kampagnen z.T. bewußt übertrieben wird. Wir müssen an diesen Problemen deutlich machen, daß sie nicht aus „Unfähigkeit" des einzelnen erwachsen, sondern aus diesem System, das Familien zum Ort ständiger Reibereien, Nervereien macht, das Eltern nicht den Raum läßt, sich wirklich mit ihren Kindern auseinanderzusetzen, das Jugendlichen wenig Chancen auf Arbeit bietet, das Kinder einem barbarischen Druck- und Auslesesystem unterwirft.

Damit wird letztendlich Jugendlichen, Kindern und auch Erwachsenen der einzige Weg gezeigt, mit diesen Problemen fertig zu werden: Nicht das Herumknacken an der eigenen individuellen „Unfähigkeit", sondern der gemeinsame Kampf von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen gegen die Ursachen dieser Probleme.

Kinderkommission
KB/Gruppe Hamburg

„Wahlrecht für Kinder"? – CDU Alaaf!

Als verspäteten Faschingsscherz hat die CDU-Politikerin Renate Hellwig (Staatssekretärin im rheinland-pfälzischen „Sozial"ministerium) einen Vorschlag gemacht, den sie selbst als „Wahlrecht für Kinder" bezeichnet. In einem Interview mit Springers „Welt" bekräftigte die CDU-Frau allerdings, daß ihr Vorschlag durchaus ernst gemeint sei. Nun denn: Frau Hellwig schlägt vor, „*die Kinder selbst als Personen mit allen staatsbürgerlichen Rechten und Pflichten nach Artikel 33 des Grundgesetzes anzusehen und ihnen damit auch das Wahlrecht zuzuerkennen.*" Ein wahrhaft revolutionärer Vorschlag, für den es – wie Frau Hellwig ganz richtig vermutet – auf der ganzen Welt keine Parallele gibt.

Die CDU als Anwalt des Kindes? Da muß doch irgendwo ein Pferdefuß sein?! Ist natürlich auch! Nämlich: „*Bis zur Volljährigkeit freilich sollen die Kinder nicht selbst wählen können, sondern ihre Eltern an ihrer Stelle.*" Frau Hellwigs „*Hauptziel*" sei, so stellt sich heraus, „*also die Verstärkung des Einflusses der Kinderreichen*". Sie könnte es noch deutlicher sagen: Nicht um die kinderreichen Familien geht's, sondern um deren Stimmen, auf die sich die CDU ganz besondere Hoffnungen macht. Und anstelle des „Mutterkreuzes" könnte dann vielleicht von der CDU/CSU das „Stimmkreuz" in Bronze, Silber und Gold für ihre besonders fruchtbaren Wähler verliehen werden.

Daß ein derartiger Schwachsinn auch noch als eine kinderfreundliche Maßnahme verkauft werden soll, paßt zur ganzen Verlogenheit der bürgerlichen Parteien!



Skandinavien

Solidarität mit den dänischen Druckern!

Seit 1. Februar streiken die Arbeiter des Berlingske-Verlags. Auf die Druckergewerkschaft kommt jetzt ein neues Arbeitsgerichtsurteil zu, das nach Androhung des Kapitalistenverbands alles bisher Dagewesene in den Schatten stellen soll. Das Urteil wird im März erwartet.

Seit Anfang des Jahres hat es neun Prozesse gegen die Druckergewerkschaft gegeben und die Geldstrafen belaufen sich mittlerweile auf 500.000 kr. Die bisher schlimmsten Urteile waren das vom 16. Februar, das die Gewerkschaft zu einer Geldstrafe von 50.000 kr. und jeden einzelnen Kollegen zu zusätzlich 300 kr verurteilte. Und das Urteil vom 24. Februar, das für die Gewerkschaft eine erneute Geldstrafe von 200.000 kr. brachte und die Kollegen zur sofortigen Wiederaufnahme der Arbeit zwingen sollte. Die Arbeiter des „Berlingske-Verlags" beugten sich aber bis heute dem Urteil nicht. In beiden Fällen traten noch am selben Tag die Arbeiter der dänischen Tageszeitungen in den Solidaritätsstreik. Außerdem wird der Kampf der Drucker mit Solidaritätsresolutionen vieler Gewerkschaften in Dänemark und aus dem Ausland sowie mit Geldsammlungen unterstützt.

Der Kampf der Arbeiter des „Berlingske-Verlags" ist von entscheidender Bedeutung für die gesamte dänische Arbeiterklasse, die im Kampf gegen Lohnraub und Abbau von „Sozialleistungen" steht. Am 1. März hat das neue Tarifjahr begonnen und man rechnet für April mit großen Streiks. Deswegen soll jetzt den Berlingske-Arbeitern stellvertretend für die gesamte Arbeiterklasse das Genick gebrochen werden. Die Arbeiter des Berlingske-Verlags kämpfen seit einem Jahr mit Bummelstreiks und Überstundenboykott und seit dem 1. Februar mit Vollstreik, nachdem sie am 31. Januar ausgesperrt wurden und die Kapitalisten den 1.000-Mann-Betrieb in Kopenhagen für stillgelegt erklärten.

Die Arbeiter führen den Kampf gegen ein „Spar"programm, das die Produktionsauslagerung von Kopenhagen nach Jütland vorsieht, wo die Löhne niedriger sind. 300 Arbeitsplätze sollen dadurch wegrationalisiert werden. Sie kämpfen dagegen, daß in anderen Firmen Announcen von nicht gewerkschaftlich organisierten Arbeitern gesetzt werden. „Grafisk Kartel" beruft sich auf ein Abkommen vom letzten Jahr, wonach das verboten ist. Vor einem Jahr hatte es nämlich wochenlange, vom „Grafisk Kartel" organisierte Blockaden gegen solche Firmen gegeben, in denen die Kapitalisten die bestehenden Tarifverträge untergraben haben. Die Berlingske-Arbeiter kämpfen außerdem gegen die Verschlechterung ihrer Arbeitsbedingungen . Als „Ausgleich" für gesundheitsgefährdende Arbeitsbedingungen und unzumutbare Arbeitszeiten hatten sie seit 1960 höhere Löhne bekommen und es gab eine stillschweigende Regelung, das sogenannte „Abspazieren" (vorzeitiges Verlassen des Arbeitsplatzes). Diese Rechte sind von den Kapitalisten aufgehoben worden.

Über die vom Arbeitsgericht verhängten Geldstrafen hinaus, werden die Arbeiter vom Staat finanziell unter Druck gesetzt. Bislang werden in Dänemark streikende Arbeiter von der betreffenden Gemeinde unterstützt. Der „Sozialausschuß" der für die Berlingske-Arbeiter zuständigen Gemeinde hat jetzt jedoch drastische Kürzungen eingeleitet. Die Beihilfe muß zurückgezahlt werden. Die gewerkschaftliche Streikunterstützung von wöchentlich 800 kr. wird angerechnet. Und, was der härteste Schlag ist, das Einkommen der Ehefrauen wird angerechnet.

Um die Drucker und Setzer in die Knie zu zwingen, appellieren die Berlingske-Kapitalisten an die „Solidarität der Arbeitgeber" und stimmen das gewohnte Geheul von „Pressefreiheit in Gefahr" an. Sie erhalten auch tatkräftige finanzielle Unterstützung vom Kapitalistenverband. Aber so doll scheint es mit der „Solidarität" auch wieder nicht zu sein. Denn, entgegen einem Abkommen, erhöhten jetzt die größten Zeitungen ihre Auflagen: „Aktuelt" von 53.000 auf 75.000, „Information" von 12.000 auf 51.000, und „Politiken" will auch nachziehen.

Um aus dieser mißlichen Lage herauszukommen, wollen die Berlingske-Kapitalisten die Produktion nach Schweden und Norwegen auslagern. Denn es gibt ein Abkommen zur gegenseitigen Unterstützung zwischen den skandinavischen Druckkapitalisten. Aber die Kollegen dort werden ihnen sicher einen Strich durch die Rechnung machen und die Streikbrecherarbeit verweigern.

Für die dänische Arbeiterklasse hängt viel davon ab, ob die Drucker den Kampf durchstehen. Große Teile der Arbeiterklasse sind streikbereit gegen das staatlich verordnete Lohndiktat von höchstens 6 %. Für den 1. März, Beginn des neuen Tarifjahrs, hatten schon 17 Gewerkschaften vorsorglich Streikankündigungen verschickt. Jedoch der staatliche Schlichter hat Streiks am 3.3. für zwei Wochen aussetzen lassen. Am 10. März wurden für die Druckindustrie Streiks zum zweitenmal ausgesetzt. Damit wollen die Kapitalisten den kampfstärksten Teil der dänischen Arbeiterklasse treffen. Die Aussetzung des Arbeitskampfes erfolgt nach dem Gesetz, wenn *„Arbeitsniederlegungen drohen, die zwar als solche nicht weitreichende gesellschaftliche Bedeutung haben, jedoch der Kampf in der gegebenen Situation einen unseligen Einfluß auf die Möglichkeit für eine friedliche Lösung der gesamten Konfliktsituation haben könnte."* In der Tat – breitere Druckerstreiks dürften für die Kapitalisten „unselige" Folgen auch in anderen Branchen nach sich ziehen.

Wenn jetzt allerdings Anfang April die zweite „Abkühlungsfrist" abgelaufen ist, können Streiks nicht noch einmal gestoppt werden.

Dänemark-Kommission
KB/Gruppe Flensburg

Der blau-gelbe Imperialismus in Lateinamerika

Wird Schweden Mitglied in der IDB?

In Kürze wird die schwedische Regierung zu der Mitgliedschaft in der Interamerikanischen Entwicklungsbank (IDB) Stellung nehmen. Schon in der Regierungsperiode der Sozialdemokraten wurde von der damaligen Regierung diese Frage aufgeworfen.

Die IDB wurde 1959 gegründet; alle lateinamerikanischen Staaten (außer Kuba) sowie die USA und Kanada gehören dieser Entwicklungsbank an. Die Kredite werden für sogenannte Entwicklungsprojekte vergeben. Argentinien, Brasilien und Chile gehören zu den größten Kreditnehmern. Während die Chilejunta 1974 97,5 Mill. Dollar erhielt, wurden der Allende-Regierung Kredite verweigert. Die IDB wird voll und ganz vom US-Imperialismus kontrolliert, z.B. haben die USA in dem sogenannten Spezialfond, der über 40 % der auszuleihenden Gelder verfügt, ein Vetorecht.

Die schwedischen Kapitalisten sind eifrige Anhänger einer schwedischen Mitgliedschaft in der IDB. Zumal neue Regeln in Kraft getreten sind, die besagen, daß eine Vergabe der verschiedenen Entwicklungsprojekte nur noch an IDB-Mitglieder stattfinden kann.

Die schwedische Großindustrie versucht, um ihren Einfluß in Lateinamerika zu festigen und auszubauen, über die Kapitalverbände wie den Exportrat, dem schwedischen Arbeitgeberverband (SAF) und den Industrieverband Druck auf das Handelsdepartment auszuüben. Die Kapitalvertreter im Reichstag sind sich im Prinzip einig, der IDB beizutreten. Die konservative Partei ist einhellig für einen Anschluß. Während Centern und die Volkspartei in gewisser Weise ihren Jugendverbänden Rechnung tragen müssen, die in öffentlichen Aussprachen sich dem Beitritt Schwedens zur IDB widersetzen. Der Jugendverband von Centern äußerte sich z.B. dahingehend, daß *„eine schwedische Mitgliedschaft in der IDB ein Schamfleck in der schwedischen Aussenpolitik wäre und ein Betrug an vielen Menschen, die für Freiheit in den lateinamerikanischen Militärdiktaturen wie Argentinien, Brasilien und Chile kämpfen"* („internationalen" Nr. 9/77).

Die Sozialdemokratische Partei ist, obwohl sie als erste den Beitritt zur IDB in Erwägung gezogen hat, gegen einen Anschluß an die Entwicklungsbank. Nicht etwa, die faschistischen Systeme und deren Unterstützung durch den IDB werden von den Sozialdemokraten für ihre ablehnende Haltung ins Feld geführt, sondern, so der Vorsitzende der sozialdemokratischen außenpolitischen Gruppe Sven Andersson, weil der Anschluß *„eine Menge Geld kosten"* und *„keinen größeren Nutzen bringen"* würde („internationalen" Nr. 9/77).

Wegen des, wie auch immer gearteten Widerstandes, wird ein direkter Anschluß Schwedens an die IDB eventuell nicht stattfinden, das heißt aber nicht, daß das schwedische Kapital seine Pläne aufgeben wird.

Das schwedische Chile-Komitee hat folgende Protestresolution gegen eine eventuelle Mitgliedschaft Schwedens in der IDB verfaßt:

„NEIN ZUR IDB
Wir prostestieren scharf gegen eine schwedische Mitgliedschaft in der IDB (Interamerikanische Entwicklungsbank). Die IDB ist das Werkzeug der multinationalen Konzerne und des nordamerikanischen Kapitals in Lateinamerika. Zum größten Teil gehen die Kredite der IDB an Länder wie Brasilien, Argentinien und Chile. Die Regimes sind die brutalsten Militärdiktaturen, die mit Gewalt und Folter das Volk in den entsprechenden Ländern unterdrücken. Die schwedische Regierung hat nun einen Prinzipbeschluß über den Beitritt zur IDB gefaßt, um die schwedische Exportindustrie zu stärken. Eine schwedische Mitgliedschaft in der IDB würde unter anderem eine Unterstützung der Militärjunta in Chile bedeuten. Das würde heißen, daß das schwedische Volk gezwungen wird, durch Steuermittel die Ausbeutung und Unterdrückung des chilenischen Volkes zu finanzieren.

Nein zu einer Mitgliedschaft Schwedens in der IDB!

Nein zu jeder Form einer schwedischen Unterstützung für die IDB!"
(aus „internationalen" Nr. 9/77)

Skandinavienkommission

Das schwedische Kapital in Argentinien ist „optimistisch"

Der Vizevorsitzende der schwedischen Gesellschaft AGA Argentinia faßte aus der Sicht des schwedischen
faßte aus der Sicht des schwedischen
Kapitals die Situation in Argentinien folgendermaßen zusammen:

„Kann das Militär die Einheit bewahren? Kann es eine Arbeitnehmerreaktion trotz kräftiger Reallohnsenkungen im Zaume halten? Und kann es die Extremistenbewegung kontrollieren? Es gibt viele Fragezeichen. Aber die neue ökonomische Politik ist gesund. Die Inflation, die unser größtes Problem war, konnte man z.B. bremsen bis auf ein fast normales argentinisches Niveau. Wir sprechen heute schon über eventuelle neue Investitionen. Das taten wir vor einigen Monaten nicht" („Arbetarkamp" Nr. 1/77). AGA plant Investitionen in Argentinien, die sich auf 25 bis 30 Mio skr belaufen.

Der schwedische Imperialismus unterstützt zusammen mit den übrigen Imperialisten die Militärdiktatur
unterstützt zusammen mit den übrigen Imperialisten die Militärdiktatur
in Argentinien. Wie in anderen faschistischen Ländern, in denen das schwedische Kapital vertreten ist, ist von einer „besonderen liberalen" Verhaltensweise des schwedischen Kapitals nichts zu spüren. Das schwedische Kapital in Argentinien hat den Tag des Putsches sogar gefeiert: "Mittwoch, der 24. März, war ein glücklicher Tag für uns" („Arbetarkamp" Nr. 1/77).

Schwedische Gesellschaften in Argentinien

Nur die größten Gesellschaften seien hier angeführt:

LM-Ericsson hat vier Gesellschaften im Land. Der Umsatz betrug 1975 ca. 180 Mio. skr.

SAAB-Scania betreibt seit Herbst eine Lastwagenfabrik in Tucuman. Der Umsatz wird für die beiden näch-
eine Lastwagenfabrik in Tucuman. Der Umsatz wird für die beiden näch-
sten Jahre mit 200 Mio skr veranschlagt.

SKF setzt ungefähr 80 Mio skr um.

STAB (Svenska Tändsticksaktiebolaget) besitzt ein Viertel von General des Fosforos Sudamericana, das bedeutet einen Umsatz von 45 Mio skr.

Astra hat einen Umsatz von ca. 30 Mio skr.,

Sandvik von ca. 25 Mio skr und

AGA setzt ca. 20 Mio skr um.

Insgesamt haben zwölf schwedische Gesellschaften in Argentinien einen Umsatz von 400 Mio skr. und ca. 8.000 Angestellte.

Skandinavien-Kommission

Sprengstoffanschlag auf linke Buchhandlung

Norwegen. Am 20. Februar wurde ein Sprengstoffanschlag auf die Oktober-Buchhandlung der norwegischen ML-Organisation „AKP/ML" in Trompsø verübt. Anfragen bei der Polizei ergaben, daß „randalierende Jugendliche" dieser Tat verdächtig seien. Tatsächlich spricht jedoch vieles dafür, daß die „Norwegische Front", eine faschistische Terrororganisation, hinter diesem Anschlag steht. Die Täter versuchten durch Sprengung der elektrischen Leitung das Holzhaus, in dem sich neben der Buchhandlung noch Wohnungen befinden, in Brand zu setzen. So bestätigten Angestellte des Elektrizitätswerkes, daß nicht viel zu einem Brand gefehlt hätte.

Dieser Anschlag muß in dem Zusammenhang gesehen werden, daß seit ca. einem Jahr Informationsstände der Linken von den Faschisten überfallen werden. Maßgeblich beteiligt an diesen Aktionen ist Ølvind Lorentzen, dem direkte Verbindungen zur „Norwegischen Front" nachgewiesen werden können. Dieser Faschist tat sich bisher durch Sprengstoffdrohungen gegen linke Buchläden und einem Mordversuch hervor. Er stach einen Jugendlichen auf offener Straße mit dem Messer nieder! In dem für dieses Verbrechen anstehenden Prozeß wird er von einem Anwalt vertreten, der schon des öfteren Prozesse für die „Norwegische Front" übernommen hat. Hinweise auf das kriminelle Treiben Lorentzens wurden seitens der Polizei nicht verfolgt. Stattdessen wurde ein Strafantrag, den Faschist Lorentzen wegen „Beleidigung" stellte, sofort von der Polizei aufgegriffen.

Anläßlich des faschistischen Terrors in Trompsø hat sich eine Gruppe gebildet, die das Treiben der Rechten, ihre Verbindungen zum Staatsapparat aufdecken will und den Kampf dagegen aufgenommen hat.

Skandinavienkommission

Boykott gegen die Chilejunta

Schweden. Am 1. März wurde vom schwedischen Hafenarbeiterverband ein dreimonatiger Boykott gegen die Chilejunta eingeleitet. Der Boykott der Hafenarbeiter richtet sich nicht nur gegen Import-, sondern auch gegen Exportgüter. Trotz der Aufforderung auf einem LO-Kongreß seitens des chilenischen Gewerkschaftsverbandes CUT die Boykottaktionen so breit wie möglich zu gestalten, hat sich der schwedische Transportarbeiterverband geweigert, an den Aktionen teilzunehmen.

Abgesehen von der tatkräftigen Solidaritätsbezeugung der schwedischen Hafenarbeiter mit dem gegen den Faschismus kämpfenden chilenischen Volk, wird der Boykott auch den Effekt haben, daß die Chilejunta ökonomisch geschädigt wird. Zur Zeit wird in Chile die Obsternte eingebracht und für den Export vorbereitet, eine Verzögerung im Transportsystem könnte bedeuten, daß die Früchte den schwedischen Verbraucher nur als Abfall erreichen.

Es ist wahrscheinlich, daß der Boykott der schwedischen Hafenarbeiter größere Auseinandersetzung in Schweden hervorrufen wird, zumal sich der Boykott auch gegen Exportgüter der schwedischen Industrie richtet. Aus diesem Grunde werden Kapitalisten und Regierung alles tun – da sie die Priorität auf den Export gelegt haben und dabei speziell an einem größeren Handelsaustausch mit südamerikanischen Ländern interessiert sind – um den Boykott zu brechen. Allerdings dürfte ihnen dies nicht leichtfallen, da die Boykottaktionen in Schweden von vielen Menschen unterstützt wird. Der Handels- und Metallverband hat auch schon angekündigt, Aktionen gegen die Chilejunta einzuleiten. Da kann man nur sagen, so etwas wünscht man sich auch in der BRD.

Skandinavienkommission

Niederlande

Streik in den Niederlanden

Die größte Streikbewegung seit Ende des Zweiten Weltkrieges legte während dreier Wochen im Februar, vom 7.–26.2., große Teile der niederländischen Wirtschaft lahm (s.a. AK 99 u. 100). Auf dem Höhepunkt der bewegung wurden fast 200 Betriebe von rund 25.000 Kolleginnen und Kollegen bestreikt; Demonstrationen in Amsterdam, Rotterdam, Den Haag und weiteren Städten mit bis zu 20.000 Teilnehmern begleiteten die Aktionen; die Kundgebung der Rotterdamer Hafenarbeiter in einem Fußballstadion am Ende des Streiks wurde mit dem Singen der „Internationale" beschlossen.



Rotterdams Hafenarbeiter auf einer Kundgebung während des Streiks

Entsprechend ihrer seit anderthalb Jahren immer wieder geäußerten Absicht, stellten die Unternehmer-Verbände für 1977 als erstes Ziel die vollständige Abschaffung des Preisausgleichs auf und ließen die Verhandlungen mit den Gewerkschaften für 1977 platzen.

FNV (sozialdemokratisch) und CNV (protestantisch stellten daraufhin in allen Wirtschaftsbereichen Ultimaten, in denen die Wiederaufnahme der Verhandlungen gefordert wurde. Dem stellten sich die Kapitalisten entschlossen entgegen und es wurden für zunächst 68 Betriebe (31. 1.) in den Häfen, der Molkereiwirtschaft, der Druckindustrie und Metall- und chemischen Industrie Aktionen angekündigt über die auf Betriebs- und Gewerkschaftsmitgliederversammlungen konkret entschieden wurde. In den wenigsten Fällen wurde vorher jedoch bekanntgegeben, wann und in welchem Betrieb mit Aktionen zu rechnen ist.

Als Streikbeginn hatte sich der 7.2

Fortsetzung auf Seite 31

Fortsetzung von Seite 30

herauskristalisiert. Bereits in der Woche vorher war in einer Reihe von Betrieben darüber beraten und abgestimmt worden, welche Aktionen zur Durchsetzung der Forderungen und zur Solidarität in Angriff genommen werden sollten. Schon in dieser Phase setzten einige Kapitalisten schwere Waffen ein:

Am 2.2. erwirkten die Molkerei-Kapitalisten vor einem Utrechter Gericht einen Beschluß, der es den Gewerkschaften verbot, in diesem Bereich den Streik auszurufen. Widrigenfalls wurde mit einer Geldstrafe von 2,5 Mio. Gulden pro Tag und beteiligter Gewerkschaft gedroht; in diesem Fall eine Summe von 7,5 Mio. Gulden pro Tag. Den „Tarifparteien" wurde eine sogenannte „Abkühlungsphase" von 16 Tagen verordnet. Wenige Tage später, am 8.2. wurde für die Fleischwarenindustrie das gleiche Urteil gefällt. Am 11.2., gegen Ende der ersten Streikwoche, wurde den Arbeitern der Niederländischen Stickstoffgesellschaft ebenfalls eine „Abkühlunsperiode" von 20 Tagen aufgebrummt.

Die Regierung verfolgte die Taktik, sich „offiziell" weitgehend rauszuhalten, ließ aber in der Woche vor den Streiks durch die Minister Boersma und Lubees ein Gespräch führen mit den Kapitalistenverbandsvorsitzenden van Veen und dem FNV-Vorsitzenden Kok, in dem von Seiten der Regierung die Möglichkeit angedeutet wurde, zum 1.Juli für die Kapitalisten die Sozialabgaben zu senken. Finanziert werden könne dieses Geschenk aus einem 2-Mrd.-Gulden-Überschuß aus dem Jahr 1976. Unterstützt wurden diese Streiks von den Kollegen der Überland-Verkehrsbetriebe, die die Fahrgäste an den Stadtgrenzen absetzten und nicht in die Städte hineinfuhren. Gegen Ende der ersten Woche wurden zahlreiche Druckereien bestreikt, so daß eine ganze Reihe Tageszeitungen usw. nicht erscheinen konnten. Die Häfen Rotterdam und Amsterdam waren praktisch lahmgelegt.

Die Drucker erhielten Solidaritätserklärungen von ihren französischen und belgischen Kollegen und auch von der IG Druck. Der Internationale Transportarbeiterverband bekundete seine Solidarität mit den niederländischen Kollegen und kündigte an, keine von Holland umgelenkten Schiffe abzufertigen (für Hamburg – s. AK 100, S.33 – und Antwerpen blieb es jedoch bei der Ankündigung!).

Angesichts dieser breiten Streikbewegung und der Solidarität unter den Belegschaften machte der Kapitalistenverband scheinbare Annäherungsversuche, offensichtlich mit der Absicht, die Streikfront zu spalten. So verkündete der VNO-Vorsitzende Van Veen am 10.2., daß man grundsätzlich bereit sei, auch 1977 das System des Preisausgleichs beizubehalten. Daran war jedoch die Bedingung geknüpft, die Streiks vor neuen Verhandlungen auszusetzen. Dieses Manöver wurde durchschaut und erreichte genau das Gegenteil: Die Streikaktionen wurden unter Volldampf fortgeführt – 24.000 Arbeiter und Angestellte in 191 Betrieben hatten bis zum 15. Februar die Brocken hingeschmissen. Diese Stimmung fand auch ihren Ausdruck in Demonstrationen mit bis zu 20.000 Teilnehmern in Amsterdam, Rotterdam, Den Haag und weiteren Städten.



Streikversammlung bei Ford



Demonstration in Den Haag: „Die (Staats-)Gewalt tut, was sie nicht darf" (den Preisausgleich beschneiden)

Neben der Streikdrohung wird auch dieses Angebot nicht unwesentlich dazu beigetragen haben, daß die ersten Kapitalisten aus der gemeinsamen Front ausscherten, und sich entweder zu neuen Verhandlungen bereit erklärten oder den Forderungen der Gewerkschaften nachgaben:

– die Rundfunkgesellschaften VARA und VPRO zeigten sich wieder verhandlungsbereit, „*wenn der Preisausgleich eine so hohe Priorität zu haben scheint*".
– ebenso erklärte Philips, weiterverhandeln zu wollen.
– eine Fleischwarenfabrik und alle dem Rotterdamer Schlachthof angeschlossenen Betriebe sicherten die Beibehaltung des Preisausgleichs zu.

Am Montag, den 7.2. begannen die Streiks: Etwa 20.000 Kollegen auf 29 Baustellen, 12 Industriebetrieben und in den Häfen Amsterdams und Rotterdams beteiligten sich. Angesichts der starren Haltung der Kapitalisten wuchs die Kampfbereitschaft der Kollegen, täglich schlossen sich neue Belegschaften den Streikaktionen an. Am Morgen des 8.2. verkehrten von 4.30 Uhr bis 9.30 Uhr in Rotterdam und Amsterdam keine öffentlichen Verkehrsmittel.

In dieser Situation zersplitterte die Front der Kapitalisten vollends, Branche für Branche wurden die Forderungen weitgehend erfüllt. Als Beispiel sei genannt: Die 260.000 Arbeiter der Bauindustrie erhalten ab 1. Januar 77 eine Nachzahlung von 2,5 Prozent Preisausgleich für den Zeitraum April - Oktober 1976, Reallohnerhöhung von 1 Prozent ab 1. Januar und 0,5 Prozent ab 1. Juli, automatischen Preisausgleich für die bisher, Erhöhung des km-Geldes auf 22 cent/km und des Werkzeuggeldes auf 40 cent/Tag, Erhöhung des Urlaubsgeldes. Insgesamt bedeutet dieser Abschluß eine Reallohnerhöhung von 1,7 bis 1,8 Prozent. Neben der gleichlautenden Reallohnerhöhung erreichten die Hafenarbeiter zusätzlich die Herabsetzung des Pensionsalters von 64 auf 63 Jahre.

(Nach „Volkskrant", „De Waarheid", „Niew Utrechts Dagblad/Het Parool", „NRC Handelsblad", „Algemeen Dagblad" aus der Streikzeit).

Niederlande-Kommission
KB/Gruppen Bremerhaven und Hamburg

Frankreich

Kommunalwahlen: Überraschender Erfolg der revolutionären Linken

Der erste Urnengang zu den französischen Kommunalwahlen fand am 13. März statt.

Noch vor dem zweiten Wahlgang am 20. März steht jetzt schon fest, daß die Regierungsparteien in der Minderheit sind. Die Vereinigte Linke (Zusammenschluß der PCF und PS) konnte auf Anhieb 30 neue Städte erobern und weist ein Gesamtergebnis von 53% (im Vergleich: knapp unter 50% bei den Präsidentschaftswahlen 74) vor.

Besonders überraschend ist der Erfolg des revolutionären Wahlbündnisses „Pour le socialisme - le pouvoir aux travailleurs" („Für den Sozialismus - die Macht den Arbeitern"), das zwischen OCT, LCR und LO zustande gekommen ist.

Die revolutionären Linken haben in den 32 Städten, wo sie Kandidaten aufstellten, durchschnittlich 4.6% erreicht.

Mit 10% (im nationalen Durchschnitt) errangen auch die Ökologisten einen bedeutenden Erfolg. Die Ökologisten sind eine relativ heterogene Umweltschutz-Bewegung, die in einigen Orten (vor allem, wo Erfahrungen im Kampf gegen Atomkraftwerke existieren) sehr kämpferisch auftritt, in anderen dagegen relativ unpolitisch.

Als Verlierer auf der linken Seite muß die PSU gelten.

Die PSU hatte sich (gemäß der politischen Orientierung ihrer Mehrheitstendenz) darauf festgelegt, nicht mit den Revolutionären zusammenzugehen, bestenfalls mit den Ökologisten gemeinsame Kandidaten aufzustellen. Vielmehr wurde von der PSU mühsam versucht, Listenplätze bei stellen. Vielmehr wurde von der PSU mühsam versucht, Listenplätze bei der Vereinigten Linken zu ergattern. Was sie mit dieser Taktik bestenfalls erreichte, waren zwei Listenplätze in einigen Städten, wo sich die Vereinigte Linke aufgrund einer gewissen Verankerung der PSU etwas davon versprach. Als Verliererin muß sie deshalb gelten, weil sie weder geschafft hat, von der „Vereinigten Linken" als Partnerin anerkannt zu werden, noch konnte sie ihre Taktik ihrer traditionellen Wählerschaft glaubwürdig machen, die es vorzog, ihre Stimme der revolutionären Liste zu geben.

Erste Reaktionen

Während die PS am Abend des ersten Wahlgangs nichts Eiligeres zu tun hatte, als die Rechten zu beruhigen – „*Wir ziehen daraus nicht den Schluß, daß wir sofort die Regierung ablösen müssen*" – und die PCF in ähnliche Richtung argumentierte, stimmten die drei Organisationen LCR, LO und OCT darin überein, daß die Stimmen, die ihnen zugute gekommen sind, Protest- bzw. Mißtrauenstimmen gegenüber der Politik der „Vereinigten Linken" sind. Das gemeinsame unmittelbare Ziel ist die Organisierung des Bankrotts der Rechten beim zweiten Wahlgang. In einem gemeinsamen Pressekommunique vom 15.März erklären LCR, LO und OCT: „*Gleich beim ersten Wahlgang haben die Werktätigen ihre eindeutige Ablehnung des Barre-Plans* („Sparpolitik– Anm. AK) *der Giscard-Regierung und all der rechten Kandidaten, die dies unterstützen, zum Ausdruck gebracht. Die Parteien der Rechten verlieren über 20 Städte von mehr als 30.000 Einwohnern an die Vereinigte Linke. Die Listen ‚Für den Sozialismus – die Macht den Arbeitern', die auf Initiative von LCR, OCT und LO konstituiert wurden, erreichten zwischen 2% und 12% der Stimmen. Lille: 6.3%, Rouen: 7,6%, Montbéliard: 9,5%, Nancy: 8,3%, Saint-Ouen: 9,5%, Orléans: 12% und in einigen dieser Städte bis zu 15% in den Arbeiter-Siedlungen.*

Auch auf der Wahlebene zeigt sich heute, trotz des Boykotts der Massenmedien, eine sehr bedeutende Strömung, die gegen die Krise für revolutionäre Lösungen eintritt statt für die Kompromiß- und Klassenzusammenarbeitspolitik der Vereinigten Linken, welcher die PSU ihre Zustimmung gegeben hat.

Wir rufen jetzt alle Werktätigen auf, die beim ersten Wahlgang ihre volle Übereinstimmung mit den Inhalten der Listen ‚Für den Sozialismus' uns entgegengebracht haben, beim zweiten Wahlgang gegen die Rechten zu wählen und ihre Stimme, mit der Masse der Werktätigen, den Parteien der Linken zu geben. Allerdings: Es kommt jetzt vor allem darauf an, den Willen der Werktätigen, mit der Giscard-Regierung und mit dem Barre-Plan Schluß zu machen, in Kämpfen eindeutig zu dokumentieren."

Chirac: wahrscheinlich Bürgermeister von Paris

Der Kampf um das Pariser Rathaus zwischen den Unabhängigen Republikanern (Partei von Giscard d'Estaing) und dem PRP („Sammlungsbewegung für die Republik" vom ehemaligen Premierminister Chirac) hat eine zentrale Stelle innerhalb der Wahlkampagne der Rechten eingenommen. Chirac hat insgesamt 27% der Stimmen in Paris bekommen, während der Spitzenkandidat der Unabhängigen Republikaner, d'Ornano, um die 20% vorweist.

Das Kräfteverhältnis in Paris zum einen und der Vormarsch der Vereinigten Linken zum anderen ist zweifellos bedeutsam für die weitere Taktik der Bourgeoisie. Während Giscard die Möglichkeit nicht ausschließt, eine Spaltung der Vereinigten Linken durch Ködern der PS zu versuchen, setzen Chirac und seine Anhängerschaft, die nie ein Hehl daraus gemacht haben, daß für sie die PS der „Hauptfeind" ist, auf Konfrontation.

Frankreich-Kommission
KB/ Gruppe Frankfurt

10.000 AKW-Gegner in Straßburg

Am 5. März fand in Straßburg die bislang größte Demonstration gegen die AKW's in Fessenheim und Gerstheim statt. Dazu aufgerufen hatten zahlreiche Organisationen und Verbände sowie die Gewerkschaft CFDT. Auf der Abschlußkundgebung trugen Landarbeiter von Gerstheim die Ergebnisse einer Blitzumfrage vor, die die Breite der Ablehnung des Atomprogramms zum Ausdruck bringt: in Gerstheim haben sich von 1.880 Einwohnern 1.247, in Erstein von 1.800 Befragten 1.448, in Rhinau und Plobstein jeweils 95% und 96% gegen die Atomkraftwerke ausgesprochen.

Trotz der Breite der Mobilisierung und trotz des eindeutigen Votums der ansässigen Bevölkerung wurde am 8. März der erste Reaktor in Fessenheim in Betrieb gesetzt.

An der am selben Wochenende stattfindenden Demonstration in Wyhl beteiligten sich die Landarbeiter von Gerstheim mit einer Delegation.

•

AKW- Gegner in Lyon gelang es am 11. März, Dokumente zu entwenden über die Technik und Verwaltung von Atomkraftwerken. Zwei Genossen wurden vorläufig festgenommen, aber auf Druck einer spontanen Mobilisierung bald wieder freigelassen.

Vor ungefähr einem Jahr war eine ähnliche Aktion in Grenoble erfolgreich abgelaufen. Dort hatten AKW-Gegner in der Präfektur wichtige Pläne zur Evakuierung bei einem Atomunfall entwenden können, die sie an allen linken Zeitungen zur Veröffentlichung schickten.

Frankreich-Kommission
KB/ Gruppe Frankfurt

England

Labour-Regierung – wie lange noch?

England: Auch im Februar hat sich bei einer Nachwahl zum Parlament in einem Londoner Wahlkreis der Trend zur Konservativen Partei fortgesetzt: Der konservative Kandidat steigerte seinen Stimmenanteil um 9%. Zwar gingen bei dieser Wahl nur 40% der Wähler überhaupt zur Wahl, aber gerade daran läßt sich ablesen, daß nicht einmal die bedrohliche Minderheitsposition der Labour-Regierung im Parlament die resignierten Labour-Wähler vom Sessel hochreißt.

Weitere Nachwahlen werden notwendig, zum einen durch den Tod von Außenminister Crosland, zum zweiten dadurch, daß Roy Jenkins als Präsident der EG-Kommission nach Brüssel gegangen ist. Die Tories brauchen nur 7,7%, bzw. 14,9% zu erobern, um diese beiden Wahlkreise zu übernehmen („FAZ", 26.2.77).

Ein beinahe noch deutlicheres Anzeichen dafür, daß es mit den Aussichten der Labour-Regierung nicht bestens bestellt ist, ist die Tatsache, daß sich Ende Januar die Spitze des TUC (Gewerkschaftsdachverband) mit der Tory-Spitze unter Führung von Margaret Thatcher zusammengesetzt hat. Tatsache ist weiterhin, daß dieses Treffen mehrere Tage geheim gehalten und bis heute der Inhalt der Besprechung nicht bekannt gegeben wurde.

Teilgenommen haben seitens des TUC: Generalsekretär Murray, der Führer der Transportarbeitergewerkschaft Jack Jones, Scanlon, der „linke" Führer der Metallarbeitergewerkschaft und David Basnett, Generalsekretär der Gemeindebeamtengewerkschaft.

Die Thatcher hatte neben fünf Mitgliedern ihres Schattenkabinetts den Faschisten Keith Joseph, der allgemein als ihr politischer Berater gilt, mitgebracht! Dies allein stellt bereits eine unglaubliche Provokation dar, ist doch Joseph dadurch einschlägig bekannt geworden, daß er in einem Vortrag vor dem „Monday-Club" (Club hochgestellter und gutbetuchter Tory-Förderer) davon sprach, daß man eine Zwangssterilisation bei Arbeiterfrauen und anderen „niedrig stehenden" und minderbegabten Frauen aus dem asozialen Milieu erwägen sollte, um den Fortbestand der guten englischen Rasse zu gewährleisten!

Aber das ficht ja Arbeiterverräter vom Schlag eines Murray oder Jones nicht an. Außerdem geht es ja auch um weitergesteckte Fragen der „Staatsraison", nämlich darum, wie man jetzt bereits ein gedeihliches Zusammenarbeiten zwischen einer zukünftigen Tory-Regierung mit dem TUC vorbereitet, damit nicht wieder – wie '74 die Regierung Heath – eine konservative Regierung an der tief in der Arbeiterbewegung verwurzelten Vorstellung von der Unvereinbarkeit ihrer eigenen Interessen mit einer Tory-Politik, scheitert ...

Die „Neue Zürcher Zeitung" („NZZ") schreibt dazu: „*Die Tory-Führer sind seit einiger Zeit bestrebt, die in der Wählerschaft verbreitete Meinung zu zerstreuen, daß eine Tory-Regierung nicht mit den Gewerkschaften zusammenarbeiten könnte ... Der Generalsekretär des Gewerkschaftsbundes, Len Murray, hat in der Vergangenheit mehrmals auf Anfrage von Tory-Politikern erklärt, die britischen Gewerkschaften würden mit einer Tory-Regierung zusammenarbeiten, soweit sich eine solche Zusammenarbeit als möglich erweisen werde*" („NZZ", 22.1.77).

Noch 74/75 wären solche Äußerungen aus dem Munde eines maßgeblichen Gewerkschaftsführers unmöglich gewesen!

England-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Schweiz

„Landesverteidigung" als Grundsatz der linken Soldatenbewegung ?!

Schweiz. Verschiedene Soldatenkomitees der Schweiz waren bis vor kurzem in der „Nationalen Koordination" vereinigt. Die Koordination hat sich am 23. Januar aufgelöst. Hintergrund sind eine Reihe von Spaltungen in den Komitees, vor allem in Zürich und Lausanne. Streitpunkt der Auseinandersetzung ist die Frage der Übernahme der Position der „Landesverteidigung" in das Selbstverständnis der Soldatenkomitees. Betrieben wird dies von der „ML"-Organisation „Rupture pour le communisme", die bis vor kurzem noch mit einer Reihe von Organisationen in der „Berner-Konferenz" in Auseinandersetzung stand (darunter „Arbeiterpolitik" und „Kritisches Forum"). „Rupture" stellt dazu fest, daß *„der Antimilitarismus mit dem Kampf um die demokratischen Rechte unvereinbar ist"* und fordert den *„radikalen Bruch mit den antimilitaristischen und subversiven (!) Charakteren"* (zitiert nach „bresche", 29.1.). „Rupture" fordert:
den Kampf für die „nationale Unabhängigkeit" der Schweiz gegen die beiden „Supermächte". Antimilitaristen würden *„das Volk im Angriffsfall entwaffnen"*, man dürfe bei der „Landesverteidigung" nicht auf die eigene Bourgeoisie vertrauen, sondern müsse sie in die eigene Hand nehmen („focus", März 77„bresche", 29.1.).

Dahinter steckt bei „Rupture" offensichtlich die Übernahme der chinesischen Außenpolitik für Westeuropa, das angeblich von den beiden „Supermächten" bedroht wird. Bereits vor einiger Zeit gab es im Kollektiv der Alternativzeitung „Viva" eine Spaltung, die sich ebenfalls an der Frage der „Landesverteidigung" vollzog. Die ausgetretenen „Vaterlandsverteidiger" forderten, in der „Viva" zukünftig nicht mehr die bürgerliche Armee zu kritisieren („Viva", 28/77, „focus", März 77). Sie gehören ebenfalls der „Rupture" an.

Was hier betrieben wird, ist der sichere Tod einer fortschrittlichen Soldatenbewegung, die den Antimilitarismus als einen wesentlichen Bestandteil ihrer Arbeit begreifen muß. Die schweizer Soldatenbewegung, in der außerden den sich immer stärker herausbildenden ML'ern auch die Trotzkisten keine geringe Rolle spielen (die „Revolutionäre Marxistische Liga", „RML"), scheint an dieser Frage auseinanderzubrechen. Gänzlich untauglich gegenüber dem Versuch, die „Landesverteidigung" zum Programm der Soldatenbewegung zu erheben, ist der Opportunismus, mit dem nach den uns vorliegenden Mitteln die schweizerische Linke auf diese antikommunistische Provokation der „Rupture" reagiert. Die Zeitung der trotzkistischen RML, „bresche", eröffnet in ihrer Ausgabe vom 29.1. die Debatte um die „Landesverteidigung", akzeptiert dabei, daß gern unterschiedliche Vorstellungen dazu in den Soldatenkomitees existieren können und fordert freundlich zu einem *„Nebeneinander verschiedener Standpunkte"* auf.

Der „Zeitdienst" veröffentlichte kommentarlos eine Erklärung von Mitgliedern des Soldaten-Komitees Lausanne, in dem festgestellt wird: *„Wir wehren uns nicht gegen eine Diskussion über die Landesverteidigung, glauben aber, daß verschiedene Standpunkte darüber kein Hindernis für eine gemeinsame Praxis sein können"* („ZD", 25.2.).

Der „focus", ebenfalls eine Zeitung, die offen für eine Diskussion der Linken ist, schreibt z.B.: *„Es ist kaum sinnvoll, den Streit um das Programm einer zukünftigen Soldatenorganisation detailliert aufzurollen. Und es ist momentan auch sinnlos, einer bestimmten Richtung den Vorzug zu geben..."* („focus", März 77).

Fast grenzenlos sind der Opportunismus und die Naivität, mit denen hier Positionen begegnet wird, die nicht irgendwelche Ausrutscher darstellen, sondern die eine linke, fortschrittliche Politik unglaubwürdig machen und geeignet sind, Bündnisse mit reaktionären Kräften, bei denen es in der Frage der „Landesverteidigung" sicherlich keine Differenzen gibt, zu erreichen. Eine scharfe Abgrenzung und Auseinandersetzung in der Linken mit diesen Positionen ist erforderlich, um derartige Positionen zu isolieren.

Schweiz-Kommission
KB/Gruppe Bremen

stärker herausbildenden ML'ern KB/Gruppe Bremen

Studentenwahlen in der Schweiz

Massiven Angriffen von rechts sind die Studenten an den Universitäten ausgesetzt. In Bern wurde der Studentenschaft die Finanzautonomie entzogen, in Zürich werden offen Pläne zur Abschaffung der Organe der Studentenschaft aufgeworfen. In beiden Städten hofften die rechten Gruppen durch Wahlsiege die Linken zu isolieren und selber Mehrheiten zu erreichen. Dabei hatten sie sich verrechnet:

In Bern gewannen linke Gruppen auf Kosten der Rechten einen Sitz, so daß das Verhältnis jetzt 24 : 16 Stimmen beträgt. Darunter sind Stimmen der sozialdemokratisch orientierten Gruppen SHG und SLG, die je einen Sitz verloren. Die POCH-Studenten hielten ihre drei Sitze, die Trotzkisten der RML errangen erstmals einen Sitz.

11 Sitze errangen die aus unabhängigen Linken bestehenden Fachschaftslisten.

In Zürich wurden an den meisten Fakultäten linke Einheitslisten aus Sozialdemokraten (SP), Revisionisten (PdA), POCH und Trotzkisten (RML) gebildet, die 34 von 70 Sitzen gewannen (plus acht Sitze auf Kosten der Rechten). 20 Sitze errangen die Rechten, 16 die Liberalen.

Schweiz–Kommiss'on
KB-Gruppe Bremen

Neue „ML"-Organisation gegründet

Schweiz. Die beiden Organisationen „Kritisches Forum Winterthur" und die „Kommunistische Gruppe Arbeiter-Politik Zürich" haben sich Ende Februar zu einer gemeinsamen Organisation zusammengeschlossen: „Kommunistische Organisation Arbeiter-Politik". Seit etwa einem Jahr läuft dieser Fusionsprozeß. Auffälligster Punkt der sehr allgemeinen Grundsatzerklärung der beiden Organisationen ist der Punkt 5 „Zur internationalen Lage". Dort heißt es: *„Weder dürfen wir die Lage in einem Land stellvertretend für die Weltlage setzen, noch dürfen wir ohne eigene konkrete Analyse die außenpolitischen Positionen der VR China übernehmen"*. Übernommen wird allerdings die „Supermächte-Theorie" von den *„zwei imperialistischen Großmächten, die sich heute die Weltherrschaft streitig (machen)"*. Deren *„verstärkte Auseinandersetzung erhöht die Gefahr eines dritten Weltkrieges"*. Zur Abgrenzung von vaterländischen Positionen, wie sie insbesondere die „KPS/ML" und neuerdings auch die „Rupture pour le communisme" vertreten (siehe dazu Artikel zur Soldatenbewegung), wird dabei aber festgehalten, daß der Widerspruch zwischen den „Supermächten" nie zum Hauptwiderspruch werden kann. *„Im Falle eines imperialistischen Krieges schlagen wir uns nicht auf die Seite des einen oder anderen Imperialismus. Unser Ziel bleibt die Revolution in der Schweiz, wir kämpfen gegen den Krieg, indem wir die Revolution vorantreiben"* (nach „arbeiter-politik" Sondernummer).

Die beiden fusionierten Organisationen haben übrigens bis vor kurzem noch zusammen mit der „Rupture" in der inzwischen aufgelösten „Berner-Konferenz" gearbeitet.

Schweiz-Kommission
KB/Gruppe Bremen

Frauen besetzen Haus!

Basel. Aus Anlaß des Internationalen Frauentages demonstrierten am 12. März etwa 800 Frauen in Basel, die aus verschiedenen Organisationen und Orten der Schweiz gekommen waren. Ihre Forderungen waren unter anderem: „straffreien Schwangerschaftsabbruch", „Recht auf Arbeit", „Für ein Frauenzentrum". Die Forderung nach einem Frauenzentrum wird von der Basler „Aktion Frauenzentrum" schon lange an die Stadt gestellt, wird aber ständig ignoriert. Am Nachmittag des 12.3. besetzten nun die Frauen ein leerstehendes Haus in Basel und haben sich dort eingerichtet.

Schweiz-Kommission
KB-Gruppe Bremen

Portugal

Portugal im Griff der EG-Monopole

[...]gals Regierungschef Soares be[...]ste kürzlich die westeuropäischen Hauptstädte, um über den Beitritt Portugals zur EG, weitere Großkredite und den Ausverkauf seines Landes an die EG-Monopole zu verhandeln. Soares bekam überall zu hören, daß man im Prinzip die Aufnahme Portugals in die EG unterstützen würde, aber dies noch einige Zeit erfordern würde. Außerdem sei es zuvor „besonders wichtig, das Vertrauen der Privatwirtschaft in die portugiesische Entwicklung wiederherzustellen".

Mit einer hohen Auslandsverschuldung und einem kaum weniger großen Außenhandelsdefizit ist Portugal unter der Regierung Soares immer stärker vom „Wohlwollen" der Imperialisten abhängig geworden: Die Auslandsschulden werden mit 2,1 Mrd. Dollar („Welt", 7.3.) bis 3 Mrd. Dollar („FR", 28.2.) bzw. 7,3 Mrd. Mark („Welt", 21.2.) bis 8 Mrd. Mark („FAZ", 15.2.) angegeben; das Handelsdefizit soll sich auf 3,5 Mrd. Mark belaufen („Welt", 21.2.), das Haushaltsdefizit 1976 auf 1,55 Mrd. Dollar („FR", 8.3.).

Derzeit bemüht sich die Regierung Soares um einen neuen amerikanisch-europäischen Kredit in Höhe von 1,5 Mrd. Dollar. Offen kam dabei zum Ausdruck, daß die Kredit-Gewährung sowohl von wirtschaftlichen Maßnahmen als auch von einer weiteren „innenpolitischen Stabilisisierung" abhängig gemacht wird. Was den ersten Punkt angeht, so wurde noch mitten während Soares „Goodwill-Rundreise" („Welt", 21.2.) ein ganzes Paket von Maßnahmen bekanntgegeben, über die die „FR" urteilte: *„Soares neue Wirtschaftsmaßnahmen sind unter dem Druck der Wirklichkeit und des Weltwährungsfonds zustande gekommen. Portugal ist mit seiner Zahlungsfähigkeit am Ende. Mit den internationalen Krediten kamen – auch wenn es Soares nicht eingestehen will – die Bedingungen: Ohne harte Maßnahmen kein Vertrauen, ohne ein klares Einschwenken auf eine fähige Marktwirtschaft kein Geld. Soares zahlt den Preis, der von ihm verlangt wird, den er im Namen des Sozialismus aber verheimlichen wollte: Betriebe werden reprivatisiert, die Bedingungen für die ausländischen Investitionen gelockert, Lebensmittelpreise angehoben"* („FR", 2.3.).

Die reaktionäre CDS (Christdemokraten) begrüßte die Maßnahmen als „25. November der Wirtschaft" (am 25. November 1975 wurde in Portugal durch einen Rechtsputsch der revolutionäre Prozeß gewaltsam abgebrochen).

Im Vordergrund der Maßnahmen stehen:
- Abwertung des port. Escudo um 15 % (Der „Weltwährungsfond" hatte lt. „FR" vom 18.2. zunächst sogar eine 25 %ige Abwertung gefordert!). Die Abwertung bedeutet u.a., daß praktisch Portugals Auslandsschulden um 15 % „aufgewertet" wurden, während die portugiesische Arbeitskraft um 15 % „abgewertet" wurde und damit ein noch größerer Anreiz für ausländische Investitionen geschaffen wurde!
- Nochmalige Anhebung der Lebensmittelpreise (bereits im letzten Jahr betrug die Inflationsrate 26 % – lt. „FAZ" vom 15.2.), die danach auf ein Jahr „eingefroren" wurden.
- Erhöhung der Post- und Fernmeldegebühren.
- Export und Investitions"anreize" für das Großkapital durch steuerliche Maßnahmen.
- Weitere Verringerung und Verteuerung von „nicht lebenswichtigen" Importen.
- Bis Ende März soll das Investitionsgesetz für Ausländer „liberalisiert" werden, um den Imperialisten die Tore noch weiter zu öffnen.

Bei diesen Maßnahmen wird Soares vor allem von der CDS unterstützt. Ihr Führer, Freitas do Amaral, sagte es offen: *„Die Wirtschaftskrise in Portugal zwingt uns, die Interessen der Partei hinter die der Nation zu stellen. Das heißt, wir unterstützen die Minderheitsregierung der Sozialisten"* („Welt", 21.2.). Die CDS drängt auch auf eine Regierungsumbildung: In die bisherige PS-Alleinregierung sollen CDS-nahe „unabhängige Wirtschaftsfachleute" aufgenommen werden.

Zur „Stabilisierung" und „Normalisierung" in Portugal gehört auch die Tatsache, daß nicht nur die faschistischen Folterknechte und Schreibtischmörder reihenweise aus der Haft entlassen werden, daß nicht nur immer neue offen faschistische Zeitungen auf den Markt kommen, sondern daß es seit kurzem auch wieder ganz legal und offen zwei faschistische Parteien gibt:
- Die MIRN unter Führung des faschistischen General Kaulza de Arriaga; dieser war in der letzten Phase des Kolonialkriegs Oberkommandierender in Mosambik; wegen Vorbereitung eines konterrevolutionären Staatsstreichs wurde er nach dem 25. April verhaftet, nach dem Rechtsputsch vom 25. November 1975 jedoch freigelassen. Er ist die Symbolfigur des reaktionärsten Flügels der Streitkräfte.
- Die PAP unter Führung des ehemaligen CDS-Politikers Pires de Morais.

Das offene Auftreten dieser beiden Faschisten-Parteien hat zugleich die Funktion, der CDS-Führung eine scheinheilige „Abgrenzung" nach rechts zu erlauben, wodurch sie selbst sich als „Kraft der Mitte" darzustellen versucht. (Tatsächlich bleibt die CDS nach wie vor das wichtigste Sammelbecken alter und neuer Faschisten!) Dieser Flankenschutz für die CDS von rechtsaußen ist zweifellos auch im Sinne von Soares, um die Angriffe aus seiner eigenen Partei gegen seine enge Zusammenarbeit mit der CDS abzuschwächen.

Knapp drei Jahre nach dem Sturz des faschistischen Regimes hat die portugiesische und internationale Sozialdemokratie, im Auftrag der EG- und US-Konzerne, die „Normalisierung", d.h. die Anpassung Portugals an „normale" kapitalistische Zustände, weitgehend bewerkstelligt.

Italien

Andreotti-Regierung auf offenem Kriegskurs gegen die revolutionäre Linke

Die Provokationen der Regierung gegen die revolutionäre Linke und die Schüler- und Studentenbewegung in Italien haben in den vergangenen Wochen neue Höhepunkte erreicht: in Rom wurde gegen einen Genossen ein Terrorurteil faschistischen Zuschnitts verhängt und in Bologna ein Genosse von der Polizei ermordet. Die Schüler- und Studentenbewegung gab darauf mit massenhaften Demonstrationen eine militante Antwort. In Rom und Bologna, und teilweise auch in anderen Orten, kam es tagelang zu schweren Straßenkämpfen mit der Polizei, bei denen diese mit größter Brutalität und mit erneutem Einsatz von schweren Schußwaffen (einschließlich Maschinenpistolen) den Widerstand der Studenten, Schüler und arbeitslosen Jugendlichen niederzuschlagen versuchte. Namentlich Bologna wurde von den Truppen des Innenministers Cossiga auch über diese Kämpfe hinaus in eine Stadt des faktischen Ausnahmezustands verwandelt.

Unter den Parolen der „Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung" und des „Schutzes der Demokratie" versucht die Reaktion Progromstimmung gegen die „Linksextremisten" zu schaffen und geht gleichzeitig zum Angriff auf fundamentale demokratische Rechte über: Innenminister Cossiga hat „bis auf weiteres" das Demonstrationsrecht für die Linke aufgehoben; Informationsorgane der Linken wurden geschlossen oder sind unmittelbar bedroht; verhaftete Demonstranten werden in Schnellverfahren zu horrenden Strafen verdammt; „verdächtige" Personen müssen sich mit erhobenen Händen auf der Straße von MP-Schützen kontrollieren und durchsuchen lassen. Cossiga, Andreotti und die gesamte italienische Reaktion wollen aber noch mehr: sie haben die Ausrufung des umfassenden Ausnahmezustands bei „weiterem Aufruhr" angekündigt; sie wollen ihre Absicht der „Schließung der Höhlen" (womit die Organisationen und Zentren der revolutionären Linken gemeint sind) in die Tat umsetzen; sie wollen durch die Verabschiedung weiterer freiheitstötender Gesetze letztlich jede Opposition gegen die Krisenpolitik zerschlagen. Die PCI und die Gewerkschaftsführung sollen dem Andreotti-Regime dafür den Rücken freihalten.

Am 11.3. wurde in Bologna der Genosse Francesco Lorusso von Bullen während einer Demonstration erschossen, die sich gegen eine in der Universität abgehaltene Versammlung der rechtsextremen „Comunione e Liberazione" („Kommunion und Befreiung") richtete. Bei dieser Gruppe handelt es sich um Klerikalfaschisten, mit engen Verbindungen zur DC und zur Mafia. Die Genossen wurden bei Erscheinen vor dem Versammlungsraum sofort von Schlägern der „CL" angegriffen. Als daraufhin weitere Antifaschisten herbeiströmten, trat sofort Polizei auf den Plan, feuerte Tränengas ab und verfolgte die flüchtenden Antifaschisten mit gezogenen Pistolen. Völlig grundlos, aber nicht mehr unüblich, machten die Bullen auch von ihren Waffen Gebrauch: In der via Mascarella wurde der Genosse Francesco durch einen Schuß in den Rücken tödlich getroffen.

Die Straßenkämpfe in Bologna und Rom

Nur wenige Stunden nach dem Mord an Francesco Lorusso zogen bereits 15.000 Demonstranten durch die Straßen von Bologna. Sie zerstörten den Buchladen der Klerikalfaschisten, besuchten ein Polizeirevier, belagerten den Sitz der Christdemokratie und besetzten den Bahnhof. Der Polizei gelang es nicht, die Demonstration zu zerschlagen.

Für den folgenden Tag, den 12.3., war bereits seit längerem eine nationale Demonstration in Rom vorbereitet worden, auf der die Jugendlichen ihre gemeinsamen Kampfforderungen zum Ausdruck bringen wollten. Angesichts des neuen Polizei-Mordes wurde diese Demonstration erst recht zu einer massiven und militanten Kampferklärung gegen die Andreotti-Regierung. Wegen der vorangegangenen Erfahrungen mit der Polizei und den deutlichen Ankündigungen Cossigas über ein „hartes Durchgreifen" der Polizei wurde von vornherein eine Selbstverteidigung organisiert.

Während am gleichen Tag in verschiedenen Orten noch örtliche Demonstrationen stattfanden (mit teilweise ebenfalls beachtlicher Stärke, so etwa 10.000 in Mailand), kamen in Rom 100.000 Jugendliche aus ganz Italien zusammen (nach Angaben von LC; die bürgerliche Presse hat maximal 50.000 „zugestanden").

Von Anbeginn an gingen die Truppen des Innenministers Cossiga auf

Fortsetzung auf Seite 33

Fortsetzung von Seite 32

Provokationskurs und sperrten unmittelbar vor dem Demonstrationsabmarsch die angemeldete Route über die Via Nazionale ab.

„*Wir haben es satt, unsere getöteten Genossen zu beweinen*" – das stand auf dem Transparent, das schon am Morgen auf einer ersten Demonstration vorangetragen wurde. Und v i e l e der Demonstranten hatten sich vorgenommen, daß sie heute zurückschlagen würden.

Auf der piazza del Gesu kam es zu ersten schweren Auseinandersetzungen, als der dortige DC-Sitz von Demonstranten angegriffen wurde. Die Polizei ging sofort massiv mit Tränengasgranaten gegen die Demonstranten vor – und von diesem Zeitpunkt ab ging der Kampf ununterbrochen bis spät in die Nacht: Die Polizei knüppelt, verwandelt ganze Straßenzüge in dichte Gaswolken, veranstaltet eine regelrechte Treibjagd auf einzelne Demonstranten und einzelne Demonstrantengruppen – und schießt. Die Demonstranten versuchen, sich erfolgreich immer wieder neu zu formieren. Sie bauen Barrikaden, wehren sich mit Steinen und anderen Mitteln, greifen Einrichtungen der Reaktion an: ein Faschistenlokal, ein Polizeirevier, eine Carabinieri-Kaserne, das Gebäude des „il popolo" u.a. Ein paar Demonstranten versorgten sich gegen die hochgerüstete Polizei auch mit Schußwaffen, indem sie zwei Waffengeschäfte ausräumten. Von der überwiegenden Mehrheit wurde dies jedoch weder getragen noch gebilligt. Lotta Continua bezeichnet diese Aktionen als „ohne jeden revolutionären Wert", und als „verantwortungslose Episoden".

Die schwersten Übergriffe der Truppen Cossigas fanden spät in der Nacht in Bahnhofsnähe statt, wo die Demonstranten teilweise in kleinen Gruppen aufgesplittert zu ihren Bussen und Zügen zurückkehren. Die Bullen gingen dort mit besonderer Brutalität vor, gerade gegen diejenigen, die a m w e n i g s t e n für eine militante Auseinandersetzung ausgerüstet waren. Dutzende von Genossen wurden verhaftet und verletzt.

In Bologna trat die Polizei zu gleicher Zeit zur Räumung der Uni an. Es gab stundenlang heftige Kämpfe, bei denen die Studenten die Uni mit

Barrikaden verteidigten. Am späten Abend begann die Polizei mit Maschinenpistolen in Richtung der Barrikaden zu schießen. Im Morgengrauen des 13.3. rückte sie schließlich mit Panzerwagen vor und „eroberte" die Uni. Den ganzen folgenden Tag über wurden immer wieder in verschiedenen Punkten der Stadt Demonstrationszüge versucht, gegen die die Bullen sofort mit allen Mitteln vorgingen. In diesen Tagen sind in Bologna insgesamt 131 Genossen verhaftet worden, denen allen Schnellverfahren drohen. Mit rund 8.000 voll ausgerüsteten Polizisten und einem ganzen Tross von gepanzerten Wagen, die seitdem in der Stadt stationiert sind und ständig durch die Straßen patroullieren, wurde Bologna, das Paradepferd unter den PCI-regierten Städten Italiens (ununterbrochen seit 1950), in eine regelrechte militärische Festung verwandelt.

Begleitet von einer noch weiter gesteigerten Panik- und Hetzkampagne der gesamten bürgerlichen Presse („Corriere della Sera" am 13.12.: „Jetzt beginnt die Guerilla"), verkündete die Regierung und insbesondere Innenminister Cossiga nach den „Vorfällen" von Rom und Bologna,



Panzerwagen in Bologna: Die Stadt wurde in eine militärische Festung verwandelt

daß „alle in Kraft stehenden Gesetze angewandt und weitere vorgeschlagen" würden. Für Rom und Bologna erließ Cossiga am 14.3. ein generelles Demonstrationsverbot „für 15 Tage, vorbehaltlich weiterer Maßnahmen" – also faktisch zunächst mal unbegrenzt. Und dies gilt auch für Versammlungen. Noch am Abend des 12.3. wurde der in Bologna ansässige linke Sender Radio Alice polizeilich geschlossen (hat seine Sendungen inzwischen allerdings wieder mit einer anderen Station aufgenommen). Die Schließung der linken Radiostationen, die „die Gewalt der Jugendlichen schüren" und sich „während dieser Episoden der Guerilla in regelrechte Operationszentren verwandelt" hätten, ist für Cossiga laut einem Interview in der „Stampa Sera" vom 14.3. offenbar der erste (...!) beabsichtigte Schritt bei der schon v o r den jüngsten Kämpfen vorprogrammierten sogenannten „Schließung der Höhlen". Außer Radio Alice in Bologna scheinen momentan vor allem die beiden Sender Radio Citta Futura und Radio Roll in Rom bedroht zu sein.

In dem erwähnten Interview kündigte Cossiga des weiteren an, daß zukünftig verboten sein soll, Züge zu organisieren, die Leute zu nicht-genehmigten Demonstrationen fahren.

Die weitreichendste Ankündigung machte Cossiga jedoch mit der Drohung, gegebenenfalls den Ausnahmezustand zu verhängen. Konkret bedeutet dies z. B., daß j e d e Person mit der windigen „Begründung" verhaftet werden könnte, daß dies zur „Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung" angeblich „nötig" sei. In Richtung auf die Vorbereitung solcher Situationen weist auch die Tatsache, daß während der Kämpfe in Rom und Bologna Alarmzustand in sämtlichen Kasernen Italiens erteilt wurde!

Der italienische Ministerrat sollte am 18.3. zu einer Sitzung zusammentreten, um einige der angekündigten Maßnahmen „beschlußreif" zu machen. Auf dem Tisch liegen auch die schon seit längerem angekündigten Gesetzesentwürfe über eine drastische Strafverschärfung bei „Straftaten gegen Angehörige der Ordnungskräfte", über eine „Spezialhaft für gefährliche (d. h. in der Praxis: politische) Häftlinge.



Am 11. März in Bologna von der Polizei erschossen: Genosse Francesco Lo Russo (auf dem Foto links außen) von Lotta Continua, hier bei einer Solidaritätsdemonstration für Portugal und Spanien am 25.9.75



„Wir haben es satt, die ermordeten Genossen zu beweinen!" – Spitze des Demonstrationszuges am 12. März in Rom

Terrorurteil gegen den Genossen Panzieri gefällt

Im Prozeß gegen die Genossen Fabrizio Panzieri und Alvaro Loiacano, die beschuldigt wurden, den griechischen Faschisten und Geheimdienstagenten Mantakas getötet zu haben (siehe AK 96 und 100), wurde am 4. März ein Terrorurteil gefällt: der Genosse Panzieri wurde zu neun Jahren und sechs Monaten Gefängnis verurteilt! Der Genosse Loiacano wurde dagegen aus „Mangel an Beweisen" freigesprochen. Ihn hätte das Gericht allerdings auch kaum so leicht einknasten können, da er sich einer Verhaftung bislang erfolgreich entziehen konnte und mithin beim Prozeß auch nicht anwesend war.

Das Urteil gegen den Genossen Panzieri folgt indes mal wieder der allseits berüchtigten Willkür der italienischen Klassenjustiz, die fast schon als grotesk zu bezeichnen wäre, wenn es nicht um so ernste Schläge ginge: „Hauptbelastungsmittel" gegen Panzieri war eine Pistole mit dem Kaliber 7,65, die bei seiner Verhaftung in seiner Nähe aufgefunden wurde. Der Faschist Mantakas wurde jedoch durch einen Schuß aus einer Pistole mit dem Kaliber 38 getötet. Und da das Gericht die These des „tödlichen Schusses" durch Panzieri so doch nicht ganz unbeschadet aufrechterhalten konnte, nahm sie ein „Gutachten" über ein „Fragment einer Pistolenkugel" zu Hilfe, das aus der in Panzieris Nähe gefunden Pistole stammen soll. Damit „begründete" das Gericht Panzieris „Mittäterschaft" und die neuneinhalb Jahre Knast.

Schon unmittelbar nach Bekanntwerden der Strafanträge der Staatsanwaltschaft (sie forderte 24 Jahre für Panzieri und 30 Jahre für den ursprünglich als „Haupttäter" beschuldigten Loiacano!) hatte es Protestaktionen und Solidaritätsbekundungen gegeben. Nach der Urteilsverkündung gingen dann mehrere Tausend Genossen auf die Straße; die Polizei griff die Demonstration mit großer Brutalität an, es gab zahlreiche Verletzte. „Pagherete tutto – Panzieri libero" (Ihr werdet alles bezahlen – Freiheit für Panzieri!) war auch die Parole, unter der sofort nach der Urteilsverkündung in mehreren Schulen in Rom der Unterricht abgebrochen und Versammlungen durchgeführt wurden.

Die Revisionisten, die in den vergangenen Tagen und Wochen kräftig das Klima der verschärften Repression gegen die revolutionäre Linke mitgeschürt haben, haben ebenfalls gegen das Terrorurteil protestiert und fordern Freiheit für Panzieri. Gleichwohl ist ihre Position im Gesamtzusammenhang dieses Prozesses halbherzig. In einem Kommentar über das Urteil schrieb das PCI-Organ „l'unita" am 5.3.: „*Wir haben keine Zweifel, daß das Urteil formal eine gewisse, im Strafgesetzbuch verankerte Rechtfertigung erhalten hätte, wenn die Entscheidung begründet gewesen wäre. Aber es ist der Inhalt des Urteilsspruchs, der unannehmbar bleibt*". Die PCI kritisiert damit im Grunde nur, daß das Urteil einen Rechtsbruch auf dem Boden des bürgerlichen Gesetzes selbst darstellt. Für konsequente Antifaschisten geht es aber darüber hinaus u n a b h ä n g i g von der konkreten Unschuld der Genossen Panzieri und Loiacano darum, daß sie n i e m a l s dem bürgerlichen Staat ein „Recht" zuerkennen werden, Urteile gegen Antifaschisten zu fällen, die den Nazi-Verbrechern militant entgegentreten. Die Anerkennung eines solchen „Rechts" würde bedeuten, daß die Antifaschisten der W e h r l o s i g k e i t gegenüber ihren eigenen Mördern, gegenüber den Mördern der Arbeiterklasse zustimmen. Der Faschist Mantakas wurde getötet, als eine bewaffnete Nazi-Bande Genossen überfiel, die auf dem Heimweg von einer Demonstration waren. Und die Verbrechen der Faschisten in ihrer Geschichte und heute wieder in Italien sind so zahlreich und blutig, daß nicht nur jede militante Abwehr eines neuen konkreten Überfalls, sondern überhaupt jedes geeignete Mittel, das zur Besiegung der Faschisten beiträgt, vom Standpunkt der Arbeiterklasse aus moralisch und politisch vollauf gerechtfertigt ist.

KB/Gruppe Frankfurt



»Da: ist der Anarchist, ich erkenn' ihn wieder!«

Spaltung der PdUP

Ende Februar hat sich die faktische Spaltung der PdUP vollzogen. im wesentlichen ist dabei die PdUP wieder in die Strömungen auseinandergefallen, aus denen sie vor einigen Jahren entstanden ist:

- **Die Gruppe um die Zeitung „il manifesto", die sich ursprünglich von der revisionistischen PCI abgespalten hat.**
- **Die PSIUP, ein Spaltprodukt der alten PSIUP (Abspaltung der „Sozialistischen Partei", PSI), die vor einigen Jahren auseinanderfiel.(Die Mehrheit trat der PCI bei).**

Die Spaltung bereitete sich seit längerem vor. Unmittelbarer Ausgangspunkt war das „Dokument der 62", unterschrieben von 32 Mitgliedern des ZK der PdUP (die Mehrheit des PdUP-ZK) und 30 Mitgliedern des ZK von Avanguardia Operaia (die Minderheit des AO-ZK). Mit der AO befand sich die PdUP schon seit längerem in einem Vereinigungsprozeß. Die in dem „Dokument der 62" enthaltenen Aussagen sind keineswegs sensationell oder irgendwie politisch richtungsweisend; allein die Tatsache des Zustandekommens eines solchen Papiers wurde aber, wohl nicht zu Unrecht, von der Minderheit des PdUP-ZK als offene Kampfansage der Mehrheit begriffen.

Am 26.Februar tagte daraufhin das Zentralkomitee der PdUP. Zwei Resulotionen standen zur Abstimmung:

- **Die Resolution der Mehrheit, das ZK möge der „Erklärung der 62" zustimmen (Also eine offene Provokation!). Angenommen mit 31 zu 30 Stimmen.**
- **Die Resolution der Minderheit, einen außerordentlichen Parteitag einzuberufen. Abgelehnt mit 29 zu 31 Stimmen.**

Am 27. Februar tagten daraufhin Mehrheit und Minderheit des ZK getrennt. Die Mehrheit beschloß, für das nächste Wochenende eine nationale Versammlung d e r Kader einzuberufen, die sich mit den Positionen der ZK-Mehrheit identifizieren. Mit diesem putschistischen Akt war die Spaltung praktisch perfekt gemacht. „Il manifesto" erscheint nunmehr nur noch als Organ der ZK-Mehrheit. In der gesamten Organisation haben parallele Versammlungen der beiden Flügel stattgefunden – beide Seiten behaupten, von der Mehrheit der Organisation unterstützt zu werden.

gänge auf AO sind noch keine Einzelheiten bekannt geworden. Auch in dieser Organisation wird eine Spaltung für möglich gehalten, da hier ähnliche Fronten verlaufen. Inzwischen haben einige führende Mitglieder die AO velassen (u.a. 13 Mitglieder der Provinzleitung Mailand) und zu einer nationalen Konferenz der AO-Minderheit am 19./20.3 aufgerufen.

Generell gesprochen kann die Position der PdUP-ZK-Mehrheit so umrissen werden, daß sie den Anschluß an die PCI und das 'parlamentarische Spektrum' nicht ganz zu verlieren trachtet und daß sie von daher opportunistischen Positionen beispielsweise gegenüber den Kämpfen der Studenten oder gegenüber einer Zusammenarbeit mit Lotta Continua zuneigt.

Spanien

„Wir Frauen haben basta gesagt!"

Einen außergewöhnlichen Aufschwung hat die organisierte spanische Frauenbewegung im letzten Jahr genommen. Das Jahr 1975 („Jahr der Frau") wurde von den seit Anfang der 70er Jahre bestehenden Kernen der Frauenorganisationen genutzt, die demagogische Propaganda des faschistischen Regimes zum internationalen Frauenjahr aufzugreifen und öffentlich anzuprangern. Die „ersten nationalen Tage zur Befreiung der Frau" im Dezember 1975 waren der Auftakt für eine ihre Forderungen bewußt und öffentlich formulierende Frauen-Massenbewegung in Spanien. Die spanische Frauenbewegung gehört heute, sowohl von ihrer Breite, als auch vom vorherrschend sozialistischen Bewußtsein her zu einem wesentlichen Teil der europäischen Frauenbewegung.

Im folgenden soll ein vorläufiger Überblick über die bestehenden Gruppen und ihre Politik gegeben werden. Der Schwerpunkt wird dabei auf Katalonien gelegt werden. Einerseits weil sich die katalanische Provinz zum Zentrum der nationalen Frauenbewegung entwickelt hat, andererseits weil durch einen mehrmonatigen Aufenthalt einer Genossin in Barcelona konkrete Informationen und persönliche Erfahrungen vorliegen.

Als Ergebnis der von 500 Frauen abgehaltenen „Ersten nationalen Tage zur Befreiung der Frau" stand die Erkenntnis: Die Frauen müssen gemeinsam mit allen Unterdrückten des Volkes für die politische Freiheit kämpfen und innerhalb dieses Kampfes eine autonome Frauenbewegung schaffen, die in der Lage ist, die besondere Unterdrückung der Frau erfolgreich zu bekämpfen („Tiempo de Historia", Nr. 4, S. 33). Diese Konzeption vom Frauenkampf, die erklärtermaßen an die Tradition der II. spanischen Republik anknüpft, bildete auch die Grundlage für die meisten neu entstandenen Gruppen, denen sich in kürzester Zeit tausende von Frauen anschlossen.

Gemeinsam war und ist allen bestehenden Frauengruppen der erklärte Kampf gegen die die Frau diskriminierende faschistische Gesetzgebung, d.h. gegen Ehebruchparagraphen, Scheidungsverbot sowie Verhütungsmittel- und Abtreibungsverbot. Darüberhinaus setzt man sich einheitlich für ein vollständig verändertes

tungsmittel- und Abtreibungsverbot. Darüberhinaus setzt man sich einheitlich für ein vollständig verändertes Erziehungssystem ein: u.a. Einführung der Koedukation (d.h. gemeinsame Erziehung von Jungen und Mädchen), restlose Abschaffung aller die Frauen und Mädchen diskriminierenden Lehrinhalte und Trennung von Staat und Kirche. Außerdem setzt sich die gesamte fortschrittliche Frauenbewegung für die demokratischen Rechte, wie Rede-, Versammlungs- und Demonstrationsrechte, sowie für die faktische Anerkennung der Deklaration der Menschenrechte ein. Ideologische Differenzen liegen allerdings bei der näheren Analyse der Ursachen, des einzuschlagenden Weges und der zu wählenden Bündnispartner vor.

Grob kann man die bestehenden Organisationen in drei Gruppen gliedern: Eine revolutionäre, eine reformistische und eine feministische.

Die verschiedenen Strömungen in der spanischen Frauenbewegung

Die revolutionäre Strömung sieht die Ursache der besonderen Unterdrückung der Frau in der kapitalistischen Klassengesellschaft. Diese Frauen kämpfen kurzfristig für die Verbesserung der aktuellen Situation der Frau, meinen aber langfristig nur in einer sozialistischen Gesellschaft die vollständige Befreiung der Frau verwirklichen zu können.

Repräsentiert wird diese Stömung im wesentlichen durch die „Associaciones democraticas de la mujer", die es zur Zeit in Euskadi, auf den Kanarischen Inseln, in Andalusien, Kastilien-Leon, Santander, Madrid und in Barcelona (unter dem Namen „Associacio catalana de la Dona") gibt. Am 23.Januar schlossen sich die genannten Gruppen, die bislang unabhängig voneinander entstanden und gearbeitet haben, zu einem Dachverband zusammen (vgl. AK 99, S.31).

Diese Frauen führen ihren Kampf an der Seite der Arbeiterklasse und ihrer Organisationen ohne eine parteipolitische Bindung von ihren Mitgliedern zu fordern. Besonderer Beachtung wird von daher der Gewinnung von Arbeiterfrauen, als den am meisten unterdrückten Teil der Frauen geschenkt.

„Wir wenden uns besonders an die proletarische Frau, die am konsequentesten für ihre Befreiung kämpft, so wie es das Proletariat für den Sozialismus tut. Wir sind aber nicht klassengebunden und wenden uns an alle Frauen als unterdrückten Sektor, geben aber der proletarischen Frau Vorrang" („El Viejo topo" Nr. 4, S. 23). Sie halten eine Doppelmitgliedschaft in Frauenorganisationen und politischen Parteien für gut und fordern die linken Gruppen auf, ihre theoretischen Konzeptionen zur Befreiung der Frau endlich in ihre politische Praxis miteinzubeziehen (a.a.O. S. 24).

Die reformistische Strömung unterscheidet sich in ihren programmatischen Forderungen nur unerheblich von denen der von uns als revolutionäre Strömung bezeichneten. In ihrer Praxis und ihren Tagesforderungen jedoch offenbart sie deutliche reformistische Züge. Repräsentiert durch die bereits 1965 gegründete Organisation „Movimiento democratico de la mujer/ Movimiento de liberacion de la mujer" (der zweite Teil des Namens wurde nach 1975 hinzugefügt) treten auch diese Frauen verbal für den Sozialismus ein: *„Der Sozialismus ist eine notwendige Basis für die Realisierung unserer Freiheit"* („El Viejo topo" Nr. 4, S. 23), und erkennen die Notwendigkeit des allgemeinen politischen Kampfes für die Befreiung der Frau an: *„Wir meinen, die Frau muß sowohl für ihre spezifischen Forderungen kämpfen, als auch für die allgemeinen des Landes"* (a.a.O.). Allerdings wenden sie sich nicht speziell an die Arbeiterfrau: *„Das Ziel unserer Organisation ist es, zu einer Massenbewegung zu werden, die in ihrer Mitte Platz für jede Frau hat, gleich welcher Weltanschauung"* („opcion", fortschrittliche Frauenzeitung, Nr. 2, S. 20). Der Dachverband dieser Organisationen nennt sich „Coordinadora de mujeres del estado espanol". Ihre Arbeit konzentriert sich im wesentlichen auf Kampagnen gegen die Erhöhung der

del estado espanol". Ihre Arbeit konzentriert sich im wesentlichen auf Kampagnen gegen die Erhöhung der Lebenshaltungskosten und der Familienplanung (a.a.O.). An den im wesentlichen von den „Associaciones democraticas" organisierten politischen Massenaktionen (z.B. gegen die Ehegesetzgebung) beteiligten sie sich nur am Rande. Ihrem Anspruch, das politische Bewußtsein der Frauen zu schärfen, werden sie dadurch allerdings kaum gerecht. Diesbezüglich werden sie auch von den „Associaciones democraticas..." kritisiert: *„Wir meinen, den Kampf der Frauen wesentlich an den traditionellen Punkten der zum Teil faschistischen Hausfrauenorganisationen auszurichten, heißt am rückständigen Bewußtsein festhalten, das meint die hohen Lebenshaltungskosten seien insbesondere ein Problem, um das sich die Hausfrauen zu kümmern hätten. Der Einbeziehung der Frauen in den politischen Kampf und ihrer Mobilisierung für ihre tatsächlichen Interessen ist diese Politik nicht zuträglich"* (Anna Mercade, Präsidentin der „Associacio catalana de la dona" in einem Interview mit einer KB-Genossin am 4.2. 77.)

Die radikal-feministische Strömung betrachtet die Frau an sich als soziale Klasse und sieht die Ursachen der Unterdrückung nicht im kapitalistischen Gesellschaftssystem, sondern in der patriarchalischen Struktur der Familie. Repräsentiert wird diese Linie von den „Colectivos feministas" (C.F.) und in der Tendenz auch von der „Frente de Liberacion de la mujer." *„Es existiert ein Widerspruch zwischen allen Frauen und allen Männern, das ist es, was die Frau als soziale Klasse charakterisiert"*,sagt A. Estany vom „C.F." Barcelona („Vindicacion feminista" Nr. 3, S. 15 – wesentliches Sprachrohr der Feministinnen). *„Wir denken, daß die Frau vom Mann ausgebeutet wird, der von ihrer Arbeit profitiert"* (a.a.O.).

Ihr vornehmlicher Kampf gilt von daher natürlich der Abschaffung der Familie als Wurzel allen Übels und nicht der Veränderung des Gesellschaftssystems. Abgeleitet wird diese Strategie aus der Behauptung „ ... *in jedem sozialistischen Land wird die Frau genauso ausgebeutet wie vor der Revolution"* (a.a.O.). Eine Doppelmitgliedschaft in Frauenorganisation und politischer Partei lehnen sie ab, da sich die feministische Bewegung zu einer globalen Alternative entwickeln soll („El Viejo topo", S. 24).

Für die Frauen, die in revolutionären Parteien organisiert sind, fallen harte Worte: „ ... *sie sind absolut unsolidarisch mit ihren Geschlechtsgenossinnen (...) sie haben sich entschieden, die Probleme des männlichen Proletariats zu lösen und lassen dabei die Probleme ihrer Schwestern außer Acht, für mich sind sie Verräterinnen ihres Geschlechtes und ihrer Klasse"* („Vindicacion feminista", S. 16).



Um irgendwie noch dem angeblichen linken Anspruch gerecht zu werden, übernimmt man die marxistische Klassendefinition: Proletariat, Bourgeoisie und die entsprechenden Zwischenklassen und erfindet die neue „Klasse Frau", die den „traditionellen" Klassen übergeordnet wird. Bündnisfähig für das „neue revolutionäre Element" ist die proletarische Frau, die bäuerliche, die kleinbürgerliche und die Bourgeois-Frau. Gemeinsamer Gegner ist der Bourgeois-Mann („Vindicacion feminista" Nr. 3, S. 17).

Der Einfluß, der mit dieser abstrusen Linie erreicht werden konnte, ist nicht eindeutig einzuschätzen. Anna Mercader, führende Vertreterin der katalanischen revolutionären Frauenbewegung, meinte dazu: *„Die Radikalfeministinnen haben durch ihr von kapitalkräftiger Seite finanziertes Organ ‚Vindicacion' in intellektuellen Kreisen einen gewissen Einfluß, auf Massenebene ist er aber gleich Null"*.

Katalanische Frauen an der Spitze der Bewegung

Analog zu den „Tagen zur Befreiung der Frau" in Madrid im Dezember 75, veranstalteten die Organisationen der Frauenbewegung in Katalonien im Mai 76 die „Katalanischen Tage der Frau". War der erste Versuch in Madrid mit 500 Frauen ein bescheidener Anfang, gelang es in Katalonien spontan 5.000 Frauen daran zu beteiligen. Sie machten diese Veranstaltung zu einem bedeutenden, über die Landesgrenzen hinausreichenden Tribunal gegen das faschistische Unterdrückerregime.

In den Beschlußfassungen, in den Redebeiträgen und Vorträgen, erhielten die auch erschienen Bürgersfrauen genauso eine Absage wie die Strömung des Radikalfeminismus. Die tonangebende und im folgenden bestimmende Linie formuliert Anna Marcader in ihrem Buch „Das Erwachen der Frauenbewegung in Spanien":

„Nur in einer freien Gesellschaft ohne jegliche Ausbeutung, in einer Gesellschaft ohne Klassen, kann die Befreiung der Frau erreicht werden. Nur dort werden wir eine absolute Gleichstellung mit dem Mann, in der Realität, und nicht nur auf dem Papier, erkämpfen ... ausschließlich der Sozialismus ist in der Lage, dafür die Grundlagen zu liefern" (S. 142).

Auf dem katalanischen Frauenkongreß konnte zwischen den Radikalfeministinnen und den revolutionären Frauen keine gemeinsame Arbeitsgrundlage hergestellt werden. Es kam zu einer Spaltung: Die „Coordinadora de grupos feministas de Barcelona" umfaßt die Gruppen „Colectivo Feminista", LAMAR (Antiautoritärer Kampf der antipatriarchalischen und revolutionären Frauen) und ANCHE (Assoziation menschlicher Kommunikation und Ökologie). Die letztere ist nicht eindeutig den Radikalfeministinnen zuzurechnen. Dieser Strömung haben sich auch verschiedene Frauengruppen aus den Stadtteilen angeschlossen, die bisher auf einer vorwiegend reformistischen „Hausfrauen"linie gearbeitet haben. Auf der anderen Seite haben sich die Frauen zusammengeschlossen, die die Befreiung der Frau als einen Teil des Kampfes für den Sozialismus begreifen („Associacio catalana de la dona"). Letztere wird von den Radikalfeministinnen als ein Geschöpf der spanischen linken politischen Organisation PTE abqualifiziert, die natürlich als „Männerorganisation" der „Klasse Frau" naturgemäß „feindlich" gegenüberstehen muß.

Soweit wir wissen, ist es allerdings gerade die „Associacio catalana de la dona", die durch das Aufgreifen brennender Probleme der spanischen Frauen politische Aktionen mit Massencharakter zustande gebracht hat.

Demonstration für Angeles Munoz

Im November letzten Jahres sollte einer Arbeiterfrau aus Barcelona der Prozeß wegen Ehebruch gemacht werden. Vor sechs Jahren war sie zusammen mit ihrer damals 2 Monate alten Tochter von ihrem Mann verlassen worden. Dieses Schwein, das sich 6 Jahre um nichts gekümmert hatte, verklagte sie jetzt wegen Ehebruchs und verlangte die Herausgabe der Tochter. Nach spanischem Gesetz war er im Recht.

Stellvertretend für alle Fälle dieser Art, gelang es der „Associacio" an diesem Einzelfall der Angeles Munoz, eine Massenbewegung zu entfalten, die weit über die katalanischen Grenzen hinwegreichte. Mit Hilfe einer hervorragend organisierten Öffentlichkeitsarbeit (Pressekonferenzen, Interviews, Flugblätter, Plakate, spektakuläre Aktionen, wie verstecken der Tochter vor dem Zugriff der Polizei und Besetzung von Kirchen) war der Fall speziell und das Problem allgemein nach kürzester Zeit im Mittelpunkt der öffentlichen Diskussion (tägliche Berichte in Massenmedien und Rundfunk). Die am 6. Dezember stattgefundene Demonstration brachte deutlich zum Ausdruck, welche Reserven die spanische Frauen-Massenbewegung hat. Wie ein Lauffeuer griff die allgemeine Empörung um sich und förderte ein starkes spontanes Element großer Teile katalanischer Frauen zutage. Was bei uns in der Regel nur Produkte der „schöpferischen Phantasie" des KBW sind, konnte man in Barcelona mal mit eigenen Augen sehen: eine wirklich begeisterte Begrüssung einer Demonstration durch die Bevölkerung,was dazu führte, daß der mit ca. 5.000 Menschen (überwiegend Frauen) begonnene Demonstrationszug bis zur Abschlußkundgebung auf ca. 8.000 Teilnehmerinnen angewachsen war; spontan hatten sich einkaufende Frauen mit ihren Kindern angeschlossen und immer wieder sah man Verkäuferinnen für einen Augenblick ihren Arbeitsplatz verlassen, um dem Zug wenigstens zuzuwinken. Nachweisbar an allen publizierten Flugblättern, Plakaten u. a. ist diese erfolgreiche Massenaktion eindeutig ein Verdienst der „Associacio", wenn auch die trotzkistische beeinflußte Zeitung „alternativas" nachträglich versucht, daraus einen Erfolg für die „Coordinadora" zu machen („alternativas", Nr. 2, S. 14).

Eine Anfang '77 ebenfalls von der „Associacio" organisierte Veranstal-

Nr. 2, S. 14).

Eine Anfang '77 ebenfalls von der „Associacio" organisierte Veranstal-tung unter dem Motto „Freiheit und Gleichheit", an der mehr als 5.000 Frauen teilnahmen und die als ideologische Festigung für die eben erwachte Bewegung gedacht war, wurde von Anna Mercader mit folgenden Worten begrüßt:

Heute ist die Frauenbewegung dabei, einen historischen Schritt zu unternehmen. Wir haben gezeigt, daß wir an der Spitze der Bewegung um demokratische Rechte stehen. Wir Frauen haben basta gesagt! Wir sind nicht mehr bereit, die Haussklaven zu spielen, im Käfig zu leben und als Stützen des faschistischen Regimes mißbraucht zu werden.

Wir wollen Freiheit und die Gleichheit mit dem Mann!" (zitiert nach „Correo del Pueblo", Organ der PTE)

Spanien-Kommission

Kurzmeldungen

– Bei brutalen polizeilichen Räumungen besetzter Kirchen aus Protest gegen die ausbleibende Amnestie für ETA-Gefangene in Vizcaya (Baskenland) am 28. Februar wurde eine 21-jährige Frau lebensgefährlich verletzt. Etwa 100 Menschen mußten wegen Knochenbrüchen, Verrenkungen und Schnittwunden behandelt werden.

– Am 3. März hielten 56 Priester in der baskischen Provinzhauptstadt Vitoria eine Gedenkmesse vor über 12.000 Menschen für die fünf am „blutigen Aschermittwoch" 1976 von der Polizei ermordeten Arbeiter ab. Als die Menschen sich zu einer Demonstration sammeln wollten, feuerte die Polizei mit Rauchbomben und Gummigeschossen. Etwa zehn Personen wurden verletzt.

– Am 9.3. wurden bei einer Straßenkontrolle bei Tolosa zwei Militante der ETA von den Bullen erschossen. Aus Protest gegen diese erneuten Morde an zwei baskischen Freiheitskämpfern kam es in verschiedenen Teilen des Baskenlandes zum Generalstreik und völliger Schließung der Geschäfte. An der Beerdigung der beiden Genossen beteiligten sich mehr als 15.000 Menschen. Am 11.3. kam es im Industriegürtel um San Sebastian zu Straßen- und Barrikadenkämpfen der Bevölkerung mit den Spezial-Anti-Unruhe-Brigaden. Dabei wurde ein 20-jähriger Student tödlich verletzt!

– Verhaftungen von Linken gehören nach wie vor zum alltäglichen Geschäft der Suarez-„Demokratie". So wurden am 10.3. fünf Mitglieder der OIC (Organisation der Kommunistischen Linken) verhaftet sowie zwölf Mitglieder des Madrider Amnestie-Ausschusses.

Spanien-Kommission





Zwei Wochen lang kämpften über 200.000 Bauern in Spanien, in insgesamt 22 Provinzen für die Zulassung „freier Bauerngewerkschaften, gerechte Sozialversicherung". Sie blockierten mit über 80.000 Traktoren Spaniens Landstraßen.



In Zaragoza besetzten am 3.3. über 1000 staatliche Angestellte, darunter viele Polizisten und Feuerwehrleute das Rathaus. Sie forderten Anerkennung ihrer gewählten Delegierten und 6000 Peseten sofortige Lohnerhöhung. Als die „bewaffnete Polizei" eingriff, widersetzten sich die ebenfalls bewaffneten Stadtpolizisten.

Überfälle und Morddrohungen

Nach der Verhaftung ihres Chefs und Idols Sanchez Covisa überfielen Banden von „Christkönigskriegern" die Fakultät für Journalismus der Universität und eine Lehrerausbildungsstätte in Madrid. Die rund 40 Faschisten waren mit Eisenstangen und -Ketten sowie Flaschen bewaffnet. Sie verletzten zwei Dozenten, einen davon schwer. Bei dem Überfall auf die Universität verhielt sich die Polizei völlig passiv („Frankfurter Allgemeine Zeitung", 25.2.77).

Das Terrorkommando „Francisco Franco" von „Orden Nuevo" hat in San Sebastian seine Kampagne der Morddrohungen fortgesetzt. Zuletzt erhielt der Dekan der Architektenvereinigung einen Drohbrief. Der Architekt ist Mitglied der „Kommission für die totale Amnestie". Sein Bruder hat als Anwalt politische Häftlinge verteidigt.

Eine Journalistin einer baskischen Zeitschrift empfing ebenfalls einen Brief der AAA (Antikommunistische Apostolische Allianz). Sie solle innerhalb von 3 Tagen Spanien verlassen, andernfalls werde sie umgebracht („El Pais", 18.2.77).

Ähnliche Morddrohungen richtete die AAA an den Rektor der Philosophischen Fakultät der Universität von Salamanca („El Pais", 22.2.77).

In Barcelona überfielen rechtsextreme Jugendliche das Büro der Jugendorganisation der revisionistischen PCE („El Pais", 23.2.77).

Für die kommenden Wahlen drohte die AAA, daß „Blut fließen" werde. In die Drohung wurde auch Regierungschef Suarez, selbst bis vor einem Jahr Chef der spanischen faschistischen „Bewegung", einbezogen („El Pais", 25.2.77).

Dies sind nur einige Beispiele für den wachsenden Terror faschistischer Banden in Spanien.

Spanien-Kommission

Neues von der Faschistischen Internationale

Zum ersten Mal in der Geschichte des fast 40jährigen spanischen Faschismus sind in größerem Umfang ruar, saßen dann schon elf Ultras hinter Gittern; es kamen u. a. hinzu: – Mariano Sanchez Covisa, der Chef Länder. Ein italienischer Ermittlungsrichter lieferte der Zeitschrift „cambio 16" (13.3.77) gegenüber weitere

tekt ist Mitglied der „Kommission für die totale Amnestie". Sein Bruder hat als Anwalt politische Häftlinge verteidigt.

Eine Journalistin einer baskischen Zeitschrift empfing ebenfalls einen gen („El Pais", 25.2.77).

Dies sind nur einige Beispiele für den wachsenden Terror faschistischer Banden in Spanien.

Spanien-Kommission

Neues von der Faschistischen Internationale

Zum ersten Mal in der Geschichte des fast 40jährigen spanischen Faschismus sind in größerem Umfang Verhaftungen von spanischen und ausländischen Ultrafaschisten vorgenommen worden. Deren gewalttätiges Treiben gegen fortschrittliche Menschen in Spanien hat in den letzten Wochen und Monaten derart extreme Formen angenommen (siehe die „tragische Woche" Ende Januar mit 7 faschistischen Morden! – AK 98), daß die Suarez-Regierung sich offenbar genötigt sah, zu einer demonstrativen Verhaftungsaktion zu greifen, um ihren „Demokratisierungs"fahrplan nicht noch unglaubwürdiger erscheinen zu lassen. Daß die faschistische Justiz Spaniens eine „humane" Lösung für ihre in- und ausländischen Freunde finden wird, und diese nach wie vor in Spanien ein „Land der unbegrenzten Möglichkeiten" vorfinden werden, daran gibt es keinen Grund zu zweifeln.



Die verhafteten Faschisten (v.l.n.r.) Sanchez Covisa, Pietro Benvenuto di fu Guiseppe, Mario Tedeschi, Flavio Campo. Darunter im Bild Salvatore Francia, Alexandra Crocco, Maria Masseti, Jose Luis Clemente de Antonio (die drei letzteren sind schon wieder auf freiem Fuß).

Die verhafteten italienischen Faschisten sind fast ausnahmslos führende Mitglieder der bekannten italienischen Terrorgruppe „Ordine Nuovo". Unter ihnen befindet sich Salvatore Francia, der in den gescheiterten Staatsstreich des Prinzen Borghese verwickelt war, seine Finger bei dem Bombenanschlag auf der Mailänder Piazza Fontana im Spiel hatte, der mehrere Menschen das Leben kostete, und dem neben anderen Delikten auch Waffenhandel vorgeworfen wird. Er gilt als Haupt von „Ordine Nuovo". Fünf Haftbefehlen entzog er sich durch Flucht nach Spanien. Zusammen mit ihm wurde ein weiterer Faschist, Flavio Campo, festgenommen („El Pais, 22.2.77 und „cambio 16", 6.3.77).

Einen Tag später, am 22. Februar, saßen dann schon elf Ultras hinter Gittern; es kamen u. a. hinzu:

– Mariano Sanchez Covisa, der Chef der berüchtigten spanischen „Christkönigskrieger",
– Jose Luia Clemente de Antonio, ebenfalls Spanier, Besitzer des Lokals „Il Apuntamento" in Madrid, das als Treffpunkt von Rechtsextremen bekannt ist,
– eine Französin namens Annie Otale,
– und weitere Italiener, unter ihnen Maco Pozzan, Elio Massagrande, Francesco Zaffoni und Eliodoro Pomar, die von der italienischen Polizei gesucht werden.

Alle an den beiden Tagen Verhafteten gehören zusammen. Sie haben gemeinsam eine Madrider Wohnung benutzt, in der sich eine Waffenfabrik befand, die Maschinenpistolen produzierte. In der Wohnung wurden weiterhin Waffen, Munition, Mittel zur Fälschung von Dokumenten, Sprengstoff und elektronische Geräte zur Fernzündung von Bomben gefunden („El Pais", 23.2.1977). Sanchez Covisa hatte die Wohnung vor einigen Monaten gemietet.

Im Besitz eines der Verhafteten, Clemente de Antonio, entdeckte die Polizei drei Goldbarren, die aus dem „Raub des Jahrhunderts" in einer Bank von Nizza stammen, wo im Juli '76 rund 34 Mio. DM in Geld, Edelsteinen und Edelmetallen gestohlen worden waren. Das Gold wurde von Rom nach Madrid gebracht, und zwar von Elio Massagrande (Informationen aus „cambio 16", 13.3.77).

Damit bestätigt sich, was schon lange vermutet wurde: die Zusammenarbeit der spanischen und italienischen Unterwelt mit Gruppen der extremen Rechten beider Länder. Ein italienischer Ermittlungsrichter lieferte der Zeitschrift „cambio 16" (13.3.77) gegenüber weitere Beweise für diese Verbindungen.

Dieser Ermittlungsrichter, Pier Luigi Vigna, bearbeitet den Komplex der Faschistischen Internationale (Sein Vorgänger war von „Ordine Nuovo" ermordet worden!). Ihm gelang es auch, die Finanzzentren des internationalen Faschismus – zumindest teilweise – aufzudecken. Für die Aktivitäten spanischer und italienischer Faschisten sind das vor allem Banken in Basel und Zürich. Genauere Erkenntnisse werden angeblich durch das Bankgeheimnis in der Schweiz verhindert. In wessen Interessen wohl? In Großbritannien hat Scotland Yard die Finanzspur der Faschisten (Universal Bank Co.) entdeckt und verschiedene Algerier, Italiener und Lateinamerikaner verhaftet.

Richter Vigna nannte die Zahl von 200 spanischen Faschisten, unter ihnen Mitglieder der offiziellen „Nationalen Bewegung" und der Falange, die engen Kontakt zu Personen und Organisationen der europäischen Ultrarechten halten.

Vigna zufolge ist die „Schwarze (faschistische) Internationale" u. a. auch tätig im Waffen-, Diamanten-, Gold- und Drogenhandel. Spanien war dabei bisher einer der sichersten Stützpunkte. Desweiteren dient Spanien als eine der zentralen Stellen für die Rekrutierung von Söldnern für konterrevolutionäre Aktivitäten in Afrika. In diesem Zusammenhang nennt Vigna den Mosambikaner Jorge Jardim.

Freie Bahn für PIDE, ELP und DINA

Es gilt als wahrscheinlich, daß der illegale Goldhandel in Spanien (ca. 50 % des Goldes wird illegal eingeführt) von einer „Persönlichkeit" aus den rechtesten frankistischen Kreisen kontrolliert wird. Ehemalige PIDE-Leute und Faschisten der Portugiesischen „Befreiungs"armee, ELP, sind ebenfalls führend am illegalen Goldhandel beteiligt, der hauptsächlich über die spanisch-portugiesische Grenze läuft (Alle Informationen aus „cambio 16", 13.3.77).

Aus Kreisen der rund 65.000 nach dem Militärputsch nach Spanien geflüchteten Argentinier stammt die Information, daß sich ca. 100 argentinische Bullen in Spanien aufhalten, um Oppositionsbewegungen unter den Flüchtlingen zu unterdrücken („cambio 16", 6.3.77).

Die Mörder und Folterspezialisten von der chilenischen Geheimpolizei DINA haben in Madrid gleich ihr Hauptquartier für Europa aufgeschlagen.

Spanien-Kommission

„Eurokommunisten" in Madrid

Am 2. März hielten die Führer der größten „Kommunistischen" Parteien Westeuropas, Marchais (Frankreich) und Berlinguer (Italien) ein „Gipfeltreffen" mit dem spanischen Vorkämpfer in Sachen Antikommunismus, Carrillo, ab. Das Treffen hatte den einzigen und von Berlinguer und Marchais öffentlich formulierten Zweck, ihre *„Solidarität mit den Kommunisten Spaniens zu bekunden"* („die tat", 11.3.77). Marchais sagte es noch deutlicher: *„Wir treffen uns nicht, um irgendjemand Lektionen zu erteilen, noch um eine Art neues Kommunistisches Manifest auszuarbeiten"* („El Pais", 2.3.77). So sind in der gemeinsamen Schlußerklärung der drei Parteien auch keinerlei spektakuläre Neuigkeiten zu finden. Interessant ist höchstens, daß mit keinem einzigen Wort das offene, von der Suarez-Regierung geduldete, Treiben von faschistischen Terrorgruppen erwähnt wird, noch sonst der Hauch einer Kritik an der „Demokratisierung" in Spanien geübt wird. Der „historische Kompromiß" der Revisionisten der PCE mit dem kaum veränderten spanischen Faschismus kann nur so zustande kommen. Das Treffen hatte einzig den Zweck, die spanische Regierung durch einen gewissen „internationalen Druck" zur Legalisierung der PCE zu veranlassen und deren bürgerliche Friedfertigkeit zu dokumentieren. Doch scheint Carrillo gerade in Hinsicht auf die Legalisierung mit dem Ergebnis seines Gipfels nicht ganz zufrieden gewesen zu sein. Er hätte sich wohl eine eindeutige Verurteilung bestimmter Repressionsformen in den osteuropäischen Ländern gegen die bürgerlichen Reformbewegungen gewünscht. Dies wäre ein Pluspunkt für die Legalisierung gewesen, ein Beweis, daß die PCE von keiner „internationalen Disziplin" abhängt. Doch zu solch einem Schritt waren Berlinguer und Marchais (noch) nicht bereit, sie taktieren vorsichtiger. Ihr Kollege Carrillo hingegen unternimmt bereits Gehversuche in Richtung „Supermächte"-Theorie. So soll Carrillo auf einer Pressekonferenz in Oviedo (Spanien) geäußert haben: *„Wir Eurokommunisten befinden uns zwischen zwei Mühlsteinen – den USA und der UdSSR, die uns zu zermalmen drohen"* („Frankfurter Rundschau", 10.3.77).



La cumbre tripartita de Madrid

Solidaridad con el PCE y con una España libre

Socialismo en la democracia y la libertad

De la política ficción a la Política con P mayúscula

Economía

Un paquete electorero en un panorama

„Historischer Kompromiß" auch für's faschistische Spanien ... (v.l.n.r.: Marchais, Carrillo, Berlinguer)

Das Zentralorgan der PCE, „Mundo Obrero" (Nr. 5 und 6, Februar 77), macht sich schon seit einiger Ausgaben zum ungeteilten Fürsprecher der tschechoslowakischen „Bürgerrechtsbewegung" um die „Charta 77), und unterscheidet sich in ihrer Verurteilung der Verfolgung dieser großenteils bürgerlichen Leute in nichts von der allgemeinen bürgerlichen Hetzpresse, für die diese Bewegung ein gefundenes Fressen ist, den Mangel an Demokratie im Sozialismus zu beweisen.

Spanien-Kommission

 Europa Europa

Griechenland / Türkei / Zypern

Enthüllungen beweisen: Der faschistische Nebenstaat existiert

Griechenland: Einige Journalisten der zweitgrößten Athener Tageszeitung „Eleftherotipia" haben in den letzten Wochen der Polizei eine vorbildliche Lektion „Nachhilfeunterricht" erteilt und die „althergebrachte griechische Sitte" etwas ins Wanken gebracht, daß „man" faschistische Terrorgruppen nicht „belästigt".

Nach ausgedehnten und sorgfältigen Recherchen konnten die beiden Reporter Koutouzis und Kremmidhas in der Nacht vom 24. zum 25.2.77 der Polizei und der Staatsanwaltschaft die beiden faschistischen Bombenleger Kalendzis und Kakavas in deren Wohnungen (!) sowie ein umfangreiches Waffen- und Sprengstofflager zur Verhaftung bzw. Beschlagnahme präsentieren. Sehr bezeichnend ist dabei, daß diese äußerst skrupellosen Typen trotz lange vorliegender Haftbefehle von der Polizei „*nicht ausfindig*" gemacht werden konnten.

Die Journalisten enthüllten jetzt, daß Kalendzis sich nicht nur regelmäßig zu Hause aufgehalten und seinem „normalen Lebenswandel" nachgegangen war, sondern auch noch vor der nahegelegenen Polizeiwache vorbeispazierte und freundlich von den Beamten gegrüßt wurde!

Vor allem dieser Aristotelis Kalendzis ist beileibe kein „kleiner Fisch", sondern einer der größten „Aktivisten" der griechischen „Faschoscene".

Aus seinem politischen „Credo": „*Unsere Feinde sind die Kommunisten, die Demokraten, die Gleichgültigen, die Masoni und natürlich die Verursacher aller oben genannten Übel und Tausender anderer, die übelriechenden Juden*" (von ihm verfaßte Hetzschrift „Kämpferische Presse" vom 1.4.74).

Der zweite, Arjiris Kakavas, ist dagegen offenbar ein zu Gewaltausbrüchen neigender Schizophrener. Erst kürzlich rief sein 70jähriger Vater die Polizei, um nicht völlig von ihm zusammengeschlagen zu werden. Zeitweilig hatte eine Therapie Erfolg, allerdings machte seine Umgebung diesen wieder zunichte: Er arbeitete mit dem bekannten Faschisten und ehemaligen Feldwebel Charalambopoulos (entlassen wegen der Weigerung, die neue Verfassung zu lesen) in derselben Firma zusammen.

Kakavas gab sich gerne als Playboy und verkehrte in superreichen Athener Kreisen, in denen die rechte Gesinnung mit dem Maß des Geldes zunimmt. Kalendzis, auch ein Herr mit „feinen Umgangsformen", wählte ihn offenbar schließlich als „Mitarbeiter" aus.

Also ein typisches Beispiel des „Milieus", aus dem solche Faschisten rekrutiert werden! In diesem Wespennest wird die Linke noch einiges aufzuräumen haben.

Das erste Mal wurde Kalendzis 1975 – zusammen mit I. Mangos – zu vier Monaten Gefängnis plus 2.000 Drachmen Entschädigung verurteilt, weil er Anfang '75 am Vorabend der Kommunalwahlen (die eine vernichtende Niederlage der Rechten brachten), zusammen mit 13 anderen Faschisten vor dem Polytechnikum in voller Kostümierung eine Gruppe junger Leute überfallen hatte, die Flugblätter für die Kandidaten der „Demokratischen Zusammenarbeit" verteilten, und zwei Studenten niedergestochen hatte. (Außer Ioannis Mangos war auch noch der Offizierssohn Michalis Karakostas dabei.)

Als seine engen Beziehungen zu den italienischen Neofaschisten Elio Massagrande und Bizzarri bekannt wurden, gab er am 30.1.75 ein Zeitungsinterview („Ta Nea"), in dem er großkotzig prahlte, die Täter alle ganz genau zu kennen, aber bisher habe ihn noch niemand von Amts wegen danach gefragt.

Seit dem 14.2.77 liegt bereits der Haftbefehl u.a. gegen Kalendzis vor, wegen des dringenden Tatverdachts der Mißhandlung von Journalisten bei der Beerdigung des Oberfolterers Mallios, die mit der Duldung des Staatsapparats zu der bisher größten faschistischen Provokation seit Ende der Militärdiktatur benutzt wurde (s. AK 98). Wie bereits erwähnt, konnte die Polizei aber keinen der Gesuchten „finden".

Das änderte sich erst, als es den beiden Journalisten gelang, Kontakt mit Vangjelis Christakjis aufzunehmen, der als einer der engsten Vertrauten von Kalendzis diesem seine Wohnung als Waffenlager zur Verfügung gestellt hatte. Und Christakjis „packte eine Menge aus". Wie der mitverhaftete Kakavas inzwischen bestätigte, gehen eine Reihe von Anschlägen auf Büros linker Organisationen und Buchläden, die nicht nur „nationalgesinnte" Literatur verkaufen, auf das Konto von Kalendzis & Co. Ein Laden sollte sogar mit einer Handgranate während der Geschäftszeit gesprengt werden, aber im letzten Moment sahen sie davon ab, weil dann ein im Nachbarladen arbeitender Gesinnungsgenosse mit hochgegangen wäre. Außerdem soll Kalendzis geplant haben, das Parlament in die Luft zu jagen, wobei er auch schon einen Weg gefunden hätte, die Sicherheitsvorkehrungen zu umgehen – dank seiner „guten Beziehungen".

Die beschlagnahmten Waffen stammen zum großen Teil aus Polizei- und Armeebeständen. Allerdings war bisher keiner bereit den Verbindungsoffizier zu nennen.

Inzwischen gab die Staatsanwaltschaft Athen einen weiteren Haftbefehl wegen dieser neuen Tatbestände heraus. Das bisher laufende Strafverfolgungsverfahren (mit dem alten Haftbefehl vom 14.2.77) läuft wegen: Beschaffung, Annahme und Lagerung von Waffen, Sprengstoff und Explosivvorrichtungen aus dem Ausland sowie Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Schädigung von Personen und fremden Eigentums; Auslösung von Explosionen mit Gefahr der Schädigung von Personen und fremden Eigentums; illegales Tragen von Waffen.

Auffällig ist die Festlegung auf Beschaffung aus dem Ausland, so daß gegen griechische Quellen vielleicht nicht ermittelt werden soll („Eleftherotipia" und „Ta Nea" vom 1.3.77)?

Gemäß dem alten Haftbefehl vom 14.2.77 lautet die Anklage auf insgesamt fünf Vergehen, die eine Zuchthausstrafe von fünf bis 20 Jahren zur Folge haben, in Verbindung mit Artikel 272 Strafgesetzbuch (Gefährdung von Personen und fremden Eigentums) sogar bis zu lebenslänglich.

Zur Zeit prüft die Staatsanwaltschaft, ob ein zweites Verfahren eingeleitet werden soll.

Haben die Faschisten Mallios und Welch erschossen?

Christakjis behauptet, Kalendzis hätte mit einer Bande sowohl den CIA-Chef für Griechenland, Richard Welch, als auch Mallios erschossen.;n.

Kalendzis – im Besitz einer Druckmaschine – soll dann die „linken" Flugblätter als Begründung dazu angefertigt haben. (Zumindest von seinen Fähigkeiten scheint er auch in der Lage dazu zu sein.) Mitglieder der Bande seien auch die bekannten Faschisten Ilias Tsiapouris – verurteilter und prozeßflüchtiger Mörder von Studenten beim Poly-

Fortsetzung auf Seite 37

Neuaufschwung der Streikbewegung in Griechenland

Nachdem es der griechischen Bourgeoisie mit dem Antistreikgesetz 330 und einem beispiellosen Entlassungs- und Prozeßterror gegen aktive Arbeiter und Angestellte Mitte des vorigen Jahres gelungen war, die riesige Streikbewegung „einzudämmen", scheint sich jetzt der Widerstand gegen die zunehmende Ausplünderung durch Inflation und offiziell verkündete „Sparpolitik" langsam wieder zu reorganisieren. (Siehe dazu nebenstehende Aufstellung.) Zur Zeit stehen ungefähr 80.000 Arbeiter im Streik („Sosialistikjí Poría" 83, 5.3.77).

Die o f f i z i e l l geschätzte Inflationsrate für Griechenland 1977 beträgt ca. 16%, während die „Angebote" von Regierung und Kapitalisten sich im Rahmen von fünf bis zehn Prozent bewegen und die regierungstreue Führung des Gewerkschaftsbundes GSEE sich im großen und ganzen damit einverstanden erklärt. Als absolute Höchstgrenze gilt bei den „Arbeitgebern" 15%, wobei die offiziell zugestandenen 17% des vergangenen Jahres auch nach offiziellen Zahlen bei weitem nicht die zugegebene Inflationsrate deckten (alle Angaben nach „S.P.", a.a.O.).

Für die neue Streikwelle charakteristisch sind auch wieder Dauerstreiks, so z.B. der Streik der 40 Schmiede von Vólos, die seit fünf Monaten um die Einhaltung des in ihrem Tarifvertrag festgelegten fünf-Stunden-Tages kämpfen müssen und ihren Streik trotz der Anwerbung von Mohammedanern und Schwarzen aus ganz Griechenland und der vollständigen Ignorierung durch GSEE, Metallgewerkschaft und Arbeiterzentrum Volós, durchhalten.

– Seit dem 26.1. sind die Bergarbeiter der Larko (des berüchtigten Großkapitalisten Bodhosákjis) im Dauerstreik für höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen.

– Seit dem 7.2. streiken die Arbeiter der Fabrik Kerafina (Stasinópoulos) in Kalamákji bei Korinth, ebenso trotz der völlig sturen Haltung und des Einsatzes aller möglichen Repressionen durch Stasinópoulos, mit sehr großer Beteiligung. Dieser Streik erfährt eine große Solidarität in der Bevölkerung und von verschiedenen politischen und gewerkschaftlichen Organisationen, ähnlich wie damals bei der MEL.

Als die Arbeiter beschlossen, in Korinth eine Kundgebung abzuhalten und dann zu Fuß vor die Fabrik zu marschieren, weil alle Werksbusse stillgelegt worden waren, verbot das die Gendarmerie wegen „Verkehrsbehinderung", „Gefahr von Ausschreitungen" usw. Die Arbeiter stehen täglich in großer Zahl Streikposten vor der Fabrik und belagern förmlich die Werksleitung. Sie organisierten auch ein großes Volksfest mit teilweise selbstgedichteten Liedern, mit Tänzen, Wein und Hammel am Spieß, und luden u.a. Journalisten, Gewerkschaftsvertreter und politische Organisationen ein (KKE, PA.SO.K, EDIK, Righas Feréos (die Jugendorganisation der KKE/Inl.) und die Sosialistikjí Poría). Im Arbeiterzentrum Korinth diskutiert man die Möglichkeit eines Solidaritätsstreiks von ganz Korinth, was bedeuten würde, sich eindeutig über das Antistreikgesetz 330 hinwegzusetzen.

Typisch für die Methoden von Stasinópoulos ist folgender Vorfall: Am Morgen des 13.2. drangen zwei Gangster in das Haus des Gewerkschafters Chadzimárkou ein und boten seiner Frau, die dort allein war, zunächst einige tausend Drachmen an, damit sie ihren Mann „beeinflusse". Dann bedrohten sie sie, aber ihre Antwort war: „Mein Mann ist kein Verräter!" Daraufhin schlugen sie ihr mit Schlagringen ins Gesicht! „Merkwürdig" ist, daß die Polizei jetzt zwar Vernehmungen durchführt, aber – obwohl ihr sofort die Beschreibung und Nummer des Autos der Verbrecher mitgeteilt wurde – sie „bisher niemanden ermitteln konnte" (nach „S.P." 81 und 84, 19.2. und 12.3.77).

– Für verschiedene soziale Forderungen streikten bzw. streiken die Bankangestellten, Bauarbeiter und die Stahlarbeiter in Asprópirghos/Elefsina bei Athen. Letztere wehren sich darüber hinaus gegen eine noch stärkere Intensivierung der Arbeitshetze und verlangen 30% mehr plus fünf Prozent Zuschlag wegen „gesundheitsschädigender Arbeit", gegenüber dem Angebot der Kapitalisten von 15%. In vielen Flugblättern der Vereinigungen der Arbeiter und Angestellten wird die Regierung direkt angegriffen wegen ihrer „Spar- und Maßhalte"politik, als Vertreterin der Interessen der Industriellen, die „*die Verbrechen zu Lasten der Werktätigen*" zumindest dulde.

Die zur Zeit umfassendsten Streiks finden im öffentlichen Dienst statt:

– Elektrizitätswerke (DEI), 20.000 Beschäftigte. Die Kollegen fordern: 25% mehr Lohn, Gewährung/Ausdehnung von Zuschüssen, bessere Bezahlung von Überstunden und Ausfallzeiten. Während die Beschäftigten nach einer Reihe dreistündiger Arbeitsniederlegungen wiederholt 48-stündige Warnstreiks durchführten, forderte die Verwaltung Einzelne gezielt zum Streikbruch auf und brach sogar das reaktionäre Antistreikgesetz 330, indem sie die Vermittlung des Schiedsgerichts ablehnte. Im umgekehrten Fall hätte das die sofortige Entlassung der Streikführung zur Folge, unter bestimmten Umständen sogar Gefängnisstrafen („wilder Streik").

– Bei der Telefongesellschaft (OTE) lauten die Forderungen: Sicherstellung einer ausreichenden und gerechten Versicherung (z.Zt. gewährt der Staat dem von ihm beliehenen Versicherungsfond einen Zinssatz, der nicht einmal ein Viertel der jährlichen Inflationsrate abdeckt); durchschnittliche Lohnerhöhung von 20% und Aufteilung dieses Betrages durch die Beschäftigten selbst, um die wachsende Einkommensschere auszugleichen; automatischer Inflationsausgleich sowie weitere Branchenforderungen.

Im Mittelpunkt der Arbeitskämpfe stehen im Moment die Streiks der Gymnasiallehrer, Privatschullehrer, Kindergärtner und Volksschullehrer, wobei fast der gesamte Erziehungssektor lahmgelegt wird.

Das griechische Bildungssystem gehört wohl mit zu den verrottetsten in ganz Europa. Das Niveau der Volksschulen und Gymnasien (Schwergewicht Altgriechisch, Alte Geschichte, Einübung der Amtssprache usw.) ist niedrig und extrem anachronistisch: „Sparpolitik", wo es überhaupt nichts mehr zu sparen gibt, bis ins Lächerliche reaktionäre Unterrichtsinhalte, saumäßige Bezahlung und soziale Versorgung sowie große Arbeitslosigkeit der Lehrer. Das alles hat zur Folge, daß ein immer bedeutenderer Teil der Ausbildung in die Hände von Privatschulen aller Art gelangt. So schießen die berüchtigten „frondistiria" wie Pilze aus dem Boden, weil sie für die meisten Abiturienten die einzige Möglichkeit bieten, sich auf die wahnwitzigen und zum Teil absolut hirnrissigen Aufnahmeprüfungen der Universität vorzubereiten, bzw. den teilweise zusammenbrechenden Unterricht auszugleichen (40.000 Stunden Unterrichtsausfall pro Woche laut der Gewerkschaft der staatlichen Gymnasiallehrer OLME). Zusammen mit verschiedenen Privatgymnasien, die ein etwas besseres Niveau als die staatlichen versprechen und wohin viele qualifizierte Kräfte abwandern, sind diese Schulen eine wahre Goldgrube für ihre Besitzer, wobei sie jeden beliebigen Lehrer schnell wieder entlassen können. Die Gebühren verdoppeln sich entsprechend in immer kürzeren Abständen. (Allein die Universitätsanwärter blechen jährlich eine Milliarde Drachmen in ihre Kassen.)

Den Anfang der Streiks machten die 18.500 staatlichen Gymnasiallehrer am 2.3. 77 mit einer unbefristeten Arbeitsniederlegung. Trotz aller Spaltungsmanöver betrug die Streikbeteiligung schon in den ersten Tagen 97 bis 98 %! Die Regierung drohte mit Nichtbezahlung der Streiktage und „Nachholen" in den Ferientagen, mit Disziplinarmaßnahmen gegen Schüler, die nicht erschienen, weil der Unterricht durch die nicht fest eingestellten Lehrkräfte gewährleistet sei. Diese beteiligten sich jedoch voll am Streik. Auch die Drohung von Erziehungsminister Rállis mit einer bis dahin unbekannten Spaltergewerkschaft erwies sich als Phantom.

Nahezu lückenlos ist die Solidarität der Kollegen, der Schüler, Eltern sowie vieler anderer Gewerkschaften und politischer Organisationen. Vor allem die zahlreichen Schülergruppen unterstützen energisch die Kampfaktionen der Lehrer, auch durch Spendensammlungen und Zuwendungen aus den eigenen Kassen. Eltern und Schüler beteiligen sich an vielen Protestaktionen. Die Beteiligung der Lehrer an den Streikversammlungen ist sehr gut, und für die Athener Vollversammlung mußte das „Sporting" am 11.3. gemietet werden (3.500 Plätze).

Die Hauptforderung der staatlichen Gymnasiallehrer ist eine Gehaltserhöhung, Angleichung an die Besoldungsstruktur der Beamten, sowie Bezahlung sämtlicher Arbeitsstunden statt bisher nur 60%. Mit dem jetzigen Streik wollen sie vor allem auch gegen die Bildungskatastrophe protestieren.

Am 7.3.77 folgten die Privatschullehrer mit einem vorläufig auf fünf Tage befristeten Streik. Ihre Hauptforderung ist eine quasi Verbeamtung (Unkündbarkeit) im Rahmen der weitergehenden Forderung nach schrittweiser Verstaatlichung des Privatschulwesens. Außerdem fordern sie ebenfalls eine grundlegende Verbesserung des gesamten Bildungswesens.

Ihr Streik wurde – nicht zuletzt dank der Solidarität der Schüler – genauso erfolgreich durchgeführt wie der ihrer Kollegen.

Am 3.3. beschlossen die Vertreter von 32.000 Volksschullehrern des Landes, einen unbefristeten Streik auszurufen, der nur durch entsprechende Vollversammlungen beendet werden kann, wenn die Forderungen nach Aufwertung der Lehrerausbildung nicht erfüllt werden (Schluß mit der Abwertung der pädagogischen Akademien, Einrichtung von Pädagogischen Hochschulen).

Von offizieller Seite wird der Streik der Lehrer nach Kräften diffamiert: Die Regierung sprach von „*gesteuerten Parolen*", „*Schürung des Streiks durch Organisationen, die nichts mit den Pädagogen zu tun haben*" usw.

Die sozialliberale EDIK von Mávros erklärte, die Lehrer würden „*Unruhe mit ihrem Streik schaffen*", „*schädliche Konsequenzen für die Bildung der Kinder des Volkes*" heraufbeschwören. „*Beide Seiten*" müßten Einsicht zeigen: Die Regierung, indem sie „*die Probleme sofort sorgfältig*" prüfe und „*die gerechten Forderungen ohne Aufschub*" erfülle. Die Pädagogen müßten „*Mäßigung zeigen*" und in einen „*konstruktiven Dialog mit der Regierung*" eintreten, aus „*aufrechter Gesinnung*" und „*Patriotismus*" (!) heraus.

Am 15. März traten 70.000 Textilarbeiter aus ganz Griechenland in den Streik. Außerdem streikten sämtliche Busfahrer der Hauptstadt, die Lokomotivführer und das Personal der Krankenhäuser von Thessaloniki.

Die Bankangestellten konnten inzwischen die fünf-Tage-Woche bei täglicher Arbeitszeit von 7 3/4 Stunden durchsetzen („Neue Zürcher Zeitung", 16.3.77).

Todesstrafe für EOKA-B-Mörder

Zypern. Das Schwurgericht Lárnaka verurteilte am 3.3.77 den Kader der faschistischen Terrororganisation EOKA-B, Kjiriákos Kouppís, 40, wegen des Mordes an dem Anhänger der sozialistischen Partei EDEK, Jórjos Fotíou, am 5.4.73. Als Datum der Exekution (Erhängen) setzte das Gericht den 3.5.77 fest. Gemäß dem Gerichtsvorsitzenden in der Urteilsbegründung hatte Kouppis zusammen mit Kjiriákos Kakjis und Klavdhios Neokleous dem Opfer in einer Straße von Lárnaka eine Falle gestellt und ihn durch mehrere Schüsse ermordet.

Griechenland/ Türkei- Kommission

EG-Debatte in Griechenland

Ende Januar kam es im griechischen Parlament zu einer scharfen Auseinandersetzung um den von der konservativen Karamanlis-Regierung angestrebten Beitritt in die EG.

Der Beitritt Griechenlands wird von allen rechten und opportunistischen Gruppierungen unterstützt, u.a. auch von den oppositionellen Parteien im Parlament, EdiK (Liberale um Mavros), EDA und KKE „Inland" (Eurorevisionisten). Die Parlamentsabgeordneten der linkssozialistischen PASOK und der revisionistischen KKE griffen den geplanten EG-Beitritt sehr scharf an.

Andreas Papandreou sprach in dieser Debatte davon, daß nunmehr „*Griechenlands Unabhängigkeit den Interessen der EG-Staaten geopfert wird. Die Europäische Gemeinschaft stelle nur eine veränderte Fassade der nordatlantischen Verteidigungsallianz dar. Unabsehbare Gefahren sind mit dem EG-Beitritt für unser Land verbunden*".

Desweiteren sei „*die EG eine Gemeinschaft multinationaler Bestien von übergroßen Dimensionen unter amerikanisch-deutschem Direktorat*".

Insbesondere die armen Bauern in Griechenland werden kaum die EG überleben, sie sind schon unter den heutigen Bedingungen nicht konkurrenzfähig mit Italien oder Frankreich. Für diese Schichten des griechischen Volkes wird der EG-Beitritt katastrophale Folgen und mit Sicherheit größere soziale Unruhen hervorrufen.

Griechenland/ Türkei-Kommission

Fortsetzung von Seite 36

technikumsaufstand – und Polykarpos Psomiadhis gewesen, der „Mönch" der berüchtigten Militärpolizei (ESA), der in Kutte zu foltern pflegte. Weiterhin sei ein zyprischer EOKA/B-Faschist in die Sache verwickelt, mit den Initialen M.P., zumindest als Waffenlieferant.

Außer mit Massagrande und Bizzarri habe sich Kalendzis mit einer gewissen Maria Kouvini das „Reisebüro" „Nostos" als Tarnung zugelegt. Diese Frau habe auch die Verbindung zu einigen Offizieren aufrechterhalten. Zu demselben Zweck diente auch das „Vergnügungszentrum Verona" auf der Athener Plaka. Beide Einrichtungen wurden von den Journalisten der größten Tageszeitung „Ta Nea", Lefteris Papadopoulos und Aris Skjiadhopoulos im Januar '75 enttarnt, als sie ihnen einen kleinen Besuch abstatteten und feststellten, daß da etwas ganz anderes laufen müßte: Noch nicht einmal die Kabel lagen unter Putz!

Bei der Gelegenheit wurden sie auch auf die Frau Massagrandes, Sandra, aufmerksam, die jetzt nach der inzwischen erfolgten Auslieferung von Massagrande nach Italien und der Ausweisung von Bizzarri in die Schweiz ihre Kontakte zu Kalendzis intensiv weiter pflegte, sozusagen als Nachfolgerin ihres Mannes. (M. und B. hatten sich seit 1973 in Griechenland vor der italienischen Justiz gedrückt.)

Am selben Tag, an dem die Journalisten der „Nea" die italienischen Faschisten entdeckten, enthüllte die linke Athener Zeitschrift „Anti": Massagrande, Unterführer der faschistischen Terrororganisation „Ordine Nuovo" („Neue Ordnung"), ist in Italien in Abwesenheit zu vier Jahren Gefängnis verurteilt worden und wird mit sechs Haftbefahlen „gesucht". Er befindet sich in Athen, in einer der fünf „Operationsbasen" der „Ordine Nuovo", die diese im Ausland unterhält. Im Oktober '74 (!) waren die zuständigen staatlichen Stellen über die griechische Regierung davon unterrichtet worden! Erst drei Monate später, nach der Veröffentlichung der „Nea", wurden Massagrande und Bizzarri verhaftet!

(Übrigens gehört das auch zum „guten Ton" der griechischen „Sicherheits"behörden: Ein Faschist wird erst dann verhaftet, wenn es cherheits"behörden: Ein Faschist wird erst dann verhaftet, wenn es sich nicht mehr vermeiden läßt, also wenn die Sache im Rampenlicht der Öffentlichkeit steht und sozusagen Zugzwang herrscht. So auch bei den während des Mallios-Begräbnisses mißhandelten Journalisten: Keiner wurde verhaftet, den die Mißhandelten nicht selbst namentlich in der Presse genannt hatten – meist auch noch mit Photo! Tüchtige Polizei ...)

Als die Journalisten der „Nea" Massagrande und Bizzarri aufstöberten, war auch Kalendzis dabei. Trotzdem verhafteten die griechischen Behörden Kalendzis nicht. Bei den Zwischenfällen während der Parade zum 25.3.75 war Kalendzis zusammen mit den Untergebenen von Massagrande, Angelo Angeli und Pierro, die im „Vergnügungszentrum Verona" auf Kellner mimten, wieder in vorderster Front mit dabei. Ihre Namen und Fotos wurden in verschiedenen demokratischen Zeitungen veröffentlicht. Nun endlich wurde der ebenfalls in Italien gesuchte Angeli verhaftet und ausgeliefert, Pierro „entkam" in die Schweiz.

Auf ein Konto der „Bank von Attika" in der Panepistimiou-Straße 19 gingen regelmäßig Geldzahlungen für die Faschisten aus der Schweiz ein. Sogar die Buchungsnummern der Überweisungen wurden den Behörden von demokratischen Journalisten mitgeteilt! Es geschah natürlich nichts.

Die Zeitschrift „Anti" stellte damals eine ganze Reihe Fragen an die zuständigen Minister:

Wer sind die griechischen Verbindungsleute der italienischen Faschisten, die die ausgedehnten Grundstückskäufe ermöglichten, die zwei ungedeckte Checks bezahlten, die Massagrande sein Auto abkauften, und vor allem: Wer vermittelte zwischen Verkehrsminister Vojadzis und Massagrande/Kalendzis und empfing letztere bei einem Anhörungsverfahren, als sie den Minister um die Genehmigung zur Einrichtung einer Fallschirmspringerschule (!) ersuchten?

Alle diese und weitere Fragen sind „natürlich" unbeantwortet geblieben. An konkreten Hinweisen und Informationen seitens demokratischer Journalisten hat es nie gemangelt. So wurden die vollständigen Adressen vieler Schlupfwinkel mitsamt der geheimen (!) Telefonnummern der italienischen Faschisten mitgeteilt, Orte, wo auch Koryphäen der griechischen Faschistenszene ein- und ausgingen oder sogar wohnten. Die Illustrierte „Epikjera" enthüllte, daß die faschistische Terrororganisation „4. August" über zwei Radiosender verfügt, einen im Raume Attika („Der Grieche"), und einen weiteren Sender „Radio Europa" in Thessaloniki. „Anti" brachte ans Licht, daß beim „4.August" auch die Offiziere der Reserve Dhimitrios Evangjelidhis – als Chef in Sachen „Organisation" – und Christos Kanavos, – Sondersekretär des Junta„ministers" Ladhas im „Ministerium für Öffentliche Ordnung" – mitmischen.

Die Tatsache, daß sich der Staatsapparat um solche Hinweise einen Dreck schert, wiegt umso schwerer, als daß bisher k e i n e i n z i g e r auch nur Tatverdächtiger in Zusammenhang mit den zahllosen Anschlägen gegen linke Büros, Buchhandlungen und Jugend- und Arbeiterbildungszentren verhaftet worden ist.

Der Fall Kalendzis macht das mehr als deutlich.

Die griechische Regierung ist besorgt um „gute journalistische Manieren"

Nachdem die offiziellen Stellen sich jahrelang zu fein vorkamen, auch nur einen Kommentar zu den Enthüllungen der demokratischen Presse abzugeben, sind die Stellung- Enthüllungen der demokratischen Presse abzugeben, sind die Stellung- nahmen der Regierung an Arroganz und unverhüllter Drohung jetzt kaum noch zu überbieten.

Unmittelbar nach der Verhaftung von Kalendzis und Kakavas und der Aufdeckung des Waffenlagers lobte der Minister „für Öffentliche Ordnung", Stamatis, die Polizei für ihre „Tüchtigkeit" und beschwerte sich im selben Atemzug darüber, daß *„die Aktivitäten Unbefugter den Bemühungen der Regierung nicht nur nicht dienen, sondern im Gegenteil schaden ..."* (womit er zweifellos recht hat!).

Am Abend des 1.3.77 gab sein Chef Karamanlis dann auf einer Sondersitzung die Marschrichtung an: *„Mit der Aufblähung gewisser zwar abstoßender, aber vollständig begrenzter Vorfälle und täglichen Anklagen gegen die Polizei ist offensichtlich, daß gewisse Kreise die Einschüchterung und Lähmung der Organe der Ordnung anstreben."*

Die Enthüllungen der linken Journalisten zeigen deutlich, wie lebendig der „Nebenstaat" der Faschisten in Griechenland noch ist.

Die Linke täte gut daran, gemeinsam bei der Bekämpfung der Faschisten und ihrer Freunde im Staatsapparat anzupacken, bevor dieses Gesindel erneut die ganze Macht an sich reißt.

Griechenland/Türkei-Kommission

Kampf der profaschistischen Rechtssprechung!

Griechenland. Das Berufungsgericht in Athen fällte am 25.2.77 ein skandalöses Urteil. Alle Angeklagten im Polytechnikums-Prozeß (Aufstand im Polytechnikum im November 1973, bei dem es mindestens 30 Tote gab – der wenig später mit zum Sturz der Obristenbande führte), wurden auf freien Fuß gesetzt!

Noch beim vorigen Prozeß in derselben Instanz – der Oberste Gerichtshof hatte die Sache zurückverwiesen – hatte es bis zu lebenslänglich gegeben!

Fünf Angeklagte wurden gänzlich freigesprochen: D. Zaghoriannakos (gegenüber 25 Jahren Zuchthaus!), K. Mavroidhis (dasselbe), Pand. Karajannis (dasselbe), V. Bouklakos (20 Monate) und Io. Kalivas (18 Monate).

St. Varnavas erhielt „Rabatt", von dreimal lebenslänglich plus 25 Jahre Zuchthaus auf 18 Monate (!), die er bereits „abgebüßt" hat. Statt bei drei Morden, 17 Mordversuchen und vielen anderen Körperverletzungen wurde er nur bei drei *„gefährlichen Körperverletzungen"* der *„moralischen Täterschaft"* für schuldig befunden.

Loukas Christoloukas erhielt statt dreieinhalb Jahren Gefängnis wegen *„moralischer Täterschaft"* bei 26 *„gefährlichen Körperverletzungen"* nur sieben Monate wegen drei Fällen. Die „abgesessenen" 14 Monate wurden ihm natürlich angerechnet.

Bemerkenswert, daß das Gericht auch noch die Dreistigkeit des Staatsanwaltes überbot, der Freispruch „nur" für Zaghoriannakos und Mavroidhis verlangte, aber allen *„heldenhafte Pflichterfüllung"* bescheinigte (s. AK 100).

Somit sind alle Mörder des Polytechnikums auf freiem Fuß – bis auf die ebenfalls deshalb verurteilten Juntamitglieder, die aber sowieso schon Todesstrafen und verschiedene „lebenslänglich" bekommen hatten und die jetzt wohl einen Schritt näher an ihre vollständige „Begnadigung" gerückt sind.

Damit ergibt sich eine stolze Bilanz für Karamanlis:

– Die Mittäter der Putschisten vom 21. April 1967, also ihr gesamter „Unterbau", wurden durch einen Beschluß von der Strafverfolgung ausgenommen.
– Sie selbst wurden vom Todesurteil „begnadigt", noch bevor es amtlich war.
– Die Kollaborateure, also „Minister", „Staatssekretäre" und „Generalssekretäre" schützte der Oberste Gerichtshof durch die Verjährungsfrist.
– Die Folterer der Marine wurden im Revisionsverfahren faktisch freigesprochen.
– Die Folterer der Polizei wurden in Chalkjidha freigesprochen und laufen in Athen frei herum (als Strafgefangene!).
– Der Zypernprozeß wurde „aufgeschoben".
– Die ausführenden Schlächter des Polytechnikums sind „nicht zu ermitteln" oder„unauffindbar".
– Ihre Befehlsgeber sind jetzt auch frei und „sauber".

Hoher Richter tritt aus Protest zurück

Am 28.2.77 trat einer der höchsten griechischen Richter („Symvoulos Epikratias"), Spyros Plaskovitis, aus Protest gegen das Skandalurteil und die Begünstigung der Faschisten in der Justiz zurück. (Es war ihm auch praktisch unmöglich, mit zwei seiner „Kollegen" zusammenzuarbeiten, die eigentlich mit als erste von einer Säuberung hätten erfaßt werden müssen.) Plaskovitis ist einer der wenigen hohen Juristen mit antifaschistischer Gesinnung. Als Vorsitzender des Symvoulion Epikratias wurde er zum ersten Mal 1968 von der Junta verhaftet und nach Kasos verbannt, 1969 wenige Monate nach seiner Freilassung erneut verhaftet und von einem Militärgericht wegen seiner Teilnahme an der Widerstandsorganisation „Dhimokratikji Amina" („Demokratische Verteidigung") zu sechs Jahren verurteilt und 1972 entlassen, weil er wegen der Haftbedingungen zu erblinden drohte. Am 5.9.74 wurde er von der Übergangsregierung wieder in den Staatsdienst eingestellt. Der Rücktritt von Plaskovitis rief einigen Wirbel hervor und brachte die Regierung in Verlegenheit.

Demonstrationen gegen die Freisprüche

Am 8.3.77 fanden in Thessaloniki, Patras und Jannina Studentendemonstrationen gegen das provokatorische Urteil des Berufungsgerichtes statt. In Thessaloniki kamen ca. 5.000 auf einer Kundgebung zusammen. Die Polizei hatte Demonstrationen verboten! Als sich trotzdem 200 – 500 Studenten der Industriefakultät formierten, um zu den Gebäuden ihrer Fakultät zu ziehen, knüppelten die Bullen sie auseinander, wobei es vier Leichtverletzte gab. Zehn Studenten wurden verhaftet. Als ein Fotoreporter das fotografieren wollte, wurde er ebenfalls verhaftet.

In Athen folgten mehr als 20.000 Menschen dem Aufruf des Studentendachverbandes und vieler politischer Organisationen zur Versammlung auf dem Gelände des Polytechnikums. Verschiedene Fakultäten führten „Kleindemonstrationen" von ihren Gebäuden zum Polytechnikum durch, ohne von der Polizei direkt behindert zu werden, die jedoch auf allen größeren Plätzen der Umgebung stark massiert war.

Parolen waren: *„Der Terrorismus wird nicht durchkommen!", „Nein zum Freispruch der Schlächter!", Nein zum Neuen Terrorismus!"* (Anspielung auf den Namen der Karamanlispartei, „Nea Dhimokratia" = „Nea Tromokratia") *„Den Faschismus zerdrücken Kämpfe des Volkes!", „Das Polytechnikum lebt!", „Stützpunkte raus!", „Raus jetzt mit den Amerikanern!", „Nein zur Deckung der Verbrecher der Junta!"* u.a.

In einem Kommentar der Regierung zu den Protestaktionen bezeichnete sie diese als *„mißbilligenswert"*.(Alle Angaben nach „Eleftherotipia", 9.3.77).

Griechenland/Türkei-Kommission







Griechische Wortspiele:
1) Athoi i enojchi? . . .Unschuldig oder schuldig?
2) Athoi i enojchi! . . .Unschuldig sind die Schuldigen!
3) Kje i athoi? . . . . .Und die Unschuldigen?
4) Enochi . . . . .Schuldig

AKW's auch in Griechenland?

Nach Meldungen der „Eleftherotipia" (9. u. 11.3.77) soll zumindest ein Atom-Kraftwerk in absehbarer Zukunft in Griechenland entstehen. Es soll die Größe von 1.000 bis 1.200 Megawatt haben und wird aus Frankreich geliefert (Großbritannien und die USA hatten sich ebenfalls für ein derartiges Projekt beworden.)

Der wahrscheinliche Standort ist die Gegend von Platanistos (700 Einwohner) bei Karistos auf der Südspitze von Euböa, gegenüber der Insel Andros, ein zwar dünnbesiedeltes, aber sehr malerisches Gebiet. Verdächtig ist vor allem, daß der Bau einer Asphaltstraße zu dem mutmaßlichen Bauplatz begonnen wurde, während die Bewohner von Platanistos seit Jahren auf eine solche warten müssen.

Die Reaktion der Betroffenen (Fischer und Bauern) kam sehr schnell: „So'n Ding wollen wir unter keinen Umständen!"

Der Bürgermeister erklärte: *„Wie viele Maßnahmen auch getroffen werden, können uns doch nicht vor den schweren Folgen des Kernkraftwerks schützen. Für uns, für unseren Tourismus, für unsere Fischerei".*

Viele Bewohner meinten: *„Wir werden eine Landeaktion über den Fluß machen, wenn sie das Werk anfangen zu bauen!" „Mit unseren Fischerbooten, und allem was wir haben und nicht haben, werden wir den Bau eines Kernkraftwerks verhindern!"* („Eleftherotipia", 14.3.77).

Die meisten wollen eine Bürgerinitiative gründen.

Griechenland/Türkei-Kommission

Der Mord an Panaghoulis: Jetzt als Verkehrsunfall „ad acta"

Griechenland. Am 1. Mai 1976 wurde der bekannte antifaschistische Widerstandskämpfer Alekos Panaghoulis durch einen inszenierten „Autounfall" ermordet. Panaghoulis hatte wiederholt angekündigt, einige angeblich verschwundene Geheimakten der gefürchteten Folterabteilung (EAT) der berüchtigten Militärpolizei ESA über die Machenschaften namhafter Persönlichkeiten während der Zeit der faschistischen Junta zu veröffentlichen. Über fast ganz Griechenland sollen Ioannidhis & Co. Akten angelegt haben.

Auch ansonsten hatte Panaghoulis nach Meinung einiger „hoher Persönlichkeiten" seine Nase „zu tief in Dinge gesteckt, die ihn nichts angehen". Er wurde permanent verfolgt und mit dem Tode bedroht.

Wenige Tage nach Panaghoulis Ermordung „stellte" sich ein gewisser Michail Stefas der Polizei mit einer sehr haarigen Unfallversion. Obwohl sein „Geständnis" – später einige Male „in kleinen Punkten korrigiert" – weder mit zwei Zeugenaussagen noch mit der Rekonstruktion des Unfallhergangs durch Sachverständige übereinstimmte, stellten Polizei und Staatsanwaltschaft sehr schnell die Ermittlungen in andere Richtungen ein, obwohl sich einige auffällige Zusammenhänge auftaten.

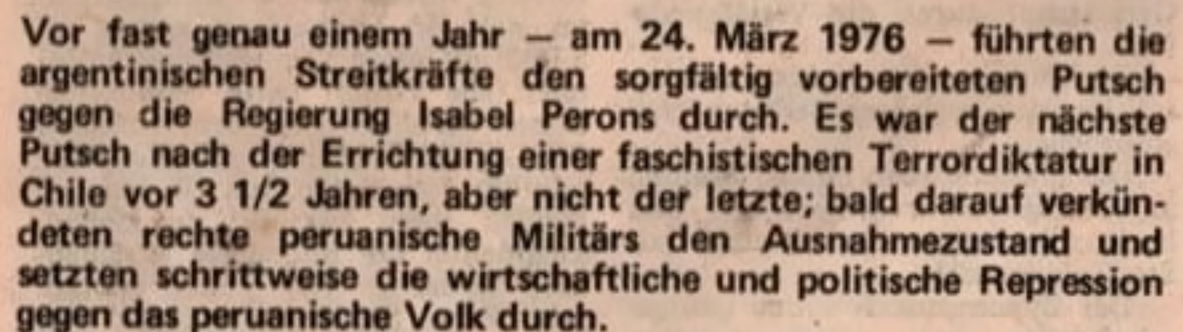
Das am 2.3.77 in Athen gegen Stefas verkündete Urteil von drei Jahren und sieben Monaten Gefängnis wegen „fahrlässiger Tötung" und „Verletzung der Erste-Hilfe-Pflicht" war schon vor geraumer Zeit vorprogrammiert. Das Gericht legte die Untersuchungen ausschließlich auf die „Verkehrsunfall"-Version und lehnte zahlreiche Zeugen und Sachverständige der Familie Panaghoulis ab, so z.B. die Ergebnisse der italienischen Unfallexperten (P. hatte einen FIAT gefahren). Eine Reihe Journalisten hatten sich ebenfalls der Untersuchungskommission zur Aufklärung des Mordes angeschlossen. Alle die von ihnen vorgefundenen Widersprüche und Ungereimtheiten ließ das Gericht nicht zur Diskussion zu.

Einige Tage vor der Urteilsverkündung verließen die Anwälte der Familie Panaghoulis (Zivilkläger) dann aus Protest den Gerichtssaal.

Griechenland/Türkei-Kommission

lateinamerika aktuell

Argentinien – 1 Jahr nach dem Putsch



Vor fast genau einem Jahr – am 24. März 1976 – führten die argentinischen Streitkräfte den sorgfältig vorbereiteten Putsch gegen die Regierung Isabel Perons durch. Es war der nächste Putsch nach der Errichtung einer faschistischen Terrordiktatur in Chile vor 3 1/2 Jahren, aber nicht der letzte; bald darauf verkündeten rechte peruanische Militärs den Ausnahmezustand und setzten schrittweise die wirtschaftliche und politische Repression gegen das peruanische Volk durch.

Die Imperialisten verfolgen mit ihrer Offensive in fast allen lateinamerikanischen Ländern ein und dasselbe Ziel: Nach ihren Niederlagen in Indochina und in Afrika ließen sie sich auf keinerlei „Experimente" auf ihrem „natürlichen" strategischen Hinterland – Lateinamerika – mehr ein. Allzu oft hatten sie es schon mit starken antiimperialistischen Massenbewegungen in diesen Ländern zu tun und zwar meist immer dann, wenn der US-Imperialismus den nationalen Bourgeoisien und Regierungen einen größeren wirtschaftlichen und politischen Spielraum gewährte, wie das vor allem unter Kennedys Politik der „Allianz für den Fortschritt" Anfang der sechziger Jahre geschah. In diesen Perioden wurden die nationalen Sektoren des Kapitalismus stärker entwickelt, vor allem mit dem Ziel, einen inneren Markt zu errichten. Das geschah beispielsweise unter der Regierung Frei in Chile und auch in den Phasen der peronistischen Regierungen in Argentinien. Dadurch entstanden aber gleichzeitig politisch günstigere Kampfbedingungen der Arbeiter und Bauern in diesen Ländern, die bald über „das Ziel hinausschossen" und die bürgerlich-nationalen Schranken durchbrachen, wie dies vor allem das chilenische Volk tat.

Aber bisher gelang es nur einem einzigen Volk in Lateinamerika, seinen Weg bis zum endgültigen Sieg zu beschreiten: dem kubanischen Volk.

Der US-Imperialismus jedoch läßt solche „Experimente" derzeit nicht mehr zu. Seine 1973 begonnene Offensive in Lateinamerika zielte darauf ab, die einzelnen lateinamerikanischen Länder wieder fest an sich zu binden; zum einen wirtschaftlich durch eine maßlose Ausplünderungspolitik der Rohstoffe, durch die Zerschlagung der „inneren Märkte" und durch eine Finanzpolitik, die den Schuldenberg der lateinamerikanischen Länder bis 1980 auf 170 Milliarden steigen lassen wird!

Diese rücksichtslose Raubpolitik hat zur Folge, daß die lateinamerikanischen Völker fast ausnahmslos unter dem Existenzminimum leben müssen. Überall gibt es dort traurige Rekorde: hohe Säuglingssterblichkeit, kurze Lebenserwartung, eine überdurchschnittliche Arbeitslosenrate, riesige Inflationsraten.

Diese Wirtschaftspolitik, von dem amerikanischen Ökonomen Milton Friedman am „Modell Chile" erprobt, erfordert die brutale politische Unterdrückung dieser Völker als „flankierende" Maßnahme. Das Resultat: Überall wimmelt es von US-hörigen Militärdiktaturen, von überfüllten Gefängnissen. Allerdings hat der US-Imperialismus aus Chile gelernt: Um eine breite und weltweite Protestkampagne wie zu Chile zu verhindern, vollzogen sich die faschistischen Putsche in Argentinien und Peru fast „unbemerkt". Daß die Politik des US-Imperialismus in Argentinien die gleichen Methoden und die gleichen Ziele verfolgt wie in Chile, soll im folgenden aufgezeigt werden.

Der Putsch

Anders als in Chile, wo der Putsch für die Weltöffentlichkeit doch ziemlich überraschend durchgeführt wurde (und deshalb eben auch die massiven Proteste hervorrief), wurde die Machtübernahme durch argentinische Militärs sehr langfristig und intensiv vorbereitet. Im Grunde genommen wußte man schon drei Monate vorher ziemlich genau, daß der Putsch bevorstand.

Nach außen hin wurde durch eine massive internationale Pressekampagne ständig das „Chaos von links und rechts" beschworen und von Korruption und schwerer Krise, die die Regierung Isabel Peron nicht mehr lösen könne usw., gesprochen. So verkündete denn beispielsweise die „Frankfurter Rundschau" nach dem Putsch:„*Den Militärs fiel die Macht zu wie eine reife Frucht*" („FR", 25.3.76) oder „*Die Militärs* dem Putsch:„*Den Militärs fiel die Macht zu wie eine reife Frucht*" („FR", 25.3.76) oder „*Die Militärs* *leisteten präzise Arbeit*" („Neue Zürcher Zeitung", „NZZ", 27.3.76). Es wurde die These aufgestellt, daß nur das Militär zur „Lösung" der Probleme Argentiniens in der Lage sei. Dieses Märchen fand auch Unterstützung bei den Revisionisten; ob die „KP" Argentiniens oder die revisionistischen Länder selbst – auch sie begrüßten den Putsch ausdrücklich und boten sogar die Zusammenarbeit mit General Videla an!

So schrieb beispielsweise die DKP-Postille „Unsere Zeit" vom 1.4.76, daß sich „*mit der Einsetzung des neuen Präsidenten das Leben in Argentinien äußerlich normalisiert* (!) *habe*".

Die Revisionisten haben bis heute an diesen Positionen festgehalten; nur mit dem Unterschied, daß sie ab und an mal drohend ihren Zeigefinger erheben und mahnen „nicht weiter nach rechts" (?) zu driften.

Das Ausbleiben von internationalen Protesten gegen den Putsch in Argentinien erleichterte General Videla die anstehende Henkersarbeit enorm. Bereits unter der Regierung Peron wurde Ende 1975 der „nationale Verteidigungsrat" der Militärs gebildet, der bereits Militärgerichte einrichtete, in erklärten „Notstandsgebieten", wie der Provinz Tucuman, Flächenbombardements gegen die Bauern und Landguerilla startete und zahlreiche Verhaftungen vornahm.

Das Militär erhielt lange vor dem Putsch Anweisungen Isabel Perons, mit der „Subversion" aufzuräumen. Sie taten es verdeckt, indem der Terror gegen die Linke und gegen die Arbeiter angeblich immer von der „Antikommunistischen Allianz Argentiniens" (AAA) ausgeübt wurde. Heute ist längst enthüllt worden, daß die AAA identisch mit Teilen des Polizei- und Militärapparates war und ist.

Propagandistisch hatte die AAA zunächst noch die Funktion, das Militär reinzuwaschen, um es dann als den „Retter" einzusetzen. So richteten sich die breiten Massenkämpfe des argentinischen Volkes vor dem Putsch auch hauptsächlich gegen die Militärs, die offen mit der AAA zusammenarbeiteten und erreichten so die Absetzung des Rechtsperonisten Lopez Rega.

Die Kämpfe richteten sich also hauptsächlich gegen bestimmte Teile des Militärs und nicht so sehr gegen die faschistische Putschgefahr insgesamt.

Dieser Punkt erleichterte Videla die Arbeit ebenso wie die Tatsache, daß der „Peronismus" in Argentinien (unter Isabel Peron) abwirtschaftete. Es war auch Bestandteil der Politik der Militärs und ihrer amerikanischen Freunde, den Peronismus vor den Massen abwirtschaften zu lassen, die Regierung als total korrupt und unfähig hinzustellen.



Mit dieser Politik gelang es den Militärs nämlich, sämtliche bürgerliche Parteien (einschließlich der revisionistischen „KP"!) und damit auch Teile der Klein-und Mittelbourgeoisie, die in gewissem Widerspruch zum US-Imperialismus und der mit dem internationalen Kapital verflochtenen Großbourgeoisie und Großgrundbesitzern standen, für den Putsch zu gewinnen. Tatsächlich erfolgten bis heute keine Erklärungen irgendeiner bürgerlichen Partei – ob nun Rechtsperonisten oder Reformisten – die gegen die Militärs wären. Die soziale Basis für den Putsch war also weitaus breiter und größer als beispielsweise beim Putsch in Chile, wo nur die Faschisten und die Christdemokratie den Putsch begrüßten, während schon die Reformisten in Chile den Widerstand gegen Pinochet ankündigten.

Schon beim ersten Putschversuch der Militärs im Dezember 1975 (der die politische Funktion einer Generalprobe – im doppelten Sinn des Wortes – hatte) erfolgte kein Widerstand – weder von den Peronisten noch von den Massen. Was sollten die Massen auch verteidigen?!

Die Maßnahmen

Videla erließ gleich nach dem Putsch eine Reihe von Maßnahmen. Die wichtigsten waren:

1. Die „Öffnung" für das internationale Kapital. Die imperialistischen Konzerne gaben am Ende der Regierung Peron keine Kredite mehr und stellten ihre Investitionen vorübergehend ein, um damit deutlich zu machen, daß sie auf bessere Zeiten (sprich: Militärdiktatur) warteten. Zwar warnten kleine Teile des Offizierskorps vor einer allzu weiten Öffnung für das Auslandskapital, weil damit natürlich die nationalen Agrar- und Industriesektoren ruiniert werden würden, aber ernsthaft verhindern konnten sie den vom Imperialismus diktierten Kurs nicht. Videla selber erklärte, daß das ausländische Kapital an „*einer vernünftigen (!) Ausbeutung der Reichtümer teilhaben*" dürfe („FR",1.4.76). Garant dieser kapitalhörigen Politik ist der Wirtschaftsminister Martinez de Hoz, selber Großgrundbesitzer und Manager einer argentinischen Tochtergesellschaft von ITT (!). Als erstes wurden sämtliche Beschränkungen oder staatliche Kontrollen gegenüber dem ausländischen Kapital aufgehoben und eine Generalamnestie für sogenanntes „schwarzes", also illegales Kapital erlassen.
2. Gleich nach dem Putsch wurden ca. 20.000 Menschen verhaftet, dazu Tausende von ausländischen Emigranten (politische Flüchtlinge aus Chile, Uruguay etc.) verhaftet oder ausgewiesen. Gleichzeitig wurden die zivilen Gerichte aufgelöst und durch Militärgerichte ersetzt. Gleiches geschah mit den Provinzverwaltungen. Jeder, der gegen die „öffentliche Ordnung" verstieß, mußte mit Verhaftung oder gleich mit Erschießung rechnen.

Doch auch hier haben die Imperialisten von Chile gelernt: Die unzähligen Verhaftungen geschahen nicht „offiziell", sondern Verschleppungen und offene Erschießungen – die in der Presse dann als „Gefechte mit Guerilleros" ausgegeben werden – sind an der Tagesordnung. Schätzungsweise 2.000 Menschen verschwinden in Argentinien „spurlos" – in einem Monat!

Die brutale Repression richtete sich von Anfang an in erster Linie gegen die revolutionäre Linke, also vor allem gegen PRT/ERP und gegen die Montoneros. Im Verlaufe der Diktatur wurden auch andere Kräfte der Linken und auch der Reformisten stärker getroffen. Dabei ist bemerkenswert, daß die Sippenhaft in Argentinien an der Tagesordnung ist – der Anteil an Frauen und Kindern in den argentinischen KZ's ist enorm hoch!

3. Sämtliche bürgerlich-demokratische Rechte wurden liquidiert (wie die Pressefreiheit, Versammlungsfreiheit, das Streikrecht), das Verbot von fünf linken Organisationen wurde verfügt usw. Die bürgerlichen Parteien wurden zwar nicht offiziell verboten, aber ihre Betätigung unter Strafe gestellt, was natürlich einem Verbot gleichkommt.

Man kann insgesamt sagen, daß General Videla bis heute seine Ziele erreicht hat. Einmal ist die direkte Unterstützung des Imperialismus für die faschistische Machtübernahme nie so offenkundig geworden wie in Chile – damit genießt die argentinische Junta international einen wesentlich besseren Ruf als die von Pinochet. Neben der Verhinderung einer außenpolitischen Isolierung waren für Videla vor allem innenpolitisch günstigere Bedingungen vorhanden. Videla konnte es sich ersparen, zugleich eine starke Massenbewegung niederschlagen zu müssen, da der Peronismus in den Augen der einheimischen Bourgeoisie und der Arbeiterklasse abgewirtschaftet hatte. Videla schlug in einem Augenblick zu, in dem noch breite Teile der Arbeiterklasse nationalistischen bis hin zu popullistischen Strömungen vertrauten und erst ansatzweise begonnen hatten, mit dem Peronismus insgesamt zu brechen. Deshalb auch der insgesamt geringe Widerstand des Volkes gegen den Putsch.

Die Schockpolitik

Wie schon ausgeführt, öffnete Videla als erste Maßnahme seiner Wirtschaftspolitik dem internationalen Kapital wieder die Tore, wobei die Junta neben günstigen Finanzbedingungen zusätzlich für innere Stabilität garantierte. Argentinien ist, wie fast alle lateinamerikanischen Länder, wirtschaftlich von den imperialistischen Staaten abhängig, aufgrund seiner wirtschaftlichen Struktur aber in anderer Weise wie beispielsweise Chile. Die Hauptexportgüter sind landwirtschaftliche Produkte wie Getreide, Mais, Zucker und Fleischprodukte. 84,3 % beträgt der Anteil dieser Produkte am Gesamtexport. Der Anteil der Industrieprodukte liegt nur bei etwa 15,7 %. Das Hauptimportland argentinischer Waren sind nicht die USA, die ihren landwirtschaftlichen Bedarf praktisch selber decken, sondern die Staaten der EG; Argentinien liefert 48,4 % aller Exporte in die EG und nur ca. 9 % in die USA.

Umgekehrt sind die Hauptexporteure nach Argentinien ebenfalls die Länder der EG mit einem Anteil von 39 %; die USA folgen mit 24,8 %.

Die Deviseneinnahmen fallen ständig dadurch, daß die landwirtschaftlichen Produkte auf dem Weltmarkt im Preis weiter sinken, und die Imperialisten die industriellen Güter zu Höchstpreisen verkaufen. Argentinien hatte Ende 1974 bereits eine Auslandsverschuldung von 9,2 Milliarden Dollar gegenüber den imperialistischen Ländern.

Auf dem industriellen Sektor zeigt sich die Abhängigkeit von den imperialistischen Ländern besonders deutlich; von den 100 größten argentinischen Betrieben sind nur 29 in argentinischem Privatbesitz, 40 Betriebe sind in ausländischen Händen und 15 in staatlichem Besitz, was meist eine dominierende Beteiligung ausländischer Konzerne einschließt. Von den 10 umsatzgrößten Unternehmen sind 9 in direkter imperialistischer Kontrolle!

Die Ausplünderungspolitik seitens der Imperialisten trägt die gleichen Züge wie die Schockpolitik in Chile. Anders jedoch als in Chile, wo das internationale Kapital Rücksicht auf die weltweite Solidaritätsbewegung nehmen mußte, pumpten die imperialistischen „Gläubiger" im Juli 1976 gleich einen Riesenkredit von 1 Milliarde Dollar unter Beteiligung westdeutscher, französischer, japanischer und amerikanischer Banken in 1 Milliarde Dollar unter Beteiligung westdeutscher, französischer, japanischer und amerikanischer Banken in das Land, um vor allem die Staatsfinanzen und die Auslandsbilanzen zu sanieren. In den ersten acht Monaten der Diktatur erhielt Argentinien Kredite in Höhe von über zwei Milliarden Dollar!

Die Schockpolitik brachte bisher folgende Ergebnisse:

1. Der Staatshaushalt wurde umgekrempelt, und die öffentlichen Ausgaben enorm gekürzt. 1976 ergab sich folgendes Bild:

Ausgaben für:	1975	1976
Soziale Sicherheit	12,5	9,8
Bildung	10,7	7,1
Unterstützung der Provinzen	22,5	11,9
Verteidigung	19,5	22,0

Die Kürzungen im Staatshaushalt gehen also voll zu Lasten des Volkes, das unter den Sparmaßnahmen zu leiden hat. In gleichem Atemzug sollen schrittweise 65.000 Angestellte im öffentlichen Dienst entlassen werden, der Staatsapparat wird dabei natürlich von politisch „Unliebsamen" gesäubert und politisch zentralisiert.

2. Die Inflationsrate belief sich im Verlaufe des Jahres 1976 auf 347,5 %, während die Löhne nur um rund 154 % stiegen. Das bedeutet, daß die Kaufkraft der Massen um die Hälfte gesunken ist! Die Teuerung wurde gleich im neuen Jahr mit Mieterhöhungen (+ 100 %), und Erhöhungen der Grundnahrungsmittel (10 – 100 %) fortgesetzt.
3. Wie auch schon in Chile richtet sich die imperialistische Wirtschaftspolitik auf zwei Ziele. Zum einen hat sie die drastische Senkung des Lebensniveaus der Arbeiter zum Ziel begleitet von Massenentlassungen. Die beabsichtigte Folge ist die Heranbildung eines größeren Anteils des Lumpenproletariats auf der einen Seite und einer relativ kleinen Schicht von Arbeiteraristokraten auf der anderen Seite. Diese Politik soll natürlich eine Schwächung der Massenbewegung und des Widerstandes insgesamt bewirken.

Die andere Seite der Medaille ist die völlige Ruinierung der nationalen

Fortsetzung von Seite 39

Fortsetzung von Seite 38

Sektoren der Wirtschaft, also vor allem die Klein- und Mittelbourgeoisie und auch kleinere Agrarbetriebe und die Herausbildung einer vom Imperialismus völlig beherrschten und kontrollierten Agrar-und Industriewirtschaft.

Die Bilanz nach einem Jahr Diktatur sieht so aus, daß die Importe um 31 % zurückgegangen und die Exporte um 26 % gestiegen sind („Chile-Nachrichten", 16.12.76).

Das Hauptproblem der Junta war es, möglichst hohe Gewinne aus den Agrarexporten zu erzielen, was nicht eingetroffen ist. Zwar wurden die Getreidesilos verstaatlicht und sämtliche Agrargüter zu Spottpreisen vom Staat aufgekauft, und dabei die Weizenproduktion um 50% gesteigert – die Gesamtausfuhr stieg um 20 % an. Da aber gleichzeitig der Weltmarktpreis für Weizen um 37 % (!) sank (genauer: vom US-Imperialismus gesenkt wurde), lagert noch heute der Weizen in den Silos und die Junta wartet auf bessere Zeiten....

Neben den Einbrüchen im Export sank die Inlandproduktion im Schnitt um 50 %. Besonders betroffen war die Nahrungsmittel- und Bekleidungsindustrie; bei der nationalen Stahlindustrie fiel die Produktion um 25 %. Diese wirtschaftliche Krise ist nicht etwa nur ein Abwälzen der imperialistischen Wirtschaftskrisen auf die Länder der Dritten Welt – wie manche linken Ökonomen und Dritte-Welt-„Spezis" meinen – sondern Teil der Offensive, die der US-Imperialismus in Lateinamerika gestartet hat, um dabei u.a. die nationalen Sektoren der Wirtschaft zu zerschlagen.

Die schweren Folgen wie z.B. die Liquidierung eines inneren Marktes hat einzig und allein das argentinische Volk zu tragen.

Wenn linke Ökonomen den amerikanischen Ausplünderungsfachmann Milton Friedman an dem Punkt kritisieren, seine Wirtschaftsrezepte würden die Länder nicht aus der Krise herausführen, so wird leider dabei „vergessen", daß er dies ja auch gar nicht vor hat! Im Gegenteil, die Krise muß her – als Grundbestandteil imperialistischer Ausplünderungspolitik in Lateinamerika!

Die Widersprüche im Militär

Die Militärjunta ist sich grundsätzlich über den eingeschlagenen Weg einig; Widersprüche traten vor allem in der Frage auf, ob hinsichtlich der Repression gegen die Arbeiterklasse noch ein Zahn zugelegt werden soll oder nicht. Deutlich wird dies vor allem an ihrem Verhältnis zu den Gewerkschaften. Während Videla zunächst keine weiteren Schritte

soll oder nicht. Deutlich wird dies vor allem an ihrem Verhältnis zu den Gewerkschaften. Während Videla zunächst keine weiteren Schritte

unternehmen möchte (der jetzige Zustand: Beherrschung und Kontrolle der Gewerkschaftsführung durch Militärs und die Liquidierung von wichtigen Arbeitsgesetzen, die einen Schutz der Arbeiter gewährleisteten und von den Massen erkämpft wurden), neigen andere Militärs dazu, die Gewerkschaftsbewegung gänzlich zu zerschlagen. Gegenwärtig jedoch verzichten die Streitkräfte noch auf eine direkte Kraftprobe mit den Arbeitern.

Die bürgerlichen Parteien, die ausnahmslos zu den Befürwortern des Putsches gehörten, hielten vor einigen Wochen eine Konferenz ab, auf der lediglich beschlossen wurde, in einen „Dialog" mit der Junta zu treten. Der politische Einfluß der bürgerlichen Parteien, wie vor allem der Peronistischen Partei und der Radikalen Partei, die hauptsächlich die Klein- und Mittelbourgeoisie repräsentieren, sinkt in dem Maße, wie eben diese Sektoren durch die imperialistische Politik liquidiert werden.

Die Reformisten spielen ebensowenig eine Rolle wie die Revisionisten, die in Argentinien ein Schattendasein führen.

Massenbewegung

Der Putsch fiel in eine Zeit, in der die Massenbewegung klar im Aufschwung begriffen war. Generalstreiks der Arbeiter, politische Streiks gegen die Faschisten um Loppez Rega usw. waren an der Tagesordnung. Allerdings war und ist das politische Bewußtsein, vor allem das s o z i a l i s t i s c h e Bewußtsein der argentinischen Arbeiterklasse nie so weit entwickelt wie das der chilenischen Arbeiterklasse, die vor dem Putsch schon dazu übergegangen war, Ansätze der Volksmacht (Poder Popular) zu entwickeln und die darüber hinaus den Kampf für den S o z i a l i s m u s führte, wenn auch freilich noch größtenteils für einen Sozialismus auf „friedlichem Wege", der dem chilenischen Volk zum Verhängnis wurde. In der argentinischen Arbeiterklasse waren Theorien eines „Dritten Weges" zwischen Kapitalismus und Sozialismus – repräsentiert vor allem durch den Peronismus! – vorherrschend und diese nationalistischen und reformistischen Ideologien verloren an Einfluß, als auch der Peronismus immer mehr abwirtschaftete. Dieses sehr weit verbreitete Bewußtsein hat in der argentinischen Arbeiterklasse eine lange Tradition; immer, wenn das argentinische Volk durch breite antifaschistische Massenkämpfe eine Diktatur zu Fall brachte – und das fiel meist zusammen mit einem stärkeren Hervortreten der einheimischen Bourgeoisie gegenüber dem Imperialis – waren es nach dem Kriege die Peronisten, repräsentiert durch Peron, zuletzt durch Isabel Peron, die es verstanden, breite Teile des Volkes an ihre Politik zu binden. Nach einem weiteren Aufschwung der Massenkämpfe und des damit verbunde nen stärkeren Eingreifens der Imperialisten, die daraufhin mit faschistischen Putschen antworteten, erlitt die Massenbewegung wieder eine vorübergehende Niederlage usw. Diesen „Kreislauf" hat das argentinische Volk bisher nicht durchbrechen können.

Auch auf den langfristig geplanten und von den Massen erwarteten letzten Putsch durch Videla reagierte die Massenbewegung – wenn man sich zum Vergleich Chile vor Augen führt! – gar nicht. Während Pinochet umgehend die Zerschlagung der bewußten Teile des Industrieproletariats in Angriff nehmen mußte, konnte sich Videla damit bis heute Zeit lassen . . . Anders ausgedrückt: **die Schwäche der argentinischen Arbeiterklasse ist nicht das Vertrauen auf einen „friedlichen Übergang", sondern die langjährige Bindung an die peronistische Ideologie.**

Das argentinische Volk reagierte auf den Putsch wie gelähmt und eher politisch desorientiert und begann erst im „heißen Herbst" des letzten Jahres, sich gegen die Folgen der katastrophalen Wirtschaftspolitik zur Wehr zu sezten, als über 70.000 Automobilarbeiter in den Streik traten. Die argentinisohen Arbeiter begannen also, gegen die wirtschaftlicehn F o l g e n zu kämpfen – nicht so sehr gegen die faschistische Diktatur selbst, was auch das politische Bewußtsein der Mehrheit der Arbeiter wiedergeben dürfte.

Insofern ist auch klar, daß Videlas's Offensive sich vor allem gegen die revolutionäre Linke selbst richtete, die den Putsch klar vorhersah und sich auch entsprechend darauf vorbereitet hatte. Die immer noch stattfindenden bewaffneten Aktionen der ERP und der Montoneros zeigen, daß die Linke sich vergleichsweise gut auf die jetzige Lage eingestellt hatte. Auf der anderen Seite kann es sich die Junta zur Zeit leisten, gegen die Streiks der Arbeiter n o c h nicht

gut auf die jetzige Lage eingestellt hatte. Auf der anderen Seite kann es sich die Junta zur Zeit leisten, gegen die Streiks der Arbeiter n o c h nicht

mit brutaler Repression zu antworten – weil ihnen diese Streiks n o c h nicht als politisch gefährlich erscheinen. Die politische S c h w ä c h e der argentinischen Arbeiterbewegung selbst ist es – und die Militärs wissen das – die Videla veranlassen, zur Zeit noch andere Wege zu gehen, um die Kampfkraft der Industriearbeiter schrittweise zu schwächen. Dieses Mittel besteht vor allem darin, die linken Gewerkschafter zu entlassen, darüber hinaus mittels Rationalisieungen weitere Entlassungen vorzunehmen, Produktionsdrosselungen durchzuführen und die Angriffe auf das Lebensniveau zu verstärken.

Zur Politik der PRT/ERP und der Montoneros

Wesentliche Träger des Widerstandes einschließlich bewaffneter Aktionen sind die linksperonistischen Montoneros und die PRT/ERP, die Organisation der revolutionären Linken. B e i d e Organisationen waren auf den Putsch vorbereitet. In einer Erklärung der ERP vom 30.1.76(!) sagten sie den Putsch *„in ein bis zwei Monaten"* voraus. Die Militärs *„folgern, daß es keine Möglichkeiten innerhalb des Parlamentarismus gibt – d.h. der Peronismus, der Radikalismus (bezüglich der Radikalenpartei) und noch viel weniger eine progressive demokratische breite Front –, die die Niederlage der Guerilla garantieren können. Also hat das Offizierskorps beschlossen, die Macht in einem repressiven Staatsstreich direkt zu übernehmen, um sich somit in ein blindes Abenteuer zu stürzen, ohne jegliche Unterstützung. Es ist ein Zug, der von vornherein verloren ist und das Land in einen offenen Bürgerkrieg führen wird. Wichtige Teile der Bourgeosie, des Imperialusmus (?), der Gewerkschaftsbürokratie, die politischen Parteien, die Kirche unterstützen dieses Abenteuer nicht (?) . . . Die Militärs wissen, daß sie allein sind; sie glauben, daß sie trotzdem schnell einige Erfolge erzielen können . . . ."* („Apal"-Presseagentur Lateinamerika – 16.2.76).

In der gleichen Erklärung heißt es dann weiter, daß *„die Konkretisierung des Staatsstreiches . . . der Schritt zur Generalisierung des Bürgerkrieges, die Einbeziehung der Massen in den Krieg und die Polarisierung der beiden kämpfenden Kräfte"* bedeuten würde.

Hinsichtlich der Vorhersage des Militärputsches lag die ERP richtig – allerdings kommt sie zu einer U n t e r s c h ä t z u n g derjenigen Kräfte, die den Putsch nicht unterstützen („Teile des Imperialismus", „wichtige Teile der Bourgeoisie" usw.). Im Gegensatz zu Chile konnte Videla sich im Land selber auf eine wesentlich größere Basis stellen – und dies im Grunde genommen bis heute. Aus demselben Grund hat die PRT/ERP auch die Stabilität (und mögliche Dauer) der Diktatur von vorn herein unterschätzt. Inwieweit diese f a l s c h e n Einschätzungen des Kräfteverhältnisses und des Gegners auch auf die Politik und Taktik dieser revolutionären Partei durchschlagen, können wir nicht beurteilen.

N a c h dem Putsch gab die PRT/ERP weitere Erklärungen heraus; man muß betonen, daß die PRT/ERP bis heute ihre Zeitung, den „El Combatiente", regelmäßig wöchentlich in Argentinien vertreiben kann – ein Zeichen, wie gut sie sich auf die Arbeit im Widerstand eingerichtet haben!

In einer Erklärung n a c h dem Putsch schätzte die PRT dann durchaus richtiger ein, daß *„es sich hier um eine Regierung (handelt), die bis zum Ende des Krieges bleiben wird ... Das Militär bleibt an der Regierung bis zum bitteren Ende"*!

Weiterhin betrachtet die PRT den Militärputsch richtig als einen *„Teil einer kontinentalen Strategie"*. Die PRT spricht ferner davon, daß der Aufschwung der Massenbewegung einen Bruch erlitten habe und spricht von der gegenwärtigen Periode von einer *„Vorbereitung und Akkumulierung der Kräfte"*. Man stellt *„sich auf neue Kampfformen ein. Da jede legale politische Arbeit verboten ist, muß man neue, illegale Aktionsformen finden ..."*.

Die PRT schätzt, daß der Rückzug der Massenbewegung ungefähr ein Jahr dauern wird. In dieser Zeit wird es eine langsame, progressive Reaktivierung geben, die in offene Massenkämpfe mit Bürgerkriegscharakter münden wird. Dieser qualitative Sprung im Kampf der Massen wird gleichzeitig von den Aktivitäten der Revolutionäre abhängen. *„Deswegen ist das wichtigste Organisierungsprinzip in dieser Etappe die Konzentrierung unserer Kräfte auf die Massenfronten, vor allem auf die großen Betriebe"* („El Combatiente" – „EC", 1.9.76).

pe die Konzentrierung unserer Kräfte auf die Massenfronten, vor allem auf die großen Betriebe" („El Combatiente" – „EC", 1.9.76).

Die PRT spricht davon, daß man jede Isolierung von den Massen vermeiden müsse ; *„wenn sich die Massen im Rückzug befinden, kommen sie nicht zur Partei. Die Partei muß mit aller Energie zu ihnen gehen, um von vornherein die Möglichkei: auszuschließen, daß sie dem Feind überlassen werden. Günstig ist den Revolutionären in dieser Lage, daß sie alle Materialien lesen, Kräfte sammeln und sich auf den Aufschwung vorbereiten."* („E.C.", 6.10.76).

In eindeutiger Weise legen die Genossen der PRT/ERP ihren Schwerpunkt auf die Massenarbeit, vor allem in den großen Industriegebieten. Das bedeutet eine klare Änderung ihrer Politik, denn v o r dem Putsch wurde der Schwerpunkt auf das Land gelegt – vor allem um die befreiten Gebiete in der Provinz Tucuman. Aufgrund des derzeitigen Kräfteverhältnisses jedoch kann Tucuman mit seiner immer noch vorhandenen Landguerilla kein Ausgangspunkt für den Widerstand a l l e i n sein; dazu sind die Kräfte der Konterrevolution zu stark. Tucuman kann den Genossen bestenfalls noch als Zentrum zur Ausbildung neuer Kader usw. dienen. Die PRT schätzte ebenfalls ein, daß die *„Reaktivierung der Massenbewegung ... ein Jahr dauern wird"*. Auf der anderen Seite hält sie als Perspektive des Kampfes einen *„langandauernden Volkskrieg"* für unvermeidbar. Wir halten diese Einschätzung für ziemlich optimistisch, vor allem aus dem schon erwähnten Grund, daß die Junta „allein" ist und „wichtige Teile der Bourgeoisie" sich gegen die Junta stellen. Hier kommen wir nämlich zur Frage der B ü n d n i s p o l i t i k der PRT/ERP. In der Neujahrserklärung der PRT/ERP vom 1.1.1976 – in einer Phase des Aufschwungs der Massenbewegung – hieß es noch: *„In diesem Sinne hält es unsere Partei für notwendig, eine breite demokratische und patriotische Front zu bilden, zusammengesetzt aus antifaschistischen Peronisten* (Montoneros, Anm. AK), *progressiven Radikalen, fortschrittlichen Christen, Marxisten-Leninisten und anderen fortschrittlichen Kräften auf der Grundlage eines Programms, das als Minimalplattform folgende Punkte enthält ..."*.

N a c h dem Putsch rief die PRT mehrmals zur *„Bildung einer nationalen patriotischen Front"* auf, die offensichtlich a l l e Kräfte, die gegen die Junta sind, umfaßt. Es finden sich in den Erklärungen n a c h dem Putsch k e i n e Angaben mehr, darüber, m i t w e m man solch eine Front bilden will – also offensichtlich doch mit a l l e n Kräften.

Im Gegensatz zum chilenischen MIR, der an die Frage der Bündnispolitik immer sehr differenziert herangegangen ist, und auch der oben zitierten Erklärung der PRT selbst, kommt sie unseres Erachtens zu einer f a l s c h e n Schlußfolgerung die sich aus einer Überschätzung der Rolle von Teilen der argentinischen Bourgeoisie und ihrer Parteien hinsichtlich ihrer angeblichen „Gegnerschaft" zur Junta ergibt. Es ist klar, daß beispielsweise die Rechtsperonisten k e i n Bündnispartner einer „nationalen Front" sein können, da diese Typen selber den Putsch aktiv mit vorbereitet haben. Die PRT/ERP halten weiterhin an bewaffneten Aktionen gegen die Junta fest. So schrieb die ERP: *„Auf militärischer Ebene wird die ERP den mittleren und großen Unternehmern die konkrete Warnung zukommen lassen, daß sie, sollten in ihren Betrieben Entlassungen oder Entführungen stattfinden, exekutiert werden"*. („E.C.", 6.10.76).

Diese Aktionen sind nach dem Putsch auch mit großem Erfolg mehrmals durchgeführt worden!

Die M o n t o n e r o s waren ebenfalls auf den Putsch vorbereitet. Diese linksperonistische Bewegung wurde besonders von den Schlägen der Junta getroffen, da sie über keine entsprechende, auf die illegale Arbeit vorbereitete Partei und den entsprechenden Apparat verfügte. Die Montoneros selbst setzten ebenso den bewaffneten Widerstand fort und beschrieben die jetzige Etappe des Kampfes als Phase der *„strategischen Defensive"* („Cosal", Dez. 1976). Allerdings halten sie weiterhin an Vorstellungen des kleinbürgerlichen Sozialismus fest und haben nicht mit dem Peronismus gebrochen. Im August letzten Jahres erklärte einer ihrer Führer, Mendizibal: *„Eine Sache ist die peronistische Philosophie und eine andere ist der Peronismus als Identität der Arbeiterklasse und des Volkes, als Ausdruck ihrer Kämpfe. Wir sind eindeutig Sozialisten und wollen, daß die Montonero-Bewegung den Aufbau des Sozialismus in Argentinien ermöglicht, etwas, das Peron nicht zugelassen hatte"* („Cosal", Dez. 1976).

Neben dieser grundsätzlichen ideologischen Differenz zwischen PRT/ERP und Montoneros, die trotz dieser Differenzen sehr eng im Widerstand zusammenarbeiten, gab es politische Differenzen in der Gewerkschaftsfrage. Vor einigen Monaten kam es zur Gründung der CGT-R n e b e n der bestehenden CGT. (R steht für „resistencia" = Widerstand). Die CGT-R ist Produkt der Montoneros. Die PRT erklärte auf einer Pressekonferenz im Januar in Hamburg, daß sie diese Gründung ablehne, nicht, weil sie aus prinzipiellen Gründen gegen eine CGT-R seien, aber weil es in der jetzigen Situation darauf ankäme, die Arbeiter in den bestehenden Gewerkschaften, also der CGT, zu gewinnen. Die CGT-R selbst sei im Land dezentralisiert und relativ schwach, spielt also keine große Rolle.

Die Situation in Argentinien ist heute noch so, daß – außer der revolutionären Linken natürlich – die politischen Organisationen und Parteien e i n s c h l i e ß l i c h der Reformisten (ausgenommen die Montoneros) und Revisionisten nicht o f f e n mit der Junta gebrochen haben. Anders als in Chile, wo ja a l l e reformistischen Organisationen und Parteien sofort den Kampf im Widerstand aufnahmen und sich von daher zumindest an der Basis eine Zusammenarbeit mit dem MIR ergab, sind große Teile der reformistischen Kräfte immer noch auf der Suche nach einem „Dialog" mit den Faschisten. Damit sind natürlich die Möglichkeiten in Argentinien einfach geringer, eine breitere Einheit der oppositionellen Parteien auf minimaler Ebene gegen die Junta aufzubauen.

Das ist vor allem auch der geschickten Politik Videlas zu „verdanken", der diese Parteien nicht verboten und verfolgt hat, und zwar um den Preis, eines „Waffenstillstands" mit ihnen.

FÜR DEN REVOLUTIONÄREN STURZ DER ARGENTINISCHEN JUNTA!
FREIHEIT FÜR ALLE POLITISCHEN GEFANGENEN!
NICHTS VON DER JUNTA – NICHTS FÜR DIE JUNTA!

Lateinamerika-Kommission

Repression in Lateinamerika

Repression in Lateinamerika

Peru

Die peruanische Polizei hat in der Nähe Limas 600 Studenten und Studentinnen einer pädagogischen Hochschule verhaftet. Angeblich sind dort Waffen, Sprengstoff und *„subversives Propagandamaterial"* gefunden worden, und die Studenten hätten versucht, *„die Hochschule in ein Zentrum marxistisch-leninistischer Indoktrination"* zu verwandeln. Die Verhafteten werden in einer Militärschule (!) festgehalten, die Hälfte von ihnen sind Frauen („Frankfurter Allgemeine Zeitung", 24.2.77).

In Piura, Nordperu, sind elf landwirtschaftliche Genossenschaften vom Staat übernommen worden. Angeblich sollen die Bauern selber um diese Intervention gebeten haben, weil sie mit den zahlreichen wirtschaftlichen Problemen und ihrer hohen Verschuldung nicht mehr fertig werden. Die CCP, die linke Gewerkschaft der peruanischen Campesinos, die zahlreiche Landbesetzungen organisiert und unterstützt hat, hat die staatliche Intervention der Genossenschaften verurteilt („Monitor-Dienst", 9.2.77).

Dem Eingreifen des Staates in die bisher – zumindest teilweise – selbständigen Genossenschaften entspricht die Abschaffung der Industriegemeinschaften in den Städten. Anfang Februar wurde ein neues Industriegesetz verabschiedet, das die bislang gültigen Mitbestimmungsrechte und die, wenn auch formale, Gewinnbeteiligung der Industriearbeiter einschränkt bzw. ganz abschafft. Die Regierung hat dieses neue Gesetz besonders gelobt, weil es *„die Möglichkeiten derjenigen reduziert, die die Industriegemeinschaft als ein Zentrum für Klassenkämpfe benutzen"* („Monitor-Dienst", 9.2.77).

Mexiko

Zehn Tote und eine unbekannte Anzahl von Verletzten sind das Ergebnis einer Demonstration vor dem Gefängnis von Juchitan. Gefordert wurde die Freilassung von 38 inhaftierten Studenten. Die Behörden hatten zunächst zugesichert, daß sie keinesfalls auf Demonstranten schießen lassen würden („Frankfurter Allgemeine Zeitung", 26.2.77).

Mitte Februar wurden nach Angaben der mexikanischen Polizei drei führende Genossinnen und Genossen der Stadtguerillabewegung „Kommunistische Liga vom 23. September" in Mexiko-City verhaftet.

Uruguay

Nach einem neuen Gesetzentwurf? soll Studenten und Schülern in Uruguay jegliche politische Betätigung verboten werden. Die Polizeikräfte dürfen gegen Studenten vorgehen, die sich an *„aufrührerischen Versammlungen"*, Wahlen in Lehrzentren oder am Verteilen von Flugblättern beteiligen („Süddeutsche Zeitung", 11.3.77).

Ein führendes Mitglied der Tupamaros, Antonio Mas Mas, ist zu 30 Jahren Gefängnis, davon 12 bis 15 Jahre unter extremen. „Sicherheitsbedingungen", verurteilt worden. Nach Ablauf seiner Strafe soll er des Landes verwiesen werden. Der Genosse war angeklagt, 1970 den amerikanischen Geheimdienstagenten Dan Mitrione getötet zu haben („Monitordienst", 16.2.77).

Lateinamerika-Kommission

Pinochet verbietet nun auch die rechten Parteien

Entgegen allem Demokratisierungsgeschwafel, das in letzter Zeit um Chile zu hören war, sind in Chile nun auch die letzten legalen Parteien verboten worden (Nationale Partei, Anti-Marxistische Fraktion der Radikalen Partei und die Christdemokratische Partei). Zu diesem Verbot erklärte Pinochet lediglich, der Grund seien Umsturzpläne dieser Parteien (?) gewesen („Süddeutsche Zeitung", 13.3.), außerdem sei das ohnehin ohne Bedeutung (!), da *„seine Regierung immer zu verstehen gegeben habe, daß sie die Parteien lediglich als Meinungsträger betrachte"* („SZ", 16.3.). Kommentar überflüssig...



asien

Kriegsvorbereitungen gegen das befreite Indochina

Ende Februar wurde *„ein Treffen der Kommandeure der Spezialtruppen der USA, Südkoreas und von ASEAN-Ländern, darunter Thailand, Singapur, Malaysia, Indonesien und der Philippinen, abgehalten"* („SWB", 28.2.77). Das Treffen fand in einem früheren thailändischen Schlupfwinkel der US Green Berets, in Lop Buri, statt. Zweck dieses Treffens war es, *„Anti-Guerilla-Kriegsstrategie und Unterdrückung der Kommunisten zu diskutieren, womit die patriotische Kampfbewegung für demokratische Freiheiten in diesem Gebiet gemeint ist"* („SWB", 28.2.77).

Spätestens dieses Treffen zeigt den Hohn der offiziellen Beteuerungen der Faschistenhäuptlinge, Ziel des reaktionären ASEAN-Bündnisses sei, *„aus Südostasien eine Zone des Friedens, der Freiheit und der Neutralität zu schaffen"* („Frankfurter Allgemeine Zeitung", 9.3.77). Die Faschisten streiten rundweg ab, daß ASEAN eine „militärische Institution" ist. Was aber anderes als ein *„getarnter Militärpakt unter der Flagge des amerikanischen Imperialismus"* – so die korrekte Bezeichnung der vietnamesischen Genossen – soll ASEAN wohl sein, wenn erst kürzlich die thailändischen und malaysischen Faschisten ein neues Grenzabkommen abgeschlossen haben, das *„den Regierungen beider*

Grenzabkommen abgeschlossen haben, das „den Regierungen beider

Länder weitgehende Handlungsfreiheiten im gemeinsamen Kampf gegen kommunistische Guerilleros" bietet („FAZ", 9.3.77). Eine erste großangelegte Offensive gegen vermutete Stützpunkte der Befreiungsstreitkräfte fand bereits im Januar unter Beteiligung von mindestens 2.000 malaysischen und 1.500 thailändischen Soldaten statt. Die faschistischen Staatschefs haben den Freiheitskämpfern den **„totalen Krieg"** angesagt („FAZ", 9.3.77).

Zur Koordinierung dieser Aktionen wurden regelmäßige Konferenzen vereinbart. Mit den Philippinen wurden ebenfalls Absprachen zur Guerillabekämpfung getroffen. In erster Linie bezieht sich dies auf eine nachrichtendienstliche Zusammenarbeit und auf den Austausch von bestimmten „Fachkräften". Dazu die beiden thailändischen Oberfaschisten Thanin und Sangat: *„Wir wollen einer Entwicklung der militärischen Zusammenarbeit mit diesen Staaten in unserem eigenen Interesse zustimmen"* („SWB", 30.12.76).

Was hier vor sich geht, ist der Beginn der Entwicklung des ASEAN-Blocks zu einer gemeinsamen Militärmacht: Nachrichtendienstliche Zusammenarbeit, Austausch von „Fachkräften" gemeinsamer Truppeneinsatz – all dies ist ein Militärbündnis (auch ohne papierne Unterlage)!

Gleichzeitig werden die Bande zwischen den USA und den thailändischen Faschisten zusehends enger. Nachdem die USA bereits mehrere Stützpunkte in Thailand wieder in Betrieb genommen haben (Thakli und Ramasun), soll jetzt auch der Luftwaffenstützpunkt Utaphao wieder eröffnet werden. Am 19.1.77 gab die Junta bekannt, daß sie eine US-Firma mit der Wiedereröffnung beauftragen wird („SWB", 3.2.77). Es ist anzunehmen, daß es sich bei der Firma um „Air Americana" (CIA-Luftgesellschaft) handelt ...

Utapho war bis zum Frühjahr 1976 der zentrale Landstützpunkt für die B-52 Bomber!!

Als neuestes wollen die thailändischen Faschisten eine Marinebasis aufbauen. Die Basis soll an der thailändischen Südküste entstehen. Es wird angenommen, daß diese Basis in erster Linie zu Kommunikationszwecken benutzt werden wird. Eine Beteiligung der USA an diesem Projekt wird ebenfalls angenommen. Die japanische Zeitung „New Asia News" schreibt dazu am 14.1.77:

„Die Basis kann das amerikanische Kommunikationszentrum, das in Sumatra/Indonesien gebaut wird, vervollständigen. Eine Hongkonger Tageszeitung, die ‚South China Morning Post' kommentiert, daß die USA, wenn sie einen Stützpunkt in Pangnga (Südthailand!) haben, in Zusammenarbeit mit der Basis Diego Garcia jeden Seeweg von Ostafrika über die Straße von Malakka ins Südchinesische Meer und in den Nordpazifik kontrollieren können."

Die Ausrichtung des ASEAN-Blocks, die Wiedereröffnung verschie-

Die Ausrichtung des ASEAN-Blocks, die Wiedereröffnung verschie-

dener US-Basen und ständige Grenzprovokationen, die schon den Charakter kriegerischer Auseinandersetzungen gegen Laos und Kambodscha haben, lassen eines deutlich werden: USA und thailändische Faschisten arbeiten federführend am Aufbau eines aggressiven „Bollwerks" gegen das befreite Indochina.

Ständige Grenzprovokationen

Immer häufiger meldete die bürgerliche Presse in der letzten Zeit angebliche „Übergriffe und Einfälle" laotischer und kambodschanischer Truppen auf thailändisches Gebiet. So sollen *„bei einem Einfall von 300 kambodschanischen Soldaten 30 Dorfbewohner, meist Frauen und Kinder, verstümmelt worden"* sein („Süddeutsche Zeitung", 4.2.77). In einer anderen Zeitung sind es schon 500 „Rote Khmer", die thailändische Dörfer stürmten („Japan Times", 31.1.77). Während einmal 29 Dorfbewohner getötet wurden („SZ"), sind es bei der „Japan Times" im selben Fall nur neun. Derartige Ungereimtheiten sind charakteristisch für den bürgerlichen Lumpenjournalismus.

Daß man in diesem speziellen Fall einige Schwierigkeiten mit dem Zählen der „getöteten Thailänder" hatte, liegt sicher auch mit daran, daß die angeblich überfallenen Dörfer sich überhaupt nicht in Thailand befinden, sondern auf kambodschanischem Territorium! Das Außenministerium des Demokratischen Kampuchea (Kambodscha) schreibt dazu, daß die fraglichen Dörfer *„schon immer Dörfer Kampucheas waren. 1972 hat die damalige thailändische Regierung, die mit den Vereinigten Staaten an der Aggression gegen Kampuchea teilgenommen hat, Thailänder in diese drei Dörfer geschickt, um sich dort niederzulassen. Das Regime des Verräters Lon Nol"* (damals Regierungschef in Kambodscha, Anm. AK) *„Lakaien der USA, hat es nicht gewagt, diese Probleme mit der damaligen thailändischen Regierung aufzuwerfen."*

Es hat also bei dem „Zwischenfall" kein kambodschanischer Soldat thailändischen Boden betreten – allerdings muß man davon ausgehen, daß umgekehrt thailändische Soldaten nach Kambodscha eingedrungen sind, denn nach den Angaben der Faschisten ist es ja zu Kämpfen gekommen!

Ähnliche Behauptungen über angebliche „Invasionen", „Überfälle" und „Grenzzwischenfälle" stellen die thailändischen Faschisten auch immer wieder gegenüber der Laotischen Volksdemokratischen Republik (LVDR) auf.

Die „Überfälle kommunistischer Horden" erweisen sich bei näherem Hinsehen als reine Erfindungen und (CIA)-Lügenpropaganda, die „unsere" Presse nur allzu begierig aufgreift, um es „den Roten", „den neuen Machthabern Indochinas" etc. mal wieder so richtig zu zeigen.

In Wirklichkeit verhält es sich genau umgekehrt: Fast täglich, zum Teil auch mehrmals täglich, wurden und werden kambodschanische und laotische Dörfer und deren Bewohner von thailändischen Soldaten oft stundenlang beschossen. Dabei werden schwere Geschütze, Kriegsschiffe und „zur Unterstützung" die Luftwaffe eingesetzt. Bei den faschistischen Überfällen wurden Häuser zerstört, Tiere und Menschen ermordet (eine genaue Zahl ist uns nicht bekannt). Radio Vientiane (Laos) meldete am 26.2.77, daß bei einem Überfall von 30 thailändischen Soldaten die Faschisten drei laotische Verwaltungskader und zehn laotische Familien gefangennahmen und auf thailändisches Gebiet verschleppten (nach „SWB", 28.2.77).

Die faschistischen Überfälle sind der erste Schritt zu einem erneuten Krieg gegen das befreite Indochina. Gleichzeitig sollen die Befreiungsbewegungen getroffen werden, die in den Grenzgebieten operieren, dort zum Teil ihre logistische Basis haben etc.

Zu diesem Zweck wurden Dörfer direkt an der kambodschanischen Grenze evakuiert, andererseits aber wird Thailand *„entlang seiner Ostküste zu Kambodscha 80 Wehrdörfer errichten und mehrere hundert Bauern bewaffnen"* („Süddeutsche Zeitung", 8.2.77). Genau in diesem Grenzgebiet befand sich das „Trainingslager" einer 10.000 Mann starken Privatarmee, die vom CIA aufgestellt worden war. Wahrscheinlich dürfte sich dieses Lager auch heute noch dort befinden. Diese Privatarmee ist überwiegend aus laotischen und kambodschanischen „Flüchtlingen" rekrutiert worden. Ihre Aufgabe besteht in militärischen Aktionen gegen die Befreiungsstreitkräfte, und auch darin, Stoß- und Sabotagetrupps gegen Laos und Kambodscha zu schicken.

Um das richtige Klima für ihre Angriffe auf das befreite Indochina in der thailändischen Bevölkerung zu schaffen, überfallen diese Söldner thailändische Grenzbewohner in Uniformen der kambodschanischen Volksbefreiungsarmee. Anschließend verteilen sie Fotos, auf denen „die Greueltaten der kommunistischen Machthaber" zu sehen sind. Diese Fotos tauchen dann als „Geheimdokument" auch in der westdeutschen bürgerlichen Presse wieder auf, so geschehen im „Stern" vom 28.4.76 ...

Asien-Kommission



Die Völker Indochinas werden den Sieg ihres Befreiungskampfes verteidigen und jeden faschistischen Überfall auf ihre Länder zurückschlagen.

Ost-Timor:

Massenmord nachgewiesen!

Ost-Timor: Durch Befragungen von timoresischen Flüchtlingen in Portugal, durch Augenzeugenberichte und Nachforschungen des Roten Kreuzes und kirchlicher Organisationen wurde kürzlich der Umfang des Massenmordes bei der Invasion auf Ost-Timor durch die indonesischen Faschisten bekannt.

„Wenige Stunden nach ihrer Landung im Dezember 1975 sollen indonesische Soldaten 27 Frauen – deren Kinder in die Zuschauermenge geworfen wurden – und 59 Männer an der Hafenmauer der Provinzhauptstadt Dili erschossen haben" („NZZ", 3.2.77). Die „Times" berichtet am 1.2.77, daß *„ungefähr 500 Chinesen am ersten Tag der Kämpfe getötet wurden und daß bis ein Jahr später ungefähr die Hälfte der chinesischen Bevölkerung von 7.000 Menschen getötet wurde"*! Insgesamt geht aus den Angaben hervor, daß *„indonesische Truppen ... in der ehemaligen portugiesischen Kolonie Ost-Timor bis zu 100.000 Menschen umgebracht haben"* („FAZ", 1.3.77)! Auch die Ermordung von fünf australischen Journalisten, die mit Berichten und Filmen über die Greuel unterwegs waren, geht auf das Konto der indonesischen Faschisten.

Diese Zahlen basieren auf Ermittlungen von sechs Parlamentsabgeordneten der australischen Labour-Party, auf Interviews des ehemaligen australischen Generalkonsuls in Ost-Timor und auf Nachforschungen des Roten Kreuzes und christlicher Hilfsorganisationen („NZZ", 1.3., „SZ", 1.3. und „FAZ", 13.3.77).

Eines muß abschließend klar gesagt werden: Einer der größten Waffenlieferanten dieses mörderischen Faschistenregimes ist die BRD. BRD-Hubschrauber der Firma MBB fliegen in Timor, BRD-Kriegsschiffe halten die Seeblockade aufrecht und BRD-Waffen und Munition stellen die faschistischen Werkzeuge dar.

Daher: Schluß mit jeder Unterstützung des indonesischen Faschistenregimes!

Asien-Kommission

Parlaments„wahlen" in Pakistan

Am 7. März fanden die zwei Monate zuvor vom „starken Mann" Pakistans, dem Ministerpräsidenten Bhutto, angeordneten „Wahlen" zum pakistanischen Zentralparlament statt. Sie brachten ein nicht unerwartetes Ergebnis: Von den 200 regulären Parlamentssitzen erhält die regierende „Pakistan People's Party" (PPP) mehr als 150 Sitze, außerdem werden ihr noch weitere 16 neugeschaffene Parlamentssitze zugesprochen, die für die Vertretung von Frauen und nationalen Minderheiten reserviert worden waren. Die oppositionelle Blockpartei „Pakistans National Alliance" (PNA) erhielt lediglich 33 Sitze im Parlament.

Unmittelbar nach Schließung der Wahllokale war der für die Dauer des Wahlkampfes aufgehobene Ausnahmezustand erneut verhängt worden. Das bedeutet: Die Straßen gehören wieder der Armee und ihren Fahrzeugen, Versammlungen sind wieder verboten, die Presse wird wieder zensiert. Bereits während des Wahlkampfes war es zu zahlreichen Auseinandersetzungen zwischen den Anhängern der beiden Parteien PPP und PNA sowie zwischen diesen und der Polizei gekommen. Dabei ging es der Diktatur hauptsächlich darum, die Opposition gegen das reaktionäre Bhutto-Regime auch auf der Straße zu zerschlagen. So forderte der „Wahlkampf" insgesamt 30-40 Tote und mehrere Hundert Verletzte. Allein am Wahltag wurden 7 Menschen getötet und 500 verletzt. Auch nach der „Wahl" gingen die Kämpfe weiter. Die Opposition bezichtigte Bhutto des Wahlbetrugs. In der größten Stadt des Landes, Karatchi, wurden deswegen trotz Verbot Demonstrationen veranstaltet und ein Generalstreik ausgerufen. Bei Straßenkämpfen mit dem eingesetzten Militär kamen zahlreiche Menschen um Leben.

Wegen der Manipulation verlangt die Opposition Neuwahlen. So waren bereits vor dem Wahltag insgesamt 17 Politiker der regierenden PPP amtlich(!) als gewählt registriert worden, da sie in ihrem Wahlkreis keine Gegenkandidaten hatten. Dazu gehören Bhutto selbst sowie sämtliche Chefs der Landesregierungen. Deren Gegenkandidaten waren vorher durch Entführungen außer Gefecht gesetzt worden und konnten deshalb ihre Kandidatur nicht ordnungsgemäß anmelden (nach „Frankfurter Rundschau", 8.3.77)!

Der Wahlvorgang selbst wurde von „Kommissionen" kontrolliert, die aus 200 Offizieren und 313 stellvertretenden Offizieren bestanden. Die Bhutto-Diktatur ging also auf Nummer sicher, damit in jedem Falle das von ihr gewünschte Ergebnis zustande kam. Der Vorwurf des Wahlbetruges wurde von Bhutto natürlich zurückgewiesen. Trotzdem machte er der oppositionellen PNA den Vorschlag, deren Sitze im Parlament freiwillig zu verdoppeln! Damit soll der Vorwurf des Wahlbetruges wieder aus der Welt geschafft werden. Schließlich darf der „gute Ruf der Demokratie" in Pakistan nicht gefährdet werden, denn – wie Bhutto selbst erklärt hatte – *„in Pakistan gibt es mehr Demokratie als in jedem anderen Land Asiens"* („Monitor-Dienst", 8.11.76)...

Auch bei den Regionalwahlen in vier Provinzen (Punjab, Sind, Paschtunistan und Belutschistan), die drei Tage nach den Wahlen zum Zentralparlament stattfanden, zeigte sich Bhuttos Diktatur im rechten Licht. Aufgrund der Manipulation bei den Parlamentswahlen hatte die PNA zum Boykott aufgerufen und alle ihre Kandidaten zurückgezogen. Die PPP kam dadurch zu einem „überwältigendem Wahlsieg". Auch bei diesen Wahlen gab es blutige Zusammenstöße. In Karatchi wurde das Militär mit Panzern und Kampftruppen gegen Demonstranten eingesetzt. Sie schlugen in einem Stunden dauernden Feuergefecht den Aufruhr nieder!

Asien-Kommission

afrika

Mobutu will Angola für eigene Schwierigkeiten verantwortlich machen!

Radio Kinshasa meldete am 10.3., daß drei Tage zuvor *„eine von Angola bezahlte Söldnerarmee"*, die mehrere tausend Mann zähle, in den Süden Zaires eingefallen sei und drei grenznahe zairische Dörfer, darunter einen wichtigen Verkehrsknotenpunkt, besetzt hätte („NZZ", 12.3.77).

Mobuto berichtete der UNO bereits einen Tag später von einer *„brutalen und finsteren Aktion"*, die von Angola gesteuert sei, hütete sich allerdings, eine formelle Beschwerde einzulegen, bzw. eine Untersuchung zu fordern. In Paris meldete eine bisher weitgehend unbekannte „kongolesische Befreiungsfront" (FNCL), in Zaire habe ein *„nationaler Aufstand der kongolesischen Bevölkerung begonnen"* („SZ", 14.3.77).

Mobuto kündigte großmäulig die umgehende Vernichtung der *„Invasoren und Söldner"* mit *„außergewöhnlichen Methoden"* an („SZ", 14.3.).

Die VR Angola hat diese Anschuldigungen des zairischen Kompradorenregimes sofort und energisch zurückgewiesen und jegliche Beteiligung an der angeblichen *„angolanischen Invasion"* dementiert.

Die VRA sprach in ihrem Dementi vielmehr *„von bewaffneten Zusammenstößen zwischen zairischen Gruppen"* („SZ", ebenda).

Ob tatsächlich kongolesische Revolutionäre hinter diesen Auseinandersetzungen stecken, können wir nicht mit Sicherheit behaupten. (In diesem Zusammenhang sei darauf hingewiesen, daß auch seriöse Quellen wie die französische „Afrique-Asie" schon mehrfach von befreiten Gebieten in Ost-Zaire berichtet haben.)

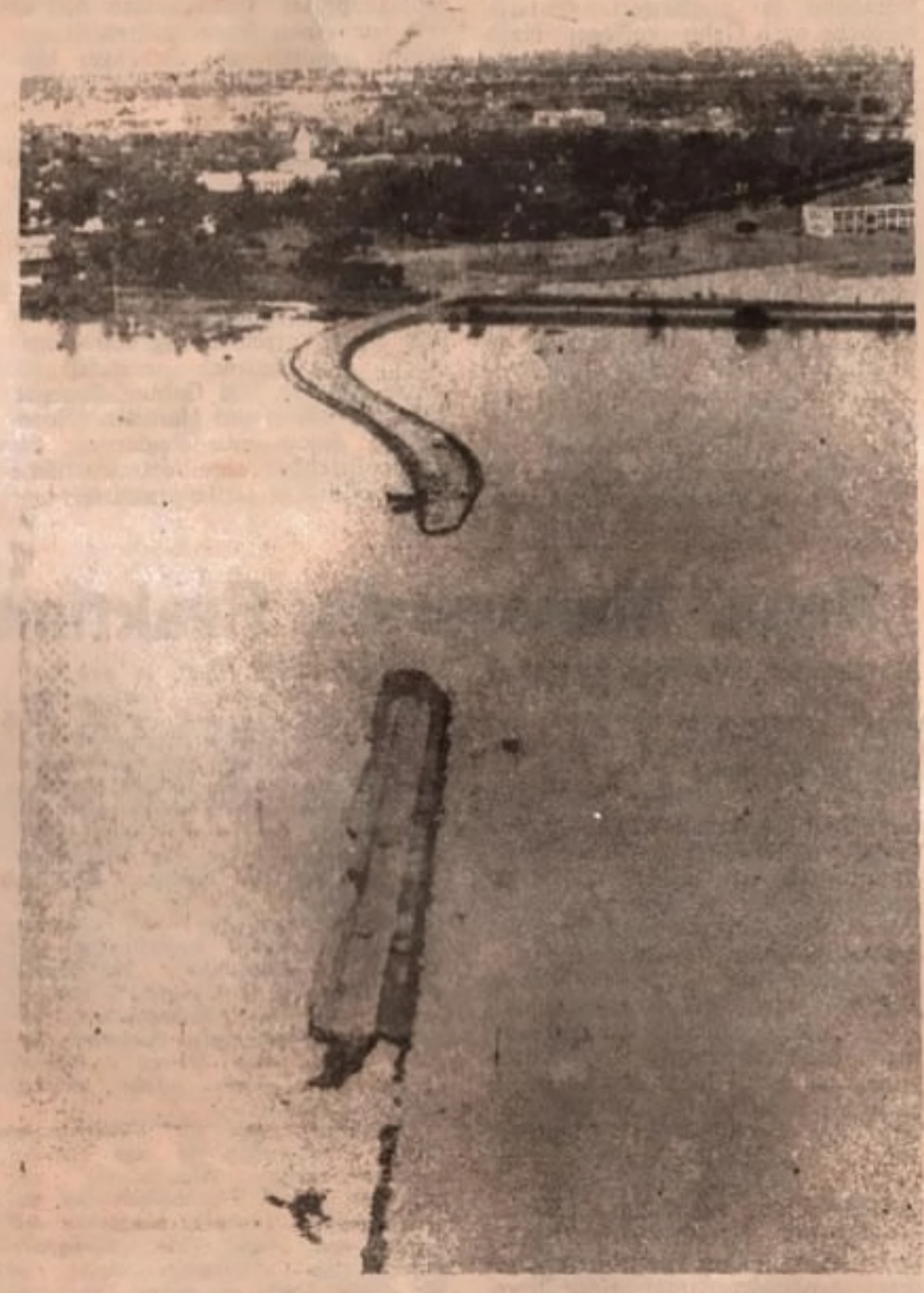
Fakt ist zweifelsohne, daß der zairische Komprador Mobuto seine eigenen Schwierigkeiten der VRA in die Schuhe schieben will, um von den verrotteten, neokolonialistischen Zuständen in Zaire und von den ständigen Überfällen der faschistischen FNLA-Überreste auf die VR Angola von Zaire aus (siehe AK 100) abzulenken.

Dieses Manöver wird ihm mit dem Anwachsen der zairischen Opposition immer schwerer fallen.

Afrika-Kommission

Mosambik

Nach Überschwemmungen katastrophale Hungersnot zu befürchten!



Am 12/13.2. ereignete sich in Mosambik die größte Überschwemmungskastrophe seit 22 Jahren. In den wichtigsten landwirtschaftlichen Anbaugebieten trat der Fluß Limpopo über die Ufer. Nach starken Regenfällen brachen viele Deiche, der Fluß verließ sein gewundenes Bett und floß geradewegs ins Meer. Bis zu vier Tagen von der Umwelt abgeschlossen, mußten Zehntausende aus den Fluten gerettet werden. Hunderte von Toten sind zu beklagen. Riesige Anbauflächen von Reis und Mais sind zerstört, der Schaden beläuft sich auf einige Mrd. DM. Mosambik befürchtet eine riesige Hungersnot.

Sofort lief eine Rettungsaktion an, in der alle verfügbaren Ärzte eingesetzt wurden.

Selbstkritisch wird von der mosambikanischen Wochenzeitung „Tempo" die Frage aufgeworfen, wieso dieses Gebiet, das in jedem Frühjahr überschwemmt wird, überhaupt noch besiedelt war.

Das Ausmaß der Katastrophe kam dadurch zustande, daß sicher nicht zufällig die angrenzende RSA die Schleusen ihres Stausees viel zu spät geöffnet hatte. Ein „legaler" Angriff gegen die junge Volksrepublik!

Spenden sind um so notwendiger, da neben den katastrophalen kolonialen Hinterlassenschaften, aufgrund der Grenzschließung nach Zimbabwe, im Interesse des zimbabwischen Freiheitskampfes, die mosambikanische Wirtschaft schon vor der Katastrophe aufs äußerste angespannt war (aus „Tempo" 334/335).

Afrikakommission

Afrikanische Studenten im Kampf gegen Neokolonialismus

Sierra Leone: Aufgrund von wochenlangen militanten Kämpfen der Studenten gegen den Kompradoren Siaka Stevens, die sich trotz Ausnahmezustand, Ausgangssperre, Polizeieinsatz und Verhaftungen immer weiter ausbreiteten, war Stevens schließlich gezwungen, ein vorerst verbales Zugeständnis an die Studenten zu machen, indem er versprach, innerhalb der nächsten drei Monate allgemeine Wahlen durchführen zu lassen (s. AK 100). Doch auch dieses Zugeständnis brachte kein Abbröckeln der Studentenproteste. Die Studenten beschlossen, einen Sitzstreik für die Freilassung aller während der Kämpfe festgenommenen Kommilitonen durchzuführen. *„Den Studenten wurde am ersten Tag ihres Sitzstreiks mitgeteilt, daß einige der Verhafteten freigelassen worden seien. Sie erklärten jedoch, daß sie ihren Protest so lange fortsetzen werden, bis alle freigelassen worden sind"* (AFP, lt. „Monitor-Dienst" vom 1.3.77).

Ghana: Nachdem die ghanesischen Studenten im Dezember letzten Jahres starke Demonstrationen zur Unterstreichung ihrer Forderung nach Auszahlung der Regierungsdarlehen organisiert hatten, wurden deshalb Anfang Februar 15 Studenten wegen „schlechten Benehmens" von der Uni geschmissen. Daraufhin traten 4.000 Studenten sofort in den Vorlesungsboykott. Trotz massiven Drohungen der Presse, die Studenten würden *„Gefahr laufen, sich den Berufsweg zu verbauen"*, und trotz eindringlicher Appelle der ghanesischen Regierung (!) an die Eltern der Studenten, Druck auf ihre Kinder auszuüben (*„die Studenten werden daran erinnert, daß die Regierung gezwungen sein könnte, die Interessen der Steuerzahler, auf deren Kosten sie studierten, zu wahren"*, d.h. Schließung der Uni!!), dauert der Streik der Studenten weiter an (nach GNA, lt. „Monitor-Dienst" v. 28.2.77).

Afrika-Kommission

Verstärkte Aufrüstung der Weißen

Südafrika. Seit der Unabhängigkeit der VR Angola, der VR Mosambik und den verstärkten Guerillakämpfen in Zimbabwe und Namibia, sowie den Kämpfen im eigenen Lande (Soweto etc.) bauen die weißen Rassisten ihre Bastion militärisch immer mehr aus. Dabei scheint es nach oben keine Grenzen zu geben.

Bei diesen „Bemühungen" werden die Rassisten eifrig von den NATO-Staaten unterstützt:

So ist Südafrika heute bereits in der Lage – trotz immer wieder beteuerter Waffenembargobeschlüsse der UNO – mit Hilfe von NATO-Technikern folgende Waffen in Lizenz zu bauen:

- italienische Flugzeuge vom Typ „Impala" I und II sowie französische „Mirage";
- Flugabwehrraketen vom Typ „Cactus", eine Weiterentwicklung der französischen „Crotale";
- Schnellboote und Raketenschnellboote nach BRD-Bauplänen, ausgerüstet mit Raketen nach israelischen Bauplänen;
- Panzer, die eine Weiterentwicklung des französischen „Panhard" darstellen.

Darüberhinaus werden Waffen und Waffensysteme direkt geliefert:

- U-Boote vom Typ „Agosta" aus Frankreich;
- elektronische Geräte aus der BRD und Israel;
- Hubschrauber und Kampfflugzeuge aus Taiwan!!

Aufgrund dieser massiven Belieferung mit Waffen und Produktionsmethoden, sind die Rassisten in der Lage, daß *„die inländische Rüstungsindustrie den Waffenbedarf in einigen Jahren wird decken können."*

Die gefährlichste Waffe in der Hand der weißen Faschisten ist die Atombombe: *„Nicht bezweifelt wird von Militärexperten die Existenz südafrikanischer Atom-Waffen und der Besitz von Trägermitteln, um sie einzusetzen."*

Die Möglichkeiten dieser Atombewaffnung gegen die afrikanischen Völker wurde durch die Lieferung des technischen „Know-How" zum Bau einer Urananreicherungsanlage durch Firmen aus der BRD (KWU, Siemens, etc.) geschaffen!

Der nächste Schritt ist von den Weißen schon geplant:

„die Gründung einer südatlantischen Verteidigungsgemeinschaft. Mögliche Mitglieder: Brasilien (!), Argentinien und Uruguay."

Unter diesem Gesichtspunkt erscheint auch der Atomvertrag zwischen der BRD und Brasilien über die Lieferung einer Anreicherungsanlage „zu friedlichen Zwecken" in einem anderen Licht. Die Südafrikaner werden zweifelsohne die Brasilianer mit dem Wissen des Baus ihrer Atombombe beliefern!

Auch der „Tauschpreis" wurde von den Rassisten schon angegeben:

Der Boss der RSA-Marine dazu: *„Ich würde meinen rechten Arm dafür geben, wenn die südafrikanische Flotte nur ein paar von den fabelhaften neuen U-Booten und Fregatten hätte, die Brasilien gerade von Großbritannien gekauft hat."* (Zitate aus „Spiegel", 14.3.77).

Afrika-Kommission

Meldungen vom zimbabweschen Widerstand

ZIPA will Luftabwehr stärken

In Sambia erklärte Genosse Mugabe (ZANU) im Namen der Partiotischen Front, daß man *„in Kürze eine neue militärische Strategie einsetzen werde, um den ständigen Luftangriffen der rhodesischen Faschisten zu begegnen."*

Weiter erklärte er, *„die ZIPA habe die Schlacht am Boden erfolgreich geschlagen, und sie beabsichtige, sich moderne Waffen zu beschaffen, um die (Smith-) Truppen in der Luft zu bekämpfen."*

Durch die Einsetzung von modernen Luftabwehrwaffen gegen die Faschisten wird durchaus eine neue Situation im Befreiungskampf entstehen können. Denn die Faschisten begründen ihre „Überlegenheit" im Kampf. oftmals auf die Luftwaffe, während die Guerillas dem bisher wenig entgegenzusetzen hatten.

Das Ende der Rassistenherrschaft wird durch diese Maßnahme sicherlich ein Stück näher rücken!
(Nach „Monitor-Dienst", 8.3.77)

• • •

Nkomo (ZAPU), einer der Führer der Patriotischen Front, war in der Zeit vom 28. Februar bis Mitte März *„zu Gast in verschiedenen Ländern der Comecon-Staaten"* u.a. in der Sowjetunion und der DDR („Monitordienst", 4./8.3.77)

• • •

In einer Rundfunksendung der „Stimme Zimbabwes" (ein Sender der Patriotischen Front) wurde unter der Parole *„aktive Beteiligung eines jeden Bewohners Zimbabwes notwendig"* zur Unterstützung der Patriotischen Front aufgerufen. Im Rahmen dieser Sendung wurde verbreitet:

„1977 tauchte die ZANU, gegenwärtig Bestandteil der Patriotischen Front Zimbabwes, wieder auf der politischen Szene in Zimbabwe auf. Nachdem sie seit März 1975 im Untergrund operiert hatte, stieg die ZANU auf der Sitzung der Frontstaaten im September 1976 an die Oberfläche. Im Oktober entstand die Patriotische Front.

ZANU's Wiedererscheinen ... bedeutet einen großen Sieg für die Revolution Zimbabwes und eine Heldentat unvorstellbarer Ausmaße ..."

Als Gründe für das „Überleben" und „Wiederauftauchen" der ZANU werden genannt:

- Seit 1974 die konsequente Verfolgung der Linie, *„einen entschlossenen bewaffneten Kampf führen und die Revolution bis zum Ende führen, bei vollständiger Mißachtung der Nöte und Entbehrungen."*
- *„.... viele korrekte Kader, die bereit waren, die korrekte Partei-Linie und Politik durchzuführen ..."*
- *„Schließlich überlebte die ZANU wegen der Unterstützung ... in Afrika, Asien und Lateinamerika sowie in Europa und Nordamerika."*

(Nach „Monitor-Dienst", 3.3.77)

Afrikakommission

Rassistenfront gespalten?

Zimbabwe. Anläßlich der groß rausgeputzten „Änderung" des Landbesitzgesetzes durch die Rassisten geistern diverse Meldungen durch die imperialistische Presse:

- *„rassendiskriminierende Gesetze aufgehoben..."* („NZZ", 7.3.77),
- *„Abbau der Rassendiskriminierung"* („Welt", 4.3.77),

Und ähnliches mehr. Fakt ist, daß durch das Gesetz für einige Schwarze nun die Möglichkeit (auf dem Papier) besteht, Grundbesitz, Geschäfte und Fabriken zu erwerben. Dies zeigt deutlich, für wen unter den Schwarzen diese Gesetze gedacht sind! (Wobei es dann immer noch darauf ankommt, ob ein weißer Faschist einem Schwarzen überhaupt etwas verkauft.)

Gleichzeiig wird diese „enorme Reformleistung" vom Rassistenchef Smith in der westlichen Presse – und selbstverständlich in Rhodesien selbst – benutzt, um Smith als „Reformer" darzustellen, der sich gegen *„die Rebellen in der eigenen Partei durchsetzen muß, denen das Gesetz zu weit geht"* („AFP" 2.3. nach „Monitor Dienst", 4.3.77). Kolportiert wird auch, daß *„Smith dieses Gesetz gegen eine breite, nicht extreme Gruppe"* („Welt") durchsetzen mußte.

Letztendlich dienen diese durchsichtigen Manöver der Rassisten – und ihre Verbreitung in der imperialistischen Presse – außschließlich dem Zweck, Smith als „gutwilligen und fairen " Verhandlungspartner für die „gemäßigten Schwarzen" (Muzurewa und Co.) rauszuputzen.

Afrika-Kommission

Kurzmeldungen – Südliches Afrika

Transkei

Die von den Rassisten für „unabhängig" erklärte Transkei ist den Rassisten wieder ein Stück ähnlicher geworden: Dem Parlament wurde jetzt ein Gesetz vorgelegt, das vorsieht, *„Kritik an der Regierung in Wort, Bild und Schrift"* in Zukunft *„unnachsichtig mit dem Tode zu bestrafen"* („Süddeutsche Zeitung", 11.3.77)!!

Südafrika

Ein neues „Pressegesetz" soll die Pressezensur in dem Rassistenstaat vervollständigen:

– bei Veröffentlichung verbotener Nachrichten sollen folgende Strafen verhängt werden: 2.800 DM für Redakteure, 28.000 DM für Verleger. Bei Wiederholung: Haftstrafen bis zu sechs Monaten und weitere Geldstrafen.

Die Redakteure und Verleger sind nach dem neuen Gesetz außerdem verpflichtet, alle Informanten und Dokumente der Rassistenregierung vorzulegen, wenn diese es wünscht. Bei Zuwiderhandlung treten obige Strafen in Kraft („Süddeutsche Zeitung", 14.3.77).

• • •

Die Republik Südafrika scheint sich zum größten Abnehmer des europäischen „Airbus 300" zu entwickeln. Das Flugzeug, das auch von der westdeutschen Firma MBB miterstellt und montiert wird, wird – trotz Handelsembargo – an die RSA geliefert. Besonders interessant dabei: Von diesem Geschäft war in der

Fortsetzung auf Seite 42

Fortsetzung von Seite 41

„westlichen" Presse kein Wort zu entnehmen! („Südafrikanisches Panorama"; ein Propagandablatt der RSA Botschaft, 2/77)

***

Die Rassisten wollen jetzt in der BRD einen Propagandafeldzug für den Tourismus in ihrem Land unternehmen. Zu diesem Zweck soll ein Film in Frankfurt, Köln, Düsseldorf, Hamburg, München und Stuttgart gezeigt werden. Man kann auch erfahren, wann und in welchem Kino das sein wird:
Telefon 0611/28 15 05
Aber nicht vergessen wieder aufzulegen!!

***

Eine Umsiedlungsaktion großen Stils ist angeblich zwischen der südafrikanischen und der bolivianischen Regierung vereinbart worden. Danach sollen ca. 150.000 Weiße aus dem südlichen Afrika (Südafrika, Namibia und Zimbabwe) in Bolivien „eine neue Heimat" finden.

Die Weißen sollen im Osten Boliviens angesiedelt werden, um die „Infrastruktur zu verbessern". Bei den „Umsiedlern" soll es sich hauptsächlich um Weiße deutscher und holländischer Herkunft handeln. Die BRD-Regierung ist angeblich bereit, 750 Millionen Dollar für diese „Umsiedlung" zu bezahlen!

Man wird abwarten müssen, was davon zu halten ist („Monitor Dienst", 19.2.77).

Namibia

Am 10. März wurden die „Turnhallen Gespräche" zunächst beendet. In diesen Gesprächen zwischen Vertretern der weißen Minderheit mit – von den Weißen ausgesuchten – „Vertretern" der schwarzen Mehrheit ging es um eine Lösung nach dem Geschmack südafrikanischer Rassisten. (Die SWAPO war von Anfang an nicht an den Gesprächen beteiligt.)

Das Ergebnis liegt jetzt auf dem Tisch:

– Staatspräsident soll Dirk Mudge werden. Er vertrat die Delegation Südafrikas bei den „Verfassungsgesprächen"!
– Regierungsoberhaupt soll der Häuptling Clemens Kapuoo werden – eine vom amerikanischen CIA und von den Rassisten aufgebaute Figur!

Die SWAPO erklärte hierzu:
„... *das ist eine neokolonialistische Lösung nach dem Muster Südafrikas. Südafrika wird weiterhin unser Land beherrschen ...*

Wir werden daher weiterkämpfen bis zur wirklichen nationalen Unabhängigkeit, bis zu wirklich freien Wahlen unter Beobachtung der UNO und Kontrolle unserer Gewehre" (Pressemitteilung der SWAPO, 11.3.77).

***

Entgegen allen Boykottbeschlüssen der UNO hat die englische Regierung jetzt einen Vertrag mit der „Rio Tinto Zinc" in Namibia abgeschlossen. Dabei geht es um die Lieferung von erheblichen Mengen Uran.

Die Labour Partei, die sich sonst gerne als „Unterstützer der SWAPO und des Volkes von Namibia" feiern läßt, zeigt – neben den Waffenlieferungen an Südafrika – wieder einmal, auf wessen Seite ihr Herz schlägt! (Presseerklärung der SWAPO, 8.3.77)

Zimbabwe (Rhodesien)

Erstmals wurde jetzt auch offiziell bestätigt, daß auf Seiten der weißen Faschisten Söldner aus den USA morden.

Zuerst hatte die kubanische Nachrichtenagentur „Prensa Latina" davon berichtet, das mehr als 400 von 1.200 Söldnern aus den USA kommen. Nach langem Schweigen wurde jetzt von dem Botschafter der USA in Sambia diese Angabe bestätigt. Einzige „Einschränkung": *„Es seien wohl weniger als 400"* (nach „Neue Zürcher Zeitung", 11.3.77).

Afrikakommission

Französischer Imperialismus in Mali

Vom 13. - 25. Februar besuchte Giscard d'Estaing Mali, um weitgehende Verträge mit dem Präsidenten Moussa Traore abzuschließen und den französischen Einfluß in der ehemaligen Kolonie zu stabilisieren. Traore war 1968 durch einen Rechtsputsch gegen den Antiimperialisten Keita an die Macht gekommen, sofort nach dem Putsch wurde ein Investitionsgesetz verabschiedet, das den imperialistischen Konzernen die **Tür in Mali weit öffnete. Heute wird** jede Opposition in Mali scharf verfolgt, die Gewerkschaftsbewegung unterliegt der vollständigen Kontrolle durch die Militärregierung.

Die Verträge mit Frankreich dokumentieren die „herzliche Verbundenheit" des Kompradoren Traore mit der alten Kolonialmacht, die sich auch in gleichartigen politischen Einschätzungen zum südlichen Afrika
mit der alten Kolonialmacht, die sich auch in gleichartigen politischen Einschätzungen zum südlichen Afrika
niederschlägt. So heißt es in dem Kommunique u.a., die Probleme auf dem Kontinent sollten *„ohne fremde Einmischung und im Geist friedlicher Zusammenarbeit"* gelöst werden. Das ist die Standartfloskel der Reaktionäre nach Angola, die sich direkt gegen den gerechten Befreiungskampf der Völker im südlichen Afrika richtet (nach „Monitor-Dienst" v. 23.2.77).

Im einzelnen geht es bei den Verträgen um eine Unterstützung des Investitionsprogramms der Verwaltung der Eisenbahnlinien Malis, und um *„die Ausnutzung der Wasserquellen der sechsten Region"* und damit um die internationale Finanzierung *„dieses wichtigen Projektes"*, für dessen Untersuchungen Frankreich sorgen darf. Frankreich zeigt sich auch bereit, *„einen aktiven Teil zu übernehmen zur mineralogischen und metallurgischen Studie des Eisenerzes von Bale und zu einer vollständigen und wissenschaftlichen Auswertung der Mineralquellen Malis"* (Zitate aus dem Schlußkommunique „Le Monde", 17.2.77). In Zukunft wollen beide Staaten die Umtauschbarkeit des malischen
munique „Le Monde", 17.2.77). In Zukunft wollen beide Staaten die Umtauschbarkeit des malischen
Franc aufrechterhalten, wozu sie die bisherigen Verträge erneuern wollen. Das bedeutet weiterhin die fast totale Kontrolle Frankreichs über das malische Währungssystem und die Geldwirtschaft.

Afrika-Kommission

Marokko boykottiert OAU

„Jegliche Mitarbeit" an der OAU will Marokko einstellen, solange die FRENTE POLISARIO mit Vertretern auf OAU-Sitzungen erscheint (nach, „Neue Zürcher Zeitung", 1.3.77).

Damit zog Marokko die Konsequenz aus der für sie „etwas unerfreulich" verlaufenen letzten Sitzung der OAU:
– Neben der offiziellen Beteiligung der FRENTE wurde dort auch noch die Komplizenschaft der marokkanischen Führer mit dem Putschversuch in Benin nachgewiesen!
(siehe Artikel in diesem AK)

Neben Marokko hat jetzt auch Mauretanien – sie kämpfen gemeinsam gegen die Befreiungsbewegung des sahaurischen Volkes – „vor möglichen Auseinandersetzungen in der OAU" gewarnt und seinen Boykott angedroht.

Ein solcher „Boykott" der OAU durch diese beiden reaktionären Staaten ist an sich zu begrüßen, tritt doch an seine Stelle die Teilnahme der revolutionären FRENTE POLISARIO!
(nach „AFP" 1.3., aus „Monitor Dienst", 4.3.77)

Afrika-Kommission



Benin

Hintergründe des gescheiterten Rechtsputsches

Licht in das Halbdunkel des gescheiterten Rechtsputsches vom 16. Januar 77 hat ein Untersuchungsbericht einer Kommission der UNO und der OAU gebracht. Danach hat sich folgendes abgespielt:

Schwarze und weiße Söldner für die Aktion wurden in Paris, Dakar (Senegal) und Abidjan (Elfenbeinküste) geworben, ein Teil der schwarzen Söldner stammte aus Benin und **Guinea und war in oben genannten** reaktionären Staaten ins „Exil" gegangen. Die Söldner wurden für einen Ausbildungsaufenthalt nach Marrakech (Marokko) gebracht und am Vorabend des gescheiterten Putschversuchs nach Gabun geflogen. Nach Aussage eines Exilguinesen wurde ihnen gesagt, sie würden in Guinea gegen Sekou Toure zum Einsatz kommen. In Gabun wurde militärisches Material in eine neue Maschine dazugeladen, und kurz nach Mitternacht startete die Maschine in Richtung Cotonou, der Hauptstadt Benins. Auf dem Flughafen in Cotonou teilten sich die Söldner in vier Gruppen auf, die eine blieb im Flughafen, die zweite fuhr in Richtung Rundfunkstation, die dritte in Richtung Präsidentenpalast und die vierte fuhr direkt in die Stadt. Während des Überfalls bestand vom Flughafen Funkkontakt mit den ehemaligen korrupten Regierungsmitgliedern von Dahomey – so hieß Benin früher –, die in Lome (Togo) Exil gefunden hatten und auf ihren „neuen Einsatz" warteten. Nach verlustreichen Kämpfen (mehrere Todesopfer) mußten sich die Söldner nach drei Stunden geschlagen geben, sie verließen die Hauptstadt mit Verletzten auf dem Luftweg.

Der Verantwortliche dieser Söldneroperation soll ein gewisser „Colonel Maurin" sein, der für seine Aufgabe von einer Organisation von Exilbeninesen („Befreiungsfront zur Wiederherstellung von Dahomey") angeheuert worden war. Gemäß den beschlagnahmten Dokumenten soll es sich um einen französischen Staatsbürger handeln, der als enger Mitarbeiter des Präsidenten von Gabun, Bongo, bekannt ist.

Die UNO-Untersuchungskommission setzte sich aus einem Panamesen einem Libyer und einem Inder zusammen, die vor Ort die Ereignisse untersucht hatten (alle Fakten nach „Süddeutsche Zeitung" v.15.3. und „Le Monde" v. 10.3.77).

Zusammenfassend ensteht das Bild einer Verschwörung von ausgemacht reaktionären westafrikanischen Staaten wie Gabun, Senegal, Elfenbeinküste und Marokka (Nordafrika) gegen eine Regierung, die nachvollziehbar eine fortschrittliche Außenpolitik in Afrika praktiziert und besonders für das Recht des sahaurischen Volkes auf Selbstbestimmung eingetreten ist. Aufgrund der engen Beziehungen der reaktionären Regimes zu Frankreich ist mit hoher Wahrscheinlichkeit zu vermuten, daß die Regierung in Paris eingeweiht und mitbeteiligt war. Der Überfall auf Benin ist nur als Fortsetzung des Versuchs des Imperialismus und seiner afrikanischer Statthalter zu werten, weitere antiimperialistische und auch revolutionäre Regierungen (Guinea-**Bissau) in Westafrika auszuschalten. Bekanntlich hatte unlängst ein ebenfalls gescheiterter Rechtsputsch gegen Sekou Toure (Guinea-Conacry) stattgefunden!**

Afrika-Kommission



Eritrea

„Neue" Manöver der Reaktion

Im folgenden dokumentieren wir eine Analyse der französischen Zeitschrift „Afrique-Asie" (7.3.77) zur gegenwärtigen Situation des eritreischen Widerstandes.

Sie erscheint uns wichtig, weil hier die bürgerliche Presse zusehends Meldungen kolportiert, die eine Unterstützung des eritreischen Befreiungskampfes durch die arabische Reaktion – Ägypten, Saudi-Arabien und besonders Sudan – vorspiegelt.

„Afrique-Asie" enthüllte, daß es sich hier nicht um eine Unterstützung, sondern vielmehr um den Aufbau einer reaktionären Gegenbewegung, die die Erfolge des Freiheitskampfes zunichte machen soll, handelt. Neu für uns ist der Tatbestand, daß die arabische Reaktion (und damit der Imperialismus) nicht ausschließlich auf die rechte ELF (gegenüber der revolutionären EPLF) setzt, sondern über reaktionäre abgesetzte Auslandsvertreter beider Bewegungen ihre konterrevolutionäre Truppe aufzubauen versucht. Inwieweit die in dem Artikel propagierte „Einheit" zwischen EPLF und ELF tatsächlich möglich ist, entzieht sich natürlich unserer Kenntnis.

Afrika-Kommission

fer zu widerstehen...

Afrika-Kommission



Eritrea: Im befreiten Gebiet. Politische Diskussion unter den Befreiungskämpfern

Ein zweites Angola?

„Wird Eritrea eine ähnlich tragische Situation erleben wie Angola, bevor die MPLA alle inländischen und ausländischen Verschwörer geschlagen hatte? Die vielfältigen Manöver, die sich in diesem überaus wichtigen Gebiet am Roten Meer anbahnen, lassen das befürchten. Diese Manöver und der Druck werden immer stärker und gefährlicher, während die eritreischen Widerstandskämpfer in ihren Gebieten Erfolg nach Erfolg erringen, was wieder einmal zeigt, daß nichts mit dem Willen eines Volkes fertig wird, das seine Unabhängigkeit gewinnen will.

Es ist umsonst, man weiß es, daß das Regime Haile Selassie und nach ihm der DERG eine Politik der systematischen Ausrottung und der verbrannten Erde praktiziert haben, was bedeutet: 100.000 ermordete Eritreer, die Zerstörung hunderter von Dörfern und Verschleppung von mehr als einer halben Million Menschen, hauptsächlich Alte, Frauen und Kinder.

1975 haben die Widerstandskämpfer der EPLF (Volksarmee für die Befreiung von Eritrea) und der ELF-CR (Eritreische Befreiungsfront-Revolutionärer Rat) im gemeinsamen Kampf ihre Kraft und ihre Verankerung im Volk demonstriert, indem sie

Sicherlich – alles scheint darauf hinzudeuten, daß der DERG unter Mengistu einen neuen Sturm im Krieg unternehmen will – mit Projekten, neue Truppen an die Front zu schicken und einen neuen „roten Marsch" zu versuchen. Aber angesichts der Entwicklung des Kräfteverhältnisses können diese Vorbereitungen den imperialistischen Mächten und ihren örtlichen Verbündeten keine Sicherheit über die Zukunft von Eritrea geben. Um so weniger als dauernde politische Instabilität den äthiopischen Staat charakterisiert, wo der Wind des Bürgerkrieges weht, und wo jeden Moment etwas Unerwartetes geschehen kann.

Man weiß ja, daß Eritrea eine Schlüsselposition in der strategisch wichtigen Region des Roten Meeres besitzt, vor der arabischen Halbinsel mit 60% der Welterdölvorräte. Diese Wichtigkeit wird heute noch unterstrichen durch – wie gesagt – die Unsicherheit in Addis Abeba und auch dadurch, daß in Kürze Djibuti unabhängig sein wird, was eine Menge Unbekannter in der „Rechnung" geben wird. Es ist zu sagen, daß der Imperialismus und seine örtlichen Verbündeten keinen Versuch auslassen, damit der Freiheitskampf in Eritrea nicht mit dem Sieg der fortschrittlichen und demokratischen Kräfte des eritreischen Widerstandes

die Offensive des DERG in eine spektakuläre Niederlage verwandelten. Die Widerstandsgruppen trugen den Kampf in die großen städtischen Zentren, sogar bis ins Herz der Hauptstadt Asmara, sie legten alle Kasernen und militärischen Einrichtungen des Okkupanten auf dem Lande lahm, und es gelang ihnen, fast alle ländlichen Gebiete zu befreien. Im Mai 1976 entpuppte sich der Versuch des DERG, zehntausende von halbverhungerten, schlecht bewaffneten und oftmals zwangsweise rekrutierten äthiopischen Bauern gegen Eritrea zu schicken, als eine katastrophale Niederlage, so daß diese Operation, genannt der „rote Marsch", niemals offiziell von Addis Abeba bekannt gegeben worden ist...

Tatsächlich liegt die Initiative im Land ausschließlich in den Händen des eritreischen Widerstandes, der jetzt die letzten Hochburgen des Besetzers direkt bedroht, besonders den Hafen von Assab, die „wirtschaftliche Lunge" Äthiopiens, deren Fall für Addis Abeba ein echtes Dien Bien Phu sein würde. Trotz des Einsatzes von 10.000 Leuten der anti-Guerilla Eliteeinheit „Die Flamme", ausgebildet in Israel, ist die äthiopische Armee nach Ansicht von Beobachtern nicht mehr lange imstande, dem dauernden Druck der eritreischen Kämpfer zu widerstehen...

endet. Jene sind dabei, ihre Kontrolle über das Regime in Addis Abeba beizubehalten und noch auszuweiten, aber die USA hüten sich davor, nur auf einen Gegner zu sehen...

Während massiv der Krieg von Addis Abeba unterstützt wird, haben sie nicht aufgehört zu versuchen, die Bewegung des eritreischen Widerstandes zu unterwandern, mit verschiedenen Mitteln, hauptsächlich über ihre lokalen Verbündeten: Saudi-Arabien, Sudan und heute Ägypten. Ihr Ziel ist, egal wie der Krieg ausgeht, die ganze Zone in ihrem Einflußgebiet zu behalten.

Dieser vielseitige Druck auf die eritreische Befreiungsbewegung hat heute jedoch die Gestalt eines echten konterrevolutionären Komplotts angenommen. Dieses spekuliert mit bestimmten historischen Bedingungen der eritreischen Befreiungsbewegung, und zwar zielt es darauf hin, neben der EPLF und ELF-CR eine dritte Marionetten-Gruppe zu gründen, die unterstützt werden würde von Khartum, Riad und Kajro, und die zusammenarbeiten würde mit den bewaffneten Gruppen feudaler und reaktionärer Äthiopier, die in der angeblichen Demokratischen Äthiopischen Union (EDU) zusammengeschlossen sind.

In diesem Rahmen muß man die lange Auseinandersetzung zwischen der EPLF und dem „ausländischen Flügel", geführt von Osman Saleh
lange Auseinandersetzung zwischen der EPLF und dem „ausländischen Flügel", geführt von Osman Saleh
Sabbe, der der Auslandssprecher der Organisation war, sehen; ein Konflikt, der am 25. März 1976 mit einem totalen Bruch zwischen den Kämpfern „des inneren" und den Elementen um die ehemalige „äußere Mission" um Sabbe endete.

Das Problem der Einheit

Wie man weiß, sind die beiden eritreischen . Widerstandorganisationen bis jetzt nicht zu einer organisatorischen Einheit gekommen. Ohne Zweifel sind die blutigen Zusammenstöße zwischen den beiden Widerstandsgruppen (von Mitte März 1972 bis Ende 1974) nicht ohne Wirkung auf ihre Beziehungen geblieben. Aber die Einheit des Widerstandes muß – wenn man gewinnen will – zwischen der EPLF und dem fortschrittlichen Flügel der ELF-CR hergestellt werden, und zwar auf der Basis klar definierter revolutionärer Ziele, was bedeutet, einerseits die „Reinigung" der EPLF und ELF-CR von rechten und feudalistischen Elementen und andererseits die Einheit, die das Ergebnis breit angelegter demokratischer Debatten sein sollte, und nicht irgendeines Kompromisses der „Führer", was wiederum nur Raum für allerlei Ränkeschmiede geben würde.

Nun hat der Konflikt zwischen der EPLF und der „Auslandsmission" von Sabbe gegenwärtig einen Höhepunkt erreicht, nachdem jener im September 1975 versucht hatte, die Einheitsgespräche zwischen den Kämpfern im Land zu vereiteln, indem er den Führungsspitzen im Ausland ein Einvernehmen aufzwang. Dieser Versuch hat, wie wir gesehen haben , nicht geklappt. Aber er wird heute von einem von noch größerer Bedeutung abgelöst:

Die Bildung einer dritten Gruppe, die sich der Unterstützung aller reaktionären Regimes in der Region erfreuen kann. Und dieses Manöver könnte in den nächsten Wochen ganz konkret werden. Das, was wir heute erleben, ist tatsächlich ein Wettlauf mit der Zeit zwischen den Verfechtern des imperialistischen Planes und den wahrhaften eritreischen Kämpfern.

Sicherlich, noch ist nichts entschieden. Aber jenen, die an eine Neuauflage der angolanischen Situation denken, sei geraten, aus der Geschichte zu lernen! Und besonders wenn die Lektion erst vor so kurzem erteilt worden ist!"

(Afrique - Asie 7.3.77)



naher osten

VDR Jemen und AR Jemen

Auf dem Wege zur Wiedervereinigung

Mitte Februar berichtete die bürgerliche Presse („Neue Zürcher Zeitung", 19.2.77; „Süddeutsche Zeitung", 18.2.), daß die beiden jemenitischen Staaten ihre Vereinigungsgespräche wieder aufgenommen hätten und die Bildung eines Vereinigungsausschusses (gemischter Ministerrat) beschlossen worden sei. In den uns vorliegenden Meldungen des nordjemenitischen (Arabische Republik Jemen) Radio Sana wird dem Treffen der beiden Staatschefs in der Grenzstadt Kataba und dem dort getroffenen Beschluß über die Bildung des gemeinsamen Rates zwar lediglich die Aufgabe einer engeren Kooperation zugeschrieben, doch auch hier wird ein Zusammenhang zur – von beiden Staaten angestrebten oder zumindest propagierten – Vereinigung der beiden Jemen hergestellt: *„Die beiden Führer und ihre Mitarbeiter erörterten die hauptsächlichen Fragen, die für die beiden Teile des Jemen von Bedeutung sind, insbesondere Wirtschafts- und Handelsfragen sowie die Koordinierung im Bereich der industriellen und landwirtschaftlichen Entwicklung im Dienste der obersten jemenitischen Interessen. Man einigte sich auf die Gründung eines Rats, der aus den beiden Führern und den für Verteidigung, Wirtschaft, Handel, Planung und auswärtige Angelegenheiten zuständigen Beamten bestehen soll. Der Rat wird einmal alle sechs Monate abwechselnd in Sana und Aden zusammentreten, um Fragen zu erörtern und weiterzuverfolgen, die das jemenitische Volk, die Arbeit der gemeinsamen Ausschüsse in verschiedenen Bereichen und die Bildung eines gemeinsamen für Wirtschaft, Handel und Planung zuständigen Unterausschusses in den beiden Teilen des Jemen angehen"* („Monitor-Dienst" – „MD", 18.2.77 nach „Radio Sana", 16.2.). *„Die Volksmassen begrüßten die beiden Präsidenten mit Hochrufen und Parolen, in der die Freude des Volkes über die Wiederherstellung der Einheit durch dieses nationale historische Treffen zum Ausdruck kam. Die Menschen* *dieses nationale historische Treffen zum Ausdruck kam. Die Menschen* *... riefen Losungen, in denen sie die Wiederherstellung der Einheit forderten"* („MD", 17.2. nach „Radio Sana", 15.2.).

Geteilter Jemen – Erbe des Kolonialismus

Der Gedanke eines vereinigten Jemen ist seit der Abtrennung des südlichen Teils (Aden) durch die britische Besetzung 1835 fester Bestandteil der Politik im Jemen gewesen. Während der über 100jährigen britischen Kolonialherrschaft haben die Imame des (Nord-)Jemen (Imam = despotischer Herrscher, der zugleich religiöses Oberhaupt war) mehrfach versucht, den Süden zurückzuerobern, doch die Briten, für die insbesondere der Hafen von Aden wegen seiner Lage am Eingang zum Suezkanal von strategischer Bedeutung war, haben nicht nur alle Grenzübergriffe militärisch niedergeschlagen, sondern 1934 den Iman zur diplomatischen Anerkennung des britischen Gebietsanspruchs gezwungen. Aden wurde 1937 zur Kronkolonie und das Hinterland zum Protektoratsgebiet erklärt. Erneute Versuche des Imams, seine alten Gebietsansprüche wieder geltend zu machen, wurden mit allen Mitteln (Luftangriffe auf Dörfer, Beteiligung an Verschwörungen gegen den Imam u. a.) verhindert. Aber auch der Befreiungskampf der Bauern im Südjemen gegen die brutale Kolonialmacht, der sich aus zunächst spontanen Erhebungen einzelner Stämme zu einer koordinierten bewaffneten Kampffront entwickelte, hatte sich die Aufhebung der vom Imperialismus geschaffenen Teilung des Jemen zum Ziel gesetzt. Die Nationale Befreiungsfront (NLF), die 1967 die Unabhängigkeit erhielt und die Volksrepublik Südjemen ausrief, erklärte ein Jahr nach ihrem Sieg über die Briten auf ihrer 4. Generalkonferenz, 1968, sie *„würde die Unabhängigkeit des Südjemen so lange für unvollkommen halten, bis die Revolution auch in der nördlichen arabischen Republik Jemen triumphierte und beide Teile vereinigt würden"* („Orient", März 1973).

Die Intervention Saudi-Arabiens

Während im Süden in den 60er Jahren der einzig fortschrittliche Staat auf der Arabischen Halbinsel erkämpft und aufgebaut wurde, verhalfen im Norden des Jemen Saudi-Arabien und Großbritannien der Konterrevolution zum Erfolg.

Eine Gruppe von Offizieren hatte 1962 den Imam gestürzt und die Arabische Republik Jemen ausgerufen. Im nachfolgenden fast 10jährigen Bürgerkrieg zwischen Republikanern und Royalisten (Anhänger des Imamats) wurden die fortschrittlichen Kräfte vorerst besiegt, trotz Unterstützung durch die VR China, die Sowjetunion und die NLF. Eine besonders üble Rolle spielten Ägypten, zunächst auf Seiten der Republikaner und Saudi-Arabien, zunächst auf Seiten der Royalisten. Als Saudi-Arabien einsah, daß das alte Imamat nicht wieder herzustellen war, unterstützte es die reaktionärsten Teile der Republikaner, die sich mit Teilen der Royalisten einigten und eine rechte Republik etablierten. Als Gegenleistung für die Ausgleichszahlungen aus Saudi-Arabien und Kuwait wegen der Schließung des Suezkanals stellte Ägypten seine ohnehin halbherzige Unterstüzung der fortschrittlichen Kräfte völlig ein.

In der AR Jemen hat sich die Rechtsentwicklung fortgesetzt und eine zunehmende Hinwendung zu den westlichen Imperialisten ist trotz offiziell erklärter „Blockfreiheit" unübersehbar. Das nach UNO-Maßstäben noch heute unterentwickeltste Land der Welt ist auf die finanzielle Hilfe Saudi-Arabiens angewiesen, das nicht kleinlich ist, wenn es um Absicherungen und Ausbau seiner reaktionären Vorherrschaft auf der Arabischen Halbinsel geht. Jüngstes Beispiel hierfür ist die in Angriff ge- bischen Halbinsel geht. Jüngstes Beispiel hierfür ist die in Angriff ge- nommene Umrüstung der nordjemenitischen Armee vom sowjetischen auf US-amerikanische und französische Waffensysteme. Nordjemen beugt sich jetzt der von Saudi-Arabien seit längerem erhobenen Forderung, die noch aus dem Bürgerkrieg herrührende Zusammenarbeit mit der Sowjetunion zumindest auf militärischem Gebiet zu beenden (die SU leistet ebenso wie die VR China wirtschaftliche Hilfe) und bei den imperialistischen Waffenhändlern mit saudi-arabischem Geld einzukaufen (Informationen nach „Le Monde", 18.2.77; „International Herald Tribune", 24.2.). *„Die herzlichen und brüderlichen Beziehungen ..., die zwischen dem Königreich Saudi-Arabien und der Arabischen Republik Jemen bestehen"* („MD", 4.2.77 nach „Radio Riad", 30.1.), hat Saudi-Arabien auch stets zu Angriffen auf die fortschrittliche Regierung in der VDR Jemen benützt. Hierzu gehört sowohl die Unterstützung der reaktionären südjemenitischen Exilorganisationen, die von Nordjemen aus gegen die VDR Jemen operieren, als auch direkte militärische Angriffe in den Grenzgebieten.

Jemenitische Vereinigungsbestrebungen seit 1972

Im Oktober 1972, als die militärischen Auseinandersetzungen zwischen den beiden jemenitischen Staaten einen Höhepunkt erreicht hatten und die Arabische Liga als Vermittler für ein Waffenstillstandsabkommen eingeschaltet wurde, schlossen die VDR und die AR ein Grundsatzabkommen über die Vereinigung beider Staaten, die – *„ausgehend von der Überzeugung, daß das ganze Volk des Jemen und sein ganzes Land eine untrennbare Einheit ist"* – u.a. die demokratischen Freiheiten absichern soll für *„alle nationalen Kräfte, die gegen Imperialismus und Zionismus kämpfen ... und die Unabhängigkeit und Souveränität des Jemen gegenüber jeder Einmischung oder äußeren Aggression"* garantieren soll (aus dem Abkommen vom 28.10.1972, abgedruckt in: „Orient" 1972/4). Die Formulierung wirkt wie Hohn angesichts der zunehmenden Abhängigkeit der AR Jemen vom US-Handlanger Saudi-Arabien. Eine fast gleichlautende Begründung wurde übrigens auch im gemeinsamen Kommunique von Saudi-Arabien und der VDR Jemen im letzten Jahr bei der Aufnahme gegenseitiger diplomatischer Beziehungen angegeben („Saudi Review", 11.3.76).

Außer verbalen Bekundungen ist bisher wenig für die reale Vorantreibung der Vereinigungsbestrebungen zwischen den beiden jemenitischen Staaten getan worden, und es ist auch äußerst zweifelhaft, ob das jüngste Treffen der beiden Staatschefs dazu beiträgt, hat doch der nordjemenitische Außenminister Asnaj noch wenige Tage vorher in Frankreich erklärt, daß die Vereinigung noch in weiter Ferne liegt („Le Monde", 18.2.). Dennoch bleibt ein Unbehagen, daß die VDR Jemen, die im Innern und Äußeren (wie in der omanischen Provinz Dhofar) den Kampf gegen Imperialismus und arabische Reaktion führt, sich zu derartigen Beteuerungen der brüderlichen Verbundenheit mit absolut reaktionären Regimen gezwungen sieht.

Nahost-Kommission

Libanon

Der Kampf geht weiter

Nachdem die syrischen sogenannten „Friedenstruppen" Ende Januar in das Gebiet um Nabatiya (ca. 12 km von der israelischen Grenze entfernt) einrückten, kam es zu Protesten von seiten der israelischen Regierung. Obwohl Israel weiß, daß diese Interventionstruppen der Zerschlagung der palästinensischen Revolution dienen, will Israel nicht erlauben, daß das syrische Regime einen Schritt macht, als ob es frei in seinen Entscheidungen wäre, oder daß es versucht, seine Position in bezug auf die friedliche Lösung zu verbessern.

Die PFLP veröffentlichte in ihrer Zeitung „Al Thawra Mostamerra" („Die Revolution geht weiter") vom 5.2.77 folgende Einschätzung über Israels Aufforderung an Syrien, die Interventionstruppen aus Südlibanon abzuziehen:

„1) Israel erlebt Wellen von Machtkämpfen zwischen den verschiedenen Parteien. Das zeigte sich auf der Ebene der Regierung und auf der Ebene der neuen Kräfte, die zwischen Arbeiterpartei und Likud-Partei stehen. Jede von diesen Cliquen versucht, sich gegenüber den anderen Parteien hervorzutun und Härte nach innen und in bezug auf die friedliche Lösung zu beweisen.

2) Nach dem Massenwiderstand in Ägypten können die Imperialisten nicht mit Sicherheit auf irgendein arabisches Regime setzen. Wenn wir davon ausgehen, daß das Hauptziel der sogenannten syrischen „Friedenstruppe" die Zerschlagung und Lähmung der palästinensischen Revolution und der Schutz des israelischen Systems ist, dann wird dieses Ziel sich in sein Gegenteil verkehren, wenn in Syrien eine Systemänderung stattfinden würde. Die jetzige sogenannte „Friedenstruppe" würde nach einem revolutionären Wechsel in Syrien Verbündete der Palästinenser darstellen.

3) Man kann sagen, daß in der letzten Zeit von den arabischen Regimes viele Zugeständnisse gegenüber Israel gemacht wurden. Der *ten Zeit von den arabischen Regimes viele Zugeständnisse gegenüber Israel gemacht wurden. Der* *Hauptgrund dafür besteht in der Eigenart der arabischen Regierungen, die einer friedlichen Lösung hinterherlaufen und der Härte der Zionisten, die aus Erfahrung wissen, daß die arabischen Regimes nachgeben, und noch mehr Zugeständnisse wollen.*

4) Alle bewußten Befürworter der friedlichen Lösung haben sich geeinigt, sie zu realisieren. Noch gibt es Meinungsverschiedenheiten unter diesen Gruppen um die Taktik ihres Vorgehens. Aufgrund der ständigen Zugeständnisse der arabischen Regierungen hat Israel fast alle guten Karten in der Hand und versucht gleichzeitig, die übrigen Karten der Gegner am Konferenztisch einzusakken. Klar ist, daß die Existenz der syrischen Truppen an der Grenze ein Druckmittel gegenüber Israel darstellt; deswegen will Israel eine Garantie, daß die Syrer diese Karte nicht ausspielen werden."

Mit Unterstützung der USA: Die Faschisten rüsten auf

Die Aktivitäten der zionistisch-faschistischen Kräfte verschärfen sich. Die Bestrebungen Israels laufen dahin, die schmale Sicherheitszone bis hinein in den Südlibanon zu verbreitern. Das zeigt sich durch die ständigen Kämpfe und den Artilleriebeschuß, die zwei Funktionen haben:

1) Verwicklung der bewaffneten fortschrittlichen Kräfte in Kämpfe, um sie zu schwächen und zu schlagen
2) Terrorisierung der Bevölkerung, um sie zur Flucht zu zwingen.

So fanden in den letzten drei Wochen hauptsächlich an drei Orten Kämpfe statt: Bei Bint Jbeil, dessen Bevölkerung zu 90% geflohen ist, im Arkub-Gebirge und um Nabatiya, das täglichen Bombardements ausgesetzt ist und dessen Einwohner ebenfalls geflohen sind. Insgesamt sollen 400 Menschen getötet worden sein. (1)

Die libanesische Regierung und die libanesischen Faschisten haben ein Interesse daran, das nach dem Bürgerkrieg zerstörte Wirtschaftssystem in ihrem Sinne zu restaurieren. Dabei versuchen die Faschisten die Kräfte und Möglichkeiten der Interventionstruppen auszunützen, obwohl die libanesische Kompradorenschicht langfristig kein Interesse an einer syrischen Vormundschaft hat. Ein „Friede", der von den Syrern gestiftet würde, wäre begrenzt auf deren Ziele und Bewegungen im Libanon. Um das alte System, das sich auf Fundamente der militärischen, politischen und wirtschaftlichen Ebene stützen können muß, samt seinem faschistischen Gesicht wieder aufzubauen, brauchen die Faschisten Ruhe im Lande, einen „Frieden", der unabhängig von den Syrern ist. Sarkis, der die Anerkennung der Falangisten genießt und dem alle faschistischen Kräfte unterstellt wurden, strebt an, daß die syrischen Interventionstruppen schneller „arbeiten", zumal die arabischen Ölstaaten ihre finanzielle Unterstützung von einer „stabileren" Lage im Südlibanon abhängig machen. In diesem Zusammenhang ist auch die Erwägung der libanesischen Regierung zu sehen, die Entsendung von UNO-Truppen in den Libanon zu fordern. (2).

sehen, die Entsendung von UNO-Truppen in den Libanon zu fordern. (2).

Der Unterstützung durch die USA ist sich die libanesische Regierung sicher. *„Die USA wird Libanon nie bei seinen Problemen oder seiner Rolle bei der Lösung des Nahen Ostens vernachlässigen oder bei den darauf folgenden Auswirkungen auf die innere Situation"* (Fuad Butros, Außen/Verteidigungsminister) (3).

Nach den Massendemonstrationen in Ägypten ist für die US-Imperialisten noch einmal deutlich geworden, wie wichtig die faschistische Unterdrückung der Volksbewegungn in den arabischen Ländern für die Interessen der USA ist. *„Außenminister Vance stellte die Position der USA dar: ‚Die Probleme des Südlibanon sind schwer. Wir unterstützen die Bemühungen des Präsidenten Sarkis, seine Herrschaft auf den ganzen Libanon auszudehnen. Die Schwierigkeit ist, daß es im Libanon keine Kraft gibt, die dieses Ziel erreichen kann'. Die Zielsetzung der Amerikaner hilft den Faschisten, ihre eigenen (libanesischen) Pläne unabhängig vom syrischen Regime durchzusetzen. Die faschistische Zeitung ‚Al Amar' schrieb am 15. Februar (an diesem Tag fand eine Sitzung der arabischen Liga statt über den Verbleib der ‚Friedenstruppe' im Libanon für weitere sechs Monate): ‚Diese Resolution wird überflüssig, wenn Libanon anfängt, selbst ständige sichere Schritte in Richtung Frieden zu machen. Einer von diesen Schritten ist die Reorganisierung der inneren Sicherheitskräfte* (= Polizei, Geheimdienst usw. – Anm. d. Red.) *weil der Wiederaufbau der Armee eine gewisse Zeit braucht.' Einige Einheiten dieser Sicherheitskräfte sind bereits im Gebiet von Nabatiya eingetroffen. Innenminister Salah Salman versicherte, daß die libanesischen inneren Sicherheitskräfte innerhalb einiger Wochen in der Lage wären, voll ihre Aufgaben zu erfüllen. Das jordanische Regime erklärte sich bereit und setze es bereits in die Tat um, einige Truppen aus libanesischen Sicherheitskräften auszubilden. Die Zeitungen berichteten, daß Jordanien 40 gepanzerte Fahrzeuge an Sarkis verschenkt hat."* („Al Thawra Mostamerra", 19.2.77).

PLO-Führung: Opportunistisch ohnegleichen!!

„Von der PLO-Führung wurde immer wieder gesagt, daß sie im Südlibanon Widerstand leisten will. Dies hat sich als Geschwätz herausgestellt, das dazu diente, ihr wahres Gesicht zu verbergen. Sie laufen den arabischen Regimes auf allen Ebenen hinterher, weil sie hoffen, eine politische Rolle bei dem Plan zu spielen, den die Imperialisten durchführen. Die Aufgabe der revolutionären Kräfte ist es, diese Politik zu entlarven, weil diese Politik uns zur nationalen Katastrophe und auf die Schlachtbank führt!" („Al Thawra Mostamerra", 5.2.77) Dazu ein Beispiel aus jüngster Zeit: Am 6. März ließ Arafat Truppen der Al-Fatah mit Unterstützung durch die „Demokratische Front" gegen Kräfte der Ablehnungsfront aufmarschieren! (4)

Durch diese Beteiligung am Kampf gegen die revolutionären Kräfte erhoffen sich die PLO-Opportunisten eine bessere Ausgangsposition für die nächste Genfer-Konferenz.

Die fortschrittlichen Kräfte im Libanon

Die fortschrittlichen Kräfte im Libanon

„Der Hauptfehler der fortschrittlichen Kräfte besteht darin, daß sie die Situation im Südlibanon analysieren und eine Lösung zu finden versuchen, die getrennt ist von der gesamten Lage im Libanon und im arabischen Raum. Der Kampf um einen fortschrittlichen Südlibanon und der Kampf, um den Süden zu einer festen Basis des palästinensischen Widerstandes zu machen, ist ein Teil des Kampfes für einen demokratischen Libanon. Das gemeinsame Vorgehen der fortschrittlichen palästinensischen und libanesischen Kräfte ist wichtig für den gesamten zukünftigen Kampf gegen den Vernichtungsplan, der die palästinensiche Revolution (im Schatten des von den arabischen Reaktionären und der Bourgeoisie wiederaufgebauten faschistischen reaktionären Regimes) abschaffen und das libanesische Volk auf die Knie zwingen will." („Al Thawra Mostamerra, 19.2.77)

(1) nach „International Herald Tribune" – „IHT" –26./27.2.77; „FAZ" 28.2.77; „IHT" 2.3.77; „Süddeutsche Zeitung", 8.3.77.
(2) nach „Al Thawra Mostamerra" 5.2.77; „FAZ", 1.3.77; „IHT" 4.3.77; „SZ", 7.3.77
(3) zitiert nach „Al Thawra Mostamerra", 5.2.77;
(4) nach „IHT", 8.3.77

Unterdrückung und Knebelung der Arbeiterbewegung in Äthiopien

Erschossen wurde am 25.2.77 der Vorsitzende der gesamtäthiopischen Gewerkschaft (AETU), T. Bekele. Die AETU ist ein junges Spalterprodukt der DERG-Junta, die als „gewerkschaftliche Vertretung" den äthiopischen Arbeitern aufgezwungen wurde. Die Täter sollen *„anarchistische Söldner"* gewesen sein (Radio Addis Abeba v. 25.2.77 nach „Monitor-Dienst"), dies ist die offizielle DERG-Bezeichnung für die Genossen der EPRP. Von der EPRP liegt uns zur Zeit noch keine Stellungnahme vor.

Der gewaltsame Tod von Bekele signalisiert, daß die Arbeiter und Revolutionäre in Äthiopien bis heute die Zerschlagung des CELU-Gewerkschaftsverbandes durch den DERG nicht kampflos hinnehmen. Für uns war dieser Vorgang Anlaß, die Unterdrückung der äthiopischen Arbeiterklasse am Beispiel der Geschichte ihrer gewerkschaftlichen Bewegung darzustellen. Gleichzeitig wollen wir in diesem Zusammenhang auf die Berichterstattung der Revisionisten eingehen, die vor keiner Lüge und Fälschung zurückschrecken, um die „progressive Rolle" der jeweils herrschenden DERG-Fraktion zu „belegen". Bekanntlich haben die jüngsten Massaker innerhalb des DERG in den revisionistischen Hauptstädten ein ausgesprochen positives Echo erfahren – zugunsten der Sieger, versteht sich...

Beginn der Gewerkschaftsbewegung

Im feudalen Äthiopien hat es bis heute kaum eine Beteiligung von äthiopischem Kapital an der industriellen Entwicklung gegeben. Seit in den sechziger Jahren das Haile-Selassie-Regime verstärkt Auslandskapital nach Äthiopien holte, hat sich daran nichts geändert. Bis heute werden die bedeutenden Zweige der Industrie von imperialistischen Konzernen beherrscht, **die vom DERG auch in der „Revolution" nicht angetastet wurden.**

Streiks in den sechziger Jahren veranlaßten das Haile-Selassie-Regime (nach der Beratung mit den „Experten" aus den USA) die Gründung eines gewerkschaftlichen Dachverbandes zu erlauben. 1963 wurde zum Gründungsjahr der äthiopischen Gewerkschaftsföderation CELU, die im gleichen Jahr versuchte, einen Generalstreik zu organisieren. Um die junge Arbeiterklasse des Landes fest im Griff zu behalten, wurden US-Experten in das CELU-Hauptquartier eingeschleust, die einen „mäßigenden" Einfluß auf die Gewerkschaft ausüben sollten. Die CELU-Führung unterhielt damals enge Beziehungen zur reaktionären US-amerikanischen Gewerkschaft AFL/CIO und zum „African-American Labour Center", dem der Gewerkschaftsboß und CIA-Agent Irving Brown vorstand („Statement" der „World Wide Federation of Ethiopien Students", Nov. 75). Die rasante Verschärfung des Klassenkampfes, geboren aus der Tyrannei und dem Elend der Haile-Selassie-Ära, radikalisierte auch den Dachverband CELU. Nachdem 1970 ein Generalstreik scheiterte, brachten die militanten Massenstreiks des CELU im Februar und März 1974 neben erheblichen materiellen Zugeständnissen auch den Beginn des Abgangs von Haile-Selassie selbst. Die äthiopischen Massen läuteten die Revolution ein.

Fortschrittliche Rolle des CELU

Nach einem halben Jahr von Streiks und Demonstrationen wurde Haile-Selassie zum Rücktritt gezwungen. Die Militärjunta, der DERG, übernahm die Macht. Der Gewerkschaftsverband CELU forderte von Beginn an die Einsetzung einer demokratischen Zivilregierung und die Aufhebung von Demonstrations- und Streikverbot sowie die Realisierung von Rede-, Versammlungsfreiheit, Streik- und Koalitionsrecht. Die Antwort des DERG: Androhung von „Strafmaßnahmen" gegen den CELU, Verhaftung der beiden CELU-Führer, Aufrechterhaltung des Streik- und Demonstrationsverbots. Gleichzeitig wurde allen ausländischen Investoren der „Schutz des Militärs" zugesagt („FR", 10.1.74). CELU rief zum Generalstreik auf, der großenteils befolgt wurde.

Im Mai kommt es zur Schließung des CELU Hauptquartiers in Addis Abeba, die Wahlen im CELU einen Monat später zeigten jedoch, daß sich die Mitglieder der 277 Einzelgewerkschaften des CELU nicht entmutigen ließen: Es wurden überwiegend Anhänger eines radikalen Demokratisierungsprozesses gewählt, die die Auflösung des DERG forderten (vgl. „Modern African Studies", 3/1976, S. 482).

Auf dem CELU-Kongreß im September 1975 wurden die halbherzigen Landreformen des DERG und die Kampagne zur Landverschickung der mißliebigen Studenten scharf kritisiert. Die verabschiedete politische Plattform beschrieb im Detail die Verfolgung von fortschrittlichen Kräften, den Ausschluß der Arbeiter und Bauern bei der Verwaltung ihrer Angelegenheiten auf örtlicher und zentraler Ebene, die permanente Verletzung demokratischer Grundrechte durch den DERG. Es wurde eine *„wirklich proletarische Partei"* gefordert, deren Nahziel die *„Volksdemokratie"*, ihr Endziel *„der Aufbau des Sozialismus und die klassenlose Gesellschaft"* sein sollte. Deutlich wird in den Entschließungen der politische Einfluß der EPRP (vgl. „Entschließungen des Sonderkongresses der Äthiopischen Gewerkschaftsföderation, CELU, vom 19.–22.9.75", deutsche Übersetzung).

Zur Durchsetzung der festgelegten Forderungen und um die immer noch inhaftierten Gewerkschaftsführer freizukämpfen, rief der CELU zum Generalstreik auf. Der DERG, der die Verteilung der Entschließungen des Sonderkongresses mit allen Mitteln zu verhindern suchte, rief den Notstand aus, setzte Militär ein und ließ sieben Gewerkschafter im Flughafen von Addis Abeba erschiessen. In Addis Abeba wurde Jagd auf CELU-Gewerkschafter gemacht und viele verhaftet: *„Augenzeugen sahen in der Haupstadt wie zahlreiche verhaftete Personen, darunter eine große Anzahl Frauen, auf Militärlastwagen abtransportiert wurden"* („NZZ", 3.10.75). Der DERG verhängte mit dem Ausnahmezustand ein Streik- und Demonstrationsverbot, generelles Versammlungsverbot, Verbot des Fehlens am Arbeitsplatz ohne „befriedigende Gründe", Verbot jeder oppositionellen Betätigung. Wegen „Auseinandersetzungen am Arbeitsplatz" wurden zahlreiche Arbeiter ins Gefängnis geworfen (vgl. „Afrique-Asie", Okt. 75). Der CELU konnte seither nur noch im Untergrund arbeiten.

Das neue reaktionäre Arbeitsgesetz

Dieser Versuch zur Zerschlagung des CELU ging einher mit der Schaffung eines neuen Arbeitsgesetzes. Dieses Arbeitsgesetz stellt die Gewerkschaften praktisch unter Staatskontrolle, nimmt ihnen faktisch die Möglichkeit, legal zu streiken, unterwirft sie diversen Schlichtungs- und Schiedsgerichtsverfahren und zersplittert sie total in „Betriebsgewerkschaften" (japanisches Modell), die von den Weisungen des Zentralverbandes (AETU) abhängig sind. Zahlreiche Vorschriften binden die Gewerkschaften an die *„innerbetriebliche Kooperation"* mit dem Kapitalisten, Tarifverträge sind auf die *„Erhöhung und Verbesserung der nationalen Produktion"* ausgerichtet, kurz und (un)gut: *„Die Trade Unions sind vielmehr in erster Linie dem ökonomischen Aufbau des Landes einschließlich der dazu notwendigen Maßnahmen innerhalb der Arbeiterschaft verpflichtet"* (Baudissin, „Entwicklung des Arbeitsrechts in Äthiopien"). Kennzeichnend für den gegenwärtigen sozialen Prozeß in Äthiopien ist die Tatsache, daß es derzeit keine Kapitalistenverbände (offiziell) gibt, sondern daß der Staat ganz direkt als Motor der kapitalistischen Entwicklung die „eigentlichen" Aufgaben einer (in Äthiopien noch kaum entwickelten) nationalen Bourgeoisie übernommen hat. Nichts wäre falscher, als dies mit Sozialismus o.ä. zu verwechseln.

Um das neue Arbeitsgesetz in der Praxis verwirklichen zu können, versucht der DERG seit über einem Jahr, neue Einzelgewerkschaften zu installieren, die in dem Dachverband AETU zusammengeschlossen werden sollen, der widerum die Befehle des DERG empfängt. Im Oktober 1976, nach einem Jahr, existierten erst vier der angestrebten neun Einzelgewerkschaften (auf dem Papier).

Über den Widerstand der äthiopischen Arbeiter gegen die Unterordnung unter die AETU schreibt sogar die bürgerliche „African Development" (Dez. 1976): *„Es herrscht eine beträchtliche Opposition gegenüber der neuen Organisation (AETU) und CELU arbeitet in der Illegalität über die „Revolutionäre Äthiopische Bewegung der Arbeiter", trotz Verhaftung und fortgesetzer Verfolgung ihrer Führer. CELU fordert weiterhin das Streikrecht, einen Mindestlohn von 150 äth. Dollar (offizielles Minimum 50 äth. Dollar) und erhebt politische Forderungen. Die Anstrengungen der Regierung, die Gewerkschaft durch hunderte von Verhaftungen und durch intensive Propaganda gegen die EPRP unter Kontrolle zu bringen, haben die Opposition nur gestärkt. (...) Diese Opposition wurde durch eine Vielzahl kleinerer Streiks deutlich sichtbar".*

Vor diesem Hintergrund muß die Erschießung des AETU-Vorsitzenden als Liquidierung einer arbeiterfeindlichen Marionette des DERG gewertet werden.

Revisionisten: Legitimation des bürgerlichen Terrors

Zu Beginn der antifeudalen Massenkämpfe in Äthiopien standen die Revisionisten dem CELU durchaus wohlwollend gegenüber, waren die Fronten zu diesem Zeitpunkt doch noch nicht so klar geschieden und eine „konstruktive" Rolle des CELU denkbar. Im Juli 1974 schrieb das „Neue Deutschland" korrekt, daß der CELU nach seiner *„ersten Feuerprobe beim Generalstreik von der Reaktion mit der Auflösung bedroht wurde"* und begrüßte eine angebliche Unterstützung des DERG durch den CELU als *„wesentlich"*. Im Herbst 74 wurden die Verhaftungen der CELU-Führer bereits im „neutralen" Stil gemeldet. Ein Jahr später, nachdem sich der DERG relativ stabilisiert hatte, kannten die Revisionisten keine Rücksicht mehr: Das Massaker an CELU-Gewerkschaftern wegen Verteilung von Flugblättern im September 75 wurde den ermordeten Arbeitern in die Schuhe geschoben! Dabei bedienen sie sich eines fortan immer wiederkehrenden, der DERG-Propaganda entlehnten Argumentationsmusters: *„Sie* (die Reaktion) *bedient sich dabei* (bei dem Massaker – Anm. AK) *einiger Führer der CELU, die trotz Umbildung der Exekutive nach wie vor jenen Ideen anhängen, die in der Kaiserzeit von amerikanischen Beratern in die äthiopische Gewerkschaftsbewegung gepflanzt wurden"* („Neues Deutschland", 4.10.75).

Die anti-imperialistische Zeitschrift „afrique-asie" (Okt. 75) schreibt zu dieser speziellen DERG-Demagogie, das habe früher einmal gestimmt, *„aber nicht mehr 1975!"*.

In einem Artikel der DDR-Zeitschrift „Horizont" (21/76) wurde nach gleichem Muster behauptet, in der CELU würden *„rechte, reaktionäre Elemente noch lange Zeit nach 1975 Einfluß"* ausgeübt haben. Die Verhaftung der CELU-Führer wurde mit Kennzeichnungen legitimiert, wie *„die proimperialistische CELU-Führung"* verstärkte ihre Anstrengungen, *„gemeinsam mit der in- und ausländischen Reaktion Diskrepanzen zwischen der Arbeiterklasse und dem Militär zu erzeugen"*. Die Basis des CELU sei stets für den DERG gewesen. Das beweise eine Erklärung vom Januar 1975. Diese „Erklärung" von 50 zusammengetrommelten Pseudo-„Delegierten" zugunsten des DERG wurde von „afrique-asie" allerdings klipp und klar als „Bluff" bezeichnet (s.o.).

Die Zerschlagung des CELU selbst propagierte „Horizont" mit der zustimmend zitierten DERG-Stellungnahme, CELU sei mit der Unterstützung der Länder geschaffen worden, *„die Gegner einer sozialistischen Entwicklung sind"*. Das war bekanntlich 1963! Für die Situation 1976 folgerten die Revisionisten demagogisch gemeinsam mit dem DERG: *„Die Reorganisation des äthiopischen Gewerkschaftsverbandes sei ein dringendes Erfordernis"* (s.o.).

Es gibt gegenwärtig kaum ein Land, über das die Revisionisten solche Lügen verbreiten wie über die tatsächliche Lage in Äthiopien. Die vom bürgerlichen Klasseninteresse her bestimmte Militärdiktatur über eine Arbeiterklasse, die den eingeleiteten Prozeß der Entfeudalisierung zugunsten einer eigenständigen kapitalistischen Entwicklung und gegen eine radikal-demokratische und sozialistische Perspektive vorantreiben will, wird als „fortschrittlicher Prozeß" etc. bejubelt. Der Kampf um Streik- und Demonstrationsrecht dagegen wird als *„dem bourgeoisen Wortschatz entnommene Losung"* („ND", 4.10.) in selbstentlarvender Weise diffamiert. Im Fall Äthiopien zeigt sich einmal mehr, wie die Außenpolitik der Sowjetunion und der Revisionisten insgesamt von taktischem Kalkül bestimmt ist, die sich im konkreten Fall sogar auf Seiten der Konterrevolution wiederfinden kann.

Afrika-Kommission

Gewerkschaft AFL/CIO und zum „African-American Labour Center", schließungen der politische Einfluß der EPRP (vgl. „Entschließun- noch kaum entwickelten) nationalen Bourgeoisie übernommen hat. Nichts Propaganda entlehnten Argumentationsmusters: „Sie (die Reaktion) Afrika-Kommission

Mengistu steht das Wasser bis zum Hals

Äthiopien. Nach der Beseitigung seines Konkurrenten Teferi Bente gibt sich der DERG-Führer Mengistu n o c h rrrrevolutionärer, die „sozialistischen" Phrasen tönen gewaltiger denn je. Bente, kein geringerer Konterrevolutionär als Mengistu, hatte im letzten Herbst im Gegensatz zu Mengistu einen „offenen Krieg" gegen die EPRP für taktisch unklug gehalten – er sah wohl größere Chancen zur Vernichtung der Revolutionäre in einer Kombination von Bestechung und Terror.

Inzwischen tobt die Konterrevolution brutaler denn je. Mengistu kann sich dabei in erster Linie noch auf die 10.000 Mann der Spezialtruppe „Nebelbal" verlassen. „Nebelbal" wurde von den Zionisten ausgerüstet und ausgebildet, sie rekrutierten für diese Truppe ausschließlich möglichst unwissende Analphabeten.

Allein in der Woche vor dem 13. März 1977 gab der DERG offiziell die Tötung von 344 Menschen bekannt – das dürfte nur ein Bruchteil der tatsächlichen Morde sein.

Mengistus Regime steht das Wasser bis zum Hals.

Die Armee (40.000 Mann) wird ein zunehmend unsichererer Faktor für den DERG: In Eritrea wird sie von der Befreiungsbewegung von einer Niederlage in die nächste gehetzt. Zahlreiche Soldaten desertieren, und zwar sowohl zur feudal-reaktionären EDU, als auch zur EPRA, der Kampforganisation der EPRP.

Große Teile der bisherigen Regierungsbürokratie setzen sich ab, so ist seit Januar der Außenminister Kifle Wodajo spurlos verschwunden (er diente schon unter Haile Selassie).

Die äthiopischen Botschafter in Griechenland, Ägypten, Japan, Mexiko und Jugoslawien haben um Asyl ersucht oder ihre Tätigkeit eingestellt. Der bisherige Botschafter in Ägypten erklärte in der „Los Angeles Times": *„Die Menschen haben Angst vor dem DERG und dessen Mitglieder haben einer vor dem anderen Angst. Unter dem geringsten Vorwand verhaften und töten die Soldaten jeden, der als Opponent gilt"* („Süddeutsche Zeitung" – „SZ", 11.3.77).

Auch der bisherige Botschafter in B o n n hat sich geweigert, nach Addis Abeba zurückzukehren – „sein Aufenthalt ist, wie die Mission mitteilte, nicht bekannt" („SZ", 11.3.). Die ARBEITERKAMPF-Leser(innen) werden sich an seinen Brief zur Verteidigung des DERG erinnern, den er an uns schickte – siehe AK 92!

Die Liquidierung der EPRP ist allerdings nicht gelungen. Im Gegenteil! Die Revolutionäre haben eine Reihe erfolgreicher „Strafaktionen" gegen Funktionäre des Regimes durchgeführt. So wurde der Vorsitzende des nach dem Verbot der CELU gegründeten regimehörigen Äthiopischen Gewerkschaftsbundes (AETU) in der AETU-Zentrale in Addis Abeba erschossen („SZ", 1.3.77). Jeden Tag wird eine „der Regierung nahestehende Persönlichkeit" umgelegt („Guardian", 3.3.77).

Die EPRP glaubt aber keineswegs, mit diesen Erfolgen den Sieg bereits in der Tasche zu haben. *„Diese bewaffneten Aktionen in den Städten, begleitet durch die Verstärkung des bewaffneten Kampfes auf dem Land durch unsere revolutionäre Volksarmee sind ganz klar der Auftakt für den Beginn des langwierigen Volkskrieges"* (ABYOT II,1; Informationsbulletin der EPRP).

Überall im Land wird gestreikt, obwohl das lebensgefährlich ist. Genannt sei hier nur der 40 Tage währende Streik der Studenten in Addis Abeba („Le Monde", 8.3.77).

Einiges spricht dafür, daß die US-Imperialisten, die dem DERG bisher die größte Portion der gesamten US-Militärhilfe an Afrika zuschanzten, in Zukunft in Äthiopien auf andere Karten setzen wollen als den allzu instabilen DERG.

Dies wurde bereits im August 76 bei einem Bericht an den US-Senat angedeutet vom Spezialisten für Äthiopien, John Spencer („Le Monde", 27.2.77). Wenige Wochen nach diesem Senats-Hearing setzten die US-Imperialisten als neuen Botschafter in Äthiopien den berüchtigten Bluthund G.M. Godley ein (dessen vorherige Stationen sprechen für sich: Kongo, Laos, Libanon! siehe AK 91). Ende Februar 77 beschloß die Regierung Carter, die Militärhilfe von jährlich 6 Millionen Dollar zu streichen. Allerdings sollen Waffenkredite und Wirtschaftshilfe von insgesamt 23,9 Millionen Dollar – fast 2 Millionen mehr als im Vorjahr – beibehalten werden. Propagandistisch wird diese Maßnahme verkauft als „Rückzug von Unterstützung für Regierungen, die die Menschenrechte verletzen" („Neue Zürcher Zeitung" – „NZZ", 27.2.77; „FR", 25.2.77).

Ein Schritt zur Unterstützung und Aufwertung der DERG ist der überraschende Besuch Fidel Castros in Addis Abeba am 14.3. („NZZ", 16.3.77). Über den Inhalt der Gespräche mit Mengistu und Atnafe ist uns nichts bekannt.

Zuvor wurde von Saleh Sabbieh, dem Führer des abgespaltenen reaktionären Auslandsflügels der eritreischen Befreiungsorganisation, das Gerücht verbreitet, Kuba beabsichtige die Entsendung von Militärs zur Unterstützung der DERG. Ein Vorauskommando von Experten sei bereits in Addis Abeba („SZ", 9.3.). Wenig später wurde das Gerücht von Dinka, dem Direktor des äthiopischen Außenministeriums, zurückgewiesen („SZ", 11.3.77). Sabbieh verband seine Behauptung mit einem Appell an die arabische Reaktion, es nicht in Äthiopien zu einem „weiterem Angola" kommen zu lassen. Er drohte damit, daß sonst die Tanker der arabischen Ölgiganten „im Roten Meer in Reichweite von kubanischen Kanonen operieren" müßten. Durch den Buhmann, den Sabbieh hier aufbaut, wird der Zweck seines Gerüchts sichtbar: Er will seine Fraktion als antikommunistisches Bollwerk profilieren.

Wir können uns schwer vorstellen, daß kubanische Genossen in Äthiopien Schulter an Schulter mit den Zionisten und CIA-Agenten arbeiten würden.

Afrika-Kommission

Palästinensischer Nationalrat
Linke gegen weitere Kompromißformeln

Seit dem 12. März findet in Kairo die 13. Tagung des Palästinensischen Nationalrates statt. Der Nationalrat versteht sich als eine politische Bühne für die einheitliche Führung des Kampfes für die Befreiung Palästinas. Er ist das oberste politische Gremium des palästinensischen Volkes. Es könnte sein, daß die jetzige Tagung in diesem Sinne die letzte ist.

Die 13. Tagung des Nationalrats wurde mehrfach verschoben, zuerst wegen des libanesischen Bürgerkrieges, dann wegen der politischen Vorverhandlungen, mit denen die rechten Kräfte den Ausgang der Tagung in ihrem Sinne sichern wollten. Denn spätestens seit der libanesischen Niederlage war klar, daß auf dieser Tagung ein scharfer politischer Kampf und eine Entscheidung irgendeiner Art zwischen der politischen Linie der PLO-Führung und der Linie der „Front zur Ablehnung kapitulationistischer Lösungen" („Ablehnungsfront") stattfinden mußte.

Die PLO-Führung arbeitete in dieser Zeit daran, das sogenannte „ägyptische Modell" als angeblich einzige Lösung darzustellen. Es sieht vor, daß die PLO in einer gemeinsamen Delegation mit Jordanien an der Genfer Konferenz teilnimmt (weil Israel Verhandlungen mit der PLO selbst ablehnt) und darauf hinarbeitet, einen palästinensischen Staat in Form einer Föderation mit Jordanien zu erhalten. (nach: „Neue Hannoversche Presse" („NHP"), 22.2. und „Frankfurter Rundschau" („FR"), 24.2.) Es ist demnach abzusehen, daß von dem ganzen geplanten Ministaat nicht viel mehr bleibt als ein paar Sonderrechte für Palästinenser im westlichen Teil Jordaniens. Die von der PLO-Führung angeblich angestrebte „Errichtung einer nationalen Autorität auf jedem Teil Palästinas" würde dann nicht einen Quadratmeter palästinensischen Bodens enthalten.

Um zu jedem Preis ihre staatliche Autorität zu erhalten, war die PLO-Führung sogar zur „Versöhnung" mit den syrischen und jordanischen Palästinenserschlächtern bereit. Unter Führung von Arafat konferierte eine Fatah-Delegation in Damaskus mit Assad. („NHP", 26.2.) Um die gemeinsame Delegation für Genf zu bilden, mußte jedoch, wie Faruk Kaddumi (AbuLutuf) betonte, vor allem mit Jordanien wieder eine „Atmosphäre des Vertrauens" hergestellt werden. Der jordanische König Hussein hatte im September 1970 im Auftrag der Imperialisten seine Truppen gegen die palästinensischen Befreiungsorganisationen eingesetzt und dabei 20.000 Palästinenser ermordet. Dadurch war das Vertrauen natürlich empfindlich gestört! Erst vor kurzem wurde bekannt, daß Hussein für seine „Entspannungsbemühungen" Gelder vom CIA erhalten hatte („NHP", 28.2.)

Am 8.3. traf Arafat mit Hussein in der Suite 412 des Hilton-Hotels in Kairo zusammen. Ein palästinensischer Augenzeuge berichtet: *„Sie gingen mit strahlenden Gesichtern aufeinander zu, öffneten die Arme weit, schüttelten minutenlang die Hände, dann umarmten sie sich und tauschten Küsse aus"* (siehe Foto) („Hamburger Abendblatt", 10.3.). Danach gab's ein großes Freß- und Saufgelage, wohl bekomm's nach 20.000 Toten! Damit ist Arafat würdig, in den Club der arabischen reaktionären Blutsbrüder aufgenommen zu werden!

Arafat und Hussein einigten sich, noch vor der Genfer Konferenz zwischen Jordanien und der PLO eine formelle Bindung herzustellen („NHP", 9.3.).

Dies alles wurde vor der Tagung des Nationalrats erledigt, so daß klar ist, daß es der Zweck der Tagung ist, daß sie den in den letzten Jahren getroffenen Entscheidungen der PLO-Führung in Richtung Kapitulation nachträglich nur noch ein demokratisches Mäntelchen umhängen soll. Zwar betonte Arafat, es sei nicht daran gedacht, die Nationalcharta abzuändern, aber welchen Sinn haben solche Deklarationen? Allein dadurch, daß die Tagung des Nationalrats stattfindet ohne die PLO-Führung für ihre Politik zur Rechenschaft zu ziehen, sind sämtliche Verstöße der PLO-Führung gegen die Beschlüsse des Nationalrats in Vergangenheit und Zukunft abgedeckt.

Allerdings befürchtete Arafat Schwierigkeiten von Seiten der Ablehnungsfront. Ein Grund für das ständige Hinausschieben der Tagung war es denn auch, daß hinter den Kulissen um die Zusammensetzung des Nationalrats gekunkelt wurde. Schließlich wurden den ursprünglich 170 Delegierten weitere 120 hinzugefügt, von denen ziemlich offen verlautet, daß sie durch das syrische Regime ausgesucht wurden. Zusammen mit den Delegierten der von Syriens Gnaden existierenden Saiqa und Teilen der Delegierten der Fatah würde allein diese Zahl ausreichen, um jeden beliebigen reaktionären Beschluß mit Mehrheit zu verabschieden.

Was dies für Delegierte sind, wird besonders deutlich an den ca. 20 Delegierten des Jordanwestufers, deren Teilnahme an der Tagung von Israel verhindert wird. Sie schickten stattdessen einen Brief, über den folgendes verlautet: *„In einem von der überwiegenden Mehrzahl der Bürgermeister und Notabeln Westjordaniens unterzeichneten Schreiben wird der Nationalrat aufgefordert, sowohl zur Bildung eines palästinensischen Ministaates wie zu einer Teilnahme der Palästinenser an der Genfer Konferenz seine Zustimmung zu geben. Der Konferenzsprecher Labadi, der dies in Kairo bekanntgab, wies darauf hin, daß ‚das die Meinung von rund einer Million Palästinensern im besetzten Gebiet' sei."* („Süddeutsche Zeitung" („SZ"), 16.3.) So einfach ist das. Diese „Notabeln", die selbst noch unter der israelischen Besatzung ihre Landsleute zusätzlich ausbeuten, sind angeblich die Sprecher aller Palästinenser Westjordaniens! Allein das vermittelt ein klares Bild von dem geplanten Staat, in dem diese Herren herrschen wollen. Sie sprechen keinesfalls im Namen des palästinensischen Volkes. Sie werden deshalb die Stimme des Volkes unterdrücken.

Der Nationalrat spiegelt also in keiner Weise die politische Landschaft des palästinensischen Volkes wieder. Die große Masse der Sympathisanten der Politik der Ablehnungsfront innerhalb und außerhalb der palästinensischen Organisationen ist nicht entsprechend vertreten. Nur die ca. 20 Delegierten der Organisationen der Ablehnungsfront und einige Sympathisanten unter den „Unabhängigen", soweit sie noch nicht mundtot gemacht wurden, sprechen für eine Weiterführung des Kampfes und gegen eine Anerkennung Israels, gegen ein Ministaatgefängnis, gegen ein Bündnis mit dem Bluthund Hussein, für ein Bündnis mit allen fortschrittlichen arabischen Kräften (siehe Anmerkung).

Warum nehmen diese Organisationen überhaupt am Nationalkongreß teil? Es lohnt sich, in diesem Zusammenhang noch einmal die Erklärung zu lesen, die die PFLP im September 1974 bei ihrem Austritt aus dem Exekutivkomitee der PLO abgegeben hat (in: DIE INTERNATIONALE 9). Es zeigt sich, daß schon damals vor dem libanesischen Bürgerkrieg der Weg vorgezeichnet war, den die PLO-Führung gehen wollte. Die PFLP betont dort jedoch: *„... werden wir doch im Palästinensischen Nationalrat bleiben, in den Vereinigungen und Organisationen des Volkes und in den Volkskomitees in den Lagern."* Der Nationalrat ist eine Organisation des gesamten palästinensischen Vol-

in den Volkskomitees in den Lagern." Der Nationalrat ist eine Organisation des gesamten palästinensischen Vol-

kes, man kann aus ihm nicht austreten, bevor er sich nicht gegen die Interessen der palästinensischen Massen stellt.

In dieser Frage ist aber jetzt die Entscheidung fällig. Die PFLP kann nicht länger die PLO als die Befreiungsfront des palästinensischen Volkes ansehen, wenn sie weiter ihre kapitulationistische Politik verfolgt. In einem Interview erklärte Abu Jussuf, Mitglied des Politbüros der PFLP: *„In der PLO sind drei Tendenzen festzustellen: Die der fortschrittlichen Kräfte der Fatah und der Demokratischen Front, die nur unter bestimmten Bedingungen der Autonomie zur Genfer Friedenskonferenz gehen wollen; dann die der Rechten von Fatah und der prosyrischen As-Saiqa, die bereit sind, sich voll mit den reaktionären Regimes zu verbünden, die keine Bedingungen stellen und die sehr stark sind; schließlich die Strömung, die sich allen Verhandlungen unter imperialistischer Kontrolle widersetzt und die von der Ablehnungsfront repräsentiert wird. Um es auf eine Formel zu bringen: Die Lage entwickelt sich zu einer Konfrontation zwischen revolutionären Palästinensern und amerikanischen Palästinensern.*

Diese Tagung wird eine entscheidende Schlacht werden. Natürlich werden wir von der Ablehnungsfront dabei sein. Niemand soll uns vorwerfen können, wir hätten den Bruch der nationalen Einheit gewollt. Wir wissen, daß die Repräsentativität dieses Gremiums durch die syrischen Eingriffe ernsthaft verfälscht ist. Aber wir werden daran teilnehmen und sind sicher, Sprecher des wirklichen Volkswillens zu sein." („Lotta Continua", 24.2.77)

Auch die Rechte orientiert auf scharfen Kampf. Zwar hat Arafat scheinheilig versichert, er sei für Eintracht, und hat sich auf keine Stellungnahme festgelegt. („NZZ", 16.3.) Er soll ja auch möglichst unangefochten als Führerfigur aus der Schlacht hervorgehen. Eine Kampfansage war es dagegen, daß sein Vize Kaddumi der Versammlung am 15.3. einen 5-Punkte-Plan vorlegte, der Raum läßt sowohl für eine Beteiligung der PLO an der Genfer Konferenz als Teil der jordanischen Abordnung als auch sogar für eine teilweise Nichtbeteiligung der PLO in Genf! Natürlich redet Kaddumi als letztes Feigenblatt zur Verdeckung der nackten Tatsachen der Kapitulation von den „unveräußerlichen palästinensischen Rechten". Er hat sie bereits verkauft. Kaddumi folgt hier genau dem Programm, das er schon in einem Interview in „Palestine" ankündigte (abgedruckt in „Freies Palästina" Nr. 8): Er spricht dort von der Notwendigkeit eines „Übergangsprogramms", das „flexibler" sein müsse. Flexibel genug natürlich, um der PLO-Führung für alles freie Hand zu geben. Die PLO-Führung verwandelt sich damit, schon bevor sie überhaupt einen Staat zu regieren hat, in ein echtes reaktionäres arabisches Regime, das angeblich unter Kontrolle des Volkes seine volksfeindliche Politik betreibt.

Dagegen legte die Ablehnungsfront dem Nationalrat ein Papier vor, in dem sie u.a. klar darstellt, daß ein palästinensischer Teilstaat nur dann akzeptiert werden kann, wenn sichergestellt ist, daß von ihm aus der Kampf für die Befreiung ganz Palästinas weitergeführt werden kann. Nach Aussage des PFLP-Mitglieds Taisir Kubah ist das jedoch erst dann der Fall, *„wenn sich das Kräfteverhältnis in der arabischen Welt zugunsten der fortschrittlichen und nationalen Kräfte verändert hat"* („SZ", 17.3.). Er lehnte eine Beteiligung der PLO an der Genfer Konferenz und die Errichtung eines palästinensischen Ministaats zum gegenwärtigen Zeitpunkt ab und erklärte, daß sich die Mitglieder der Ablehnungsfront sonst als die eigentliche palästinensische Befreiungsfront verstehen müßten und ein eigenes Programm zur Befreiung ganz Palästinas und zur Errichtung eines demokratischen säkularen Staates vorlegen würden.

Ob es tatsächlich zur Spaltung des Nationalrats kommen wird, kann man im Moment nicht voraussagen. Sicher ist, daß die Politik der Ablehnungsfront ein großes Hindernis für die Ziele der PLO-Führung darstellt. Wenn die PLO-Führung als Verhandlungspartner der Imperialisten auftreten will, dann muß sie entweder die Linke ebenfalls vertreten oder liquidieren können. Wenn die PLO-Führung einen Staat erhalten will, dann muß sie garantieren können, daß er für Israel und die übrigen arabischen Regimes keine Gefahr darstellt. Beides dürfte ihr schwerfallen. Selbst wenn es zu einer „Lösung" mit Israel kommen sollte, so hat Genosse Habasch bereits erklärt: *„Jede Regelung mit Israel wird nur vorübergehend sein, denn eine ständige Regelung kann nur in der Beseitigung Israels als eines faschistischen, aggressiven, imperialistischen Stützpunkts in der arabischen Welt bestehen....*

Wenn ein palästniensischer Staat geschaffen wird, werden wir fortfahren, vom Territorium dieses neuen Staates aus gegen Israel loszuschlagen, wie wir das von an Israel angrenzenden arabischen Staaten aus getan haben und noch tun."

Nahostkommission

Anmerkung:

Die bürgerlichen Zeitungen wollen für die Ablehnungsfront einen Stimmenanteil von 69 Stimmen daraus ableiten, daß bei der Wahl des Ratspräsidenten 172 Stimmen für den alten Präsidenten Fahum und 69 Stimmen für den neuen Kandidaten Gharabia abgegeben wurden. Das ist Quatsch. Es stand natürlich gar kein Kandidat der Ablehungsfront zur Wahl. Beide sind bekannte Reaktionäre, Fahum als „Syrer" und Gharbaia als „Jordanier".

Vermutlich dürfte die Fraktion der Ablehnungsfront auf dem Kongreß bloß 21 Delgierte stellen, die bei dieser Wahl sich enthalten haben dürften (die für die beiden reaktionären Kandidaten abgegebene Stimmenzahl beträgt zusammen 241; insgesamt sind 262 Delegierte auf dem Kongreß).

Den nächsten „Schwarzen September" machen wir aber z u s a m m e n, was, Majestät?!

Aber klar, Kamerad!

Kein Palästinenser kann darüber schmunzeln

Ägyptisch-syrisch-sudanesisches Bündnis wird weiter ausgebaut

Am 28.2.77 wurde der Sudan in die Bildung eines „gemeinsamen politischen Kommandos" mit einbezogen, das Syrien und Ägypten bereits im Dezember letzten Jahres gegründet hatten. Im Oberkommando arbeiten jeweils die Staatschefs, Ministerpräsidenten, Verteidigungs-, Außen- und Innenminister der drei Staaten zusammen. *„Gemeinsame Ausschüsse sollen eingesetzt werden, die eine Vereinigung auf den Gebieten Verfassungsrecht, Verteidigung, nationale Sicherheit, Außenpolitik, Wirtschaft, Finanzen, Bildung, Kultur und Verwaltung ausarbeiten sollen."* („Neue Zürcher Zeitung", 2.3.77).

Als Ziel dieses Bündnisses wurde offiziell bekanntgegeben, daß es ein erster Schritt in Richtung einer gesamtarabischen Einigung sein soll und die Aufgabe hat, den Raum um das Rote Meer aus allen Konflikten herauszuhalten. Es sei somit gegen Israel gerichtet, denn Israel hat vor kurzem einige Rotmeerinseln von Äthiopien zur militärischen Nutzung zur Verfügung gestellt bekommen.

Diese Punkte werden aber wohl eher wegen ihrer Popularität bei der arabischen Bevölkerung in den Vordergrund gestellt. Diesen erlauchten Kreis reaktionärer arabischer Regimes (zusätzlich steht noch Saudi-Arabien als Land mit Geld und Macht hinter allen Entscheidungen; so war Ölminister Jamani auch auf der Konferenz anwesend) treiben ganz andere Dinge zusammen. Gerade diese Staaten sind Vorantreiber der sogenannten „friedlichen Lössung" des Nahost-Konfliktes, sie betreiben alle verstärkt eine Politik der Öffnung gegenüber den Imperialisten, und last not least müssen Sadat, Assad und Numeiri mit wachsenden Protesten und aufstandsähnlichen Widerstandsaktionen (Sudan und Ägypten) der Bevölkerung fertig werden. Die wirklichen Ziele des Bündnisses sind nur allzu deutlich: Zum einen, stärkere Kooperation bei der Durchsetzung der Politik der „friedlichen Lösung", vor allem gegen die fortschrittlichen Bewegungen in den arabischen Staaten, besonders gegen die palästinensischen Revolutionäre, und zum anderen enge Zusammenarbeit bei der Niederschlagung von Unruhen und Aufständen der eigenen Bevölkerung. Gerade beim zweiten können diese Staaten auf „gute Erfahrung" zurückblicken. Nur durch ägyptische (und libysche) Hilfe konnte Numeiri 1971 einen linken Aufstand niederschlagen und in der Folge die KP blutig vernichten. Numeiri seinerseits hat nach den Januarunruhen Sadat Lebensmittel im Wert von 12 Mill. DM als Geschenk geliefert. Dieses Bündnis soll ausgebaut werden!
Schönen Dank.

Nahostkommission

SEW: Parteiverfahren – verfahrene Partei

Im Januar dieses Jahres ist eine Broschüre erschienen, herausgegeben von mehreren Mitgliedern und ehemaligen Mitgliedern der SEW. Darin wird dokumentiert, daß alleine in den Monaten Dezember und Januar mindestens acht Parteiausschlußverfahren innerhalb der SEW durchgeführt bzw. beantragt worden sind.

Anlaß dieser Ausschlüsse waren verschiedene Protestaktionen von Mitgliedern und engen Sympathisanten der SEW gegen die bedingungslose Befürwortung der Biermann-Ausweisung. So haben 44 Mitglieder und 197 Sympathisanten der SEW eine Resolution unterschrieben, die wir nebenstehend abdrucken. Vier von ihnen wurden am 7.1. von der Kreisschiedskommission der Kreuzberger SEW aus der Partei ausgeschlossen. Begründet wurde dies mit „erheblichem und vorsätzlichem Verstoß gegen das Statut der SEW", denn die Biermann-Resolution sei Kritik an der DDR, und nach einem für alle SEW-Mitglieder verbindlichen Tagungsbeschluß des Parteivorstandes ist jedwede Kritik an den „sozialistischen Staaten" verboten. Außerdem sei die Unterschriftensammlung für die Biermann-Resolution ein Verstoß gegen das „Fraktionsbildungsverbot", wobei die Resolution als Plattform für die Fraktion gedient haben soll. Die restlichen drei Parteiausschlußverfahren wurden gegen SEW-Mitglieder aus Tempelhof und von der FU (Mediziner und Politologen) eingeleitet.

Die Kritik der Verfasser des oben genannten Papiers an der SEW geht aber weit über die Biermann-Kritik hinaus. Dabei wird vor allem die Nichteigenständigkeit der SEW (d. h. es werden keine abweichenden Meinungen von KPdSU/SED) geduldet und die Unterdrückung der Parteidemokratie hervorgehoben. Eine solche Kritik wird von der SEW-Führung pauschal in die Ecke des „Rechtsopportunismus" gedrängt. Es ist Praxis in der SEW, daß nicht nur eine Einheit in der Aktion, sondern auch eine Einheit in der Diskussion gefordert wird. Abweichende Meinungen von der Linie des Parteivorstandes werden also nicht zugelassen.

Die Herausgeber des Papiers stellen dazu selber fest: *„Wir haben in den letzten zwei Jahren diese Verletzung der Parteidemokratie in der SEW erst vorsichtig, dann jedoch mit Hartnäckigkeit kritisiert. Zunehmend wurden wir für die Bezirksfürsten in Kreuzberg unbequem. So ist es auch zu verstehen, daß gerade die 4 Unterschriftgeber aus der WPO 33* (Wohnparteiorganisation) *für eine Resolution, die sich gegen die Ausbürgerung von Wolf Biermann wandte, ausgeschlossen wurden".*

KB/ Gruppe Westberlin

„Biermann-Resolution"

Wir, Mitglieder und Nichtmitglieder der SEW, protestieren gegen die Ausbürgerung des Liedermachers und Schriftstellers Wolf Biermann aus eben dem Land, in dem er erklärtermaßen leben will, weil er es für das bessere, für jenes Deutschland hält, dem die Zukunft gehören wird.

Wolf Biermann hat nie einen Zweifel an seiner sozialistischen Gesinnung gelassen. Es ist daher absurd, ihm zu unterstellen, er hätte in Köln ein Programm dargeboten, „das sich ganz bewußt und gezielt gegen die DDR und gegen den Sozialismus richtete".

Dem unbedingten Antikommunismus der reaktionären Kräfte können wir nicht durch bedingungslose Loyalität, sondern nur durch kritische Solidarität gegenüber dem sich entwickelnden Sozialismus begegnen. Erst die Duldung oder Unterstützung der Unterdrückung solidarischer Kritik gibt den Gegnern der Demokratie die Möglichkeit, sich als die wahren Kritiker, als die Hüter von Demokratie und Freiheit aufzuspielen. Sie gibt ihnen Gelegenheit, Sozialismus und Unfreiheit gleichzusetzen, um damit die eigenen Unterdrückungsmaßnahmen als im Dienste der Demokratie stehend zu rechtfertigen.

Die Glaubwürdigkeit derjenigen, die bei uns konsequent gegen den Abbau der demokratischen Rechte, besonders in Form der Berufsverbote, kämpfen, steht auf dem Spiel, wenn wir uns nicht bereitfinden, die demokratischen Rechte, wo immer sie angegriffen werden, zu verteidigen. Es gilt unter allen Umständen, die Solidarität aller demokratischen Kräfte im Kampf gegen die Reaktion zu stärken.

Nicht seine Kritik „macht Biermann interessant für alle Gegner des Sozialismus", sondern die Unterdrückung seiner Kritik.

Die DDR würde die Solidarität der demokratischen Kräfte und der Arbeiterbewegung Westeuropas ebenso wie sich selbst schädigen, wenn sie diese Entscheidung nicht korrigiert. Wir fordern daher, daß die Regierung der DDR ihre Entscheidung revidiert, und wir erwarten, daß der Vorstand der SEW sich in diesem Sinne öffentlich einsetzt.

Unterzeichner: 44 Mitglieder der SEW, 197 Sympathisanten der SEW

DGB: Auftrittsverbot für Biermann

Bei einer Pressekonferenz in Amsterdam am 23.2., die einer Reihe von Biermann-Konzerten in den Niederlanden vorausging, betonte Biermann wiederum, daß er nicht die „Rolle eines Solschenizyn" spielen wolle.



...jetzt auch niederländisch

Diese Weigerung hat ihm nun auch ein Auftrittsverbot vom DGB eingetragen. Ursprünglich hatte er bei einer gewerkschaftlichen 1.Mai-Veranstaltung in Frankfurt singen sollen. Die örtliche Leitung des DGB sprach sich jedoch mit elf (acht SPDler, drei DKPler) gegen sechs Stimmen gegen seinen Auftritt aus: Die SPDler argumentierten, daß sie das Podium keinem Kommunisten zur Verfügung stellen wollten, die DKPler behaupteten, Biermann habe bei seinem Auftritt in Köln die Arbeiter der DDR als „Diebe" bezeichnet (nach „Volkskrant", 24.2.).

Rechte Sozialdemokraten und Revisionisten – brüderlich vereint! ...

Eine nachträgliche Pointe erhält dies Verbot noch dadurch, daß Wolf Biermann am 1. Mai doch auftreten wird, und zwar auf dem Wahlkongreß der niederländischen Sozialdemokraten (PvdA) in Rotterdam. Die haben ihm nämlich wenigstens anti-faschistische Lieder zugestanden, *„wo auch die PvdA hinter stehen kann"* (nach „Vrij Nederland", Nr. 9, 5.3.77).

Niederlande-Kommission
KB/ Gruppe Hamburg

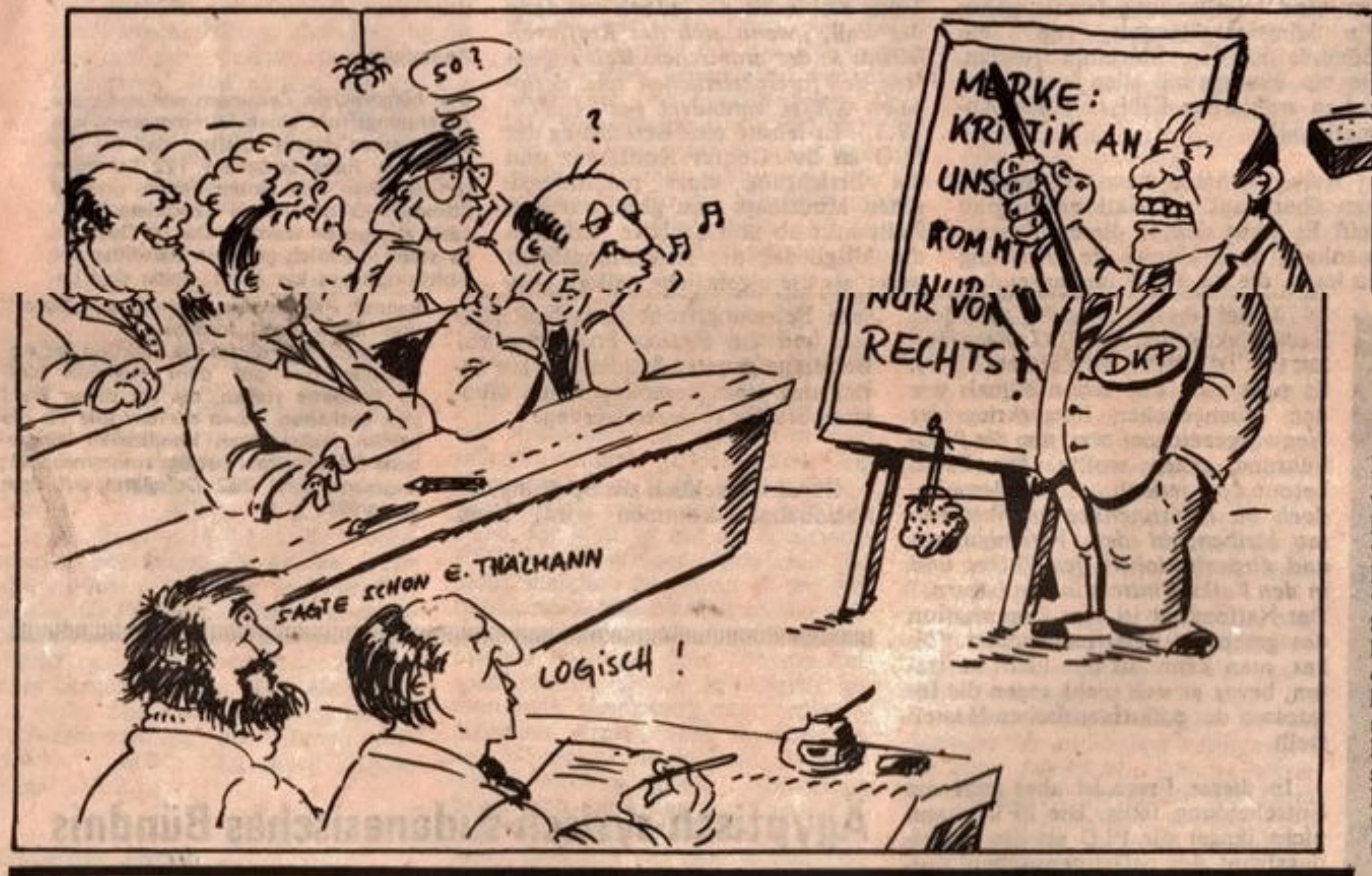
Die Gedanken sind frei...

Bekanntlich gibt es in der Sowjetunion keinen einzigen politischen Gefangenen. Sagt die KPdSU und wiederholt die DKP ...

Da aber die Gerüchte nicht verstummen wollen, daß es in der Sowjetunion womöglich d o c h den einen oder anderen politischen Gefangenen gebe, hat das KPdSU-Organ „Prawda" jetzt ein für alle Mal eine Begriffsklärung vollzogen, die von der „UZ" der DKP prompt übernommen wurde. Wir zitieren aus der „UZ" vom 14. Februar: *„Die Behauptung der sogenannten Dissidenten, sie würden angeblich wegen ihrer Überzeugung verfolgt, wird von der Zeitung als Lüge bloßgestellt. Wörtlich: ‚In der Sowjetunion wird niemand wegen seiner Überzeugung verfolgt. Aber entsprechend den sowjetischen Gesetzen werden Personen zur Rechenschaft gezogen, die sich mit antisowjetischer Propaganda und Agitation zur Zerstörung oder Schwächung des in der UdSSR errichteten sozialen und politischen Systems ... befassen' "*?

Also, alles klar: Denken kann man auch in der Sowjetunion, was man will! Alle Achtung! – Auch in der BRD erhält bekanntlich niemand wegen seiner politischen Überzeugung Berufsverbot, sondern nur wegen Aktivitäten, „die sich mit der Zerstörung oder Schwächung des in der BRD errichteten sozialen und politischen Systems befassen". –

Die DKP muß wirklich arm dran sein, wenn sie einen solchen Stuß in ihrer „UZ" auftischen muß. Ob sich da nicht sogar manch abgebrühter „UZ"-Abonnent ziemlich verarscht gefühlt hat?! ...



„Freigekämpft"?

„Aufgrund des Massenprotestes", so triumphierte der „Rote Morgen" vom 11. März, konnte ein „KPD/ML"er aus der DDR „freigekämpft" werden, wo er knapp drei Wochen lang von der Polizei festgehalten worden war. Dies sei „ein großer Sieg, errungen durch den massenhaften Protest der Bevölkerung und den militanten Kampf von Bernds Partei, der KPD/ML". Dieser „massenhafte Protest der Bevölkerung" hat sich freilich wieder einmal, wie so manches bei dieser Komiker-" Partei", lediglich in der P h a n t a s i e der „KPD/ML"er zugetragen.

In der grauen Wirklichkeit hingegen ist folgendes passiert:

Der „ML"er Bernd Hübner wurde am 12. Februar an der DDR-Grenze festgenommen, als er mit dem Auto Propaganda-Material der „KPD/ML" nach Ostberlin einschmuggeln wollte. In der DDR wurde Hübner mehr „politisch bearbeitet" als verhört, und schließlich am 2. März wieder entlassen. Inzwischen hatten in der Phantasie der zurückgebliebenen „ML"er die zitierten „Massenproteste" stattgefunden. Exakt: Demonstration in Westberlin, Neumünster (dem Heimatort Hübners) und in Bonn mit zusammen weniger als 1.000 Teilnehmern! Über die Reihen der „KDP/ML" selbst hinaus fand der „Massenprotest" kaum Resonanz. Nebenbei wurden, offenbar als Ausdruck des „militanten Kampfes der Partei", Steine in die Scheiben der Westberliner Niederlassung von „Areoflot" (sowjet. Fluglinie) und in ein Büro der DDR in Düsseldorf geworfen. Speziell der Glasschaden scheint die DDR-Behörden zur Freilassung Hübner's „gezwungen" zu haben...

Die „KPD/ML"-Mini-Proteste sind ein naturgetreues Spiegelbild der totalen sektenmäßigen Isolierung, in die sich die „KPD/ML" mittlerweile hineinmanövriert hat. Wer hat auch schon Lust, sich mit Leuten zu solidarisieren, die ihn dann gleich dreist für ihre „Sozialfaschismus"-These vereinnahmen wollen? Und die generell politische Solidarität anderer Kräfte nur als Ausdruck von Dummheit und Schwäche und als Beweis für die „korrekte Linie der Partei" mißzuverstehen pflegen?

Durch Massenproteste „freigekämpft"? Ganz bestimmt nicht! Die „KPD/ML" hatte während ihrer „Massenkämpfe" in Flugblättern und im „Roten Morgen" phantasiert, dem Bernd Hübner würden nun in der DDR **„10 Jahre Freiheitsstrafe oder Schlimmeres blühen"**. Ihm werde **„irgendwann in den nächsten Monaten"** ein **„Geheimprozeß"** gemacht werden, **„ohne Rechtsanwalt, ohne Kontakt zu seiner Frau und seinen Angehörigen"** und er werde dann **„vielleicht für Jahre hinter den Zuchthausmauern von Bautzen verschwinden"** („RM", 4.3.). Was aber geschah in Wirklichkeit? Nach seinem eigenen Bericht wurde Hübner in der DDR vor allem „politisch bearbeitet". Das heißt, man versuchte (natürlich vergeblich), den „ML"er auf den Unsinn hinzuweisen, der in den von ihm mitgebrachten Materialien verzapft war. Ein Unterfangen das eher auf eine rührende Naivität der DDR-Behörden schließen läßt!... Hübern selbst über die im zuteil gewordene Behandlung: *„Mit welcher Methode wurden die Verhöre vorgenommen? Die Vernehmer waren sehr freundlich – zu freundlich, muß man sagen"* („RM, 11.3.) Nichts von Folter, Schlägen, düsteren und feuchten Verliessen, Hunger etc.

Die „KPD/ML" behauptet in ihrem Wahn, in der DDR bestünde eine **„faschistische Diktatur", „schlimmer als bei Hitler"**. Nun, was wäre dem freigekämpften Helden passiert, wenn er versucht hätte, beispielsweise ins faschistische Chile sein Material einzuschmuggeln? Was wäre ihm in der Zeit des Hitler-Faschismus passiert?

Man könnte sich darüber empören, daß jemand wegen ein paar Stapel Papier voll dummen Zeug drei Wochen lang in der DDR festgehalten und belästigt wird. Aber das ganze sonstige Verhalten der „KPD/ML" läßt kaum Empörung aufkommen, weil man es im Grunde der DDR nicht übelnehmen kann, daß sie sich gegen einen derartigen Schmutz, der sich in diesem Punkt von den Erzeugnissen der Springer-Presse kaum unterscheidet, zur Wehr setzt. **Eine solche Sicht der Dinge geht jedoch an der Tatsache vorbei, daß in der DDR eben keineswegs nur die Wahnsinns-Produkte der „KPD/ML", sondern auch kommunistische und linkssozialdemokratische Publikationen aus der BRD verboten sind. Davon dürfen die antikommunistischen Mätzchen der „KPD/ML" nicht ablenken!**

Kontaktadressen des KB

Redaktion und Verlag
Lerchenstraße 75
2000 Hamburg 50
Telefon Verlag: 43 53 06
Telefon Redaktion: 43 53 46

Sozialistischer Studentenbund
Büro
Schlüterstr. 4
2000 Hamburg 13

Schleswig-Holstein

Flensburg
Peter Petersen
Postlagerkarte A 02 25 83
239 Flensburg

Geesthacht
Postlagerkarte 02/2064 Geesthacht
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr vor Hertl

Kappeln
Dagmar Schneider
Postlagernd
234 Kappeln

Kiel
W.D. Scheel
Postlagerkarte 098 831 A
23 Kiel 1
Jeden Mi. von 11 bis 14 Uhr
Büchertische Universität/Mensa
Jeden Fr. von 16 bis 18 Uhr am Hauptbahnhof
Jeden Do./Fr. von 16 bis 18 Uhr
Holstenstraße Weipert/Karstadt

Lübeck
ARBEITERKAMPF-Vertriebsbüro
Mühlenstr. 39
24 Lübeck 1

Mölln/Ratzeburg
M. Betow
Postfach 1111
241 Mölln

Ost-Holstein
(Eutin, Plön, Malente)
H. Lankau
Postlagerkarte A 022 854
242 Eutin
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr am Markt/Peterstraße in Eutin

Pinneberg/Stе nburg
Postlagerkarte A 12 926
208 Pinneberg

Reinbek
Jeden Sonnabe von 10 bis 12 Uhr
Kaufzentrum R nbek/West

Bremen

Bremerhaven
Arbeiterkampf-Vertriebsbüro
Postстr.14
285 Bremerhaven
Mittwoch und Freitag
16.30 - 19.00 Uhr

Bremen
ARBEITERKAMPF-Vertriebsbüro
Fedelhören 77
28 Bremen
Mi. und Fr.: 16 bis 19 Uhr
Sonnabend: 10 bis 14 Uhr

Niedersachsen

Braunschweig
Postlagerkarte 061 378
33 Braunschweig

Cuxhaven
Verkauf jeden Sonnabend
10 bis 12 Uhr vor Karstadt
Nordersteinstraße

Emden
Postlagerkarte 067452 A
2970 Emden

Göttingen
Buchladen Rote Straße
Rote Straße 10 z.Hd. KB
34 Göttingen

Hannover
Arbeiterbuch z.Hd. KB
Rehbockstr. 3
3 Hannover

Hildesheim
32 Hildesheim
Postlagerkarte A 019 064
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr
Fußgängerzone/Hoher Weg

Lüneburg
Postlagerkarte A 017 890
314 Lüneburg
Sonnabend Bäckerstr.
11 bis 13 Uhr

Stade
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr am Pferdemarkt

Weser-Ems-Gebiet
Postlagerkarte 070 178 A
29 Oldenburg 1

Rheinlandpfalz

Südpfalz
G. Wißmeier
Postfach 22
6748 Bad Bergzabern

Nordrhein-Westfalen

Bielefeld
Jeden Sonnabend von 10 bis 13.30
Bahnhofstraße

Bochum
Postlagerkarte A 056 028
463 Bochum
Verkauf jeden Samstag
Kortumstr./Innenstadt
10 – 13.00 Uhr,
jeden Die., Mi., Do. Uni/Mensa
12.00 – 14.00 Uhr

Duisburg
Postlagerkarte 080 190 A
41 Duisburg
jeden Sonnabend von 11 bis 13 Uhr vor Karstadt (Stadtmitte)

Essen
jeden Do. 11.00 Uhr – 14.00
Gesamthochschule Essen

Mönchengladbach 2
Postlagerkarte A 006745
4050 Mönchengladbach
Verkauf jeden Sonnabend
11 bis 13 Uhr im Rheydt
(Fußgängerzone)

Hessen

Darmstadt
Edwin Herrmann
Am Eichbaumeck 52
61 Darmstadt

Frankfurt
Vertriebsbüro K. Scholz
Adalbertstr. 29
6 Frankfurt/M. 90
öffentl. Bürostunde
Mi. 16.30 – 19.30

Kassel
Florian Rohs
Postfach 10 31 43
35 Kassel
Jeden Sonnabend von 10.30 bis 13 Uhr
Königsplatz

Baden-Württemberg

Freiburg
Buchladen Jos. Fritz (c/o KB)
Wilhelmstraße 15
78 Freiburg
Tel: 26 877
Di. von 17 bis 18 Uhr

Heidelberg
Verkauf jeden Mittw.
– alte Mensa/Marstallhof
und 19 Uhr im CA

Karlsruhe/Pforzheim
Heidi Zorn
Humboldtstr. 13
75 Karlsruhe

Bayern

Bamberg
Verkauf jeden Sonnabend
11 bis 12.30 Einkaufszentrum vor Hertie

Erlangen
Verkauf jeden Mittwoch
12 bis 13.30 Uni-Mensa
Langemarck-Platz 4

Landshut
Postlagerkarte A 04 11 81
83 Landshut
Verkauf jeden Sonnabend
10 bis 12 Uhr Altstadt vorm Oberpaur

Nürnberg/Fürth
P. Trösler
Postfach 150 472
85 Nürnberg 15
offener AK-Lesekreis
Mittwoch 19 Uhr im Komm
Verkauf jeden Samstag 10.30 bis 12.30 Uhr
Breite Gasse, Kaufhof

Regensburg
Verkauf jeden Donnerstag
11.30 bis 13.30 Uhr Uni-Mensa
16 bis 18 Uhr Fußgängerzone
Königstr.

Westberlin
A. Radtke
Thomasiusstr. 2
1 Westberlin 21
Fr. von 18 bis 19 Uhr

1900 – ein Jahrhundertfilm?

In den Kinos der BRD läuft z.Zt. der Film ‚1900'. Selten hat so ein Film innerhalb der Linken so viele Kontroversen ausgelöst, wie dieser. Hier kurz zum Inhalt:

1900 werden auf einem Landgut in Italien zwei Kinder geboren. Der eine als Sohn in einer Großgrundbesitzerfamilie (Alfredo), der andere als Sohn in einer Landarbeiterfamilie (Olmo).

Der Film schildert das „gemeinsame" Leben der beiden bis in das Greisenalter.

Alfredo übernimmt das Landgut und läßt es durch einen faschistischen Verwalter – der von seinem Vater eingesetzt wurde – verwalten. Er wird in der Zeit des italienischen Faschismus selber zum Faschisten. Olmo kämpft auf diesem Landgut für die Rechte der Landarbeiter, schließt sich dann dem antifaschistischen Widerstand an, um als Partisan zu kämpfen.

Als nach der Befreiung vom Faschismus Alfredo von den Massen zum Tode verurteilt wird, rettet Olmo „seinem Lebensgefährten" das Leben, mit der Begründung „Alfredo soll weiterleben, um lebendig zu beweisen, daß es keine Großgrundbesitzer mehr gibt."

Olmo ist auch der erste, der nach der Befreiung auf Geheiß der Regierung seine Waffen abgibt.

Am Schluß des Filmes balgen sich zwei Männer im Greisenalter – Olmo und Alfredo – auf einem Feldweg zwischen schönen Feldern und unter gleißender Sonne.

Der Regisseur Bertolucci (KPI-Mitglied) hatte in diesem Film vor, die Entwicklung des italienischen Faschismus, des Widerstandes und den demokratischen Sieg darzustellen. (Presseheft zu dem Film). Dieser fortschrittliche Anspruch hat Bertoluccis Film auch gleich einen üblen Verriß der BRD-Faschisten eingebracht:

„Die Lüstlinge, die Bösen überhaupt sind bei Bertolucci immer die Reichen. Die schlichte Philosophie versteht sich bei ihm – er ist Kommunist." („Bild-Zeitung")

„Zu grobschlächtig gerieten ihm die geschichtlichen Zusammenhänge, die kaum über die Klassenkampfschablone hinauskommen ..." („Hamburger Abendblatt") (beides zitiert nach „konkret" 2/77).

Ein Film für die „fortschrittlichen" unter den Kino-Voyeuren

Um es vorweg zu nehmen, der Film gehört nicht zu den reaktionär, faschistischen Machwerken, wie z. B. „Entebbe", „Ein Mann sieht rot" oder „Taxidriver".

Dennoch muß man sich vergegenwärtigen, wie er zustande kam und von wem er finanziert wurde:

– **Nachdem Bertolucci den gehobenen Edel-Porno „Der letzte Tango" gedreht hatte, der sich beinahe ausschließlich an das bourgeoise Kinopublikum gerichtet hat, waren auch US-Produzenten von Bertoluccis „marktgerechten Qualitäten" überzeugt (der Film spielte 50 Mill. Dollar ein).**

Hollywoods Bosse waren „bereit" das Projekt „1900" mit mehr als 20 Mill. Dollar zu finanzieren.

Es ist an zehn Fingern abzuzählen, daß die Produzenten – die u. a. auch obige Faschofilme finanzierten – Einfluß auf das Drehbuch, die Darstellung und die letztendliche Vermarktung des Filmes nahmen.

(Z. B. muß jeder Kinobesucher zweimal Eintritt zahlen, um den Film ganz zu sehen, da er in zwei Teilen gezeigt wird!)

Was die Darstellung – und damit auch Vermarktung – anbelangt, so ist dieser „fortschrittliche" Film durchaus nach bewährtem Strickmuster gedreht:

– Der Großvater Alfredos erhängt sich, nachdem ein Bauernmädchen ohne Erfolg den Versuch unternehmen mußte, ihn zu masturbieren;

– der faschistische Gutsverwalter zerschmettert einer Katze den Kopf; später zerschmettert er einem Jungen an einem Balken den Kopf, weil dieser ihn beim Geschlechtsakt mit seiner Geliebten beobachtet hat;

– zum Schluß wird der Gutsverwalter und seine Geliebte mit zerschlagenen Köpfen und Leibern von den Widerstandskämpfern im Schweinestall festgehalten;

(diese Beispiele ließen sich fortsetzen)

Und das alles dann in Großaufnahme und z. T. in Zeitlupentempo. D. h. es werden ganz gezielt die von der Filmbranche ausgemachten „Sex and Crime"-Darstellungen geboten. Das führt u. a. dazu, daß etliche „zartfühlende" Besucher den Film mittendrin verlassen, weil sie die Massen an Blut nicht mehr ertragen können und der „Stern" unfreiwillig mit „Prädikaten" wie „Not, Sex, Gewalt und Zärtlichkeit" für diesen Film Werbung macht! Wenn in dem Film auch die Faschisten und ihre Hintermänner (hier die Großgrundbesitzer und die Pfaffen) richtig dargestellt werden, so geht dieses Element gerade in der „Sex and Crime"-Darstellung unter. Übrig bleibt nur die Brutalität!

„... leider bewegt sich Bertolucci in seiner Dämonisierung der Faschisten inzwischen bereits auf der Linie der Lilianan Cavani („Nachtportier") ... und wie sonst die italienischen Regisseure alle heißen, denen Faschismus willkommener Vorwand für – ideologisch vermeintlich „abgesicherte" – Pornofilme ist." (Peter

Faschismus willkommener Vorwand für – ideologisch vermeintlich „abgesicherte" – Pornofilme ist." (Peter
Hamm in „konkret" 12/76)

Hinter dieser – kassenfüllenden – Darstellung geht der „fortschrittliche" Anspruch verloren:

– So wird z. B. ausgiebig gezeigt, wie die Widerstandskämpfer (zu Recht!) auf einem Friedhof das Faschistenpaar erschießen. Hierbei wird aber kaum die Richtigkeit des Todesurteils gegen die Faschisten klar gemacht, sondern es wird wieder nur die „Brutalität" der Vollstreckung ausgewalzt (die Faschos kriechen mit halb zerschlagenen Gesichtern und blutend auf der Erde rum bevor sie endlich erschossen werden etc.).

Mit einer solchen Darstellung des gerechten Urteils über faschistische Massenmörder schlägt man jedem Antifaschisten und Demokraten ins Gesicht!

Ein Schlag unter die Gürtellinie aller Antifaschisten und Demokraten ist es allerdings, wenn Bertolucci zwar zeigt, wie die Widerstandskämpfer nach der Zerschlagung des Faschismus die Waffen abgeben, aber die Auseinandersetzung hierzu schlicht wegläßt und – noch schlimmer – die sich aus dieser Entwaffnung ergebenden Folgen verniedlicht. (Ebenso gilt das für die „Rettung" Alfredos vor dem gerechten Urteil durch Olmo).

Anstatt zu zeigen, daß es sich bei der Entwaffnung um den ersten Schritt einer neuen Diktatur der Bourgeoisie handelt, sieht man Olmo und Alfredo – Landproletariat und Großgrundbesitzer – mehr oder weniger „friedlich vereint" durch schöne Felder gehen.

Vielleicht „historischer Kompromiß" aus Bertoluccis Sicht!?

Sicherlich einer aus der Sicht und nach dem Geschmack seiner Finanziers aus Hollywood!

filmfaust will „Unruhe stiften"



Der Preis der neuen „filmfaust": DM 5,-

Im Dezember '76 erschien die erste Ausgabe einer neuen filmkritischen Zeitschrift: die „filmfaust". Neu sind an der „filmfaust"

1. die Auswahl der Interviews und der Filme,
2. die durchweg lebendige, verständliche Sprache.

Sie stellt sich in die Tradition russischer Filmemacher, die – wie D. Vertow und S. Eisenstein („Panzerkreuzer Potemkin") – sich in ihren Filmen um sozialistischen Realismus bemühten und 1917 die erste „Filmfaust"-Nummer herausbrachten.

Zum Inhalt der ersten Ausgabe: In dem Interview mit Joris Ivens (sein und Marceline Loridans Film „Wie Yü Gung Berge versetzte" wurde in Teilen im NDR III-Programm gezeigt und vom Reents-Verlag als Video-Aufzeichnungen zu haben) wird hauptsächlich um das Problem des „Sozialistischen Realismus" diskutiert, weil bestimmte Stile, etwa der von Käthe Kollwitz, „für einen Proletarier heute wenig Wert hat" (Ivens). Ebenso meint Ivens, daß man auf der Suche nach aktuellen Vorbildern „nicht in den Fehler verfallen darf, heute über China so zu reden, wie wir früher über die Sowjetunion geredet haben: alles wunderbar".

Ein zweites Interview mit M. Loridan behandelt die Emanzipation der Frauen in China und Europa.

Kritisiert werden in der „filmfaust" Filme, die ein Massenpublikum haben, so u. a. „Die Unbestechlichen" und „Taxi-Driver".

Zum Schluß werden zwei Filme vorgestellt, die die Richtung weisen, wie man fortschrittliche Filme machen kann „Lieber heute aktiv, als morgen radioaktiv" (über den Kampf der Badischen und Elsässischen Bevölkerung gegen das Kernkraftwerk bei Wyhl) und „Saat der Gesundheit" (über die Arbeit von „Barfußärzten" in Guatemala).

Die Herausgeber der „filmfaust" (u. a. die Schauspielerin Alexandra Kluge, „Abschied von gestern") wollen mit ihr „Unruhe stiften". Fortschrittliche Filmemacher in der BRD arbeiten unter dem Druck des § 88a („Maulkorbparagraph") und unter teilweise unerträglichen ökonomischen Bedingungen; die Filmkritik ist „so gut wie gleichgeschaltet". Darum ist eine Zeitschrift wie die „filmfaust" besonders zu begrüßen.

UNSERE LIEFERUNGSBEDINGUNG:

LIEFERUNG erfolgt grundsätzlich nur gegen VORAUSKASSE
Konten:
PSchA Hamburg
BLZ 200 100 20
Kto. 24 05 95;
J. Reents, Dresdener Bank AG Hamburg
BLZ 200 800 00
Kto. 45 18 37 8

Bücher und Broschüren

Aus Betrieb und Gewerkschaft:
- ○ Drucker-Streik – Ein großer Kampf, ein mieser Abschluß! — Juni 76, 66 Seiten, A 4 — DM 2,50
- ○ GEW: Kampf um innergewerkschaftliche Demokratie — 108 Seiten, A 5 — DM 3,50
- ○ Ernst Thälmann, Über Gewerkschaften — 120 Seiten, Paperback — DM 3,50

Kampf dem Faschismus:
- ○ Droht ein neuer Faschismus? — 279 Seiten, Paperback — DM 9,50
- ○ Kampf dem Faschismus — 300 Seiten, Paperback — DM 11,00
- ○ Modell Deutschland – Berufsverbote — September 76, 64 Seiten, A 5 — DM 2,50
- ○ 20 Jahre KPD-Verbot – Kampf dem Antikommunismus — August 76, 54 Seiten, A 5 — DM 2,50
- ○ Schleswig-Holstein „braun durchdrungen" — Juni 76, 48 Seiten, A 4 — DM 2,00
- ○ Braune Rattenfänger im Umweltschutzgewand: Weltbund zum Schutz des Lebens — Juni 76, 8 Seiten, A 4 — DM 0,50
- ○ Die CDU war immer schon die Hauptpartei der Reaktion — September 76, 40 Seiten, A 4 — DM 3,00

SPD
- ○ Das „kleinere Übel", das zu immer größeren Übeln führt — Oktober 76, 68 Seiten, A 5 — DM 3,00

Westdeutsche Linke
- ○ Angola war nur der Anfang — März 76, 28 Seiten, A 4 — DM 1,50
- ○ KBW am Scheide-Weg — Oktober 75, 56 Seiten, A 4 — DM 3,00
- ○ Wie der KBW der Bewegung gegen den § 218 schadet — Februar 76, 16 Seiten, A 4 — DM 0,30
- ○ Der KBW lügt — Juni 75, 8 Seiten, A 4 — DM 0,30
- ○ Ist der Arbeiterbund noch zu retten? — September 76, 64 Seiten, A 5 — DM 3,00

Internationales:
- ○ Zum Nahost-Problem — 48 Seiten, A 4 — DM 2,00
- ○ Palästina – Interviews mit dem Widerstand — Februar 74, 120 Seiten, A 4 — DM 6,00
- ○ Einige Grundfragen der afrikanischen Revolution — Mai 76, 24 Seiten, A 4 — DM 1,50
- ○ Es lebe die afrikanische Revolution! — Juni 76, 30 Seiten, A 4 — DM 2,00
- ○ S. Mutumbuka (ZANU): Schlacht um Zimbabwe — Juli 76, 24 Seiten, A 4 — DM 2,50
- ○ MPLA: Vitoria Certa – Der Sieg ist gewiß — September 75, 30 Seiten, A 4 — DM 1,00
- ○ Soldatenbewegung in Westeuropa — Februar 76, 55 Seiten, A 4 — DM 1,00

Sozialismus
○ Zur Außenpolitik der VR China

Sozialismus
○ Zur Außenpolitik der VR China
3. Auflage August 76, 58 Seiten, A 4 — DM 3,00
- ○ Die chinesische Kulturrevolution in Dokumenten — Februar 74, 134 Seiten, A 4 — DM 8,00
- ○ Albanien – Ein Reisebericht — Juli 76, 40 Seiten, A 5 — DM 2,00

ABONNEMENT

ARBEITERKAMPF, Zeitung des Kommunistischen Bundes
- ○ Jahresabonnement (erscheint 14-tägig) — DM 33,60
- ○ Förderabo — DM 40,–
- ○ Bitte schickt mir ein Freiexemplar

Ich bestelle ältere Nummern zum Thema ....

REBELL, Jugendzeitung des Kommunistischen Bundes
- ○ Jahresabonnement (mindestens 8 Ausgaben) — DM 6,40
- ○ Förderabo — DM 8,–
- ○ Bitte schickt mir ein Freiexemplar

Ich bestelle ältere Nummern zum Thema ....

Die INTERNATIONALE, Zeitung des Kommunistischen Bundes für den proletarischen Internationalismus
- ○ Jahresabonnement (mindestens 6 Ausgaben und alle Sondernummern) — DM 14,40
- ○ Förderabo — DM 20,–
- ○ Bitte schickt mir ein Freiexemplar

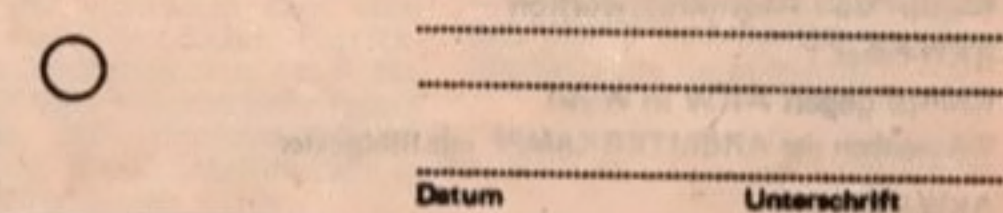
Ich bestelle ältere Nummern zum Thema ....

Lieferung erfolgt nur gegen Vorauskasse:

○ **PSchA Hamburg, BLZ 200 100 20, Kto. 24 05 95**

○ **J. Reents, Dresdener Bank AG Hamburg, BLZ 200 800 00, Kto. 45 18 37 8**

Anschrift



....

Datum — Unterschrift

Rock-Musik – Faschisten auf dem Vormarsch

Auf der Musikszene macht sich zur Zeit eine „neue Welle" breit: die Wiederauflage „des guten alten Rock'n Roll":
– „Oldies but Goldies (RCA)
„Greatest Hits (Phonogram)
„Rock'n Roll Show" (K-Tel)
das sind derzeit die „Renner" der Plattenindustrie.

„Es kaufen nicht nur junge Menschen die Rock'n Roll Platten, sondern auch Leute, die 40 Jahre und älter sind, weil sie die Songs von früher kennen" (RCA-Pressesprecher, „Szene" 3/77)

Punk Rock – eine „neue Bewegung"?

Vermeintlich in Anknüpfung an die „Wiederbelebung" des Rock'n Roll gründeten sich in England eine Vielzahl von „Punk-Rock-Gruppen". Musikalische Vorbilder dieser Punk-Rock-Gruppen sind alte „Punks", wie MC 5, Stooges, Velvet Underground und die Doors. Fast allen neuen Punk-Gruppen gemeinsam ist, daß ihre Mitglieder von Musik kaum was verstehen.

– *„Die Punks zelebrieren „Speed"... und doch ist ihr Gefühl für Rhytmus höchstens so ausgebildet, daß es zu ermüdenden und monotonen Wiederholungen kommt. Melodien werden der Brutalität geopfert"* („Sounds", 1/77).

Was qualitativ neu an den Punks ist – und das ist für uns das wesentliche – ist die Verherrlichung des Faschismus und eine brutale Frauenfeindlichkeit durch die „Vorreiter" dieser Bewegung. So meinte ein Mitglied der Gruppe „The Stranglers" (Die Würger) in einem Interview: – *„.... was soll das ganze Gerede, Frauen sind Dinger, die gefickt werden wollen. Wenn die nicht wollen, muß man ihnen das mit Gewalt besorgen. ..."* Und zum Faschismus: *„.... Hitler war schon ein toller Mann, der hat für Ordnung gesorgt ..."* (nach „Guardian", 24.2.77).

Andere Gruppen treten in England mit dem „Deutschland-Lied" – natürlich in Rock-Version – auf („Susi and the Banshees").

Andere Gruppen, wie die „Sex-Pistols" oder die „Vibrators" (schon diese Namen sprechen für sich) verherrlichen in ihren Songs *„den Massenmord (‚Chain Saw'), einen Vietnam-Veteranen, der nach New York zurückkehrt und raubt und mordet (‚53rd & 3rd') ... In dem Song ‚Today Your Love, Tommorrow The World' wird dem Faschismus gehuldigt"* (zitiert nach „Sounds", 1/77).

Auftritte der Punks beginnen oft mit wüsten Beschimpfungen gegen das Publikum („Ich wette, daß ihr uns nicht so haßt, wie wir euch Arschlöcher hassen!", „Sex-Pistols"/ „Sounds", 1/77).

Viele der Punks treten, mit Nazi-Symbolen verziert, auf die Bühne. Andersdenkende müssen mit Prügel rechnen:

– *„Wer lange Haare hat und z. B. einen Auftritt der ‚Damned' besucht, muß mit handgreiflichen Aggressionen rechnen"* („große freiheit", 1/77).

In einem Song zur Arbeitslosigkeit heißt es z. B.: **„... ich liebe nur mich, alles andere sind Arschlöcher, was sich mir in den Weg stellt, gehört umgelegt ...".**

Das Ergebnis von Auftritten dieser Fascho-Gruppen der Rock-Szene: „Schlägereien, bei denen es Verletzte gab, ... einem jungen Mädchen soll mit Glasscherben ein Auge ausgestochen worden sein ..." („Sounds", 1/77).... „Es gab Punk-Konzerte, da wurden an einem Abend mehr als fünf Mädchen vergewaltigt ..." („Guardian", 24.2.77).

In England gibt es unter den Jugendlichen eine Bewegung, sich nach den „Vorbildern" der Punks zu kleiden und zu bewegen (Hakenkreuze und andere Nazi-Symbole auf der Kleidung, offene Brutalität gegenüber Mädchen und Frauen usw. usf.).

Obwohl die Punks vorgeben, gegen das „gesamte Establishment" – insbesondere in der Rock-Szene und den Plattenfirmen – vorzugehen, werden wesentliche Punk-Gruppen („Sex-Pistols"; „Vibrators"; „The Stranglers") von den Plattenfirmen unter Vertrag genommen und bezahlt! Das zeigt eben die ganze Verlogenheit der Szene auf:

– Für „die Alten" die Oldies;
– Für die „Jungen" wilde Rock-Bands, die in ihren Live-Auftritten an die Unzufriedenheit der Jugendlichen anknüpfend (z. B. Arbeitslosigkeit) reaktionäre bzw. faschistische Ideologie verbreiten!

Noch eine Anmerkung zum Schluß: Es gibt in der Punk-Bewegung auch Gruppen, die einen fortschrittlichen Anspruch haben und die ausschließlich in der musikalischen Richtung dem Punk-Rock zuzuordnen sind!

Jeder sollte also vor dem Besuch eines Konzertes oder dem Kauf einer Platte aus dieser Musikrichtung sehr genau auf die Inhalte achten, die dort verbraten werden.

DEN FASCHISTEN – AUCH IN DER POP- UND ROCK-MUSIK – KEINEN FUSSBREIT !



Wieder fortschrittliches Jugendtheater in Hamburg

Seit Anfang des Jahres gibt es wieder ein „Klecks-Theater" in Hamburg. Das alte „Klecks" war vor ungefähr einem Jahr an politischen und finanziellen Problemen gescheitert. Die drei Teilhaber Janza, Kleinitz und Baer hatten sich getrennt, nachdem Kleinitz und Baer es abgelehnt hatten, den Berliner „Grips"-Regisseur Jörg Friedrich beim „Klecks" aufzunehmen, da das „Klecks" sonst „zu linkslastig" würde („Hamburger Abendblatt", 17.3.76). Janza stieg daraufhin aus. Die beiden anderen mußten das Theater bald darauf aufgeben, weil der Schuldenberg zu groß wurde. Eine finanzielle Hilfe des Senats (wie bei bürgerlichen Theatern üblich) wurde nicht gewährt, dazu war das „Klecks" wohl doch zu unbequem. Die Einrichtung des Theaters an der Glashüttenstraße mußte verkauft werden.

Das neue „Klecks", mit neuen Teilhabern, will wieder fortschrittliches Kinder- und Jugendtheater machen. Es wurde ein Theaterverbund gegründet mit dem Berliner „Grips" und dem „Münchner Jugendtheater". Jedes der drei Theater will in Zukunft zwei Stücke pro Jahr entwickeln, die dann untereinander ausgetauscht werden. Das „Klecks" will seine Stücke im engen Kontakt mit Jugendlichen und Pädagogen erstellen.

Für seine erste Produktion: „Das hält'ste ja im Kopf nicht aus!" erhielt das „Klecks" von der Kulturbehörde fünfzigtausend Mark Zuschuß – ein schlechter Witz, wenn man bedenkt, daß davon zwölf Schauspieler, fünf Musiker und einige Techniker bezahlt und Räume gemietet werden müssen. Für die Schauspieler bedeutete das, daß sie für zweieinhalb Monate nur 1.800 Mark Gage bekamen. Geprobt wurde in einer leeren Lagerhalle. Wäre die „Fabrik" in Hamburg nicht abgebrannt, hätte man dort vor 800 Zuschauern spielen können, was akzeptable Einnahmen gebracht hätte. Durch das Auftreten im „Malersaal", der nur 300 Plätze hat, erlitt das „Klecks" einen erheblichen Verlust.

Bezeichnenderweise hat die Hamburger Presse auf die Neueröffnung des „Klecks" überhaupt nicht reagiert. Niemand folgte der Einladung zur Pressekonferenz und die Aufführungen wurden auch nicht erwähnt (ähnlich totgeschwiegen wurde kürzlich das Berliner Theater „Rote Grütze", als es in Hamburg gastierte!).

Trotz seiner schlechten finanziellen Lage hat das „ Klecks" jetzt beschlossen, noch Vorstellungen von „Das hält'ste ja im Kopf nicht aus!" in Hamburg und Umgebung zu spielen (am 18.4., 26.4. und 1.5. bis 5.5.). Am 30. April wird das „Klecks" voraussichtlich auch auf dem großen 1. Mai-Volksfest spielen, das von uns initiiert und mitgetragen wird.

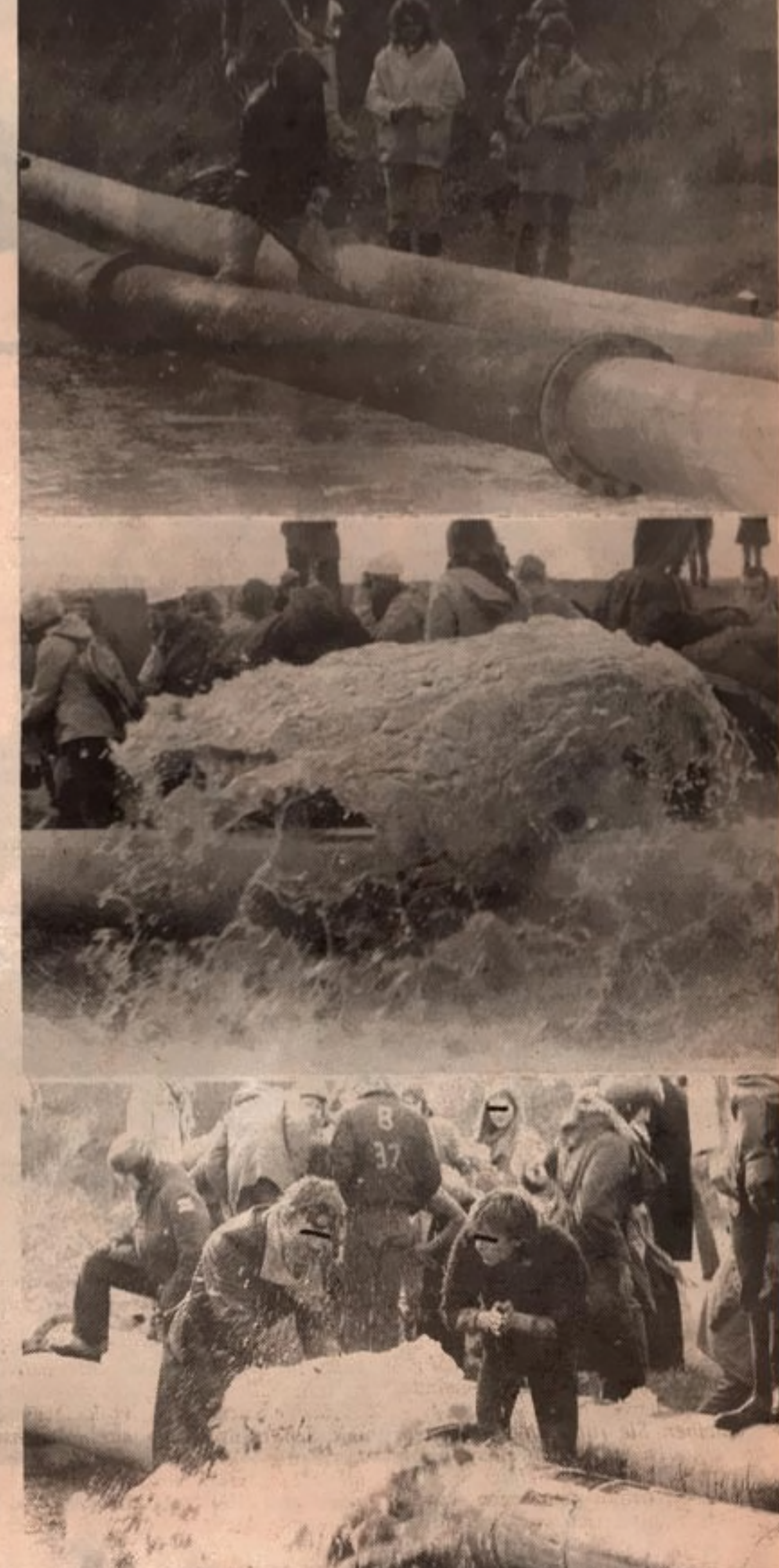
Im Mittelpunkt des Stückes stehen Hauptschüler, die sich mit der Lehrstellenknappheit und einem miesen Berufspraktikum konfrontiert sehen und nach einigen Schwierigkeiten zu solidarischen Aktionen kommen. Viel Spaß beim Zugucken!

Schauspieler
KB/ Gruppe Hamburg

Grohnde am 19.3.











Schützt die Lautsprecherwagen.
Die Bullensperre fällt.
Wurfanker, Seile und Schweißgerät nach vorn.
Erste CN-Gas-Fontänen.
Das scheppernde Geräusch von Steinen
Auf grüngespritztem Blech.
Hitziges Pingpongmit Tränengaswurfkörpern,
Der Zaun ist das Netz.
Wir wollen die Platzbesichtigung.

Ein Uniformierter
Rammt einem Militanten
Ein zentimeterstarkes Moniereisen
In den Leib.
Verletzte werden nach hinten getragen.
Sanitätswagen pausenlos im Einsatz.
Beißende Nebel treiben über das Gelände.
Am Rand des Geschehens
Schnappen Erschöpfte nach Luft.

Die feindlichen Heerhaufen formieren sich.

Drüben jetzt lange Reihen
Von Infanterie und Kavallerie.

Die Trompeter tragen heute Megaphon.
Zinnsoldaten mit Helm und Schild.
Albrecht der Beherzte mit Korsenhut.
Ritter von Preußen-Elektras's Gnaden.
Will Napoleon ein zweites Waterloo?

Bei uns nervöse Spannung und Kettenbildung.
Um jeden Preis zusammenbleiben.
Als hufetrampelnd die Parforcejagd beginnt,
Stehen die Zeichen auf Rückzug.

Wir haben viel gelernt.
Aber Waterloo ist
Noch
Eine Nummer zu groß.
Wir machen weiter
Heute
Hier
Morgen
Nächstes
Jahr
Überall

Hamburger Straßentheater 19./20.3.



Katastrophenplan Fessenheim: Die betroffene Bevölkerung wird sofort eingeschlossen!

Freiburg. Am 10.3. haben AKW-Gegner in Freiburg den bisher sorgfältig geheimgehaltenen Katastrophenplan für das elsässische AKW Fessenheim entwendet, um ihn der Öffentlichkeit bekanntzumachen. Die Pressekonferenz, zu der die Freiburger Umweltschutzgruppen (Gewaltfreie Aktion Freiburg, Arbeitskreis Umweltschutz, Aktion Umweltschutz, Aktionsgemeinschaft Umweltschutz und KKW Nein) geladen hatte, wurde von der Freiburger Staatsanwaltschaft massiv behindert. Oberstaatsanwalt und Kriminalpolizei besetzten den Versammlungsort, u.n das Material zu beschlagnahmen und die für die Veröffentlichung Verantwortlichen festzustellen.

Daß sie dazu allen Grund hatten, zeigen die bekanntgewordenen Unterlagen. Diese zeigen, daß es dabei nicht darum geht, die Bevölkerung vor Schaden zu bewahren, sondern sie in dem verseuchten Gebiet festzuhalten, dadurch, daß das Gebiet abgesperrt wird. Hier einige bislang unveröffentlichte Teile aus dem Plan:

Fernschreiben – SOFORT
Betreff: Katastrophenplan für die deutsche Umgebung des Kernkraftwerkes Fessenheim.

Das Regierungspräsidium bittet, folgende wichtige Mitteilung an die Bevölkerung mehrmals in Abständen von 15 bis 30 Minuten über den Sender auszustrahlen: ,Im Kernkraftwerk Fessenheim hat sich ein kerntechnischer Unfall ereignet. An die Bevölkerung in den genannten Gemeinden bzw. Ortsteilen ergeht folgende Warnung:

Zum Schutz der Gesundheit wird dringend gebeten, sofort geschlossene Räume aufzusuchen und alle Fenster und Türen zu schließen. Stellen Sie Be- und Entlüftungsanlagen ab, um eine radioaktive Verunreinigung des Körpers, der Kleidung und der Wohnungs- und Wirtschaftsräume zu vermeiden.

Aus Sicherheitsgründen empfehlen wir auch der Bevölkerung der in der Umgebung der betroffenden Orte liegenden Gemeinden, sich in die Häuser zu begeben. Es wird davor gewarnt, sich außerhalb des Gemeindegebiets zu bewegen.

Bleiben Sie ruhig und besonnen. Sie erhalten in Kürze weitere Informationen über diesen Sender."

Diese harmlos gehaltenen Anweisungen richten sich an die Bevölkerung. Die Weisungen an Polizei und andere offizielle Kräfte sehen hingegen sehr viel deutlicher aus:

Bei Personen und Sachen, die aus dem Gefahrenbereich kommen, ist eine Überprüfung auf Kontamination (radioaktive Verseuchung) durch geeignete Fachkräfte zu veranlassen. Erforderlichenfalls sind diese Personen abzusondern und namentlich zu erfassen. Hierzu wird bemerkt, daß die Dekontamination nicht Aufgabe der Polizei ist.

Je nach Gefahrenlage ist sicherzustellen, daß die Hilfsdienste und die eigenen Kräfte nicht zu dicht an die Gefahrenbereiche heranfahren.

Gleichzeitig wird die Bevölkerung wieder beruhigt:

„Bewahren Sie auf jeden Fall Ruhe, wenn Ihnen Meßtrupps und Hilfskräfte unter Schutzmasken und Schutzanzügen begegnen. Diese sind länger im Freien, müssen radioaktive Verunreinigung aufspüren und beseitigen und sind deshalb besonders geschützt. Für Sie selbst besteht deshalb keine erhöhte Gefahr. Bewahren Sie Ruhe und Besonnenheit!"

Angeblich soll mit einer Evakuierung der Bevölkerung ab einer radioaktiven Belastung von 100 rem begonnen werden. Darunter wird angeraten: *„Wasserdichte Regenkleidung, besonders auch für Kopf und Füße, ist unabhängig vom Wetter ein sehr wirksamer Schutz gegen radioaktive Verunreinigung; wenn Sie das Haus verlassen, nützt ein Regenschirm nur bei Regen; bei Wind und bei jeder Staubentwicklung atmen sie im Freien möglichst durch ein Taschentuch"* („BZ", 13.3.77).

Ganz anders sehen wiederum die Anweisungen an die Polizei aus:
VI. Schutz der eigenen Kräfte:
3. Besteht die Möglichkeit der Kontamination oder Inkorporation, so darf der Gefahrenbereich im allgemeinen nur mit der dafür vorgesehenen Schutzausrüstung betreten werden. Essen, Trinken und Rauchen im Gefahrenbereich ist von den eingesetzten Polizeibeamten wegen der möglichen gesundheitlichen Schädigung in jedem Fall zu unterlassen.
4. Innerhalb des Gefahrenbereiches dürfen sich auch Polizeibeamte mit Schutzausrüstung nur möglichst kurzzeitig aufhalten. Die aufgenommene Einzeldosis sollte im allgemeinen 3 rem (!!!) *nicht überschreiten."*

Bereits diese wenigen Teile, die bislang aus dem Katastrophen-„schutz" (??)-plan veröffentlicht wurden, zeigen, daß es den Behörden darum geht, die Bevölkerung zu beruhigen und sie über die tatsächliche Gefahr, die von der tödlichen Strahlung ausgeht, zu belügen. Die radioaktive Strahlung kann mit den Sinnesorganen nicht wahrgenommen werden. Wenn man nicht sofort stirbt, dann zeigen sich die furchtbaren Schäden teilweise erst nach Jahren oder Jahrzehnten – man denke nur an die Mißgeburten, die heute noch von den Kindern der Hiroshimaopfer zur Welt gebracht werden.

Aufgrund der Nichtwahrnehmung der Radioaktivität fällt es den Behörden auch so leichter, die bedrohte Bevölkerung über das Ausmaß der Gefahr zu belügen.

Die Teilveröffentlichung des Katastrophenplans von den Freiburger Umweltschutzgruppen hat die Menschenverachtung der offiziellen Stellen, die vorgeben, die Bevölkerung „schützen" zu wollen, sehr deutlich gemacht.

AKW-Kommission

Bunker als Beruhigung gegen Atomkatastrophen

Katastrophenpläne, wie sie jetzt auch aus Fessenheim/Elsaß bekanntgeworden sind, beinhalten jeweils, daß die Bevölkerung im Katastrophengebiet eingesperrt wird (siehe Artikel in diesem AK). Un ihnen das Leben im verseuchten Gebiet etwas l(i)ebenswerter zu machen, werden heute zur Beruhigung die guten alten Luftschutzbunker angepriesen, wie jüngst in Hamburg vom Innensenator Werner 3taak. Die vorhandenen 53.000 Plätze seien zwar etwas wenig, aber immerhin seien weitere 16.500 im Bau und im übrigen sind alle Hamburger aufgerufen, ihren eigenen Beitrag zum „Luftschutz" zu leisten. Der Grund für den Bau vieler Bunker in Hamburg ist nach Angaben der Innenbehörde „das Vermeiden einer Fluchtbewegung". Im Falle einer Katastrophe würden die vielen Autos ein Chaos verursachen („Morgenpost" vom 3.3.77!)

Verhindern wir die Katastrophen – verhindern wir die AKWs!

AKW-Kommission

Die Anti-AKW-Bewegung wächst auch in Österreich

Am 24. März Demonstrationen und Kundgebungen in ganz Österreich

Die „Initiative österreichischer Atomkraftwerksgegner" hat dazu aufgerufen, am 24. März landesweit Aktionen und in Wien eine große Demonstration durchzuführen. Diese „Initiative" beinhaltet – nach den Angaben der österreichischen Trotzkisten-Zeitung „Rotfront" vom März – *„ein breites politisches Spektrum"*, das von der revolutionären Linken über die „Nur-Naturschützer" bis hin zu rechten „Umweltschutzbewegungen" reicht.

In Österreich tritt im übrigen auch die FPÖ (der FDP vergleichbar) gegen AKWs auf und auch einzelne Politiker der reaktionären ÖVP (entspricht der CDU/CSU) versuchen auf der Anti-AKW-Bewegung ihr schwarzbraunes Süppchen zu kochen. Die KPÖ spielt dieselbe zwiespältige Rolle wie hierzulande die DKP.

Die Parolen der österreichischen Anti-AKW-Bewegung am 24. März sollen sein: **„Keine Inbetriebnahme von Zwentendorf"** (dort entsteht ein AKW, über dessen Inbetriebnahme das Parlament im Herbst entscheiden soll); **„Gegen die geplante Atommülldeponie in Niederösterreich"; „Kein Kernkraftwerk in St. Pantaleon"; „Internationale Solidarität gegen die Atomlobby"** (nach „Rotfront").

75 Strahlentote in Japan

Nach Angaben des Parlamentsabgeordneten der Sozialistischen Partei, Yanosuke Narazaki, sind seit 1966 75 Menschen durch radioaktive Strahlen japanischer Atomkraftwerke getötet worden! Nicht eingerechnet sind dabei diejenigen Menschen, die auch heute noch an den Folgen der Strahlungen der Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki sterben.

Zwar dementierte die japanische Regierung, wie in solchen Fällen üblich, diese Meldung sofort. Es ist aber ein offenes Geheimnis, daß es in den Atomreaktoren Unfälle am laufenden Band gegeben hat und heute noch gibt. Im vergangenen Jahr haben japanische Atomkraftwerksgegner enthüllt, daß die Zahl der Leukämiefälle in der Stadt Fukushima, wo zwei Reaktoren stehen, zugenommen hat (in: „Struggles against nuclear power plans in Japan", vorgelegt beim internationalen Kongreß gegen Kernenergie in Schweden, 13. bis 16. Mai 1976). In diesen AKW's hat es große Risse im Leitungssystem gegeben. Im besonderen Maße betroffen waren Arbeiter und Techniker, die in den AKW's gearbeitet hatten, aber nicht nur sie!

Atomkraft? – Nein danke!

Asien-Kommission

Berichtigung zum Artikel „Bullen rausgeschmissen" (AK 99)

Ein Neustädter Genosse hat uns folgende Berichtigung zu dem in AK 99 Seite 12 veröffentlichten Bericht von Lübecker Genossen geschickt: Die angegebene Autonummer OH-VR 40 gehört nicht zum Wagen des Bullen Schult (nicht Schulz, wie irrtümlich geschrieben wurde), sondern einem ehemaligen BI-Mitglied. Dieses BI-Mitglied gehörte zu den schwankenden Leuten, die nach dem Rausschmiß der beiden Bullen auch die Initiative verlassen haben.

Ein Neustädter Genosse

AAO: Nicht Wahnsinn, sondern Methode!

Die AAO – eine Sekte, die auf „alternatives Leben" schwört, den Rest der Menschheit für „krank" erklärt und ein eigenes „Wehrkon-

Da für die AAO natürlich nie die Bedingungen der kapitalistischen Gesellschaft, sondern immer „ihr selbst" (der sogen. „Kleinfamilien-

Die AAO ist ganz bestimmt nicht die einzige Sekte von Ausgeflippten, die sich um die realen Verhältnisse (denn natürlich werden „trotz" AAO

Mitglied gehörte zu den schwankenden Leuten, die nach dem Rausschmiß der beiden Bullen auch die Initiative verlassen haben.

Ein Neustädter Genosse

AAO: Nicht Wahnsinn, sondern Methode!

Die AAO – eine Sekte, die auf „alternatives Leben" schwört, den Rest der Menschheit für „krank" erklärt und ein eigenes „Wehrkonzept" zur Verteidigung des „freien Westens" anbietet – ist stets zur Stelle, wenn es demokratische Massenkämpfe zu stören gilt.

So kreuzten diese schrägen Vögel auch am 19.2. in Itzehoe und sogar in Wilster auf, um zu verkünden: „Kleinfamilien-Energie vergiftet Menschen, Milch und Vieh" (Die „Kleinfamilie" wird von der Sekte für alle gesellschaftlichen Mißstände verantwortlich gemacht). *„Denn für wen werden die Reaktoren gebaut? Es ist eine harte Wahrheit: Für jene Energieratten, die eben im Begriffe sind, die energiespendende Mutterbrust zu zerstören, an die sie alle kleinkindhaft fixiert sind und auf die sie ja gar nicht verzichten können. Euch allen müßte man entgegenrufen: Hungrige Kleinkinder, die KKW's habt ihr ja selbst durch eure Kleinfamilienpraxis produziert!"*.

Da für die AAO natürlich nie die Bedingungen der kapitalistischen Gesellschaft, sondern immer „ihr selbst" (der sogen. „Kleinfamilienmensch") für irgendwelche Mißstände verantwortlich sind, lautet auch bezüglich der KKW's die Forderung der AAO ganz konsequent: „Also Schluß mit den spektakulären Demonstrationen (!), an die Arbeit zum Aufbau einer gemeinsamen Lebenspraxis und gemeinsamer Lebensinitiativen!". „Zuerst" sollten wir Fernseher, Autos, „Kleinfamilienwaschmaschinen", Motorräder etc. „wegwerfen", dann „freie Sexualität", „Gemeinschaftseigentum", „direkte Demokratie in der Gruppe", „Gründung einer Alternativbank zur Finanzierung alternativer Projekte" usw. betreiben. Abschließend wird behauptet: *„Diese Forderungen sind nicht mit Gewalt zu erzwingen und sind auch keine Theorien, sondern sie können sofort (!) verwirklicht werden"*. Das ist wahrlich mehr als man hoffen durfte!

Die AAO ist ganz bestimmt nicht die einzige Sekte von Ausgeflippten, die sich um die realen Verhältnisse (denn natürlich werden „trotz" AAO etc. weiter KKW's gebaut werden) einen Dreck scheren und sich eine friedliche Insel bauen wollen. Von den meisten anderen Sekten unterscheidet sich die AAO aber durch die erstaunliche Agilität, Zielstrebigkeit und antikommunistische Militanz, mit der sie gezielt unter Linken und in demokratischen Massenbewegungen ihren missionarischen Eifer entfaltet. Im Übrigen hat diese Strömung wahrscheinlich sogar noch eine gewisse „Zukunft" vor sich, da sie in ausgeflippten, antikommunistisch verbiesterten und der Wirklichkeit nicht mehr zugänglichen Teilen der „Sponti"-scene noch Reserven finden könnte. Diese Strömung ist daher erheblich lästiger und gefährlicher als die schlichte Tendenz, sich „aufs Land" zurückzuziehen und die kämpfenden Teile der Bewegung in Ruhe zu lassen.

AKW-Kurznachrichten

Kahl/Gundremmingen
Allein in den bayrischen Atomkraftwerken Kahl und Gundremmingen hat es in den Jahren 1971 bis 1976 acht „Pannen" gegeben, die vom bayrischen Umweltministerium als „sicherheitstechnisch unmittelbar bedeutsam" oder „sicherheitstechnisch möglicherweise bedeutsam" fallen. Darin enthalten ist auch der für zwei Schlosser tödliche Unfall in Gundremmingen, bei dem im November 1975 ein radioaktives Wasser-Dampf-Gemisch austrat.

Nach jedem Unfall erfolgte *„die Wiederinbetriebnahme der Anlagen ... erst, nachdem die Aufsichtsbehörde hierzu die Zustimmung erteilt hatte"*, teilte das bayrische Umweltministerium mit. (nach „Süddeutsche Zeitung" vom 17.3.77). Zuständige Aufsichtsbehörde: das bayrische Umweltministerium. Wie beruhigend!

* * *

Gundremmingen – Obrigheim – Karlsruhe
„In den Putzkolonnen, die im Kernforschungszentrum Karlsruhe sowie in den Kernkraftwerken Obrigheim und Gundremmingen täglich die sogenannten heißen Reaktorbereiche von radioaktivem Staub reinigen, (arbeiten) auch Insassen eines „Übernachtungs- und Wohnheims ... , in dem auch Strafentlassene und ,Gestrauchelte' untergebracht sind". („Frankfurter Rundschau" vom 4.3.77). Für solche Seuchenjobs werden die genommen, denen man sonst keine Arbeit gibt. Sorgen wir dafür, daß die Verhältnisse mal kräftig umgedreht werden: solche Jobs für die, die anderen solche Arbeit zumuten!

* * *

Bonn
Sehr unzufrieden mit der Breitenwirksamkeit seiner bisherigen Arbeit ist der SPD-Bundestagsabgeordnete Gerhard Fläming, Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion für die friedliche (?) Nutzung der Atomenergie und Vorsitzender des 'Informationskreises Kernenergie' im Deutschen Atomforum. Dieser Informationskreis wendet sich seit zwei Jahren u.a. vornehmlich an Schulen (!), Ärzte, Pfarrer und „Institutionen des öffentlichen Lebens", um „über die Problematik der friedlichen Nutzung der Kernenergie" zu informieren. Die Arbeit des Informationskreises müsse allerdings einer breiten Öffentlichkeit bekannt gemacht werden, weil *„die die sachlichen Argumente der Kernindustrie bei der öffentlichen Bewußtseinsbildung ,vielfach nicht entsprechend berücksichtigt würden' "*. Aus diesem Grund wird in Bonn ein „Zentrum für Energie-Nachrichten (ZEN)" gegründet als Einrichtung des „Deutschen Atomforums e.V." Daß sie noch mehr Propagandastellen errichten, zeigt zumindest, daß sie es zunehmend schwerer haben, „entsprechend berücksichtigt zu werden" („Frankfurter Rundschau", 4.3.77).

AKW-Nein-Kommission

* * *

Verwirr-Spiel in Bayern

Anscheinend äußerst unangenehm ist es der bayerischen Staatsregierung, ihre wirklichen Pläne betreffs Atomkraftwerke offenzulegen. Seit einigen Jahren schon zögert sie den berüchtigten ,Standortplan' hinaus, der über sämtliche geplanten AKWs, Müll-Deponien usw. Auskunft geben soll. Stattdessen werden immer mal wieder Standorte in die Diskussion gebracht, anschließend wieder verworfen, dementiert und erneut diskutiert. Das sieht dann in der bayerischen Presse so aus: „Standorte sind umstritten" („Nürnberger Nachrichten", 15.2.), „Kernkraftwerk ist nicht geplant" („Nürnberger Zeitung", 26.2.), „Fahrplan für Standorte steht" („NZ", 3.3.), „10 Standorte genannt" („NZ", 4.3.), „Kraftwerk bei München vage" („Süddeutsche Zeitung", 8.3.), „Ausweichstandort für Rehling genannt" („NZ", 10.3.), „Standortsuche in Bayern geht weiter" („NZ", 10.3.) usw. usw.

Da man mit Sicherheit davon ausgehen kann, daß Atom-Kapitalisten und CSU längst detaillierte Pläne ausgearbeitet haben, kann das ganze Standort-Theater nur einen Zweck haben: die Bevölkerung im Unklaren zu lassen in der Hoffnung, damit reichlich Verwirrung zu stiften. Besonders lustig wird es, wenn sich die verschiedenen Behörden nicht einig über die richtige „Verwirr-Taktik" werden können, wie z. B. in München.

Dort *„weisen sowohl das bayerische Wirtschafts- und Umweltministerium wie auch die Münchner Stadtverwaltung Gerüchte entschieden zurück, wonach in Ismaning (Norden Münchens) ein KKW geplant sei. Richtig sei lediglich, daß der Ort am nördlichen Stadtrand als einer der möglichen Standorte für ein KKW in Frage komme"* („SZ", 8.3.). Abgesehen davon, daß das ja wohl eher ein Formulierungsunterschied ist, hört hier schon die Einigkeit zwischen Stadt und Staat auf: Während die Stadtverwaltung behauptet, *„im Moment bestehe kein Bedarf, auch in Zukunft nicht!"* („SZ", 8.3.), „wundert" sich die Staatsregierung darüber, weil sie noch im Februar von der Stadt München einen Brief bekommen hat, in dem die Landeshauptstadt *„erneut ihr Interesse für die Offenhaltung eines Standortes für ein thermisches Großkraftwerk ausdrückt"* („SZ", 11.3.). Da ist offensichtlich irgendwas falsch gelaufen!

Nichtsdestoweniger gibt es derzeit in Bayern eine Reihe von geplanten AKWs, über deren Standort wohl keine Verwirrung mehr gestiftet werden kann:
- So bei Gundremmingen, das nach dem letzten Unfall vorläufig stillgelegt wurde; dort sollen jetzt zwei riesige Reaktorblöcke gebaut werden.
- Weiter in Grafenrheinfeld (Schweinfurt), an dem derzeit fieberhaft gearbeitet wird und über das seit einigen Tagen ein Prozeß – nach dem Muster „Wyhl" – läuft.
- Und außerdem in Ohu bei Landshut, wo sich schon eine „ewige Ruine" befindet, ein zweites – entgegen allen Beteuerungen des Umweltministeriums – kurz vor der Inbetriebnahme steht und ein drittes mit Sicherheit gebaut werden soll.

Die bayerische Anti-AKW-Bewegung sollte sich für die nächste Zeit zur Aufgabe stellen, ähnlich wie in Niedersachsen und Schleswig-Holstein, regionale Aktionen, Demonstrationen usw. an einem dieser Punkte zu organisieren und damit klarzustellen, daß das ganze Verwirr-Spektakel keine Früchte trägt.

KB/ Nürnberg

„Auf dem Prüfstand"

DKP-Gesetzentwurf „gegen" Atomkraftwerke



„Herrmann Gautier, Jan Wienecke und andere DKPler am 19.2. in Itzehoe."

Um sich als „konstruktive Kraft" zu zeigen und sich als Anwärterin auf ein paar Sitze im Bundestag zu empfehlen, ist die DKP ständig mit dem Ausarbeiten von sogenannten Gesetzentwürfen beschäftigt. Sei es zum Preisstop, zum Mietstop, zur Lehrstellenverknappung oder sonst einem Thema, das gerade in der öffentlichen Diskussion ist.

Gewöhnlich kümmert sich niemand um diese Fleißübungen der DKP, es fehlt in der Bevölkerung einfach an Interesse für solche Spielereien. Es ist darüber hinaus bereits eine gewohnte Klage der DKP-Führungsgremien geworden, daß die DKP-„Basis" mit all diesen Gesetz-Entwürfen gar nicht richtig „arbeiten" würde – offensichtlich einfach deshalb, weil selbst viele DKP'ler den Sinn dieser Papier-Fluten nicht mehr einzusehen vermögen und mit dem Desinteresse der Bevölkerung unmittelbar konfrontiert sind. Trotzdem hält natürlich seitens der Führungsgremien der DKP die Produktion von Gesetz-Entwürfen unvermindert an. Und es lohnt sich gelegentlich doch, mal einen Blick auf dieses verschriebene Papier zu riskieren, um die wesentlichsten Schwachstellen der DKP-Politik noch gezielter angreifen zu können.

Aus gegebenem Anlaß haben wir den Gesetzentwurf der DKP „*zur Verstaatlichung und demokratischen Kontrolle der Energiewirtschaft der Bundesrepublik Deutschland und zur Sicherstellung der Energieversorgung*" einer Prüfung hinsichtlich seiner Tauglichkeit für den Kampf gegen das Atomprogramm der Bundesregierung unterzogen. Unser Resultat: Völlig ungenügend! **Tatsächlich berücksichtigt dieser Gesetz-Entwurf (veröffentlicht im August 1976) noch nicht einmal die ansonsten von der DKP erhobene Forderung nach Mitsprache- und Kontrollrechten der Bevölkerung!**

Erst kürzlich hat der stellvertretende DKP-Vorsitzende Gautier auf einer Tagung des DKP-Parteivorstandes (26./27.2.77) erneut erklärt: „*Die demokratische Kontrolle von Planung, Bau und Betrieb* (von AKWS – Anm. AK) *durch die Bevölkerung und ihre Organisationen, durch die Belegschaften und ihre Gewerkschaften muß garantiert sein*" („UZ"-Beilage vom 3.3.).

Im DKP-Gesetzentwurf ist von demokratischer Kontrolle allerdings nicht mehr die Rede. Da heißt es lediglich: „*Der Bevölkerung und den kommunalen Selbstverwaltungsorganen ist das Einspruchsrecht einzuräumen*" (§ 5, Abs. 8). **Das Recht auf Einspruch besteht allerdings heute schon, ist also keine Erfindung der DKP. Von Kontrollrechten, insbesondere beim Betrieb, ist nicht mehr die Rede.** Während die DKP ansonsten den Gesetz-Entwurf geradezu liebevoll bis in alle Einzelheiten ausgestaltet hat (beispielsweise zum Thema „Entschädigungen" für zu verstaatlichende Unternehmen), hat sie die Frage der demokratischen Kontrolle durch die Bevölkerung offenbar ganz bewußt nur oberflächlich gestreift und einen Satz formuliert, der noch nicht einmal klärt, welche „Bevölkerung" konkret gemeint ist (die am Ort, die in der Region, die im Bundesland etc.?) und wie exakt ihre Rechte aussehen sollen. Zufall ist das unserer Meinung nach durchaus nicht. Fakt ist, daß die DKP zwar in der Öffentlichkeit viel an „demokratischer Kontrolle der Bevölkerung" fordert, **aber sich in ihrem sogenannten Gesetz-Entwurf bereits an der Praxis des „realen Sozialismus" orientiert hat.**

Und in der DDR käme die Regierung schließlich auch nicht auf den Gedanken, der Bevölkerung eine demokratische Kontrolle bei Planung, Bau und Betrieb (!) von AKWs zuzugestehen!

Sieht es also um die „demokratische Kontrolle von Planung, Bau und Betrieb durch die Bevölkerung" im DKP-Gesetzentwurf offenbar finster aus, so bleibt noch nach den „Mitbestimmungs"-Rechten „durch die Belegschaften und ihre Gewerkschaften" zu fragen. Im DKP-Gesetz-Entwurf ist vorgesehen, daß als „zentrales Organ" der zu verstaatlichenden Energie-Wirtschaft eine „Nationale Energie-Kommission" zu schaffen ist. In dieser Kommission soll es einen „Kontrollbeirat" geben, der „*je zur Hälfte aus Vertretern der Belegschaften und der Gewerkschaften sowie Vertretern der öffentlichen Hand*" (d.h. des Staates bestehen soll). Nähere Gedanken hat sich die DKP dazu anscheinend nicht gemacht, ob z.B. der DGB insgesamt oder nur die im engeren Sinn zuständigen Einzelgewerkschaften im „Kontrollbeirat" vertreten sein sollen, welche „Belegschaften" vertreten sein sollen und wie das konkret geschehen soll. Auch die genauen Rechte des „Kontrollbeirats" sind nicht klar definiert.

Tatsache ist darüber hinaus: Von einer „gewerkschaftlichen Mitbestimmung" haben wir uns gerade in diesem Fall noch weit weniger zu versprechen als sonst schon. Speziell die Führer von ÖTV, IG Bergbau und Energie und IG Bau-Steine-Erden haben sich in letzter Zeit für den verstärkten Ausbau von AKWs ausgesprochen. **Bei diesen Leuten sind unsere Interessen gerade so gut aufgehoben wie bei der Atom-Industrie selbst!**

Ausdrücklich erklärt die DKP denn ja auch: „**Wir Kommunisten sind keine Maschinenstürmer, wir sind nicht gegen die friedliche Nutzung der Atomenergie**" (Gautier, so.o.).

Merke also: 1. Wer gegen „die friedliche Nutzung der Atomenergie" ist, der ist in den Augen der DKP-Führung ein „Maschinenstürmer". 2. Die DKP ist für AKWs. Im „realen Sozialismus" sowieso und ohne Hinzugucken. Im realen Kapitalismus aber auch, sofern die Gewerkschaftsbürokraten (die eh AKW-Befürworter sind) „mitbestimmen" dürfen und die Bevölkerung ein „Einspruchsrecht" hat (das sie bereits heute schon vor den bürgerlichen Gerichten hat). Das heißt, die DKP fällt im Kern noch ein gutes Stück hinter die „rrradikalen" Sprüche zurück, die sie vor allem durch ihre Jugendorganisationen MSB und SDAJ zu Zwecken der politischen Taktik und Tarnung verbreiten läßt. **In Wahrheit ist die DKP sogar unter kapitalistischen Bedingungen schon für AKWs.** Die Frage der Sicherheit fällt dabei ziemlich unter den Tisch.

Wir sind gegen die AKWs nicht deshalb, weil die Gewerkschaftsbürokraten nicht ausreichend bei Bau, Planung und Betrieb „mitbestimmen" dürfen. Dürften sie „mitbestimmen", so würden sie aller Wahrscheinlichkeit nach einen forcierten Ausbau von AKWs durchzusetzen versuchen! Wir sind gegen die AKWs wegen ihrer Gefährlichkeit.

Die DKP hingegen behauptet, daß diese AKWs zwar tatsächlich gefährlich seien, aber daß diese Gefährlichkeit im „realen Sozialismus" und gar schon bei „paritätischer Mitbestimmung" aufhören würde. Wäre dies tatsächlich so, dann müßte die DKP doch ohne weiteres darlegen können, durch welche besonderen Vorkehrungen, Sicherheitseinrichtungen usw. AKWs im „realen Sozialismus" sicherer sind als im Kapitalismus, und selbstverständlich müßten diese Vorkehrungen etc. an erster Stelle eines entsprechenden Gesetz-Entwurfs stehen.

Die DKP ist an diesem Punkt jedoch arg in der Verlegenheit. **Denn nicht einmal sowjetische Wissenschaftler haben bis heute überhaupt die Behauptung aufgestellt, daß ihre AKWs sicherer seien als die „kapitalistischen"!** Im Gegenteil: Sie verharmlosen die Gefahren der AKWs generell in derselben zynischen Art und Weise wie das hierzulande die AKW-Betreiber tun!

Der DKP-Gesetzentwurf ist also lesenswert, weil er im Gegensatz zu den taktischen Sprücheklopfereien der DKP schwarz auf weiß darlegt, daß die DKP selbst unter kapitalistischen Bedingungen zu den AKW-Befürwortern gehört und daß ihre Sprüche von „demokratischer Kontrolle der Bevölkerung" u.ä. noch weniger wert sind als man schon auf den ersten Blick vermuten kann. So kann man denn in den „Energiepolitischen Vorstellungen" der DKP (Aug. 1976) auch schon ganz klar lesen: „**Ein wachsender Teil des Energiebedarfs wird durch Kern-Energie gedeckt. Ihre Bedeutung wird zunehmen**" (Seite 14) und: „**Hierfür bieten sich u.a. Vereinbarungen mit der Sowjetunion über die verstärkte Lieferung von angereichertem Uran an**" (Seite 16).

Sie sollen doch ihr angereichertes Uran anbieten, wo sie wollen, aber nicht ausgerechnet in der Anti-AKW-Bewegung!

„Mitbestimmung"? Nein danke!

Die DKP behauptet, daß Atomkraftwerke durch „paritätische Mitbestimmung der Gewerkschaften" genügend sicher werden würden. Daß sich in Wirklichkeit durch „Mitbestimmung" am gesamten Atom-Programm der Bundesregierung und des Finanzkapitals nicht das Geringste ändern würde, beweisen zahlreiche Beispiele:

– Am 5.11.76, eine Woche vor der zweiten Brokdorf-Aktion, demonstrierten etwa 1.000 Beschäftigte der NWK (AKW-Betreiber) und der Schleswig-Holsteinischen Stromversorgungs AG in Brokdorf für das geplante AKW. Aufgerufen hatte die Gewerkschaft ÖTV. Der Vorsitzende des ÖTV-Bezirks Nordwest, Hans Schwalbach, verkündete: „*Ich sehe eine sinnlose Maschinenstürmerei zu Lasten der arbeitenden Bevölkerung und gegen das bessere Wissen der Bundesregierung nicht ein*" („Welt", 3.11.76). Schwalbach ist Aufsichtsratsmitglied der NWK!

– In der DGB-Zeitung „Welt der Arbeit" vom 12.11.1976 warb der Bezirksleiter der ÖTV Rheinland-Pfalz, Hans-Anders, für das Atom-Programm: „*Die ÖTV hat schon seit Jahren sehr eindeutig die Meinung vertreten, daß die Stromversorgung für die Zukunft ... nur durch Kernkraftwerksleistung gesichert werden kann*". „*Die Gewerkschaft ÖTV unterstützt die Bundesregierung in ihrem Bemühen, das Energieprogramm und dessen Fortschreitung zu realisieren*". „*Man muß wissen, daß ein verzögerter Ausbau der Kraftwerkskapazität die Entscheidungssituation in der Bundesrepublik sehr nachteilig beeinflussen kann, die Wirtschaftsentwicklung erheblich stören und den Wettbewerb gegenüber den anderen europäischen Staaten verzögern würde*".

– In der Dezember-Ausgabe der „Gewerkschaftspost" der IG Chemie wurde gleichfalls für das Atom-Programm und gegen die Bürgerinitiativen Stellung genommen: „*Wenn unsere Wirtschaft sich weiter entwikkeln soll, wenn wir auch in Zukunft steigende Löhne und Gehälter haben wollen, wenn wir auf sichere Arbeitsplätze Wert legen, dann müssen wir uns neue Energiequellen erschließen... Eine dieser Energiequellen ist die Kernenergie. Nicht die einzige, aber die wichtigste*". „*Natürlich ist es unmöglich, daß jede neue Industrieansiedlung, vor allem jeder Chemiebetrieb, aber auch jedes Kohlekraftwerk, schon in der Planung von irgendeiner örtlichen Bürgerinitiative blockiert wird. Wo sollen wir dann morgen arbeiten, wovon morgen leben?*"

– Am 7.1.77 veröffentlichte die „Welt der Arbeit" einen Artikel von Horst Niggemeier, Chefredakteur der „Einheit" (IG Bergbau und Energie). Überschrift: „**Linksradikale kochen ihre Suppe**". Untertitel: „**Scharfmacher von DKP und KPD als Drahtzieher gewalttätiger Aktionen statt friedlicher Demonstrationen**". Neben wilder Progrom-Hetze gegen die Anti-AKW-Bewegung und kräftigen Seitenhieben gegen die DKP (wegen der AKWs im „realen Sozialismus", denen die DKP ja zustimmt) verkündete Niggemeier: „*Neue zusätzliche Arbeitsplätze gibt es nicht ohne zusätzliche Elektrizitätserzeugung. Der gleichzeitige Kampf gegen Arbeitslosigkeit und gegen Kraftwerke schließt sich gegeneinander aus. Es sind Kohle- und Kernkraftwerke, die in angemessener Zahl und Größe gebaut werden müssen.*"

– In der „Welt der Arbeit" vom 14.1.1977 ereiferte sich ein Herr Rüstow gegen Bürgerinitiativen schlechthin. Überschrift: „**Kaum eine Ahnung – aber mit dem Protest stets voran**". Untertitel: „**Eine politische Modeerscheinung, die bald wieder verschwinden wird**". „**Kein Politiker möchte es sich versagen, bei jeder sich passenden Gelegenheit vor den Bürgerinitiativen seinen Kratzfuß zu machen, obwohl kaum einer immer genau ermessen kann, mit was für einem Verein er es da jeweils zu tun hat. Genau dies, die Undurchsichtigkeit der Beweggründe und der Motive ihrer Gründe, gibt dem Wirken der Bürgerinitiativen einen bedrohlichen Beigeschmack. Kein Gemeindevertreter, kein Stadtvater, kein Abgeordneter kann klar erkennen, was sich da eigentlich zusammenbraut**".



Mitbestimmung aus „gewerkschaftlicher Sicht"? (Karrikatur aus der DGB-Zeitung „Welt der Arbeit" vom 14.1.77)

– Am 5.3.77 erklärte der Vorsitzende der Gewerkschaft Bau-Steine-Erden, Rudolf Sperner, vor einer Funktionärskonferenz seiner Gewerkschaft in Dortmund: „*Wir Gewerkschafter werden es nicht hinnehmen, daß die Arbeitnehmer unseres Gewerbezweiges ihren Arbeitsplatz verlieren sollen, weil bereits im Bau befindliche oder zum Bau genehmigte Kern- und Kohlekraftwerke, Straßenbauvorhaben und vieles andere mehr durch Proteste von Bürgerinitiativen stillgelegt bzw. verhindert werden*". „*Allein bei den bereits in Auftrag gegebenen Projekten für Kohle- und Kernkraftwerke bestehe die Gefahr, daß 31.000 Bauarbeiter ihren Arbeitsplatz verlören, wenn diese Bauvorhaben nicht realisiert würden*" („Welt", 7.3.77).

Was meint dazu die DKP, die uns auf die „Mitbestimmung" solcher AKW-Befürworter orientieren will?

– Auf der „5. Tagung des Parteivorstands" (26./27.2.77) quetschte sich der stellvertretende DKP-Vorsitzende Gautier dazu folgende gewichtigen Sätze ab: „*Eine wichtige Erfahrung der jüngsten Aktionen, insbesondere der Bewegung gegen den Bau von Atomkraftwerken, ist die Tatsache, daß die Herrschenden unseres Landes versuchen, Arbeiter und Angestellte und ihre Gewerkschaften gegen die Forderungen der Bürgerinitiativen auszuspielen. Wir aber sagen: Das Wirken gegen den Bau von Atomkraftwerken und die Errichtung von Atommülldeponien, ohne daß die Sicherheit gewährleistet ist, entspricht den Lebensinteressen der arbeitenden Menschen. Daher dürfen sich die Gewerkschaften nicht gegen die Bürgerinitiativen stellen, sondern sie sollten vielmehr dazu beitragen, daß in den Bürgerinitiativen die Arbeiterklasse noch mehr Einfluß gewinnt*" (Beilage zur „UZ" vom 3.3.).

– Ein Musterbeispiel, wie die DKP einen simplen Tatbestand (gekaufte Gewerkschaftsführer, die in vielen Fällen engstens mit der Atomindustrie verflochten sind, verteidigen die Interessen des Finanzkapitals) mit verlogenem Geschwätz („die Arbeiter und ihre Gewerkschaften" usw.) zu vernebeln versteht.

– Auf die pro-AKW-Demagogien Sperners reagierte die „UZ" am 8.3. mit einem Kommentar, in dem lediglich „bewiesen" werden sollte, daß die Anti-AKW-Bewegung gar keine Arbeitsplätze gefährden würde, sondern ganz im Gegenteil. Nicht das leiseste Wort der Kritik an Sperner oder gar zu den materiellen Hintergründen solcher Art von „Gewerkschaftspolitik".

Es ist inzwischen bekannt: **Kritik an den gekauften Gewerkschaftsführern liegt der DKP nicht, sondern wird sogar als „gewerkschaftsfeindlich" verteufelt!** Selbst jetzt noch mag die DKP-SDAJ-MSB gelegentlich nicht auf den dümmlichen Versuch verzichten, die Ziele der Anti-AKW-Bewegung unter Berufung auf allgemeine Phrasen der DKP-Führung zum Umweltschutz als „**in Einklang mit den Forderungen des DGB**" hinzustellen. Diesen „Einklang" versucht die DKP bei jedem Kampf herzuzaubern, in dem sie irgendwie mitzumischen versucht. Es ist bisher nicht bekannt, daß die DKP sich längere Zeit an irgendeinem Kampf beteiligt hätte, der ganz offensichtlich im Widerspruch zur Gewerkschaftsführung stand. Vielleicht berechtigt das zur Hoffnung, daß die DKP sich in nächster Zeit ganz von allein aus der Anti-AKW-Bewegung verpissen wird, in der sie ohnehin von Anfang an nichts zu suchen hatte?!...

DKP kontra Einheit der AKW-Gegner

Nach der dritten Brokdorf-Aktion vom 19.2. ist die DKP emsig bestrebt, es nicht zu einer „Wiedervereinigung" der AKW-Gegner kommen zu lassen. In einem „elan"-Extrablatt (Zeitschrift der DKP-Jugendorganisation SDAJ) heißt es zu diesem Thema unter der Überschrift „Einheitsapostel?" wörtlich: *„Manche von denen, die heute wieder am lautesten nach ‚Einheit' rufen, gehören zu denen, die aus gruppenegoistischen Gründen die Spaltung erst hervorgerufen haben. Zumindest aber sind sie den Spaltern allzu leichtfertig auf den Leim gekrochen. Nach ‚erfolgreicher Spaltung' nun wieder die Einheit?*

Wo immer dieser Gedanke ehrlich und auch die Bereitschaft vorhanden ist, aus Fehlern zu lernen, wird das die Front der AKW-Gegner und vor allem die Bürgerinitiativen stärken. Aber wir sollten genau hinhören. Bei manchen maoistischen Gruppen verbirgt sich dahinter nichts anderes als die Angst, den fahrenden Zug zu verpassen. Sie wollen schnell noch aufspringen und sich dann auch noch zur Lokomotive erklären. Das liest sich dann so: der maoistische KBW in einem Flugblatt: ‚Es sind nur 17 km von Itzehoe. Dort können wir den Sieg erringen!'. Und der maoistische KB-Nord (?) meldet wenig später in seinem ‚Arbeiterkampf' ‚die schwere Niederlage der Bourgeoisie' und den ‚großen Sieg der revolutionären Linken'. So schnell sind die Bürgerinitiativen abgemeldet, wenn es um den eigenen Parteiladen geht".

Hieran wird wieder deutlich, daß DKP/SDAJ nichts anderes bezwecken, als „die Maoisten" insgesamt innerhalb der Anti-AKW-Bewegung zu „isolieren" und notfalls „lupenreine" neue BIs zu schaffen, wenn sich die Spaltung der Bewegung nicht mehr anders bewerkstelligen läßt. Offen bleiben soll die Tür nur noch für jene Kräfte, die vielleicht „leichtfertig" am 19.2. mit nach Brokdorf wollten, aber jetzt vor der DKP zu Kreuze kriechen. Denn daß die DKP in die Forderung, „aus Fehlern zu lernen", sich selbst nicht einbezieht, liegt auf der Hand.

Drei Minuten Blahblah mit Eugen Loderer

Die immer breiter geführte Auseinandersetzung um Fluch und Segen der Kernenergie hat auch IG Metall-Chef Loderer an die Schreibmaschine getrieben. „Nützt uns die kernkraft?", fragt er in der IGM Funktionärszeitschrift „Der Gewerkschafter" Nr. 3/77.

Die Frage treibt den Loderer arg hin und her – soll er doch einerseits *„die interessen der arbeitnehmer der metallwirtschaft insgesamt"* vertreten, andererseits aber *„bei der wahrnehmung beschäftigungspolitischer interessen auch die umweltwirkungen in unsere überlegungen miteinbeziehen"*. Es könnte einen schier zerreißen, so ein Konflikt! Am Ende erringt bei diesem seelischen Zweikampf die Kernenergie aber doch einen – wenn auch keineswegs problemlosen – knappen Punktsieg über die „umweltwirkungen": *„Auf absehbare zeit wird zur deckung des wachsenden energiebedarfs kernenergie notwendig sein. Die schwerwiegenden risiken, die hieraus für uns und für kommende generationen erwachsen können und die in keinem verhältnis zu den gefahren stehen, die mit bisher angewandten technologien verbunden waren, machen ein besonders sorgfältiges abwägen des für und wider notwendig."* Also geht er im Konkreten noch einmal los, der seelische Zweikampf. Heraus kommt am Ende eine Kompromißformel: *„Wir treten dafür ein, daß dort, wo mit dem bau neuer anlagen bereits begonnen worden ist, diese arbeiten fortgesetzt werden. Wir wollen weder neue investitionsruinen, noch können wir zulassen, daß die betroffenen arbeitnehmer eine entwicklung, die sie nicht verschuldet haben, mit dem verlust ihres arbeitsplatzes bezahlen.*

Wir treten dafür ein, daß unter erfüllung der obengenannten bedingungen („besonders sorgfältiges abwägen des für und wider" etc. – Anm. AK) *der weitere ausbau der kernkraftwerke und die lagerung benutzter brennstoffe in unserem lande nur auf der grundlage realistischer planungen und unter umfassender öffentlicher kontrolle durchgeführt werden dürfen."*

Also: AKW's sollen weiter betrieben bzw. weitergebaut werden („interessen der arbeitnehmer"). Bei N e u anlagen hingegen soll sorgfältig und umfassend erwogen und durchdacht werden („umweltwirkungen"). Unter den gegebenen Umständen ist dem Loderer ein fairer Kompromiß gelungen. Völlig glaubwürdig ist der Kompromiß freilich nicht: Entweder die ‚friedliche Nutzung der Kernenergie' beinhaltet tatsächlich „schwerwiegende risiken" (Loderer), dann kann man die Frage der bestehenden oder schon im Bau befindlichen AKW's nicht mit dem saloppen Hinweis auf „investitionsruinen" und „verlust der arbeitsplätze" abtun. Oder diese „schwerwiegenden risiken" bestehen gar nicht ernsthaft, dann kann man auch dem „weiteren ausbau der kernkraftwerke" gelassen entgegensehen.

Noch schärfer kommt das Dilemma bei der DKP zum Tragen, die bekanntlich für einen einstweiligen ‚Baustopp' eintritt, aber nicht für eine Stillegung der schon in Betrieb befindlichen AKW's. Verglichen damit erscheint Loderers Position geradezu in sich logisch und konsequent!

DKP: „Unruhe an der Basis"?

Aus Gesprächen und Diskussionen mit Genossen der DKP, des MSB und der SDAJ geht hervor, daß die Haltung der DKP-Führung in der Anti-AKW-Bewegung derzeit ziemlich umstritten ist.

– So kann man hören, daß eine Reihe DKP'ler am 19.2. mit in Wilster waren.

– Eine Reaktion darauf scheint zu sein, daß an verschiedenen Orten jetzt u.a. der MSB für den 19.3. nach Grohnde mitmobilisiert.

– Besonders heftigen Widerspruch hat bei vielen DKP'lern etc. die „Chaoten"-Hetze der ‚UZ' vor dem 19.2. ausgelöst. Vor allem die verlogene und undifferenzierte Diffamierung „der Maoisten" wird weithin für völlig unglaubwürdig gehalten und soll nachträglich selbst im DKP-Parteivorstand zum Teil als „taktisch ungeschickt" bezeichnet worden sein.

– Die Haltung zu den AKW's in der Sowjetunion und DDR bereitet vielen DKP'lern Kopfzerbrechen, da sie sich in diesem Punkt in offensichtlichen und unüberwindlichen Argumentationsschwierigkeiten befinden. In einem internen Kader-Papier sollen diesbezüglich „Argumentationshilfen" gegeben werden, die gewisse Zugeständnisse an die Realität der realen Radioaktivität im „realen Sozialismus" enthalten.

Natürlich ist es zu begrüssen, wenn Genossen der DKP, des MSB und der SDAJ bereit sind, e h r l i c h in der Anti-AKW-Bewegung mitzuarbeiten. Was die DKP i n s g e s a m t angeht, so haben wir nach wie vor nicht die geringste Lust, in der Anti-AKW-Bewegung mit Kräften zusammenzuarbeiten, die uns mit ihrer „Chaoten"-Hetze vor dem 19.2. dem Polizei-Terror ausliefern wollten und die im Kern keineswegs AKW-G e g n e r, sondern AKW-B e f ü r w o r t e r sind.

Und den kritischen Genossen in DKP, SDAJ und MSB möchten wir zumindest jenes Minimum an Courage wünschen, das z.B. sogar die Jusos und die Jungdemokraten gegenüber ihren jeweiligen Parteivorständen aufbringen, das heißt Mut und Konsequenz auch zur öffentlichen Kritik! Das wäre ein sauberer und konstruktiver Beitrag auch zur Stärkung der Anti-AKW-Bewegung!

„Für Atomenergie und Sozialismus!" ....

Nein, das ist kein Spaß! Sondern das ist tatsächlich die Schlagzeile der „KAZ" vom 6. März, Zeitung des südbayerischen „Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD"! Es folgt darauf ein Artikel, der vollkommen hält, was die Überschrift verspricht. Wir haben uns beim Lesen schlapp gelacht.

Einige Spitzen:

- „Im Kapitalismus haben wir keinen Grund, uns zu einer Bewegung der ‚Atomkraftwerksgegner' zu rechnen, ebensowenig wie wir Grund gehabt hätten, uns zu einer Bewegung von ‚Elektrizitätsgegnern'' zu rechnen".
- „Wir beschuldigen die Kapitalisten nicht der Nutzung der Atomenergie. Wir beschuldigen sie auch nicht nur, daß sie daraus natürlich nur für sich Nutzen zu ziehen trachten (kann man den Stein ‚beschuldigen', daß er den Weg versperrt? Nein, man kann ihn nur wegräumen). Wir ‚beschuldigen' die Kapitalisten vielmehr der u n g e n ü g e n d e n Nutzung der Atomenergie! S i e sind die größten ‚Atomkraftwerksgegner' !".
- „Nur aus der Sicht kurzsichtiger Opportunisten rechter und pseudolinker Couleur setzen wir uns damit in Widerspruch zu den für den Fortschritt gewinnbaren Kräften in den ‚Bürgerinitiativen'. Was diese – ohne dies selbst schon immer zu sehen – in W i r k l i c h k e i t auf die Straße treibt, ist gerade die k l e i n l i c h e Nutzung der Atomenergie durch die Kapitalisten und nicht die zu weitgehende Anwendung der Atomenergie!". Das muß einem dummen AKW-Gegner natürlich gesagt werden, daß er eigentlich, ohne es zu wissen, innerlich f ü r Atomkraftwerke ist und sich bloß m e h r davon wünscht.

Wenn der „Arbeiterbund" darüber spekulieren würde, daß im Sozialismus auch die Atomenergie ohne Gefahren für die Umwelt und das menschliche Leben genutzt werden könnte, könnte man das zwar als müßig bezeichnen (weil hinter diesen Spekulationen offenbar nicht die geringste wissenschaftliche Untersuchung steckt!), aber es wäre eine zulässige Überlegung. Aber der „Arbeiterbund" verteidigt ausdrücklich die „friedliche Nutzung der Atomenergie" bereits im Kapitalismus, bezeichnet Forderungen g e g e n AKW's als „rückschrittlich" und übt sogar eine peinliche Selbstkritik, weil er sich noch vor kurzem *„zu Formulierungen hinreißen ließ, die als Ablehnung von Atomkraftwerken im Kapitalismus gedeutet werden konnten"*.

In der Tat, das stimmt! Der „Arbeiterbund" hat in dieser Frage innerhalb allerkürzester Zeit einen Schwenk gemacht, und das ist keine Frage von „Deutungen", sondern läßt sich unmißverständlich schwarz auf weiß belegen. Noch während der Aktionen gegen das geplante AKW Brokdorf am 19.2. wurde ein ‚KAZ'-Extrablatt verteilt, in dem es hieß: *„Wir Kommunisten meinen, daß der Reichtum der Erde für die Menschheit genutzt werden muß, daß auch die Kraft der Atomenergie sinnvoll und hilfreich eingesetzt werden kann und soll ... Aber gerade deshalb sind wir g e g e n Atomkraftwerke h e u t e , weil die Kapitalisten wegen ihrer ungeheueren Profitgier die Atomenergie eben nicht beherrschen".*

Mit dieser Aussage entsprach der „Arbeiterbund" – wie meist in wesentlichen Fragen! – den Verlautbarungen der DKP. Mit seiner „Korrektur" ist er inzwischen einen großen Schritt weiter gegangen: Er sagt jetzt offen d a s , was die DKP zwar auch meint, aber aus taktischen Gründen nicht offen zu erklären wagt – f ü r AKW's schon im Kapitalismus! Denn was sollte sonst mit dem schönen angereicherten Uran passieren, das die DKP als Werbe-Agentur des sowjetischen Außenhandels den BRD-Imperialisten empfiehlt? (siehe „Energiepolitische Vorstellungen" der DKP, August 1976). Und wem will man noch weis machen, daß die sowjetischen AKW's sicherer seien als die westdeutschen? Da ist es doch wirklich am einfachsten und konsequentesten, offen für die „friedliche Nutzung der Kernenergie" auch unter kapitalistischen Bedingungen einzutreten. Die DKP freilich kann diese Aufgabe nicht erfüllen, weil sie nebenbei noch andere Verpflichtungen hat, nämlich sich in demokratische Massenbewegungen reinzuhängen und sie zu desorientieren. Der „Arbeiterbund" muß da wieder einmal, wie schon im Falle Biermann, voll mit an die Front, und wenn dabei auch die letzten Reste seiner sonstigen politischen Arbeit zum Teufel gehen. Denn der Abschied dieser Leute von der politischen Bühne scheint mit ihrer jüngsten Eskapade wohl besiegelt zu sein.

Itzehoe macht die GIM nicht froh

Die trotzkistische GIM hatte sich vor dem 19.2. in sozusagen allerletzter Minute entschlossen, ihren Aufruf für Brokdorf zurückzuziehen und für Itzehoe aufzurufen.

Inzwischen mußte sich das ‚Zentralkomitee' der GIM mit der Sache befassen. Ihm lagen zwei unterschiedliche Positionspapiere vor:

– Die Mehrheit des ‚Politischen Büros' der GIM forderte in ihrem Positionspapier eine „Selbstkritik unserer Taktik".

– Die Minderheit des ‚Politischen Büros' der GIM behauptete in ihrem Papier: „Aufruf für Itzehoe war richtig."

Beide Texte sind in der „was tun" vom 17.3. abgedruckt. Ferner steht dort zu lesen, daß k e i n e s der beiden Positionspapiere im ZK eine Mehrheit bekommen habe. Über den Verlauf der Diskussion im ZK und die Gründe, warum es am Ende keine Mehrheit für die eine oder andere Position gab, wird nichts berichtet.

Das Papier der Mehrheits-Tendenz im GIM-Politbüro kommt immerhin zu der Schlußfolgerung, daß es richtiger gewesen wäre, b e i d e Manifestationen am 19.2. (Itzehoe u n d Brokdorf) zu unterstützen und sich mit ihren Mitgliedern und Sympathisanten jeweils den Beschlüssen der BI's, in denen sie arbeiten, anzuschließen.

Auch im Mehrheitspapier wird aber die Absicht deutlich, die Schuld an der Spaltung möglichst gleichmäßig auf SPD/DKP einerseits und die „linken Sektierer" (d.h. praktisch sämtliche für Brokdorf aufrufenden Organisationen!) andererseits zu verteilen und die GIM irgendwo oben drüber schweben zu lassen. So vermag auch die Mehrheits-Position überhaupt nicht zu sehen, daß es ein richtiger, und eben keineswegs sektiererischer, Schritt war, nach dem von SPD/DKP eingeleiteten Spaltungsmanöver die Herausforderung anzunehmen und erfolgreich durchzustehen, statt zu Kreuze zu kriechen.

Daß überhaupt in der GIM-Leitung mehrheitlich „Selbstkritik" an dem ausschließlichen Aufruf für Itzehoe kommt, ist unserer Einschätzung nach einfach ein natürlicher und noch keineswegs vielversprechender Reflex auf die Tatsache, daß es am 19.2. in der Wilster Marsch die erfolgreiche Demonstration von 30 - 35.000 Menschen gegeben hat. Und in diesem Punkt hat in der Tat die Minderheitstendenz recht, die erklärt, daß man dies ja nicht voraussehen konnte, weil man keine „prophetischen Gaben" habe. In der Tat. Und da es der GIM daran auch weiterhin vermutlich fehlen wird, würde sie höchstwahrscheinlich, jetzige „Selbstkritik" hin oder her, bei der nächsten Spaltung wieder hinter SPD und DKP hertrotten, in der Annahme, daß dort und nur dort „die Massen" zu finden seien.

AKW-Befürworter auch in der Trotzki-Szene!

„Trotzkistisch(st)e Liga Deutschlands" zur Anti-AKW-Bewegung: „Neomaltusianismus"!

„Vergangenheitsglaube" hieße das, ließen wir uns auf einer Kneipentour in Westberlin erklären, wo wir die „TLD" trafen. Schon etwas angeheitert gaben sie Heiteres zum Besten:

Man müsse nicht gegen AKW's sondern gegen die Bourgeoisie kämpfen und AKW's unter Arbeiterkontrolle bauen. Als wir ihnen erklärten, daß das Atomkraftwerksprogramm der Bourgeoisie jetzt keineswegs unter Arbeiterkontrolle durchgezogen werden soll, sondern gegen die Interessen und gegen den Widerstand der Bevölkerung, meinten sie:

Es sei reformistisch vom KB, der Bourgeoisie vorschreiben zu wollen, wo und wann sie AKW's baut, und das läge wieder daran, daß der KB kein Programm habe. Nochmal gefragt, wie sie denn nun zu den AKW's stehen, wiederholten sie nur, das sei „Maschinenstürmerei".

Also Leute, seid doch nicht so „neomaltusianistisch"! AKW's sind doch jetzt so modern!

Westberliner Genossen

Prof. Scheer („KPD") distanziert sich von „Rote-Fahne"-Artikel!

Die „KPD" bemüht sich in letzter Zeit auch in Bremen, innerhalb der Anti-AKW-Bewegung den Biedermann hervorzukehren. Vergessen sind die ehemals „radikalen" Sprüche, daß nur ein AKW-Gegner mit Bolzenschneider in der Hand ein ehrlicher AKW-Gegner sei. Heute versucht die „KPD" sich offenbar eher an die rückständigsten Teil der Bewegung heranzumachen. So halfen die „KPD"ler auf dem vorletzten Plenum der Bremer BI's einen konkreten Beschluß zu verhindern, für die Vorbereitungen von Grohnde bereits mit Vorschlägen zu den Planungskonferenzen in Kirchohsen zu fahren. Man müsse erst mal abwarten . . .

Aber noch viel größere Schwierigkeiten hat die „KPD" offensichtlich mit ihrer Vaterlandsverteidigung. Schließlich vertritt sie in ihrer „Roten Fahne" – „RF" Sätze wie diesen: *„Atomwaffen in den Händen der europäischen Staaten sind gerechte Waffen, wenn sie der Verteidigung der Freiheit und Unabhängigkeit gegenüber den imperialistischen Supermächten dienen"* („RF", 27/75).

Auf einer Veranstaltung der „KPD" zu Brokdorf am 25.2. in Bremen fragten wir Jens Scheer und Co. danach, wie sie solche Positionen mit denen der AKW-Gegner in Einklang bringen könnten. Scheer, sichtlich nervös, sagte etwa wörtlich: Dieses Zitat war nicht Linie der „KPD". Es sei das einzige Zitat dieser Art (Das stimmt natürlich nicht, wie sich denken läßt, siehe AK 98, S. 44). Auf unsere Frage, wo denn die Richtigstellung in der „RF" stände, kam keine Antwort; stattdessen einige erheiternde Ausführungen über unsere „langsame Annäherung an die DKP" und unsere „widerliche Einschleichpolitik" in die Bürgerinitiativen.

Die Frage nach ihren Positionen zur Vaterlandsverteidigung sollten wir den „KPD"lern viel öfter stellen. Denn: Vaterlandsverteidigung und Anti-AKW-Bewegung sind miteinander unvereinbar!

KB/Gruppe Bremen

Biedermann oder Brandstifter?

Nochmals zur „KPD"

Im AK 98 hatten wir einen Blick hinter die Kulissen der Politik der „KPD" geworfen und nachgewiesen, daß die „KPD" in ihrer Strategie eine pro-imperialistische Linie („Vaterlandsverteidigung") verfolgt, aber in Anpassung an die gegebenen Verhältnisse eine „linke " Taktik verwendet.

Obwohl die „KPD" die strategische Linie der Vaterlandsverteidigung 1975 ganz offen entwickelt hat und hiervon praktisch nichts öffentlich zurückgenommen hat, erhebt sie jetzt jedesmal ein wehleidiges Geschrei, wenn wir die Sache beim Namen nennen und den taktischen „linken" Schleier mal etwas anlüften. *„Der KB-Nord tanzt zackig nach der Pfeife der Kremlzaren"*. hieß es dann früher würzig (aus einem sechsseitigen Pamphlet, das im Februar dieses Jahres herauskam). Inzwischen ist die „KPD" im Ton schon etwas gedämpfter und zuvorkommender geworden – sie spricht nur von dem *„gleichermaßen absurden wie abgeschmackten Vorwurf der ‚Vaterlandsverteidigung' "* (aus: „Wie müssen wir den Kampf weiterführen?", März 1977). Die Situation ist eigentlich makaber: Wir haben detailliert mit vielen Zitaten aus der „Roten Fahne" belegt, daß die „KPD" u.a. **für die Aufrüstung der Bundeswehr und der NATO, für „Atomwaffen in den Händen der europäischen Staaten", für NATO-Übungsplätze in der BRD, für den Verbleib der US-Besatzungstruppen in der BRD u.a. mehr eintritt** – also unzweifelhaft für die „Vaterlandsverteidigung". Und was tut daraufhin die „KPD"? Sie sagt nicht etwa: „Diese Zitate sind gefälscht" oder „Diese Zitate sind verdreht worden". Sie sagt auch nicht: „Ja, das haben wir früher wirklich mal geschrieben, Aber das gilt für uns heute nicht mehr." Oh nein, sie nehmen überhaupt keine Stellung zu den konkreten Fragen, sondern behaupten nur dreist, daß der Vorwurf der „Vaterlandsverteidigung" absurd sei.

Diese Leute sind clever. Sie meinen offenbar, daß die meisten Menschen z.B. in der Anti-AKW-Bewegung die „Rote Fahne" sowieso nicht gelesen haben, sich für diese Sachen auch kaum interessieren, und daß man ihnen folglich einen Kohl auftischen kann und obendrein noch dem KB den „Schwarzen Peter" zuschieben kann, er würde „absurde Vorwürfe" erheben. Die „KPD" spekuliert auf das Vorherrschen der Spontaneität, auf die mangelnde politische Reife der Bewegung. So etwas geht aber immer nur kurzfristig gut, denn die Bewegung und auch das politische Bewußtsein der sie Tragenden entwickelt sich weiter.

Der KB in den Fußstapfen

Der KB in den Fußstapfen der „KPD"?

In der „Roten Fahne" vom 2.3.77 konnte man unter dem Stichwort „Anpassungsversuche" folgende sensationelle Information lesen: *„Der KB-Nord war so schlau, früh genug zu merken, daß er sich nicht gegen die Anti-AKW-Bewegung stellen konnte . . . Er stellte richtig dar, daß die DKP eine Partei von AKW-Befürwortern ist und für die Spalterdemonstration in Itzehoe verantwortlich war. Eine solche Haltung unsererseits war noch in der vorhergehenden Nummer ihrer Zeitung als ‚Vaterlandsverteidigung' und ‚proimperialistisch' beschimpft worden"*. **Diese Behauptung ist schlichtweg dummes Zeug!** Wir haben in AK 98 auf zwei Seiten exakt herausgearbeitet, worin die proimperialistische Linie der „KPD" besteht. Man kann das nachlesen, wenn man will. Und bereits in derselben Ausgabe des AK (Nr. 98, S. 3 - 4) haben wir die Rolle der DKP bei der Spaltung der BUU aufgezeigt. U.a. heißt es dort: *„Die DKP hat auf der Landeskonferenz vom 6.2. eindeutig die Dreckarbeit für die Vertreter der bürgerlichen Parteien erledigt . . .*

Die DKP hat damit ihre Rolle als Agentur der Bourgeosie für Spezialaufgaben in der demokratischen Bewegung erneut bestätigt. Diese Rolle war der DKP schon bei ihrer Gründung 1968/69 zugedacht . . . und sie hat sie an allen entscheidenden Punkten getreulich wahrgenommen" (AK 98, S. 4).

Die „KPD" hält sich für sehr pfiffig, wenn sie es so darzustellen versucht, als hätten **w i r** zur DKP Auffassungen übernommen, die wir bisher bei der „KPD" als reaktionär und pro-imperialistisch verurteilt haben. Dies wird dann so motiviert, der KB sei eben ein „Chamäleon" (ein Vorwurf, der 1971 erstmals vom südbayrischen „Arbeiterbund"/ABG's gegen uns erhoben wurde und seither nicht glaubwürdiger geworden ist), und wir würden uns dem Trend anpassen, *„um in dieser Bewegung zu bleiben"* („RF", 2.3.77). **Es verhält sich aber genau umgekehrt: Die „KPD" ist es, die sich anpaßt, um in der Bewegung zu bleiben!** Man sage uns doch einmal genau und belege das, **w e l c h e** der von uns als „pro-imperialistisch" gekennzeichneten Positionen der „KPD" wir denn übernommen haben? Stärkung der Bundeswehr? Ringen der Supermächte? Sozialfaschismus? Sozialimperialismus als Hauptfeind und Hauptkriegstreiber? DKP als Fünfte Kolonne des Sozialimperialismus? Nichts von alledem! **Andererseits ist es aber so, daß die „KPD" sich hütet, mit diesen ihren Positionen in der Anti-AKW-Bewegung allzu offen herauszukommen.**

Wir haben die Rolle der DKP bei der Spaltung der BUU angegriffen und wir haben nachgewiesen, daß die DKP als Befürworterin der AKW's in der DDR und Sowjetunion sowie als Werbeagentur für sowjetisches angereichertes Uran nicht zur Anti-AKW-Bewegung gehört. Die „KPD" ist derselben Meinung. Das ändert nichts an der Richtigkeit der Meinung. **Der entscheidende Unterschied ist, daß die „KPD" diese im Einzelnen r i c h t i g e n Feststellungen einer strategischen Linie unterordnet,** die auf Kriegs- und Rüstungshetze gegen die Sowjetunion, „Stärkung unserer Verteidigungsbereitschaft" und „Vaterlandsverteidigung" hinausläuft. Dies haben wir in AK 98 ausführlich nachgewiesen, die „KPD" hat das bis heute nicht widerlegt, und wir wollen uns daher nicht wiederholen, sondern verweisen auf den schon vorliegenden Artikel.

Die „KPD" versucht die Parole „Kein AKW in Magdeburg oder anderswo!" auf eine Stufe zu stellen mit der Parole „Kein AKW in Brokdorf und auch nicht anderswo!". Diese Taktik knüpft an ein berechtigtes Anliegen an. Wer noch seine fünf Sinne beisammen hat, wird wissen, daß ein AKW jenseits der DDR-Grenze auch nicht ungefährlicher ist als ein AKW diesseits, und daß dies mit den möglichen Folge-Erscheinungen auch uns in der BRD trifft. Dasselbe gilt jedoch selbstverständlich ebenso für die grenznahen französischen AKW's, ohne daß die „KPD" eine entsprechende zentrale Parole aufstellen würde. Der „KPD" geht es eben im Sinne ihrer Strategie speziell um den Bezug zur DDR, einmal im Sinne der von ihnen vertretenen Thesen zur „nationalen Frage" und zum zweiten wegen der Stoßrichtung gegen „Sozialfaschismus" und „Sozialimperialismus" als Hauptfeinde des „deutschen Volkes" und aller Völker, d.h. letztlich wieder um „verstärkte Verteidigungsanstrengungen" und Vaterlandsverteidigung.

Die AKW's in der DDR oder Sowjetunion sind nicht sicherer als die hierzulande. Das ist eine Tatsache. Die „Rote Fahne" schreibt das, die „Bild" schreibt das, der ARBEITERKAMPF schreibt das, und nicht einmal die „UZ" wagt es, dieser Tatsache ausdrücklich zu widersprechen. Sind wir uns also alle einig? Natürlich nicht! Der entscheidende Unterschied ist, welch politischer Gebrauch von dieser Tatsache gemacht wird, in welche Gesamt-Einschätzung und Gesamt-Politik sie eingeordnet wird.

DKP – „Hauptfeind"?

Die DKP hat bei der Spaltung während der Vorbereitungen zur dritten Brokdorf-Aktion und bei der folgenden Progrom-Hetze gegen die „Chaoten" so klar wie selten eine besonders üble Rolle gespielt. Die „KPD" versucht die Gunst der Stunde zu nutzen, um gestützt auf die breite Empörung über das Verhalten der DKP alle Ladenhüter von „Sozialfaschismus", „Sozialimperialismus" usw. an den Mann zu bringen.

So bringt die „KPD" wieder ihre alte These vor, die DKP sei „der schlimmste Feind der Arbeiterbewegung" („RF", 16.2., S. 5 u.a.). Für die Anti-AKW-Bewegung scheint das derzeit sogar zuzutreffen – hier hat die DKP nicht nur weitgehend Dreckarbeit für die anderen bürgerlichen Parteien übernommen, sondern **ü b e r t r i f f t** nach dem 19.2. sogar noch die Sozialdemokraten im Bemühen, die „Chaoten" zu „isolieren" und die Anti-AKW-Bewegung zu spalten. **Dennoch bleibt auf lange Sicht sowohl in der Anti-AKW-Bewegung wie auch in der Arbeiterbewegung im allgemeinen die Sozialdemokratie der Hauptfeind.** Auch in der Anti-AKW-Bewegung kann die DKP überhaupt nur so vorgehen, wie sie es tut, weil sie sich im Prinzip der Unterstützung der SPD sicher sein kann, weil sie auf dem Trend der bürgerlichen Hetze mitschwimmt usw. Denn tatsächlich ist der Spielraum der DKP minimal, zumal wegen ihrer höchst „unpopulären" Haltung zu den AKW's im „realen Sozialismus". Die DKP kann sich doch unter diesen Umständen überhaupt nur halten, weil Vertreter der SPD zugunsten ihrer Stör-Manöver in der Anti-AKW-Bewegung bereit sind, ihre eigenen „Abgrenzungsbeschlüsse" zu vergessen, weil sie bereit sind, die AKW's in der DDR und Sowjetunion nicht nur zu vergessen, sondern sogar ausdrücklich die DKP gegen entsprechende Angriffe in Schutz zu nehmen.

Gemäß ihrer „antihegemonistischen" Linie stellt die „KPD" es hingegen so dar, als würde hier plötzlich der Schwanz mit dem Hund wackeln statt umgekehrt. Dies las sich in der „Roten Fahne" etwa so: *„Bezeichnend (!) für die Lage in unserem Land ist auch die Tatsache, daß wieder einmal die Stichworte der DKP-Revisionisten begierig aufgegriffen wurden. Die ‚UZ' warnte als erste vor den ‚maoistischen und neonazistischen Provokateuren'. Die von Moskau ausgehaltenen DKP-Funktionäre sind auch die Drahtzieher der Spalterdemonstration in Itzehoe"* („RF", 16.2.). An dieser Darstellung stimmt fast nichts. Die Bourgeoisie hierzulande ist noch nicht derart auf den Hund gekommen, daß sie sich von Stümpern wie den DKP-Schreiberlingen „die Stichworte" geben lassen müßte. Dafür gibt es noch allemal Fachleute. Die Hetzkampagne begann spätestens nach der zweiten Brokdorf-Aktion (im November letzten Jahres), aber erst Anfang Februar ist die DKP darauf eingestiegen. Die DKP hat die „Stichworte" und Fälschungen der bürgerlichen Presse und des Verfassungsschutzes gegen die Brokdorf-Demonstration übernommen, und nicht etwa umgekehrt. Nicht einmal die Sache mit dem Nazi Roeder („Rechts = Links") hat sich die DKP selbst ausgedacht, sondern da ist ihr die „Frankfurter Rundschau" zuvorgekommen. Das gefälschte „KPD/ML"-Flugblatt hat die „UZ" aus der „Bild" abgeschrieben usw. usf.

Die DKP war auch nicht der „Drahtzieher" der Itzehoe-Kundgebung. „Drahtzieher" war dabei Stoltenberg persönlich. Die DKP hingegen hat nicht hinter den Kulissen die Drähte gezogen, sondern ganz unverdeckt und an vorderster Front für die Bourgeoisie und die anderen bürgerlichen Parteien die Dreckarbeit erledigt.

Es ist wichtig, gegenüber der „KPD" auf solchen „Feinheiten" zu bestehen, weil sie permanent die Rolle der DKP zu vergrößern und die Rolle des BRD-Imperialismus und der anderen bürgerlichen Parteien vergleichsweise zu verkleinern versucht. Und zwar im Sinne einer angeblich schon sehr weitgehenden *„sozialimperialistischen Unterwanderung des Westens"*. So hebt die „KPD" denn auch in einem Artikel „Die DKP – Feind der Anti-AKW-Bewegung" hervor, die DKP würde dabei *„vor allem im Sold der Weltherrschaftspläne der sowjetischen Sozialimperialisten"* handeln, *„vor allem für die Interessen der sowjetischen Sozialimperialisten, die auf die Weltherrschaft, auf die Unterwerfung nicht nur unterentwickelt gehaltener Staaten, sondern auch von hochindustrialisierten Staaten gerichtet ist"* („RF", 16.2.).

Hier zeigt sich wieder die von uns bereits im AK 98 ausführlich analysierte Strategie der „KPD", die Anti-AKW-Bewegung im Sinne der „Vaterlandsverteidigung" gegen die „Gefahr aus dem Osten" auszurichten, so wie sie überhaupt in **j e d e** antiimperialistische Bewegung diese Linie „hineinzutragen" versucht.

Alles beim alten

Weitgehend hat sich die „KPD" allerdings gerade in der Anti-AKW-Bewegung so sehr den realen Verhältnissen anpassen müssen, daß man fast auf den Gedanken kommen könnte, sie habe wirklich Abstriche an ihrer pro-imperialistischen Strategie gemacht. Zu dieser Anpassung gehört auch ein sichtlich versöhnlicherer Ton gegenüber dem Kommunistischen Bund.

Wer Zweifel hat, was dahinter steckt, sollte sich die letzten Ausgaben der „Roten Fahne" ansehen. Speziell auf der Seite 2 wird man in jeder Nummer die gewohnten vaterländischen Hämmer finden. Beispielsweise in der Ausgabe vom 16.3.:

– *„Die Kriegsschiffe der neuen Zaren haben in unseren Häfen nichts zu suchen!"*. Es geht dabei um die Einladung zu einem sowjetischen Flottenbesuch während der „Kieler Woche". Diese Einladung, so meint die „KPD", *„zeugt davon, wie tief die Politik der offenen Tür und des Kniefalls vor der aufsteigenden und immer anmaßender auftretenden sowjetischen Supermacht in den Köpfen bestimmter bürgerlichen Politiker des Westens verhaftet ist"*. Diese Einladung sei *„ein grober und unverschämter Angriff auf die Sicherheit unserer Küsten und Häfen"*. (Auf einen so ausgemachten Blödsinn war davor nur Stoltenberg verfallen!). *„Für Deutschland ist schon die Tatsache, daß sich sowjetische Kriegsschiffe ungehindert in den ostdeutschen Häfen und Gewässern bewegen können, eine gefährliche Bedrohung und eine nationale Schande"*.

In der vorhergehenden Ausgabe der „Roten Fahne" (9.3.) findet sich auf der Seite 2 u.a. folgender Artikel:

– *„Wehner als Propagandist Breschnews"*. Dieser Artikel bewegt sich total auf der Linie der bekannten Angriffe der „Nationalzeitung" des Dr. Frey gegen Wehner: Wehner würde *„alles"* tun, *„um dem sowjetischen Sozialimperialismus maximal zu Gefallen zu sein"*. Brandt, Wehner, Bahr und Schmidt (!) würden den sowjetischen Absichten *„beflissen (!) in die Hände arbeiten"*. *„Die Politik dieser Vertreter des westdeutschen Imperialismus ist eine große Gefahr für das deutsche Volk. Denn sie arbeiten nicht nur an der Unterdrückung des eigenen Volkes, sondern öffnen zudem noch dem sowjetischen Sozialimperialismus die Tore zum weiteren Vordringen in Westeuropa"*.

– *„Das ‚Buttergeschäft' der EG mit Moskau"*. Begrüßt wird in diesem Artikel die Einstellung der Subventionen für den Butterexport in die Sowjetunion: *„Das ist eine richtige Maßnahme. Denn die Butterexporte in die Sowjetunion zu Schleuderpreisen sind nichts anderes als die Stützung der sozialimperialistischen Politik ‚Kanonen statt Butter' "*.

– *„Agentin Breschnews in CDU-Zentrale"*. Selbst BND und Verfassungsschutz seien schon *„vom KGB unterwandert"*, Ende 1976 seien in der BRD und Westberlin *„allein 10.000 direkt dem KGB unterstellte Spione vermutet"* worden (Wer hat da „vermutet"? Der „unterwanderte" BND ... ?). *„Die Agenten- und Spionagetätigkeit des sowjetischen Sozialimperialismus in westeuropäischen Ländern, vor allem in der BRD und Westberlin, sind ein unübersehbarer Hinweis auf seine expanisven und aggressiven Pläne"*.

– *„Sowjetische Vorzensur der Biernnale"*. In diesem Artikel geht es um den Einspruch der revisionistischen Staaten gegen eine geplante Ausstellung „Opposition in Osteuropa" während der bevorstehenden Filmfestspiele in Venedig. Kommentar der „KPD": *„Diese Auseinandersetzungen um die Biennale sind ein lehrreiches Beispiel nicht nur für die sowjetische Erpressungspolitik, die Erfüllungshilfen (!) für für solche Erpressungen durch die Revisionisten und Regierungen (!) im Westen und die schon weitgehende revisionistische Unterwanderung (!) des Kulturbereichs in vielen westeuropäischen Ländern. Sie sind auch ein wichtiges Beispiel dafür, daß der Widerstand gegen diese Praktiken wächst und daß nationale Würde (!) und Zivilcourage (!) nicht nur notwendig sind, sondern sich auch nicht unterdrücken lassen"* („Rote Fahne", vom 2.3., S. 2):

– *„In der Deutschen Welle wird sich manches ändern – die Sowjetunion hat einen langen Arm"*. Dabei geht es um die berüchtigten antikommunistischen Hetzsendungen der „Deutschen Welle", die in Länder des „Ostblocks" ausgestrahlt werden. Die „KPD" beklagt sich bitter darüber, daß im Zuge der „neuen Ostpolitik" an diesen Sendungen hinsichtlich Umfang und Schärfe Abstriche gemacht wurden: *„Das ist natürlich Wasser auf die Mühlen der Neuen Zaren. Sie maßen sich an, Zensur über westdeutsche Rundfunksendungen über die Sowjetunion auszuüben, die westdeutschen ‚Entspannungs'fanatiker (!) sind dabei zu Diensten"*.

– *„CSSR-Botschaft in Bonn als Agentenzentrale enttarnt"*. Dabei geht es um dubiose „Enthüllungen" eines nach London „geflüchteten" CSSR-Journalisten, die offenbar so wenig glaubwürdig sind, daß die BRD-Regierung bisher nicht an ein Eingreifen dachte. Diese wahrscheinlich wohlbegründete „Zurückhaltung" der BRD-Regierung interpretiert die „KPD" natürlich auf **i h r e** Art: *„Anscheinend ist es die östliche Taktik, die Bevölkerung im Westen an die Anwesenheit großer Truppen (?!) von sozialimperialistischen Agenten als ‚Normalzustand' zu gewöhnen. Und die Bundesregierung spielt dieses Spiel mit. Offensichtlich ist es für sie keine große Sache, wenn die Bundesrepublik mit einem ganzen Netz offiziell akreditierter Spione von Moskau und seinen Satelliten durchsetzt (!) ist. Um des ‚lieben Friedens' und des Geistes von Helsinki' willen haben die Spione Moskaus hier offene Türen und günstige Arbeitsbedingungen"*. Dieser Kommentar deckt sich inhaltlich geradezu verblüffend mit den Kommentaren der „Bild" vom 25.2. und 11.3. zur selben Sache.

„Rote Fahne" vom 23.2., Seite 2: ***„EG gibt sowjetischen Forderungen nach"*** (Fischerei-Verhandlungen). „Rote Fahne" vom 9.2., Seite 2:

– *„Beschwichtigungspolitiker"*. *„In der SPD, die sowohl hinsichtlich des Kurses der politischen Unterdrückung als auch in der Frage des Kotaus (!) vor Breschnews Hegemonieplänen, führend in Westeuropa ist, melden sich wieder die abgewrackten und rückgratlosen (!) ‚neuen Ostpolitiker' vom Schlage eines Gaus, Bahr oder Ehmke zu Wort"*.

– *„DDR: Aufmarsch sowjetischer Truppen"*. *„Angesichts des sich immer deutlicher zugunsten des Warschauer Pakts verschiebenden Kräfteverhältnisses in Europa mehren sich die Stimmen, die vor einer sowjetischen Blitzkriegsstrategie warnen. So wird z. B. in dem jetzt erschienenen Buch des belgischen Generals Close ausführlich erläutert, daß die sozialimperialistischen Truppen nach ihrer Blitzkriegsstrategie in 48 Stunden am Rhein sein könnten, ohne auf ernsthaften Widerstand der NATO-Truppen gestoßen zu sein. Die Sozialimperialisten reagieren stets aufbrausend wie ertappte Sünder, wenn ihre Bitzkriegsstrategie entlarvt wird. ... Das aggressive und expansive Wesen des sowjetischen Sozialimperialismus wird von den Volksmassen aller Länder immer klarer durchschaut. Angesichts der besonderen Bedrohung Westeuropas gilt es auch hier, den Kampf für einen Zusammenschluß gegen den Hegemonismus der Supermächte, insbesondere den sowjetischen Sozialimperialismus, verstärkt zu führen"*.

Faßt man diese Stellungnahmen aus den allerletzten Ausgaben der „Roten Fahne" zusammen, so ergibt sich folgendes Grundmuster:

1. Die sowjetische „Blitzkriegsstrategie", ihre „wachsende militärische Überlegenheit", die Zahl ihrer „KGB-Agenten", ihr angebliches Eindringen in viele Bereiche der kapitalistischen Gesellschaft etc. wird immer wieder beschworen. Dabei stützen sich die Behauptungen der „KPD" n i c h t auf wissenschaftliche Untersuchungen oder zumindest einen Vergleich der zugänglichen bürgerlichen Quellen, sondern ungeprüft werden die Behauptungen jener Kreise des Imperialismus übernommen, die am meisten aggressiv, reaktionär und antikommunistisch sind.

2. Es wird so dargestellt, als würde „der Westen" von Leuten regiert, die weitgehend „Erfüllungsgehilfen des Sozialimperialismus" sind. Beklagt wird das angeblich zu „schlappe" Vorgehen gegen östliche Agenten, Abstriche am US-Rüstungshaushalt (vgl. „RF" v. 2.3., S. 2), „Zugeständnisse" und Vorleistungen" des Westens bei wirtschaftlichen und politischen Verhandlungen, Einschränkung antikommunistischer Propaganda usw. usf. Während die Realität so aussieht, daß die Imperialisten ihre Kriegsvorbereitungen auf allen Ebenen enorm verstärken, jammert die „KPD" über die angebliche „Schwäche",

Fortsetzung auf Seite 7

Fortsetzung von Seite 7

„Rückgratlosigkeit" und „Nachgiebigkeit" des imperialistischen Lagers.

3. Gelobt wird „Härte" gegenüber den revisionistischen Staaten in Wirtschaft, Politik, Kultur etc. Gelobt werden „nationale Würde" und „Zivilcourage" bürgerlicher Reaktionäre im Umgang mit der Sowjetunion, gelobt werden die „Blitzkriegs"-Märchen der NATO-Generäle, der Springer-Presse usw.

Wenn das alles nicht exakt auf „Vaterlandsverteidigung" hinausläuft, sollte man wohl diesen Begriff neu definieren ?! ...

Widerspruch tut not ! ...

Festzustellen bleibt, daß die „KPD"Führung ganz eindeutig weiter die strategische Linie der Vaterlandsverteidigung verfolgt, aber heute aus taktischen Gründen bestimmte Schlußfolgerungen zurückhält, die sie vor allem 1975 und teilweise noch in der ersten Hälfte 1976 offen vertreten hat – Stärkung der Bundeswehr, Atomwaffen für die NATO, Verbleib der US-Truppen in der BRD usw. usf. **Das heißt, die „KPD" entwickelt heute praktisch an jeder beliebigen Erscheinung die Argumentation genau auf diese Schlußfolgerungen hin, sie spricht aber die Schlußfolgerungen s e l b s t nicht mehr offen aus.**

Dies scheint den positiven Aspekt zu haben, daß es die „KPD"-Führer inzwischen mit Verwirrung in den eigenen Reihen zu tun haben: W e n n diese Schlußfolgerungen richtig sind, und wenn sie sogar ausdrücklich von den „chinesischen Genossen" bei Gesprächen bestätigt wurden (wie man seinerzeit in der „Roten Fahne" lesen konnte) – warum spricht man sie dann nicht auch offen aus, sondern wehrt sich sogar gegen den „Vorwurf" (?) der Vaterlandsverteidigung ?! Andererseits scheint die Tatsache, daß diese Schlußfolgerungen nicht mehr offen durch die „Rote Fahne" propagiert werden, auch zu Zweifeln geführt zu haben (bzw. begünstigt diese Zweifel), ob diese Schlußfolgerungen und die ganze strategische Linie der Vaterlandsverteidigung denn überhaupt korrekt sind.

Auf der Seite 12 der „Roten Fahne" findet man meist die „theoretischen" Artikel, die in der Regel so langweilig sind, daß man sie nicht lesen mag. Es lohnt sich

nicht lesen mag. Es lohnt sich

manchmal aber doch. So wird seit einigen Wochen dort ausführlich über die *„Bedeutung der nationalen Frage"* (bis zur „RF" vom 23.2.) und über das *„strategische Konzept von den Drei Welten"* („Einheitsfront gegen die beiden Supermächte, vor allem den Sozialimperialismus" usw.) doziert. So wird in der „Roten Fahne" vom 9.3. die „Drei-Welten"-These, die das theoretische Gerüst für die Linie der Vaterlandsverteidigung abgibt, ausdrücklich und gegen alle Zweifel bekräftigt. In der „Roten Fahne" vom 23.2. wird (übrigens bemerkenswert sachlich im Ton!) gegen die Meinung *„von einigen Genossen"* Stellung genommen, die nicht anerkennen wollen, *„daß z. B. in einem entwickelten kapitalistischen Land der äußere Widerspruch, also z. B. der Sozialimperialismus, der Hauptwiderspruch werden könne"*. Das klingt sehr abstrakt; konkret geht es dabei schlicht um die Frage, ob es Aufgabe der westdeutschen Arbeiterklasse sein könnte, zusammen mit *„Teilen der Bourgeoisie"* einen *„nationalen Befreiungskrieg"* gegen den „Sozialimperialismus" zu führen. Da aber auch diese Frage noch sehr hypothetisch und abstrakt ist, geht es letzten Endes einfach darum, einen möglichen Krieg seitens des BRD-Imperialismus zum „gerechten Verteidigungskrieg" zu erklären und heute schon unter Hinweis auf die angeblichen „Blitzkriegs"-Pläne der Sowjetunion und ihre angebliche erdrückende militärische Überlegenheit Stimmung für einen solchen „gerechten Verteidigungskrieg" zu machen.

An dieser strategischen Linie gibt es in der „KPD" offensichtlich Zweifel. Gut so! Man muß diese Zweifel verstärken! Kaum ein „KPD"-Genosse wird bereit und in der Lage sein, die diversen vaterländischen Thesen der „KPD", wie sie 1975/76 noch offen in der „Roten Fahne" propagiert wurden, zu verteidigen. Und das ist sicher, zumindest bei manchen der Genossen, nicht bloß überlegte Raffinesse, sondern auch teilweise ein ehrlicher Widerwille gegen diese Thesen, oder politische Naivität.

Es ist ein politischer Erfolg, wenn sich heute die „KPD"-Führer von ihrer eigenen strategischen Linie (von der sie in Wirklichkeit bis heute kein Stück abgewichen sind!) öffentlich scheinbar zu distanzieren trachten und von „absurden Vorwürfen" sprechen. Man kann sie noch weiter in die Enge treiben.

treiben.



(Originalabdruck aus „Peking Rundschau", 1.3.77)

BRASILIEN

Keine Unterbrechung des Kernabkommens mit der Bundesrepublik Deutschland

Das brasilianische Außenministerium erklärte am 1. Februar in einer offiziellen Bekanntmachung, es sehe keinerlei Möglichkeit einer Unterbrechung des von Brasilien und der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1975 abgeschlossenen Kernabkommens.

Der Unterstaatssekretär der Vereinigten Staaten Joseph Nye machte am 23. Januar in einem Interview mit Journalisten der brasilianischen Zeitung „O Estado de Sao Paulo" in drohendem Ton den Vorschlag, die USA würden alles in Zukunft von Brasilien benötigte angereicherte Uran liefern, unter der Bedingung, daß Brasilien zwei Schlüsselklauseln des Kernabkommens mit der Bundesrepublik annulliere. Diese Klauseln betreffen brasilianische Pläne zum Bau von Anlagen für das Recycling von nuklearem Brennstoff und für die Urananreicherung. US-Staatssekretär Cyrus Vance drückte Ende Januar die Hoffnung aus, Brasilien und die Bundesrepublik würden zumindest vorläufig das Abkommen suspendieren.

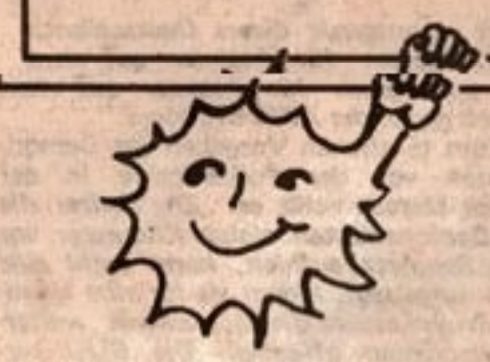
Die Haltung der Vereinigten Staaten hat in den politischen Kreisen Brasiliens eine heftige Reaktion hervorgerufen. Der stellvertretende Vorsitzende der Parlamentskommission für Auswärtige Angelegenheiten Joao Cunha sagte: „Diese amerikanische Haltung ist unserer staatlichen Souveränität abträglich, denn sie stellt eine Einmischung in unsere inneren Angelegenheiten und unseren Fortschritt dar."

Brasilien, das reiche Uranvorkommen besitzt, aber unter ernstem Energiemangel leidet, hat in den letzten Jahren Anstrengungen unternommen, um sein Programm zur Nutzbarmachung von Energie voranzutreiben. Im Juni 1975 unterzeichneten Brasilien und die Bundesrepublik ein Kooperationsabkommen über die friedliche Nutzung von Kernenergie. Es sieht vor, daß die Bundesrepublik Kernreaktoren und Anlagen zur Wiederverarbeitung, Anreicherung und Regeneration von brasilianischem Uran im Wert von mehr als 4 Milliarden US-Dollar nach Brasilien exportiert. Doch dieses Abkommen stieß gleich nach seiner Unterzeichnung auf den Widerstand der beiden Supermächte Sowjetunion und Vereinigte Staaten, die mit allen Mitteln ihre Stellung als nukleare Hegemonialmächte zu behaupten versuchen.

Die sowjetische Presse erhob in einer Reihe von Artikeln die Beschuldigung, mit diesem Abkommen sei der Vertrag über die Nichtweitergabe von Kernwaffen „zerrissen" worden. Auf die Angriffe und den Druck reagierte der brasilianische Präsidentenpalast seinerzeit mit der Veröffentlichung eines Dokuments, in dem es hieß: „Wir sind mit der Aufteilung der Welt in zwei Teile nicht einverstanden. Einerseits ist den Ländern des ‚atomaren Klubs' erlaubt, ihre grenzenlose Expansion atomarer militärischer Kräfte fortzusetzen, während andererseits die restlichen Länder des souveränen Rechts auf irgendwelchen Austausch beraubt sind: sie dürfen nur von den Abfällen Gebrauch machen, die irgendeine Großmacht jener Gruppe zu liefern bereit ist."







„Alternativpresse" zum 19.2.

Drei „Alternativ-Zeitungen" der „Sponti"- und Unorganisierten-Szene wurden bereits im letzten ARBEITERKAMPF kommentiert („Pflasterstrand"/Frankfurt, „Info-Bug"/West-Berlin und „Große Freiheit"/Hamburg). Alle drei hatte nach dem 19. 2. in Brokdorf die Aktion mehr oder minder als „Niederlage" beschrieben und dann auch noch versucht, diese vermeintliche Niederlage dem KB in die Schuhe zu schieben. Hier nun weitere Stimmen aus den „Alternativ-Zeitungen":

Aachen: „Klenkes", Zeitung Aachener BI's. 300 Aachener sollen in Brokdorf oder Itzehoe gewesen sein. Die Zeitung bringt zwei sehr resignierte Erlebnisberichte aus Itzehoe (*„Mit Unbehagen dabei"*) und einen aus Brokdorf, aus dem allerdings auch kein Erfolg abgeleitet wird, sondern lediglich die „Solidarität" als die intensivste Erfahrung beschrieben wird. Kämpferisch lediglich das Zitat am Ende des einen Itzehoe-Berichtes: *„Demonstrationen, die die Polizei erlaubt, sollte man verbieten"*!

Bielefeld: „Bielefelder StadtBlatt – Generalanzweifler"
500 Bielefelder waren dabei, davon ein Bus in Itzehoe. Kein eigener Bericht, sondern Abdruck einer Presseerklärung von Bielefelder AKW-Gegnern, von denen 80 versucht hatten, der schweinischen Berichterstattung der „Neuen Westfälischen" mit einem Go-in in die Redaktion entgegenzutreten. In der Presseerklärung wird der 19.2. in Brokdorf als Erfolg bezeichnet, allein schon deshalb, weil trotz Demonstrationsverbot und wochenlanger Pressehetze über 30.000 AKW-Gegner in Brokdorf waren.

Dortmund: „Klüngelkerl – Dortmunder Volksblatt". Berichtet unter der Überschrift „Brokdorf und Itzehoe". Schätzen die Brokdorf-Demo zwar als Erfolg ein, allerdings auch sehr betont deshalb, weil die „Angst vorm Bullenknüppel" sich nicht bewahrheitete. Dann vorausschauend: *„In vielen von uns ist das Gefühl entstanden, daß es in diesem Frühjahr auf der Wiese von Brokdorf noch ein schönes Fest geben muß – Ohne die recht(s)-staatlichen Eindrücke von Uniformen, Wasserwerfern, Hubschraubern und gepanzerten Fahrzeugen"*.

Kaiserslautern: „Katz". In zwei Augenzeugenberichten aus Brokdorf heißt es: *„Die Demo ist als großer Erfolg zu werten, da so viele Menschen sich nicht durch Hetze, Spaltungsversuche der bürgerlichen Parteien sowie Demoverbot abhalten ließen, hier vorort zu mobilisieren"*. Angegriffen wird das Verhalten des KBW. Auch in der „Katz" der unterstützenswerte Vorschlag: *„Diese Demo sollte als Hinorganisierung für eine im Frühjahr oder Sommer durchzuführende Bauplatzbesetzung verstanden werden"*.

Köln: „Stadt-Revue" (Bringen einen Nachdruck eines Artikels aus der „Rheinischen Zeitung" aus Bonn). Auch wenn mann „Frustrationen erwarten könnte", war nicht zu besetzen der „einzig richtige Entschluß", weil nämlich trotz Polizeiterror und Spaltung klar gestellt wurde, wie groß die Zahl der ehrlichen AKW-Gegner ist. Durch diesen Erfolg bestünde jetzt auch die Chance, „alle AKW-Gegner wieder zu vereinigen". Der Schluß der Artikels heißt: *„Wir sind bereit, jederzeit wiederzukommen"*.

München: „Blatt" (Nr. 89). Nachdem das „Blatt" in seiner Mobilisierung für Brokdorf recht am Schwanken war, holzt es jetzt genauso wie die drei oben benannten Blätter gegen die Aktion und die Demoleitung und sind im Nachhinein die ganz besonders Militanten. *„Gegen den Willen der meisten Demonstranten und unerwartet für die Polizei brachte die Demonstrationsleitung den Zug vor der ersten festen Sperre zum Stehen und veranstaltete in dem Moment, wo alle dachten, jetzt geht's los! eine Schlußkundgebung. Ein gemeinsames Handeln* (mit dem KBW?) *war nicht mehr möglich . . ."* Und ganz übel: *„Nicht die Vernunft hat gesiegt, sondern die menschenverachtende Politik, die Spalterei und Hetze . . ." „Tausende kamen sich verarscht vor . . ."* Dann wird's lustig: *„Das zeigt wieder, daß wir Spontis* (es waren mehr als die Hälfte der Demo-Teilnehmer), *die alle bereit waren zu Aktionen, uns bei solchen Demos oder ähnlich erkenntlich machen sollten (z.B. eine schwarze Armbinde)."*

Diese Art von „Spontis" sollten vielleicht lieber die gelbe mit den bekannten schwarzen Punkten nehmen??

Nürnberg: „Komm-Zeitung", *„Für uns war diese Demo ein Erfolg"*, schon deshalb, weil das Demonstrationsverbot praktisch außer Kraft gesetzt worden ist.

Wiesbaden und Mainz: *„Provinz"*. *„Zusammenfassend läßt sich sagen, daß wir mit der Demo am 19.2. mehr erreicht haben, als wir zu hoffen wagten. Wir haben gezeigt, daß wir uns nicht durch gezielte Panikmache von unseren rechtmäßigen Zielen abhalten lassen."*

AKW-Kommission

„Weltbund zum Schutz des Lebens" – falsche oder echte Freunde in der Anti-Atombewegung?

Offenbar als Reaktion auf die angekündigte Neuauflage des Antifa-Steckbriefs Nr.3 („Braune Rattenfänger im Umweltschutzgewand – der Weltbund zum Schutze des Lebens") sind eine Reihe von Briefen bei der AK-Redaktion eingetrudelt. Die Verfasser beschweren sich darüber, daß sie mit gewissen faschistoiden Arbeitsgruppen und Einzelpersonen (die diversen „Erbgesundheits"-Gruppen und Leute wie SCHWAB und BRUKER etc.) „in einen Topf geworfen" würden.

So schrieb uns Prof. HAVERBECK, Präsident der Sektion BRD des WSL, er sei bereit, die seiner Meinung nach ungerechtfertigten Vorwürfe und „Vorurteile" in einem persönlichen Gespräch mit uns zu klären (was wir natürlich begrüßen!).

Auch vom „Bund für Lebensschutz" mit Sitz in Schlangenbad kam die Bitte, man möge „differenzieren". Unsere Vorwürfe seien berechtigt, was „die alte Garde" des WSL betrifft, seien aber nunmehr überholt. Außerdem habe sich der „Bund" (vertreten durch Prof. H.BRUNS) schon seit 1965 vom WSL getrennt.

Wir wollen an dieser Stelle nicht im Einzelnen auf die Kritiken eingehen, freuen uns aber natürlich über jede Stimme, die sich gegen faschistoide Inhalte und Praktiken in der „Umweltschutz"-Bewegung wendet und bereit ist, sich mit uns über diese Zusammenhänge auseinanderzusetzen!

In diesem Sinne fordern wir alle AK-Leser(innen) auf, aktiv zur Klärung der Rolle, die der WSL in der „Umweltschutz"- und besonders in der Anti-AKW-Bewegung spielt, beizutragen.

Schickt uns Berichte über eure Erfahrungen mit dem WSL, besonders über die praktische Arbeit in den Bürgerinitiativen!

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Gewerkschaftsausschluß für Heinz Brandt?

Westberlin: Mit einem Antrag auf Untersuchung des gewerkschaftsschädigenden Verhaltens von Heinz Brandt leitete die Ortsverwaltung der IG Metall Westberlin ein Ausschlußverfahren ein.

Heinz Brandt, bis zum Erreichen des Rentenalters Redakteur der IG Metall-Zeitung „Metall", kritisierte in seiner Rede am 19.2.77 in Itzehoe die Verfilzung der Gewerkschaftsbürokratie mit der Atomindustrie:

„Unter Atomfilz verstehe ich den reich bezahlten Gewerkschaftsbürokraten, der im Konzernaufsichtsrat und Konzernvorstand mit den Managern der Atomindustrie gemeinsame Sache macht, der mit der Atomlobby unter einer Decke steckt, der mit ihr widerlich verfilzt ist – zu unser aller Schaden". Was an diesen Ausführungen nun gewerkschaftsschädigend sein soll, kann man nicht so recht verstehen, ist doch die Verfilzung von Gewerkschaftsführung, Staatsapparat und Atomindustrie eine bekannte Sache:

„. . . Zwar habe in der Vergangenheit die deutsche Energieversorgungswirtschaft ihre Aufgaben gegenüber anderen europäischen Ländern gut gemeistert". Aber dennoch *„muß man wissen, daß ein verzögerter Ausbau der Kraftwerkskapazität die Entscheidungssituation* (?) *in der Bundesrepublik beeinflussen kann, die Wirtschaftsentwicklung erheblich stören und den Wettbewerb mit anderen europäischen Staaten verzögern würde"* (aus „Welt der Arbeit", siehe AK 94, Beilage).

Gefordert wird hier nichts anders als die schnelle Durchführung der Großmachtpläne der BRD-Imperialisten inklusive einem harten Kurs gegen AKW-Gegner!

Daß mit Heinz Brandt ein Gewerkschaftslinker herausgegriffen wurde, der z.B. öffentlich gegen Frister & Co. bzw. gegen die Spaltung des Westberliner GEW-Verbandes Stellung bezog, der sonst auf vielen Veranstaltungen für die Rechte der Gewerkschaftslinken eintritt, zeigt diesen härteren Kurs an.

Solidaritätsadressen bzw. Vorschläge schickt bitte an das Politische Buch, Litzenburgerstr. 1 Wbln. 15.

Ein Westberliner SSB-Genosse

Brokdorf - Nachlese

Internationale Presseschau

Lundi 21 février 1977 N° 958

Libération

GUERRE ANTI-NUCLEAIRE EN ALLEMAGNE (RFA)

70 à 80000 manifestants à Itzehoe et à Brockdorf. • 43% des allemands contre le programme nucléaire

L'unité

N° 239 4 F L'hebdomadaire du Parti socialiste 25 fevrier 1977



VENDREDI 25 FEVRIER 1977

rouge

CHINE
En réponse à l'OCT
FAUT-IL SOUTENIR LE GROUPE DES QUATRE ?
Lire page 2

Frankreich

Grève le 25 février: pour chasser Tindemans

POUR

Belgien

Nov. 76 Nr. 4

z. B. Kaiseraugst

AUFLAGE 10 000

ZEITUNG DER BÜRGERINITIATIVEN UND DER GAGAK

PROLETARIER ALLER LAENDER UND UNTERDRUECKTE VOELKER, VEREINIGT EUCH

basler kommunistische zeitung

ORGAN DER REVOLUTIONAEREN GRUPPE BASEL (RGB)

PZ

WOCHENZEITUNG DER PROGRESSIVEN ORGANISATIONEN DER SCHWEIZ (POCH)

Schweiz




DUITSLAND

De kernenergie heiligt alles

Hoe springt een fatsoenlijk land met kernenergie om? Voorzichtig. Hoe reageert West-Duitsland op kernenergie? Overtrokken en onverantwoord. De Bondsrepubliek telt op dit moment 13 kernreactoren met een vermogen van 8000 megawatt. Van energiebesparingen valt niets te merken. De industrie jaagt de consument op tot meer gebruik. En de transactie met Brazilië is het grootste 'Geschäft' sinds de Tweede Wereldoorlog. Een kniesoor die dan op de gevaren let. Nico Haasbroek bericht vanuit Brokdorf.

Niederlande („Haagse Post", Nr. 8, 26.2.1977)

Frankreich

Während die Zeitung „Le Monde" ansonsten für ihre relativ objektive Berichterstattung bekannt ist, erschien nach dem 19.2. ein Artikel von Daniel Vernet, der sich kaum von den Kommentaren der westdeutschen Presse unterscheidet. Vernet drückt die Zahl der Demonstranten in Brokdorf auf 8.000 bis 10.000 herunter, in Itzehoe auf 10.000. Den Grund für den friedlichen Verlauf der Demonstration sieht Vernet in dem gewaltigen Polizeiaufgebot. Zustimmend wird der schleswig-holsteinische Innenminister mit dem Satz: *„Der Rechtsstaat hat eine Schlacht gewonnen"* zitiert, da eine Platzbesetzung nicht gelungen ist.

Im Gegensatz dazu ist die Brokdorf-Berichterstattung der linken französischen Presse und sogar der PS-Zeitung „Unite" vom Erstaunen darüber gekennzeichnet, daß in der repressiven BRD eine so breite Massenmobilisierung gelingen konnte.

Unter der Überschrift *„Die Lehre aus Brokdorf"* meint „Unite" (Wochenzeitung der „Sozialistischen Partei"), daß es sich nicht einfach um eine *„gewöhnliche Demonstration"* gehandelt habe, sondern um ein *„Ereignis höchster politischer Bedeutung"*.

Zur Propaganda der Bundesregierung, die Demonstration in Brokdorf sei ein „Unternehmen der K-Gruppen" gewesen, heißt es: *„Wenn man das schon nicht als Lüge bezeichnet, müßte sie* (die Bundesregierung) *zugeben, daß diese* (die 'K-Gruppen' – Anm. AK) *keine Grüppchen sind, wenn sie dazu in der Lage sind, unter besonders schwierigen Bedingungen Zentausende von Demonstranten zu mobilisieren."* Der Artikel beschreibt das breite politische Spektrum der Demonstration und betont, daß es auch um die Verteidigung der demokratischen Freiheiten ging. Er schließt mit dem Hinweis, daß es im Elsaß und dem Kaiserstuhl einen gemeinsamen Kampf gegen Atomkraftwerke gibt.

Die Zeitung „Liberation" schreibt zu Brokdorf unter der Überschrift *„Das andere Deutschland"* (22.2.): *„Zwei Fehler müssen bei der Behandlung der BRD vermieden werden: Das erste ist, sie zu ignorieren; der zweite, zu glauben, daß die BRD insgesamt sich dem sozialautoritären Regime von Kanzler Schmidt unterwirft.*

Man darf sie nicht ignorieren, weil dieses 'Modell Deutschland' heute (...) in der Tat ein Modell fortgeschrittener Repression ist, das diese europäische Supermacht genau den anderen europäischen Ländern aufzwingen will...

Man soll aber auch nicht glauben, daß die ganze BRD mit Angst und Unterwürfigkeit vor dieser Ordnung auf den Knien liegt."

„Die Avantgarde dieses Deutschlands war an diesem 19. Februar auf dem Marsch gegen das AKW Brokdorf."

Zum taktischen Vorgehen der Demonstranten vor der Polizeisperre in der Wilster Marsch heißt es: *„Die Polizei, die die Demonstranten einige Kilometer vor dem Bauplatz aufhielt, hatte wohl eine Falle aufgebaut, indem sie für eine Handvoll Provokateure die Möglichkeit weiterzumarschieren offenließ. Die BUU verhinderte das."* (Für alle, die jetzt raketenartig an die Decke gehen: „Liberation" wird von der französischen Sponti-Szene als ihr Organ begriffen).

In der „Etincelle" (3.3.), Wochenzeitung der kommunistischen Organisation OCT, erschien ein Interview mit einem Mitglied des „Aktionskomitee gegen ein deutsch-amerikanisches Europe", der an der Brokdorf-Demonstration teilgenommen hatte: *„Es war einfach beeindruckend und begeisternd, diese kilometerlangen Auto- und Bus-Schlangen auf der Autobahn nach Brokdorf zu sehen, und dabei diese ruhige und entschlossene Atmosphäre innerhalb der Demonstration"*. Deshalb sei die Rechnung der Bundesregierung, die Repression voll anzuwenden, nicht aufgegangen. Die revolutionäre Linke habe nicht versucht, die Bewegung einzusacken, ihre Politik sei vielmehr auf eine wirkliche Verbindung mit dieser Bewegung ausgerichtet gewesen.

Die Tageszeitung der trotzkistischen Organisation LCR, „Rouge", brachte zunächst als phantastische Meldung, die Demonstration in Itzehoe sei von GIM und Falken angeführt worden, die ihr einen kämpferischen Charakter gegeben hätten!!

Zwei Tage später wußte die „Rouge" zu berichten, die GIM habe dazu aufgerufen *„eher in Itzehoe als in Brokdorf"* zu demonstrieren. Dieses Vorgehen sei völlig richtig gewesen, da in Itzehoe die Falken, die Mehrzahl der Bürgerinitiativen (?!) und die DKP gewesen seien. Die Bewegung sei so stark gewesen, daß sie sogar die lokalen SPD-Gruppen gezwungen hätte, gegen die Atompolitik der Bundesregierung Stellung zu beziehen. Angesichts dieser „originellen" Berichterstattung, kann man der LCR nur empfehlen, sich zukünftig seriöserer Quellen für ihre Informationsarbeit zu bedienen.

Belgien

Die Zeitung „Pour" der kürzlich gegründeten Organisation „Pour le Socialisme" (PLS) hebt hervor, daß die Anti-AKW-Bewegung die wichtigsten Massenmobilisierungen seit der Studentenrevolte 1968 hervorgebracht habe.

Ausführlich wird über die Repressions- und Einschüchterungsmaßnahmen berichtet, die die gesamte Brokdorf-Demonstration begleitet haben. Dies habe einen Teil der schleswig-holsteinischen Bürgerinitiativen dazu veranlaßt, nach Itzehoe auszuweichen. Der Presse sei aber die beabsichtigte Spaltung zwischen *„brutalen Chaoten"* und *„friedfertigen Menschen"* nicht gelungen, da die Itzehoe-Demonstranten sich solidarisch mit den Brokdorfern erklärten. Jetzt käme es darauf an, die Einheit wieder herzustellen.

Frankreich-Kommission
KB/Gruppe Frankfurt

Schweiz

Unbesehen wurden von der bürgerlichen Presse in der Schweiz die Lügen und die Hetze der BRD-Presse übernommen. In verschiedenen Aktivitäten hat insbesondere die „Gewaltfreie Aktion gegen das Atomkraftwerk Kaiseraugst" (GAGAK) versucht, eine Gegenöffentlichkeit zu schaffen. Am 19.2. sandte sie Beobachter und Teilnehmer in die Wilstermarsch. Am selben Tag führte sie in Basel eine Solidaritätsaktion und Kundgebung durch, an der sich etwa 200 Menschen beteiligten. In dem Kundgebungsaufruf unterstützt die GAGAK den Aufruf und die Forderungen der BUU. Die Solidaritätsaktion wird damit begründet, daß der Kampf auch international geführt werden muß, da

– die Energiekonzerne international verknüpft sind,
– die radioaktive Verseuchung nicht an den Landesgrenzen haltmacht,
– Erfahrungen im Kampf ausgetauscht werden müssen. Insbesondere wird an die Parallelen der Hetzkampagnen („Vernünftige" und „Terroristen") in der Schweiz und der BRD erinnert.
– Erfolge im Kampf gegen das AKW Brokdorf würden auch dem Kampf gegen das AKW Kaiseraugst Auftrieb geben.

In einem Pressekommunique vom 20.2. tritt die GAGAK der Lügenberichterstattung in der Schweiz entgegen und berichtete ihrerseits von den massiven Einschüchterungen, den Bürgerkriegsmanövern von Polizei und Grenzschutz und den tatsächlichen Ablauf der Demonstration in der Wilstermarsch. Nach dem 20.3. veröffentlichte die GAGAK einen Augenzeugenbericht aus Brokdorf, in dem die Aktion als großer Erfolg eingeschätzt wird.

Von den linken Organisationen der Schweiz liegen uns nur von einigen Informationen vor:

Revolutionäre Gruppe Basel:

Sehr positiv berichtet die Gruppe in der „Basler Kommunistischen Zeitung" vom 5. März über die Brokdorf-Aktion. Überschrift: *„Die Spaltungsmanöver der Bourgeoisie haben die Großdemonstration nicht verhindern können"*. Die Aktion wird als großer Erfolg der Demonstranten gegen Einschüchterung und Bürgerkriegsmanöver der Polizei und als Mißerfolg der Hetzkampagne der Bourgeoisie eingeschätzt.

Progressive Organisationen Schweiz:

Die POCH hatte wenig über die Vorgeschichte berichtet. In ihrer Zeitung vom 24.2. schreiben sie zu den Aktionen nur: *„Zwischen 30.000 und 40.000 AKW-Gegner versammelten sich 20 km vom Baugelände in Brokdorf entfernt in Itzehoe, während weitere 10.000 versuchten, auf das Baugelände selbst zu gelangen"*. Sonst erfährt der Leser nichts weiter über die Differenzen bei diesen beiden Aktionen, auch in der nachfolgenden Ausgabe nicht.

Revolutionäre Marxistische Liga:

Nach dem 19.2. ist bisher nichts zu Brokdorf geschrieben worden. In der „bresche" vom 12.2. konnte man erfahren, daß in Brokdorf demonstriert wird, und man mit einem Bus der GAGAK mitfahren könne. Danach hat offensichtlich der Slalom der westdeutschen GIM die Genossen der schweizerischen Bruderorganisation verwirrt...

Zeitdienst:

Die Leser des „politisch unabhängigen" „Zeitdienst zur sozialistischen Information und Diskussion" werden nur über die Aktion in Itzehoe informiert, zu der ein BUU-Sprecher zitiert wird (18.2.).

Schweiz-Kommission
KB/Gruppe Bremen

Dänemark

Die linksliberale Zeitung „Information" (Auflage 34.000) berichtet am 21.2. in großer Aufmachung über Brokdorf. Breiten Raum nimmt die Beschreibung des Polizeiterrors in Westdeutschland und an den Grenzen am 19.2. ein. Die beiden in die Wilstermarsch entsandten Journalisten bemerken, daß Maihofer über dpa verbreiten ließ, in Brokdorf habe *„erfreulicherweise bei den Demonstranten die Vernunft über die Gewalt (gesiegt)"*, und stellen hierzu fest: *„Als wenn Gewalt latent vorhanden ist und im Blut jener Menschen glimmt, die sich nicht hundertprozentig mit Maihofers Rechtsstaat identifizieren – jenes Rechtsstaats, der einen Bauplatz mit Gräben, schweren Stahlgittern und Rollen von Nato-Draht trotz gerichtlich verfügten Baustops umgibt – jenes Rechtsstaats, der die Befestigung mit 6.000 Knüppel- und Maschinengewehr-bewaffneten Polizisten* sichert, mit Panzerwagen, Wasserwerfern, „Chemischen Keulen" und Grenzschutz-Hubschraubern. Jenes Rechtsstaats, den wir übrigens vom Berufsverbot her kennen".

Niederlande

„Das müssen wohl sehr schlechte Menschen sein, die Machthaber ..." Die von den bürgerlichen Massenmedien in der BRD erzeugte Bürgerkriegsstimmung und die „Chaoten"-Hetze haben sich, wenn auch in abgeschächter Form, vor und nach dem 19.2. auch in der sonst sehr lesbaren niederländischen Presse niedergeschlagen. Schrieb nach der ersten Platzbesetzung noch eine 'ganz normale' Lokalzeitung u.a. *„Brokdorf hat gezeigt, daß eine Bevölkerung, die sich durch die Polizei einschüchtern läßt, verloren ist"* („Winschoter Courant", 1.11.76), ging jetzt nach dem 19.2. der größte Teil der niederländischen Presse nur noch darauf ein, daß die Demonstrationen „ruhig" verlaufen seien und übernahmen ansonsten die Zwecklüge von den einerseits „friedlichen, besonnenen" und den andrerseits „gewalttätigen" Demonstranten .

Positiv stechen hiervon Nico Haasbroeks Artikel *„Die Kernenergie heiligt alles"* in dem politischen Wochenmagazin „Haagse Post" (Nr. 8, 26.2.77) ab und der Artikel von Ursula den Tex *„wie Brokdorf einem Blutbad entkam"* in „Vrij Nederland" vom 26.2. (die meistgelesene linksliberale Wochenzeitung mit einer Auflage von 120.000).



Nico Haasbroek analysiert die Vorbereitungen des staatlichen Gewaltapparates und seine Provokationsstrategie sehr genau und kommt zu dem Schluß, die einzig richtige Konsequenz aus dem Baustop-Beschluß des Gerichts sei, *„den Bauplatz zu räumen. Die Wiese wiederherstellen. So wie es war. Mit anderen Kühen darauf..."*

Ursula den Tex, die selbst an der Demonstration nach Brokdorf teilnahm, berichtet auf einer ganzen Seite von ihren Erlebnissen. Von der Hetze gegen die „Extremisten" grenzt sie sich so ab: Nach Brokdorf gingen *„auch alle diejenigen, die dieses Demonstrationsverbot nicht akzeptieren wollten und so, um der freien Meinungsäußerung willen, die Gefahr körperlicher Verletzung riskierten"*.

Im Anschluß an einen längeren Auszug aus dem berüchtigten Boehnisch-Kommentar in der „BamS" (20.2) fragt sie: *„Aber wer will nun eigentlich den Tod von wem? Diese Menschen, die hier von Itzehoe nach Brokdorf laufen, wollen wirklich nicht tot sein, und niemand anderen tot haben. Es sind solch frohe Gruppen, die da tapfer voranstapfen, tatsächlich mit echtem Mut, denn alle Medien haben schon über ihren Kopf Tod und Verdammnis ausgesprochen und die Erinnerung an die vorigen Feldschlachten ist noch lebendig ...*

Das müssen wohl sehr schlechte Menschen sein, die Machthaber, die aus Angst, Haß oder politischer Berechnung gegen ihre eigenen Kinder eine Armee mobilisieren, um eines leeren Stückes Baugrund willen" (Hervorhebung AK).

Der Druck der BRD-Regierung und -Presse hatte nicht nur auf die niederländische Presse seine Auswirkungen. Vertreter verschiedener niederländischer Umweltschutz- und Anti-Atom-Initiativen zeigten sich in der Woche vor dem 19.2. stark verunsichert und sahen sich nicht in der Lage, sich für eine Teilnahme in Brokdorf und/oder Itzehoe auszusprechen. Das „Nationale Energie-Komitee" LEK (Zusammenschluß einer größeren Anzahl von Initiativen und Parteien) sandte schließlich lediglich eine Grußadresse an die Teilnehmer in Itzehoe.

Niederlande-Kommission
KB/Gruppe Hamburg